



Deutscher Bundestag

3. Untersuchungsausschuss
nach Artikel 44 des Grundgesetzes

Nur zur dienstlichen Verwendung

Stenografisches Protokoll der 31. Sitzung – Teil 1 - endgültige Fassung* -

3. Untersuchungsausschuss

Berlin, den 19. März 2021, 9.00 Uhr
10557 Berlin, Konrad-Adenauer-Str. 1
Paul-Löbe-Haus, Europasaal (4.900)

Vorsitz: Kay Gottschalk, MdB

Tagesordnung - Beweisaufnahme

Einziger Punkt der Tagesordnung

Seite

Öffentliche Zeugenvernehmung

Dr. Christian Orth
(Beweisbeschluss Z-37)

9

Hubert Barth
(Beweisbeschluss Z-67)

111

Sven Hauke
(Beweisbeschluss Z-107)

siehe separates Protokoll

Korrektur- und Ergänzungsanmerkungen der Zeugen zur vorläufigen Protokollfassung sind als Anlage beigelegt. Die betroffenen Protokollpassagen sind mit einem * gekennzeichnet.



Nur zur dienstlichen Verwendung



Nur zur dienstlichen Verwendung

Mitglieder des Ausschusses*

	Ordentliche Mitglieder	Stellvertretende Mitglieder
CDU/CSU	Güntzler, Fritz Hauer, Matthias Michelbach Dr. h. c. (Univ Kyiv), Hans	Steiniger, Johannes
SPD	Kiziltepe, Cansel Zimmermann Dr., Jens	
AfD	Gottschalk, Kay	
FDP	Toncar Dr., Florian	
DIE LINKE.	De Masi, Fabio	
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	Bayaz Dr., Danyal	

Fraktionsmitarbeiter*

CDU/CSU	Gerster, Cornelius Brandt, Wolfgang Günther, Kevin Genske, Marlene
SPD	Hawxwell, Anne Schneider, Yannik Weber, Saskia Sacharow, Alexander Sondhauß, Nora Schauhoff, Lenard
AfD	
FDP	Reuss, David Iza Schilling, Philipp Forster, Simon
DIE LINKE.	Olschewski, Niklas
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	Kern, Florian

* anwesend laut Unterschriftenliste



Nur zur dienstlichen Verwendung

Teilnehmer Bundesregierung*

BMF	ORR Rosenberger ARn Koch RD Fritz
BMWi	MR Schiemann RR Gräf RDn Voos RD Ernst
BMJV	Zorn ORR Scholz

Teilnehmer Bundesrat*

Land

Bayern	RRn Sikler
Hessen	RR Schweers

* anwesend laut Unterschriftenliste



Nur zur dienstlichen Verwendung



Nur zur dienstlichen Verwendung



Nur zur dienstlichen Verwendung



Nur zur dienstlichen Verwendung



Nur zur dienstlichen Verwendung

(Beginn: 9.03 Uhr)

Vorsitzender Kay Gottschalk: Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich eröffne hiermit unsere 31. Sitzung, zugleich unsere 18. Beweisaufnahmesitzung.

Ich stelle fest, dass die Öffentlichkeit hergestellt ist. Ich heiße die anwesenden Vertreter der Bundesregierung und des Bundesrates wie immer willkommen.

Außerdem begrüße ich ganz herzlich den Ermittlungsbeauftragten unseres Untersuchungsausschusses, Herrn Wambach, der vom Ausschuss beauftragt worden ist, die von Ernst & Young übergebenen Beweismaterialien zu sichten und auszuwerten.

Ebenso begrüße ich herzlich die Zuschauerinnen und Zuschauer sowie die Vertreterinnen und Vertreter der Presse in den Streamingsälen. Bitte beachten Sie, dass die nachfolgenden Hinweise auch für Sie gelten.

So sind eigene Ton- oder Bildaufnahmen von der Sitzung nicht gestattet. Zuwiderhandlungen können nicht nur zu einem Sitzungsausschluss, sondern auch zu einem Hausverbot und strafrechtlichen Konsequenzen führen.

Nach diesen einleitenden Worten rufe ich nunmehr unseren **einzigen Tagesordnungspunkt** auf:

Öffentliche Zeugenvernehmung

Dr. Christian Orth

(Beweisbeschluss Z-37)

Hubert Barth

(Beweisbeschluss Z-67)

Sven Hauke

(Beweisbeschluss Z-107)

Wir werden die Zeugen in dieser Reihenfolge auch vernehmen. So, jetzt warten wir auf den ersten Zeugen.

Vernehmung des Zeugen Dr. Christian Orth

Wunderbar, unser erster Zeuge, Herr Dr. Christian Orth, hat bereits Platz genommen. Herr Orth, ich heiße Sie recht herzlich willkommen.

Neben Ihnen hat Ihr Rechtsbeistand Herr Professor Björn Gercke Platz genommen. Herr Gercke, auch Sie darf ich im Namen des Ausschusses ganz herzlich willkommen heißen. Wie Sie sicherlich wissen, dürfen Sie den Zeugen beraten. Ihnen steht jedoch selbst kein Rede- oder Frage-recht zu. Insbesondere dürfen Sie Ihrem Mandanten während seiner Aussage keine inhaltlichen Hinweise geben. Gegebenenfalls können Sie oder Ihr Mandant natürlich eine kurze Unterbrechung zum Zwecke der Beratung mit Ihnen beantragen. - Bestehen hierzu noch Fragen Ihrerseits?

(RA Prof. Dr. Björn Gercke
schüttelt den Kopf)

- Nein. - Herr Orth, Informationen zum Gegenstand der Vernehmung, zu Ihren Rechten und Pflichten als Zeuge und zur Strafbarkeit vorsätzlicher Verstöße gegen die Wahrheitspflicht wurden Ihnen vorab übersandt.

Zeuge Dr. Christian Orth: Das ist richtig.

Vorsitzender Kay Gottschalk: Wunderbar. - Sie haben sich vor diesem Hintergrund mit einem Verzicht auf eine mündliche Zeugenbelehrung in der Sitzung einverstanden erklärt. Damit - und da wie immer an jeden Zeugen - recht herzlichen Dank, weil uns das eine ganze Menge - bei so vielen Zeugen tatsächlich mindestens einen ganzen Verhandlungstag - an Ersparnis bringt. Deshalb kann ich mich an dieser Stelle auf einige technische Hinweise beschränken.

Werden Ihnen bei Ihrer Vernehmung Vorhalte aus Akten gemacht, wird Ihnen der Fragesteller auf Ihren Wunsch die entsprechende Unterlage vorlegen.

Sollten Sie während Ihrer Vernehmung zu der Auffassung gelangen, dass Sie als VS-Vertraulich



Nur zur dienstlichen Verwendung

oder höher eingestufte Informationen oder sonstige Dinge zur Sprache bringen müssen, deren öffentliche Erörterung überwiegende schutzwürdige Interessen verletzen würde, bitte ich Ihrerseits um einen kleinen Hinweis. Der Ausschuss hätte dann die Möglichkeit, den Ausschluss der Öffentlichkeit sowie den Geheimhaltungsgrad dieser Sitzung zu beschließen. - Haben Sie zu diesen Hinweisen noch Fragen?

Zeuge Dr. Christian Orth: Nein, vielen Dank.

Vorsitzender Kay Gottschalk: Wunderbar. - Dann möchte ich Sie noch bitten - aber das ist auch schon hier, weil wir ja schon öfters jetzt das Vergnügen alle in verschiedenen Kombinationen hatten -, darauf zu achten, dass Sie immer das Mikrofon einschalten, weil wir eben auch - neben der stenografischen Aufzeichnung - eine Tonaufzeichnung fertigen.

Herr Orth, ich würde Sie zunächst zur Person vernehmen. Deshalb würde ich Sie bitten, sich kurz vorzustellen, indem Sie uns Ihren Vornamen, Ihren Nachnamen, Ihr Alter, Ihren Beruf und Ihren Wohn- oder Dienstort mitteilen.

Zeuge Dr. Christian Orth: Guten Morgen erst mal, Herr Vorsitzender! Mein Name ist Christian Orth, 51 Jahre alt, verheiratet, von Beruf Wirtschaftsprüfer, und Wohnort ist [REDACTED].

Vorsitzender Kay Gottschalk: Wunderbar. - Herr Orth, Sie können, wenn Sie das wünschen, nunmehr im Zusammenhang darlegen, was Ihnen über den Gegenstand der Vernehmung bekannt ist. Herr Orth, Sie haben das Wort.

Zeuge Dr. Christian Orth: Vielen Dank. - Sehr geehrter Herr Vorsitzender! Sehr geehrte Damen und Herren Abgeordnete! Zunächst freue ich mich, dass wir heute hier - - dass EY und insbesondere ich rechtssicher aussagen darf. Ich hatte Ihnen ja im November erörtert, dass ich hier zur parlamentarischen Aufklärung beitragen möchte und Ihnen auch Ihre Fragen beantworten werde. Ich habe mir die Frage der Aussageverweigerung wirklich nicht leicht gemacht. Es waren am Ende die rechtlichen Bedenken, die dagegensprachen, und nicht mein mangelnder Aufklärungswille.

Insofern bitte ich das noch mal auch zu berücksichtigen. Aber Sie sehen mich heute erleichtert, dass ich hier offen sprechen kann und insofern auch zur Sache beitragen werde.

Bevor ich mich dahin gehend äußere, was meine Befassung mit der Causa Wirecard war, gestatten Sie bitte zwei ganz kurze Bemerkungen: zum einen, dass wir alle uns gewünscht hätten bei EY und ich ganz besonders, dass wir diesen Betrug früher hätten aufdecken können, weil wir alle fragen uns nämlich auch, was wir hätten besser machen können. Und an dieser Aufarbeitung wirke ich mit. Und ich sage Ihnen, das beschäftigt mich auch sehr.

Es ist am Ende des Tages Straftätern mit hoher krimineller Energie gelungen, uns alle zu täuschen, Vermögen massiv dem Unternehmen zu entziehen, der Wirecard zu entziehen. Anteilseigner, Gläubiger, Mitarbeiter, aber auch wir als EY wurden massiv geschädigt. Bedauerlich ist, dass das Vertrauen in die Arbeit von EY dadurch gelitten hat, aber auch das Ansehen des gesamten Berufsstandes Schaden genommen hat.

Herr Vorsitzender, sehr geehrte Damen und Herren, wenn wir über die Causa Wirecard sprechen, dann ist es im Prinzip so, dass wir eigentlich wirklich sehr differenziert vorgehen müssen, was nämlich die einzelnen Geschäftsjahre anbelangt. Wenn wir uns die Abschlussprüfungen der Wirecard anschauen, müssen wir nämlich unterscheiden jeweils in der Ausgangssituation, der Ausgangslage. Denn hier gab es auch unterschiedliche Anschuldigungen in Bezug auf Inhalte, in Bezug auf Personen, auf sogenannte Tatorte, aber auch das behördliche Umfeld. Das sind Punkte, die nicht zu unterschätzen sind.

Insofern gestatten Sie mir kurz: Meine Rolle hatte ich Ihnen im November dargestellt. Ich selber bin seit Mitte 2017 in der Funktion des Professional Practice Directors für Deutschland tätig. Der ist zuständig für die Qualitätssicherung auf Praxisebene. Und insofern bin ich natürlich Ansprechpartner für die Prüfungsteams bei kritischen Fragestellungen, aber auch bei Konsultationen. Das ist bei uns auch so vorgesehen, dass wir konsultiert werden können als Professional Practice



Nur zur dienstlichen Verwendung

Director. Es ist aber auch so, dass es bestimmte Konsultationspflichten gibt. Insofern stehe ich als PPD außerhalb des Prüfungsteams, reviewe keine Arbeitspapiere und nehme auch selbst gar keine Prüfungshandlungen vor.

Diese Aufgaben sind typisch für den auftragsbegleitenden Qualitätssicherer, der in unserem Hause EQR heißt, Engagement Quality Reviewer. Dieser begleitet auch das Prüfungsteam. Im Rahmen einer unabhängigen Begleitung überprüft er, unterstützt das Prüfungsteam. Es ist aber so, dass die Prüfer am Ende des Tages agieren nach den beruflichen, berufsständischen und auch fachlichen Standards, und zwar, sage ich mal, eigenverantwortlich. Und das müssen sie auch. Denn sie stehen nachher mit ihrer Unterschrift und* dem Bestätigungsvermerk dann auch in der Endverantwortung.

Insofern: Der Zeitraum meiner eigenen Wahrnehmung erstreckte sich als PPD im Prinzip vom 1. Februar 2019, als ich angesprochen wurde auf die Singapur-Allegations durch den mandatsverantwortlichen Partner, bis hin, sage ich mal, über die ganzen Allegations, die dann nachher in der Presse erfolgten und auch nachher im Geschäftsjahr bei der Prüfung des Geschäftsjahres 2019, die dann am 29. Juni 2020 mit einem Versagungsvermerk abgeschlossen wurde. Also, das ist der Zeitraum meiner Befassung, über den ich hier auch sehr gerne Ihnen Auskunft erteilen werde.

Kommen wir nun zur Abschlussprüfung 2018. Es ist so, dass der „Financial Times“-Artikel der Auslöser für meine Konsultation war. Das war, wie gesagt, am 1. Februar. Herr Martin Dahmen, der mandatsverantwortliche Prüfungspartner, kam auf mich zu und berichtete mir über, sage ich mal, die Allegations, die hier in der Zeitung standen, über die ersten Maßnahmen, die das Prüfungsteam getroffen hatte. Und dann ging eigentlich alles relativ schnell.

Denn Herr Barth erhielt - meines Wissens war es der 6. Februar - ein Whistleblower-Paket und bat mich dann auch schon am Folgetag zu dessen Sichtung ins Münchner Büro. Es war dann so, dass dieses Whistleblower-Paket die, sage ich

mal, gleichen Inhalte abdeckte, die auch Teil des „Financial Times“-Artikels waren. Es ging nämlich hier konkret um Vorwürfe in Singapur, um Scheingeschäfte im Kontext der Beschaffung von Software. Und insofern, sage ich mal, war dieser gesamte Komplex beschränkt auf den Bereich der Singapur-Allegations.

Es ist dann so gewesen, dass wir sofort überlegt haben, welche Maßnahmen wir einleiten müssen. Das heißt, wir haben diese Allegations sehr ernst genommen; weil teilweise ja auch in der Presse steht, man hätte da gar nicht drauf reagiert. Dem möchte ich insofern wirklich widersprechen. Wir haben das Ganze aufgegriffen, sind dem einzeln nachgegangen und haben detailliert am Ende des Tages hier auch Prüfungshandlungen mit dem Prüfungsteam diskutiert.

Wichtig war, dass im Prinzip hier besonders Zweifel am Management in Singapur bestanden. Interessant war aber - und das war schon ein Knackpunkt an der Geschichte -, dass diese Vorwürfe dem Vorstand von Wirecard meines Wissens ab Mai 2018 bekannt waren. Denn dieser hatte auch schon entsprechende Anwaltskanzleien mit einer Sonderuntersuchung beauftragt. Aber weder der Aufsichtsrat noch das Prüfungsteam waren entsprechend informiert worden. Das führte bei uns intern zur Diskussion, ob wir im Anwendungsbereich von Artikel 7 der EU-Abschlussprüferverordnung sind, also dieser Meldepflicht. Und es war dann auch so, dass wir das relativ umfangreich diskutiert haben, es dann auch zu einem Meeting gekommen ist zwischen dem Prüfungsteam und dem Wirecard-Vorstand am 12. Februar, an dem dann auch Herr Barth teilgenommen hatte, ich selber nicht.

Es kam dann aber auch schon am 13. Februar zu dem bekannten APAS-Anruf. Aber ich bin sicher, darauf gehen wir heute noch gesondert ein.

Nach dem Telefonat hatten wir auf jeden Fall den Eindruck, dass wir im Prinzip das, was wir vortragen hatten, auch der APAS - - dass das der richtige Ansatz war, dass wir hier auch richtig unterwegs waren. Und insofern kann ich nur sagen, dass, wenn Sie diese Bestätigung erhalten, die richtigen Schritte eingeleitet zu haben, man



Nur zur dienstlichen Verwendung

doch sagen muss, dass diese Meldepflicht eigentlich der richtige Ansatz ist. Und insofern: Unser Haus begrüßt es außerordentlich, dass jetzt mit dem geplanten FISG hier auch entsprechend Klarstellung erfolgt, wer der Ansprechpartner für den Prüfer sein wird und sein soll.

Also, das Prüfungsvorgehen wurde erweitert zum Komplex der Singapur-Allegations. Das war auch der Themenkomplex, zu dem ich letzten Endes eingebunden wurde im Rahmen der Konsultation. Es wurden extrem viele externe als auch interne Sachverständige, insbesondere Forensiker, hinzugezogen. Zu den externen Sachverständigen zählten unter anderem Rajah & Tann. Dann hatten wir Fieldfisher, Control Risk Group, aber auch Latham & Watkins als Berater des Aufsichtsrates.

Intern haben wir natürlich die Prüfungshandlungen signifikant erweitert. Die Erweiterung führte dazu, dass wir nahezu eine Verdopplung der Prüfungsstunden hatten. Das war begründet durch die erweiterten Prüfungshandlungen, Herr Güntzler, PS 210, inklusive der, sage ich mal, Vor-Ort-Besuche, die wir durchgeführt haben. Wir haben eine sogenannte Shadow Investigation veranlasst durch unsere Forensiker, das heißt, auch die E-Mail-Reviews durch Fieldfisher begleitet. Es gab auch Interviews und Befragungen von Mitarbeitern und Vorständen, unter anderem auch von Jan Marsalek.

Am Ende war es dann so, dass wir fast eine - - Von dem Gesamtstundenvolumen waren fast 25 Prozent der Stunden auf den Forensikbereich entfallen. Und auch das, Herr Güntzler, werden Sie sicherlich bestätigen: Eine standardmäßige Abschlussprüfung kennt keine so umfangreiche Einbindung von Forensikern.

Gut, letztlich bestätigten sich also die Vorwürfe in Singapur. Wir hatten hier klare Hinweise darauf, dass Mitglieder des lokalen Managements an unlauteren Handlungen beteiligt waren. Wir hatten aber keinerlei Nachweise oder Beweise dafür, dass Mitarbeiter aus Deutschland oder Mitarbeiter des Vorstandes, also Vorstandsmitglieder, hier involviert waren. Es war auch so, dass die

Rechtsberater des Aufsichtsrats zu keinen anderen Ergebnissen gekommen sind.

Ich weiß noch, dass Latham & Watkins seinerzeit gesagt hat, dass die Beweislage keinerlei Pflichtverletzungen aufzeige oder Hinweise und insofern auch, sage ich mal, die Frage einer Freistellung oder Entlassung nicht in Betracht käme. Also, man hat auch klar artikuliert, dass man - und da erinnere ich mich an eine Aussage von Latham & Watkins - allein auf, sage ich mal, bloßen Behauptungen nicht einfach einen Vorstand rausschmeißen kann.

Also insofern: Wir haben uns, sage ich mal, die Ergebnisse von Latham & Watkins auch schriftlich im Rahmen einer Vollständigkeitserklärung geben lassen, auch die Untersuchungsergebnisse des Aufsichtsrates. Wie gesagt, am Ende gab es keinerlei Nachweise für eine Verwicklung des deutschen Managements, insbesondere auch nicht von Herrn Jan Marsalek.

Im Ergebnis führten die 2018er-Prüfungshandlungen also dazu, dass die Misstände in Singapur, sage ich mal, nachverfolgt wurden vom Vorstand, er auch die Korrekturen vorgenommen hat, die durch diese unlauteren Handlungen getätigt wurden. Das waren seinerzeit Beträge um die 10 Millionen Euro. Das wurde auch in der Rechnungslegung nach IAS 8 korrigiert und auch im Geschäftsbericht entsprechend ausgewiesen.

Es war auch so, dass weder die, sage ich mal, Sonderuntersuchungen, die beauftragt waren vom Vorstand, noch die aufsichtsratlichen Untersuchungen oder Latham & Watkins noch unsere eigenen Untersuchungshandlungen hier irgendwelche Hinweise auf Unregelmäßigkeiten durch den Vorstand hervorgebracht haben. Insofern: Die Diskussion um die Erteilung des Bestätigungsvermerks - - Man kann nicht auf Basis von Vermutungen oder Vorwürfen alleine hier auch einen Bestätigungsvermerk einschränken. Das lässt die aktuelle Rechtslage nicht zu. Es ist daher vom Prüfungsteam auch für den Abschluss 2018 ein uneingeschränkter Bestätigungsvermerk erteilt worden.



Nur zur dienstlichen Verwendung

Aber - und das ist mir jetzt wirklich ganz wichtig - dieser Bestätigungsvermerk enthält einen ergänzenden Hinweis. Und in diesem ergänzenden Hinweis wird auch darauf verwiesen, dass es hier in Singapur entsprechende Allegations gab, dass hier die Singapur-Allegations auch noch von der Singapur Police weiterverfolgt werden und dass hier ein gewisses Risiko besteht. Dieser ungewöhnliche ergänzende Hinweis ist meines Erachtens insofern auch als, sage ich mal, eine an die Öffentlichkeit gerichtete Warnung zu verstehen.

Das ist aber jetzt, sage ich mal, für das Gesamtbild bei einer Abschlussprüfung natürlich auch bedeutend, dass man als Prüfer sagt: Ich versuche, mir immer auch, bevor ich ein Gesamturteil bilde, ein Gesamtbild zu machen.

Und dann kam halt auch das Prüfungsumfeld, sage ich mal, mit in Betracht, was die Prüfer sicherlich auch geprägt hat. Und da waren im Prinzip drei Komponenten, nämlich zum einen das Verhalten auch der Behörden, was auch absolut in Einklang stand mit den Aussagen, die die Prüfer durch Wirecard erhalten haben. Das war zum einen die BaFin mit ihrem Leerverkaufsverbot, mit den Einleitungen von Ermittlungen, mit der Anzeige, die ja auch durch die Staatsanwaltschaft München I dann aufgegriffen wurde in Bezug auf eine, sage ich mal, Ermittlung gegen Leerverkäufer oder Shortseller. Am Ende des Tages haben wir auch gesehen, dass Bankenanalysten und auch Ratingagenturen Wirecard weit überwiegend positiv beurteilt haben.

Aber ich möchte auch betonen, dass die „first line of defense“, nämlich die Gesellschaft selbst, immer wieder Maßnahmen ergriffen hat, die verdeutlichen, dass sie von einem einstigen Start-up hin zu einem, sage ich mal, renommierten DAX-Unternehmen sich weiterentwickeln wollten. Das waren Tatsachen wie die personelle Verstärkung des Aufsichtsrats, die Einrichtung des Prüfungsausschusses, aber auch die von uns öfters - sage ich immer wieder - angeforderte Verbesserung der Compliance-Management-Systeme, aber auch der internen Kontrollsysteme. Das war auch am Ende des Tages der Grund, warum wir dann die Abschlussprüfung 2019 auch aufgenommen haben. Das heißt, wir haben das Mandat

fortgesetzt, haben daran aber bestimmte Bedingungen geknüpft.

Und insofern kann ich auch jetzt zur Abschlussprüfung 2019 kommen, die ab Mitte, sage ich mal, September durchgeführt wurde. Und ab Mitte Oktober kamen dann auch die ersten Vorwürfe wieder in der Presse. Da waren wieder, sage ich mal, Vorwürfe in der Presse in Bezug auf das TPA-Geschäft, aber auch - und das erstmals - Hinweise in der Presse in Bezug auf fehlende Treuhandkonten oder die Treuhandkonten als Thema an sich. Es war so, dass das natürlich etwas Neues war und auch neu war, dass der Aufsichtsrat erstmalig hier jetzt die Eigeninitiative ergriffen hat. Und das war auch die Handschrift von Herrn Eichelmann, zu sagen: Wir werden jetzt eine eigene unabhängige Sonderuntersuchung durchführen.

Und insofern haben wir das - und das wird Sie jetzt vielleicht auch überraschen - Ich kann es nur sagen: EY hat diese Maßnahme positiv aufgegriffen. Denn wir hatten in den Jahren zuvor immer wieder gesagt, dass in solchen Fällen eigentlich der Aufsichtsrat eigenständige unabhängige Untersuchungen durchführen muss, und nicht der Vorstand.

Am Ende war es so, dass KPMG und wir das gleiche Ziel verfolgten, nämlich die vollumfängliche Aufklärung aller Anschuldigungen. Und ich kann Ihnen sagen: Wir haben von daher auch von Anfang an mit KPMG zusammengearbeitet, und ich kann Ihnen wirklich sagen, auch wenn es manchmal anders kolportiert wird: gut zusammengearbeitet.

Ich selbst erinnere mich noch sehr, sehr gut an ein Treffen mit Herrn Eichelmann und meinem Counterpart von KPMG, Herrn Sven-Olaf Leitz, am Münchener Flughafen, wo wir im Prinzip die Eckpfeiler der Zusammenarbeit besprochen haben. Es war sehr wichtig, dass KPMG unabhängig agiert - das war dem Aufsichtsrat sehr wichtig - und dass, wenn Interaktion war, dies auch über den Rechtsbeistand entsprechend koordiniert wurde. Das heißt, die Unabhängigkeit von KPMG durfte hier nicht beeinflusst werden. Insofern: Es war wirklich eine sehr gute Zusammenarbeit.



Nur zur dienstlichen Verwendung

Es war dann aber so, dass im Laufe der weiteren Prüfung - und jetzt kommen wir zu einem ganz, ganz zentralen Datum; ich habe mir das auch noch mal aufgeschrieben; das ist der 29. Januar 2020 - - Dort kam es in einem gemeinsamen Meeting mit KMPG bei Wirecard zu der Erkenntnis, dass bereits im Dezember die Treuhandkonten gewechselt haben sollen, und zwar von Singapur auf die Philippinen. Und als ich hörte, dass die Konten von Singapur auf die Philippinen gewechselt haben sollen und der Treuhänder gewechselt hat, ich kann Ihnen sagen: Da ging bei mir der Feuersalarm an. Und für mich persönlich war das auch der Wendepunkt. Warum?

Als erste Reaktion hat natürlich das Prüfungsteam sofort wieder Maßnahmen ergriffen, das heißt die standarderweiterte Prüfungshandlung etc., hat aber auch sofort die neuen Treuhandverträge angefordert und auch Kontakt mit dem Treuhänder aufgenommen. Ebenfalls vor dem Hintergrund des neuen Rechtskreises haben wir die Bankbestätigungen angefordert. Das wurde uns dann auch sogar zugesagt.

Am 4. März kam es dann zu einem Vor-Ort-Termin in Manila, den Herr Dahmen initiiert hatte, und zwar in dem Büro von Herrn Mark Tolentino sowie den beiden Banken BDO und BPI in den Filialen.

(Matthias Hauer
(CDU/CSU): Wann war
das? Welches Datum war
das?)

- 4. März. Pardon, Herr Hauer, Entschuldigung, ich hatte Sie akustisch nicht ganz verstanden.
4. März war das. - Es war so, dass Herr Dahmen in Begleitung war von zwei KPMG-Managern, von Mitarbeitern von Clifford Chance als Rechtsberater des Aufsichtsrates, von Wirecard-Mitarbeitern und Herrn Jan Marsalek höchstpersönlich.

Bei diesem Treffen ging es jetzt darum, die neuen Treuhandverträge zu erörtern, die Treuhandkonten zu besprechen. Und, wie gesagt, es gab halt diese Vor-Ort-Besuche in den Filialen.

Auf dem Rückweg von Manila ist Herr Dahmen dann über Dubai geflogen. Und bei diesem Vor-Ort-Besuch in Dubai wurde dann noch das angesprochen, was wir auch schon im Rahmen der Prüfungsplanung diskutiert hatten: die sogenannte Abhebungsanforderung. Und Herr Güntzler, Pardon, dass ich Sie heute so oft zitiere, aber wir hatten im November über diese Testüberweisung gesprochen, und ich hatte Ihre Frau da als Beispiel genommen. Heute können wir das konkret machen, was da im Einzelnen verlangt wurde.

(Zuruf des Abg. Fritz
Güntzler (CDU/CSU))

- Nein, nicht Ihre Frau, sondern heute geht es ja tatsächlich um die Wirecard. - Es war so, dass die Treuhandkonten, die bei dem Treuhänder waren - - Es ging da bei der Testüberweisung darum, zu einem bestimmten Zeitpunkt einen bestimmten Betrag von den Treuhandkonten von Asien nach Europa zu transferieren. Entscheidend war aber, dass der Zeitpunkt der Transaktion, die Verweildauer der Transaktion und der Zeitpunkt der Rückbuchung der Sicherungsgelder im Ermessen des Prüfers stand, das heißt ohne Einfluss von Wirecard.

Das ist natürlich ein massiver Eingriff in ein operatives Geschäft. Und so eine, sage ich mal, Prüfungshandlung steht in keinem Prüfungsstandard. Der entscheidende Punkt war, dass wir zunächst angedeutet hatten, dass wir eine Transaktion von rund 100 Millionen vornehmen wollen. Wir haben aber dann 440 Millionen abgefordert*, und das war rund ein Viertel der Gesamtkontenbestände auf den Treuhandkonten. Und das hat mich daher auch nicht überrascht, dass die TPAs, die Third Party Acquirer, massiv dagegen protestiert haben. Aber gut.

Wie gesagt, es kam zu dieser Testüberweisung, die wir angefordert haben.

Vorsitzender Kay Gottschalk: Darf ich da auch kurz nachfragen?

Zeuge Dr. Christian Orth: Natürlich.



Nur zur dienstlichen Verwendung

Vorsitzender Kay Gottschalk: Wie äußerte sich - und wie viele Third Party Acquirer haben sich da massiv geäußert? Können Sie das erinnern?

Zeuge Dr. Christian Orth: Herr Gottschalk, also, alle drei haben reagiert. Nach meinem Wissen war das alles dann um den 15.06 herum. - Habe ich gerade 15.06. gesagt? Sekunde.

(Der Zeuge liest in seinen
Unterlagen)

Ab 15.05. muss es gewesen sein. Ich entschuldige mich, weil wir haben ja die Abhebungsanforderung am 12.05. angefordert. Ich korrigiere mich bitte. Gut.

Wie gesagt, es kam halt dazu. Der Aufsichtsrat, sage ich mal, war hier an dieser Stelle - - Mir gegenüber wurde geäußert, man hätte hier Bedenken, weil dieser massive Eingriff stattgefunden hat. Und ich weiß auch noch, dass zu meinem Erstaunen Herr Dahmen mir berichtete, dass Herrn* Marsalek das eine gute Idee fand. Insofern: gemischte Reaktionen auf unseren Vorschlag.

Es kam dann leider durch den Ausbruch der Coronapandemie zu Verzögerungen im Prüfungsablauf. Und wir haben auch gesehen, dass die KPMG-Sonderuntersuchung erweitert wurde, nämlich um die Auswertung einer Dezemberscheibe für das Geschäftsjahr 2019. Und es war so, dass wir im Juni, meines Wissens mit Stand 10. Juni, einen Bericht bekommen haben, einen vorläufigen Berichtsentwurf oder einen Berichtsentwurf der KPMG, mit Bezug auf dieses TPA-Geschäft und auch die Treuhandkonten, der den Eindruck erweckte, dass sowohl das TPA-Geschäft real sei als auch die Treuhandkonten existent.

Es war dann auch so, dass, wie gesagt, am Ende des Tages wir Anfang Mai - ich hatte gesagt, 12. Mai war das - die Transaktion, diese Testüberweisung angefordert haben, wie gesagt, viermal 110. Das waren die 440 Millionen, weil wir vier Konten hatten. Und das hat am Ende des Tages halt dazu geführt, dass diese Reaktion, die auch erwartet wurde von den TPAs, dann auch

gekommen ist, weil ja die Sicherungsgelder für eine gewisse Dauer den TPAs entzogen wurden.

Parallel zu dieser Testüberweisung hat das Prüfungsteam sich die Bankbestände auf den Philippinen angeschaut. Warum erzähle ich Ihnen das? Obwohl dem Prüfungsteam im Beisein von KPMG die Existenz der Treuhandkonten bestätigt wurde, sowohl vom Treuhänder als auch von Mitarbeitern der beiden Banken, und obwohl wir in mehrfacher Ausfertigung, sowohl Hard- als auch Softcopy, Bankbestätigungen von beiden Banken erhalten haben und wir insofern eigentlich mit der Prüfungshandlung zumindest nach den Prüfungsstandards fertig gewesen wären, hat das Prüfungsteam trotzdem weitergeprüft.

Es gab nämlich zwei kleine Auffälligkeiten, nämlich einmal in Bezug auf etwas, was im Rücklauf war von den Bankbestätigungen. Das war eine kleine Auffälligkeit, die aber gut begründet werden konnte, die mir aber trotzdem keine Ruhe ließ. Und zum Zweiten hatten wir die Situation, dass inzwischen auch die Geschäftsberichte der beiden Banken veröffentlicht waren und in diesen Geschäftsberichten der Banken auch diese Eurokonten in irgendeiner Weise hätten ausgewiesen werden müssen. Und da war die Auffälligkeit, dass in einem dieser Bankabschlüsse die Fremdwährungsrisiken in der Höhe anscheinend nicht vorhanden sein konnten. Also insofern: Das waren ganz wesentliche Punkte, die auch die Zweifel an der Existenz der Eurokonten dann nachher ausgelöst haben.

Es waren aber am Ende des Tages nicht die Bankbestätigungen, die, sage ich mal, diesen Zweifel weiter erhärtet haben, sondern es waren die ausstehenden, immer wieder angeforderten Testtransaktionen, die mit unterschiedlichsten Begründungen erklärt wurden, warum sie ausblieben. Das war für uns aber eine ganz zentrale Prüfungshandlung. Und insofern verdichtete sich der Verdacht, dass etwas nicht stimmt.

Wir haben dann Kontakt mit der Vorstandsebene der beiden Banken aufgenommen. Und das ist etwas, was völlig unüblich ist. Sie können sich auch vorstellen, dass Bankvorstände nur darauf warten, dass Wirtschaftsprüfer sie anrufen und



Nur zur dienstlichen Verwendung

nach Bankbestätigungen fragen. Also, der entscheidende Punkt ist: Das war vollkommen unüblich, und wir hatten auch, sage ich mal, Glück, dass wir diesen Kontakt in der Form haben herstellen können. Und tatsächlich war es so, dass wir dann auch von der Vorstandsebene der Banken die Bestätigung bekommen haben, dass diese Konten nicht existieren. Wir hatten also Originalbankbestätigungen vorliegen, die die Bestände, sage ich mal, bestätigt haben, die aber unzutreffend waren.

Es war dann der 16. Juni 2020, als wir dann in schriftlicher Form bestätigt bekommen haben, dass die Bankbestätigungen „spurious“ und „non-authorized“ seien. Das heißt, die Konten existierten nicht. Wir hatten also erstmals den Beweis für die Nichtexistenz der Treuhandkonten. Das Prüfungsteam hat dann auch unverzüglich die BaFin informiert. Ich hatte vorher über die APAS die entsprechenden Kontakte erhalten. Wir haben am selben Tag noch gegen 17.30 Uhr eine Telefonkonferenz mit Herrn Eichelmann abgehalten. Das heißt, das Prüfungsteam hatte sie aufgesetzt. Herr Barth und ich haben auch daran teilgenommen.

Und es war so, dass Herr Eichelmann mehrfach danach gefragt hat, ob wir uns auch hier wirklich sicher seien, und als ich das dann bestätigte, hat er dann einfach nur gesagt, dass uns klar sein müsste, dass wir damit jetzt dem Unternehmen den Stecker ziehen.

Wenig später gab es dann noch mal, sage ich mal, eine Unterbrechung dieser Konferenz, vor dem Hintergrund, dass Herr Eichelmann mit Herrn Hufeld telefoniert hat. Das war meines Wissens so gegen 18 Uhr. Im Anschluss daran wurde die Konferenz weiter fortgesetzt mit Herrn von Knoop, der hinzugeschaltet wurde, und auch Herrn Marsalek.

Am selben Abend hatten wir dann auch noch einen Call mit Herrn Braun, der sich von mir dann auch noch mal, sage ich mal, die Äußerungen der Banken hat erläutern lassen und auch danach gefragt hat, welche Beweise wir denn vorliegen hätten für eine solche Anschuldigung. Ich habe das dann entsprechend vorgetragen. Und er wirkte

sehr ungläubig und betonte auch immer wieder, das sei alles nur ein riesengroßes Missverständnis. Als ich dann noch mal insistierte und ganz klar und deutlich gesagt habe, dass die Konten nicht existieren, hat er wirklich sinngemäß geäußert: Herr Orth, Sie glauben doch nicht, dass ich mir 2 Milliarden Euro stehlen lasse.

Also, wenig später war es dann so, dass wir in Abstimmung auch mit dem Aufsichtsrat dann die Prüfung fortgesetzt haben und einen Versagungsvermerk erteilt haben. Das ist wohl erstmalig in der Geschichte eines DAX-Konzerns passiert. Und insofern war das meine Befassung mit der Causa Wirecard.

Ich bin sicher, Sie haben jetzt noch viele Fragen dazu. Aber, Herr Gottschalk, gestatten Sie mir noch eine wichtige Anmerkung: Ich habe ja angenommen, dass eine Strafanzeige gegen mich erstattet wurde wegen einer vermeintlichen Falschaussage. Ich habe über meine Anwälte erfahren, dass dieses Verfahren durch die Staatsanwaltschaft gestern eingestellt wurde. Dazu möchte ich mich aber bitte heute noch äußern. Das sollten wir aber, wenn das für Sie in Ordnung ist, tun nach der Befragungsrunde, weil ich denke, es geht jetzt erst mal um die Aufklärung der Causa Wirecard.

Vorsitzender Kay Gottschalk: In Ordnung, gut; bin ich mit einverstanden. - Dann sind Sie so weit erst mal mit den Erläuterungen, mit Ihren Darstellungen des Sachverhaltes fertig. Ja, dann würde ich beginnen. In der Tat, wir haben, glaube ich, alle sehr, sehr viele Fragen. Ich würde aber wie immer - bewährt - mit den allgemeinen Fragen auch für die Kollegen einfach anfangen und mich dann aber auch schon ein bisschen natürlich ins Spezielle vorarbeiten.

Herr Orth, nochmals die Frage: Wie haben Sie sich auf die heutige Sitzung vorbereitet? Eine Standardfrage, die wir allen Kollegen ja hier stellen.

Zeuge Dr. Christian Orth: Herr Gottschalk, mit meinem Zeugenbeistand Herrn Gercke.



Nur zur dienstlichen Verwendung

Vorsitzender Kay Gottschalk: Wunderbar. - Seit wann ist EY nochmals genau mit den Abschlussprüfungen des Wirecard-Konzerns betraut gewesen? Man liest da immer Unterschiedliches. Ich habe jetzt festgestellt, von 2007 auf 2008, weil da ähnliche Sonderermittlungen mal angestellt worden sind. Das war außerhalb des Untersuchungszeitraums. Aber seit wann sind Sie mit den Abschlussprüfungen des Konzerns betraut gewesen?

Zeuge Dr. Christian Orth: Also, aus meinem Kenntnisstand heraus - wie gesagt, ich selber bin ja erst in der Runde seit Mitte 2017 -, auch vor dem Hintergrund der Rotation und der Ausschreibung mit der Zehnjahresfrist, müsste es das Geschäftsjahr 2009 gewesen sein.

Vorsitzender Kay Gottschalk: Mhm. - Wer hat EY als Wirtschaftsprüfungsgesellschaft für die Jahresabschlussberichte der Wirecard AG beauftragt? Konnten Sie das bei der Vorbereitung oder aus den Unterlagen entnehmen?

Zeuge Dr. Christian Orth: Also, zunächst: Das ist ja etwas, was zwischen dem Prüfungsteam abläuft und dem Mandanten - Pardon, wenn ich „Mandant“ sage -, der Wirecard in dem Fall. Insofern: Ich habe diese Information nicht vorliegen. Üblich wäre, dass, sage ich mal, das Auftragsbestätigungsschreiben dann über den Aufsichtsrat läuft, den* dieser beauftragt.

Vorsitzender Kay Gottschalk: War EY auch als Wirtschaftsprüfungsunternehmen für die Tochtergesellschaften, und wenn ja, für welche Tochtergesellschaften der Wirecard AG zuständig?

Zeuge Dr. Christian Orth: Auch das ist eine Frage, die ich nicht vollumfänglich beantworten kann, vor dem Hintergrund: Es gab Tochtergesellschaften, die von EY geprüft wurden. Und es müsste möglich sein, aus dem Prüfungsbericht des Konzernabschlusses eine entsprechende Auflistung zu entnehmen. Aber, wie gesagt, ich selber habe da jetzt keine konkreten Kenntnisse.

Vorsitzender Kay Gottschalk: Dann die übliche Frage, die wir allen Zeugen hier stellen: Hatten oder haben Sie - kann ja sein - Wirecard-Aktien noch in Ihrem Depot oder etwaige Derivate - wir

haben gestern gelernt, da gibt es dann auch die Baskets, die ... (akustisch unverständlich) dann auch jemand mit bestimmten Schlaglinien nach oben und nach unten - - Hatten Sie so was in Ihrem Bestand?

Zeuge Dr. Christian Orth: Herr Gottschalk, wir als Wirtschaftsprüfungsgesellschaft haben sehr umfangreiche Systeme, weltweite Systeme. Es ist mir als Partner der EY Deutschland GmbH* nicht gestattet, Aktien oder Fondsanteile zu halten von Gesellschaften, die wir prüfen. Insofern ist das, sage ich mal, zunächst mal systemisch ausgeschlossen, weil es auch immer „gemonitored“ und geprüft wird. Aber um ganz konkret Ihre Frage zu beantworten: Ich habe weder jemals Wirecard-Aktien erworben, verkauft noch in einem Basket - - Das ist Fakt.

Vorsitzender Kay Gottschalk: Okay, ja, alles klar. - Dann würde ich jetzt so ein bisschen auf die spezielleren Fragen schon mal zu sprechen kommen. Sie hatten eben gesagt, Sie sind PPD. Gab es denn innerhalb des Zeitraums, in dem Sie tätig waren, neben dem, was Sie geschildert haben, Hinweise oder auch Fragen Ihrer Prüfungsteams bezüglich der Jahresabschlüsse Wirecard AG? Oder war das dann sozusagen, wie Sie es geschildert haben, aus meiner Wahrnehmung jetzt, auch Singapur, so der erste Hilferuf Ihrer Teams an den PPD?

Zeuge Dr. Christian Orth: Herr Gottschalk, ich habe mich auf eine solche Frage vorbereitet und bin selber noch mal durch, sage ich mal, unsere Konsultationsdatenbanken gegangen und habe auch noch mal meine Unterlagen durchforstet. Es ist so, dass Mitte 2017, kurz nachdem ich das Amt angetreten habe, eine telefonische Konsultation bei uns angekommen ist mit einer Fragestellung zu einer §-29-III-KWG-Meldepflicht. Es hat dann ein erstes Telefonat dazu stattgefunden. Das war im August. Dieses Telefonat führte dann dazu, dass sich herausstellte, dass es eine Frage, sage ich mal, war, die in den Bereich unserer Financial-Services-Organisation gefallen ist. Das ist der Bereich, der Banken und Versicherungen prüft; denn ich selber bin kein Bankenprüfer,



Nur zur dienstlichen Verwendung

und KWG sind sehr spezielle Vorschriften. Insofern habe ich dann auch auf unsere FSO-Abteilung verwiesen.

Es ist auch so, dass der auftragsbegleitende Qualitätssicherer für die Wirecard - den haben wir aus der FSO, weil wir eine Fintech-Gesellschaft haben - - Diese Person wurde mit eingebunden.

Man hat dann auch - das dürfen Sie jetzt Zufall nennen oder nicht - - Ich habe dann meinen Sommerurlaub dieses Jahr angetreten bis Ende August/Anfang September, und in der Zeit hat das Prüfungsteam mit, sage ich mal, auch den Kollegen aus der FSO diesen Sachverhalt erörtert. Und unmittelbar nach meinem Urlaub - das muss der Montag gewesen sein, also, ich meine „ader“ 5. oder 6. September - kam es dann zu einer Telefonkonferenz, in der dann auch noch mal klargestellt wurde, dass der Sachverhalt hier noch bestimmter Abstimmungen bedarf, aber dass man zum Ergebnis gekommen sei, dass keine §-29-III-Meldung erforderlich sei.

Ich habe auch, sage ich mal, ganz bewusst noch mal unseren auftragsbegleitenden Qualitätssicherer jetzt kürzlich dazu angesprochen, ob er diese Einschätzung heute auch noch hätte, und das hat er mir positiv beantwortet, dass eine Meldepflicht nicht bestanden hat.

Vorsitzender Kay Gottschalk: Okay. - Also, ich bin jetzt auch flexibel und gut vorbereitet. Jetzt würde mich eine Frage einfach mal interessieren, wenn ich so sehe, wer den Konzernabschluss, den Jahresabschluss und den Bankabschluss gezeichnet hat, einfach nur eine Verständnisfrage. Da geht es dann los in 2014, Konzernabschluss: Broschulat/Bauer, Broschulat/Bauer, Bauer/Then. In 2015 Broschulat/Loetscher beim Konzern, Jahresabschluss Broschulat/Loetscher und bei der Bank wieder Bauer/Then.

Dann haben wir 2016. Jetzt wird es ja schon interessanter, interessanter von daher, weil wir auch festgestellt haben durch den Herrn Jaffé, dass ab 2016 - das hat er hier in einer erweiterten Ob-leuterunde, so haben wir es genannt - - auch gesagt: Ab 2016, auf meine Frage hin, war negativer Cashflow, wenn man das TPA-Geschäft, was ja

offenbar Ihnen ja dann auch in 2019, 2020 dann mit dem Wechsel irgendwo mulmig wurde - so formuliere ich das mal - - ursächlich war. Und ab 2016 waren es dann Dahmen/Loetscher beim Konzernabschluss, Dahmen/Loetscher beim Jahresabschluss und Loetscher/Then bei der Bank. Und dann geht das so weiter: Dahmen/Loetscher, Dahmen/Loetscher, Loetscher/Treitz. Und einige Namen bleiben immer. Tauschen die sich einfach mal aus? Ich stelle die Frage schon. Ich glaube, das wird heute ja kommen, dass uns, glaube ich, allen deutlich geworden ist, zumindest uns hier, anders vielleicht als der BaFin, dass diese Wirecard Bank doch eine ganz erhebliche Rolle innerhalb des Wirecard-Konzerns gespielt hat. Ich habe die Herz-Lungen-Maschine dieses ganzen Gebildes genannt. Tauschen sich da diejenigen, die links unten, rechts unten unterschreiben, mal aus? Oder ist das innerhalb Ihrer eigenen Firmen-Compliance - das hat sich mir beim Studium Ihrer Unterlagen nicht erschlossen - verboten? Weil da kann man ja wertvolle Hinweise geben, wenn man sich mal austauscht.

Zeuge Dr. Christian Orth: Also, zunächst ist es so, dass, wenn eine - - Vielleicht fange ich an mit Ihrer - - Sie hatten die Frage, ob diese Personen, die Sie aufgezählt haben, jeweils da zuständig waren. Das ist auch mein Kenntnisstand. Insofern: Diese Frage möchte ich positiv beantworten. Es ist so, dass in der Regel es bei uns so gehandhabt wird, dass wir versuchen, dass der Konzernabschluss und der Jahresabschluss von demselben Team geprüft werden. Hängt aber immer von der Größe ab. Da sehen Sie aber eine gewisse Kontinuität in der Auflistung, die Sie jetzt gerade genannt haben.

Für eine Bank - das wäre jetzt in diesem Fall die Wirecard Bank -, hatte ich ja erwähnt, haben wir die Financial-Service-Organisation. Das ist nach meinem Kenntnisstand auch bei anderen Häusern durchaus üblich, dass man hier, sage ich mal, eine Abteilung hat, die spezielle Kenntnisse hat, was ja auch gut ist, für Bankprüfungen. Insofern haben wir hier auch andere Prüfer zum Einsatz. Es gibt auch - -

Vorsitzender Kay Gottschalk: Tauschen die sich aus? Ich sehe ja, einer ist immer sozusagen Link



Nur zur dienstlichen Verwendung

auch gewesen - - war einmal immer Herr Loetscher.

Zeuge Dr. Christian Orth: Richtig.

Vorsitzender Kay Gottschalk: Herr Loetscher war eigentlich überall. Der war Bank, der war Jahresabschluss und Konzernabschluss, und das seit 2017, 2016. 2015 war er noch nicht in der Bank. Deswegen interessiert mich schon: Spricht dann Herr Loetscher, wenn er in der Bank mit Herrn Treitz in 2017 zeichnet links unten und dann entsprechend rechts unten beim Jahresabschluss und dann auch noch mal rechts unten beim Konzernabschluss, spricht er dann mit Herrn Dahmen? Oder ist das denen untersagt? Kann ja sein, dass das eine Compliance-Richtlinie bei Ihnen ist. Ich möchte es nur erst mal grob für den Einstieg der Kollegen vielleicht auch verstehen.

Zeuge Dr. Christian Orth: Sie fragen ja nach dem System.

Vorsitzender Kay Gottschalk: Ja.

Zeuge Dr. Christian Orth: Es ist zunächst das System so, dass wir ja auch interne Rotationsvorschriften haben. Die sind im HGB verankert. Die werden natürlich auch berücksichtigt. Es geht dann aber auch darum - was Sie genau angesprochen haben -, teilweise eine Kontinuität zu wahren, gleichzeitig aber auch - - Wenn Prüfer zu lange auf einem Mandat sind, ist ja die Gefahr, dass man - man nennt es Betriebsblindheit - betriebsblind wird. Insofern ist natürlich da auch eine Systematik dahinter, hier zu staffeln. Ich gehe fest davon aus, dass andere Häuser ähnliche Regelungen haben. Sie sind nicht starr, sondern man muss ja auch schauen: Wann ist der richtige Zeitpunkt? Wenn jetzt Finanzvorstände wechseln etc., muss man ja auch schauen, dass da Know-how, sage ich mal, im Prüfungsteam bleibt und nicht verloren geht. - Insofern das zunächst zur Systematik.

Dann die Frage Austausch. Wir haben immer versucht auch, wie ich gerade gesagt habe, mit dem auftragsbegleitenden Qualitätssicherer - - Der ist sowohl für die Bank auftragsbegleitender Quali-

tätssicherer als auch für den Konzern- und Jahresabschluss, sodass wir immer ein Bindeglied haben zwischen diesen Abschlussprüfungen.

Vorsitzender Kay Gottschalk: Konkret gefragt noch mal: Tauschen die sich aus? Weil es sind ja Organkredite gelaufen, es sind nachher - auch da kommen wir ja später zu, zu Dingen - - Ist Ihnen dahin berichtet worden oder zugetragen worden - wir haben es gehört -, dass Herr Wexeler in das Büro von Herrn Braun zitiert wurde, wo ihm unmissverständlich klargemacht worden ist, wer der Herr im Haus ist, dass er der Eigentümer ist und er dann eben entsprechend bestimmt, wer oder wer nicht Kredite erhält. Deswegen ist natürlich für mich mal von entscheidender Bedeutung, weil ich glaube - das ist egal jetzt, ob jetzt bei Ihnen anscheinend, „anscheinend“ sage ich, im Hause als auch in anderen Geschäftsbereichsbehörden, in Ministerien -, dass jeder auf einem Berg anscheinend von Wissen - das ist ja mal positiv - sitzt. Aber auch die FIU, auch andere - das haben wir hier alles gehört -, irgendwie die tauschen sich über das Wissen nicht aus. Der eine sagt dann wieder das große Thema Datenschutz. Da müssen wir uns vielleicht in solchen speziellen Themenfeldern drüber Gedanken machen. Oder könnte man das - das will ich ja wissen - - Hätte jetzt beispielsweise Herr Loetscher in 2017 dem Herrn Dahmen, der ja dann Konzern- und Jahresabschluss macht, mitteilen können, vielleicht auch nach Ihren Qualitätsstandards sollen oder müssen, welche Kredite und in welcher Art und an welche Personen gegeben werden? Dann könnte man nämlich ja im Jahres- und Konzernabschluss mal feststellen - im „manager magazin“ waren diese schönen Spitzen dann immer -, wann bestimmte Liquidität und anschließende Geschäfte sich dann abzeichneten. Dann hätte man ja einen ganz anderen Blick auf den Sachverhalt haben können.

Deswegen noch mal einfach die Frage: Sollen die sich austauschen? Oder ist es Haltung und Geschäftspolicy in Ihrem Hause, zu sagen: „Nein, eben nicht, wir unterschreiben das zwar, wir haben die Rotation“ - was ich sehr begrüße - „wir haben den Wechsel“, aber im Prinzip sitzt da Herr Loetscher und sagt gar nicht: „Na ja, da laufen ganz schön viele Organkredite, immer Ende



Nur zur dienstlichen Verwendung

des Jahres hauen die die Leute da raus. Seht ihr da eigentlich, was bei euch im Konzern - - dass die dann irgendwie rund um die Welt laufen und tolle Unternehmen zu ziemlich guten Preisen einkaufen?“?

Zeuge Dr. Christian Orth: Also, Herr Gottschalk, konkret für den Zeitraum meiner Befassung war es so, dass ein Austausch zwischen den Teams stattgefunden hat. Es gibt auch keine Regeln für den Bereich der Abschlussprüfung. Im Bereich der Transaktionsberatung, wissen Sie, ist das manchmal anders; aber für den Bereich der Abschlussprüfung gibt es keinerlei Regelungen, hier Chinese Walls, wie das immer so schön heißt, einzurichten, sondern es ist so, dass hier der Austausch stattfindet. Und es ist auch so, dass im Rahmen der Konzernabschlussprüfung der Bankprüfer, der mit der Bank in den Konzernabschluss einbezogen wird, ja auch berichten muss, eine ISA-600-Prüfung oder PS 320 - Pardon - für die Standards. Aber es gibt ja auch, sage ich mal, eine Zwei-Wege-Kommunikation, die sogar die fachlichen Standards vorsehen.

Vorsitzender Kay Gottschalk: Ich frage mich das deshalb - aber da werden wahrscheinlich auch die Kollegen nachher noch zu kommen -, weil in diesem „manager magazin“-Bericht, das sieht fast aus wie so ein Herzschlag. Also, immer rhythmisch zum Jahresende kommen diese Liquiditätsspitzen, und alles, was wir hier dann schon mit den anderen Zeugen diskutiert haben, Erwerbe, Kauf von Firmen, mögliche Rückflüsse. Also, wirklich wie ein Herzschlag liest sich das. Aber dann frage ich mich ja schon eben: Wie tauschen sich Ihre Kollegen, die ja dann auch zeichnen rechts unten, links unten und damit eben nicht nur zeichnen, sondern für mich und nach meinem Verständnis auch eine Verantwortung übernehmen für das, was sie da zeichnen - - Aber gut, da werden wir heute noch ein bisschen drauf eingehen.

Ich will jetzt mal noch ein bisschen über die Dörfer sozusagen gehen, um hier für die Kollegen schon mal so die Krume zu brechen. Eine Frage habe ich mir jetzt gestellt. Sie haben das eben sehr deutlich dargestellt: In 2019 zu 2020, als Sie dann erfahren haben mit dem entscheidenden

Datum im Januar und dann eben der Feststellung am 16. Juni 2020, die Konten gibt es gar nicht, soll nach meiner Recherche und nach meinen Unterlagen - - Sie sollen schon mal so was Ähnliches gemacht haben als EY. Im Dezember 2018 sollen rund 50 Millionen Euro als Testbuchung geflossen sein. Ist das richtig, dass Sie da schon mal einen Test, was die TPA-Konten bzw. die Treuhandkonten angeht, veranlasst haben?

Zeuge Dr. Christian Orth: Also, mein Kenntnisstand ist, dass keine Testüberweisung veranlasst wurde über 50 Millionen Euro, sondern dass das ein Prüfungsnachweis war, der erlangt wurde im Zusammenhang mit der, sage ich mal, Prüfung des TPA-Geschäftes sowie der Treuhandkonten. Aber sie war jetzt nicht so initiiert, wie ich es eben dargestellt habe, dass das Prüfungsteam sagt: „Zu dem und dem Zeitpunkt Betrag X von A nach B“, und wir sagen, wann es wieder zurückgeht. Hier, glaube ich, bei den 50 Millionen, war es ja eine Zahlung, die dann auch dort verbleiben ist, wo sie hintransferiert wurde. Aber ich bitte, wie gesagt - - Ich bin ja nicht in der Prüfungshandlung befasst gewesen.

Vorsitzender Kay Gottschalk: Nee, klar.

Zeuge Dr. Christian Orth: Insofern: Das ist mein Kenntnisstand, dass das auch keine initiierte Testüberweisung war.

Vorsitzender Kay Gottschalk: Aus Ihrer Sicht, wenn ich mir die KAMs 2017 und 2018 anschau, da steht dann für 2017: IFRS, Citi Prepaid Card Services und Citi Group Asien. - Es steht dann des Weiteren: Impairment Goodwill. Impairment Kundenbeziehung, Werthaltigkeit von Forderungen sowie Realisierung und Ausweis gegenüber Acquiring Partnern. - Das ist 2017, KAM. Würden Sie mir zustimmen: „Irgendwie scheinen Ihre Kollegen da draußen was erkannt, vielleicht geahnt zu haben“?

Aber ich stelle mir dann natürlich die Frage: Jetzt lese ich noch mal die KAMs 2018: Bilanzieller Umgang mit Sachverhalten, Hinweisgeber Singapur. - Das haben Sie ja eben dargestellt. Dann wieder: IFRS Citi Group Asien. - Dann wieder: Impairment Goodwill. - Ein wesentliches Thema,



Nur zur dienstlichen Verwendung

was wir ja auch festgestellt haben, was nicht ganz ohne ist innerhalb der Wirecard-Gruppe oder des -Konzerns. Und dann noch mal: Impairment Kundenbeziehungen.

Und dieses 2017 und 2018 ist wesentlich vor jetzt den Prüfungshandlungen, ich sage es mal so, die Sie jetzt bezüglich der Treuhandkonten unter 1,6 Milliarden - oder sind es 1,9 Milliarden? jetzt könnte man fast sagen, das macht den Kohl da gar nicht mehr fett - - Hätte man aus Ihrer Sicht - Sie waren da nicht tätig, aber Sie sind ja Professional Practice Director - nicht mit selbiger Akribie, wenn man diese KAMs feststellt schon 2018, mal genau so, wie Sie es jetzt getan haben - viel zu spät, wie wir dann festgestellt haben - die Treuhandkonten auch in Singapur genauso durchleuchten müssen, wenn Sie eigentlich - - Das ist ja eigentlich sogar ein Entgegenkommen, wo Sie sagen: Okay, irgendwie, die haben es erkannt. - Und dann fragst du dich: Ja, aber irgendwie nicht richtig - aus meiner Sicht - gehandelt. - Oder würden Sie sagen: „Nee, das war völlig legitim“? Aus Ihrer Sicht, haben Sie es so wahrgenommen bei der Vorbereitung: „Die mussten da jetzt nicht kritisch werden, schon in 2018 entsprechende Prüfungen nach selbem Muster zu den Treuhandkonten in Singapur vorzunehmen“?

Zeuge Dr. Christian Orth: Also, Herr Gottschalk, Sie haben es gerade selber gesagt: Meine Befassung war ja beschränkt auf die Singapur-Allegations. Und ich hatte ja auch gesagt, dass die Treuhandkonten zwar in Singapur waren, aber nicht im Kontext der Allegations standen seinerzeit - seinerzeit, ja? Aber der entscheidende Punkt - jetzt vielleicht auch ein bisschen missverständlich - - aus dem Weg zu räumen: Die Key Audit Matters sind die besonders bedeutsamen Prüfungsschwerpunkte. Und wir haben in unserer Prüfungsmethode auch ein Vorgehen, wie wir diese bestimmen. Das ist auch in den fachlichen Standards des IDW PS 401 festgelegt. Es ist eins zu eins umgesetzt ISA 701; insofern auch nach internationalen Standards das gleiche Vorgehen, dass man bestimmt: „Was sind die besonders bedeutsamen Sachverhalt?“, und die werden dann auch berichtet, seitdem die EU-Abschlussprüferverordnung, sage ich mal, das vorsieht. Das

heißt aber nicht, dass die Treuhandkonten in den Vorjahren nicht geprüft wurden.

In Bezug jetzt auf Ihre Frage auf 18 - weil, wie gesagt, 17 war ich nicht involviert; da bin ich jetzt ein bisschen vorsichtig, ich versuche aber, es zumindest in Kontext zu setzen, wenn Sie das möchten -: -

Vorsitzender Kay Gottschalk: Mhm.

Zeuge Dr. Christian Orth: - In 18 ist es so, dass die korrespondierenden Positionen zum TPA-Geschäft, also die Umsatzlegung, ja nicht, sage ich mal, am Ende des Tages eine Forderung war, sondern hier wurden ja bestimmte Beträge auf diese Treuhandkonten, sage ich mal, zurückgelegt als Sicherheit. Insofern hängen natürlich Umsatzerlöse und - -

Vorsitzender Kay Gottschalk: Kam dieser Ratsschlag - Entschuldigung, dass ich Ihnen da ins Wort falle - -

Zeuge Dr. Christian Orth: Pardon, bitte.

Vorsitzender Kay Gottschalk: Kam dieser Ratsschlag, dies so zu tun - das stellte sich mir auch so dar und klang so - - war das eine Empfehlung Ihres Hauses, jetzt sage ich mal, der Abteilung „Unternehmensberatung“, oder Ihres Hauses? Denn - ich habe das gestern schon ausgeführt - das ist für mich - ich drücke das jetzt mal etwas laienhaft aus - schon ein genialer Taschenspielertrick, dass man sagt: Ich habe Forderungen, die schreibe ich einfach auf. - Forderungen, sind wir uns alle einig, da kann ich eine ganze Tapete von aufschreiben. Ich kann sagen: Herr Gercke, ich habe Riesenforderungen gegen Sie. - Dann wird er sagen: Ja, belegen Sie das mal. - Das ist auch völlig richtig. Jemand, der mich prüft, wird sagen: Gibt es denn da auch Liquiditätsflüsse? - Und dann stelle ich so fest: Hm, ich habe die jetzt aufgeschrieben. Der Gercke wird wahrscheinlich sagen: Nee, ist nicht. Da mache ich jetzt TPA-Geschäft drauf, führe was auf ein Treuhandkonto ab, ob nun in Singapur oder auf den Philippinen, und auf einmal - der Laie wird sagen, das ist ja eine wunderbare Geldvermehrung - wird aus dieser Forderung, die auf meiner Tapete steht, eine



Nur zur dienstlichen Verwendung

Cash-Position in der Bilanz. - Ich glaube, wenn ich das als Laie verstehe, dann versteht das auch ein Wirtschaftsprüfer. Ist das dann nicht ein Punkt, wenn man das so irgendwann einführt, sozusagen bei der Summe - - Herr Eichermann hat gesagt: Na ja, das macht ein Viertel aus; gesunder Menschenverstand. Den drücke ich jetzt mal beiseite, weil der gesunde Menschenverstand, der ist in Deutschland manchmal kritisch beleuchtet. Aber ist das nicht ein Grund, doch genauer hinzuschauen eben in 2018, zu sagen, aus Papier wird eine Cash-Position?

Zeuge Dr. Christian Orth: Herr Gottschalk, bitte verzeih -

Vorsitzender Kay Gottschalk: Und kommt der Ratschlag von Ihnen? Das würde mich interessieren, weil dann würde ich natürlich doppelt hinschauen. Oder hat jemand anders diesen Ratschlag gegeben, diese Treuhandkonten dann irgendwann mal so zu etablieren, wie sie etabliert sind? Das würde mich brennend interessieren, ich glaube, auch alle Kollegen hier und draußen die Menschen.

Zeuge Dr. Christian Orth: Also, zunächst mal: Die Frage der Treuhandkonten ist eine Frage, die ich auch aus der Presse entnommen habe, dass das diskutiert wurde. Es ist so, dass diese Treuhandkonten für dieses TPA-Geschäft mit diesen drei TPAs, Al Alam, Senjo und PayEasy, meines Wissens zunächst für zwei von den dreien im Dezember 2015 aufgesetzt wurden. Ich habe auch im Rahmen der Aufarbeitung mich damit beschäftigt, ob hier in irgendeiner Weise seitens EY darauf gedrungen wurde oder dies, sage ich mal, empfohlen wurde. Ich habe insofern auch nicht nur, sage ich mal, die einzelnen handelnden Personen angesprochen, sondern habe auch geschaut, ob irgendwo anders, sage ich mal, Hinweise sind auf Treuhandkonten, weil wir das natürlich dann in der 19er-Prüfung vollumfänglich überprüft haben für den gesamten Konzern, also nicht nur für das TPA-Geschäft in Asien, weil ja immer die Gefahr da ist, dass ähnliche Konstruktionen woanders sind. Ich meine - ob es in der Presse gestanden hat oder ob es in dem Wirecard-Buch drinstand -, dass Wirecard schon Treuhandkonten in den Jahren 2010, 2011 eingesetzt

hat. Ich selber habe die Fundstelle dazu in den Unterlagen, Arbeitspapieren bisher nicht finden können. Das ist aber auch ein ganz anderer Bereich gewesen. Also, die Konstellation von Treuhandkonten dürfte Wirecard nicht neu gewesen sein.

Ich habe aber auch nachgefragt bei unseren Prüfern, ob sie seinerzeit das beraten hätten - weil das ist ja, sage ich mal, das, was ich der Presse entnehme -, und das wurde ganz klar negiert, also ein klares Nein. Herr Dahmen hatte wohl auch bei einem „site visit“ diese Frage bekommen, die er nicht beantworten konnte. Weil Sie haben die Auflistung vorhin gebracht. Herr Dahmen war zu der Zeit auch nicht der Abschlussprüfer und hatte gesagt, er würde sich erkundigen. Und die seinerzeitigen Abschlussprüfer haben das klar negiert.

Jetzt aber zu dem Teil: Wie stehen wir als Abschlussprüfer dazu? Sie müssen ja immer fragen als Abschlussprüfer: Welche Implikation hat dann eine solche Gestaltung mit Treuhandverträgen? Unter der Prämisse, dass reales Geld auf die Treuhandkonten fließt, ist es für einen Abschlussprüfer natürlich eine günstigere Situation, Cash auf Konten zu haben, als Forderungen zu haben, die einfach stehen bleiben, bei denen nachher die Werthaltigkeit aufgrund der Alterung irgendwann zur Diskussion steht. Das heißt - -

Vorsitzender Kay Gottschalk: Können berichtet werden, genau, oder müssen berichtet werden.

Zeuge Dr. Christian Orth: Beziehungsweise es gibt die Frage, ob sie berichtet werden müssen. Wenn sie dann aber Cash haben auf einem Bankkonto - wie gesagt, unter der Annahme, das Cash ist real da -, dann ist das natürlich für den Abschlussprüfer eine komfortablere Situation, weil das dann natürlich auch entsprechend der Fall ist.

Vorsitzender Kay Gottschalk: Dann ist man doch eher glücklich als Abschlussprüfer wahrscheinlich. Wir kennen ja auch uneinbringliche Forderungen. Also, als Abschlussprüfer ist man dann glücklich. Aber ist man dann nicht irgendwann



Nur zur dienstlichen Verwendung

doch so glücklich, dass man sagt: Ist das des Glückes zu viel? Da schauen wir eben - da will ich ja drauf hinaus - mal genauer hin? Weil Sie sind Wirtschaftsprüfer - ich habe eben über die Spitzen berichtet -, Sie sind auch Unternehmensberatung. Auch aus Ihrem Unternehmen soll ja der Ratschlag gekommen sein - da kommen wir bestimmt heute auch noch zu vom einen oder anderen Kollegen -: Sind wir denn jetzt Finanzunternehmen, oder sind wir Holding? Da ist ja an Herrn Mulzer was gegangen. Ich glaube, das sind alles so Themenbereiche.

Jetzt ist doch die Frage: Wenn Sie so einen - Sie haben es ja eben bestätigt - ganzheitlichen Blick über Konzernabschluss, Geschäftsabschluss, Bank zumindest bis 18 - 19 ist ja dann PwC, glaube ich, für die Bank tätig geworden - haben, dann ist doch die Frage - - Also, das wäre mir auch aufgefallen, dass ich sage: Freunde, ein Viertel eures Geschäftes oder eurer gesamten werthaltigen Positionen sind diese Cash-Positionen, diese Treuhandkonten. Ihr macht das auch alles in Asien. - Ich hatte das vorhin gesagt: Ab 2016, sagt der Insolvenzverwalter, negativer Cashflow, wenn man das TPA-Geschäft - was ja jetzt auch keins war, was wir gelernt haben - wegnimmt; negativer Cashflow. Cashburn innerhalb von drei Wochen 200 Millionen. Ist die Prüfungshandlung bei Ihnen dann mit der Unternehmensberatung zusammen - denn da haben wir auch gestern gelernt, da wird auch ein Kollege, glaube ich, noch drauf eingehen, dass da Verträge gemacht worden sind - - Sieht man das nicht bei den Abschlüssen? Also, ich kann mir jetzt nicht vorstellen, Sie machen Ihre Haken daran, sitzen dort, machen Haken dran, gucken aufs Konto, sondern ich kann mir jetzt vorstellen: Gerade EY schaut da doch mal ganzheitlich drauf und redet dann mit dem Aufsichtsrat und sagt: Habt ihr eigentlich in eurem Geschäft mal festgestellt, dass ein Viertel diese komischen Cash-Positionen sind, dass ihr eurer Geschäft größtenteils jetzt in Asien macht, dass ihr - vielleicht ist das ja auch jemandem aufgefallen - eigentlich nur noch mit dem TPA-Geschäft Geld verdient? Wenn ich das als Wirtschaftsprüfer und prüfender Wirtschaftsprüfer dann feststelle, würde ich von mir aus schon Schweißperlen auf der Stirn haben, wenn ich dann sage: Und das liegt alles

auf irgendwelchen Treuhandkonten. Jetzt möchte ich das doch mal genauer sehen.

Also, ich glaube, Sie merken, worauf ich hinauswill. Also, mir fehlt das Verständnis, dass das keinem mit der Erfahrung, mit den Benchmarks, mit den Leuten, die Sie haben, aufgefallen ist, dass dieses Unternehmen, ich nenne es mal, ganz massiv eine Schieflage hatte.

Zeuge Dr. Christian Orth: Herr Gottschalk, vielleicht kurz zu der Treuhandkontenentwicklung, wenn ich damit anfangen darf. Weil Sie sprechen ja die 1,9 Milliarden an. Die Fragen, die Sie jetzt gestellt haben, das sind natürlich auch Fragen, die ich mir im Rahmen der Aufarbeitung stelle. Wie gesagt, wir haben ja auch 2019 hier bestimmte Prüfungshandlungen durchgeführt.

Zunächst mal: Der Cash-Bestand auf den Treuhandkonten war ja - wenn ich jetzt rückwärts gehe und das einigermaßen in Erinnerung habe - 1,9 Milliarden, dann rund 1 Milliarde im Vorjahr, dann um die 650, 670, dann 400 ungerade.

Vorsitzender Kay Gottschalk: Signifikanter Anstieg ja auch, genau.

Zeuge Dr. Christian Orth: Er hat sich ja aufgebaut. Und natürlich, der Aufbau in 19, der ist natürlich sofort ins Auge gestochen. Und ich hatte Ihnen ja gesagt: Ein Anstieg von 1 Milliarde auf 1,9 Milliarden, in einem Jahr eine nahezu Verdopplung, und dann noch einen Treuhänderwechsel, das war für mich und auch für das Prüfungsteam einfach zu viel des Guten. Da war mehr einfach auch gefordert.

Aber entscheidend ist Folgendes: Wir haben die Treuhandkonten immer, so wie ich das gesehen habe auch aus den Arbeitspapieren, im Kontext der Umsatzrealisierung geprüft. Das heißt - jetzt komme ich auf Herrn Güntzler leider wieder zurück, wo es darum ging, im November hatten wir das diskutiert -, ich muss ja Gelder einzahlen auf die Treuhandkonten. Und die Gelder kommen ja von den Third Party Acquirern, und ich habe einen Treuhänder. Das heißt, von den Prüfungshandlungen her hat das Prüfungsteam folgende,



Nur zur dienstlichen Verwendung

sage ich mal, Ansatzpunkte für eine Prüfungshandlung: zunächst den TPA, die drei TPAs, dann gibt es den Treuhänder und dann die treuhandkontenführende Bank. Vielleicht können wir das schnell abarbeiten, weil die Treuhandverhältnisse so, wie sie aufgesetzt wurden - -

Der Treuhandvertrag aus Dezember 2015 sah vor, dass das Konto halt nicht im Namen der Wirecard geführt wurde, sondern auf den Treuhänder und dass hier kein Auskunftsrecht bestand in Bezug auf die treuhandführende Bank. Das war vertraglich so vereinbart. Der Prüfer braucht aber natürlich einen Prüfungsnachweis, und diesen Prüfungsnachweis hat er sich von dem Treuhänder geben lassen. Es gibt auch entsprechende Prüfungsstandards, die dann sagen: Dann musst du dir anschauen: Was ist das für jemand? - Das heißt, man macht eine Hintergrundrecherche. Das ist auch seitens des Prüfungsteams erfolgt, dass man hier Hintergrundrecherchen gemacht hat, dass man überprüft hat, ob der Treuhänder eine nahestehende Person zu Wirecard ist, weil das natürlich dann eine andere Relation wäre, als wenn es wirklich ein wahrer Treuhänder ist, so wie es uns dann, sage ich mal, dargestellt wurde.

Wir haben dann auf der anderen Seite die TPAs - das sind die Third Party Acquirer -, die diese Gelder als Sicherungsgelder dem Treuhänder überweisen. Insofern haben wir - und das ist das Beispiel mit Herrn Güntzler - - Wir haben eine empfangene Partei, den Treuhänder, und wir haben eine sendende Partei, den TPA. So, und als Prüfer haben Sie dann den Hinweis oder den Nachweis: „Ich überweise Betrag X auf das Konto des Treuhänders“, und der Treuhänder sagt: „Ja-wohl, ich habe Betrag X erhalten.“ Und die Gesellschaft sagt: „Es muss Betrag X überwiesen worden sein.“ Und das ist genau das, sage ich mal, was hier als Prüfungsnachweis auch erlangt wurde, was ich auch in den Arbeitspapieren habe nachvollziehen können.

Vorsitzender Kay Gottschalk: Okay. - Dann schaue ich zur CDU/CSU-Fraktion. - Jetzt noch mal warmgelaufen, Fritz Güntzler. Das passt ja, wunderbar.

Fritz Güntzler (CDU/CSU): Ja, vielen Dank, Herr Vorsitzender. - Vielen Dank, Herr Dr. Orth. Schön, dass wir uns mal wiedersehen. Schön, dass Sie aussagen dürfen, dass das geklärt wurde. Also, wir alle haben damit ja auch Rechtsschichte geschrieben, wenn ich das so beurteilen kann als Erfahrungsjurist.

(Dr. Jens Zimmermann
(SPD): Drunter machen wir
es auch nicht!)

- Darunter machen wir es nicht, Herr Kollege Zimmermann. Okay.

Sie kennen unseren Auftrag. Ich habe das neulich schon in der Debatte des Deutschen Bundestages gesagt: Wir sollten nicht ganz vergessen, wo die wirklichen Buhmänner sitzen. Die sitzen teilweise ein oder sind verschwunden. Und das sind diejenigen, die uns dieses Dilemma geschaffen haben.

Aber wir müssen uns natürlich die Frage stellen: Warum geht so was in unserem Land, wo wir sehr viele Aufsichtsebenen haben, die alle hier heute schon angesprochen worden sind, mit denen wir uns jetzt sehr, sehr ausgiebig beschäftigen? Und dazu gehören natürlich auch die Abschlussprüfer. Und wir als Wirtschaftsprüfer, wenn ich mal gemeinsam sprechen darf, haben natürlich ein Interesse, dass die Abschlussprüfung als Siegel für Güte, als Gütesiegel, verstanden wird und Vertrauen in den Kapitalmärkten besteht. Und das führen Sie ja auch auf Ihren Internetseiten sehr schön aus, dass Sie das als wesentliche Aufgabe sehen auch der Abschlussprüfung.

Ich hätte einleitend mal die Frage, um das einzuordnen: Sie haben gesagt am Anfang, Sie sind ja der Qualitätssicherer auf Praxisebene. Jetzt haben Sie deutlich gemacht, dass Sie natürlich in sehr vielen Details drin sind. Sie führen die Kommunikation, wenn ich das eben so richtig verstanden habe, mit verschiedenen Stellen, mit der APAS, ich glaube, mit der BaFin, wenn ich es eben richtig mitbekom- - Aber ich habe so das Gefühl, Sie sind - - Genau, was sind Sie eigentlich? Das ist



Nur zur dienstlichen Verwendung

meine Frage. Das geht ja ein bisschen über das Eigentliche hinaus, was die Qualitätssicherung auf der Praxisebene angeht. Wie ist jetzt Ihre Rolle eigentlich?

Zeuge Dr. Christian Orth: Der Professional Practice Director hat die Rolle, der konkrete Ansprechpartner zu sein für Konsultationen durch das Prüfungsteam, wenn konkrete Fachfragen da sind oder halt auch im Prüfungsablauf mit dem Mandanten, sage ich mal, rechtliche Themen hochkommen. Bei rechtlichen Themen hole ich mir dann noch zusätzlich unsere Rechtsabteilung hinzu, die dann an Gesprächen teilnimmt. Insofern ist meine Rolle darauf beschränkt, sage ich mal, den Kontakt zu den Regulatoren zu halten.

Die BaFin, Herr Güntzler, habe ich jetzt in der Tat auch angerufen vor dem Hintergrund, dass wir jetzt in dieser Causa auch Ansprechpartner gesucht hatten. Also, insofern war das ein Stück weit der Suche nach dem richtigen Ansprechpartner geschuldet. Also, bis zu dem Zeitpunkt hatte ich jetzt, sage ich mal, keine Kontakte mit der BaFin, weil die ja für den Financial-Services-Sektor wieder zuständig ist. Und ich hatte ja gesagt, das ist der Bereich, in dem ich nicht unterwegs bin, weil ich auch, sage ich mal, fachlich nicht diese Expertise habe.

Fritz Güntzler (CDU/CSU): Aber Sie sind intern schon sozusagen mit der Aufarbeitung des Wirecard-Falls betraut.

Zeuge Dr. Christian Orth: Das ist korrekt, ja.

Fritz Güntzler (CDU/CSU): Und was ist Ihr Untersuchungszeitraum?

Zeuge Dr. Christian Orth: Also, salopp gesagt, begann der am 29. Juni 2020, weil mit Erteilung des Versagungsvermerks war natürlich sofort klar, dass wir jetzt schauen müssen: Warum haben wir, sage ich mal, eine Situation gehabt, wo wir so massiv getäuscht wurden? Und wir sind all diesen Dingen nachgegangen. Es ist auch so, dass wir seither Maßnahmen ergriffen haben. Um es konkret zu sagen, Herr Güntzler: Beispielsweise - und das ist meine Aufgabe als Professional Prac-

tice Director - haben wir unser gesamtes Mandatportfolio durchforsten lassen nach Konstellationen mit Treuhandkonten. Das heißt, wir haben gesucht, ob wir weitere Mandanten haben, die Treuhandkonten haben, und auch deren Höhe noch mal validiert, haben dabei auch festgestellt - und das ist, wie gesagt, jetzt kein Fingerpointing, sondern einfach eine Beobachtung - - Wir haben teilweise Mandate von Mitbewerbern übernommen, von denen Vorjahresarbeitspapieren keine Bankbestätigungen waren, weil ich wollte auch wissen, ob das da, sage ich mal, jetzt nur eine EY-Interpretation ist. Sie kennen die ganze Diskussion in der Fachwelt beim IDW. Die Einholung von Bankbestätigungen im Kontext von Treuhandkonten wird gerade neu definiert. Und wir haben auch, sage ich mal, ich glaube - - Im Finanzausschuss am Montag gab es ja auch einen Kollegen von mir, Herrn Wittsiepe, der gesagt hat, die ISAs würden da ja weitergehen und die IDW PS hätten das bisher nicht vorgesehen.

Fritz Güntzler (CDU/CSU): Die Aussage lassen wir jetzt einfach mal so stehen. Sie ist ja auch korrigiert worden noch in der Anhörung. - Meine Frage ging so ein bisschen in die Richtung: Welche Abschlüsse oder welche Abschlussprüfungen schauen Sie sich an? Also, Sie haben ja vorgetragen bezüglich der Abschlussprüfungen - es sind ja eigentlich mehrere - 18 und 19. Haben Sie da weiter nach vorne auch geschaut jetzt im Rahmen der Aufarbeitung?

Zeuge Dr. Christian Orth: Also, ich habe jetzt konkret erst mal 19, 18 begleitet, und wir sind natürlich auch dabei, die anderen - - Also, die Jahre ab 15 schauen wir uns an, das heißt jetzt - und jetzt muss ich das spezifizieren - nicht ich allein, sondern es gibt ein gesamtes Team. Wir haben bei EY eine sogenannte Trust-in-Quality-Initiative aufgesetzt, die unter der Leitung unserer neuen Assurance Leaderin steht, also der Bereich Wirtschaftsprüfung - Pardon für die Anglizismen -, im Bereich der Wirtschaftsprüfung. Wir haben hier intern ein Team, das aufarbeitet die Root Cause Analysis, wie es so schön heißt, die Ursachenanalyse betreibt mit Unterstützung von Kollegen aus England und den Niederlanden - wir haben ja auch dort ähnliche Debatten geführt



Nur zur dienstlichen Verwendung

im Berufsstand - als auch externen Anwaltskanzleien. Das heißt, es gibt ein ganzes Team, das hier diesen Dingen nachgeht, und zwar für diesen, sage ich mal, besagten Zeitraum, meines Wissens, 15 bis 19.

Fritz Güntzler (CDU/CSU): Wir haben in den Unterlagen, die ja richtigerweise sehr umfassend sind - und wir versuchen, uns da ja einen Überblick zu verschaffen - gesehen, dass, wenn ich das richtig gesehen habe, seit Januar 2019 Herr Barth als EY-Chef Deutschland, sage ich jetzt mal so, in die Prüfungshandlungen - - in die Prüfung mit eingebunden ist, sage ich jetzt mal neutraler. Also, wahrscheinlich wird er vor Ort nicht geprüft haben. Ist das üblich? Oder ist das auch ein Signal?

Zeuge Dr. Christian Orth: Also, wir haben immer, wenn es einen Vorfall gibt, auch die Information des Assurance Leaders. Und das war Herr Barth zu dem Zeitpunkt. Und insofern wird natürlich auch die Leitung der Wirtschaftsprüfung, also die Praxisleitung, hierüber in Kenntnis gesetzt. Also, es ist so, dass der Ablauf der ist, dass zunächst mir die Information zugeht als Professional Practice Director, ich unverzüglich die Rechtsabteilung informiere und Herrn Barth und wir hier in Abhängigkeit, sage ich mal, der Umstände auch dann mit dem Prüfungsteam sofort die Forensik hinzuziehen für die sogenannten erweiterten Prüfungshandlungen. Das ist ein Automatismus. Natürlich: Jeder Fall, jeder Vorfall ist unterschiedlich; aber bei solchen Vorfällen, die wir hier diskutieren, wird immer automatisch auch die Forensik hinzugezogen.

Fritz Güntzler (CDU/CSU): Und das Datum, also 19, ist dann zutreffend wahrscheinlich.

Zeuge Dr. Christian Orth: Lassen Sie mich - -

Fritz Güntzler (CDU/CSU): Also, die Frage geht so ein bisschen in die Richtung - wir haben hier oft schon darüber gesprochen -: Wie sah das eigentlich mit der Testatserteilung 2019 aus, im April? Da gab es ja diverse Gespräche vor Ort. Da würde mich einfach mal interessieren: Wird das rückgekoppelt nach oben, wenn man das mal umgangssprachlich sagt?

Zeuge Dr. Christian Orth: Also, Herr Barth war hier wie bei jedem, sage ich mal, Vorfall von Unregelmäßigkeiten eingebunden, informiert und auch für das Geschäftsjahr 18 in 19, was Sie gerade angesprochen haben. Pardon, dass wir immer mit den Geschäftsjahren und Prüfungszeiträumen - - Das ist immer - -

Fritz Güntzler (CDU/CSU): Herr Dr. Orth, Sie haben, als Sie letztes Mal hier waren, uns ja auch noch mal dargestellt, wie eine Prüfung abläuft, und auch zutreffenderweise darauf hingewiesen, dass es darum geht, ein Urteil mit hinreichender Sicherheit, aber nicht mit absoluter Sicherheit zu erzielen. Wirtschaftsprüfer versuchen das ja durch verschiedene Maßnahmen. Und das Entscheidende - das hatten Sie damals auch dargestellt - ist ja die Risikobeurteilung, also das Risiko zu beurteilen, ob eins besteht, dass Unrichtigkeiten oder Verstöße zu wesentlich falschen Angaben im Abschluss führen können. Wo hat EY die Risiken dieser Abschlussprüfung im Wesentlichen gesehen? Sie werden sich ja umfassend damit beschäftigt haben.

Zeuge Dr. Christian Orth: In der Detailtiefe, wie es das Prüfungsteam macht, nicht. Es ist aber die Umsetzung des risikoorientierten Prüfungsansatzes, der ja - Pardon, dass ich jetzt an der Stelle etwas technisch werde wieder - - Es geht ja damit los, dass für die Mandatsannahme bereits eine Risikoeinstufung vorgenommen werden muss. Die war bei diesem Mandat höher als üblicherweise. Insofern war das schon per se ein höhergestuftes Mandat mit Risiken. Es gibt dann die entsprechende Erkenntniserlangung plus die Historie an, sage ich mal, Allegations. Die gehen zurück für mich jetzt, was mein Zeitraum ist, zum Zatarra Report, ich meine aus 15/16. Und insofern sind, sage ich mal, diese Punkte natürlich hier berücksichtigt worden. Was aber auch natürlich mit in ein solches Gesamtbild einfließt, Herr Güntzler, ist das, was ich eingangs gesagt habe: dass die Allegations, die Tatorte, die handelnden Personen und auch, wer jetzt, sage ich mal, in diesem Umfeld eingebunden war, unterschiedlich waren. Es waren jetzt also nicht permanent derselbe Vorwurf oder dasselbe Land oder dieselben handelnden Personen; aber es ist natürlich so, dass diese Risikobeurteilung mit berücksichtigt wird von



Nur zur dienstlichen Verwendung

den Prüfern und auch wurde nach meinem Kenntnisstand.

Fritz Güntzler (CDU/CSU): Im Rahmen dieser Risikobeurteilung ist es ja auch notwendig, die Kompetenz und die Integrität des Managements zu beurteilen und dessen Wertvorstellung; so heißt es so schön im Prüfungsstandard. Zu welchem Ergebnis ist EY denn da gekommen bezüglich der handelnden Personen?

Zeuge Dr. Christian Orth: Also, ich kann in der Tat jetzt nur aus dem Zeitraum meiner Wahrnehmung berichten. Es gab durch dieses Whistleblower-Paket natürlich Allegations, auch in Bezug auf den Vorstand, auf einzelne Vorstandsmitglieder. Dem sind wir dann ja auch nachgegangen. Dem ist ja auch der Vorstand nachgegangen als auch der Aufsichtsrat, wie gesagt, für die Zeit meiner Befassung; 18 war das insbesondere. Zunächst mal wird das kritisch gewürdigt, weil man natürlich schauen muss: Sind hier Personen beteiligt?

Und im Übrigen, um auch das gleich deutlich zu machen: Das Whistleblower-Paket, was am 6. Februar an Herrn Barth gerichtet war, haben zunächst Herr Barth und ich alleine gesichtet - zunächst -, vor dem Hintergrund, dass wir auch ausschließen mussten, dass irgendwelche Vorwürfe in unsere Richtung gingen. Also, das ist eine Standardvorgehensweise, zu schauen: Ist vielleicht ein Mitarbeiter von uns hier involviert? Und das kann ich negieren. Also, das Whistleblower-Paket ging nur in Richtung Gesellschaft. Insofern haben wir dann auch das Prüfungsteam mit eingebunden, die dieses natürlich auch bei der Risikobeurteilung - danach haben Sie ja gefragt - - Das waren also in einer laufenden Prüfung neue Erkenntnisse, die dann verwertet wurden.

Fritz Güntzler (CDU/CSU): Was heißt das jetzt konkret? Wie haben Sie das Management - also „sie“ - kleingeschrieben, als EY - der Wirecard AG eingeschätzt im Rahmen dieser Risikobeurteilung? Vertrauensvoll?

Zeuge Dr. Christian Orth: Es gab keine Gründe zu dem Zeitpunkt, die dagegensprachen. Wie gesagt: zum damaligen Zeitpunkt.

Fritz Güntzler (CDU/CSU): Obwohl Sie die Whistleblower-Informationen hatten und nachteilige Presseberichterstattung? Also, das alles haben Sie ja im Zeitablauf - - Haben Sie trotzdem nicht das Gefühl gehabt, dass sie es nicht immer ganz ehrlich meinen?

Zeuge Dr. Christian Orth: Wir haben zu dem Zeitpunkt aus meiner eigenen Wahrnehmung heraus - - wurde zu dem Zeitpunkt den Personen, denen etwas vorgeworfen wurde, zunächst mal kritisch gegenübergestellt. Das heißt, man hat auch hier die Nachweise, Auskünfte etc. besonders kritisch hinterfragt. Die Teile des Managements, des Vorstands, die aber nicht, sage ich mal, irgendwelchen Vorwürfen unterworfen waren, hat man dann auch, sage ich mal, üblicherweise hier jetzt nicht, sage ich mal, in Sippenhaft genommen.

Fritz Güntzler (CDU/CSU): Also, Sie hatten keinen Anlass, an der Seriosität des Vorstandes der Wirecard AG zu zweifeln?

Zeuge Dr. Christian Orth: Ich bin nicht Teil des Prüfungsteams. Für mich - -

Fritz Güntzler (CDU/CSU): Nein, immer „sie“. Wenn ich „Sie“ sage, meine ich, klar: EY hat keine oder das Prüfungsteam oder wer auch immer da dann - -

Zeuge Dr. Christian Orth: Aus meiner Warte heraus gab es Vorwürfe gegen einzelne Mitglieder des Vorstands, denen nachgegangen wurde; das muss man dann kritisch sehen. Aber gegenüber anderen Vorstandsmitgliedern, wo keine Vorwürfe sind, ist das - -

Fritz Güntzler (CDU/CSU): Also, diese Risikoeinschätzung, die dann so vorgenommen wurde, hat auch nicht dazu geführt, irgendwelche Prüfungshandlungen auszuweiten oder ein größeres Risiko zu sehen.



Nur zur dienstlichen Verwendung

Zeuge Dr. Christian Orth: Doch, die Prüfungshandlungen wurden ausgeweitet in Bezug auf die Allegation, die ja auch einzelne Vorstandsmitglieder, namentlich Herrn Marsalek, betraf.

Fritz Güntzler (CDU/CSU): Ja, aber nicht aufgrund der unter Umständen fehlenden Seriosität des Managements.

Zeuge Dr. Christian Orth: Ich bitte um Entschuldigung für die Gegenfrage: Wenn ich Vorwürfe gegen einen Vorstand habe, ist damit nicht schon die Seriosität infrage zu stellen, nicht in Abrede, sondern zunächst mal infrage zu stellen?

Fritz Güntzler (CDU/CSU): Ja, das habe ich Sie ja gefragt.

Zeuge Dr. Christian Orth: Ja, ja. Insofern in Bezug auf die Personen, für die es Vorwürfe gab, war die Seriosität insofern natürlich infrage gestellt.

Fritz Güntzler (CDU/CSU): Also, wir Prüfer leben ja davon, den ganzen Tag Prüfungsnachweise zu sammeln, und müssen sie ja validieren und gucken: Von wem kommen sie?

Zeuge Dr. Christian Orth: Korrekt.

Fritz Güntzler (CDU/CSU): Das haben Sie bezüglich des Treuhänders auch. Und das war ja keine unerhebliche Frage.

Zeuge Dr. Christian Orth: Korrekt.

Fritz Güntzler (CDU/CSU): Wie hat Ihr Team das Informationsverhalten des Mandanten bewertet? Wir hören ja immer wieder, man kann viele Fragen stellen - es gab natürlich in diesem Konzern auch viele Fragen -, aber die Antworten kamen meist nicht.

Zeuge Dr. Christian Orth: Das ist auch mein Kenntnisstand. Während meiner Befassung war es auch so, dass viele Informationen mehrfach angefordert werden mussten und wirklich auch deutlich gemacht werden musste, wenn bestimmte Informationen nicht zur Verfügung gestellt würden, also Prüfungsnachweise, wie Sie

es nannten, Herr Güntzler, wenn die nicht zur Verfügung gestellt würden, dass man dann auch nicht testieren könne, weil uns Prüfungsnachweise fehlen.

Fritz Güntzler (CDU/CSU): Sie haben sich ja auch, wenn ich vorhin nach dem Untersuchungszeitraum gefragt habe, ja mit der Prüfung 2018, die im April 2019 mit dem Bestätigungsvermerk abgeschlossen wurde, beschäftigt. Da wurde uns gestern gesagt, der dann folgende Aufsichtsratsvorsitzende hätte gehört, vom Hörensagen, dass dort die entscheidenden Unterlagen, die es EY erst möglich gemacht haben, das Testat zu unterzeichnen, in der Aufsichtsratssitzung erfolgt sind, in der entscheidenden.

Zeuge Dr. Christian Orth: Also, zunächst: Meine Befassung war in Bezug auf den Themenkomplex Singapur-Allegations.

Fritz Güntzler (CDU/CSU): Okay.

Zeuge Dr. Christian Orth: Und ich vermute - ich versuche, weil ich Ihre Frage versuche zu adressieren - - es ging seinerzeit um den Report von Fieldfisher und Rajah & Tann. Wir hatten hier die Informationen vorläufig, aber inhaltlich fixiert. Nur der finale Bericht lag noch nicht vor. Und meines Wissens war das seinerzeit etwas, was dann noch mal in der Aufsichtsratssitzung diskutiert wurde. Aber ich betone: Ich war nicht zugegen; insofern kann ich da auch keine konkreten Inhalte heute wiedergeben.

Fritz Güntzler (CDU/CSU): Haben Sie Kenntnis davon, ob in Ihrem Hause überlegt wurde, ob man den Konzernabschluss 2018 überhaupt testiert in 2019, zu diesem Zeitpunkt jedenfalls?

Zeuge Dr. Christian Orth: Vor dem Hintergrund der Singapur-Allegations und der Sonderuntersuchung durch die Anwaltskanzleien war es natürlich notwendig, hier einen Bericht vorliegen zu haben, und wenn dieser Bericht negativ ausgefallen wäre, dann, sage ich mal, hätten wir natürlich Gründe gehabt, die eventuell zur Einschränkung oder Versagung geführt haben. Insofern ist es - -



Nur zur dienstlichen Verwendung

Fritz Güntzler (CDU/CSU): Ganz konkret: Gab es im Vorfeld Gespräche mit dem Unternehmen, wo angedeutet wurde, dass es zu Versagungen kommen kann?

Zeuge Dr. Christian Orth: 18, die 18er-Prüfung?

Fritz Güntzler (CDU/CSU): Ja. Das ist ja Ihr - wieder klein geschrieben - letzter Bestätigungsvermerk, auf den Sie ja schon verwiesen haben, den Sie erteilt haben.

Zeuge Dr. Christian Orth: Weil der 19er war ein Versagungsvermerk. Ja, ist richtig. - Ich versuche - - Ich kann mich jetzt nicht daran erinnern, dass es Diskussionen gab, weil Diskussionen, Herr Güntzler - - Der entscheidende Punkt ist doch: Die Prüfung ist doch erst dann abgeschlossen, wenn Sie alle Nachweise vorliegen haben. Nur, wenn, sage ich mal, absehbar ist, dass Sie Einschränkungen oder Versagungsgründe haben, würden Sie das doch vorher adressieren.

Fritz Güntzler (CDU/CSU): Ja, meine Fragen gehen so ein bisschen - das wissen Sie wahrscheinlich auch einzuschätzen - - Ich möchte verstehen, in welchem Umfeld Sie geprüft haben als EY. Ist das ein Unternehmen gewesen, das kooperativ war? Ist es ein Unternehmen gewesen, wo man ständig - das kennt jeder aus seiner Praxis - nur gegen eine Wand läuft und schon das Gefühl hat, die wollen nicht mitmachen? Darum geht es mir gar nicht jetzt, um das Detail, Saldenbestätigungen oder sonst was. Aber in welchem Prüfungsumfeld haben Sie sich bewegt? Und da gibt es ja Dinge, die man aufnimmt, wo man sagt: Mensch, irgendwie Bauchgefühl, sage ich mal.

Zeuge Dr. Christian Orth: Also, Herr Güntzler, ich kann ja nur aus meiner Beobachtung und dem berichten, was das Prüfungsteam mir berichtet hat. Es war so, dass die Informationsversorgung schleppend war. Das wurde auch mehrfach vom Prüfungsteam angemahnt. Das war aber auch etwas, was eine gewisse Historie hatte bei dem Mandat. Also, wenn das hoffentlich jetzt dann auch Ihre Frage beantwortet. Pardon.

Fritz Güntzler (CDU/CSU): Ich habe nicht mehr so viel Zeit. Vielleicht dann springe ich mal ganz

kurz. - Sie haben ja sehr schön dargestellt, wie Sie erkannt haben oder die Prüfung in 20 für 19 zu dem Versagungsvermerk geführt hat, weil der Beweis dafür vorlag - so haben Sie es formuliert -, dass die Nichtexistenz der Treuhandkonten nachgewiesen ist. Uns interessiert ja die Frage: Woher ist eigentlich vorher die Existenz der Treuhandkonten in 2018 nachgewiesen? Das ist ja genau einmal andersrum. Diese Tools, die Sie genommen haben, die ja genau zu dem richtigen Ergebnis geführt haben, wo Sie ja - das Urteil erlaube ich mir mal -, glaube ich, alles richtig gemacht haben - sonst wären Sie nicht zu diesem Urteil gekommen - - Da stellt sich ja aber die Frage - da bin ich bei Herrn Gottschalk oder gestern auch beim Aufsichtsratsvorsitzenden Eichelmann -: Warum hat man es nicht 2018 auch schon gemacht, wenn das so einfach ist? Das ist ja kein Hexenwerk. Neulich in einer anderen Sitzung, aus der ich nicht zitieren darf, hat jemand gesagt: Kann die eine Gesellschaft, die dann immer Sonderprüfungen zurzeit macht, das alles besser als die anderen? Können die das nicht?

Zeuge Dr. Christian Orth: Sehr gerne beantworte ich diese Frage; denn jetzt kommt wieder das, was ich eingangs gesagt habe. In der Prüfung 2018 waren ja die Konten bei der OCBC. Also, wenn ich sage: „waren sie“: wurde uns, sage ich mal, so mitgeteilt - immer unter dem Vorbehalt, was dann nachher sich als Wirklichkeit herausstellt. Also, für 2018 waren die Konten bei der OCBC in Singapur. Das ist, sage ich mal - - Die OCBC ist eine der größten asiatischen Banken, die auch am renommierten Finanzplatz Singapur tätig ist. Insofern war das ein anderes Umfeld. Sie haben ja gerade gesagt, der Prüfer schaut sich auch die Risiken an. Wir hatten Konstellationen - - Wie gesagt, dieser Dezember-2015-Vertrag sah keine unmittelbare Kontaktaufnahme mit der OCBC vor, auch kein Auskunftsrecht gegenüber der treuhandkontenführenden Bank; insofern musste das Prüfungsteam ja auf den Treuhänder zugehen, was ja auch ein Dritter war; PS 302.

Fritz Güntzler (CDU/CSU): Also, ich muss ein bisschen auf die Uhr gucken. Ich will nicht unhöflich sein.

Zeuge Dr. Christian Orth: Ja, bitte.



Nur zur dienstlichen Verwendung

Fritz Güntzler (CDU/CSU): Wenn ich Sie auf den Punkt bringe, sagen Sie, aufgrund der vertraglichen Konstellation konnten Sie die Maßnahmen, die Sie dann in 20 für 19 durchgeführt haben, nicht durchführen. Also, eine Bankbestätigung ist nach Ihrer Auffassung nicht einholbar gewesen, also mal ganz plastisch.

Zeuge Dr. Christian Orth: Das ist, sage ich mal, das, was Ausgangspunkt des Prüfungsteams war. Das ist das, was die Verträge, die ich jetzt gesehen habe, in 15 - - so gestrickt waren. Das ist die Textziffer 1.5 dort in dem Vertrag. Insofern: Es war ein anderer Rechtskreis, ein anderer Treuhänder, und es war auch ein anderer Vertrag.

Fritz Güntzler (CDU/CSU): Und obwohl - - Wenn Sie rechtlich die Möglichkeiten nicht hatten, dieses einzufordern, so wie Sie darstellen, waren Sie dennoch der Auffassung, dass die Prüfungsnachweise ausreichend sind für die Existenz der Treuhandkonten.

Zeuge Dr. Christian Orth: Das Prüfungsteam hat die Nachweise, die es erlangt hat von den TPAs, von den Treuhändern, von den Background* Researches, von den Testüberweisungen. Und jetzt reden wir bei Testüberweisung nicht über diese 50 Millionen, sondern es wurden ja auch Testüberweisungen in Bezug auf das TPA-Geschäft durchgeführt - ich beeile mich - - hat man das ja überprüft. Das heißt, das Prüfungsteam ist davon ausgegangen, angemessen ausreichende Prüfungsnachweise vorliegen zu haben. Und die KPMG, was Sie angesprochen hatten, die Sonderuntersuchung stellte ja ab auf angemessene und ausreichende Prüfungsnachweise in Bezug auf Bankbestätigungen von den Treuhandkonten. Die hatten wir ja nicht.

Fritz Güntzler (CDU/CSU): Ja, eben. Und das ist - - Das ist ja die Frage, um die es sich rankt. Aber wir kommen ja noch weiter. Wir haben gestern von Herrn Eichelmann gehört, wie KPMG und EY sich gegenüberstanden und jeder eine andere Meinung hatte. Aber das wollen wir ja heute noch ein bisschen erörtern. - Vielen Dank erst mal, Herr Orth.

Zeuge Dr. Christian Orth: Sehr gerne.

Vorsitzender Kay Gottschalk: Prima. Danke Fritz Güntzler. - Und dann Dr. Toncar für die FDP-Fraktion.

Dr. Florian Toncar (FDP): Vielen Dank. - Herr Orth, Sie haben ja in Ihrem Eingangsstatement auf den Umgang mit den Whistleblower-Hinweisen aus Singapur Bezug genommen und auch noch mal gesagt, das sei aus Ihrer Sicht irgendwie regionaler Sachverhalt gewesen, und die Korrekturbuchung war auch nicht so groß. Ich will Sie aber jetzt mal konfrontieren oder befragen zu dem Rajah & Tann-Bericht, Wirecard AG Draft Investigation Report, 17. August 2018 von Rajah & Tann, der ja letztlich den Komplex erörtern will. Da wird in Ziffer 163 ausgeführt:

Edo

- das ist ein Zeuge -

has named others persons as being potentially involved in the matters described above. He has singled out Mr Jan Marsalek as being the person who gave him the right momentum-WDSG Agreement and the invoices issued by a Right Momentum „as a package“ ... and as also being the person who asked him to deal with the WDSG-Flexi Flex Agreement ...

Und so weiter. Da geht es um die Scheinverträge. Also, Herr Marsalek wird da erwähnt im Zusammenhang mit den Scheinverträgen.

Und dann wird in 164 weiter aufgeführt:

Wirecard may wish to interview Mr. Jan Marsalek ...

- usw. -

to ascertain their level of involvement ...If they have been involved, then criminal liability may potentially arise under German law.

Also auf Deutsch: Die haben kein deutsches Strafrecht geprüft, die haben nur Singapur-Recht geprüft. Herr Marsalek wurde von einem Zeugen



Nur zur dienstlichen Verwendung

belastet. Und letzten Endes hat Rajah & Tann aber ja gar keine volle Untersuchung gemacht, sondern gerade in Bezug auf Herrn Marsalek weitere Untersuchungen empfohlen. Insofern möchte ich Sie einfach fragen: War das wirklich so regional, oder musste man das als so regional verstehen damals, wie Sie es jetzt heute hier im Rückblick dargestellt haben?

Zeuge Dr. Christian Orth: Herr Abgeordneter Toncar, die Frage des Rückbezugs zum Wirecard-Vorstand in Aschheim in der Person von Herrn Marsalek als der für das Asien-Geschäft zuständige Vorstand wurde ja untersucht. Es wurde ja untersucht im Rahmen der forensischen Prüfungshandlungen, die durchgeführt wurden; es wurde auch untersucht in Bezug auf die E-Mails, die E-Mail-Auswertung. Und ich verweise auch noch mal - das hatte ich eingangs gesagt -, dass Latham & Watkins auch ein Interview mit Herrn Marsalek durchgeführt hat. Insofern gab es ja hier auch entsprechende, sage ich mal, Prüfungshandlungen auch außerhalb von EY, die genau dieses Verhalten von Vorstandsmitgliedern untersucht haben.

Dr. Florian Toncar (FDP): War das Interview von Latham und der Bericht, den Sie ja auch bekommen haben, den Sie ja auch erwähnt haben - - lag der Ihnen vor Erteilung des Testats für 2018 vor?

Zeuge Dr. Christian Orth: Also, nach meinem Kenntnisstand: Zunächst mal: Alle Informationen, die vorlagen, wurden verwertet für den Bestätigungsvermerk. Wir hatten von Fieldfisher, wie ich eingangs erwähnt habe, einen Bericht vorliegen. Dieser musste noch in Bezug auf, Fieldfisher nannte das: Endkontrolle durch eine Qualitätssicherung, und er ist wenige Tage nach dem Testat veröffentlicht worden. Inhaltlich - das ist aber ganz wichtig, Herr Toncar - hatte sich jetzt aber nichts an den Aussagen geändert.

Dr. Florian Toncar (FDP): Sie haben ja im Bestätigungsvermerk, der im Konzernanhang für den Geschäftsbericht 2018 abgedruckt ist, hingewiesen auf den Prüfungssachverhalt, besonders wichtigen Prüfungssachverhalt

Bilanzielle Behandlung von Sachverhalten auf Grundlage der Erkenntnisse aus Untersuchungen, die aufgrund von Beschuldigungen eines Hinweisgebers in Singapur durchgeführt wurden

Seite 219, 220. Sie beschreiben die Gründe für die Bestimmung als wichtigen Sachverhalt, das prüferische Vorgehen. - Aber dann kommt auf Seite 220 das Zitat zum Thema Singapur:

Aus unseren Prüfungshandlungen haben sich keine Einwendungen gegen die bilanzielle Behandlung von Sachverhalten auf Grundlage der Erkenntnisse aus Untersuchungen, die aufgrund von Beschuldigungen eines Hinweisgebers in Singapur durchgeführt werden, ergeben.

Das bedeutet doch für den Leser - korrigieren Sie mich -: Wir haben das Thema gesehen, wir haben da mehr Energie reingesteckt, als sozusagen der gewöhnliche Durchschnitt, also es war ein wichtiger Prüfungssachverhalt, und wir haben keine Einwendungen gegen die bilanzielle Behandlung all dieser Sachverhalte. Da liest doch der normale Adressat, der normale Investor: Die haben sich das angeguckt, und da muss ich mir keine Sorgen machen, nachdem die „FT“ vorher so was anderes geschrieben hat. Oder nicht?

Zeuge Dr. Christian Orth: Herr Toncar, gestatten Sie mir - - Sie hatten zuletzt was zitiert? Welche Seite war das?

Dr. Florian Toncar (FDP): Das war die Seite 220.

Zeuge Dr. Christian Orth: Aus dem Prüfungsbericht oder - -

Dr. Florian Toncar (FDP): Ich glaube, das heißt Geschäftsbericht. Dann wird aber - -

Zeuge Dr. Christian Orth: Pardon, ich muss das gerade einordnen: Sie zitieren den Bestätigungsvermerk?



Nur zur dienstlichen Verwendung

Dr. Florian Toncar (FDP): Ich zitiere den Bestätigungsvermerk, -

Zeuge Dr. Christian Orth: Vielen Dank.

Dr. Florian Toncar (FDP): - der da im Wortlaut abgedruckt ist ab Seite - irgendwo - 200 noch was. Singapur ist Seite 219, 220.

Zeuge Dr. Christian Orth: Zu Ihrer Frage: Es ist so - jetzt schaue ich Richtung Herrn Güntzler -: Wenn die Rechnungslegung korrigiert wurde - nach IS* 8 wurde es auch im Geschäftsbericht ausgewiesen -, ist nach der Korrektur - und ich meine, es wären, wenn es ganz genau waren, 11 Millionen in die eine und 10 Millionen in die andere Richtung; das waren so rund 1, x Millionen Ergebniseffekt - - Nachdem das korrigiert wurde und in der Konzernrechnungslegung insofern richtig dargestellt wurde, ergaben sich aus der Korrektur dann keinerlei, sage ich mal, Einwendungen mehr gegen die Rechnungslegung. Das ist die Technik, wie wir dann den Bestätigungsvermerk gemacht haben.

Dr. Florian Toncar (FDP): Ja, das stimmt; aber es ist natürlich so, dass dort, wo zufälligerweise damals 1,1 Milliarden noch an Treuhandgeldern lagen, nämlich bei Citadelle in Singapur in dem Fall, das lokale Management im Kontext gefälschte Dokumente, Scheingeschäfte ja erwähnt wurde und die Korrekturbuchung auch stattfinden musste. Hätte das nicht - - Und das war ja auch übrigens der Grund, warum der Markt so reagiert hat nach dem „FT“-Bericht. Das war ein heftiger Vertrauensverlust in Wirecard, obwohl das nur Singapur war, was da erst mal erwähnt wurde. Hätte das nicht indiziert, wenn man das lokale Management belastet vorfindet und dieses lokale Management ja irgendwie auch mit 1,1 Milliarden Euro Treuhandgeldern zu tun hat, da noch mal näher reinzugucken oder zumindest der Bereichsvorstand, der hier erwähnt ist, in Singapur ja auch verantwortlich ist für 1,1 Milliarden Euro Treuhandvermögen? Oder hat das nichts miteinander zu tun aus Ihrer Sicht, Rajah & Tann, all das, Whistleblower-Thema mit dem Treuhandthema und Citadelle?

Zeuge Dr. Christian Orth: Herr Toncar, die Treuhandkonten waren nicht in dem Bereich dieses Managements in Singapur. Das heißt, das TPA-Geschäft war - - Das, was TPA-Geschäft und Treuhandkonten waren, hatte nichts zu tun mit der Legaleinheit und den Wirkenden hier in Singapur bei Wirecard. Und das ist, sage ich mal, dem „Unglück“ - in Anführungsstrichen - geschuldet, dass die Treuhandkonten in Singapur waren und diese Unregelmäßigkeiten vom Management der Einheiten von Wirecard in Singapur begangen wurden. Die Treuhandkonten und das TPA-Geschäft waren aber von dem besagten Edo überhaupt nicht verwaltet oder in irgendeiner Weise - -

Dr. Florian Toncar (FDP): Nee, es ging eher um Geschäftspraktiken; das ist richtig.

Zeuge Dr. Christian Orth: Ja.

Dr. Florian Toncar (FDP): Aber Herr Marsalek war ja nun doch irgendwie über beidem - mindestens.

Zeuge Dr. Christian Orth: Herr Marsalek war für das gesamte Asien-Geschäft der COO. Was wir seinerzeit gemacht haben - und das ist auch entsprechend unser Prüfungsstandard so -: dass wir nachschauen in dem Bereich, in dem der Fraud begangen wurde, ob ähnliche Muster auch anderweitig im Konzern vorliegen oder in anderen Gesellschaften. Und der entscheidende Punkt waren damals Softwareverträge und -lizenzen. Das heißt, wir haben dann auch den gesamten Konzern nach ähnlichen Vertragskonstellationen und Mustern durchsucht, das heißt: Gab es einen Effekt, also ein Pattern sozusagen, also ein typisches kriminelles Handeln, was hier dem Ganzen zugrunde liegen könnte? Aber die Treuhandkonten und das TPA-Geschäft waren nicht Teil dieser Singapur-Allegations in 18. Das ist der entscheidende Punkt.

Dr. Florian Toncar (FDP): Allerdings: Herr Jaffé hat hier ausgesagt, dass auch das Thema Softwareverträge, Scheinverträge oder überhöhte Beschaffungswerte für Software ein signifikanter sozusagen Faktor war beim Thema Mittelabfluss aus dem Konzern. Das hat er dargestellt als einen



Nur zur dienstlichen Verwendung

tatsächlich ins Gewicht fallenden Faktor beim Thema „Wie wurde der Konzern ausgenommen, ausgeplündert?“ Haben Sie denn anderswo was gefunden im Kontext Software, wenn Sie da einen konzernweiten Check gemacht haben?

Zeuge Dr. Christian Orth: Also, diese Softwareverkäufe und -käufe waren im asiatischen Raum, im Asien-Geschäft. Wir hatten in anderen Bereichen das nicht vorliegen. Zumindest ist das, was mein Kenntnisstand ist und was mir auch vom Prüfungsteam seinerzeit gemeldet wurde, und ich habe bis heute auch keine andere Erkenntnis.

Sie sprechen jetzt zum Schluss etwas an. Das habe ich mir nicht angeguckt, inwieweit - wenn ich das so artikulieren darf - Sie ja sagen, der Konzern wurde ausgehöhlt durch überhöhte Zahlungen oder Ähnliches. Das haben wir uns, diese Fragestellungen, angeschaut, Herr Toncar, im Kontext der Fragestellungen mit dem EMIF 1A - da gab es ja diesen 340-Millionen-Vertrag - und dem vorherigen Erwerb für rund 30 Millionen. Da haben wir uns das angeguckt. Dazu könnte ich auch was sagen, wenn es - -

Dr. Florian Toncar (FDP): Gerne, wenn ein anderer Kollege in der Richtung weiterfragt; -

Zeuge Dr. Christian Orth: Sehr gerne.

Dr. Florian Toncar (FDP): - denn meine Zeit ist mehr als um.

Vorsitzender Kay Gottschalk: Ich glaube aber, heute gehen die Staffelhölzer gut weiter. - Und ich gebe das Staffelh Holz dann an Dr. Zimmermann für die SPD-Fraktion.

Dr. Jens Zimmermann (SPD): Vielen Dank, Herr Vorsitzender. - Herr Orth, ich würde auch gerne noch mal auf das Thema „Wie kam es eigentlich zu den Treuhandkonten?“ eingehen, weil Sie hatten gesagt, Sie haben das der Presse entnommen und waren der Meinung, dass es eben schon länger ein Thema war. Wir haben aus den Unterlagen der KPMG-Sonderuntersuchung - - Da ist ein Gespräch geführt worden im März 2020 mit einem Vertreter von PayEasy, mit Herrn Bauer, der ja nicht mehr unter uns weilt, also vermutlich.

(Dem Zeugen werden
Unterlagen vorgelegt - Der
Zeuge und sein Rechts-
beistand nehmen Einblick)

- Genau, wir haben es da noch mal. Auf Seite 2 wird darüber berichtet, wie das alles so funktioniert mit den Sicherheitsleistungen, mit der Haftung. In 2018 erfolgte die Umstellung auf die Einzahlung der Sicherheitsleistung auf ein Treuhandkonto. Und dann - das ist, glaube ich, der dritte Satz -:

Diese Umstellung wurde von den
Jahres- und Konzernabschlussprü-
fern der Wirecard Deutschland
(Ernst & Young GmbH Wirt-
schaftsprüfungsgesellschaft) ange-
raten. (?)

So, also sprich: Das ist uns auch einfach bei der Durchsicht der Akten aufgefallen, dass hier ganz konkret von PayEasy gesagt wurde: Das ist gemacht worden, weil EY das angeraten hat. - Können Sie dazu noch mal was ausführen eventuell?

Zeuge Dr. Christian Orth: Sehr gerne, Herr Dr. Zimmermann, und vielen Dank. Jetzt weiß ich auch, wann das dritte Treuhandkonto aufgesetzt wurde, nämlich 2018. Wir hatten zunächst Al Alam und -

Dr. Jens Zimmermann (SPD): ... Senjo.

Zeuge Dr. Christian Orth: - Senjo 2015, und dann kam 2018 PayEasy hinzu. Ich habe mich - und das kam ja auch aus der Presse, was Sie mir hier jetzt vorgelesen haben - - habe ich mir auch angeschaut jetzt in der Nacharbeitung und habe auch mit den Kollegen gesprochen. Es ist so, dass seitens unserer Prüfer eine solche Konstellation nicht beraten wurde. Es ist so, dass das besprochen wurde. Und das ist auch etwas, was ich vorhin gesagt habe, dass, sage ich mal, rechtliche Konstellationen mit dem Prüfer besprochen werden in Bezug auf die Frage, welche Implikationen das hat. Hier hatte man jetzt ja auch die Erfahrungswerte aus 2015 ff. mit den anderen beiden. Warum sollte EY jetzt hier in der Form irgendetwas beraten, was schon bei Wirecard üblich war?



Nur zur dienstlichen Verwendung

Dr. Jens Zimmermann (SPD): Das ist natürlich eine gute Frage. Aber meine Frage ist ja: Warum sollte jetzt der Herr Bauer sozusagen sich das ausdenken? Also, es ist ja eine eindeutige Aussage von ihm. Könnte es vielleicht sein, dass, sage ich mal, dadurch, dass dieses System schon etabliert war, man dann gesagt hat: „Okay, hier ist jetzt einfach die nächste Fallkonstellation, und dann macht es doch bitte genauso“?

Zeuge Dr. Christian Orth: Ich kann da nichts zu sagen.

Dr. Jens Zimmermann (SPD): Okay, alles gut.

Zeuge Dr. Christian Orth: Wirklich mit Verlaub, ich war nicht dabei. Ich habe nur die Rückmeldung, dass hier das nicht beraten wurde, und das ist mir auch plausibel.

Dr. Jens Zimmermann (SPD): Also, gut, lässt sich jetzt nicht aufklären. - Aber „nicht beraten wurde“ ist noch mal ein gutes Stichwort. Können noch mal erläutern, wie bei Ihnen im Unternehmen gehandhabt wird das Verhältnis von Prüfung und Beratung und wie die Abtrennungen sind? Und mich würde insbesondere die Rolle der Partner, die sozusagen das Abschlussprüfungsmandat verantworten, deren Rolle - - Und vielleicht können Sie das auch gleich noch sagen: Wie sehen die finanziellen Kompensationen da aus?

Zeuge Dr. Christian Orth: Wenn ich mit der letzten Frage anfangen darf.

Dr. Jens Zimmermann (SPD): Ja, klar.

Zeuge Dr. Christian Orth: Es ist so, dass vor dem Hintergrund der Unabhängigkeitsregeln, die wir bei EY und die wir auch im Berufsstand haben, hier ein sogenanntes Cross-Selling nicht eine Zielvereinbarung sein darf. Also, ein Cross-Selling ist sogar explizit ausgeschlossen, einfach nicht möglich.

Mit dem Begriff der Unabhängigkeit habe ich eigentlich das schon angesprochen, was hier, sage ich mal, dem ganzen Thema „Prüfung und Bera-

tung“ zugrunde liegt. Wir haben seit der EU-Abschlussprüferverordnung striktere Regelungen zur Frage von Prüfung und Beratung. Die sind ja in Deutschland, sage ich mal, in Ausübung von Wahlrechten etwas anders als in anderen Ländern ausgeübt. Es ist aber so, dass im Markt sich einfach für Unternehmen von öffentlichem Interesse, sage ich mal, die Situation etabliert hat, dass man einen Prüfer hat und andere Berater. Das heißt, dass die Prüfer immer Prüfung machen und die Berater immer Beratung. Das heißt, auch bei uns intern gibt es eine Channel-1-Strategie und eine Channel-2-Strategie. Das heißt, wir haben ein Prüfungsmandat wie die Wirecard mit Channel 1, und das ist das Entscheidende. Das ist auch der Bereich, den wir abdecken möchten.

Ein letzter Satz noch - ich merke, Sie haben eine Rückfrage - -

Dr. Jens Zimmermann (SPD): Ja, ja, sorry. Alles gut.

Zeuge Dr. Christian Orth: Aber Sie fragten ja nach dem System. Das ist nämlich Bestand auch der Qualitätssicherung jetzt wieder. Deswegen kann ich das auch so im Detail erläutern. Es ist so: Es gibt ja eine Regelung aus der EU-Verordnung, wir dürften bis zu 70 Prozent des Prüfungshonorars auch als Beratung anbieten. Faktisch ist es immer weniger gewesen, und faktisch hat es auch prozentual immer mehr abgenommen, weil einfach auch, sage ich mal, von guter Governance her die Unternehmen von ihrer Seite aus schon sagen: Wir wollen einen Prüfer, und wir wollen halt Berater haben.

Dr. Jens Zimmermann (SPD): Okay. - Meine Frage ist, weil wir sind in unseren Unterlagen einfach darüber, sage ich mal, gestolpert, dass im Unternehmen Wirecard es einen Prozess gab, ein System gab mit sogenannten Pre-Approvals für Beratungsaufträge. Das war vor allem auch im Jahr 2017 sehr auffällig. In diesem System ist auch in der Kommunikation nachvollziehbar, dass Herr Loetscher und dann auch an ihn anschließend Herr Dahmen immer wieder sozusagen in diese Beratungsaufträge involviert waren. Also, wir können das anhand von E-Mail-Kommunikation nachverfolgen, dass auch eben diese



Nur zur dienstlichen Verwendung

Abschlussprüfer immer wieder auch bei Wirecard sogar nachgehakt haben und gesagt haben: Hier, da, zack. - Und wir reden teilweise - - auch teilweise gestückelt. Aber Anfang 2017 mal kommt Herr Loetscher quasi mit 400 000 Euro Beratung. Dann sind wir gegen Ende des Jahres 2017 noch mal über 400 000; dann sind wir, glaube ich, in 2018 mal - - kommt ein Ding - nee, ist 2019 - mit 600 000. Da hat Herr Eichelmann sozusagen gestern eine sehr klare Meinung gehabt, was er davon hält, dass Herr Dahmen mit 600 000 Euro um die Ecke kommt und offenbar auch davon ausgegangen ist, dass das mal freihändig so an Sie - also auch wieder kleingeschrieben - vergeben werden kann. Das hat sich für mich, weil ich das genau so mir vorgestellt habe, wie Sie es mir gerade erklärt haben - - es mir sich aber ganz anders irgendwie in den Unterlagen darstellt.

Zeuge Dr. Christian Orth: Herr Dr. Zimmermann, gestatten Sie mir noch einen weiteren Hinweis, der auch aus dem Qualitätssicherungssystem stammt? Es gibt ja jeweils einen mandatsverantwortlichen Prüfungspartner; für die beiden Jahre, in denen ich beteiligt war, war das der Herr Dahmen. Und es ist so, dass Herr Dahmen aus unseren Systemen heraus weltweit diese Aufträge approben musste. Das ist vor dem Hintergrund der Frage: Sind Leistungen, die beispielsweise - und jetzt sagen wir es einfach - in Singapur erbracht werden von einem EY-Berater - - ist das etwas, was die Inhabilität auslöst, das heißt, die Unabhängigkeit beeinträchtigt in Bezug auf unsere Prüfung des Konzerns weltweit? Insofern ist es bei uns - und ich bin sicher, bei anderen großen Häusern auf jeden Fall auch so -, dass hier immer auch geschaut wird, dass der mandatsverantwortliche Partner insbesondere dafür auch verantwortlich ist, dass keine Artikel-5-Verstöße vorliegen. Insofern ist der auch immer involviert. So. Er ist aber auch der Hauptansprechpartner Richtung Vorstand und Richtung Aufsichtsrat. Insofern, ich weiß jetzt leider nicht, was Herr Eichelmann gestern gesagt hat in Bezug auf die 600 000. Es ist aber für mich nachvollziehbar, dass Herr Dahmen, wenn Beraterverträge vergeben werden müssen - und Sie hatten es selber angesprochen, alle DAX-Konzerne haben Pre-Approval-Systeme,

um genau diese Inhabilität zu vermeiden - - genehmigt werden müssen.

Dr. Jens Zimmermann (SPD): Ja, aber natürlich haben wir in der ganzen Konstellation, so wie sie jetzt ist, dann in der Person dieser verantwortlichen Mandatsführer sozusagen ja den Interessenkonflikt. Also, wie gesagt, noch mal: Das werden wir wahrscheinlich auch dann am Ende nicht komplett auflösen können. Aber mir erschien es schon so, dass sowohl Herr Loetscher als auch Herr Dahmen jetzt nicht irgendwie nur so eine Clearing-Stelle waren und geguckt haben, dass die Beratungsaufträge, dass das alles sozusagen - - dass es keine Interessenskonflikte gibt, sondern sie waren die Hauptschnittstellen und waren auch, ich sage es jetzt mal, auch die, die versucht haben, Beratungsleistung bei Wirecard dann auch zu verkaufen.

Zeuge Dr. Christian Orth: Also, dazu kann ich jetzt nichts sagen, wie im Einzelnen hier die Interaktion war zwischen den Personen, die Sie genannt haben. Ich habe mir aber aus unseren Systemen und aus den Geschäftsberichten die Daten - die ... (akustisch unverständlich), das Honorar des Abschlussprüfers sind ja offenkundig - noch mal geben lassen. Die Prozentsätze sind bis auf 1,8 Prozent in der Prüfung des Geschäftsjahres 2019 zurückgegangen, 1,8 Prozent. Es gibt andere Bestätigungsleistungen. Herr Güntzler ist jetzt gerade draußen, aber das ist immer die Diskussion um freiwillige Abschlussprüfungen, die dann nicht als Abschlussprüfung klassifizieren nach den europarechtlichen Vorgaben. Aber wenn wir einfach mal diese Nuance rauslassen, ist in Summe - - haben wir immer Beträge zwischen 100 000 - - und ich sehe hier jetzt noch einmal 500 000 als höchste Summe. Insofern waren das, sage ich mal, Beträge, die relativ klein sind. Wir als globales Unternehmen haben in Summe rund 1 oder über 1 Milliarde Beraterverträge oder Honorare aus Beraterverträgen und Beraterleistungen. Es ist aber für keinen Abschlussprüfer das Ziel, hier Beratungsleistungen zu verkaufen, weil das ist, wie ich eingangs erwähnt habe, die Channel-1- und nicht die Channel-2-Strategie.



Nur zur dienstlichen Verwendung

Dr. Jens Zimmermann (SPD): Ich verstehe ja Ihre Rolle. Und deswegen ist es sozusagen immer gut, wenn Sie das auch noch mal prototypisch sagen. Aber mir geht es ja nicht - - Mich interessiert nur bedingt die Frage: „Wie sollte es bei Ihnen laufen?“, sondern wir reden ja hier um den konkreten Fall: „Wie ist es gelaufen?“. Und auch das, was Sie ansprachen, wenn man das über die Jahre sich anschaut, dann ist das richtig. Aber wenn ich mir anschau, gerade in 2017 - gut, jetzt haben Sie gesagt, da sind Sie nicht so tief drin gewesen jetzt in der Aufarbeitung bisher -, dann sieht man halt, dass es bei der Prüfung des Jahresabschlusses 2016 richtig geknallt hat und dass dann aber im Jahr 2017, wo das passierte, die Beratungsaufträge und die Pre-Approvals, dass die hochgingen. Das sieht dann im Bericht ein bisschen eleganter aus, weil das, was in 2017 zugesagt wurde, Ende 2017, dann erst 2018 zahlungswirksam wurde. Aber da müssen wir uns jetzt in einer anderen Runde noch mal drüber unterhalten. - Danke schön

Vorsitzender Kay Gottschalk: Vielen Dank. - Dann hat als Nächstes das Wort der Kollege Fabio De Masi für die Fraktion Die Linke.

Fabio De Masi (DIE LINKE): Vielen Dank. - Guten Morgen, Herr Dr. Orth! - Sie haben vorhin ausgeführt, dass die Treuhandverträge mit dem Trustee in Singapur kein Auskunftsrecht gegenüber OCBC vorgesehen hätten. Warum haben Sie das dann nicht als Prüfungshemmnis behandelt?

Zeuge Dr. Christian Orth: Das ist die Diskussion, Herr Abgeordneter, um die Einholung, Bestätigung Dritter; das ist die Diskussion um den PS 302. Die Bank ist in dieser Konstellation eines Treuhandverhältnisses Viertes, und der Dritte ist der Treuhänder. Und von diesem Treuhänder hat das Prüfungsteam die entsprechenden Nachweise eingeholt.

Fabio De Masi (DIE LINKE): Gut, wird in der Branche - so haben uns das die Sachverständigen hier dargestellt - überwiegend anders interpretiert, auch der entsprechende Prüfungsstandard. Also, es war kein Prüfungshemmnis für Sie.

Zeuge Dr. Christian Orth: Die Kollegen haben nach dem PS 302 geprüft.

Fabio De Masi (DIE LINKE): Ich habe Sie nur gefragt, ob es ein Prüfungshemmnis für Sie war.

Zeuge Dr. Christian Orth: Die Kollegen haben darin kein Prüfungshemmnis gesehen.

Fabio De Masi (DIE LINKE): Okay, vielen Dank. - Hat sich das Team „Project Ring“ an Sie in Ihrer Funktion jemals gewandt?

Zeuge Dr. Christian Orth: Das war die eingangs erwähnte - - dieses Telefonat in Bezug auf die §-29-III-KWG-Fragestellung.

Fabio De Masi (DIE LINKE): Mir liegt hier eine Unterlage vor. MAT A - -

Zeuge Dr. Christian Orth: Pardon, Herr De Masi. Das war das erste Mal. Und wir hatten dann ja, sage ich mal, im Rahmen der Aufarbeitung Singapur - - kam natürlich das „Project Ring“ öfter vor. Nicht dass ich falsch verstanden wurde. Also, erstmalig - -

Fabio De Masi (DIE LINKE): Wir haben ja Zeit. Ich habe heute Nacht wenig geschlafen. Deswegen, wenn ich schon mal wach bin, nehme ich mir die Zeit auch mit Ihnen. - MAT A BMF 4.57, Blatt 174. Da gibt es ein Schreiben von EY an die BaFin vom 12. November 2018. Und da steht unter anderem drin:

Die Ernst & Young GmbH Wirtschaftsprüfungsgesellschaft ist Abschlussprüfer eines EU PIE, bei dem nach unserer Auffassung die Voraussetzung einer der genannten Meldepflichten vorliegen.

Und diese Meldepflichten, die er referenziert, sind da

a) einen wesentlichen Verstoß gegen die Rechts- oder Verwaltungsvorschriften ...

b) eine wesentliche Gefährdung oder wesentliche Bedenken hin-



Nur zur dienstlichen Verwendung

sichtlich der Fortführung der Tätigkeit des Unternehmens von öffentlichem Interesse,

c) eine Verweigerung der Abgabe eines Prüfungsurteils über die Abschlüsse oder die Abgabe eines versagenden oder eingeschränkten Prüfungsurteils.

Ist damit Wirecard gemeint gewesen?

Zeuge Dr. Christian Orth: Herr De Masi, dürfte ich diesen Vermerk - -

Fabio De Masi (DIE LINKE): Na klar.

Zeuge Dr. Christian Orth: Das ist nett.

Fabio De Masi (DIE LINKE): Wenn wir die Zeit bitte anhalten könnten.

(Dem Zeugen werden Unterlagen - Der Zeuge und sein Rechtsbeistand nehmen Einblick)

Zeuge Dr. Christian Orth: Herr De Masi, es erscheint mir, dass dieses Schreiben nicht in Bezug auf die Gesellschaft Wirecard herausgegeben wurde, aus zweierlei Gründen - - Wie gesagt, ich kann das aber überprüfen. Ich meine, zu wissen, welche Gesellschaft es ist; aber es ist nicht die Wirecard. Hintergrund ist, die beiden Unterzeichner sind nicht, sage ich mal, Unterzeichner der Wirecard.

Fabio De Masi (DIE LINKE): Okay, das reicht mir schon. Ich habe mich nur gewundert, dass es sich in den Unterlagen befindet, und wollte das einfach nur aufklären. Aber das reicht mir erst mal als Eingang.

Zeuge Dr. Christian Orth: Dazu kann ich Ihnen sogar - -

Fabio De Masi (DIE LINKE): Sie brauchen das gar nicht weiter ausführen. Meine Frage ist beantwortet. - Wir haben gestern mit Herrn Steinhoff, dem Compliance Officer von Wirecard, gesprochen, und er stellte dar, dass bei diesen Probeüberweisungen im Prinzip Herr Bellenhaus, also

der mutmaßliche „partner in crime“ von Herrn Marsalek, jederzeit in Kontrolle war über auszuwählende Gesellschaften, über die Zahlungsmittel, Wirecard-Kreditkarten. Ist das zutreffend?

Zeuge Dr. Christian Orth: Also, dazu habe ich keine Kenntnisse.

Fabio De Masi (DIE LINKE): Sie haben keine Kenntnis, weil Sie nicht den entsprechenden Einblick in die Prüfungshandlung haben oder weil Sie die Aussage von Herrn Steinhoff natürlich nicht bewerten können?

Zeuge Dr. Christian Orth: Also, zunächst kenne ich die Aussage von Herrn Steinhoff nicht. Sie wissen, ich höre genau zu. Ich kann jetzt aber auch keinen Link verbinden.

Fabio De Masi (DIE LINKE): Das heißt, bei diesen Probeüberweisungen waren Sie in Kontrolle des ganzen Prozederes. Mit „Sie“ ist jetzt EY gemeint.

Zeuge Dr. Christian Orth: Also, wir reden jetzt von den Testüberweisungen über viermal 110 Millionen?

Fabio De Masi (DIE LINKE): Zum Beispiel.

Zeuge Dr. Christian Orth: Diese Testüberweisungen, die wir ja am 12. Mai, sage ich mal, ausgesprochen haben - und „wir“ sage ich jetzt mal nicht der Herr Orth, sondern das Prüfungsteam ausgesprochen haben, wir, EY -, sind, sage ich mal, unter der Bedingung der Kontrolle des Zahlungszeitpunktes, der Höhe, die, sage ich mal, in meinem Beisein und auf meinen Ratschlag hin auf diese viermal 110 Millionen erhöht wurde, ermittelt worden und auch ausgesprochen worden von dem Prüfungsteam.

Fabio De Masi (DIE LINKE): Okay. - Ich möchte Ihnen mal eine E-Mail vorlesen. Ich weiß nicht, ob die schon gedruckt auch für den Vorhalt ausliegt; sonst müssen wir das dann im Anschluss machen. Da schreibt am 11. Mai 2020 Gregor Fichtelberger an Dagmar Schneider, also die Dame, die eng mit Herrn Marsalek zusammengearbeitet hat:



Nur zur dienstlichen Verwendung

Hallo, Frau Schneider, ich hoffe, Sie haben am Wochenende ein wenig Erholung gefunden. Bezüglich der erweiterten TPA-Prüfungshandlung ...

Und dann werden die ganzen Schritte dargelegt. Das ist wohl so ein Auszug aus dem, ich sage mal so, Playbook von EY.

Wie besprochen planen wir die Durchführung der Prüfungshandlung ab heute (das heißt, es „droht“ eine EY-Abhebungsanfrage ab heute). Wir lassen Ihnen den genauen Betrag an einem Wochentag um 16 Uhr deutscher Zeit zukommen. Dies ist dann EOB in Manila, sodass Tolentino am Folgetag in der Lage ist, die Abhebung zu organisieren.(?)

War das üblich, dass man so zuvorkommend vorab informiert hat über das Prozedere?

Zeuge Dr. Christian Orth: Dieses Prozedere wurde in der Form - - Also, zunächst mal: Mir ist die E-Mail bekannt. Vielleicht sollte ich das voranstellen. Ich weiß auch nicht, ob ich direkt auf der E-Mail bin oder sie mir nur nachher weitergeleitet wurde. Ich weiß nicht, was Ihnen vorliegt. Aber ich kenne die E-Mail. Ich kenne auch den Wortlaut der E-Mail, weil diese E-Mail war im Prinzip der Auftakt der Abhebungsanforderungen. Wir haben diese Abhebungsanforderungen mit der Wirecard ab Ende April im Detail diskutiert. Es gab Widerstände, wie ich erwähnt hatte, Herr De Masi, vor dem Hintergrund des Argumentes - wie gesagt, des Argumentes -, dass, wenn wir das tun würden, das Vertrauen und das Verhältnis zu den Third Party Acquirern massiv geschädigt würde. Das sei so, als würde man bei einem Automobilhersteller das Band anhalten, um die Autos in Produktion zu zählen. Der entscheidende Punkt war aber, dass diese Transaktion auch von Herrn Eichelmann gutgeheißen wurde. Wir hatten ihm das vorgestellt, weil nämlich der entscheidende Punkt ist doch zweierlei: Einmal ging es um die Existenz der Konten, und das Zweite war ja die Diskussion, die wir auch mit KPMG geführt haben - das ist diese fachliche Diskussion, auf die heute schon eingegangen

wurde -: Die Treuhandkonten, sind die frei verfügbar, oder sind sie nicht frei verfügbar? Das ist dann die Frage des Ausweises, die, ich glaube, wir beide auch geführt haben: Ist es Cash, oder ist es nicht Cash? - Oder Herr Bayaz war es. - Pardon, Sie waren es, Herr Bayaz.

(Dr. Danyal Bayaz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Das hat uns alle interessiert!)

Die Frage „Cash oder nicht Cash?“, also „Vermögenswerte oder Cash?“. Und wenn es nicht frei verfügbar ist, dann ist es kein Cash. Das heißt, wenn ich heute sage: „Heute überweisen“, und dann dauert das ewig, ja, dann spricht doch vieles dafür, dass es nicht frei verfügbar ist. Also, auch darum ging es hier. Und insofern haben wir auch gesagt: So ist der Prozess, und wir sagen, wann es passieren soll.

Fabio De Masi (DIE LINKE): Einen Tag vorher?

Zeuge Dr. Christian Orth: Na ja, das lag ja in unserem Ermessen.

Vorsitzender Kay Gottschalk: Herr De Masi.

Fabio De Masi (DIE LINKE): Okay.

Zeuge Dr. Christian Orth: Herr Gottschalk, das ist wirklich noch wichtig für Herrn De Masi. - Wir wollten ja endlich diese Testüberweisung durchgeführt haben. Wir haben ja die ganze Zeit darauf gewartet, dass wir sie anfordern konnten. Und es gab diese Diskussionen mit der Gesellschaft. Insofern haben wir immer noch das Überraschungselement auf unserer Seite gehabt, dass wir am 12. gesagt haben: So, das ist jetzt der Betrag, und jetzt überweisen. - Denn der Betrag war am 11. nicht bekannt, es war nur das Prozedere festgelegt worden.

Vorsitzender Kay Gottschalk: Okay. - Dann Dr. Bayaz für Bündnis 90/Die Grünen.

Dr. Danyal Bayaz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Guten Morgen, Herr Orth! - Ich würde gerne auch noch mal einhaken und Sie bitten, mir das noch mal zu erklären. Ich habe das jetzt so verstanden:



Nur zur dienstlichen Verwendung

Wirecard hat 2 Milliarden an liquiden Mitteln als Sicherheitseinbehalt da in Cash vorgehalten. Und es sind doch auch Mittel, die teilweise rückgebucht werden können. Dann müssten Sie doch eigentlich auch die Anforderungen stellen, dass dort Rückstellungen existieren müssten - ich habe mal nachgeschaut; weiß ich nicht -: 10, 20 Prozent. Das wissen Sie besser als ich. Aber dann ist man bei einer beträchtlichen Summe. Ich habe gesehen, die sonstigen Rückstellungen, die Wirecard im Geschäftsbericht 2018 ausweist, sind 18 Millionen Euro. Das heißt, die Bilanz sagt, dass Wirecard 100-mal so viel Cash für TPA-Partner vorhalten muss, wie der vorsichtig bilanzierende Wirtschaftsprüfer annimmt. Das passt doch nicht; das ist doch unverhältnismäßig.

Zeuge Dr. Christian Orth: Die Grundlage, Herr Bayaz, für die Rückstellung, die Sie erwähnt haben, ist nicht die gleiche Grundlage wie die Sicherungsgelder auf den Treuhandkonten. Es ist so, dass die Sicherungsgelder auf den Treuhandkonten - und das ist jetzt das, wie es mir auch beschrieben wurde und wie auch die Verträge indizieren -, dass das für einen Totalausfall, also ein Adressausfallrisiko, zurückbehalten wird. Es wurde mir erklärt - und das ist mir - -

Dr. Danyal Bayaz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Diese 20 Prozent?

Zeuge Dr. Christian Orth: Es waren meines Wissens diese 33 Prozent der Beträge von den Provisionen auf die Basisgeschäfte. Also, das heißt, wenn ich das rechne: Ich habe ein Basisgeschäft von 100, habe dann eine Provision von 10, und dann würde ich 3,3 zurückhalten, weil das 33 Prozent sind. Ich meine, ohne es - - Ich bitte immer - - Ich bin inzwischen vorsichtig. Ich meine, dass diese Rückstellung im Kontext mit Chargebacks und Ähnlichem steht. Aber das ist ja was anderes als das Adressausfallrisiko. Kann ich gerne noch mal genauer nachsehen.

Dr. Danyal Bayaz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Das wäre nett. Würde ich Sie drum bitten.

Zeuge Dr. Christian Orth: Mache ich gerne.

Dr. Danyal Bayaz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Wie lange haben Sie diesen Sicherheitsbehalt einbehalten? Können Sie dazu was sagen?

Zeuge Dr. Christian Orth: Das kann ich sofort beantworten. Also, unsere eingeforderten viermal 110 Millionen sind nie angekommen. Und um das auch in aller -

Dr. Danyal Bayaz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Also null Sekunden.

Zeuge Dr. Christian Orth: - Deutlichkeit - - Ohne diese Testüberweisungen, wenn die nicht stattgefunden hätte, hätte das Prüfungsteam auch nicht testiert. Also, das war eine Grundvoraussetzung, die auch verschriftlicht wurde in mehreren E-Mails an den Vorstand: Ohne diese Testüberweisungen, die wir angefordert haben, wird es keinen Bestätigungsvermerk geben. - Aber, Herr Bayaz, es kam nie dazu vor dem Hintergrund, dass wir über die Banken halt die „spurious and unauthorized“ Bankbestätigungen bekommen haben.

Dr. Danyal Bayaz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Bekanntes Thema. - Sie haben sicherlich gestern vielleicht - gehe ich sogar von aus, Sie sind ja auch immer gut informiert - die Berichterstattung gesehen. Da ging es ja auch um das Thema - ich sage das jetzt mal in meinen Worten - „Konflikt zwischen KPMG und EY mit Blick auf das Sondergutachten“. Wir haben Herrn Eichelmann dazu ja auch gestern gefragt. Es gibt auch eine Kommunikation, wo Sie ja auch sagen, dass der Abbruch der Sonderuntersuchung von Ihnen weder gefordert noch nahegelegt worden ist, sowohl Herr Eichelmann als auch Frau Gärtner - heißt die Kollegin von Clifford Chance - - eine andere Auffassung hatten. Und ich hatte jetzt Herrn Eichelmann gestern als jemanden, der zumindest sehr klar im Verstand ist und, ich glaube, auch eine große Auffassungsgabe hat - - hat uns das auch noch mal anders bestätigt. Wie kann es da bei so einem zentralen Thema zu so einer - - Also, Sie stehen sich ja diametral gegenüber. Wie kann man das denn erklären?



Nur zur dienstlichen Verwendung

Zeuge Dr. Christian Orth: Das waren zwei Fragen. Zunächst zu der Frage der fachlichen Diskussion: Das war jetzt nicht ein Thema in Bezug auf das, was Sie jetzt - - in Bezug auf Frage Abbruch oder so. Die Frage der fachlichen Diskussion war ein Diskurs, den es gab in Bezug auf die Frage der Bilanzierung nach IAS 7, also Kapitalflussrechnung. Das war dieses Free Cashflow. Da kann ich gerne im Detail draufgehen. - Ich merke, Ihre Frage - -

Dr. Danyal Bayaz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Lieber nicht, weil ich habe nämlich nur noch 1:50, und Sie haben noch 1:50.

Zeuge Dr. Christian Orth: Ich beeile mich. - Ihre Frage ist simpel zu beantworten. Es gab ein Gespräch zwischen Herrn Dahmen und, sage ich mal, Frau Gärtner und Herrn Eichelmann. Ergebnis war, dass der Herr Dahmen auf mich zukam, auf mich und Herrn Barth zukam, ich meine, in Schriftform, und sagte: Es steht jetzt im Raum, ich soll gesagt haben, dass ein Abbruch erforderlich sei. - Und es ging ausschließlich darum - - Es ging ja um die Dezemberscheibe, TPA-Geschäft. Sie erinnern sich an die Erweiterung der Sonderuntersuchung von KPMG. Da das natürlich Gegenstand auch der Abschlussprüfung war, brauchten wir Erkenntnisse über die Ergebnisse der Sonderuntersuchung von KPMG in Bezug auf die Themen, die wir als Abschlussprüfer testen mussten. Insofern war die Aussage - und das konnte ich zum Glück in einem Gespräch dann nachher klarstellen - - Und dann auch Herrn Eichelmann und auch Frau Gärtner sofort nachvollziehbar.

Dr. Danyal Bayaz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Das ist ja Ihre Aussage. Herr Dahmen kann ja durchaus das in den Raum gestellt haben.

Zeuge Dr. Christian Orth: Gut. Also bei dem Gespräch zwischen Herrn Dahmen -

Dr. Danyal Bayaz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): - waren Sie nicht dabei.

Zeuge Dr. Christian Orth: - war ich nicht dabei. Er kam aber von sich aus auf mich zu und sagte - -

Dr. Danyal Bayaz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Herr Dahmen?

Zeuge Dr. Christian Orth: Herr Dahmen kam auf Herrn Barth und mich zu und bat um Unterstützung, das klarzustellen, dass wir den Bericht brauchen und keineswegs hier eine - -

Dr. Danyal Bayaz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Und daraufhin haben Sie auch diese E-Mail geschrieben. Das war danach.

Zeuge Dr. Christian Orth: Pardon, jetzt müssen Sie mir die E-Mail zeigen. Ist das die in meinem Namen?

Dr. Danyal Bayaz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): 10. Juni 11.58 Uhr, Christian Orth an Frau Gärtner.

Zeuge Dr. Christian Orth: Ja, das müsste die sein, denn es war auch so, dass Herr Sven-Olaf Leitz von der KPMG und ich die Berichterstattung der KPMG - es gibt nämlich diesen Bericht, den Berichtsentwurf mit Stand 10. Juni; den haben wir nämlich besprochen an dem Tag - - Das war auch eine Bitte, die Herr Eichelmann und Frau Gärtner hatten, dass wir uns da abstimmen, weil es ging ja darum, ob diese Informationen für uns ausreichend waren. Es war seinerzeit ja von der Gesellschaft geplant, am 17. Juni, glaube ich, den Abschluss dann zu veröffentlichen. Insofern benötigte das Prüfungsteam die Information der KPMG, ausreichend Zeit, das zu würdigen und dann auch zu testen.

Dr. Danyal Bayaz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Gut, meine Zeit ist schon leider abgelaufen.

Zeuge Dr. Christian Orth: Pardon.

Vorsitzender Kay Gottschalk: Ja, vielen Dank. - Ich glaube, das ist ja des Pudels Kern, um den wir hier alle kreisen, diese Cash-Position in welcher Form auch immer und von was. Und deswegen Premiere für den Vorsitzenden: Wir machen jetzt einen stillen Vorhalt. Sie kennen das ja schon.



Nur zur dienstlichen Verwendung

RA Professor Dr. Björn Gercke: Herr Gottschalk, ganz kurz eine Bitte: Können wir irgendwann mal zwei Minuten biotechnische Pause machen? Können wir jetzt machen oder wenn es bei Ihnen passt.

Vorsitzender Kay Gottschalk: Okay, alles klar. Wir wären nach mir jetzt durch. Wenn wir kurz mal stoppen; auch bei mir gilt das.

(Matthias Hauer
(CDU/CSU): Mit der
Runde!)

Wenn wir mit der Runde durch sind. Ich bin jetzt noch dran, habe meine sieben Minuten, und danach würden wir dann eine Pause machen, wenn das in Ordnung ist. - Gut.

Ja, dann machen wir jetzt einen stillen Vorhalt. Zeit ist gestoppt. - Dann bitte ich meinen Kollegen, Maske auf, und das mal vorzuhalten. Wir machen das immer jetzt unter dem Gang hier eigentlich, damit möglichst keiner, der nicht berechtigt ist - -

(Abg. Dr. Danyal Bayaz
(BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) meldet sich zu Wort)

- Ja?

Dr. Danyal Bayaz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Herr Vorsitzender, ich glaube, das war jetzt hier bedürftig. Und dem sollten wir dann, glaube ich, auch entsprechen.

Vorsitzender Kay Gottschalk: Ach, dass es eilt. - Dann machen wir das jetzt.

Zeuge Dr. Christian Orth: Es wäre sehr nett. Vielen Dank.

Vorsitzender Kay Gottschalk: Dann unterbrechen wir. Habe ich nicht so wahrgenommen, Entschuldigung. - Dann ist jetzt unterbrochen. Ich würde sagen, wir setzen so - dicker Daumen - fünf von halb fort. Herr Zimmermann kommt seiner üblichen Aufgabe nach, und wir unterbrechen an der Stelle. Und dann fangen wir gleich bei mir weiter an. Okay. So machen wir es.

(Unterbrechung von
11.12 bis 11.26 Uhr)

Vorsitzender Kay Gottschalk: Gut, dann würde ich vorschlagen, wir setzen fort. Wir schließen die Tür. Alle sind so weit da, kann ist feststellen. - Gut, dann würde ich jetzt gerne mit einem stillen Vorhalt noch mal fortsetzen. Einen stillen Vorhalt machen wir immer unter dem Rang, obwohl es da - - Ist keine Saalöffentlichkeit, dann können wir es tatsächlich mal so machen. Sie dürfen jetzt nicht aus diesem Inhalt zitieren. Ich sage mal ganz abstrakt, schauen Sie sich dieses Schreiben aus Singapur einmal an. Und jetzt frage ich mich: Fällt Ihnen bei diesem Schreiben etwas auf, was mir sofort aufgefallen ist, weil ich nun auch in England war, in Amerika war, viel englischsprachige Korrespondenz habe? Das ist ein wesentliches Schreiben. Mehr kann ich ja leider gerade nicht sagen. Aber es kratzt diesen Themenkreis an, den wir hier heute gerade zu fassen haben.

(Dem Zeugen werden Dokumente auf einem Notebook gezeigt - Der Zeuge sowie sein Rechtsbeistand lesen in diesen Dokumenten)

Wenn Sie sich das Schreiben jetzt anschauen, dann, sage ich mal, gucken Sie mal auf das Datum. Ich habe im englischsprachigen Raum so ein Datum noch nicht gesehen mit Komma bzw. mit Punkt, Punkt, Punkt und dann eben entsprechend mit dem Format. Das englische Format ist immer - - Es gibt den Unterschied 9/11, ja, und dass der Engländer schreibt 11/9 und dann das Jahr; aber ich kenne nicht, dass ein Engländer, geschweige denn aus diesem Wirtschaftsraum, bei einem so wesentlichen Schriftstück auch mit dem Blocksatz, die Adresse - - Wenn Sie sich Schreiben aus diesem Raum anschauen. Das sieht so aus für mich - das ist ein wesentliches Schreiben -, als wäre es im deutschen Format.

Zeuge Dr. Christian Orth: Also, zunächst mal: Das Format ist anders als, sage ich mal, im asiatischen Raum oder US-Raum; das ist korrekt.



Nur zur dienstlichen Verwendung

Vorsitzender Kay Gottschalk: Und das ist ein wesentliches Schreiben. Wir dürfen ja leider gerade nicht über den Inhalt sprechen; aber das ist ein wesentliches Schreiben.

Zeuge Dr. Christian Orth: Im selben Schreiben findet sich dann aber auch eine Datumsangabe, so wie Sie sie wahrscheinlich erwartet hätten, ne?

Vorsitzender Kay Gottschalk: Aber wenn Sie sich den oberen Briefkopfteil angucken, dann würde man sagen - ich bin jetzt seit Parmalat immer etwas vorsichtig geworden -, das sieht verdammt deutsch aus, oder? Mal ehrlich jetzt.

Zeuge Dr. Christian Orth: Ich habe auch noch mal so ein bisschen das Englisch gerade gelesen, ob das - - Es gibt ja auch so Denglisch-Englisch.

Vorsitzender Kay Gottschalk: Ich kenne Singapur. In Singapur ist man englischer als in England nach wie vor.

Zeuge Dr. Christian Orth: Haben Sie sich die Zahlenformate angeschaut?

Vorsitzender Kay Gottschalk: Die habe ich mir angeschaut, ja.

Zeuge Dr. Christian Orth: Ist Ihnen da auch was aufgefallen?

Vorsitzender Kay Gottschalk: Die sehen so ein bisschen englisch aus. Deswegen habe ich „Parmalat“ gesagt.

Zeuge Dr. Christian Orth: Die sehen deutsch aus.

Vorsitzender Kay Gottschalk: Ja.

Zeuge Dr. Christian Orth: Die Punkte wissen Sie, wo die sind.

Vorsitzender Kay Gottschalk: Ja, aber umso besser. - Ich sage mal, Parmalat könnte grüßen so ein bisschen, finde ich. Und das ist ein wesentliches Schriftstück; da werden Sie mir zustimmen. Den Themenkreis haben wir ja gerade. Also, ich wäre

da hochgesprungen, hätte gesagt: Ist das echt? Ist aus 2018; so viel darf man ja sagen.

Zeuge Dr. Christian Orth: Herr Vorsitzender, Herr Gottschalk, ich weiß nicht, in welcher Rolle Sie fragen.

Vorsitzender Kay Gottschalk: Ist völlig egal; ich bin da völlig uneitel.

Zeuge Dr. Christian Orth: Ich würde sagen: Eine Beurteilung kann ich nicht abgeben; aber Ihre Feststellung kann ich zumindest mal bestätigen.

Vorsitzender Kay Gottschalk: Okay, das ist gut. Dann kann der wieder mitgenommen werden. - Weil das ist das, wo ich sage so: Okay, kritische Grundhaltung. Was ist da passiert? Wir werden vielleicht noch ein, zwei andere Dinge im Laufe des Tages hier heute haben. Ich wollte noch mal konkret nachfragen, was die Testüberweisung - alles unser Themenkreis, um den wir uns gerade bewegen - jetzt angeht. Am 12.05. sind die Überweisungen, diese vier, wollte ich nur noch mal nachfragen, angewiesen worden, und am 15.05. haben sich diese vier TPA-Partner zu diesen viermal 110 kritisch geäußert. Ist das richtig? Ich wollte das noch mal explizit nachfragen.

Zeuge Dr. Christian Orth: Zunächst mal Pardon für die Verwirrung eben. Erste Antwort: Al Alam und Senjo haben am 15.05.2020 geantwortet, PayEasy am 13.05.2020.

Vorsitzender Kay Gottschalk: Also schon sehr früh, einen Tag später dann. Okay, gut.

Zeuge Dr. Christian Orth: Und ich hatte ja gesagt, dass ich zumindest eine Reaktion erwartet habe, also jetzt aus meinem Erwartungshorizont her - ein Prüfer muss sich immer auch eine Erwartungshaltung bilden -, und wenn ich Sicherheiten dem Sicherungs- - dem entziehe, den TPAs, dann hätte ich auch eine entsprechende Reaktion erwartet. Also, insofern war das jetzt nicht etwas, wo wir gesagt haben - - Das war eher positiv, dass es, sage ich mal, Protest gab.

Vorsitzender Kay Gottschalk: Okay, das würde ich auch so sagen. Aber letztlich sind ja dann -



Nur zur dienstlichen Verwendung

das war das Negative - diese viermal 110 - dann wäre es richtig positiv gewesen - nie geflossen an der Stelle.

Ich möchte weiter noch um diesen Themenkreis der Treuhandkonten kreisen. Ist Ihnen bekannt, auch wenn Sie jetzt später - ich werde dann nachher noch mal, wenn ich wieder volle Zeit habe, drauf eingehen, weil es das erforderlich macht - - dass vielleicht EY und Ihren Prüfern schon vorher, was dieses TPA-Geschäft angeht - gestern hat Herr Steinhoff hier einiges ausgeführt; da werden vielleicht die Kollegen auch noch drauf eingehen -, was Verträge, Abläufe, Kundenlisten angeht, die ja wesentlich sind, wenn Provisionen zwischen den Geschäftspartnern in einen anderen Geschäftsbereich, den asiatischen, hin ausgezahlt werden. Sind Ihnen da schon Memos bekannt, die weit vor das Jahr 2018 gehen, die hier den Finger in die Wunde legen?

Zeuge Dr. Christian Orth: Aus meiner Erinnerung heraus gab es technische Konsultationen, auch zu der Bilanzierung. Weil Sie sagen: „den Finger in die Wunde legen“: Das ist eine technische Konsultation.

Vorsitzender Kay Gottschalk: Ich kreise wie Goethe um des Pudels Kern so ein bisschen gerade, um dann nachher natürlich auch zum Kern vorzudringen.

Zeuge Dr. Christian Orth: Also, es gibt technische Memos mit der Fragestellung, wie zu bilanzieren ist; das ist richtig, ja.

Vorsitzender Kay Gottschalk: Ja. Okay. - Können Sie so ein bisschen auf diese Fragestellung eingehen, die da erörtert wird?

Zeuge Dr. Christian Orth: Das TPA-Geschäft war ja auch immer eine Frage, wie das TPA-Geschäft als Ganzes zu bilanzieren ist vor dem Hintergrund, dass wir hier TPAs, also Third Parties, drin haben in Bezug auf den Umsatzausweis, ob der brutto oder netto auszuweisen ist. Das ist eine Rechnungslegungsdiskussion um „principal versus agent“.

Vorsitzender Kay Gottschalk: Ja, wir nähern uns.

Zeuge Dr. Christian Orth: Gut. - Und dazu gab es halt eine Fragestellung, die ja auch Gegenstand des Betrachtungszeitraums war, in dem ich eingebunden war, wo es auch Gutachten gab von zwei Gutachtern und meines Wissens auch zwei Rechtsgutachten, weil sehr oft ja auch für die bilanzielle Beurteilung zunächst, sage ich mal, das Zivilrecht, die Vorherigkeit des Zivilrechts zu beurteilen ist. Und insofern war das einer der Themenkomplexe, die vor meiner Zeit quasi diskutiert wurden schon, aber auch dann während meiner Zeit noch mal neuerlich diskutiert wurden auch vor dem Hintergrund der Fachdiskussion mit den Sonderuntersuchern.

Vorsitzender Kay Gottschalk: Okay. Jetzt könnte ich so einen perfekten Cliffhanger machen. Jetzt gebe ich schon mal einen Hinweis und werde dann den Aufschlag, wenn ich wieder dran bin, machen. Ich sage mal: Das Jahr 2016: Ist Ihnen aus diesem Jahr was bekannt, was Ihre Prüfer schon - - genau, was sie eben angemerkt haben zu „principal“, Provision, TPA-Geschäft, Asien bemerkt haben? Das Jahr 2016 ist da - - Jetzt habe ich noch 10 Sekunden, also wirklich perfekter Cliffhanger. Jetzt könnten wir die Werbung einblenden.

Zeuge Dr. Christian Orth: Muss passen. Da brauche ich den Telefonjoker.

Vorsitzender Kay Gottschalk: Okay, dann mache ich das in meiner nächsten Aufschlagrunde. - Ganz kurz, meine Zeit ist weg. - Einen Hinweis noch, auch damit die Kollegen das, was eben erörtert wurde, was wesentlich ist für die Kollegen - ich glaube, die werden sich da auch freuen - - Das ist die Dokumentennummer 0001230742. Ein wesentliches Dokument, wie ich finde, was den Kreis runder macht. - So, jetzt ist meine Zeit leider rum. Ich habe den Cliffhanger. Ich sage, 2016. - Und dann geht es weiter mit dem Kollegen Hauer.

Matthias Hauer (CDU/CSU): Herr Vorsitzender. - Herr Dr. Orth, ich möchte zu der Fragestellung, wie Treuhand-Cash zu prüfen oder nachzuweisen ist, noch mal zurückkommen. Gab es dazu unterschiedliche Auffassungen zwischen EY und KPMG?



Nur zur dienstlichen Verwendung

Zeuge Dr. Christian Orth: Zu der Frage des Ausweises der Treuhandkonten gab es eine fachliche Diskussion, die auch geführt wurde; das ist richtig. Das heißt, wir reden jetzt über den Ausweis oder die Prüfung der Existenz?

Matthias Hauer (CDU/CSU): Über die Prüfung.

Zeuge Dr. Christian Orth: Die Prüfung der Existenz - - gab es die Diskussion, dass der Sonderuntersucher gerne unmittelbare Prüfungsnachweise von der Bank erlangen wollte. Das heißt, man hat hier Prüfungsnachweise von Banken haben wollen.

Matthias Hauer (CDU/CSU): Weil uns nämlich der Herr Eichelmann gestern auch davon berichtete, dass es so Januar/Februar Diskussionen gegeben habe zwischen EY und KPMG. Und er hat dann wörtlich gesagt: KPMG ist konsequent geblieben. - Zu EY hat er dann nicht so viel gesagt. Könnte man aber jetzt im Umkehrschluss dann den Schluss ziehen, dass Sie nicht so konsequent geblieben sind? Würden Sie sich dem anschließen?

Zeuge Dr. Christian Orth: Also, ich kann da keine Mutmaßung zu abgeben, weil ich den Kontext dieser Aussage jetzt nicht einordnen kann und ich auch nicht dabei war. Ich versuche, Herr Abgeordneter - - Meine Frage würde in die Richtung gehen: War es eine Diskussion um die Einholung von Bankbestätigungen in 19 für 18 oder in 20 für 19? Vielleicht weil das mir von der zeitlichen Einordnung helfen würde, Ihre Frage zu beantworten.

Matthias Hauer (CDU/CSU): Also, es war Januar/Februar 2019. Nur meine Frage - und es geht ja um meine Frage - war die, ob Sie da nicht konsequent geblieben sind. Ich kann es aber auch konkreter sagen, dass es keine Einschätzung mehr Ihrerseits bedarf: Halten Sie die Position, die EY damals vertreten hat, aus heutiger Sicht immer noch für richtig?

Zeuge Dr. Christian Orth: Herr Hauer, die Position um die Prüfung von Treuhandkonten ist vor dem Hintergrund der Causa Wirecard momentan komplett neu auf dem Tisch, wird diskutiert,

wird auch diskutiert auf internationaler Ebene. Ich glaube, die Causa Wirecard zeigt auch an - und das haben wir auch getan bei EY - - erste Änderungen eingeführt haben in dem Prüfungsvorgehen, die in der Form jetzt nicht im Prüfungsstandard stehen, nicht explizit. Wir gehen aber fest davon aus, dass jetzt seitens des IDWs eine entsprechende Verlautbarung veröffentlicht wird, und dann ist das auch für uns das Maß der Dinge. Also, aus heutiger Sicht, wie gesagt: Mit dem Wissen von heute beurteilen wir das anders.

Matthias Hauer (CDU/CSU): Ja, nur in den Prüfungsstandards des IDW 302, da ist ja bereits jetzt die Rede davon, dass grundsätzlich auch Bankbestätigungen einzuholen sind.

Zeuge Dr. Christian Orth: Das ist richtig, Herr Hauer.

Matthias Hauer (CDU/CSU): Das ist ja bisher schon so.

Zeuge Dr. Christian Orth: Ja. Und die Textziffer 20 stellt expressis verbis explizit darauf ab, dass es eine Geschäftsbeziehung zwischen dem Mandanten und dem Kreditinstitut sein muss. Wenn Sie das vorliegen haben, können Sie das nachvollziehen. Und genau das ist ja der entscheidende Punkt: Wir haben hier keine Beziehung, keine Geschäftsbeziehung zwischen Wirecard und der OCBC gehabt, sondern eine Geschäftsbeziehung bestand zwischen dem Treuhänder, Herrn Chan* und der OCBC. Und das ist der entscheidende Punkt an dieser Stelle.

Matthias Hauer (CDU/CSU): Ich habe schon gelernt, dass Sie auf Nachfrage von Kollegen Güntzler und De Masi gesagt haben, dass der Treuhänder der Dritte aus Ihrer Wahrnehmung ist und dass Sie die Bestätigung der Bank aus rechtlichen Gründen jetzt nicht für einholbar hielten. - Habe ich das richtig wiedergegeben?

Zeuge Dr. Christian Orth: Es ist so, dass Sie bei der OCBC - denn das haben wir ja auch noch mal in dem Folgegeschäftsjahr 19 - -

Matthias Hauer (CDU/CSU): Also, es reicht mir eigentlich, wenn Sie mir das jetzt bestätigen oder



Nur zur dienstlichen Verwendung

es abstreiten. Also, Sie hielten die nicht rechtlich für einholbar, die Bestätigung? Ich muss auch ein bisschen auf die Uhr gucken.

Zeuge Dr. Christian Orth: Also, noch mal: Das Prüfungsteam hat es so gewertet und hat die - -

Matthias Hauer (CDU/CSU): Okay, das Prüfungsteam. Aber Sie persönlich, wie bewerten Sie das? Ich meine, Sie sind ja Zeuge, nicht das Team, hier gerade.

Zeuge Dr. Christian Orth: Meine Aussage wollte ich ja dahin gehend lenken, dass wir auch überprüft haben, ob wir es in 19 bekommen könnten. Es gibt nur eine Inbox bei der OCBC; Sie haben keinen direkten Ansprechpartner. Das heißt, das Formular, was wir ausfüllen müssen, können Sie sich ja mal anschauen, ob damit Treuhandkonten abgefragt werden können.

Matthias Hauer (CDU/CSU): Sie müssen ja, wenn Sie jetzt keine Bankbestätigung haben - und die hatten Sie ja jetzt hier nicht in dem Fall - - dann müssen Sie ja das durch andere Prüfungsnachweise in irgendeiner Weise sicherstellen oder kompensieren, nenne ich das jetzt mal. War das denn gleichwertig aus Ihrer Sicht, was Sie da eingeholt haben?

Zeuge Dr. Christian Orth: Der Prüfungsstandard sagt, dass Prüfungsnachweise einzuholen sind von Dritten, dass hier zu prüfen ist, dass Dritte vertrauenswürdig sind. Deswegen auch die Hintergrundrecherche des Prüfungsteams. Das finden Sie jetzt teilweise im PS 302, aber teilweise auch im PS 210. Und der entscheidende Punkt an dieser Stelle ist wieder, dass hier nicht nur die Standardprüfungshandlungen vom Prüfungsteam durchgeführt wurden, sondern bereits vor der Prüfung 2019 erweiterte Prüfungshandlungen durchgeführt wurden, wie unter anderem Testverkäufe*, Bestätigungen oder Vorlage von Kontoauszügen mit entsprechenden Transaktionen, also Zahlungsflüssen. Und das ist auch dokumentiert, auch im KAM, im Bestätigungsvermerk, dass sich hier entsprechende Zahlungsflüsse angeschaut wurden.

Matthias Hauer (CDU/CSU): Das halten Sie für gleichwertig?

Zeuge Dr. Christian Orth: Die erste Frage ist: Was ist der Prüfungsnachweis, den ich abholen muss?

Matthias Hauer (CDU/CSU): Nein, meine Frage ist - gibt eigentlich nur eine -, ob das gleichwertig ist, diese Prüfungsnachweise.

Zeuge Dr. Christian Orth: Die Bankbestätigung ist - - Der Punkt ist der: Es gibt nicht eine Gleichwertigkeit. Die Einholung einer Bankbestätigung im Rahmen eines Treuhandverhältnisses nach alter Rechtslage - sage ich jetzt bewusst - ist nicht erforderlich. Das heißt, ich bräuchte gar keinen Prüfungsnachweis. Das ist die Auffassung, die das Team vertreten hat und die aus meiner Sicht seinerzeit auch vertretbar war. So, der entscheidende Punkt - -

Matthias Hauer (CDU/CSU): Also heute nicht mehr. Seinerzeit ja, aber heute nicht.

Zeuge Dr. Christian Orth: Vor dem Hintergrund der Diskussion, die wir im Berufsstand führen, wird sich das ändern. Da bin ich fest von überzeugt. Aber, wie gesagt, wir haben momentan noch keine anderen Prüfungsstandards vorliegen.

Matthias Hauer (CDU/CSU): Ich würde gerne noch mal weiter zu dem Treuhänder etwas erfahren, und zwar wie denn EY die Seriosität der Treuhänder geprüft hat.

Zeuge Dr. Christian Orth: Das Prüfungsteam hat dazu die Forensikabteilung eingesetzt und hat sogenannte Hintergrund-, Background Researches gemacht. Unter anderem hatte ich gesehen, dass auch Dokumente des Unternehmensregisters in Singapur eingeholt wurden und Ähnliches. Also, das waren sogenannte Background Researches.

Matthias Hauer (CDU/CSU): Das hört sich ja sehr professionell und toll an. Aber was muss man denn darunter verstehen? Also, wird dann zum Beispiel auch geprüft, ob der Treuhänder überhaupt Treuhandleistungen erbringen darf?



Nur zur dienstlichen Verwendung

Zeuge Dr. Christian Orth: Der Herr Chan* war ein sogenannter Cooperate Secretary*, der in dem Register mit entsprechenden Tätigkeiten eingetragen war.

Matthias Hauer (CDU/CSU): Also, sowohl der Treuhänder in Singapur als auch in Manila - -

Zeuge Dr. Christian Orth: Pardon, meine Aussagen, Herr Hauer - ich muss das insofern klarstellen -, bezogen sich jetzt auf Herrn Chan*, weil Sie von der OCBC her kamen. - In Manila gab es entsprechende Hintergrund-Researches und auch den Vor-Ort-Besuch am 4. März. Da war ja auch die KPMG mit dabei. Man hat hier auch entsprechend Hintergrund-Researches gemacht.

Matthias Hauer (CDU/CSU): Also, Sie sagen, es wurde geprüft Ihrerseits und festgestellt, der durfte Treuhandleistungen erbringen und es war eine seriöse Persönlichkeit in Singapur.

Zeuge Dr. Christian Orth: Ich habe die Prüfungshandlungen nicht durchgeführt; deswegen kann ich die Antwort jetzt nicht mit Ja oder Nein geben. Ich habe gesehen, dass da Unterlagen dazu da sind; aber ich kann jetzt diese Frage - -

Matthias Hauer (CDU/CSU): Sie haben sie aber nicht angeguckt, die Unterlagen.

Zeuge Dr. Christian Orth: Nein, Ihre Frage ist ja: Kann man das daraus rückschließen? Und diese Frage kann ich nicht beantworten.

Matthias Hauer (CDU/CSU): Kann ich jetzt nicht so ganz nachvollziehen, warum Sie das nicht beantwortet haben. Wenn dazu Unterlagen da sind, die Sie sich angeschaut haben, dann können Sie doch sagen: Uns liegt eine Bestätigung vor, dass der Treuhänder in Singapur auch Treuhandleistungen erbringen durfte.

Zeuge Dr. Christian Orth: Das ist das, was das Prüfungsteam in den Unterlagen zusammengetragen hat.

Matthias Hauer (CDU/CSU): Und dafür lag eine Bestätigung vor in den Unterlagen? Oder haben die das auf Zuruf irgendwie festgelegt?

Zeuge Dr. Christian Orth: Nein, es gab nach meinem - - Das war meines Wissens ein Auszug aus dem Register in Singapur.

Matthias Hauer (CDU/CSU): Und daraus ergab sich, dass er zu Treuhandleistungen - -

Zeuge Dr. Christian Orth: Cooperate Secretary* oder Cooperate Law Services* erbracht hat und insofern dann auch diese Form von Treuhandkontenführung damit abgedeckt sei.

Matthias Hauer (CDU/CSU): Okay. Ich lasse das jetzt erst mal sacken.

Zeuge Dr. Christian Orth: Aber Herr Hauer - -

Matthias Hauer (CDU/CSU): Ich komme noch mal zu diesen Beträgen, 1,9 Milliarden Euro auf diesem Treuhandkonto am Ende oder eben nicht vorhanden am Ende. Sie haben ja gerade noch mal erklärt, wofür diese Sicherheit benötigt wurde nach dem Geschäftsmodell von Wirecard, haben da von Totalausfall gesprochen. Wenn das die Absicherung ist, diese 1,9 Milliarden, wie groß müsste denn dann das Geschäftsvolumen sein, wenn Totalausfall 1,9 Milliarden ist?

Zeuge Dr. Christian Orth: Die Frage habe ich im Kontext der Nacharbeitung auch gestellt. Gestatten Sie mir, einmal kurz in die Unterlage zu schauen.

Matthias Hauer (CDU/CSU): Gerne. - Können wir die Zeit einmal bitte stoppen?

(Der Zeuge blättert in seinen Unterlagen)

Zeuge Dr. Christian Orth: Also, das zugrunde gelegene Geschäft 2018 betraf 17,7 Milliarden TPA mit den drei TPAs; davon waren aber nur - also wir haben mehr Volumen als risikobehaftetes Volumen - 3,5 Milliarden TPA-risikobehaftet. Das war der Anteil, der die Bemessungsgrundlage für die 1 Milliarde per 31.12.2018 dargestellt hat. Das Jahresvolumen war weit überwiegend begründet aus den Jahresabonnements. Das heißt, sage ich mal, die Merchants hatten hier Dauer-



Nur zur dienstlichen Verwendung

abos für Internetzugänge und Ähnliches als Geschäftsgrundlage, sodass Sie sich bitte nicht eine einmalige Transaktion dahinter vorstellen dürfen, Herr Hauer. Wenn es jetzt um, ich sage mal - - Kauf eines Produktes im Internet ist was anderes, als wenn ich ein Abonnement für die Nutzung einer Internetseite erwerbe. Das heißt, das Volumen war auch entsprechend höher.

Matthias Hauer (CDU/CSU): Wir haben schon gelernt, dass bei Erwachsenenunterhaltung da häufiger auch mal nicht so gerne gezahlt wird. - Mich würde noch mal interessieren, was Sie uns über den Fonds EMIF 1A sagen können.

Zeuge Dr. Christian Orth: Sehr gerne. - Der EMIF 1A ist im Rahmen meiner Befassung in die Diskussion gekommen, als wir die Singapur-Allegations hatten, auch vor dem Hintergrund, dass hier ja die Behauptung nach wie vor im Raum stand, dass hinter dem EMIF-1A-Fonds Mitarbeiter von Wirecard oder der Vorstand stehen könnten. Das war ja auch Untersuchungsgegenstand von „Project Ring“. Es ist interessant, dass weder seinerzeit im Kontext des „Project Ring“ und dem Abschluss des „Project Ring“, als mit der Neubefassung - - als durch Rajah & Tann hier die „ultimate beneficiaries“, also die Eigentümer, identifiziert werden konnten. Und auch Latham & Watkins hatte entsprechende Untersuchungen angestellt und konnte das auch nicht identifizieren. Auch die KPMG als Sonderuntersucher hat hier im letzten Geschäftsjahr der Wirecard dann auch noch mal entsprechende Untersuchungshandlungen durchgeführt, konnte aber ebenfalls hier den Eigentümer dieses EMIF-1A-Fonds nicht identifizieren.

Matthias Hauer (CDU/CSU): Könnten Sie uns was zu der Due Diligence von Baker Tilly sagen?

Zeuge Dr. Christian Orth: Da muss ich passen. Ich weiß aber, dass es hier wohl einen Bericht dazu gibt von Herrn Stahl. Es war auch - - Um den Kontext, Herr Hauer, komplett darzustellen: Es gab eine Vendor Due Diligence und eine Buy Side Due Diligence; denn der EMIF 1A ist ja im Prinzip dreimal verkauft worden. Es war so, dass zunächst dieser - - Pardon, ich korrigiere mich. Nicht der EMIF 1A wurde veräußert, sondern die

Hermes-Gesellschaft wurde ja veräußert, die Hermes-Gruppe, Great Indian Retail. Diese Gruppe wurde zunächst von zwei indischen Brüdern in der Majorität gehalten, die dann Minderheiten ausgekauft haben. Und diese Gruppe wurde dann verkauft an den EMIF 1A* zu einem deutlich höheren Preis von 340 Millionen Euro mit einer Earn-out-Klausel von 110 Millionen Euro. Insofern, sage ich mal, war hier natürlich die Frage: Wieso ist da plötzlich so eine Wertsteigerung drin? Und daher kam ja die Frage: Wer steckt eigentlich hinter dem EMIF 1A, wenn ich erst für 30 kaufe und nachher für 340 verkaufen kann? Wobei, wie gesagt, die 110 als Earn-out-Klausel noch nicht zu dem Zeitpunkt dann fällig war.

Matthias Hauer (CDU/CSU): Und wie haben Sie das erörtert?

Zeuge Dr. Christian Orth: Ich jetzt persönlich?

Matthias Hauer (CDU/CSU): Nee, nicht Sie persönlich. Sie, EY.

Zeuge Dr. Christian Orth: Das wurde - - Also, zunächst mal gab es ja die Reports - das ist das, was ich auch in den Arbeitspapieren gesehen habe -, die diskutiert wurden, und man hat auch entsprechend, sage ich mal, eigene Prüfungshandlungen durchgeführt. Wir haben auch unsere eigenen Unternehmensbewerter das noch mal rechnen lassen, ob, sage ich mal, dieser Kaufpreis angemessen ist. Im Bereich der Unternehmensbewertung gibt es ja nicht *den* Kaufpreis als Punktlandung, sondern immer Bandbreiten. Und die Kollegen aus diesem Bereich, die für die Kollegen in der Prüfung gearbeitet haben - nicht Prüfung und Beratung verwechseln, bitte - - Sondern unsere Transaktionsberatung hat den Prüfern noch mal hier das überprüft und hat gesagt, dass dieser Kaufpreis dann auf Basis der Daten, die dem Prüfungsteam und auch den Verträgen zugrunde gelegen haben, in einer angemessenen Bandbreite gelegen hätten.

Matthias Hauer (CDU/CSU): Ja, das ist ja erstaunlich. Wie war denn die Spannbreite? Von 30 Millionen bis 400 Millionen?



Nur zur dienstlichen Verwendung

Zeuge Dr. Christian Orth: Das müsste ich jetzt noch mal raussuchen. Also, die Zahl steht in den Arbeitspapieren drin.

Matthias Hauer (CDU/CSU): Das wäre nett, wenn Sie das raussuchen könnten. Vielleicht jetzt nicht sofort. Können wir gleich vielleicht, wenn wir noch mal eine Pause machen - - dass Sie das machen. - Ich übergebe jetzt für die letzten sechs Minuten an den Kollegen Dr. Michelbach und frage nachher weiter.

Dr. h. c. (Univ Kyiv) Hans Michelbach (CDU/CSU): Herr Orth, ich möchte noch mal auf die grundsätzliche Situation eingehen. Wir haben ja nach dem Debakel im Bereich der Prüfer- und Aufsichtssituation bei Wirecard ein neues Gesetz vorliegen, das wir beraten, das sogenannte FISG. Da fällt natürlich auch in Ihrem Fall auf diese Verflechtungen und Interessenskonflikte. Da werden wir sicher erhebliche Verschärfungen machen müssen. Können Sie sich nicht vorstellen, dass also eine Akquisition von Beratungsaufträgen von Prüfern ein Geschmäckchen hat? Können Sie sich das nicht vorstellen, selbst wenn Sie sagen, es sind kleine Beträge, nur paar Hunderttausend Euro?

Zeuge Dr. Christian Orth: Herr Abgeordneter, die Akquisition ist nicht aktiv getrieben worden nach meinem Kenntnisstand. Also, „aktiv“ heißt hier - so haben Sie jetzt gesagt -: Akquise. Es ist natürlich so, dass jeder Abschlussprüfer im Rahmen der Abschlussprüfung auch angesprochen wird, ob bestimmte Beratungsleistungen mit abgedeckt werden können. Das ist aber immer - aus meiner Erfahrung heraus - ein kleiner Anteil. Es ist ja auch im Ermessen des Beauftragenden, die Person auszuwählen, wer diesen Beratungsauftrag denn durchführt.

Dr. h. c. (Univ Kyiv) Hans Michelbach (CDU/CSU): Aber die Unabhängigkeit des Prüfers wird doch damit letzten Endes korrumpiert, oder nicht?

Zeuge Dr. Christian Orth: Herr Michelbach, ich bin vollends bei Ihnen. Das ist die Frage der Diskussion von Unabhängigkeit. Wie gesagt, die EU

hat hier, sage ich mal, Beratungsaufträge, Beratungsleistungen zugelassen, aber halt in der Höhe begrenzt. Es gibt dann in Artikel 5 die sogenannte Blacklist. Das sind bestimmte Beratungsleistungen, die nicht erbracht werden dürfen. Insofern hatten Sie ja - - Pardon.

Dr. h. c. (Univ Kyiv) Hans Michelbach (CDU/CSU): Haben diese Prüfer für die Aufträge Boni bekommen? - Ob die Boni bekommen haben.

Zeuge Dr. Christian Orth: Nein, nein. Pardon. Ich hatte ja eben erwähnt auf die Frage hin, ob hier ein Anreizsystem besteht, ein finanzielles oder sonstiges Anreizsystem: Unsere Abschlussprüfer werden nicht danach vergütet - - oder irgendwelche Bonisysteme ausgezahlt vor dem Hintergrund der Akquise von Beratungsleistungen im Kontext einer Abschlussprüfung. Das ist das - - Pardon, wenn ich das vorhin falsch oder nicht präzise genug dargestellt habe. Das ist dieses sogenannte Cross-Selling. Das gibt es nicht. Im Gegenteil, es ist bei uns untersagt.

Dr. h. c. (Univ Kyiv) Hans Michelbach (CDU/CSU): Ihr EY Global Chairman Di Sibio hat sich offensichtlich in der Lage gesehen, Aussagen zur Prüfung bei Wirecard öffentlich zu tätigen, was ja ein völlig unnormaler Fall ist. Bitte schildern Sie uns, ab wann internationale EY-Gremien oder EY-Partner in die Wirecard-Prüfung involviert waren und aus welchem Anlass dies geschah und wer in welcher Form genau involviert war.

Zeuge Dr. Christian Orth: Also, die Wirecard-Prüfung war ja eine Konzernprüfung. Und wir hatten auch weltweit EY-Prüfer hier im Einsatz. Insofern war von Anfang an und über die Jahre zurückliegend immer wieder auch, sage ich mal, aus dem Netzwerk heraus geprüft worden im Rahmen der Konzernabschlussprüfungen. Und das war die Einbindung, die auch bekannt ist und auch öffentlich gemacht wird dadurch, dass wir es ja im Prüfungsbericht darlegen.

Dr. h. c. (Univ Kyiv) Hans Michelbach (CDU/CSU): Wenn ich, Herr Orth, noch mal die Gesamtsituation mir anschau: Wie kann EY erklären, dass es einerseits hohe Zahlungsabflüsse an TPA-Partner und verbundene Gesellschaften gab,



Nur zur dienstlichen Verwendung

andererseits aber trotz vermeintlich hoher Gewinne, insbesondere bei diesem TPA-Geschäft, in hohem Maße Fremdkapital aufgenommen werden musste? Da ist doch der Vorwurf aus dem Zatarra-Bericht offensichtlich, dass es sich mehr um ein Schneeballsystem handelte. Hat EY das ignoriert? Hat es da kein Störgefühl gehabt, wenn man auf der einen Seite sagt: „hohe Gewinne“, aber immer neues Fremdkapital? Wenn ja: Haben Sie Gespräche mit Wirecard zu diesem Missverhältnis mal geführt? Wenn ja: Was war Gegenstand dieser Gespräche? Und wer war daran bei Wirecard beteiligt?

Zeuge Dr. Christian Orth: Also, Herr Abgeordneter Michelbach, ich habe derartige Gespräche nicht geführt, die einen solchen Gegenstand haben. Zumindest kann ich mich wahrhaft nicht daran erinnern. Es ist mir aber auch nicht bewusst, ob Kolleginnen und Kollegen solche Gespräche geführt haben. Ich habe so was auch nicht in den von mir eingesehenen Arbeitspapieren in irgendeiner Form bisher gesehen. Insofern - -

Dr. h. c. (Univ Kyiv) Hans Michelbach (CDU/CSU): Und die Logik, die ich daraus erkannt habe, die teilen Sie schon? Immer neues Fremdkapital, obwohl Gewinne ausgewiesen werden; die Banken haben natürlich geliefert, auch mit Ihrem Testat Kredite gemacht.

Zeuge Dr. Christian Orth: Die Frage ist natürlich, sage ich mal, im Geschäftsbericht wurde ja verdeutlicht, dass hier 2 Milliarden Cash sein sollen respektive im letzten geprüften Abschluss 1 Milliarde Cash. Das ist, sage ich mal, sicherlich etwas, was dann auch die Liquidität darstellt. Aber die Finanzierung, wie finanziert wird, wo geleveragt wird, welche steuerlichen Vorteile genutzt werden, ist sicherlich auch ein Thema, was im Bereich der Treasury liegt. Und meines Wissens hatte die Wirecard einen Treasurer, der diesen Bereich abgedeckt hat. Aber was da konkret Auslöser und Gründe für eine solche Form der Finanzierung waren, entzieht sich mir.

Dr. h. c. (Univ Kyiv) Hans Michelbach (CDU/CSU): Gut, Sie haben grundsätzlich natürlich die

1 Milliarde geglaubt, obwohl die Wirtschaftsprüferfestlegungen sind, dass man die grundsätzlich sich bestätigen lassen muss. Das ist nicht geschehen. Auf der anderen Seite hat aber jetzt ein Konsortialkreditvolumen von 1,75 Milliarden bestanden. Also, da hätte doch der Prüfer sagen müssen: Warum leihen sie so viel neues Geld? Da ist das Geld zweifellos nicht da oder nicht bestätigt. Also, das ist doch alles, würde man sagen, unglaublich oder nicht nachvollziehbar.

Zeuge Dr. Christian Orth: Also, die Treuhandkonten sollten ja zur sofortigen Cash-Bedienung dienen, das heißt, die Liquidität garantieren. Das ist nachvollziehbar, dass ich das frei verfügbar haben muss. Und wenn ich dann, sage ich mal, zusätzliche Mittel haben muss, die ich fremdfinanzieren, wäre das zumindest mal im ersten Schritt keine Unplausibilität. Wie gesagt, die Sicherungsgelder - immer unter dem Hinweis, dass es so erklärt wurde - waren ja dazu da, bei Adressausfallrisiken sofort die zugrundeliegenden Grundgeschäfte begleichen zu können, damit die Zahlungsflüsse hier nicht gestört werden. Das war die Frage von eben. Ich brauche, sage ich mal - - Das Grundgeschäft war ja 100 und nicht die 33 von 10, von der Provision. Das heißt, ich brauche ein Vielfaches an Sicherheiten aus vielen Geschäften, um ein Grundgeschäft von 100 absichern zu können.

Vorsitzender Kay Gottschalk: Vielen Dank. - Ja, ich biege jetzt sozusagen auf die vorletzte Straße, bevor ich ganz zum Kern komme, weil ich denke, wir reden alle ein bisschen - - Wir haben es auch erfasst hier. Aber wo könnte aus meiner Sicht, vielleicht auch der Sicht nachher aller anderen, die das klären, die Verantwortlichkeit von EY liegen? Ich habe mir also wirklich für heute sehr, sehr viele Gedanken gemacht, gelesen und bin jetzt fast Wirtschaftsprüfer in Erfahrung geworden. Und wenn ich mich jetzt wirklich dem Themenkreis mit Ihnen nähere, wo ich einfach persönlich denke, da liegt das Versäumnis, vielleicht auch die Schuld, vielleicht sogar, wenn ich den Zeitablauf dann nachher sehe - das versuche ich, nachher zu lüften vielleicht - - Ob nun Fahrlässigkeit, Vorsatz, das mögen dann anderen entscheiden. Aber das TPA-Geschäft ist Kern und



Nur zur dienstlichen Verwendung

Schlüssel - da stimmen Sie mit mir überein? - für diesen großen Bilanzskandal?

Zeuge Dr. Christian Orth: Ja.

Vorsitzender Kay Gottschalk: Gut. - Dann möchte ich jetzt konkret wissen. Vor Einrichtung der Treuhandkonten gab es Forderungen gegenüber den TPA-Partnern in beträchtlicher Höhe. Wurden Einzelwertberichtigungen - ich hatte das vorhin alles schon mal angedeutet; Taschenspielertricks; also, ich versuche, mich dem jetzt peu à peu zu nähern, dem eigentlichen Punkt - für diese Forderungen vorgenommen? Und wie wurde die Notwendigkeit solcher Wertberichtigungen geprüft bzw. bewertet?

Zeuge Dr. Christian Orth: Sofern Einzelwertberichtigungen stattgefunden haben, wurden die nach den entsprechenden Regeln vorgenommen. Da bin ich, ohne es zu wissen, aber von überzeugt, weil - -

Vorsitzender Kay Gottschalk: Okay. Das ist jetzt fast so wie mit den Treuhandkonten, könnte ich jetzt sagen. Ohne es zu wissen: Wir sagen, das Geld ist da, und dann war es doch nicht da. Also, wissen Sie es, oder wissen Sie es nicht? Sie müssen ja nach Kenntnis hier sagen. Also, ist Ihnen bekannt - -

Zeuge Dr. Christian Orth: Nach Kenntnis: Ich meine, gehört zu haben, es gab Einzelwertberichtigungen in Vorjahren. Aber da ich, wie gesagt, nicht selber - - Das nicht der Zeitraum meiner Beschäftigung mit Wirecard. Ich meine, es gab welche.

Vorsitzender Kay Gottschalk: Aber ich gehe jetzt mal davon aus - und das habe ich jetzt wirklich, ohne dass man jetzt sagt, das sagt der vielleicht ironisch - - Nee, ich meine ehrlich, ich glaube, wir alle - das sage ich auch an Ihrem Rechtsbeistand -, wir wollen das aufklären. Ich bedanke mich da auch bei allen, wie die sich beteiligen. Und dann gehe ich ein bisschen davon aus, dass Sie die vielen Unterlagen von EY nutzen, die jetzt hier sind. Und ich denke, das müssen Sie jetzt nicht zugeben oder auch nicht, dass auch Sie wissen im Inneren, diese Treuhandkonten

sind der Punkt, an dem es auch vielleicht für EY am Ende des Tages zu der Frage kommt: Wer trägt hier eigentlich die Verantwortung? Ich möchte natürlich belegen, dass Sie da die Verantwortung tragen. Deshalb also da noch mal die Frage: Wurde denn die Einrichtung der Treuhandkonten mit EY abgestimmt, also genau abgestimmt? Hat EY in diesem Zusammenhang beraten? Und wenn ja, in welcher Form?

Zeuge Dr. Christian Orth: Also, an dieser Stelle wiederhole ich die Aussage von eben: Ich habe diese Frage gestellt. Herr Dahmen hat mir gesagt, er hätte diese Frage nicht beantworten können, er hätte sie aber auch nicht beraten. Und es ist auch nach Rücksprache mit den seinerzeit mandatsverantwortlichen Partnern die Aussage gekommen, beraten hätten sie nicht, es sei aber sicherlich Gegenstand der Prüfungshandlungen gewesen, und zwar in der Form, wie ich es eben dargestellt habe, dass man natürlich die Wechselwirkung dann auch auf die Bilanzierung und die zu testierenden Abschlüsse dann diskutiert hat. Insofern - ich möchte das einfach nur - - Nicht dass nachher gesagt wird, ich hätte gesagt, es wäre nicht besprochen oder beraten. Beratung im Sinne „gefordert“, das ist was anderes als „Man hat es besprochen, welche Rückwirkung es auf die Rechnungslegung hat und ob der Prüfer das dann auch testieren darf“.

Vorsitzender Kay Gottschalk: Dann mache ich es konkreter: Welche Unterlagen hat EY denn im Hinblick auf den Nachweis und die Werthaltigkeit der Forderung - ich reite Ihnen jetzt erst mal auf den Forderungen - - Ich hatte ja gesagt, dieser geniale Taschenspielertrick, ich nenne es mal so, aus Forderungen mittels Treuhandkonten und alles, was dazu ist - da hat Herr Steinhoff auch gestern einiges, in der Nacht leider - - Und ich fand, das war im Nachgang heute Morgen - - das fiel schwer. Ganz wesentliche Bemerkungen, die Herr Steinhoff gemacht hat, dem da irgendwie auffiel, da fehlt einiges, um es dann so zu bewerten. Und jetzt mache ich es noch deutlicher: Warum hat EY nicht das gesehen, was Herr Steinhoff offensichtlich gesehen hat, was da fehlte? Also, welche Unterlagen - das ist jetzt der vorletzte Schritt sozusagen - hat EY denn im Hinblick auf



Nur zur dienstlichen Verwendung

den Nachweis und die Werthaltigkeit von Forderungen in den einzelnen Jahren angefordert, also insbesondere die betreffenden Forderungen gegenüber den TPA-Partnern? Und waren Qualität und Quantität der erhaltenen Dokumente für EY zufriedenstellend aus Ihrer Sicht? Wurden angeforderte Nachweise immer zeitnah und vollständig geliefert? Gab es Situationen, in denen angeforderte Unterlagen nicht geliefert worden sind? Das ist jetzt ja quasi die vorletzte Stufe, bevor ich dann zum eigentlichen Punkt des Jahres 2016 komme.

Zeuge Dr. Christian Orth: Also, Ihre letzte Frage kann ich konkret nicht beantworten, ob in Bezug auf die Forderungen alle Unterlagen geliefert wurden oder zeitgerecht. Wie gesagt - -

Vorsitzender Kay Gottschalk: Halten Sie das für wichtig?

Zeuge Dr. Christian Orth: Also, sie müssen geliefert worden - -

Vorsitzender Kay Gottschalk: Sie sind ja jetzt mein Professional Practice Director. Und wenn ich den jetzt frage: „Ist das wichtig, dass ich die Werthaltigkeit, den Bestand zeitnah von diesen Forderungen eines rasant steigenden Anstiegs von Treuhandguthaben prüfe - -

Zeuge Dr. Christian Orth: Ja.

Vorsitzender Kay Gottschalk: Weil die Forderungen sind ja - ich glaube, das ist klar, da stimmen wir überein - sozusagen das Fundament dieses Riesenbetruges, dem wir hier alle aufgesessen sind.

Zeuge Dr. Christian Orth: Also, die Forderungen müssen geprüft werden, richtig.

Vorsitzender Kay Gottschalk: Die müssen geprüft werden. Aber Ihnen ist jetzt nicht bekannt - - Wer wüsste das in Ihrem Unternehmen, ob diese Forderungen von 2016, 2017, 2018 denn auch werthaltig, so wie ich es gefragt habe, geprüft worden sind?

Zeuge Dr. Christian Orth: Also, die Prüfer selbst, die es geprüft haben, und der Blick in die Arbeitspapiere.

Vorsitzender Kay Gottschalk: Okay. Das heißt, wenn mir der Blick in die Arbeitspapiere offenbaren würde, dass Ihre Partner, Ihre Prüfer eigentlich den Punkt erkannt haben, aber diese unzulänglich geprüft haben, obwohl sie es erkannt haben, dann hätte EY ein Problem.

Zeuge Dr. Christian Orth: Ich habe nicht die Informationen, die Sie haben; insofern weiß ich nicht, was die Unzulänglichkeit der Prüfung - -

Vorsitzender Kay Gottschalk: Da komme ich ja gleich noch zu. Ich mache ja hier so einen Dreiteiler, weil ich habe ja auch nur knappe Zeit.

Zeuge Dr. Christian Orth: Okay, gut. Also, ich bitte um Nachsicht, das kann ich nicht beantworten.

Vorsitzender Kay Gottschalk: Also, letzte Frage: Ist Ihnen bekannt - - Bevor ich dann zum Jahr 2016 in der nächsten Runde komme: Ist es zutreffend, dass die Einführung dann - also, ganz explizit noch mal auch für das Protokoll - der Treuhandkonten der Wirecard auf Vorschlag von EY erfolgte? Und sollte damit die Prüfung von Einzelwertberichtigungen umgangen werden?

Zeuge Dr. Christian Orth: Also, einen Umgehungstatbestand, sage ich mal, durch Anlage, wie Sie ihn gefragt haben, ist mir nicht bekannt. Wie gesagt, auf meine Rückfrage hin habe ich auch entsprechende Informationen erhalten.

Vorsitzender Kay Gottschalk: Ergäbe es sich in der logischen Chronologie dessen, was wir jetzt bei den Prüfunterlagen vorfinden, dann - würden Sie mir zustimmen? - wäre das ein veritables Problem für EY?

Zeuge Dr. Christian Orth: Dazu müsste ich mir das - -

Vorsitzender Kay Gottschalk: Nein, das ist jetzt einfach - -



Nur zur dienstlichen Verwendung

Zeuge Dr. Christian Orth: Pardon, das ist insofern hypothetisch, ich habe die Arbeitspapiere diesbezüglich nicht - -

Vorsitzender Kay Gottschalk: Nein, ich würde natürlich nicht so fragen, wenn es vielleicht hypothetisch wäre.

Zeuge Dr. Christian Orth: Nein, ich müsste mir die Unterlagen noch mal angucken.

Vorsitzender Kay Gottschalk: Okay, alles klar. - Gut, dann ist meine Zeit rum. - Und dann geht es weiter mit der Kollegin Kiziltepe für die SPD-Fraktion.

Cansel Kiziltepe (SPD): Vielen Dank, Herr Vorsitzender. - Herr Dr. Orth, schön, Sie hier zu sehen. - Ich möchte noch mal zurückkommen auf die Beraterverträge. Sie haben gesagt, Cross-Selling ist bei Ihnen untersagt.

Zeuge Dr. Christian Orth: Darf ich das als Zielvereinbarung - -

Cansel Kiziltepe (SPD): Als Zielvereinbarung ist es in den Vergütungsstrukturen bei Ihnen nicht wiedergegeben etc.

Zeuge Dr. Christian Orth: Für die Abschlussprüfer, genau.

Cansel Kiziltepe (SPD): Okay. - Aus den Unterlagen geht - mein Kollege Jens Zimmermann hatte das schon angesprochen - hervor, dass hier diverse Pre-Approvals gemacht worden sind, aber auch Beraterverträge abgeschlossen wurden sowohl mit Herrn Loetscher als auch mit Herrn Dahmen. Sie haben gesagt, Sie hätten das auch überprüft in Vorbereitung auf die Sitzung heute. Können Sie uns mal bitte sagen: Wie viele gab es denn?

Zeuge Dr. Christian Orth: Also, ich habe die Zusammenstellung mit den Gesamtbeträgen. Denen liegen aber natürlich unsere Rechnungslegungssysteme zugrunde. Frau Kiziltepe, ich bin sicher, wir können Ihnen das zusammentragen.

Cansel Kiziltepe (SPD): Das wäre sehr freundlich, ja.

Zeuge Dr. Christian Orth: Ja, okay. - Also, ich habe, wie gesagt, nur die Übersicht. Aber das ist ja in unserem System, weil wir haben ja auch Rechnungslegungsprüfer, die das sehen wollen.

Cansel Kiziltepe (SPD): Danke.

Zeuge Dr. Christian Orth: Ich notiere das, sehr gerne.

Cansel Kiziltepe (SPD): Danke schön. - Dann liegt uns eine E-Mail vor - -

(Der Zeuge berät sich mit seinem Rechtsbeistand)

Zeuge Dr. Christian Orth: Ach so. - Pardon, mein Zeugenbeistand sagt gerade, Frau Kiziltepe, wir würden das dem Ausschussvorsitzenden zukommen lassen.

Cansel Kiziltepe (SPD): Genau, das wird dann weitergeleitet; super. - - eine E-Mail vor. Diese E-Mail ist von Herrn Fichtelberger an Herrn Ley. Und in dieser E-Mail wird gesprochen - - Also, Herr Fichtelberger geht aktiv auf Herrn Ley zu. Und in dieser E-Mail wird gesprochen von einem EY-Transformationsprojekt. Ich zitiere aus dieser E-Mail vom 1. Februar 2018. Dort steht drin:

Eine sechsköpfige Gruppe, EY-Seniormanager aus Deutschland, Bahrain, Italien, Frankreich und Südafrika, wurde gebeten, sich EMEA-weit mit dem Thema Transformation eines Prüfungsmandats in einem Beratungsmandat näher zu beschäftigen. Für Mandate, bei denen eine Pflichtrotation ansteht, ist zu hinterfragen, wie man die Mandanten am besten weiter betreuen kann im Sinne einer Win-Win-Situation ..., sollte die Erfahrung, das Wissen des Prüfungsteams über das Unternehmen und das Beratungs-Know-how von EY genutzt werden, um den Mandanten nach der



Nur zur dienstlichen Verwendung

Zeit als Abschlussprüfer als Berater im Finanzbereich weiter bei Finanzprojekten zu unterstützen. (?)

Diese Strategie, die dort vorgetragen wird, zeigt ja, dass auf lange Sicht eben auch eher Geld mit Beraterverträgen zu verdienen ist, aber auch aus meiner Sicht die Unabhängigkeit klar einschränkt in diesem Fall. Wir sprechen ja hier auch schon seit Wochen von der kritischen Grundhaltung. Ich wollte Sie einfach mal fragen, ob so ein Transformationsprojekt diese kritische Grundhaltung nicht konterkariert oder sogar ein erteiltes Testat mit einem millionenschweren Auftrag aufwiegt.

(Dem Zeugen werden
Unterlagen vorgelegt - Der
Zeuge und sein Rechts-
beistand nehmen Einblick)

Zeuge Dr. Christian Orth: Frau Kiziltepe, zunächst: Also, die E-Mail ist mir jetzt vorgelegt worden. Ich kannte sie bisher nicht. - Pardon?

(Dr. Jens Zimmermann
(SPD): Wir können die Zeit
stoppen, dann können Sie
es lesen!)

- Nein, das ist okay. Ich habe das überflogen. - Weil die Frage ging ja in Richtung Transformation. Es ist so, dass aufgrund der Rotationsvorschriften in dem PIE-Bereich wir ja Cooling-in- und Cooling-off-Phasen haben und insofern diese Mandate auch im Interesse der Mandanten geplant werden müssen.

Cansel Kiziltepe (SPD): Wann war denn das Ende - -

Zeuge Dr. Christian Orth: Das müsste - - Deswegen habe ich auf das Datum geguckt. Der 1. Februar 2018. War es nicht so, dass die Ausschreibung für die 19er-Prüfung in 2018 erfolgt ist? Korrigieren Sie mich bitte. - Nein, ich glaube, so war es.

Cansel Kiziltepe (SPD): Aber das Mandat ging ja dann weiter oder nicht?

Zeuge Dr. Christian Orth: Entschuldigung?

Cansel Kiziltepe (SPD): Das Prüfmandat ging ja dann weiter.

Zeuge Dr. Christian Orth: Ja, das war aber nur, weil man uns auch gewählt hat im Rahmen der Hauptversammlung.

Cansel Kiziltepe (SPD): Also, man hat vorsorglich hier dieses Transformationsprojekt angestoßen.

Zeuge Dr. Christian Orth: Die Transformation eines PIE-Mandates ist vor dem Hintergrund von Cooling-in und Cooling-off - - Pardon, ich bitte um Nachsicht. Wenn der Mandant uns für 2019 nicht bestellt hätte, also weiter bestellt hätte, und wir in dem Channel-1-Bereich - -

Cansel Kiziltepe (SPD): Stand das überhaupt infrage? Weil ich hatte Herrn Eichelmann gestern auch so verstanden, dass er gesagt hat, EY sollte eh - - also das Mandat sollte eh gewechselt werden. War das in der Diskussion intern?

Zeuge Dr. Christian Orth: Das war 19. Herr Eichelmann kam ja erst für die 20er-Prüfung.*

Cansel Kiziltepe (SPD): Ja, dann war das 2019, genau. Aber es kann ja vielleicht eine Diskussion schon im Vorfeld gegeben haben, auch 18.

Zeuge Dr. Christian Orth: Also, die 19er-Prüfung, die in 18 ausgeschrieben wurde, ist, sage ich mal, nach Artikel 16 der EU-Abschlussprüferverordnung - - Da gibt es einen Ausschreibungsprozess. Das ist genau definiert, wie auszuschreiben ist. Das hat die Gesellschaft getan. Es haben meines Wissens alle großen Gesellschaften plus zwei große mittelständische Gesellschaften sich um das Mandat beworben. Insofern war für uns zu dem Zeitpunkt auch nicht, sage ich mal, bewusst, nicht bekannt, ob wir als Abschlussprüfer weiter bestellt werden. Und es ist dann so, dass, wenn Sie rausrotieren als Abschlussprüfer, wir natürlich auch gerne weiterhin mit dem Mandanten zusammenarbeiten. Das ist, sage ich mal, jetzt nicht verwerflich. Aber das Entscheidende ist, es gibt sogenannte Cooling-off-Phasen. Das heißt,



Nur zur dienstlichen Verwendung

bestimmte Tätigkeiten dürfen dann nicht durchgeführt werden.

Andersherum ist es so: Wenn der Mandant möchte, dass bestimmte Projekte durchgeführt werden und in 18 für 19 beauftragt werden, wir dann aber als Abschlussprüfer wiederbestellt würden, was wir jetzt auch in diesem Fall wurden, dann würde hier diese Beratungsleistung - und das hatten Sie ja angesprochen - eventuell unzulässig sein. Das heißt, dieser Prozess muss sauber aufgesetzt sein und ist eigentlich auch in allen Häusern, Wirtschaftsprüferpraxen Teil der Qualitätssicherung, dass da halt nichts passiert.

Cansel Kiziltepe (SPD): Okay. - Aber halten Sie es dann für richtig, dass Herr Fichtelberger, der ja seit 2008 im Prüfungsteam ist, soweit ich weiß, aktiv dieses Transformationsprojekt angeht, anstößt praktisch? Hätte nicht EY Stuttgart jemand anderes schicken können? Er will ja dann auch dabei sein, in diesen Gesprächen, steht in dieser E-Mail dazu.

Zeuge Dr. Christian Orth: Frau Kiziltepe, er ist Teil des Prüfungsteams gewesen, was aber die einzelnen, sage ich mal - - Was die Ausgangslage war für die Bearbeitung als Channel-2-Mandat, bin ich nicht involviert, weil das in den einzelnen Märkten - und ich korrigiere Sie wirklich nur ungern - - Das würde jetzt nicht Stuttgart machen. Weil das Mandat in Aschheim ist, wäre das über Bayern, über München. Pardon.

Cansel Kiziltepe (SPD): Dann wollte noch mal wissen: Haben die Honorare von Wirecard eigentlich ausgereicht, um die Kosten der Prüfung zu decken?

Zeuge Dr. Christian Orth: Die Antwort ist jJa*. Es waren marktübliche Preise.

Cansel Kiziltepe (SPD): Und bei den steigenden Allegations, also Vorwürfe kommen immer mehr, hat es dann ausgereicht auch für - -

Zeuge Dr. Christian Orth: Da war es sogar so, dass über das Stundenvolumen auch die Abschlussprüfungshonorare deutlich gestiegen sind.

Cansel Kiziltepe (SPD): Das wurde dann auch erhöht. Also, Wirecard hat nicht gesagt: Nein, wir haben nur ein Budget von soundso viel, und das muss alles pauschal - weil Wirecard hat sehr gerne pauschal gearbeitet, auch mit Rechtsanwaltskanzleien zum Beispiel.

Zeuge Dr. Christian Orth: Also, das weiß ich jetzt nicht. Ich kann Ihnen aber sagen, dass alle unsere Verträge Öffnungsklauseln haben. Das ist auch berufsrechtlich erforderlich, damit wir genau dieser Gefahr, dass wir jetzt weniger prüfen, weil das Honorar aufgebraucht ist für die Prüfung - - dass das nicht passiert.

Cansel Kiziltepe (SPD): Also, es war immer so, wenn EY sich gedacht hat: „Hier müssten wir eigentlich stärker reingehen, das würde aber mehr Personal erfordern, mehr Kosten erfordern, und wir fragen jetzt mal die Führung hier, ob sie das auch leisten“ - - Gab es Momente, wo gesagt wurde: „Nee, wir können jetzt nicht mehr Geld dafür aufbringen“ und Sie dann Prüfungen zurückgestellt haben, die notwendig gewesen wären?

Zeuge Dr. Christian Orth: Also, diese Situation ist mir nicht bekannt. Mir ist die gegenteilige Situation bekannt. Auch Herr Eichelmann hat gesagt, es wird geprüft, bis fertig ist. Insofern: Ich habe zur Zeit meiner Befassung weder vom Prüfungsteam noch in irgendwelchen E-Mails noch in irgendwelchen Gesprächen Restriktionen wahrgenommen. Das kann ich, wie gesagt, für den Zeitraum meiner eigenen Wahrnehmung - - Ich kann aber auch sagen, dass mich das überraschen würde, wenn hier solche - - Es gibt - - Unsere Engagement Letters, unsere Auftragsschreiben, sehen diese Öffnungsklausel vor. Also, insofern: Das spricht eigentlich dagegen, Frau Kiziltepe.

Cansel Kiziltepe (SPD): Dann haben Sie in Ihrem Eingangsstatement gesagt, Sie hätten sich auf die Analysten verlassen. Wir hatten gestern hier eine Analystin, die Heike Pauls. Und sie hat gesagt: Wir haben uns auf die uneingeschränkten Testate über zehn Jahre uneingeschränkt - uneingeschränkt - verlassen. Wir hatten auch andere Zeu-



Nur zur dienstlichen Verwendung

gen hier - von der Deutschen Börse, von der Handelsaufsicht, also diverse Zeugen -, die gesagt haben: Wir haben uns auf die Testate verlassen. Das ist *das* Qualitätssiegel auf den Finanzmärkten. Alle schauen darauf, und alle verlassen sich darauf. Auch Anlegerinnen und Anleger verlassen sich darauf, die jetzt befürchten müssen, aufgrund fehlender Dritthaftung hier nicht berücksichtigt zu werden. Und jetzt kommen Sie heute Morgen und sagen, Sie haben sich auf die Analysten verlassen. Irgendwas stimmt da nicht, oder?

Zeuge Dr. Christian Orth: Dann müsste ich das, wenn das so verstanden wurde - - Ich möchte sämtliche Irrtümer aus dem Weg räumen. Ich habe gesagt, das Prüfungsumfeld stellte sich so dar, dass Banken, Analysten - ich glaube, ich habe gesagt: Banken und Ratingagenturen - im Prinzip - -

(RA Prof. Dr. Björn Gercke:
Behörden!)

- Ja, Behörden auch. - Aber zunächst mal: Die drei haben ja deutlich, sage ich mal - - waren weit überwiegend positiv. Ich habe auch gesehen, dass auch, sage ich mal, das Prüfungsteam diese Dinge gesichtet hat, das heißt, auch hier geguckt hat: Gibt es irgendwo auch negative Berichterstattung, und ist dem auch nachgegangen? Das heißt auch hier: Es gab auch wenige, die negative Berichterstattung hatten. Man hat sich das angeschaut. Also, in Summe ist das immer ein Gesamtbild.

Cansel Kiziltepe (SPD): Aber, Herr Orth, Sie sind der Abschlussprüfer. Sie haben den tiefsten Einblick in dieses Unternehmen. Sie kennen dieses Unternehmen seit über zehn Jahren. Also, wer, wenn nicht Sie, soll eigentlich sehen können, dass da was schief läuft? Und übrigens ist die Wirtschaftsprüfung ein öffentlicher Auftrag, -

Zeuge Dr. Christian Orth: Ja, das weiß ich.

Cansel Kiziltepe (SPD): - historisch entstanden nach der -

Zeuge Dr. Christian Orth: 33.

Cansel Kiziltepe (SPD): - Weltwirtschaftskrise 29 usw. usf., -

Zeuge Dr. Christian Orth: Ja, ja.

Cansel Kiziltepe (SPD): - also ein öffentlicher Auftrag, und dann funktioniert das eben nicht. Dann kommt KPMG - Herr Geschonneck sitzt hier - und sagt, es bedurfte überhaupt keiner Forensik dafür; es wäre ganz einfach gewesen. Es gibt diese Auseinandersetzung im Rahmen der Sonderprüfung; die Protokolle geben das alles her. Dann sagt Herr Eichelmann, der Aufsichtsratsvorsitzender und Prüfungsausschussvorsitzender hier ist: KPMG ist halt konsequent vorgegangen; war bei EY nicht so. - Und Sie sagen, Sie haben das nicht gesehen, und stellen sich auf einen Standpunkt: Die Prüfungsstandards vom IDW haben anderes nicht erfordert, war halt so, in Zukunft wird sich das ändern, weil die Prüfungsstandards angepasst wurden.

Also - kritische Grundhaltung -, wenn ich merke, hier gibt es Vorwürfe - es geht um diese Treuhandkonten 2018; diese Konten gibt es ja seit 2015, nicht 2018 oder 19, sondern es gibt sie seit 2015, und seit 2015 gibt es auch diese Vorwürfe -, dass ich dann mal 2018 auf die Idee als Abschlussprüfer komme oder 2019 auf die Idee komme: Mann, ich lasse mir doch mal - - Es ist zwar nicht unbedingt vielleicht vorgeschrieben, obligatorisch, aber ich mache das jetzt einfach mal.

Zeuge Dr. Christian Orth: Also, Frau Kiziltepe, Ihre Frage jetzt noch mal zum Umfeld - da sind wir ja gestartet mit Ihrer Frage -: Der Punkt - -

Cansel Kiziltepe (SPD): Meine Frage ist: Was wäre passiert, wenn Sie 2019 Ihre Haltung geändert hätten? Wenn Sie gesagt hätten: „Ich habe ein schlechtes Gefühl; ich hole mir jetzt von der Bank diese Bestätigung und nicht von dem Treuhänder“, was für Konsequenzen hätte das auch für die Testate in den vorangegangenen Jahren?

Zeuge Dr. Christian Orth: Also, das ist ja erst mal, würde ich sagen, eine hypothetische Fragestellung, weil wir wissen nicht, was dann gewesen wäre. Aber - wir denken das jetzt mal zu



Nur zur dienstlichen Verwendung

Ende - was wir gesehen haben, ist eine Gesellschaft, die uns mit massiver krimineller Energie Originalbankbestätigungen auf den Philippinen besorgt hat über 2 Milliarden Euro, Entschuldigung: 1,9.

Cansel Kiziltepe (SPD): Also, ich habe von dem Treuhänder die Bestätigung hier in der Geheimschutzstelle gesehen. Da ist ein halbes Foto drauf. Das Datum, der Ort und die Unterschrift sind nicht zu sehen.

Zeuge Dr. Christian Orth: Pardon. Also, wir haben Originalbankbestätigungen von beiden Banken. Das haben uns ja auch die Banken bestätigt, dass uns Bankbestätigungen von der Bank vorliegen, die gefälscht und manipuliert waren.

Vorsitzender Kay Gottschalk: Bitte auf die Zeit achten.

Zeuge Dr. Christian Orth: Pardon, Entschuldigung?

Vorsitzender Kay Gottschalk: Nee, nee, das war nur für Frau Kiziltepe.

Cansel Kiziltepe (SPD): Das war die Bestätigung des Treuhänders 2017/18, die irgendwie so zusammengeklatscht - -

Vorsitzender Kay Gottschalk: Frau Kiziltepe?

Cansel Kiziltepe (SPD): Ja, in der nächsten Runde dann. - Danke schön, Herr Orth.

Zeuge Dr. Christian Orth: Danke.

Vorsitzender Kay Gottschalk: Okay. - Dann geht es weiter mit Dr. Toncar für die FDP-Fraktion.

Dr. Florian Toncar (FDP): Vielen Dank. - Herr Orth, Sie kennen sicher sehr gut die Verlautbarung des IDW aus August 2020 zum - - Kennen Sie, ne? Da haben wir auch schon ein bisschen drüber gesprochen. Ich will nur darauf hinweisen, dass die Bundesregierung mir geantwortet hat auf Drucksache 19/27073, dass die APAS die Ausführungen des IDW zu der IDW PS 302 teilt

und auch für sachgerecht hält. Ist EY der Auffassung, dass das Prüfverhalten rund um die Treuhandkonten im Einklang mit dieser IDW-Verlautbarung steht, oder stehen Sie auf dem Standpunkt, dass das eine falsche Rechtsauffassung ist, die das IDW da publiziert hat?

Zeuge Dr. Christian Orth: Also, zunächst ist es keine Rechtsauffassung. Es ist auch keine Verlautbarung, die durch die Gremien gegangen ist. Es ist genau genommen gar nicht mal eine Verlautbarung, sondern etwas, was die Geschäfts-

Dr. Florian Toncar (FDP): Ein Papier, okay.

Zeuge Dr. Christian Orth: Nee, es ist etwas, was die Geschäftsstelle ins Internet gestellt hat auf Anfrage eines Mitglieds; so wurde mir berichtet. Wenn das nicht der Fall ist, bitte ich, dann seitens des IDW das richtigzustellen, wenn die Aussage jetzt hier - - also, wenn mein Kenntnisstand ein anderer ist.

Dr. Florian Toncar (FDP): Okay.

Zeuge Dr. Christian Orth: Der entscheidende Punkt ist, dass zu den Zeitpunkten der Abschlussprüfungen diese Verlautbarung oder dieses Papier oder dieses Statement nicht draußen war, sondern es wird immer noch diskutiert. Und da ist ja auch die Geschäftsstelle an der Stelle, weil jetzt der Prüfungsstandard durch die Gremien geht und hier durch die entsprechenden, sage ich mal, Diskussionsstufen. Das ist ein sogenannter Due Process bei der Standardsetzung. Und da wird das gerade diskutiert. Und ich hatte eingangs - -

Dr. Florian Toncar (FDP): Ja, aber - -

Zeuge Dr. Christian Orth: Pardon, wenn ich das doch dann wiederhole, Herr Dr. Toncar, dass die, sage ich mal, Praxis auch zeigt, dass hier nicht immer Bankbestätigungen von, sage ich mal, Treuhandbanken eingefordert werden. Das ist nicht die Praxis gewesen.

Dr. Florian Toncar (FDP): Also, mal dahingestellt, ob das beim IDW den internen Prozessen entsprach; das ist für mich gar nicht so relevant.



Nur zur dienstlichen Verwendung

Die APAS jedenfalls hält den Inhalt sozusagen für sachgerecht - so schreibt die Bundesregierung - und damit ja letzten Endes noch eine, sagen wir mal, öffentliche Behörde. Aber das Papier, dem die APAS inhaltlich zustimmt, beschäftigt sich mit einem unveränderten Prüfungsstandard und dessen Handhabung und Anwendung. Es ist ja kein neues Recht oder ein neuer Standard, sondern es ist eigentlich Auslegung von 302, dem unveränderten 302.

Zeuge Dr. Christian Orth: Sie sprechen genau das Thema an. Die Frage ist: Wie habe ich den 302 auszulegen?

Dr. Florian Toncar (FDP): Genau.

Zeuge Dr. Christian Orth: Und, wie gesagt, wenn Sie ihn nach dem Wortlaut auslegen, steht hier: „Geschäftsbeziehung zwischen Mandant und Kreditinstitut“, Textziffer 20.

Dr. Florian Toncar (FDP): Ja, ja. Aber das Papier schreibt - - Aus der Formulierung „Bankbestätigungen sind für alle Arten der geschäftlichen Beziehung und des Unternehmens mit Kreditinstituten einzuholen“ ist nicht ableitbar, dass diese Geschäftsbeziehung zwingend unmittelbar zwischen dem zu prüfenden Unternehmen und dem Kreditinstitut bestehen muss.

Also, genau das ist ja jetzt - -

Zeuge Dr. Christian Orth: Sie sind jetzt - - Aber das war jetzt das IDW-Schreiben?

Dr. Florian Toncar (FDP): Ja, das IDW-Papier vom August 2020, das die APAS sich inhaltlich zu eigen macht. Da steht genau das drin, was Sie jetzt nicht vertreten.

Zeuge Dr. Christian Orth: Könnten Sie ganz ans Ende bitte gehen? Herr Toncar, ganz am Ende sind zwei Absätze; die sind auch noch mal ganz wichtig in Bezug auf Treuhandkonten.

Dr. Florian Toncar (FDP): Da steht natürlich eine ganze Menge drin.

Zeuge Dr. Christian Orth: Also, wir können gerne mal - -

Dr. Florian Toncar (FDP): Also, Sie sind der Meinung, dass das Prüfverhalten auch mit dem Papier des IDW vom August 2020 kompatibel ist? Oder sind Sie der Meinung, dass da falsche Dinge drinstehen?

Zeuge Dr. Christian Orth: Ich bin der festen Überzeugung, dass wir vor dem Hintergrund der Causa Wirecard das Prüfungsvorgehen in Bezug auf Treuhandkonten ändern müssen. So was darf es nicht noch mal geben. Punkt. Das ist meine Auffassung.

Dr. Florian Toncar (FDP): Ja, das ist natürlich nach vorne gerichtet. Aber ich habe jetzt - -

Zeuge Dr. Christian Orth: Das ist nach vorne gerichtet, weil rückwirkend wird jetzt diskutiert. Und wir haben, sage ich mal, Herrn Lenz, der sich dazu äußert. Wir haben Herrn Wittsiepe, der sich dazu geäußert hat, auch im Finanzausschuss. Wir haben das IDW. Es wird diskutiert in verschiedene Richtungen.

Dr. Florian Toncar (FDP): Hm.

Zeuge Dr. Christian Orth: So, und das zeugt einfach davon, dass hier eine gewisse Unsicherheit in der Auslegung besteht.

Dr. Florian Toncar (FDP): Na ja, gut. Am Ende werden ja natürlich Behörden und Gerichte sich trotzdem - - Aber das können wir hier nicht - -

Zeuge Dr. Christian Orth: Wenn die APAS sich auch auf diese Position bezieht, dann ist das eine Position der APAS, ja?

Dr. Florian Toncar (FDP): Ja.

Zeuge Dr. Christian Orth: Und Sie haben es genau gesagt: Am Ende werden es dann Gerichte entscheiden.

Dr. Florian Toncar (FDP): Es werden Gerichte entscheiden.



Nur zur dienstlichen Verwendung

Zeuge Dr. Christian Orth: Das ist richtig.

Dr. Florian Toncar (FDP): Okay. - Mir war ja auch nur mal dran gelegen, Ihren Standpunkt zu verstehen.

Zeuge Dr. Christian Orth: Also, ich begrüße - das ist mir sehr wichtig, Herr Dr. Toncar - außerordentlich, dass wir daraus die Lehren jetzt aber ziehen, ja?

Dr. Florian Toncar (FDP): Ist klar.

Zeuge Dr. Christian Orth: Nicht dass der Eindruck entsteht, dass ich das jetzt auch noch gut-heiße.

Dr. Florian Toncar (FDP): Ich begrüße auch, dass wir Lehren daraus ziehen. - Ich will aber noch mal was anderes fragen. Herr Steinhoff hat gestern ein paar Dinge ausgeführt. Deshalb will ich Sie mal fragen: Lagen Ihnen denn für die Jahre 2016, 2017, 2018 Berechnungsgrundlagen vor, aus denen ersichtlich war, wie hoch die Einzahlungen auf Treuhandkonten eigentlich sein mussten, um die Risiken abzudecken? Ist diese Berechnung Ihnen transparent offengelegt worden?

Zeuge Dr. Christian Orth: Es ist - - Es gibt - - Also, die Frage der Einzahlungen ist ja die Frage der Quartalsabrechnung mit den TPAs gewesen.

Dr. Florian Toncar (FDP): Genau.

Zeuge Dr. Christian Orth: Genau.

Dr. Florian Toncar (FDP): Ob sie das Risiko abbilden, adäquat.

Zeuge Dr. Christian Orth: Und die zugrunde liegenden Geschäfte für die Ermittlungsbasis. Das heißt, das ist dem Prüfungsteam vorgelegt worden, ja.

Dr. Florian Toncar (FDP): Weil Herr Steinhoff gestern gesagt hat - Head of Compliance -, sie hätten überhaupt nichts gefunden zu; es lagen keine Berechnungsgrundlagen vor für die Höhe der Einzahlungen auf TPA. - Also, Sie haben so was?

Zeuge Dr. Christian Orth: Dem Prüfungsteam wurde - - In zweierlei, was mir vom Prüfungsteam berichtet wurde. Es gab entsprechende Berechnungsgrundlagen. Die sollten auch in den Arbeitspapieren, die wir Ihnen übermittelt haben, auffindbar sein; wie gesagt: das, was uns gegeben wurde. Und es gab auch mit dem Prüfungsteam entsprechende Besprechungen zu diesen Aufstellungen. Und es gab ja auch die Abstimmung - und wie gesagt: das ist jetzt vom Hörensagen - zwischen den TPAs und der Gesellschaft, weil das ja auch deren Grundlage für die Überweisungen dieser Gelder auf die Treuhandkonten war. Insofern: Auch da haben dann die Prüfer teilweise teilgenommen. So meine Information und so der Rückschluss aus Arbeitspapieren und Gesprächsprotokollen.

Dr. Florian Toncar (FDP): Ich fand den Moment bemerkenswert gestern Abend, als Herr Steinhoff gesagt hat, nach der Insolvenz hätte es nicht einen einzigen Händler auf dieser Welt gegeben, der sich beschwert hätte, dass irgendwas bei Ihnen nicht mehr funktioniert.

Aber ich will noch mal was anderes fragen, was Herr Steinhoff auch gesagt hat. Er hat gesagt, Testkäufe von EY wurden durch Herrn Bellenhaus gelenkt, er hat konkrete Webseiten vorgeschlagen, und es wurde mit einer von Wirecard gestellten Karte dann bezahlt. Können Sie diese Sachverhaltsbeschreibung von Herrn Steinhoff bestätigen? Ist Ihnen das bekannt?

Zeuge Dr. Christian Orth: Herr Toncar, ich habe genau die Frage gestellt, die Sie mir jetzt gestellt haben: Wie hat man das geprüft? Es ist so, dass, sage ich mal, die Merchants mitgeteilt wurden, also die Webseiten, die Kunden waren, und die Auswahl ist dann erfolgt durch das Prüfungsteam. Das heißt, die Webseite XY wurde von dem Prüfungsteam ausgewählt und nicht vorgegeben: Bitte nimm die Seite oder jene Seite.

Dr. Florian Toncar (FDP): Aber hat Herr Bellenhaus Vorschläge gemacht dem Prüfungsteam gegenüber?

Zeuge Dr. Christian Orth: Das entzieht sich meiner Kenntnis. Und, wie gesagt, mir gegenüber - -



Nur zur dienstlichen Verwendung

Also, ob er Vorschläge gemacht hat und sie dann nicht angenommen wurden, das entzieht sich meiner Kenntnis. Ob Vorschläge gemacht wurden und die genommen wurden, entzieht sich auch meiner Kenntnis. Mir wurde berichtet, dass das Prüfungsteam diese Websites selber ausgewählt hat.

Aber ganz wichtig vielleicht noch für Sie: Sie fragten nach der Kreditkarte. Es waren Prepaid-kreditkarten von Wirecard vor dem Hintergrund - und jetzt führt es vielleicht zum Schmunzeln -, dass man jetzt nicht dort Entertainment-Seiten mit der privaten Kreditkarte eines Prüfers, sage ich mal, testen wollte. Also, es gibt auch in den Arbeitspapieren Testkäufe - -

Dr. Florian Toncar (FDP): Aber jetzt mal, Herr Orth: Gibt es vielleicht nicht noch eine Alternative, außer dass der arme Prüfer dann für so was seine private Kreditkarte nutzen muss? Gibt es denn da keine Alternativen, die ein Prüfer wie EY sozusagen seinem Personal vielleicht irgendwie zur Verfügung stellen könnte, um da unfänglich zu bleiben?

Vorsitzender Kay Gottschalk: Vielleicht gab es auch Mitarbeiter-Kreditkarten. Aber gut.

Zeuge Dr. Christian Orth: Also, ich habe einfach wahrheitsgemäß berichtet, was mir auch zugetragen wurde.

Dr. Florian Toncar (FDP): Okay. - Danke schön.

Vorsitzender Kay Gottschalk: Vielen Dank, Dr. Toncar. - Als Nächstes hat dann das Wort Fabio De Masi für die Fraktion Die Linke.

Fabio De Masi (DIE LINKE): Das Bundeskriminalamt und EY scheinen alle dieselben Probleme zu haben, immer die Kreditkarten da nutzen zu müssen. Gut.

Herr Dr. Orth, also ich will mich jetzt hier nicht mit Ihnen in juristische Diskussionen um den Prüfungsstandard verwickeln. Ich will es einfach mal so formulieren: Alle Sachverständigen, die wir hier hatten - Herr Geschonneck -, haben uns

bestätigt, dass es ein naheliegender ökonomischer Aufwand wäre, wenn ein Drittel der Bilanzsumme auf einem Treuhandkonto liegt, mal ein Flugticket auf die Philippinen zu kaufen; ich sage es jetzt mal so flapsig. Würden Sie mir zustimmen, dass das kein unzumutbarer ökonomischer Aufwand für EY gewesen wäre?

Zeuge Dr. Christian Orth: Herr De Masi, mitnichten. Denn das ist ja das, was der Prüfer, Herr Dahmen, getan hat.

Fabio De Masi (DIE LINKE): Na ja, reichlich spät. Würden Sie mir da zustimmen?

Zeuge Dr. Christian Orth: Na, ich sage mal, Kenntnis hatten wir im Januar davon. Man hat Kontakt aufgenommen, und am 4. März war der Besuch auf den Philippinen.

Fabio De Masi (DIE LINKE): Mhm. - Und haben Sie sich dann die Verträge vorlegen lassen, als die Treuhandkonten dort umgezogen sind?

Zeuge Dr. Christian Orth: Also, ich selber war ja nicht vor Ort. Wie gesagt, das waren zwei KPMG-Manager - nicht der Herr Geschonneck im Übrigen, aber Herr Dahmen -, und man hat sich dort, sage ich mal, die Unterlagen erläutern und das geben lassen, was da war.

Fabio De Masi (DIE LINKE): Okay. - Dann konzentrieren wir uns mal auf das, was nicht jetzt irgendwelche juristischen Abhandlungen zum Prüfungsstandard meinen, sondern was die APAS, die ja eine anerkannte Aufsichtsbehörde wahrscheinlich ist aus Sicht der Wirtschaftsprüfer, dazu sagt. Die ist der Auffassung, dass Geld auf Treuhandkonten nicht als Cash-Äquivalent ausgewiesen werden kann, wenn keine Principal-Stellung vorliegt. Und es gab bei Ihnen keine schriftliche Dokumentation der Verträge mit den Partnern. Es gab keinen originären Zugriff auf die Treuhandmittel. Daher war Wirecard nach Ansicht der APAS nicht Principal der Gelder. Teilen Sie diese Einschätzung?

Zeuge Dr. Christian Orth: Also, die Beurteilung durch das Prüfungsteam, die Beurteilung durch zwei Sachverständige, die beauftragt wurden,



Nur zur dienstlichen Verwendung

und auch die Beurteilung durch zwei Anwaltskanzleien haben die Principal-Stellung bestätigt, ja?

Fabio De Masi (DIE LINKE): Okay. Also, das heißt: Sie befinden sich hier im Widerspruch zu der Einschätzung der APAS. Korrekt?

Zeuge Dr. Christian Orth: Korrekt. Das ist richtig.

Fabio De Masi (DIE LINKE): Gut. - Dann hat Herr Steinhoff dargestellt, was alles nicht vorlag in Bezug auf Wirecard: keine Kommunikation mit Merchants, keine Risikoanalyse, keine Berechnungsgrundlagen für Treuhandgelder, kein Onboarding, dann - was Herr Toncar dargestellt hat, ich bereits auch in Runde eins - dass Testzahlungen von angeblichen Merchants von Bellenhaus gelenkt waren. Angebliche M & A-Akquisitionen haben nie stattgefunden. Dafür vorgesehene Gelder wurden in Kreislaufzahlungen zurückgeführt. Es gab Zahlungen zwischen den TPA-Partnern. All das hat Herr Steinhoff gestern hier ausgeführt, und deswegen möchte ich Sie fragen: Wie konnte EY jemals hinreichende Sicherheit über die Existenz dieses Geschäfts erlangen?

Zeuge Dr. Christian Orth: Sie sprachen gerade an, Herr De Masi, das Thema des Roundtripping. Das war ja auch, sage ich mal, eine der Allegations, der wir und KPMG nachgegangen sind. Und gerade das Roundtripping ist mir deswegen so gut in Erinnerung geblieben, weil Herr Geschonneck in seinem Infoband, sage ich mal, auch darauf eingegangen ist. Und ich meine, es sei in dem KPMG-Sonderbericht, Seite 58, wo auch klar zum Ausdruck kommt, dass auch KPMG keine Hinweise auf Roundtripping hat. Insofern: Wir, die wir das überprüft haben, haben die Nachweise erhalten, dass es das nicht gibt und dass das TPA-Geschäft existent ist. Und ich hatte ja eingangs gesagt: Auch KPMG ist mit der Prüfung der Dezemberscheibe 2020 davon ausgegangen, dass dieses TPA-Geschäft existiert und auch die Treuhandkonten. Also, zumindest - -

Fabio De Masi (DIE LINKE): Ich interpretiere den KPMG-Bericht anders, also dass sie fest davon

ausgegangen sind, dass es existiert. Es gibt nämlich auch dem klar widersprechende Aussagen im KPMG-Bericht.

Ich möchte noch einmal eingehen auf etwas, was Sie in Ihrem Eingangsstatement gesagt haben. Sie haben darauf abgestellt, dass erst im Oktober 2019 Vorwürfe der „FT“ bezüglich der Existenz von den Drittpartnerkunden erhoben wurden. Ein Wirtschaftsprüfer - - Habe ich Sie da falsch verstanden?

Zeuge Dr. Christian Orth: Nein, der Treuhandkonten. Das TPA-Geschäft war meines Wissens auch schon früher ein Teil von Newspaper-Artikeln, also von Allegations.

Fabio De Masi (DIE LINKE): Ja, ja, aber - -

Zeuge Dr. Christian Orth: Aber die Treuhandkonten kamen erstmals in die Diskussion - -

Fabio De Masi (DIE LINKE): Nein, nein. Es geht darum, ob die Existenz der Drittpartner, ob das sozusagen infrage gestellt wurde. So. Und darauf haben Sie abgestellt, korrekt?

Zeuge Dr. Christian Orth: Also, die Existenz der TPA, pardon, die Existenz der TPA-Partner - - Es wurde die Existenz -

Fabio De Masi (DIE LINKE): Der Kunden, der Drittpartnerkunden.

Zeuge Dr. Christian Orth: - der Händler, der Merchants - -

Fabio De Masi (DIE LINKE): Ja, genau.

Zeuge Dr. Christian Orth: Es war doch der Hinweis - korrigieren Sie mich -, dass 34 Merchants von Al Alam nicht existent sein sollen.

Fabio De Masi (DIE LINKE): Ja.

Zeuge Dr. Christian Orth: Das war Gegenstand der erweiterten Prüfungshandlungen, auch der Sonderuntersuchung von KPMG.



Nur zur dienstlichen Verwendung

Fabio De Masi (DIE LINKE): Okay. - Aber Sie haben ausgeführt, dass das erst im Oktober 2019 durch die „FT“-Berichterstattung Gegenstand wurde, korrekt?

Zeuge Dr. Christian Orth: Die 34er? Nein, ich habe gesagt, dass das TPA - - Also, insofern - - Das TPA-Geschäft war auch vorher schon Gegenstand von Diskussionen. Ich weiß aber nicht, ob auch die Existenz von Merchants da diskutiert wurde.

Fabio De Masi (DIE LINKE): Okay. Ich habe Sie so - -

Zeuge Dr. Christian Orth: Ich weiß aber positiv - also, deswegen: Sie grenzen es negativ ab -, dass eben am 15.10. es diskutiert wurde wegen dieser 34er-Liste. Das weiß ich deswegen, weil wir die Diskussion geführt haben: Wir müssen das überprüfen, ob die existieren.

Fabio De Masi (DIE LINKE): Genau.

Zeuge Dr. Christian Orth: Und KPMG und wir haben zusammen dann nachher diese Liste abgearbeitet, ob sie existieren oder nicht.

Fabio De Masi (DIE LINKE): Wissen Sie, ob das jetzt im Oktober 2019 das erste Mal thematisiert wurde oder nicht, ist auch völlig unerheblich.

Zeuge Dr. Christian Orth: Ach so.

Fabio De Masi (DIE LINKE): Ich will Ihnen auch sagen, warum.

Zeuge Dr. Christian Orth: Ja?

Fabio De Masi (DIE LINKE): Weil ein Wirtschaftsprüfer muss ja nicht immer erst auf Vorwürfe der Presse reagieren, sondern er muss ja hinreichende Sicherheit über die Richtigkeit der Geschäfte erlangen. Korrekt?

Zeuge Dr. Christian Orth: Das ist klar.

Fabio De Masi (DIE LINKE): Und Herr Geschonneck hat hier erläutert, dass Drittpartnergeschäfte in Videokonferenzen gegenüber EY mit

Screenshots belegt wurden. Herr Steinhoff hat dargestellt, was es alles nicht gab; das habe ich Ihnen ja ausgeführt. Wie konnten Sie die hinreichende Prüfersicherheit über die Plausibilität des Drittpartnergeschäfts denn dann erlangen?

Zeuge Dr. Christian Orth: Also, zunächst ist es so, dass die Merchants ja auch schon wieder Vierte sind, weil ja die TPAs die Dritten sind. Der Kunde von Wirecard war ja - -

Fabio De Masi (DIE LINKE): Lassen Sie mal Dritter und Vierter weg. Das ist mir zu hoch. Ich bin kein Wirtschaftsprüfer. Erklären Sie es mal so, dass es auch, sage ich mal, eine informierte Öffentlichkeit verstehen kann.

Zeuge Dr. Christian Orth: Es war nicht im Scope der Abschlussprüfung. Also, es war nicht Gegenstand der Abschlussprüfung, zu gucken, wer Händler ist, wer hinter den Händlern steht und welche Transaktionen dahinterstecken. Grundlage für die Prüfung war die Geschäftsbeziehung zwischen Wirecard und den TPA, und das wurde auch geprüft. Ihre Frage ist jetzt dahingehend, es wurde ein weiterer Schritt eingezogen vor dem Hintergrund der Allegation und dass es die gar nicht gäbe. Da kann ich nur zu sagen: Es ist nachher von KPMG und uns nachgewiesen worden, dass sie existieren. Also, die 34er-Liste ist abgearbeitet worden.

Fabio De Masi (DIE LINKE): Und was existierte da? Können Sie das noch mal genauer ausführen?

Zeuge Dr. Christian Orth: Ja.

Vorsitzender Kay Gottschalk: Herr De Masi?

Zeuge Dr. Christian Orth: Pardon, das ist auch in den Arbeitspapieren. Also, es gibt die Liste, sowohl KPMG als auch wir, weil wir auch unter Wahrung der Unabhängigkeit - ich sage das immer wieder dazu - die Informationen ausgetauscht haben, damit wir nachher die Nachweise hatten - KPMG für die Sonderuntersuchung und wir für unsere Abschlussprüfung -, dass diese 34er Liste existent ist. Insofern: Es gibt es.

Fabio De Masi (DIE LINKE): Danke.



Nur zur dienstlichen Verwendung

Vorsitzender Kay Gottschalk: Dann Kollege Dr. Bayaz für Bündnis 90/Die Grünen.

Dr. Danyal Bayaz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Herr Orth, ich will noch mal fragen, warum eigentlich der Begriff „Treuhandkonto“, was ja schon was sehr Spezifisches ist, so explizit im Abschluss gar nicht auftaucht. Weil das macht es ja auch dem Bilanzleser besonders schwer, die konkrete Höhe der Guthaben der Treuhandkonten da rauszulesen. Also, wir reden über den Geschäftsbericht 2018.

Zeuge Dr. Christian Orth: Genau. - Also, zunächst mal ist es so, dass meines Wissens in dem Geschäftsbericht Ausführungen da sind über die IAS-7-Ausführungen. Also, IAS 7 - Pardon - ist ja Cashflow Statement, also Kapitalflussrechnung. Da gibt es entsprechende Notes. Und die Ausführungen wären zwingend gewesen, wenn wir hier Restricted Cash - Pardon, mein Denglisch -, nicht frei verfügbare Liquidität, in den Accounts gehabt hätten. Dann gibt es nach IAS - das ist der seinerzeitige Rechnungslegungsstandard dafür - bestimmte Angabepflichten in den Notes, das heißt im Anhang.

Dr. Danyal Bayaz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Okay. - Aber beantwortet nicht so recht meine Frage, warum „Treuhandkonto“ so explizit nicht genannt wurde. Also, man muss das schon sehr technisch lesen und die richtigen Annahmen und Ableitungen treffen, um das herauszulesen. Und das ist doch ein unglücklicher Umstand.

Zeuge Dr. Christian Orth: Also, die Transparenz der Rechnungslegung, sage ich mal, was Sie ansprechen, wäre sicherlich förderlich gewesen - hier ein Ausweis von Treuhandkonten -, -

Dr. Danyal Bayaz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Das ist doch mal eine Aussage.

Zeuge Dr. Christian Orth: - was der Standard aber jetzt nicht fordert. Aber ich gebe Ihnen recht: Das wäre förderlich gewesen.

Dr. Danyal Bayaz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Das ist doch eine Aussage. - Ich will noch mal kurz die zeitlichen Abläufe für mich sortieren.

Ich habe verstanden, Sie kommen aus - also nicht Sie -, EY kommt aus Manila zurück im März?

Zeuge Dr. Christian Orth: 4. März. - Und ich meine, die Rückreise von Herrn Dahmen lief dann über Dubai, sodass es am 8. März, vorbehaltlich der Richtigkeit meiner Ausführungen - -

(Der Zeuge berät sich mit seinem Rechtsbeistand)

Also, im Anschluss daran ging es Richtung Dubai.

Dr. Danyal Bayaz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Alles klar. Die Größenordnung reicht mir.

Zeuge Dr. Christian Orth: Also, Anfang März.

Dr. Danyal Bayaz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): So. Und da haben Sie sich auch mit dem Thema der - wie sagt man? -

Zeuge Dr. Christian Orth: ... Abhebungsanforderungen?

Dr. Danyal Bayaz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): - genau - beschäftigt. Und Sie sagten vorhin, dass sozusagen der Beschluss und dann die Durchführung am 12. Mai - habe ich mir notiert - vorgenommen wurden.

Zeuge Dr. Christian Orth: Richtig.

Dr. Danyal Bayaz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Da reden wir über - ich will jetzt nicht auf den Tag genau zählen - zwei Monate?

Zeuge Dr. Christian Orth: Sechs Wochen waren es.

Dr. Danyal Bayaz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Sechs Wochen?

Zeuge Dr. Christian Orth: Weil Ende April wurde das - - Also, der Hintergrund, noch mal in aller Deutlichkeit - -



Nur zur dienstlichen Verwendung

Dr. Danyal Bayaz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ich weiß nicht, wie schnell das ist, jetzt als Wähler innerhalb der Wirtschaftsprüfer. Wenn ich wissen will, ob der De Masi mein Konto leerge-räumt hat oder nicht, dann gehe ich direkt zum Bankautomaten und gucke, ob noch was drauf ist, damit ich das Wochenende irgendwie über-lebe. Was ist der realistische Zeitraum? Also, bei so einer Summe und bei so einem Druck, der bei dem Thema drauf war, wirkten auf mich zumin-dest sechs Wochen für einen langen Zeitraum.

Zeuge Dr. Christian Orth: Das wirkte es auch auf mich als Beobachter des Ganzen. Es war halt dem Umstand geschuldet, dass die Gesellschaft da erhebliche Bedenken gegen diese Prüfungshand-lungen hatte vor dem Hintergrund, dass es ein massiver Eingriff halt in diese Sicherheiten für die TPAs war und die Gefahr bestand, dass die TPAs dadurch in irgendeiner Weise Vertragsstra-fen oder ähnlichere Reaktionen zeigen würden, ja? Das war die Begründung seinerzeit. Plus, Herr De Ma- - Entschuldigung, Herr Bayaz. Ich gucke Herrn De Masi an.

Dr. Danyal Bayaz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Wir werden oft verwechselt. Er ist der Italiener.

Zeuge Dr. Christian Orth: Er ist der Italiener. - Herr Bayaz, entscheidend ist: Wir hatten seiner-zeit auch die Situation - Sie erinnern sich -, dass der Coronavirus ausgebrochen ist. In Asien war er ja etwas früher. Das heißt, das lief genau in die Zeit rein. Und es wurde zumindest als Argument gebracht, warum es hier jetzt in Singapur - Ent-schuldigung -, auf den Philippinen länger gedau-ert hat.

Dr. Danyal Bayaz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Haben Sie eigentlich Kenntnis von einem ande-ren Unternehmen, bei dem Zahlungsmittel in der Bilanz in einer ähnlichen Größenordnung zumin-dest aufgeführt sind, bei denen keine Bank-saldenbestätigung eingeholt wurde? Jetzt auch mit Blick aus der EY-Praxis?

Zeuge Dr. Christian Orth: Also, ich bin befreit worden von der Verschwiegenheitsverpflichtung in Bezug auf Wirecard.

Dr. Danyal Bayaz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ich will keinen Namen von einem Kunden oder Mandaten hören. Kennen Sie andere Unterneh-men?

Zeuge Dr. Christian Orth: Es gibt Unternehmen - das ist auch der Presse zu entnehmen -, die in ähnlich hohen Summen liquide Mittel - -

Dr. Danyal Bayaz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): In welcher Branche sind die unterwegs? Und wir reden über Treuhandkonten. Escrow Accounts?

Zeuge Dr. Christian Orth: Ja.

Dr. Danyal Bayaz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): „Joa“ oder „ja“?

Zeuge Dr. Christian Orth: Also, „liquide Mittel“ hatte ich gesagt. Ich kenne halt diese Konstellation nicht, ob es ein Treuhandkonto ist. Also, es sind auf jeden Fall hohe Bankbestände, die durchaus vorgehalten werden.

Dr. Danyal Bayaz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Also, was keine Frage, sondern eher so meine Wahrnehmung ist, ist, dass Sie - jetzt nicht Sie persönlich, sondern es gab ja auch Verlautbarun-gen aus der Presse - einen auf mich relativ einfachen Sachverhalt verkomplizieren und ihn so kompliziert darstellen, dass es irgendwie so wirkt, als sei das irgendwie alles ganz schwierig gewesen und man müsse jetzt mit dem IDW über neue Regeln sprechen. Aber mich überzeugt das, ehrlich gesagt, nicht, weil es auf mich eigentlich wie eine sehr einfache Übung aussieht.

Ich will noch kurz die letzten Sekunden für eine Frage nutzen: Kennen Sie eine Ksenia Melni-kova?

Zeuge Dr. Christian Orth: Das tut mir leid. Weder in Person noch vom Namen her.

Dr. Danyal Bayaz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Noch nie gehört?

Zeuge Dr. Christian Orth: Nein, erstmalig jetzt von Ihnen.



Nur zur dienstlichen Verwendung

Dr. Danyal Bayaz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Eine ehemalige Partnerin in Ihrem Moskauer Büro, heute bei Gazprom in Wien offenbar beschäftigt. Und ich habe von ihr gelesen, dass auch sie sich eingesetzt hätte in der Firma, also in der Firma bei Ihnen, EY, um das 2018er-Testat zu testieren. - Das ist Ihnen überhaupt nicht geläufig?

Zeuge Dr. Christian Orth: Also, ich habe weder E-Mail-Verkehr noch sonst irgendwie in der Form was wahrgenommen.

Dr. Danyal Bayaz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Und Sie kennen die Dame auch nicht und haben sie auch nie getroffen?

Zeuge Dr. Christian Orth: Nein. Nein, ich habe jetzt auch gerade überlegt, ob ich sie zufällig mal in Moskau getroffen habe, weil ich war ein einziges Mal in meinem Leben in Moskau, aber ...

Dr. Danyal Bayaz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): ... nicht im Kontext Wirecard?

Zeuge Dr. Christian Orth: Nein, nein.

Dr. Danyal Bayaz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Gut. - Danke.

Vorsitzender Kay Gottschalk: Vielen Dank. - Dann Matthias Hauer für die CDU/CSU-Fraktion.

Matthias Hauer (CDU/CSU): Danke, Herr Vorsitzender. - Herr Dr. Orth, wir reden ja jetzt sehr intensiv über Treuhandkonten und Zahlungsmittel, Zahlungsmitteläquivalente, liquide Mittel. Aber was ich mich jetzt frage, ist: Wie liquide ist etwas, wo ich nicht drankomme? Klingt für mich jetzt erst mal - ich bin jetzt kein Wirtschaftsprüfer - nicht besonders liquide.

Zeuge Dr. Christian Orth: Also, Herr Hauer, genau die Frage wollten wir ja mit der Testüberweisung validieren. Die Aussage uns gegenüber als Prüfer war ja: Das sind liquide Mittel. Die brauchen wir, falls hier mal Adressausfallrisiken entstehen, und zwar sofort.

Matthias Hauer (CDU/CSU): Wir streiten oder wir diskutieren ja nicht darüber, ob eine Testüberweisung jetzt gut gewesen ist oder schlecht. Ich glaube, dass wir uns alle einig sind, dass das an sich gut ist, so eine Testüberweisung zu machen. Wir diskutieren ja eher darüber, ob man das nicht hätte früher machen sollen. So. Und da sehe ich jetzt, im KPMG-Bericht gibt es ja Diskussionen darüber. Da steht, ein Ausweis als Zahlungsmittel ist, aus Sicht von KPMG, zu hinterfragen. Und da wird dann beschrieben, ob es in den IFRS verankerten Voraussetzungen an einer jederzeitigen Verfügbarkeit ohne Strafe - - ob das erfüllt war.

Zeuge Dr. Christian Orth: Korrekt.

Matthias Hauer (CDU/CSU): Und dann kann man das noch - - Und da würde ich jetzt erst mal subsumieren, dass ich das jetzt nicht bei diesen Mitteln, über die wir jetzt reden, festhalte. Wenn ich dann gleichzeitig sehe - IFRS 7 hatten Sie vorhin genannt; ich habe es jetzt hier auch aufgerufen - -

Zeuge Dr. Christian Orth: Entschuldigung, das ist IAS 7.

Matthias Hauer (CDU/CSU): Ja, okay.

Zeuge Dr. Christian Orth: Entschuldigung. Nicht dass Sie jetzt einen falschen Standard vor sich haben.

Matthias Hauer (CDU/CSU): Nee, Sie haben recht. Und ich habe auch genau das hier aufgerufen. - Da steht unter 7:

Zahlungsmitteläquivalente dienen dazu, kurzfristigen Zahlungsverpflichtungen nachkommen zu können.

So fängt es an. - Und das war ja hiermit nicht möglich, weil ja noch nicht mal - - Also, hier ist ja der Treuhänder der Berechtigte. Also frage ich mich halt, wie Sie auf die Idee kommen konnten - Sie: EY -, dass in der Bilanz die richtige Position war - Zahlungsmittel und Zahlungsmitteläquivalente -, also in den Vorjahren, nicht zuletzt.



Nur zur dienstlichen Verwendung

Zeuge Dr. Christian Orth: Auch zuletzt war das ja genau die Diskussion. Und, Herr Hauer, Ihre Frage ist ja tatsächlich - - Also, das eine ist ja vertraglich. Und wie es dann, sage ich mal, gelebt wird, ist ja was anderes. Und zuletzt war ja die Frage: Wie sieht es denn tatsächlich aus? Man erzählt uns: Es muss jederzeit frei verfügbar sein, und deswegen ist es ein liquides Mittel. Mit der Testüberweisung wollten wir genau diesem - - Also, es wurde immer behauptet, es wurden Gutachten eingeholt.

Matthias Hauer (CDU/CSU): Ja, aber warum haben Sie das nicht zwei Jahre vorher gemacht?

Zeuge Dr. Christian Orth: Na ja, der Prüfer - - Noch mal: Diese Prüfungshandlung ist absolut ungewöhnlich. Also, das ist keine Prüfungshandlung, auch wenn sie noch so trivial ist, ja? Jetzt im Nachhinein sagt jeder: Ja, das ist ja eine triviale und geniale Lösung. - Der entscheidende Punkt ist, dass diese Sicherungsgelder nicht einfach von den Treuhandkonten genommen wurden oder werden konnten.

Matthias Hauer (CDU/CSU): Ja, weil es keine liquiden Mittel waren.

Zeuge Dr. Christian Orth: Nein, weil die Verträge es vorgesehen haben, dass diese Mittel als Sicherheiten vorrätig gehalten werden.

Matthias Hauer (CDU/CSU): Ja, aber dann hätten Sie doch das anders in der Bilanz ausweisen müssen, oder nicht?

Zeuge Dr. Christian Orth: Nein. Wenn die Mittel vorrätig gehalten werden, sind sie Zahlungsmitteläquivalent, und wenn sie nicht sofort liquide sind, werden es sonstige Vermögensgegenstände. Herr Güntzler guckt schon in meine Richtung. Also, es ist auf jeden Fall auf der Aktivseite der Bilanz.

Die entscheidende Frage für die Kapitalflussrechnung ist aber: Ist es Free-Cashflow, also frei verfügbar, oder ist es restricted, weil ich es nicht sofort kriegen kann oder weil ich, wenn ich es abhebe, bestimmte Vertragsstrafen zahlen muss? Und dann würde es anders auszuweisen sein. So.

Und diese Frage ist auf Basis der vertraglichen Grundlagen vom Prüfer bewertet worden. Zunächst hat die Gesellschaft diese Bilanzierung vorgeschlagen, und das wurde dann von uns überprüft. Das ist das, was wir im Rahmen der Abschlussprüfung stets machen: dass wir die vertraglichen Grundlagen prüfen.

Und jetzt kommt der entscheidende Punkt: Auf Basis der Verträge, auf Basis auch des KPMG-IFRS-Buchs - wir haben uns alle angeschaut, alle Bücher, die im Markt sind - ist auch dieser Bereich wieder ein Bereich, der nicht expressis verbis angesprochen wird. Aber: Wir haben deswegen Rechtsgutachten eingeholt und auch Stellungnahmen. Und die Gesellschaft selbst hat renommierte IFRIC-Vertreter gebeten, dazu Stellung zu nehmen, und die sind auch zu dem Ergebnis gekommen, dass das halt liquide Mittel sind. KPMG hat eine andere Meinung vertreten; das dürfen sie auch. Und deswegen war ja die Testüberweisung, für mich, der Lackmустest: Ist es frei verfügbar oder ist es nicht frei verfügbar? Aber diese Diskussion, Herr Hauer, haben wir ja erst geführt, als die KPMG-Sonderuntersuchung war.

Matthias Hauer (CDU/CSU): Ja, nur am Ende hat sich ja die KPMG-Position als die zumindest sinnvollere herausgestellt, wenn nicht als die richtige, könnte man auch sagen, oder würde ich jetzt mal bewerten. Und da stellt sich mir halt die Frage: Wenn Sie da schon so umfangreiche Ermittlungen anstellen an dem Punkt, hätte man das nicht im Geschäftsbericht transparenter ausweisen sollen oder sogar müssen? Weil es war ja ein Thema für Sie.

Zeuge Dr. Christian Orth: Also, mit dem Sollen habe ich ja gerade Herrn Bayaz zugestimmt. Mehr Transparenz ist immer positiv für alle Rechnungslegungsereignisse*.

Matthias Hauer (CDU/CSU): Genau. Und ich frage jetzt nach dem Müssen. Er hat nach dem Sollen gefragt. Wir ergänzen uns sehr gut.

Zeuge Dr. Christian Orth: Ja, gut. Sehr schön. - Aber das Müssen war ja genau der Punkt.



Nur zur dienstlichen Verwendung

Schauen Sie in den Standard rein: Da ist halt kein Müssen ableitbar.

Matthias Hauer (CDU/CSU): Ja, gut. Das ist eben nicht so unstrittig, sondern ich lese es eher so, dass es nicht unter diese Position gehört hätte, weil es eben nicht dazu dient, kurzfristigen Zahlungsverpflichtungen nachkommen zu können. Aber diese rechtlich unterschiedliche Einschätzung werden wir heute wahrscheinlich nicht abschließend rechtlich klären können.

Ich würde gerne noch mal weiterfragen zu dem Bereich Ihrer Telefonate, die Sie im Juni 2020 geführt haben. Da hatten Sie ja geschildert, dass Sie auch mit Herrn Marsalek und mit Herrn Dr. Braun telefoniert hatten.

Zeuge Dr. Christian Orth: Sie stellen ab auf den Tag, an dem wir bekanntgegeben haben, dass die Treuhandkonten als unbestätigt - -

Matthias Hauer (CDU/CSU): „Spurious“.

Zeuge Dr. Christian Orth: Genau. „Spurious and non-authorized“; das ist richtig. - Das war auch das erste Telefonat mit Herrn Marsalek. Deswegen habe ich im ersten Moment gezuckt. Ich habe nur ein einziges Mal mit ihm telefoniert, nämlich an dem Tag.

Matthias Hauer (CDU/CSU): Genau, Mehrzahl - Telefonate -, weil einmal Marsalek, einmal Braun.

Zeuge Dr. Christian Orth: Ja, daher war ich erst mal irritiert.

Matthias Hauer (CDU/CSU): Genau. Das haben wir dann hiermit geklärt. Also einmal mit Herrn Marsalek, einmal mit Herrn Braun. Und da würde mich interessieren: Haben Sie beide mal gefragt oder einen von beiden, warum man so einen Treuhänderwechsel vorgenommen hat, von Singapur nach Manila? Und Manila hat ja jetzt einen anderen Ruf als Singapur zum Beispiel.

Zeuge Dr. Christian Orth: Also, ich gebe Ihnen vollumfänglich recht in Ihrer Aussage. Es wäre aber viel zu spät gewesen, wenn wir erst im Juni

gefragt hätten, sondern wir haben gefragt nach Bekanntwerden, was denn Auslöser für den Treuhandwechsel war. Wie gesagt, das war ein Meeting am 29. Januar. Das, was, sage ich mal, dokumentiert ist, weil ich ja nicht selber zugegen war, aber das, was auch mir berichtet wurde, war, dass der Herr Shan, der Treuhänder in Singapur von Citadelle - - dass hier auch die OCBC die Konten nicht mehr führen wollte und dass Herr Shan dann veranlasst hat, dass der Treuhänderwechsel stattfindet auf einen ihm bekannten Kollegen auf den Philippinen. Ich sage mal, das war die Story. Herr Hauer, ich glaube, wir beide wissen, dass da die kritische Grundhaltung eher - - Ich habe ja gesagt: Das war für mich ein ganz klarer Wendepunkt, wo ich gesagt habe: Das wird jetzt langsam unglaublich.

Matthias Hauer (CDU/CSU): Es gibt ja wahrscheinlich auch nicht nur zwei Treuhänder auf der Welt und einer davon ist in Manila, sondern es gibt ja vielleicht auch in Deutschland -

Zeuge Dr. Christian Orth: Also, es wäre schön gewesen.

Matthias Hauer (CDU/CSU): - zum Beispiel seriöse Sozietäten.

Zeuge Dr. Christian Orth: Ich pflichte Ihnen vollumfänglich bei, Herr Hauer, daher meine Aussage. Also, sorry, da ging der Feueralarm an. Also, das war für mich auch der klare Wendepunkt, wo wir diesen, sage ich mal, gesteigerten Verdacht hatten.

Matthias Hauer (CDU/CSU): Ja, und was haben Sie dann dem Dr. Braun gesagt, als der - - Sie hatten ja vorhin berichtet, er hätte gesagt: Sie glauben doch wohl nicht, dass ich mir 2 Milliarden Euro stehlen lasse. - Können Sie noch mal ein bisschen mehr zu diesem Telefonat erzählen? Das klingt ja schon ein bisschen spannend.

Zeuge Dr. Christian Orth: Ja. Also, das Telefonat war tatsächlich mal in der späten Nacht. Also, für Sie ist das - - Nach 10 Uhr. Ich hoffe, dass das auch Nacht ist.



Nur zur dienstlichen Verwendung

(Fabio De Masi (DIE LINKE): Da fangen wir erst an! - Dr. Danyal Bayaz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Da ist bei uns Halbzeit!)

- Vielen Dank, Herr Bayaz.

Matthias Hauer (CDU/CSU): Mittagspause.

Zeuge Dr. Christian Orth: Gut. - Das hat dann stattgefunden. Und es war so, dass Herr Dahmen mich in eine Telefonkonferenz dazugenommen hat, weil er hatte nämlich Herrn Braun in der Leitung, und der sagte immer wieder: Es kann nicht sein. Das kann nicht sein. Das muss ein Riesensmissverständnis sein, dass uns zwei Banken sagen, das Geld sei nicht da. - So. Ich kann das nur so aus dieser Wahrnehmung auch so berichten, dass er absolut ungläubig gewirkt hat, im Sinne von: Ihr müsst euch irren. Das kann nicht sein, dass das Geld nicht da ist.

Ich habe mehrfach darauf hingewiesen, dass wir hier mit, sage ich mal, der Bankvorstandsebene telefoniert hatten und dass uns das wirklich auch in schriftlicher Form von autorisierter Stelle bestätigt worden sei, also schriftlich bestätigt worden sei. Wir haben auch den Postlauf und alles. Also, da konnte dann auch nichts mehr sein, was diese Aussage jetzt entkräftet hätte, zumindest die Aussage der Bank von autorisierter Stelle. Also, wenn Sie mir irgendwann erzählen, das Geld ist doch da, ja, dann weiß ich auch nicht mehr.

Matthias Hauer (CDU/CSU): Können Sie denn zu dem Telefonat mit dem Herrn Marsalek - da haben Sie jetzt noch nicht so viel gesagt - auch noch was berichten?

Zeuge Dr. Christian Orth: Ja, sehr gerne. - Es war so: Das Telefonat mit Herrn Eichelmann hatte ja gestartet um 17 Uhr*. Dort haben wir dann auch berichtet über die schriftliche Erklärung der Banken und dass das Geld also demnach nicht vorhanden sei auf den Treuhandkonten und dass auch keine Treuhandkonten geführt würden. Es war dann so, dass zunächst Herr Eichelmann Herrn von Knoop mit in die Konferenz reinnahm

und ihm diese Prüfungsfeststellung offenbart wurde und dann als Zweites versucht wurde, Herrn Marsalek damit zu konfrontieren, der zunächst nicht erreichbar war. Man hat ihn dann versucht aufzufinden. Er war dann aber, nach meiner Erinnerung, im Hause. Und es war auch so, dass, als wir ihn dann informiert haben, erst mal das Gespräch abrupt beendet wurde.

Matthias Hauer (CDU/CSU): Was heißt das? Er hat aufgelegt, oder was?

Zeuge Dr. Christian Orth: Er hat aufgelegt.

Matthias Hauer (CDU/CSU): Als der Name Wirecard fiel? Das hatten wir schon mal erlebt. Das war jetzt natürlich unsachlich. Das war schon mal woanders Thema.

Zeuge Dr. Christian Orth: Nein, als wir ihm offenbarten, dass die Gelder halt nach Bestätigung der Banken nicht vorhanden seien.

Matthias Hauer (CDU/CSU): Okay. Dann hat er aufgelegt und war dann erst mal nicht erreichbar?

Zeuge Dr. Christian Orth: Erst mal hat er aufgelegt und ist dann nachher, sage ich mal, anscheinend aus dem Haus irgendwo in das Zimmer von Herrn von Knoop gegangen, und dann wurde das noch mal fortgesetzt. Weil wir hatten - -

Matthias Hauer (CDU/CSU): Wann war das? Eine Stunde später?

Zeuge Dr. Christian Orth: Nein, wenige Minuten später. Er muss dann also, wo immer er vorher war, in das Büro von Herrn von Knoop geeilt sein.

Matthias Hauer (CDU/CSU): Mhm.

Zeuge Dr. Christian Orth: So, und dann haben wir das entsprechend auch wieder dargelegt, und auch da hieß es: Das kann alles nur ein Riesensmissverständnis* sein.

Matthias Hauer (CDU/CSU): Okay. Ja, das lasse ich für diese Runde erst mal sacken und komme da später noch mal drauf zurück. - Ich würde



Nur zur dienstlichen Verwendung

jetzt noch mal zu Ihren Telefonaten mit der APAS gerne etwas wissen. Welche Telefonate gab es da? Da gab es ja den 13.02.2019 zum Beispiel und zum Beispiel auch den 25.11.2020.

Zeuge Dr. Christian Orth: Ja.

Matthias Hauer (CDU/CSU): Gibt es noch weitere Gespräche?

Zeuge Dr. Christian Orth: Also, ich habe öfter Gespräche mit der APAS. Auch in Bezug auf Wirecard gab es die Anfrage der Kontakte bei der BaFin, als wir die Meldung abgesetzt hatten am 16. Juni. Ich habe die nicht alle einzeln aufgeführt; aber es gab halt öfter Austausch. Entscheidend aus Ihrer Sicht oder auch wenn Sie mich fragen: „Welches waren wesentliche Anrufe?“, dann sind das die zwei. Der 13. Februar deswegen, da wir ja vorher diskutiert haben: Bedarf es hier aufgrund dieser späten Benachrichtigung auch des Aufsichtsrates und auch des Prüfungsteams - -

Wie gesagt, im April hatten wir den Vorjahresabschluss testiert, und im Mai gingen dann die Sonderuntersuchungen dort los, und man hat nichts gesagt bis zu diesem „FT“-Artikel, der im Januar erst erschienen ist. Das heißt, wir haben vier Monate geprüft gehabt und kriegen dann beiläufig mitgeteilt: Ach ja, da gibt es auch Sonderuntersuchungen in Singapur. - Und weder der Aufsichtsrat noch wir wussten was, und das hat dann halt die interne Diskussion hervorgebracht: Müssen wir eine Artikel-7-Meldung abgeben?

Ich muss dazusagen: Wir hatten mit dieser Artikel-7-Meldung keinerlei Erfahrung. Artikel-12-Meldungen haben wir abgegeben bei Going-Concern-Problemen oder Einschränkungen/Versagungen von Bestätigungsvermerken, auch in der Vergangenheit. Aber eine Artikel-7-Meldung hatten wir bisher nicht, insbesondere weil ja auch die Frage ist: Ist das jetzt etwas, wo auch der Aufsichtsrat nicht richtig mitgewirkt hat? Also, ich sage mal, Unkenntnis kann ja durch bewusstes Nichtzurkenntnisnehmen oder halt auch wirklich durch mangelnde Informationen entstanden sein. Insofern haben wir uns auch, sage ich mal, berichten lassen, was dort alles gemacht wurde bei

Wirecard am 12., also am Vortag des APAS-Anrufs.

Wie gesagt, an den Gesprächen habe ich nicht teilgenommen, aber Herr Dahmen mit Herrn Barth; vielleicht kann der Ihnen heute auch dazu mehr berichten. Und wir haben dann also am Abend noch den Call für den Folgetag vereinbart. Das hatte ich mit Herrn Kocks initiiert. Insofern: Der Kalendereintrag muss kurz vorher für den Folgetag eingestellt worden sein. Und wir haben dann um 10 Uhr am 13. dieses Telefonat geführt.

Es war so, aus meiner Erinnerung heraus, dass Herr Bose das Telefonat eröffnete und uns zunächst unserer Rechte belehrt hat. Also, es hat noch keinen Anruf gegeben, wo ich mit der APAS, sage ich mal, in ein Gespräch trete, wo ich zunächst meiner Rechte belehrt werde. Also, das war schon ein ganz besonderer Anruf.

Matthias Hauer (CDU/CSU): Aha.

Zeuge Dr. Christian Orth: Ich sage mal, die Irritation bei Herrn Barth und mir können Sie sich vorstellen. Es kam noch hinzu, dass nicht nur Herr Bose in dem Telefonat war, sondern auch Herr Kocks, Herr Kanwan und zwei weitere Personen - ich glaube, Herr Ferner war das; das ist unser Inspektionsleiter -, die dann allesamt, sage ich mal, dann auch unseren Ausführungen zugehört haben. Und ich weiß auch noch - das ist wichtig, dass ich das noch mal klarstelle -: Ich habe gleich zu Beginn vor dem Hintergrund dieser Rechtsbelehrung etc. gesagt - -

Also, wir rufen an. Es ist aber noch keine Artikel-7-Meldung, weil wir das klären wollen. Aber dass wir da anrufen konnten, Herr Hauer - - Und das ist ganz wichtig: Wir können ja nicht einfach so die APAS anrufen und über Mandanten reden. Die Rechtsgrundlage für den Anruf, das ist Artikel 7. Weil wir im guten Glauben da angerufen haben, weil wir es klären wollten, ob eine Meldepflicht besteht. Und am Ende des Tages kann ich nur sagen: Wir haben das dargelegt, was wir vorgefunden haben. Herr Barth hat ausgeführt, was die Gespräche am Vortag ergeben haben. Wir haben unser Prüfungsvorgehen dargelegt, welche



Nur zur dienstlichen Verwendung

Prüfungshandlungen erweitert werden sollten.
Ich sage mal so: Die - -

Matthias Hauer (CDU/CSU): Also, Rechtsgrundlage für den Anruf war Artikel 7? Aber es war keine Artikel-7-Meldung?

Zeuge Dr. Christian Orth: Meldung, richtig. Das ist korrekt.

Matthias Hauer (CDU/CSU): Hm.

Zeuge Dr. Christian Orth: Aber vielleicht ganz kurz noch: Also, das Vorgehen wurde von den Herren Inspektoren auch als vorbildlich bezeichnet. Das sage ich auch dazu, ja?

Matthias Hauer (CDU/CSU): Der Herr Kanwan von der APAS hatte dazu uns hier im Ausschuss gesagt - Zitat -:

Also, EY hat in diesem Gespräch konkret gesagt: Es ist keine Artikel-7-Meldung nach der EU-Verordnung. Das hat explizit - -

Zeuge Dr. Christian Orth: ... Herr Orth gesagt. Muss Herr Orth gesagt haben.

Matthias Hauer (CDU/CSU):

Das war quasi einer der ersten Sätze von Herrn Dr. Orth.

Zeuge Dr. Christian Orth: Ja.

Matthias Hauer (CDU/CSU): Das würden Sie so bestätigen, was Herr Kanwan sagt?

Zeuge Dr. Christian Orth: Das bestätige ich. Das war auch so, ja.

Matthias Hauer (CDU/CSU): Mhm. - Aber es ist ja ein bisschen erstaunlich oder ungewöhnlich, nenne ich es mal, dass die Rechtsgrundlage Artikel 7 ist, aber Sie sich noch gar nicht sicher sind, ob Artikel 7 anwendbar ist, oder? Oder wollten Sie jetzt mal hören, was die APAS meint, ob das jetzt vielleicht doch anwendbar ist?

Zeuge Dr. Christian Orth: Nein. - Also, wir wollten genau herausfinden, ob es einer Meldung bedurfte; denn, ich sage mal so, in der Sache konnte uns die APAS nicht weiterhelfen. Es ist ja auch genau der Punkt gewesen, dass die Frage der Zuständigkeit, sage ich mal, seitens der APAS negiert wurde. Das ist ja auch ein Thema, was auch wir schon mal diskutiert haben auch in diesem Kreis, dass das IDW uns dann rät, dass wir dann bei der Zuständigkeit der APAS auf die APAS zugehen und bei Zuständigkeit der WPK auf die WPK, und das haben wir getan. So. Es kamen aber keinerlei Hinweise, dass wir irgendjemand anders einschalten sollten, sondern es war schlichtweg zur Kenntnis genommen worden. Es wurde als, sage ich mal, vorbildlich auch artikuliert, sodass wir am Ende des Gespräches den Eindruck hatten, dass die richtigen Schritte eingeleitet wurden. Insofern: Für uns war das, sage ich mal, auch eine Bestätigung, dass wir es nach bestem Wissen und Gewissen richtig machen.

Matthias Hauer (CDU/CSU): Können Sie noch was zum Gespräch am 25.11.2020 sagen?

Zeuge Dr. Christian Orth: Sehr gerne. Denn da möchte ich einfach, sage ich mal, einen anscheinenden Irrtum ausräumen, und zwar, Frau Kiziltepe, habe ich ja zur Kenntnis genommen, dass Sie eine Anzeige gegen mich erstattet haben wegen Falschaussage. Ich hatte gestern vernommen, dass die Staatsanwaltschaft diese Anzeige, sage ich mal, eingestellt hat. Aber ich möchte die Juristerei außen vor lassen. Ich möchte zur Aufklärung beitragen, und insofern möchte ich auch inhaltlich mich äußern zu dem Anruf, und ich hoffe, dass es dann auch geklärt ist.

Der Hintergrund meines Anrufs war, dass mich meine Rechtsabteilung angerufen hat - die Frau Annedore Streyl; also, ich werde Ross und Reiter nennen, damit das dann auch überprüfbar ist für Sie - mit der Bitte oder zunächst mal mit dem Hinweis, dass es eine Presseanfrage gibt und die Presse hier, sage ich mal, die Behauptung aufgestellt hätte, dass die APAS eine Anzeige bei der Staatsanwaltschaft gegen EY/EY-Mitarbeiter erstattet hätte. So. Davon war weder der Rechtsab-



Nur zur dienstlichen Verwendung

teilung noch mir in irgendeiner Weise was bekannt, ja? Und deswegen war es so wichtig für die Rechtsabteilung wegen dieser Presseanfrage.

Ich weiß nicht, wer - - Ich weiß nicht, wann die kam, sondern es gab nur die Information: „Es gibt eine Presseanfrage. Könntest du bitte einen Kontakt herstellen?“, und es sei dringend, und da habe ich gesagt: „Na, ich habe aber morgen die Ausschusssitzung.“ „Es ist wirklich dringend. Kannst du das bitte machen?“, weil ich die Diensthandynummern von beiden, Herrn Kocks und Herrn Bose, habe. Also habe ich zunächst versucht, Herrn Bose anzurufen. Den habe ich nicht erreicht. Und dann habe ich Herrn Kocks unmittelbar, also sofort danach, angerufen, der dann aber auch ranging, habe ihm kurz erläutert, was der Grund meines Anrufs war, und habe natürlich auch Bezug genommen auf diese Presseanfrage mit dem vermeintlichen Schreiben. Also, das Schreiben habe ich aber deswegen angesprochen, weil wenn es kein Schreiben gegeben hätte, müsste ich ja auch niemanden da bei der APAS um 18 Uhr, sage ich mal, mit irgendetwas stören.

Am Ende des Tages war es also so, dass dieser Anruf auch dann in die Richtung ging, dass er sagte: „Ich kann dazu inhaltlich nichts sagen. Das ist ein laufendes Verfahren“, und da habe ich auch gesagt: „Wissen Sie, ich möchte inhaltlich auch gar nicht dazu Stellung nehmen.“ Es ist auch so, dass Herr Professor Bernhard Lorentz zu dem Zeitpunkt auch im Raum war und diese Aussage auch mitbekommen hat, weil ich nämlich gesagt habe, ich möchte gar keine inhaltliche Diskussion führen. Mir ging es nur darum, hier den Kontakt herzustellen. Und dann hatte er mir ja auch dargelegt, der Kontakt sei doch inzwischen zustande gekommen. Ich weiß jetzt leider nicht mehr, mit wem bei der APAS; aber es hat wohl einen Kontakt gegeben dann zu dem Zeitpunkt. Das war mir nicht bekannt, und ich gehe auch fest davon aus - heute noch -, dass auch Frau Streyl nicht wusste, dass dieser Kontakt zustande gekommen war; denn sonst hätte sie mich ja nicht um diesen Anruf gebeten.

Also, insofern, Frau Kiziltepe: Ich hoffe, dass das einfach eine Klarstellung ist, dass meine Absicht

war, hier den Kontakt herzustellen. Eine inhaltliche Diskussion wollte ich überhaupt nicht führen, und das hatte ich am 26. November auch versucht, zum Ausdruck zu bringen. Also, insofern hoffe ich, dass das jetzt dann auch geklärt ist.

Vorsitzender Kay Gottschalk: Okay, vielen Dank. - Die SPD wäre gleich noch mal dran. - Ich hatte das ja jetzt soweit gesagt, was für mich wichtig ist. Kennen Sie das „Concurrence Memorandum - Support“ von 2016?

Zeuge Dr. Christian Orth: Pardon? Ich habe das akustisch nicht ganz verstanden.

Vorsitzender Kay Gottschalk: Das „Concurrence Memorandum - Support“.

Zeuge Dr. Christian Orth: Könnten Sie mir das Dokument vorlegen? Es resoniert nicht.

Vorsitzender Kay Gottschalk: Ja. Ich werde Ihnen auch sagen, was da so drinsteht, weil ab dort ist - für mich - EY entweder vorsätzlich rein-gerannt oder mit grober Fahrlässigkeit. Warum? Dieses Dokument ist ein internes EY-Dokument - auch der Insolvenzverwalter Jaffé hat drauf aufmerksam gemacht -, in dem Ihr Prüfungsteam auf Assurance- und Rechnungslegungsprofis zugeht, als da wären Frau Dombek, Blaum, Blaschke. Folgendes Prüfungsteam ist daran beteiligt: Fichtelberger - ich habe von ihm ja auch noch was vorgelegt; der Kollege Zimmermann auch -, Broschulat, Bauer, Loetscher - also alle, die zeichnen. Und dieses Memo erkennt lupenrein das, was wir hier diskutieren zu den TPA-Konten und warum sie gebucht werden. Denn das Memo betrifft wichtige Fragen und wirft sie auch auf: wie das TPA-Geschäft aussieht, wie es bilanziert werden soll.

(Dem Zeugen werden
Unterlagen vorgelegt - Der
Zeuge und sein Rechts-
beistand lesen in diesen
Unterlagen)

Es wird von EY beschrieben:



Nur zur dienstlichen Verwendung

Ist also die Bruttobilanzierung, das heißt, dass sich Wirecard alle Umsätze und Verbindlichkeiten zurechnet, zulässig?

Und:

...obwohl Wirecard wörtlich das Acquiring laut Dienstleistungsvertrag komplett auf Drittpartner ausgelagert hat. Nur Drittpartner hatten einen Vertrag mit den Kunden. Wirecard war laut Vertrag für die Akquisition und Pflege der Kunden verantwortlich. (?)

Und gestern - Kollege Toncar hat es gesagt: wir saßen hier staunend - sagt Herr Steinhoff hier - gestern oder heute vielmehr auch schon -: Aktivitäten hinsichtlich Kundenakquisition, Pflege für Drittpartner: Fehlanzeige.

Und normalerweise für mich selbstverständlich: Wenn entsprechend so etwas abgerechnet wird, dann muss es diese Nachweise doch geben, oder Ihr Prüfteam müsste sie finden. Also: Warum stellt dann eben Wirecard beim explodierenden TPA-Geschäft keine strengen Anforderungen, die sie sich hier im Europageschäft gegeben haben? Alles Fragen.

Und dann beschreiben Sie weiter in diesem Memorandum wie folgt:

Wirecard hat Anrecht auf Provisionen ...

- Sie beschreiben es; Sie haben es erkannt -

... einen Teil des Gewinns aus dem TPA-Geschäft. (?)

Dann steht in dem Memorandum:

Diese Provisionen laufen als Forderungen auf. Nach sechs bis neun Monaten sollen die Forderungen fällig werden. Um die Fälligkeit zu vermeiden, werden die Forderungen in den Sicherungseinbehalt umgewidmet, damit die Fälligkeit als Problem erledigt

wird. Später werden dann noch offene Forderungen und Sicherheitseinbehalte in die Treuhandkonten überführt. (?)

- ich habe es hier eben noch mal beschrieben -

Damit wird aus Sicherungsforderungen Cash. (?)

Cash! Das, was ich gesagt habe. Der schöne Taschenspielertrick. Alles das schreiben Ihre Leute 2016.

Im Übrigen müssen die TPA-Partner gegenüber Wirecard nur in Form von vierteljährlichen Credit Notes Rechnung legen. (?)

Das heißt, hier werden Geschäftsvorfälle mit einzelnen Kunden auf Dreimonatsbasis konsolidiert. Na, Happy Birthday.

Wirecard hatte nie die Chance, einzelne Transaktionen zu prüfen. Und jetzt ist die Konsequenz, dass das Geld aus diesem Geschäft auch nie gelaufen ist. Deswegen die Fragen auch 2016, die ich Ihnen ja jetzt stelle, selbst wenn Sie es nicht kennen. 2016 haben Ihre Leute das erkannt, gehen es im Team durch, schreiben dann dieses Memorandum, wo quasi gebammelt wird: Principal-Prinzip, Bruttobilanzierung. - Und dann stelle ich mir einfach, eigentlich nur mit ganz logischem Menschenverstand, die Frage: Warum errichtet ein auf Gewinn ausgerichteter Kaufmann ein Geschäft, aus dem er Gewinn, aber nie Geld bekommt? Schließt ein ordentlicher Kaufmann derartige Verträge hier mit den TPAs noch dazu, wenn das immer wichtigere Geschäft die Basis von Wirecard wird? Und wie kann ein Wirtschaftsprüfer ein Geschäftsmodell durchwinken, mit dem nie Geld beim Principal - was Sie hier noch empfehlen: das Bruttoprinzip - ankommt?

Und ab dort - egal wer es prüft 2016; wir können ja jetzt viel reden -: Das ist der Punkt, 2016, an dem EY die Weichen in das Verderben von Wirecard und damit vielen Anlegern gestellt hat. Deswegen meine Frage nochmals: Kennen Sie dieses Dokument? Wenn nicht, wäre es schön gewesen,



Nur zur dienstlichen Verwendung

wenn Sie es wahrgenommen hätten. Weil hier steht ganz klar drin, für mich - - Für mich ist nur noch die Frage - das mögen Juristen an der Stelle belegen -: Fahrlässigkeit, grobe Fahrlässigkeit oder Vorsatz? Aber Sie haben die Fragen alle gestellt, schreiben in dem Memorandum, von Herrn von Erffa und von Herrn Ley abgezeichnet, die Fragen. Und es drängt sich mir da schon der Verdacht auf, nur beim Lesen: Man wünscht sich quasi vonseiten EY: Bitte bestätigt uns das, damit wir dieses Bruttoprinzip, was verheerend ist, dann entsprechend auch anwenden können.

Also, für mich ganz klar: 2016 - auch für die Öffentlichkeit -, das war das Jahr, in dem Sie, also vor gut fünf Jahren, die Weichen in den Grand Canyon sozusagen gestellt haben. - Wie sehen Sie das?

Zeuge Dr. Christian Orth: Also, Sie haben richtig festgestellt, dass dieses Dokument mir nicht bekannt ist. Hier steht „Concurrence Memorandum - Support“. Ich bitte um Entschuldigung. Das ist ein generelles Template, was wir haben. Das ist ein Supporting Template zu einem Dokument, was dazu noch existieren muss.

Vorsitzender Kay Gottschalk: Ja, und da habe ich eben draus zitiert.

Zeuge Dr. Christian Orth: Ach so. Ich wollte das nur einordnen, damit Sie - -

Vorsitzender Kay Gottschalk: Aus dem Memo ist das, was ich hier eben zitiert habe. Also, das Memo betrifft die Fragen, wie das TPA-Geschäft aussieht und bilanziert werden soll. Es wird von EY beschrieben:

Ist die Bruttobilanzierung, das heißt, dass sich Wirecard alle Umsätze und Verbindlichkeiten zu-rechnet, zulässig? (?)

Also, an diese Profis geschrieben. Und: ob Wirecard wörtlich das Acquiring, laut Dienstleistungsvertrag komplett auf Drittpartner ausgelagert hat:

Nur die Drittpartner hatten einen Vertrag mit den Kunden. Wirecard

war laut Vertrag für die Akquisition und Pflege der Kunden verantwortlich. (?)

Hat uns gestern Herrn Steinhoff alles auch bestätigt; haben meine Kollegen hier ja auch noch mal angedeutet; ich habe es ja auch gesagt. Und selbstverständlich hätte es dann bei Wirecard Nachweise geben müssen, und die hätten Sie ab 2016 suchen und finden müssen, dass Wirecard tatsächlich Aktionen unternimmt, diese Kunden auch zu akquirieren und zu pflegen. Das ist dort alles beschrieben. Das fragen Ihre Leute diese Spezialisten. Und Sie rennen fünf Jahre weiter bei explodierenden Umsätzen rum, sagen uns: „Wir mussten hier nicht prüfen, wir mussten keine Bankbestätigung einholen“, etc. Aber der entscheidende Punkt ist hier gelaufen. Und das ist in den Unterlagen klar ersichtlich - Ihren Prüfungsunterlagen. So steht das 2016 drin.

Zeuge Dr. Christian Orth: Ja, also, zunächst was für einen Charakter dieses Dokument hat: Das ist eine sogenannte Prozessbeschreibung, die wir uns haben bestätigen lassen. Insofern: Was hier geschrieben steht, ist das, was Wirecard den Prüfern beschrieben hat, wie der Prozess funktioniert und wie das aufgesetzt ist. Das ist die Grundlage dann gewesen vermutlich - wie gesagt: das Dokument haben Sie vermutlich - für das Fact Pattern, was dann für die technische Analyse, also die IFRS-Bilanzierung, zugrunde gelegt wurde. Insofern vermute ich, dass Sie ein Technical Memorandum haben oder ein IFRS-Memorandum. Weil Sie sprachen auch gerade einzelne Namen an. Das sind bei uns die Personen, die den IFRS-Desk, sage ich mal, begleiten. Wie gesagt: Das war 2016. Ich versuche nur, sage ich mal, den Kontext herzustellen. Das ist gerade - -

Vorsitzender Kay Gottschalk: Ja, aber Sie wollen ja aufklären; das haben Sie ja auch gesagt. Ich habe jetzt nur ganz akribisch das getan, was man dann tut als sozusagen Ermittler, dass ich sehr aufmerksam Herrn Jaffé gelesen habe. Dann stößt man darauf. Und irgendwann beim Lesen und beim Stoßen darauf - - Tut mir leid, das haben Ihre Leute erkannt, diesen Punkt, absolut alle Fragen erkannt, und die Bruttobilanzierung drän-



Nur zur dienstlichen Verwendung

gen Sie Ihrem Prüfling quasi noch auf. Und nachdem, was wir gestern gehört haben von Herrn Steinhoff, was die Kollegen sagen, ist diese Bruttobilanzierung mit dem, was da alles draus läuft, komplett falsch.

Zeuge Dr. Christian Orth: Also, Herr Gottschalk, ich würde das mir jetzt ganz konkret in Ruhe noch mal anschauen und auch schauen, sage ich mal, ob hier die Bruttobilanzierung angeboten wurde oder ob die Bruttobilanzierung vorgelegt wurde und zu beurteilen war als Prüfer, was eigentlich ja das Prüfungsvorgehen auch ist. Das heißt, wenn die Gesellschaft von sich aus sagt: „Das bilanzieren wir jetzt brutto“, dann müssen wir beurteilen: Ist das gerechtfertigt auf Grundlage dieser, sage ich mal, Prüfungsstandards?

Vorsitzender Kay Gottschalk: Eben. Und mit dem, was Ihre Kollegen aufgeworfen haben, an Antworten bekommen haben - was Herr Steinhoff gesagt hat, die Beziehung zum Principal -, hätten Sie doch zu einer ganz anderen Schlussfolgerung kommen müssen. Müssen!

Zeuge Dr. Christian Orth: Wie gesagt, vor dem Hintergrund, dass wir das auch noch mal in 18* geprüft haben, das noch mal bestätigt wurde und auch durch drei andere Parteien bestätigt wurde, glaube ich nicht, dass, sage ich mal, das eindeutig ist, also die Interpretation, ob brutto oder netto.

Vorsitzender Kay Gottschalk: Nee, da gibt es keine Interpretation, lieber Herr Orth. Es gibt keine Interpretation mehr an der Stelle. Sie haben das erkannt. Und Sie schreiben an Martina Dombek, Ulf Blaum, Silke Blaschke, Marina Hallenberger, Christiane Hold und Arne Weber und die Leute, die wir - - Ich darf ja aus den Dokumenten gar nicht zitieren, aber ich nenne mal Namen: Ralf Broschulat, Bauer, Loetscher - ich habe vorhin gesagt, wer so alles quergezeichnet hat -, Fichtelberger. Es steht hier alles drin. Genau die Fragen sogar, die stellen sich Ihre Leute 2016, die sich Herr Steinhoff gestern gestellt hat. Und da bin ich sprachlos an der Stelle, wirklich.

Zeuge Dr. Christian Orth: Also, wie gesagt: Ich war seinerzeit da nicht zugegen, und insofern - -

Vorsitzender Kay Gottschalk: Ist mir klar.

Zeuge Dr. Christian Orth: Aber ich müsste den - -

Vorsitzender Kay Gottschalk: Ich hatte jetzt gehofft, Sie haben es vorbereitet.

Zeuge Dr. Christian Orth: Nein. - Den Teil nicht, nein.

Vorsitzender Kay Gottschalk: Na gut. Okay. - Wir haben ja vielleicht noch eine Runde. Aber, wie gesagt, für mich nochmals festzuhalten: 2016 ist das Jahr, und ich glaube, aus der Nummer kommt EY nicht raus.

Dr. Jens Zimmermann (SPD): Dann steige ich doch ein, bevor jemand da irgendwo rauskommt. - Aber das ist gut: 2016 ist ein super Stichwort, weil ich würde gern noch mal über den Jahresabschluss 2016 reden. Ist Ihnen ein Schreiben von Herrn Loetscher und von Herrn Dahmen vom 29. März bekannt, das an den Aufsichtsratsvorsitzenden und an den Vorstand ging?

Zeuge Dr. Christian Orth: Darf ich fragen welches Jahr? 29. März?

Dr. Jens Zimmermann (SPD): 2017.

Zeuge Dr. Christian Orth: 17? Also, ich wiederhole - -

Dr. Jens Zimmermann (SPD): Es geht um den Jahresabschluss 2016, und es gibt ein Schreiben vom 29. März 2017. Und ich will jetzt gleich vorwiegend schieben: Für mich persönlich ist das das zentrale Dokument in dieser ganzen Affäre. Ich will auch sagen, warum. Erst mal: Kennen Sie es? Ist Ihnen das bekannt?

Zeuge Dr. Christian Orth: Könnten Sie es mir zeigen lassen? Nicht dass ich - -

Dr. Jens Zimmermann (SPD): Ja. Also, es werden da so drei Forderungen drin aufgestellt, die erfüllt werden müssen. Es gibt Probleme wie jedes Jahr mit der Erstellung des Jahresabschlusses.



Nur zur dienstlichen Verwendung

Zeuge Dr. Christian Orth: Könnte ich es - -

Dr. Jens Zimmermann (SPD): Wenn wir die Uhr kurz anhalten? - Ich habe die wichtigen Stellen markiert. Ist ein stiller Vorhalt.

Zeuge Dr. Christian Orth: Ach so, okay. - Bedeutet?

Dr. Jens Zimmermann (SPD): Ist ja niemand da, der das Staatswohl gefährden könnte heute.

Zeuge Dr. Christian Orth: Ach so.

(Dem Zeugen werden
Unterlagen vorgelegt - Der
Zeuge und sein Rechts-
beistand lesen in diesen
Unterlagen)

Vorsitzender Kay Gottschalk: Also, wie immer - ich hatte das schon gesagt -: Sie dürfen jetzt nicht draus erzählen. Aber ich glaube, das ist schon bekannt jetzt, aber ich sage es nur mal.

Dr. Jens Zimmermann (SPD): Ich brauche das wieder, ne?

(Der Zeuge blättert in den
Unterlagen)

Es geht erst mal nur um das. - Nein, den Rest brauchen Sie erst mal gar nicht anzuschauen.

Zeuge Dr. Christian Orth: Dann nehme ich die Pointe weg; okay.

Dr. Jens Zimmermann (SPD): Ich will Ihnen auch sagen, warum ich dieses Schreiben für so zentral halte: weil ich finde, Herr Loetscher und Herr Dahmen und alle, die dahinter bei ihnen stehen, scheinen mir alles richtig gemacht zu haben. Die haben sozusagen ordentlich geprüft, die sind auf Probleme gestoßen, die haben ganz offensichtlich auch die atmosphärischen Störungen in dem Verhältnis sozusagen antizipiert, weil da gibt es ja nicht nur konkrete Hinweise, sondern da steht auch so - - Ich glaube, das ist jetzt auch nicht so geheim, dass man sagen kann: Na ja, also, die Art und Weise, wie ihr jetzt mit uns hier umgeht, wird auch darüber entscheiden, ob wir überhaupt

mit euch weiter zusammenarbeiten. - Also, das ist - - Ich sage immer: Dieses Schreiben, da haben Herr Loetscher und Herr Dahmen dem Vorstand die Pistole auf die Brust gesetzt. In diesem Schreiben werden mit einer sehr kurzen Frist - - Ich sagte, das Schreiben ist vom 29. März, Frist: 5. April, eine Woche - - dass es drei konkrete Zulieferungen braucht, sonst kein Bestätigungsvermerk. Das ist die Situation Ende März, Anfang April 2017. Und wissen Sie, wie das dann weiterging? Das würde mich interessieren.

Zeuge Dr. Christian Orth: Also, das Schreiben kenne ich nur im Kontext mit drei Listen von sogenannten offenen Punkten. Sie müssen mich jetzt korrigieren, wenn es nicht ganz passt, aber ich meine, es ging einmal um die Konzernabschlussprüfung, wo offene Punkte waren. Es war dann auch noch bei der Bank etwas offen oder beim Jahresabschluss; da bin ich mir nicht sicher an der Stelle. Das Dritte war: Bereiche, Fragestellungen zum „Project Ring“, was im Januar/Februar - - weil ich nämlich nachgefragt habe, inwieweit dort Rückwirkungen sind.

Im Januar/Februar wurde zwischen dem Projektleiter von „Ring“, dem Prüfungsteam und auch der Wirecard beschlossen, dass „Ring“ über das Testatsdatum - das war nämlich der 05.04.; also, der 5. April, glaube ich, war Testatsdatum - hinausgehen wird. Und meine Frage an die Kollegen war, warum diese Liste zu „Project Ring“ zusammen mit den beiden Listen für die Abschlussprüfung - und jetzt, wie gesagt, müssen Sie mich korrigieren -, Bank- oder Einzelabschluss, Jahresabschluss - -

Dr. Jens Zimmermann (SPD): Ich darf ja jetzt leider hieraus nicht zitieren.

Zeuge Dr. Christian Orth: Ach so, Pardon. Also, insofern - nur damit ich es nicht falsch sage -: Eine der beiden war es. Also, es waren zwei Abschlussprüfungen, wo noch offene Punkte waren, und halt dieses „Project Ring“. Man hat seinerzeit diese, sage ich mal, Position als Prüfer genutzt, um auch die schleppende Informationsversorgung beim „Project Ring“, sage ich mal, unter Druck zu setzen.



Nur zur dienstlichen Verwendung

Dr. Jens Zimmermann (SPD): Okay. - Die Frage, die sich mir ja aber stellt: Also, das ist ein sehr klares Scheiben. Da werden Defizite klar benannt. Es wird eine kurze Frist gesetzt, und am Ende, sage ich mal - in Anführungszeichen -, bevor „Mit freundlichen Grüßen“ steht, wird gesagt: Und wenn ihr jetzt das in einer Woche nicht liefert, dann sind wir hier raus.

Zeuge Dr. Christian Orth: Ich weiß, Sie können nicht vortragen. Aber ich weiß, was da steht.

Dr. Jens Zimmermann (SPD): Genau. - Die Frage ist aber: Was ist dann in dieser Woche passiert? Wissen Sie das? Und wie ist das bei Ihnen wahrgenommen worden im Haus?

Zeuge Dr. Christian Orth: Unser Haus hat das überprüft, und es sind dann etliche dieser - also, ich nenne es jetzt mal offene Punkte; ich darf ja nicht zitieren - offenen Punkte hier dann auch geliefert worden. Das ist auch noch mal von den Personen, die da als Absender stehen, bestätigt worden. Für das Letztgenannte, „Ring“, war es ja so, dass bestimmte Themen auch die Abschlussprüfung betrafen, die auch geliefert wurden, aber „Ring“ sich dann ja bis Jahresende oder sogar noch weiter fortgesetzt hat, ja?

Dr. Jens Zimmermann (SPD): Ja.

Zeuge Dr. Christian Orth: Also, insofern hatte man da einfach die Situation genutzt als Abschlussprüfer, auch für „Ring“ entsprechende Anforderungen zu stellen.

Dr. Jens Zimmermann (SPD): Können Sie sich dann erklären - - Also, ich fasse das zusammen: Sie sagen jetzt hier, diese Forderungen, die da aufgestellt wurden, wurden im Prinzip zu Ihrer Zufriedenheit beantwortet oder zumindest so weit, dass man denen am Ende das Testat erteilen kann.

Zeuge Dr. Christian Orth: Ja. Also, da ich ja seinerzeit nicht da war, kann ich jetzt wieder nur aus dem berichten, was ich gefragt habe, weil ich ja selbige Frage gestellt habe, Herr Dr. Zimmermann, intern. Und dies wurde mir bejaht, dass die offenen Punkte - so heißt es bei uns -, die Sie

nicht nennen können, dass die entsprechend mit Informationen versorgt wurden.

Dr. Jens Zimmermann (SPD): Okay. Ich habe das jetzt nur noch mal so zusammengefasst, weil Sie sozusagen ja gerade quasi aufgelistet haben, so unter dem Motto: Na ja, ist alles geliefert worden. - Können Sie sich dann erklären - - Ich weiß nicht, ob Sie dazu was sagen können: Die APAS hat das offenbar anders wahrgenommen. Also, uns liegen hier Unterlagen vor, daraus geht eine diametral entgegengesetzte Einschätzung hervor, nämlich dass da sozusagen quasi gar nichts geliefert wurde und von diesen Punkten aufgelöst wurde.

Zeuge Dr. Christian Orth: Also, wenn das die Position der APAS ist, müssten wir die APAS fragen, wie sie zu der Position kommt. Ich kenne nur die Position in dem Infoband von Herrn Geschonneck. Das sieht danach aus, dass das deckungsgleich ist mit dem, was die APAS dann zusammengefasst hat.

Dr. Jens Zimmermann (SPD): Hm. - Also, für mich stellt es sich so dar: Wir haben diesen Brief. Wir haben diese drei Forderungen. Ich meine, wir haben ja jetzt diese Arbeitspapiere, und insofern werden wir ja vielleicht noch mal ein bisschen Licht ins Dunkel bringen. Die APAS ist offenbar der Meinung, dass quasi nichts davon erfüllt wurde. Das Testat wird erteilt. Ich weiß jetzt nicht, aber sozusagen kann man mich ja im Zweifelsfall dann verklagen, weil es geht ja dann noch weiter sozusagen, wenn diese Unterlagen nicht in ausreichendem Maße geliefert wurden und am Ende das Testat erteilt wurde.

Und vielleicht können Sie noch kurz erklären, was den Prüfbericht an den Aufsichtsrat noch mal vielleicht ein bisschen unterscheidet, also abstrakt.

Zeuge Dr. Christian Orth: Okay. Also, zunächst mal zu Ihren Ausführungen. Sie sagen, wenn Unterlagen, Prüfungsnachweise nicht vorliegen und fehlen, dann komme ich zum selben Ergebnis: dass dann halt auch kein, sage ich mal, abschließendes Prüfungsurteil gebildet werden kann. Insofern müssten wir ja in die Unterlagen schauen,



Nur zur dienstlichen Verwendung

die Ihnen ja auch vorliegen, was im Einzelnen noch geliefert wurde. In Bezug auf die Abgrenzung zum Prüfungsbericht: Können Sie mir da etwas helfen, Herr Dr. Zimmermann?

Dr. Jens Zimmermann (SPD): Na ja, wenn ich das richtig sehe - ich muss da immer Fritz Güntzler fragen -: Wir haben den Jahresabschluss, wir haben einen öffentlichen Teil, und der Aufsichtsrat bekommt mit dem Prüfbericht noch mal weitergehende Informationen, die nicht veröffentlicht werden.

Zeuge Dr. Christian Orth: Also, ich versuche es - -

Dr. Jens Zimmermann (SPD): Okay. Nein, Sie sind der Experte.

Zeuge Dr. Christian Orth: Nein, also, ich versuche, es einzuordnen. - Also, der öffentliche Teil der Berichterstattung ist der Bestätigungsvermerk nach § 322 HGB. Und es gibt dann den Prüfungsbericht, der an den Aufsichtsrat adressiert ist, nach § 321 HGB. Und der Unterschied ist, dass der Prüfungsbericht eine vollumfängliche Berichterstattung ist, anders als der Bestätigungsvermerk, der halt in die vier Kategorien kategorisiert. Pardon, wenn Ihnen das bekannt war.

Dr. Jens Zimmermann (SPD): Perfekt. Genau so habe ich es auch gemeint. So. - Also, ich lese durchaus hier raus, gerade auch mit der Berichterstattung an den Aufsichtsrat zur Arbeit am „Project Ring“: Da steht sozusagen - das steht auch in diesem Brief - was von forensischer Prüfung drin. Und offenbar scheint dieser Abschlussbericht nicht so deutlich zu sein, im Sinne von dass man da noch gar nicht so weit gekommen ist. Also, ich kann ja schreiben: „Ja, das ganze Ding ist noch nicht abgeschlossen. Wir haben aber noch nichts gefunden, deswegen sieht es gut aus“, oder ich kann sagen: „Hm, ich kann eigentlich nichts sagen, weil es ist noch nicht abgeschlossen.“ Also, die APAS kommt am Ende zu einem ziemlich vernichtenden Urteil, was diesen Bericht an den Aufsichtsrat betrifft. Da wird nämlich von einer Schutzdokumentation Ihrerseits geschrieben.

Zeuge Dr. Christian Orth: Also, da ich jetzt den Infoband von Herrn Geschonneck kenne: Das sieht sehr danach aus, dass die APAS sich das, sage ich mal, als Blaupause zu eigen gemacht hat. Herr Geschonneck schreibt - und das ist einer der Punkte, die unsere Forensiker auch bei Durchsicht des Berichtes bemängelt haben - im Informationsband, dass die Forensiker Findings gehabt hätten, Feststellungen. Und unsere Forensiker - wie gesagt, ich habe mich ja diesbezüglich dann auch erkundigt gehabt - haben noch mal bestätigt - und so steht es auch drin -, dass sie Observations/Beobachtungen hatten. Was Sie jetzt also - -

Da bin ich dann auch sofort bei Ihnen: Wenn Forensiker Feststellungen haben, heißt es ja: Wir haben festgestellt, dass das und das nicht stimmt oder dass das und das hier, sage ich mal, mangelbehaftet ist. Wenn man von Beobachtungen spricht, dann heißt das, dass man diese Beobachtungen zunächst mal verifizieren oder falsifizieren muss. Und insofern, sage ich mal, ist aus meiner Sicht aus diesem Unterschied schon mal eine grundlegend andere Interpretation erwachsen.

Dr. Jens Zimmermann (SPD): Mhm. Gut. - Aber ich muss leider feststellen: Wie gesagt, was für mich einfach das Ganze so verdächtig macht, ist: Ich bin total bei diesem Brief an Bord, und ich verstehe überhaupt nicht, wie man eine Woche später dann testieren kann. Das ist einfach - - Und deswegen fange ich auch an, mir Erklärungen irgendwie zusammenzureimen. So. Und dann stellt man eben fest, dass dann - - Dann ist Herr Loetscher sozusagen, nachdem das - - Das Testat wird erteilt, Herr Loetscher fährt in den Urlaub, Herr Loetscher ist aus dem Urlaub zurück, es gibt ein Telefonat mit Herrn Ley, einen Tag später winkt der Aufsichtsrat Beratungsverträge für 400 000 Euro durch. Das sind einfach zeitliche Zusammenhänge, die einfach da sind. Ich kann überhaupt nichts damit beweisen. Aber ich versuche, zu verstehen, warum Herr Loetscher und Herr Dahmen ihre Unterschrift und ihr Siegel druntergesetzt haben, weil es ist nicht gut.

Zeuge Dr. Christian Orth: Also, Herr Dr. Zimmermann, zu dem Sachverhalt: Ich war nicht zugegen, wie gesagt.



Nur zur dienstlichen Verwendung

Dr. Jens Zimmermann (SPD): Ja, ja.

Zeuge Dr. Christian Orth: Nichtsdestotrotz: Ich kann nur sagen, dass wegen eines 400 000-Euro-Auftrages ich mir schwer vorstellen kann, dass die Kollegen deswegen ein Testat durchwinken, was Sie ja ein Stück weit andeuten. Dass hier Fragen sind, finde ich, ist ja auch berechtigt. Aber wenn der Blick in die Arbeitspapiere zeigt, dass diese Dokumente eingeholt wurden, dann hilft das vielleicht auch zur Klärung.

Dr. Jens Zimmermann (SPD): Vielen Dank.

Vorsitzender Kay Gottschalk: Vielen Dank. - Haben Sie die Tagebuchnummer des Dokuments vielleicht noch? Dann können wir das gleich zu den Materialien bringen. Und dann geht es gleich weiter mit Dr. Toncar.

Dr. Jens Zimmermann (SPD): Tagebuchnummer 16/20.

Vorsitzender Kay Gottschalk: Tagebuchnummer 16/20? Gut. - Dann haben wir jetzt Dr. Toncar für die FDP-Fraktion.

Dr. Florian Toncar (FDP): Danke. - Herr Orth, haben Sie Kenntnis darüber, dass es bei Wirecard schon lange - sagen wir mal, von 2010, 11, 12 - ein System gegeben hat, einen Mechanismus gegeben hat, mit dem Zahlungen umgeleitet worden sind auf Konten von Briefkastenfirmen in Steuerparadiesen?

Zeuge Dr. Christian Orth: Nein.

Dr. Florian Toncar (FDP): Keine Kenntnisse über so was?

Zeuge Dr. Christian Orth: Nein.

Dr. Florian Toncar (FDP): Okay. - Haben Sie Kenntnisse darüber, dass bei den Inspektionen von EY durch APAS oder die Vorgängerorganisation APAK - so hieß die - schon mal das Thema „Identifizierung, Prüfung von Umsatzerlösen“ eine Rolle gespielt hat bei einem anderen Unternehmen, das geprüft wurde? Nicht bei Wirecard,

aber sozusagen bei einem anderen EY-Prüfmandat: Ist da der APAK oder der APAS in der Vergangenheit mal was aufgefallen im Zusammenhang mit Umsatzerlösen?

Zeuge Dr. Christian Orth: Also, zunächst: Die Umsatzerlöse sind - - Es gibt die Inspektionsberichte der APAS und auch der APAK, was die Prüfungsschwerpunkte sind. Und die APAS als auch ihre Vorgängerorganisation haben dann auch die Umsatzerlöse stets als Prüfungsschwerpunkt festgelegt. Und es ist, sage ich mal - - Immer wieder, sage ich mal, kommt es zu sogenannten Findings, und zwar im Rahmen der Stichproben, die dann durchgeführt werden, bei denen man dann überprüft, ob hier am Ende des Tages, sage ich mal, diese Rechnungslegung zutreffend war oder nicht oder ob, sage ich mal, hier Fehler in der Rechnungslegung enthalten sind.

Dr. Florian Toncar (FDP): Haben Sie denn da einen konkreten Fall in Erinnerung, wo eine dieser Behörden mal moniert hat, dass bei einem Prüfmandat zu wenig Sorgfalt im Kontext Umsatzerlöse waltete?

Zeuge Dr. Christian Orth: Also, die beiden Behörden - - oder, Pardon, die APAS und ihre Vorgängerorganisation haben dann in den Berichten, die dann angefertigt werden, den sogenannten Inspektionsberichten - - sprechen die beiden immer dann davon, dass für bestimmte, sage ich mal, Prüfungsgebiete nicht angemessen und ausreichend Prüfungshandlungen durchgeführt und Prüfungsnachweise eingeholt wurden. Das ist dann aber immer unterschiedlich gewichtet, sage ich mal, je nachdem, welchem Prüfungsbereich oder die Schwere der - -

Dr. Florian Toncar (FDP): Ja, ja. Sie beschreiben ja jetzt ein abstraktes Prozedere. Meine Frage war ja: „Haben Sie einen konkreten Fall in Erinnerung, wo die Behandlung von Umsatzerlösen moniert wurde?“, nicht, wie es abstrakt läuft, sondern wo bei einem EY-Prüfmandat dieses Thema eine Rolle spielte.



Nur zur dienstlichen Verwendung

Zeuge Dr. Christian Orth: Also, es gibt Diskussionen im Rahmen von Inspektionen, ob das so geprüft wurde oder nicht im Bereich von Umsatzerlösen. Da sind wir - wir haben ein Benchmarking gemacht -, sage ich mal, mit der PwC in den niedrigsten Fehlerfeststellungen der APAS auch für diese Bereiche.

Dr. Florian Toncar (FDP): Mhm. - Gab es mal einen Maßnahmenplan, der da erarbeitet werden musste?

Zeuge Dr. Christian Orth: Ja. Herr Toncar, das ist ein Ja, und zwar Quality-Improvement-Plan heißt das bei uns. Sämtliche Fehlerfeststellungen der APAS greifen wir auf. Manchmal sind das kleinere Adjustierungen, manchmal sind es strengere Adjustierungen. Es geht auch immer einher mit, sage ich mal, wenn nachgewiesen wurde, dass, sage ich mal, hier auch Fehler bei der Durchführung der Prüfung durchgeführt wurden, auch Sanktionen. Insofern ist das einem ganz klaren Prozess und Mechanismus der kontinuierlichen Verbesserung unterworfen.

Dr. Florian Toncar (FDP): Mhm, okay. - Kommen wir noch mal auf ein anderes Thema; das ist das Unternehmen RSB. Sagt Ihnen dieses Kürzel etwas?

Zeuge Dr. Christian Orth: Das Unternehmen RSB?

Dr. Florian Toncar (FDP): RSB! Das war auch ein Geschäftspartner von Wirecard, für den Zahlungen abgewickelt worden sind. Vielleicht sage ich Ihnen noch mal: Es war auch diese Woche schon in den Medien; in „Report München“ spielte das eine Rolle. Das ist ein Unternehmen, das offenbar in Russland sitzt und das Beziehungen, sagen wir mal, zur Sicherheitsszene in Russland hat. Und aus der Korrespondenz von Herrn Marsalek mit Frau Schneider - das ist im April 2019 - geht hervor - ich kann das auch noch mal zitieren -, dass EY da gerne einen Nachweis der Existenz des Unternehmens RSB sehen wollte. - Grad noch mal zitieren! Hier - Frau Schneider schreibt -:

Du hattest den Termin mit den Prüfern erwähnt, Du könntest von

RSB die UN-Zertifizierung oder etwas Ähnliches besorgen. Da haben die Prüfer nach gefragt, da sie sonst nichts Offizielles finden, dass die Firma existiert.

Antwort Marsalek: „Ist das ein Scherz?“. - Schneider: „Nein, ist es nicht“. - Und dann postet Herr Marsalek einen Link aus einem Artikel der „Zeit“ und eine Reuters-Meldung, und die Frau Schneider schreibt:

Ich habe EY gerade schon die PDF-Version des Artikels geschickt

- also des „Zeit“-Artikels -

mit der Frage, ob ihnen das reicht als Nachweis.

Und dann verbleiben sie so.

Und meine Frage ist jetzt: Ist Ihnen der Sachverhalt bekannt, dass ein Presseartikel in der „Zeit“ von Wirecard gegenüber EY als Nachweis der Existenz eines Geschäftspartners eingesetzt worden ist?

Zeuge Dr. Christian Orth: Also, Herr Toncar, das ist mir neu. Also, erst mal: Nein. Und zweitens wäre mir das auch zu wenig als Prüfung. Aber da müssten wir in die Arbeitspapiere gehen, was dann am Ende des Tages vorgelegt wurde.

Dr. Florian Toncar (FDP): Okay.

Zeuge Dr. Christian Orth: Gestatten Sie mir einen kurzen Hinweis noch, -

Dr. Florian Toncar (FDP): Ja, bitte.

Zeuge Dr. Christian Orth: - weil es geht ja auch darum: RSB kann - - Jeder kann sich RSB nennen. Sie müssen ja nachher wissen, ob die auch in der Legaleinheit, in der Legalform auch eingetragen sind etc., Handelsregistrauszüge.

Dr. Florian Toncar (FDP): Genau, um den Nachweis ging es.



Nur zur dienstlichen Verwendung

(Abg. Dr. Florian Toncar
(FDP) hält Rücksprache mit
einem Mitarbeiter)

- Ja, ja, Sie können den Vorhalt ja schon mal vorbereiten. Dann sage ich noch ein bisschen was.

In dem „Zeit“-Artikel, den Herr Marsalek bereitgestellt hat und den dann wohl Frau Schneider an EY geschickt hat, wird referenziert darauf, dass das ein Unternehmen ist und dass das auch im Zusammenhang steht mit - - oder im Verdacht steht, Söldnereinheiten - das ist kein Scherz - in Syrien, russische Söldnereinheiten in Syrien, zu finanzieren. Und Herr Marsalek argumentierte, das sei eben nicht so leicht in Russland, so Sicherheitsunternehmen, aber die „Zeit“, ich sage mal sinngemäß jetzt, würde ja so einen Unsinn nicht schreiben, wenn es das Unternehmen gar nicht gäbe. So fasse ich es zusammen.

Aber jetzt haben wir noch einen Vorhalt für Sie. - Bitte schön; vielleicht hilft das noch mal weiter. Natürlich ein stiller Vorhalt, selbstredend!

(Dem Zeugen werden
Dokumente auf einem
Notebook gezeigt - Der
Zeuge und sein Rechts-
beistand lesen in diesen
Dokumenten)

Zeuge Dr. Christian Orth: Also, ich kann das noch mal überprüfen. Darf ich mir das Datum notieren?

Dr. Florian Toncar (FDP): Natürlich. Ist uns auch lieber, wenn Sie es sozusagen, wenn Sie keine unmittelbare Erinnerung haben, noch mal gegenchecken, als jetzt zu spekulieren. Wir könnten auch die Dokumentennummer - - Sie schreiben es schon auf.

Zeuge Dr. Christian Orth: Ich habe schon aufgeschrieben.

Dr. Florian Toncar (FDP): Alles klar; dann können wir den Rechner, glaube ich, wieder einsammeln. - Gut. - Herr Vorsitzender, diese Runde ist jetzt so gut wie rum. Ich bräuchte nachher noch eine, aber jetzt ist meine Zeit abgelaufen.

Vorsitzender Kay Gottschalk: Alles klar, können wir machen; kein Thema. Ich glaube - - Ja, kein Problem.

(RA Prof. Dr. Björn Gercke:
Herr Vorsitzender, eine
kurze Frage!)

- Ja, klar.

RA Prof. Dr. Björn Gercke: Wenn es mehr als eine Runde werden würde, würden wir gerne eine Essenspause machen, also zumindest ganz kurz. Zehn Minuten - Brötchenhälfte oder so!

Vorsitzender Kay Gottschalk: Wäre das für Fabio De Masi - - Also, ich hätte da jetzt nichts gegen. Ich glaube, einmal auch durchlüften, Beine vertreten. Das ist ein natürliches Bedürfnis. Also, ich gebe dem gerne nach.

Wie lange brauchen Sie ohne Hektik? Ich will nicht für Magengeschwüre der Rechtspflege verantwortlich sein.

RA Prof. Dr. Björn Gercke: Wir sind beide Schnellesser - fünf bis zehn Minuten.

Vorsitzender Kay Gottschalk: Nee, fünf Minuten ist ungesund. Dann sage ich: Zehn vor zwei setzen wir fort - ohne Schlingen.

(Fabio De Masi (DIE
LINKE): Herr Gottschalk!)

- Ja, bitte.

Fabio De Masi (DIE LINKE): Ganz ruhig: Wäre es mal möglich, dass wir vielleicht eine Runde abschließen, so wie das normalerweise Usus ist? Das wäre nett. Und dann könnte das vielleicht so vorgenommen werden.

Vorsitzender Kay Gottschalk: Wäre das - -

RA Prof. Dr. Björn Gercke: Völlig in Ordnung.

Vorsitzender Kay Gottschalk: Okay, dann machen wir das so. Wenn das der Wunsch ist, dann komme ich den Kollegen gerne nach. - Dann



Nur zur dienstlichen Verwendung

macht jetzt Fabio De Masi weiter für die Fraktion Die Linke - und dann die Runde und dann Pause.

Fabio De Masi (DIE LINKE): Vielen Dank. - Herr Dr. Orth, den Vorgang, den Herr Toncar gerade angesprochen hat: In dieser Konversation geht es um RSB. Das sind zwei Firmen, die eine identische UN-Registrierungsnummer haben, und Herr Marsalek scherzt ja, was EY noch an Nachweisen benötige, zum Beispiel ein Telefonat mit Herrn Putin. Ist in diesem Zusammenhang Ihnen jemals untergekommen, dass Herr Barth konkret Herrn Marsalek auch auf diese Aktivitäten in Libyen angesprochen haben soll?

Zeuge Dr. Christian Orth: Nein.

Fabio De Masi (DIE LINKE): Nein?

Zeuge Dr. Christian Orth: Nein, ist mir nicht bekannt.

Fabio De Masi (DIE LINKE): Okay. Weil mir liegen mehrere Aussagen vor von Personen, die das bestätigen. Und deswegen frage ich auch erst mal: In welchem Zusammenhang könnten denn diese Aktivitäten von Herrn Marsalek und diese Firmen in Libyen überhaupt mit den Prüfungshandlungen von EY bei Wirecard stehen? - Das können Sie sich nicht erklären.

Zeuge Dr. Christian Orth: Ich kann es mir nicht erklären; das ist richtig.

Fabio De Masi (DIE LINKE): Okay. - War die Geschäftsführung von EY in die Erteilung von Testaten eingebunden?

Zeuge Dr. Christian Orth: Die Erteilung der Testate obliegt dem mandatsverantwortlichen Partner. Es gibt für die Testate bestimmte Konsultationsregeln. Das heißt, die KAM-Berichterstattung wird - - In den Jahren wurde sie zwingend konsultiert. Das ist ein Qualitätssicherungsprozess. Das lief dann aber über meine Abteilung. Wir haben da Spezialisten, die auch in den Arbeitskreisen des IDWs sind, die diese Prüfungsstandards mitentwickelt haben, die dann auch die entsprechenden Qualifikations-

Fabio De Masi (DIE LINKE): Okay. Also ja! Wissen Sie, gerade wenn ich nur drei Stunden geschlafen habe, dann bin ich immer ganz froh über Ja/Nein-Antworten.

Zeuge Dr. Christian Orth: Also, die Antwort ist: Die PPG, meine Abteilung, war eingebunden.

Fabio De Masi (DIE LINKE): Okay. - Wissen Sie vom Treffen von Hubert Barth mit Vertretern von Wirecard?

Zeuge Dr. Christian Orth: Ich habe, wie gesagt, positive Kenntnis von dem 12. Februar.

Fabio De Masi (DIE LINKE): Ja.

Zeuge Dr. Christian Orth: Ja. Es hat sicherlich auch andere Treffen gegeben. Ich weiß aber weder wann - -

Fabio De Masi (DIE LINKE): Wissen Sie davon, dass er auch mit Herrn Marsalek sich getroffen hat?

Zeuge Dr. Christian Orth: Nein, weiß ich nicht.

Fabio De Masi (DIE LINKE): Okay; muss ich ihn das selber fragen. - Wurden E-Mail-Daten, Notebooks und Telefone der Partner oder der EY-Geschäftsführung gesichert und ausgewertet?

Zeuge Dr. Christian Orth: Ich habe diese Sicherungsmaß- - Also, es wurden - - Die E-Mails sind ja ohnehin auf den Servern respektive den Rechnern. Es wurden Daten gesichert, aber das hat die Rechtsabteilung bei uns gemacht. Insofern - -

Fabio De Masi (DIE LINKE): Okay. Aber nach Ihrer Kenntnis vollständig?

Zeuge Dr. Christian Orth: Also, noch mal: Ich war nicht daran beteiligt. Deswegen kann ich mich, ob vollständig oder nicht vollständig - - Bevor ich eine solche Aussage treffe: Ich war nicht daran beteiligt.

Fabio De Masi (DIE LINKE): Aber können Sie das für Ihre eigene Kommunikation bestätigen? Positiv bestätigen?



Nur zur dienstlichen Verwendung

Zeuge Dr. Christian Orth: Ich kann positiv bestätigen, dass ich eine, sage ich mal - - Es gab ein Protokoll, wie die Daten gesichert wurden, auch das Verbot, irgendwas zu löschen. Das ist, sagen wir mal - - Es gab das Prozedere. Und dann haben wir auch - - Diese Rechner wurden uns dann abgenommen. Also, ich habe einen neuen Rechner bekommen.

Fabio De Masi (DIE LINKE): Okay.

Zeuge Dr. Christian Orth: Also, mehr - - Herr De Masi, da kann ich dann nichts mehr ändern an dem Rechner; der ist weg.

Fabio De Masi (DIE LINKE): Okay. Mit Ihrem Handy und weiteren Geräten ist das auch der Fall gewesen?

Zeuge Dr. Christian Orth: Mein Handy ist mein Handy. Nein. Also, mein Handy ist ja mein Handy, mein Diensthandy.

Fabio De Masi (DIE LINKE): Okay, das heißt - - Aber haben Sie die Kommunikation, die dort stattgefunden hat - - Ist die gesichert worden?

Zeuge Dr. Christian Orth: Das müsste über die Telekom-Server gelaufen sein, oder?

Fabio De Masi (DIE LINKE): Ja, das frage ich Sie.

Zeuge Dr. Christian Orth: Also, noch mal: Ich war da nicht eingebunden.

Fabio De Masi (DIE LINKE): Ja, aber Sie müssen doch wissen, ob Ihre Handydaten gesichert wurden oder nicht.

Zeuge Dr. Christian Orth: Ich habe erklärt, dass alles gesichert werden darf, habe das unterschrieben. Und insofern - -

Fabio De Masi (DIE LINKE): Okay, dann - - Vielleicht versuchen Sie, es noch mal rauszufinden. Wäre ganz nett, weil gerade Handydaten kommen hier öfters abhanden in Untersuchungsausschüssen, und das wäre ganz wichtig.

Zeuge Dr. Christian Orth: Ja.

Fabio De Masi (DIE LINKE): Dann würde ich Sie gerne fragen noch mal im Hinblick auf „Project Ring“. Herr von Erffa hat ja ausgeführt, dass zunächst das Anliegen an ihn herangetragen wurde, dass sich Zugang zu seinen E-Mails verschafft wird. Und dem ist dann aber nicht mehr entsprochen worden, insbesondere weil wohl Herr Marsalek auch seine Einwände dagegen gegenüber EY geltend gemacht hat. Warum haben Sie das denn nicht durchgezogen?

Zeuge Dr. Christian Orth: Also, „Project Ring“, wie gesagt: War ich wieder nicht persönlich beteiligt. Ich habe mir erläutern lassen, dass Herr Erffa zunächst eine Zusage gemacht hat, die er dann aber zurückgezogen hat. Sie sprachen jetzt Herrn Marsalek an. Ob das auf sein Einwirken hin geschehen ist, entzieht sich meiner Kenntnis.

Fabio De Masi (DIE LINKE): Gut, das ist jetzt nicht so wichtig. Aber Sie haben das - - zumindest nicht mehr drauf insistiert. Korrekt? Nicht Sie persönlich, sondern EY!

Zeuge Dr. Christian Orth: Ja.

Fabio De Masi (DIE LINKE): Sie vertreten ja hier auch Ihr Unternehmen, wenn ich das richtig sehe.

Zeuge Dr. Christian Orth: Ja, ist richtig. - Also, ich weiß es nicht, ob noch insistiert wurde. Es ist aber - -

Fabio De Masi (DIE LINKE): Ja, offenbar nicht. Es ist ja nicht erfolgt.

Zeuge Dr. Christian Orth: Es ist zumindest noch mal erfolgt oder dann erfolgt in 2018.

Fabio De Masi (DIE LINKE): Was ist dann noch mal erfolgt?

Zeuge Dr. Christian Orth: Wir hatten ja dann die Untersuchung „Singapore Allegations“.

Fabio De Masi (DIE LINKE): Ja.

(Der Zeuge berät sich mit seinem Rechtsbeistand)



Nur zur dienstlichen Verwendung

Zeuge Dr. Christian Orth: Pardon! Es ist immer das mit dem Geschäftsjahr und wann wir es gemacht haben. - Also, für das Geschäftsjahr 18 in 19 wurden ja von Fieldfisher noch mal die gesamten E-Mail-Accounts auch für diese Jahre ausgewertet.

Fabio De Masi (DIE LINKE): Ja. Und da war das dann dabei?

Zeuge Dr. Christian Orth: Da war das nach meinem Kenntnisstand dabei.

Fabio De Masi (DIE LINKE): Okay. - Wurden E-Mail-Daten, Notebooks und Telefone des EY-Teams „Project Ring“ nach Ihrer Kenntnis vollständig gesichert und ausgewertet?

Zeuge Dr. Christian Orth: Ich wiederhole mich: Ich habe da keine Kenntnis zu. - Es ist auch wahrscheinlich - - Also, noch mal: Wir müssen ja auch das erklären. Und ich habe für meinen Teil diese Erklärung abgegeben. Ich habe keine Informationen über weitere Mitarbeiter, wer alles beschlagnahmt wurde oder - wie haben Sie es genannt? - eingesammelt wurde oder gesichert wurde. Habe ich keine Kenntnis.

Fabio De Masi (DIE LINKE): Okay. - Dann eine letzte Frage für diese Runde: Wie öffentlich bekannt wurde, prüft unter anderem auch die von EY derzeit geprüfte Commerzbank Ansprüche gegen EY. Wie wird gewährleistet, dass die nach § 29 der Wirtschaftsprüfersatzung erforderliche Unbefangenheit in Form von Eigeninteressen nach § 32 ausgeschlossen [sic!] wird? Und betrifft dieser Umstand auch weitere aktuelle Prüfungsmandate?

Zeuge Dr. Christian Orth: Also, wir prüfen im Rahmen der Unabhängigkeitsanforderungen sämtliche, sage ich mal, Mandanten, die Ansprüche gegen uns geltend machen. Es gibt dafür einen Independence Desk; so heißt das bei uns. Und die Rechtsabteilung ist hier im Austausch mit diesem Desk, um zu prüfen, ob Klagen vorliegen oder nicht. Und das wird halt auch durch diesen Independence Desk dann genau überprüft, ob wir hier, sage ich mal, Ausschlusskriterien haben oder keine Ausschlusskriterien vorliegen. Da

gibt es klare Vorgaben, auch seitens des IESBA-Codes, der Berufssatzung, die Sie angesprochen haben, als auch interner EY-Regelungen, wann wir dann auch nicht mehr als Prüfer fungieren können.

Fabio De Masi (DIE LINKE): Habe ich wieder ein tolles Wort gelernt: „Independence Desk“. - Das erörtern wir dann in der nächsten Runde.

Vorsitzender Kay Gottschalk: Wunderbar. - Dann Dr. Bayaz für Bündnis 90/Die Grünen.

Dr. Danyal Bayaz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Erinnert bisschen an die Unabhängigkeitsmatrix, die wir in einem anderen Kontext hatten, mit Blick auf die APAS. Aber anderes Thema!

Herr Orth, ich will mal kurz auf den Quartalsbericht „Q3/2020“ eingehen und zitiere mal einen Satz, Seite 15. Und zwar heißt es dort:

Der Nettoemissionserlös aus der Ausgabe der Anleihe zum 11. September 2019

- also im Vorjahr -

mit einem Nominalwert von 500,0 Mio. EUR wurde hierbei insgesamt zur Teilrückführung eines bestehenden Konsortialdarlehens verwendet.

Da wurden neue Kredite aufgenommen, um alte zurückzubezahlen. Ist das nicht etwas Verdächtig?

Zeuge Dr. Christian Orth: Das kann ich - - Also, erstens, Quartalsberichte werden ja nicht geprüft von uns. Insofern habe ich den jetzt auch gar nicht wissentlich zur Kenntnis genommen und nehme jetzt auf Basis Ihrer Ausführungen dazu Stellung.

Dr. Danyal Bayaz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja. Gehen Sie davon aus, dass es so stimmt und so drinsteht.

Zeuge Dr. Christian Orth: Nein, Herr Bayaz, da habe ich absolutes Vertrauen in Ihre Aussage. Es



Nur zur dienstlichen Verwendung

ging jetzt nur darum, dass das auch nicht in den Arbeitspapieren sein dürfte wahrscheinlich. Insofern: Wie die Gesellschaft sich finanziert und wie sie sich refinanziert, da gibt es durchaus Gesellschaften, die grad vor der Niedrigzinsphase hier auch Darlehen abgelöst haben. Völlig abwegig ist das nicht. Aber ich möchte zu dem Sachverhalt, den ich nicht kenne, jetzt nicht zu weit mich aus dem Fenster lehnen.

Dr. Danyal Bayaz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Gut, genau. Wenn Sie den nicht kennen - das ist fair -, dann lohnt sich das jetzt, glaube ich, wenig angesichts der verbliebenen Zeit, da noch mal tiefer einzusteigen.

Was mich noch mal interessieren würde: Vielleicht können Sie noch mal sagen - gerne auch in einfachen Worten -, was bei der Bankbestätigung jetzt ganz konkret aus Ihrer Sicht verkehrt gelaufen ist. Also, welche internen Kontrollen haben Sie auch als EY, um hier Fehler zu vermeiden? Weil Sie sind ja auch für die Qualitätsstandards zuständig. Was ist da falsch gelaufen?

Zeuge Dr. Christian Orth: Also, was wir jetzt als Lehre haben - insofern möchte ich nicht den Begriff „falsch“ ansprechen, sondern was wir als Änderung in dem Vorgehen der Bankprüfung von Treuhandkonten haben -, ist, dass wir auch jetzt per se die Bankbestätigung versuchen zu erlangen. Wir haben auch den Prüfungsteams entsprechende - bei uns heißt das - Guidance, also Prüfungshinweise, Vorgehensbeschreibungen, mit auf den Weg gegeben und auch Konsultationspflichten mit aufgenommen jetzt. Wenn halt Treuhandkontenkonstellationen vorhanden sind und vertragliche oder rechtliche legale Beschränkungen vorliegen zum Zugang, dann besteht jetzt eine Konsultationspflicht. Das heißt, das Prüfungsteam kann hier jetzt künftig nicht mehr alleine entscheiden, wie es dann weiter verfährt, sondern dann ist auch Professional Practice hinzuzuziehen.

Dr. Danyal Bayaz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Okay. - Dann springe ich noch mal kurz zu einem anderen Thema. Sie sagten vorhin: Klar, bei Cash-Beständen gibt es keine Bewertungsfragen oder keinen Spielraum in dem Sinne. -

Allerdings reden wir ja über hier 25 Prozent, ein Viertel also, der Bilanzsumme. Und ich frage mich, ehrlich gesagt, ob aufgrund des Volumens und der Proportionalität des Guthabens mit Blick auf die Treuhandkonten das nicht auch selbst, also diese schiere Größe, ein Key Audit Matter hätte sein sollen.

Zeuge Dr. Christian Orth: Also, 2019 bin ich sofort bei Ihnen. 2018, retrospektiv, mit dem Wissen von heute, könnten wir das auch - -

Dr. Danyal Bayaz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): War es 2019?

Zeuge Dr. Christian Orth: Nein, 2019 haben wir ja - Herr Bayaz, Pardon, das hätte ich dazusagen müssen - einen Versagungsvermerk erteilt in Form eines Nichturteilsvermerks, und dann sind keine Key Audit Matters mehr enthalten. Deswegen finden Sie im 2019er-Versagungsvermerk keine Key Audit Matters. Pardon!

Dr. Danyal Bayaz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Verstanden. - Und 2018?

Zeuge Dr. Christian Orth: 2018 ist ja, sage ich mal, die Gegenposition, das heißt, die Umsatzerlöse und die Zahlungsflüsse, die dann ja in den Treuhandkonten gelandet sind, waren ja Key Audit Matter.

Ihre Frage geht jetzt dahin gehend: Ist Cash künftig ein Key Audit Matter? - Und die Frage ist eine gute Frage, weil Cash - - Jeder sagt: Was ist das Problem bei Cash? Wenn ich eine normale Cash-Position habe, Geld auf der Bank, und zwar in direktem Verhältnis, lasse ich mir eine Bankbestätigung vorlegen, so wie wir sie bekommen haben bei der Geschäftsjahrprüfung 19. Da hat uns die BDO eine Bestätigung geschickt - und die BPI. So, und dann hätten wir einen Haken setzen können und sagen: Okay, Cash ist da, Cash ist da. - Und das ist mein Punkt. Das darf nicht mehr reichen. Nur eine Bestätigung von der Bank bei solchen Beträgen - das ist ja Ihr Punkt, den Sie ansprechen -, dann müssen die Prüfungsstandards auch geändert werden und auch, sage ich mal: Liegt da wirklich so viel Cash? Liegt wirklich so



Nur zur dienstlichen Verwendung

viel Cash dann auf Treuhandkonten? - Das muss man auch, sage ich mal, über das hinaus prüfen.

Ich möchte aber auch dazusagen: Das haben die Prüfer ja gemacht, weil sie vorher nicht an die Cash-, sage ich mal, Bankbestätigung rangekommen sind.

Dr. Danyal Bayaz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Vielleicht mit Blick auf die Uhr noch eine ganz andere Frage. Ich würde jetzt mal behaupten, ohne mich da aus dem Fenster zu lehnen, dass dieser Wirecard-Skandal ja auch bei Ihnen im Haus zumindest zu einer krisenhaften Situation geführt hat. Ich glaube ja auch, dass Sie nicht nur sehr viele Anwälte und Berater, sondern wahrscheinlich auch irgendwie Public Affairs möglicherweise irgendwie konsultiert haben, weil es ja auch in der Öffentlichkeit ein Thema ist. Können Sie uns darüber Aufschluss geben, wie viele Ressourcen die Firma EY jetzt sozusagen im Nachgang mit Blick auf die Wirecard-Insolvenz da beansprucht hat?

Zeuge Dr. Christian Orth: Also, die einfachste Antwort wäre, jetzt auf die Geschäftsführung zu verweisen, weil ich jetzt nicht in der Geschäftsführung sitze. Ich kann aber, sage ich mal, aus dem, was ich erlebe und was ich sehe, Ihnen Dimensionen geben, -

Dr. Danyal Bayaz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja, genau.

Zeuge Dr. Christian Orth: - und das möchte ich auch gerne.

Also, es ist ein umfangreiches Team damit beschäftigt, allein die ganzen rechtlichen Verfahren abzudecken. Wir haben ja Berufsaufsicht, Zivilrecht, sage ich mal, die ganzen strafrechtlichen Klagen. Das muss ja alles abgedeckt werden.

Dann gibt es die interne Aufarbeitung der Causa Wirecard. Und wir sagen ja: Was müssen wir besser machen? - Das heißt, allein diese Initiative „Trust in Quality“ - und da kann Ihnen Herr Barth detailliert sicherlich was zu sagen, weil das ein Geschäftsführungsthema ist -, wie wir wieder

auch Vertrauen zurückgewinnen in die Abschlussprüfung - - Ich verstehe alle Ihre Fragen hier. Ja, sie sind völlig berechtigt.

Dr. Danyal Bayaz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Wir machen unseren Job, ja?

Zeuge Dr. Christian Orth: Ja. Ich kann ja auch nur sagen, dass das, was uns vorgelegt wurde - - auch ganz oft jetzt im Nachhinein sich rausstellt, dass das gefälscht ist.

Dr. Danyal Bayaz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Können Sie das - - Trauen Sie sich, das zu quantifizieren, also in Form von Kosten, die da Ihnen dadurch entstanden sind?

Zeuge Dr. Christian Orth: Kosten nicht; ich kann Personen - - also riesige Teams, mehrere Anwaltskanzleien. Wir haben Allen & Overy, wir haben Herrn Knierim, wir haben Clifford - - Nee, nicht Clifford; Freshfields ist es. Pardon, Freshfields! Also, es sind mehrere Anwaltskanzleien damit beschäftigt, weil wir ja nicht nur intern, sage ich mal, die Sachen aufarbeiten wollen, sondern auch, sage ich mal, mit externer Hilfe.

Und die „Trust in Quality“-Initiative: Das war ja auch ein Gedanke, dass man auch Externe hinzuzieht und sagt: Ist das EY eigentlich ernst, was sie da sagen von sich? - Es geht nur darum, aus diesem Umfragetief auch wieder rauszukommen und das Vertrauen hier zurückzugewinnen.

Dr. Danyal Bayaz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Frage ich dann Herrn Barth noch mal genauer.

Zeuge Dr. Christian Orth: Also, ich bitte um Entschuldigung, dass ich die Beträge nicht weiß.

Dr. Danyal Bayaz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Alles klar. - Danke Ihnen.

Vorsitzender Kay Gottschalk: Gut, dann würde ich sagen: Jetzt unterbrechen wir zum Essenfasen bis fünf nach zwei. Das ist eine gute Idee.

Ich unterbreche also unsere Sitzung, und dann setzen wir in einer neuen Runde fort.



Nur zur dienstlichen Verwendung

(Unterbrechung von
13.54 bis 14.15 Uhr)

Vorsitzender Kay Gottschalk: Dann fangen wir an. - Die CDU möchte, Matthias Hauer. Dann bitte ich, die Tür zu schließen, und wir setzen jetzt fort mit den Fragen. - Genau. - Bitte schön, Matthias Hauer.

Matthias Hauer (CDU/CSU): Herr Vorsitzender! - Herr Dr. Orth, ich würde gerne noch mal auf diesen Treuhänder Citadelle zurückkommen. Und zwar hatten Sie mir vorhin dargelegt, dass seitens EY geprüft worden sei, ob dort eine Lizenz vorhanden sei zur Ausübung dieses Treuhandgeschäfts. Ist das korrekt?

Zeuge Dr. Christian Orth: Dann haben Sie mich dahin gehend falsch verstanden. Ich habe gesagt: ob ein Handelsregistrauszug vorliegt. Und Sie hatten mich, glaube ich, danach gefragt, was die Lizenz anbelangt.

Matthias Hauer (CDU/CSU): Ja.

Zeuge Dr. Christian Orth: Ob eine Lizenz erprüft wurde: Ich weiß gar nicht, ob diese Treuhandtätigkeiten in Singapur Lizenzen erfordern.

Matthias Hauer (CDU/CSU): Also, nach dem Trust Companies Act, Kapitel 336, ist für dieses Treuhandgeschäft wohl eine entsprechende Lizenz erforderlich. Ist Ihnen das bekannt?

Zeuge Dr. Christian Orth: Nein.

Matthias Hauer (CDU/CSU): Ist das geprüft worden seitens EY?

Zeuge Dr. Christian Orth: Das kann ich nicht sagen. Müsste ich prüfen.

Matthias Hauer (CDU/CSU): Mhm. Weil die Monetary Authority of Singapore am 3. Juli 2020 eine Mitteilung herausgegeben hat. Da heißt es - natürlich auf Englisch, aber ich übersetze es jetzt mal -, dass die Handelsabteilung CAD, also der Polizei von Singapur, und auch die Währungsbehörde von Singapur, also die MAS, eine ge-

meinsame Untersuchung gegen Citadelle und gegen Senjo aufgenommen haben, und zwar wegen mutmaßlicher Fälschung von Konten und auch der Ausübung eines Treuhandgeschäfts ohne Lizenz nach dem Trust Companies Act. Ist Ihnen das bekannt?

Zeuge Dr. Christian Orth: Dass es in Singapur Allegations - - Pardon, Investigations gibt, ist mir bekannt. Die Behörden, die Sie jetzt gerade da vorgetragen haben, und die Details kenne ich nicht.

Darf ich kurz fragen, Herr Hauer? - Sie sagten: wird vorgeworfen. Ist das auch bestätigt?

Matthias Hauer (CDU/CSU): Ja, gut, es ist auf der Homepage dieser Behörde, dass es diese - -

Zeuge Dr. Christian Orth: Okay. M - A - ...

Matthias Hauer (CDU/CSU): ... - S, Monetary Authority of Singapore.

Zeuge Dr. Christian Orth: Mhm.

Matthias Hauer (CDU/CSU): Und das klingt ja so, als sei dort eine entsprechende Lizenz erforderlich; denn sonst könnte man ja keine Investigations einleiten wegen Ausübung eines Treuhandgeschäfts ohne Lizenz.

Zeuge Dr. Christian Orth: Mhm.

Matthias Hauer (CDU/CSU): Also halte ich fest, dass seitens EY nicht geprüft wurde, ob der Treuhänder Citadelle über eine solche Lizenz verfügt. Ist das richtig? Habe ich das zu Recht festgestellt?

Zeuge Dr. Christian Orth: Ich habe gesagt, dass ich nicht Kenntnis habe, ob das festgestellt wurde. Also, das muss ich überprüfen, ob es dazu Unterlagen gibt, die eine Lizenz, sage ich mal, in den Arbeitspapieren enthält.

Matthias Hauer (CDU/CSU): Ich finde eigentlich, dass - - Oder auch ohne "eigentlich": Ich finde, dass natürlich die Prüfung der Zuverlässigkeit des Treuhänders hier ein ganz wesentlicher Punkt ist, und deshalb hätte ich jetzt erwartet,



Nur zur dienstlichen Verwendung

dass, da wir uns ja auch zum zweiten Mal schon sehen, Sie da entsprechend im Thema sind, was die Prüfung dieser Treuhändersituation angeht.

Zeuge Dr. Christian Orth: Also, Herr Hauer, wie gesagt: 19*, da war der Treuhänder schon weg. Das heißt, beschäftigt* haben wir uns mit den Treuhandkonten für das Geschäftsjahr 19*, und da ging es um Herrn Shan. Ich werde das aber nachverfolgen.

Matthias Hauer (CDU/CSU): Gut; das erwarten wir mit Spannung. - Und zum Stand heute: Was ist Ihnen bekannt, ob Ihnen im Komplex Wirecard zu irgendeinem Zeitpunkt mal gefälschte Unterlagen vorgelegt wurden, irgendwelche gefakten Büros, gefälschte Identitäten bei Kunden? Was können Sie dazu sagen?

Zeuge Dr. Christian Orth: Also, mein Kenntnisstand ist - - Wie gesagt, ich selber war nie Teil der Beobachtung, aber gesehen habe ich die Bankbestätigungen, die eingegangen sind, die uns von den Banken als „spurious“ und „non-authorized“ erteilt sind. Also, das sind Dokumente, die gefälscht wurden, die Originalbankbestätigungen - also originale Bankbestätigungen, aber deren Inhalt unzutreffend ist. Ich habe der Presse Berichte entnommen, dass - -

Matthias Hauer (CDU/CSU): Können Sie das noch mal - - Bleiben wir vielleicht einmal da.

Zeuge Dr. Christian Orth: Ja, gerne.

Matthias Hauer (CDU/CSU): Können Sie noch mal klarstellen: Wer hat Ihnen das vorgelegt? Woher hatte EY diese Dokumente? - Ja, sagen Sie erst mal das vielleicht.

Zeuge Dr. Christian Orth: Also, es ist so, dass die Bankbestätigungen ja im Rücklauf in der Obhut oder in der Hoheit des Prüfers liegen müssen, um den Rücklauf, sage ich mal, zu kontrollieren. Diese Bankbestätigungen haben dann Trackingnummern gehabt. Also, ich möchte jetzt keinen Anbieter nennen, aber es gibt halt - - Wenn Sie ein Paket von A nach B schicken, sehen Sie ja heutzutage, wo das ist, an welchem Schalterpunkt, Flughafen etc. Das heißt, dort gab es eine

Trackingverfolgung. Und es war dann nachher so, dass das Paket, der Umschlag mit der Bankbestätigung, beim Prüfungsteam angekommen ist. Und dort habe ich es dann auch als Original - -

Matthias Hauer (CDU/CSU): Wer hat das abgeschickt? Dass es bei Ihnen angekommen ist, habe ich mir schon gedacht.

Zeuge Dr. Christian Orth: Gut. Das müsste ich jetzt - - Also, es gab ja mehrere Zustellversuche. Deswegen müssen wir wieder differenzieren. Meines Wissens ist im Beisein von KPMG und Herrn Dahmen und den anderen, dieser anderen Delegation, seitens der Bankmitarbeiter der Umschlag überreicht worden mit der Bankbestätigung an Herrn Tolentino. Und der hat diese Bankbestätigung meines Wissens dann auch weitergeleitet.

So, wir haben dann aber ja weitere, sage ich mal, Bestätigungsaktionen angefordert, haben Softcops bekommen; da habe ich die E-Mails gesehen mit den angehängten Dokumenten. Aber die Softcopy reicht nicht aus, sondern wir wollten ja die Hardcopy haben, die dann auch per Post, sage ich mal, mit entsprechender Trackingnummer uns zugeleitet wurde. Und es war entweder direkt von der Bank oder über den Herrn Mark Tolentino, eins von beidem - also und/oder, weil, wie gesagt, wir hatten zwei Banken, und das müsste ich nachschauen.

Matthias Hauer (CDU/CSU): Wo befinden sich jetzt die Originalunterlagen?

Zeuge Dr. Christian Orth: Das entzieht sich grad meiner Kenntnis, aber das könnte ich auch in Erfahrung bringen.

Matthias Hauer (CDU/CSU): Gut. Also, wir versuchen, das zu klären, und werden das Herrn Gottschalk dann auch entsprechend mitteilen.

Vorsitzender Kay Gottschalk: Dann würde jetzt Kollege Güntzler fortsetzen.

Fritz Güntzler (CDU/CSU): Ja. Ich darf, Herr Vorsitzender?



Nur zur dienstlichen Verwendung

Vorsitzender Kay Gottschalk: Gerne, natürlich.

Fritz Güntzler (CDU/CSU): Gut; muss ja alles hier seinen Regeln folgen. - Ich würde gern dort noch mal ansetzen, wo auch Herr Dr. Toncar schon nachgefragt hat. Es geht ja, ich sage mal, um die Auslegung unserer Grundsätzeordnung zu dieser Abschlussprüfung über den PS 302 und der Interpretation. Wir waren uns ja einig, dass die Textziffer 20 oder - - interpretierbar ist, sage ich mal. Und jetzt hat Herr Dr. Toncar ja angesprochen die Stellung- - das Schriftstück des IDW, des Instituts der Wirtschaftsprüfer, was die APAS laut Beantwortung der Bundesregierung auf die Anfrage von Herrn Kollegen Toncar als zutreffend angesehen hat - - wie wir damit umgehen.

Sie sagen zutreffend, dass sich - - Es steht ja vorne: Diese Frage hat die Geschäftsstelle wie folgt beantwortet. - Also, es ist eine Beantwortung der Geschäftsstelle. Aber unabhängig davon, welchen Gehalt dieses -

Zeuge Dr. Christian Orth: Dokument.

Fritz Güntzler (CDU/CSU): - Dokument - ich hätte fast ein anderes schlimmes Wort genannt - hat, ist - - Also, ich habe es so gelesen, als ich es als Erstes gesehen habe, es wäre eine Interpretation des Prüfungsstandards 302, also dass das, was dort niedergelegt ist, noch mal - - Also, im Steuerrecht würde man sagen: BMF-Schreiben. - Also eine Darstellung dessen, wie man handeln müsste! Ich verstehe Sie so, dass Sie sagen, es ist eher eine Rechtsfortbildung, sage ich mal untechnisch. Also, wie ordnen Sie dieses Schreiben ein, dieses Dokument ein?

Zeuge Dr. Christian Orth: Also, ich ordne es ein als eine, sage ich mal, Stellungnahme der Geschäftsstelle, wenn Sie so wollen. Also, es ist etwas, was die Geschäftsstelle entwickelt hat - - und sagt, der Prüfungsstandard sei so zu interpretieren, wie Sie es gesagt haben. Ja?

Fritz Güntzler (CDU/CSU): Ja. Aber das ist ja genau meine Frage: Würden Sie sich denn als EY diese Interpretation zu eigen machen?

Zeuge Dr. Christian Orth: Also, vor dem Hintergrund, dass wir das weiterentwickeln wollen, müssen wir sogar über das hinausgehen, was hier in der Stellungnahme zu lesen ist.

Fritz Güntzler (CDU/CSU): Ja, das will ich ja gar nicht - -

Zeuge Dr. Christian Orth: Aber die Frage ist ja, sage ich mal: Ohne diese Kenntnisse über diesen Fall: Wie hätten wir das ausgelegt? - Da war es bisher so, dass wir keine Bankbestätigung expresse verbis bei Treuhandverhältnissen angefordert haben. Das ist keine Standardprüfungshandlung. Es ist nicht zwingend.

Fritz Güntzler (CDU/CSU): Ja, da kommen wir gleich noch zu. Aber trotzdem weichen Sie mir so ein bisschen aus. Die Frage ist: Ist die Interpretation oder diese Konkretisierung dessen, was in 302 in Textziffer 20 und fortfolgende genannt wird, richtig oder falsch? Teilen Sie die Aus- - Also, wenn hier steht - - Das passt ja, glaube ich, auf das rechtliche Verhältnis, was Sie geschildert habe - ich zitiere -:

Zwar hat die Bank nur gegenüber dem in eigenem Namen auftretenden Treuhänder eine Zahlungsverpflichtung und der Treugeber hat einen entsprechenden Rückübertragungsanspruch gegenüber dem Treuhänder. Wirtschaftlich betrachtet hat der Treugeber jedoch eine Forderung (mittelbar) gegenüber der Bank. Der (Konzern-)Abschlussprüfer wird daher ... aus diesem Grund die Bestätigungsanfrage über das Vorhandensein des Treuguthabens unmittelbar an die Bank richten.

Also, das ist ja ziemlich - -

Zeuge Dr. Christian Orth: Wenn Sie weiterlesen: Sollten aber Hinderungsgründe sein, rechtlicher oder vertraglicher Natur - - Das steht da auch.

Fritz Güntzler (CDU/CSU): Ja, da steht dann:

Sofern die Bank aufgrund des Bankgeheimnisses gegenüber dem



Nur zur dienstlichen Verwendung

... Abschlussprüfer des Treugebers keine Auskunft geben darf, wird der Treugeber durch entsprechende Vereinbarungen mit dem Treuhänder dafür Sorge tragen müssen, dass der Treuhänder das Auskunftersuchen des ... Abschlussprüfers unterstützt.

Da wäre ja dann die Frage, ob Sie das gemacht haben.

Zeuge Dr. Christian Orth: So, und wenn der das nicht unterstützt, dann geht es weiter.

Fritz Güntzler (CDU/CSU): Dann kommen wir zu den alternativen Prüfungshandlungen. Und da sind wir dann auch bei.

Zeuge Dr. Christian Orth: Richtig, exakt.

Fritz Güntzler (CDU/CSU): Ja, aber dann - -

Zeuge Dr. Christian Orth: Und genau diese alternativen - - Pardon! Sie hatten ja gefragt: Unterstützung ich das? - Die alternativen Prüfungshandlungen brauchen wir nicht diskutieren.

Fritz Güntzler (CDU/CSU): Ja, aber dann sind wir uns ja schon mal in einem Punkt einig, dass Sie die Interpretation grundsätzlich richtig finden, die die Geschäftsstelle des IDW hier getroffen hat, sagen aber, in Ihrem Fall hätte das nicht gewirkt, weil die Dinge nicht dort geregelt worden sind, und sie fallen dann sozusagen in die nächste Textziffer - das ist hier nicht durchnummeriert -, in die alternativen Prüfungshandlungen.

Zeuge Dr. Christian Orth: Also, es sind Passagen in der Geschäftsführungsstelle - - Geschäftsstellenstellungnahme, in dem Dokument - - Ich nenne es jetzt „Dokument“, Herr Güntzler. Also, in dem Dokument sind Textpassagen enthalten, die, ich - - sagen würde, die sind richtig. Es gibt aber auch Textpassagen, die die Kausalität und dieses Wenn-dann aus meiner Sicht unzutreffend widerspiegeln. Und genau das sind auch Punkte, die wir im HFA besprochen haben, im Hauptfachausschuss, und die jetzt auch im Arbeitskreis

ISA besprochen werden, dass dieses Dokument auch nicht fein genug differenziert an einzelnen Stellen. Und das ist gerade das - -

Fritz Güntzler (CDU/CSU): Sie haben eben auch gesagt, Sie könnten sich vorstellen, dass man noch über das hinausgeht, was hier drinsteht.

Zeuge Dr. Christian Orth: Ja, zum Beispiel, was wir jetzt auch gemacht haben, zu sagen: per se, auf jeden Fall versuchen, eine Bankbestätigung - das ist eine Pflichtprüfungshandlung - - dass man das als Pflichtprüfungshandlung klassifiziert, egal welche Form von Verhältnissen da sind. Und wenn es dann rechtliche Beschränkungen gibt, dann müssen wir diskutieren, welche alternativen Prüfungshandlungen durchgeführt werden können. Und da geht das Dokument manchmal auch ein bisschen zu kurz. Das wäre auch durchaus in Abhängigkeit des Einzelfalles, und ich hatte Ihnen ja die Beispiele mit CTA-Modellen beschrieben, oder große deutsche Versicherungen verfügen über - -

Fritz Güntzler (CDU/CSU): Aber wir reden ja jetzt über diese Frage.

Zeuge Dr. Christian Orth: Ja, ja, aber der Punkt ist ja der: Wir müssen ja gucken, wie wir es in Gänge adressieren, das Thema.

Fritz Güntzler (CDU/CSU): Das ist dann die Aufgabe in Ihrer anderen Funktion. Aber hier haben wir ja den Fall, und Sie haben ja vorhin auch schon darauf hingewiesen, dass der Abschlussprüfer, der Wirtschaftsprüfer, eigenverantwortlich tätig ist und die Prüfungsstandards -

Zeuge Dr. Christian Orth: Auslegen muss, leben muss.

Fritz Güntzler (CDU/CSU): - nicht sklavisch anwenden muss, aber eben leben muss. Und das ist ja hier eine Auslegung. Und ich nehme jetzt mit, dass Sie die grundsätzlich eigentlich teilen, aber Sie sagen, in diesem Fall, über den wir hier reden, das nicht greifen würde, weil die Befreiung vom Bankgeheimnis nicht erreicht worden wäre.



Nur zur dienstlichen Verwendung

Dann wären wir ja bei den alternativen Prüfungshandlungen. Und da habe ich Sie vorhin so verstanden, dass diese Bestätigungen, die Ihnen von den Treuhändern vorliegen, ausreichend waren, ein ausreichender Prüfungsnachweis für die Existenz der Treuhandkonten.

Zeuge Dr. Christian Orth: Ich hatte gesagt, das war eine der Prüfungshandlungen. Also, wir haben die Bestätigungen des Treuhänders, wir haben die Bestätigung der Einzahlung der drei TPAs - das heißt, wir haben auch die Einzahlungen -, wir haben die Hintergrundrecherchen mit dem Hinweis von Herrn Hauer, dass wir da jetzt noch mal gucken müssen, ob die Lizenzierung auch geprüft wurde, wir haben auch Testtransaktionen. Das heißt, alles, was letzten Endes dazu führte, dass diese Bankbestände sich kumulierten auf den Treuhandkonten, wurde von dem Prüfungsteam auch adressiert. Das sind aber in Ihrem Terminus technicus zusätzliche alternative Prüfungshandlungen.

Fritz Güntzler (CDU/CSU): Und sie sind ja - sonst hätten sie ja nicht testiert - zum Ergebnis gekommen, dass diese Handlungen -

Zeuge Dr. Christian Orth: „Sie“ kleingeschrieben?

Fritz Güntzler (CDU/CSU): - „sie“ klein - ausreichende Prüfungsnachweise sind, um zum Testat zu kommen.

Und jetzt haben wir natürlich hier die Fragestellung, dass, wenn wir uns den KPMG-Bericht anschauen - und Kollegin Kiziltepe hat es vorhin ja schon angesprochen, dass Herr Geschonneck ziemlich deutlich gemacht hat: da bedarf es keiner forensischen Prüfung, um das festzustellen - Und die haben ja ziemlich deutlich in ihrem Bericht niedergelegt, dass keine Aussage getroffen werden kann, ob die Umsatzerlöse existieren und der Höhe nach usw. Und insoweit liegt ein Untersuchungshemmnis vor. Wir kennen ja in der Abschlussprüfung den Begriff des Prüfungshemmnisses. Sie wissen, was das auslöst. Da steht ja irgendwie Aussage gegen Aussage. Wie lösen wir das Problem auf?

Zeuge Dr. Christian Orth: Nicht ganz, und ich muss schmunzeln; das wird jetzt sehr technisch. - Aber wir haben ja den Unterschied zwischen Prüfungshemmnis mit hinreichender Sicherheit und Untersuchungshemmnis mit absoluter Sicherheit bei der forensischen Untersuchung. Hinzu kommt, dass der Forensiker - in diesem Falle der Kollege Geschonneck - auch gesagt hat: Ich möchte eigene Belege haben und verlasse mich nicht auf Kopien oder Screenshots, die in Augenschein genommen wurden. - Das ist der PS 300, Herr Güntzler. Eine Inaugenscheinnahme ist ja auch eine Prüfungshandlung, sicherlich nicht die einzige. Also, zusätzlich zur Befragung und weiteren Prüfungsnachweisen, die eingeholt wurden, muss man immer die Gesamtheit nachsehen.

So, für Herrn Geschonneck war es so: Er wollte für sich entsprechende Bankbestätigungen haben und hat sie nicht erhalten, wenn ich das richtig verstanden habe. Und insofern hat er auch keine, sage ich mal, Nachweise für seine Untersuchung erlangt. So. Seine Aussage, die ich so nicht teile, ist, dass er sagt: Das sind doch Prüfungshandlungen, die - - Es fehlen einfach angemessene und ausreichende Prüfungsnachweise. - Und das würde ich sogar bestätigen, wenn wir, wie Sie es gerade vorgetragen haben, sagen: Ich brauche eine Bankbestätigung.

Fritz Güntzler (CDU/CSU): Aber die Bankbestätigung ist ja kein Selbstzweck, sondern sie ist ja nur ein Prüfungsnachweis.

Zeuge Dr. Christian Orth: Genau, sie ist ein Prüfungsnachweis. Wenn wir jetzt aber sagen: „Da kommen wir nicht ran“, dann kommen wir da auch in den Bereich der alternativen Prüfungshandlungen. Richtig? Und da sind wir sogar auch außerhalb der Diskussion: Ist der 302 Textziffer 20 so zu lesen oder so rum zu lesen? - Es geht ja darum, Prüfungssicherheit zu generieren.

So, und diese Prüfungsnachweise, die das Prüfungsteam generiert hat, hat das Prüfungsteam dahin gehend gewürdigt, dass mit den Nachweisen vom Treuhänder, mit den Nachweisen von den Third Party Acquirern, mit der Hintergrundrecherche, mit den Testtransaktionen, die sie



Nur zur dienstlichen Verwendung

durchgeführt haben, und mit den weiterhin - - also allen in Summe erlangten Prüfungshandlungen - - angemessene und hinreichende Prüfungssicherheit erlangt haben und angemessene und ausreichende Prüfungsnachweise generiert haben.

Fritz Güntzler (CDU/CSU): Das Problem ist nur: Nachher war es nicht da.

Zeuge Dr. Christian Orth: Ja.

Fritz Güntzler (CDU/CSU): Das ist ja das Dilemma, in dem wir uns befinden. Ihre Prüfer sagen - jetzt sage ich mal: „Sie“ nicht kleingeschrieben -: Es ist alles getan worden, um die Existenz nachzuweisen mit hinreichender Sicherheit. - Und auf einmal waren sie nicht da. Und wir haben ja mehrfach gesprochen hier: Ein Viertel der Bilanzsumme war einfach nicht da.

Zeuge Dr. Christian Orth: Ja.

Fritz Güntzler (CDU/CSU): Und wir haben ja über Vertrauen in Kapitalmärkte vorhin gesprochen, und das ist das erhebliche Dilemma, in dem wir leben. Und Herr Geschonneck hat das etwas anders dargestellt, was das Untersuchungshemmnis angeht, dass das eben nicht so auf absolute Sicherheit gerichtet ist. Und wir haben ja auch gestern - und ich glaube, der Kollege Hauer hat vorhin schon nachgefragt - auch den letzten Aufsichtsratsvorsitzenden gehört, der gesagt hat, dass es da elementare Unterschiede gab zwischen der KPMG und Ihrem Haus in der Vorgehensweise, dass die KPMG auch eigentlich vertreten hatte, dass auch Sie das hätten machen müssen.

Zeuge Dr. Christian Orth: Ja. Ich habe mir erlaubt, Herr Güntzler, den PS 210 mitzubringen, in dem auch noch mal -

Fritz Güntzler (CDU/CSU): Den habe ich auch hier.

Zeuge Dr. Christian Orth: - ja, wunderbar - das ja dargelegt wird, dass die Erlangung von Prüfungsnachweisen durch den Abschlussprüfer und die Erlangung des Eindrucks, man hätte halt entsprechend angemessene und ausreichende

Prüfungssicherheit erlangt, sage ich mal - - durchaus passieren kann, dass man dahin kommt und sich im Nachhinein herausstellt, dass man hier gefälschte Unterlagen etc. vorliegen hat, insbesondere - steht hinten, in den hinteren Textziffern - wenn auch das Topmanagement - - also Vorstands-Fraud vorliegt. Insofern: Da sind wir als Abschlussprüfer leider nicht gefeit.

Fritz Güntzler (CDU/CSU): Und da schließt sich genau der Kreis zu meinen beiden Fragerunden, weil darum habe ich ja genau am Anfang Sie gefragt, wie Sie das Management im Rahmen der Risikobeurteilung eingeschätzt haben.

Zeuge Dr. Christian Orth: Ja.

Fritz Güntzler (CDU/CSU): Und wenn Sie hier diejenigen mit dem Wissen von heute fragen würden, die das - - sann hätten Sie eine klare Meinung, wie Sie das Management einzuschätzen hätten. Und darum habe ich Sie ja vorhin so konkret gefragt, weil ich verstehe oder habe eine gewisse Sympathie dafür, dass man nicht weitergräbt, wenn man keine anderen Hinweise hat. Aber Sie sind ja in einem Umfeld hier tätig, wo es erhebliche Zweifel an der Integrität des Managements gab, und trotzdem haben Sie es dort nicht ausgeweitet.

Zeuge Dr. Christian Orth: Also, es wurde ja ausgeweitet in Bezug auf genau diese Allegations, in Bezug auf genau diese Vorstände, das heißt in persona Jan Marsalek, der ja hier der zuständige COO für Asien war. In diese Richtung wurde ja, ich nenne es jetzt mal, ermittelt sogar. Das heißt, wir haben auch hier forensische Prüfungshandlungen durchgeführt, erweiterte Prüfungshandlungen.

Es gab Anwaltskanzleien, die sich das alle angeguckt haben, und auch nachher, sage ich mal, KPMG. Bei allem Respekt: Auch KPMG wurde eine Dezemberscheibe vorgegaukelt. Wenn Sie in den Bericht gucken, in den Berichtsentwurf, datieren* vom 12. Juni mit Stand 10. Juni: Das spricht für die Existenz der Treuhandkonten und auch für die Existenz des TPA-Geschäftes. Ich sage mal: Wir wurden hier vorgeführt.



Nur zur dienstlichen Verwendung

Fritz Güntzler (CDU/CSU): Würden Sie denn - - Ich muss da mal ein bisschen auf die Uhr gucken.

(Der Vorsitzende schüttelt den Kopf)

Eine Minute, ne? Er muss ja auch noch antworten. Also, ich antizipiere die Antwort immer, Herr Vorsitzender.

Vorsitzender Kay Gottschalk: Das war jetzt einfach so ein resignatives Kopfschütteln.

Fritz Güntzler (CDU/CSU): Was ich mich frage, Herr Orth: Sie haben ja auch dargestellt, was jetzt in Ihrem Hause passiert. Es geht ja nicht nur darum, Vertrauen sozusagen - - Doch, es geht darum, Vertrauen zurückzugewinnen; aber das macht man ja auch damit, indem man sagt: Wir haben auch Fehler gemacht.

Also, ich nehme Ihren Aufklärungswillen tatsächlich wahr - ich hoffe, die Kollegen auch, oder das muss jeder für sich selbst subjektiv beurteilen -, aber was mir so fehlt - das fehlt mir aber hier so oft in diesem Untersuchungsausschuss -: Entweder waren alle nicht zuständig, und alle haben alles so richtig gemacht. Und dann wundert einen, warum das Ergebnis dann so ist, wie es jetzt ist.

Darum die Frage - jetzt ist die Frage: jetzt können Sie sich nicht selber belasten; das ist natürlich auch wieder ein Dilemma, aber ich stelle sie trotzdem, diese Frage -: Haben Sie alles richtig gemacht?

Zeuge Dr. Christian Orth: Also, um dem Dilemma zu entgehen, Herr Güntzler: Wir versuchen wirklich, den Ursachen auf den Grund zu gehen. Und wenn es tatsächlich Dinge sind, die, sage ich mal, hier, jetzt neutral formuliert, Verbesserungsbedarf aufzeigen, dann werden wir das auch umsetzen, denn sonst - - Ich formuliere es andersrum. Ein zweites Wirecard wollen wir nicht und können wir uns auch nicht leisten. Insofern haben wir schon ein Eigeninteresse, dass das nicht noch mal vorkommt. Können wir es mit absoluter Sicherheit ausschließen, Herr Güntzler?

Ich glaube, wir alle können das nicht, kein Prüfer kann das.

Fritz Güntzler (CDU/CSU): Ja, also, darum prüfen wir ja mit hinreichender Sicherheit und nicht mit absoluter, aber trotzdem wollen wir das Risiko minimieren. Die Frage, die sich alle hier immer wieder stellen lassen müssen: Ist die Risikolage richtig eingeschätzt worden? Sind die Dinge zusammengetragen worden, die über die Jahre vorgebracht worden sind und teilweise auch durch Verwaltungshandeln negiert worden sind, leider?

Zeuge Dr. Christian Orth: Sie sehen mich hier so ein bisschen zerknirscht, weil die Frage stelle ich mir ja auch. Vieles ist natürlich - - Als Prüfer sehen Sie was. Dann gehen Sie dem nach. Dann kriegen Sie was vorgelegt, dann sagen Sie: Hm, dann passt es doch. So, und dann passiert das über mehrere Jahre. Dann hat man schon eine kritische Grundhaltung, die sich, sage ich mal, verschärft, und man guckt dann auch noch mal. Und wenn dann wieder - -

Dann kommt der Forensiker mit an Bord, und immer wieder wird erweitert, erweitert, erweitert, was ja auch das Stundenvolumen auf diesem Auftrag deutlich macht. Die Kollegen haben wirklich - - sind den Vorwürfen nachgegangen und haben auch alles noch mal versucht, doppelt und dreifach abzusichern.

Wo der Fehler, den Sie „Fehler“ nennen, wo jetzt hier die Knackstelle ist: Jeder sieht das anders. Wir wissen aber bis heute leider nicht - - Und ich glaube, das wäre hilfreich für uns alle, auch für die Aufklärung, wenn wir jetzt wüssten: Ist das hier alles Fake gewesen, oder gab es das Geld wirklich auf den Treuhandkonten, und war das ein Riesenbankraub*?

Fritz Güntzler (CDU/CSU): Aber Sie denken da nicht drüber nach, dass man vielleicht 2017 den konsequenten Weg, den Sie ja eingegangen sind - - wenn Sie den konsequent durchgegangen wären.

Vorsitzender Kay Gottschalk: Kollege Güntzler?



Nur zur dienstlichen Verwendung

Fritz Güntzler (CDU/CSU): Also, ich habe jetzt die Zeit nicht, aber wenn ich die Aufsichtsrats-sitzung vom 5. April 2017 und Ihre Präsentation - die darf ich hier ja nicht vortragen - mir angucke, dann wundert man sich schon über das Urteil.

Zeuge Dr. Christian Orth: Ja, ich war seinerzeit nicht dabei. Insofern ist es wirklich schwer für mich, das auch dann wirklich zu beurteilen, für uns alle; ja.

Vorsitzender Kay Gottschalk: Ich unterbreche nur ungern den Plausch unter sozusagen ja auch Kollegen. Ich wollte eigentlich gar nichts mehr groß fragen, aber jetzt muss ich ja doch, weil Sie gesagt haben: Das war irgendwie so ein Betriebs-unfall. - Fritz Güntzler und die anderen Kollegen haben es ja auch gesagt, jeder hat es ja, glaube ich, gesagt: Keiner ist schuld, und aus den Fehlern wollen wir lernen.

Ich glaube, wenn Sie sich 2016 das auch anschauen, was ich mir angeschaut habe, was ich vorhin gesagt habe, dann bleibe ich bei meiner Aussage: 2016 - aus welchen Gründen auch immer, das mögen andere klären - haben Ihr Unternehmen und die Prüfer einfach die falsche Ausfahrt gewählt. Warum, müssen andere klären. Da bleibe ich dabei: Das wäre nicht nur zu vermeiden gewesen, wenn wir alles heute - - Das ist noch nicht mal die Schlussfolgerung: Am Ende sind wir klüger, weil Herr Jaffé - - Ich habe es gestern - ich glaube, die Kollegen haben es ja auch ausgeführt - - 2016 war klar - das hat der Insolvenzverwalter gesagt -: Das TPA-Geschäft war tragend. Nimmt man das TPA-Geschäft ab 2016 weg: negativer Cashflow.

Das für sich genommen, ist eine interessante Information. Wenn ich Ihnen jetzt sage: 2016, dieses Memo, in dem Sie eben - nochmals: ich will es jetzt nicht noch mal aufzählen - alles richtig feststellen, nur eben aus eins und eins nicht zwei, sondern komischerweise vier oder fünf machen, das müssen Sie klären. Das können Sie sich auch anschauen. Machen Sie es nicht dieses Wochenende, weil das würde ich Ihnen damit versauen.

(Der Zeuge lacht)

Machen Sie es am Montag. Das ist immer so ein Tag, da passt so was. Gucken Sie es sich da an.

Also, insoweit kann ich das an der Stelle eben nicht glauben. Wenn man dann eben noch sagt: „Die vielen anderen Hinweise, die es gab“, dann glaube ich das eben nicht. - Das wollte ich noch hier bemerken und vielleicht einfach noch kurz nur fragen: Den Aufsatz von Professor Marten in „Der Betrieb“ aus Juni 2020, den kennen Sie?

Zeuge Dr. Christian Orth: Oh ja, den kenne ich. Den haben wir im HFA intensivst diskutiert.

Vorsitzender Kay Gottschalk: Kann ich mir vorstellen.

Zeuge Dr. Christian Orth: Es gibt auch eine Replik von Herrn Lenz und eine Duplik wieder dann von Herrn Marten. Also, die Hochschullehrer fechten das aus.

Vorsitzender Kay Gottschalk: Haben die da mal gesagt, wie das so zustande gekommen ist, diese durchaus unterschiedlichen Ansichten? Ich habe ja so gedacht, als ich drauf guckte: Mensch, guck mal, gutes Timing irgendwie für den Aufsatz.

Zeuge Dr. Christian Orth: Also, Herr Marten hat sich im HFA dazu erklärt, weil es kam ja auch Kritik aus der Geschäftsstelle in Bezug auf Herrn Marten und seine Positionen, die nicht von der Geschäftsstelle geteilt wurden, die Professor Marten dann auch verteidigt hat in der HFA-Sitzung, also in großer Runde.

Vorsitzender Kay Gottschalk: Ja.

Zeuge Dr. Christian Orth: Und es gab auch den Vorwurf, das IDW hätte das lanciert. Das hat er dann auch noch mal klargestellt, dass das mitnichten so sei. Und auch seitens des IDWs kann ich mir schlechterdings vorstellen, dass etwas lanciert wird, wenn es dann so, -

Vorsitzender Kay Gottschalk: Klar.

Zeuge Dr. Christian Orth: - ich nenne es jetzt, zerrissen wird in der HFA-Sitzung. Ich habe



Nur zur dienstlichen Verwendung

mich aus der Diskussion rausgehalten. Als Betroffener ist das dann an der Stelle wirklich einfach angebracht, -

Vorsitzender Kay Gottschalk: Kluge Entscheidung.

Zeuge Dr. Christian Orth: - nur zuzuhören und die Argumente, sage ich mal - - dem Austausch der Argumente zu folgen.

Vorsitzender Kay Gottschalk: Kennen Sie Marktteilnehmer, die diese Position von Herrn Marten zu dem Zeitpunkt geteilt haben?

Zeuge Dr. Christian Orth: Es gibt verschiedene Schriften, die ansatzweise auch in die Richtung gehen. Er war jetzt der Erste und hat eigentlich diese ganze Diskussion ausgelöst. Also eigentlich, muss man sagen, ein geschickter Schachzug von ihm, weil er jetzt, sage ich mal, First Mover war.

Vorsitzender Kay Gottschalk: Aber das war nie die Position Ihres Hauses, die dort - -

Zeuge Dr. Christian Orth: Also, ich habe teilweise, sage ich mal - - Gerade im Beitrag sind auch Positionen, die ich so nicht unterschreiben würde, ja, auch zum internen Kontrollsystem. Das haben wir im HFA diskutiert: Das kann man auch anders sehen.

Vorsitzender Kay Gottschalk: Es ist wie in der Juristerei: zwei Juristen, drei Meinungen. Gut.

Zeuge Dr. Christian Orth: Gut, aber - -

Vorsitzender Kay Gottschalk: Nee, ich wollte ja eigentlich nicht mehr so viel fragen, weil ich habe, glaube ich, heute meinen Beitrag gemacht. Lesen Sie das bitte am Montag, wie gesagt. Können wir auch telefonieren am Montag. Also, ich bin immer auf Empfang. Aber ich glaube, dann werden Sie sagen: Okay, vielleicht hatte der Gottschalk hier recht, was er festgestellt und gefunden hat. Gut. - Dann geht es weiter mit Frau Kiziltepe. Bitte schön.

Cansel Kiziltepe (SPD): Vielen Dank, Herr Vorsitzender. - Ich wollte noch mal zurückkommen auf die Anzeige. Sie hatten ja gesagt, Herr Orth, Sie möchten das am Ende der Befragungsrunde sagen, und dann passierte das dazwischen. Und ich hatte nicht die Gelegenheit, auch was dazu zu sagen, und das würde ich gerne jetzt tun.

Ich hatte am 14. Dezember Anzeige erstattet aufgrund unstimmgiger Aussagen gegen Herrn Orth; das ist richtig. Mir ist bekannt, dass die Ermittlungen aufgenommen wurden; aber dass sie abgeschlossen wurden, habe ich heute über Sie erfahren. Das ist auch gut, Sie haben das ja auch dann richtiggestellt. Sie hatten allerdings an diesem besagten 26. November letzten Jahres eben das so nicht dargestellt, und das war die Grundlage für dieses Vorgehen.

Damals wussten Sie weder von der Anzeige - - oder haben Sie hier im Ausschuss gesagt, nicht von der Anzeige der APAS gegenüber EY oder Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern zu wissen, haben sich dann ein bisschen verfangen usw. - - und genau. Aber heute haben Sie es ja noch mal klargestellt. Wäre das auch da so gewesen - -

Zeuge Dr. Christian Orth: Also, vielen Dank dafür.

Cansel Kiziltepe (SPD): Ja, alles gut. - Dann wollte ich „Project Ring“ - - Dazu komme ich auch noch gleich, wollte Sie aber fragen, ob Sie Ron Franke kennen.

Zeuge Dr. Christian Orth: Der Name sagt mir was. Ich kann ihn gerade nicht zuordnen. Den Namen habe ich schon mal gehört.

Cansel Kiziltepe (SPD): Herr Ron Franke ist zuständig für das External Reporting bei der Wirecard AG, war 2014 noch Wirtschaftsprüfer für die Wirecard AG.

Zeuge Dr. Christian Orth: Kann das sein, dass das ein -

Cansel Kiziltepe (SPD): EY meine ich, Entschuldigung.



Nur zur dienstlichen Verwendung

Zeuge Dr. Christian Orth: - ehemaliger Mitarbeiter ist, der uns aber vor einigen Jahren verlassen hat und zwischenzeitlich woanders war, glaube ich. Kann das - -

Cansel Kiziltepe (SPD): Genau. Er war 2014 noch EY-Prüfer bei Wirecard, wechselte dann zu einer anderen Wirtschaftsprüfungsgesellschaft -

Zeuge Dr. Christian Orth: So rum, ja.

Cansel Kiziltepe (SPD): - und ist seit 2017 bei Wirecard beschäftigt gewesen. Ich weiß nicht, wo er jetzt im Moment ist oder seit letztem Jahr ist.

Zeuge Dr. Christian Orth: Also, ich kenne ihn persönlich nicht, aber daher kam mir jetzt auch der Name bekannt vor: Ron Franke, also ehemaliger Mitarbeiter, sagen Sie.

Cansel Kiziltepe (SPD): Okay. Genau, Ron Franke und Herr Fichtelberger, der auch die Prüfungen bei Wirecard macht - - seit über zehn Jahren machte, kennen sich auch sehr gut. - „Project Ring“: 2016 hat ein Mitarbeiter von EY Indien eine Warnung an EY - hier kommt Stuttgart zum Zuge; ich hatte mich vorhin genau - - an EY Stuttgart gesendet. In dieser Warnung sagt er, dass dieser Fonds auf Mauritius EMIF 1A eben als Vehikel des Senioremanagements zu sehen sei. Er wirft auch Wirecard-Beschäftigten Bestechlichkeit vor. Und im September werden Sie beauftragt, hier eine forensische Prüfung zu machen, die dann auch seinen Weg nimmt usw. usf.

Herr von Erffa war ja gestern hier, und ich hatte ihn gefragt, ob er im Rahmen dieser Prüfung auch interviewt wurde. Kennen Sie die genauen Details zu dieser Prüfung?

Zeuge Dr. Christian Orth: Also, ich habe mich kundig gemacht, Frau Kiziltepe, um hier auch dann sprachfähig zu sein, soweit ich jetzt die Informationen vorliegen habe. Also, das „Project Ring“ ist eine unabhängige Sonderuntersuchung gewesen, die zwischen September 2016 und April 2018 abgelaufen ist. Es ging hier in der Tat um diesen indischen Whistleblower, den Sie gerade angesprochen haben. Hintergrund - -

Cansel Kiziltepe (SPD): Der war aber ein EY-Mitarbeiter, ne?

Zeuge Dr. Christian Orth: Also, es war etwas differenzierter. Insofern, wenn Sie die Zeit haben, würde ich es ganz schnell versuchen zu erklären. Wir haben im Prinzip diese Hermes-Transaktion gehabt mit GI Retail, mit Indian Retail. Und der CEO hat diese Behauptung aufgestellt. Und unser Kollege hat dann, sage ich mal - - Unser Kollege, gegenüber dem diese Äußerungen getätigt wurden, hat das gewhistleblowed, sozusagen. Das heißt, es kamen Behauptungen seitens des Mandanten, die unser Prüfer gemeldet hat, nach Stuttgart.

Cansel Kiziltepe (SPD): Okay.

Zeuge Dr. Christian Orth: Also insofern, die Frage ist immer: Wer ist Whistleblower? Das geht nämlich manchmal auch durcheinander. Der Whistleblower ist natürlich zunächst mal die ansprechende Person, die dann auch einen Bestechungsversuch gemacht haben soll. Da geht es ja auch so ein bisschen - - Anschuldigungen hin und her. Aber entscheidend ist: Es war diese Einheit, die GI-Retail-Gruppe, bei der dieser Vorfall aufgetreten ist.

Cansel Kiziltepe (SPD): Okay. - Was ist eigentlich aus dem Whistleblower geworden?

Zeuge Dr. Christian Orth: Das Whistleblowing wurde verfolgt, also im Sinne von: Wir haben ja auch hier ein entsprechendes Prozedere bei uns im Hause, wenn so was hochkommt. Es ist so, dass die Person, die die Vorwürfe hochgebracht hat, dass Herr von Erffa an bestimmten, sage ich mal, EBITDA-Kennzahlen schrauben - Pardon für den Ausdruck; ich gebe das jetzt so wieder, wie es mir berichtet wurde - würde. Das hat er geäußert gegenüber unserem Prüfer. Und er hat auch gesagt, dass auch wohl das Management in Deutschland - also, der Begriff „Management“ ist gefallen; das kann Manager sein oder kann auch Vorstand sein, deswegen bin ich da vorsichtig mit der Aussage - dahinterstecken würde. Das ist diese Geschichte mit dem EMIF 1A.



Nur zur dienstlichen Verwendung

Also haben wir zwei Vorwürfe: einmal, dass EBIT-Zahlen manipuliert wurden, und das Zweite ist, dass der EMIF 1A eine Begünstigung vom Management in Deutschland bedeutet.

Cansel Kiziltepe (SPD): Ja. Was ist aus dem Mitarbeiter geworden in Indien?

Zeuge Dr. Christian Orth: Der Kollege ist nach wie vor da, wurde aber aus - - Als Vorsichtsmaßnahme wurde das Prüfungsteam ausgetauscht. Es ist auch so, dass der seinerzeitige CEO, der diese Behauptung - -

Cansel Kiziltepe (SPD): Aber was hat er denn gemacht? Er hat eine Information weitergegeben, die zu berücksichtigen ist.

Zeuge Dr. Christian Orth: Ja, es kam noch ein Vorwurf; da war ich jetzt gerade. Es kam ja noch der Vorwurf, dass man ihm angeboten hat, gegen Geld das durchzuwinken. Ja, und dann war eine Aussage - -

Cansel Kiziltepe (SPD): Was durchzuwinken?

Zeuge Dr. Christian Orth: Die Abschlüsse, die manipulierten Abschlüsse.

Cansel Kiziltepe (SPD): Dem EY-Mitarbeiter, der EY Stuttgart gemeldet hat: Hier läuft irgendwas nicht richtig.

Zeuge Dr. Christian Orth: Der EY-Mitarbeiter in Indien, der Stuttgart gemeldet hat. Also gab es eine Situation, dass zwei Aussagen gegenüberstanden über Bestechungsversuche und Manipulation. Dann wurde die Konsequenz gezogen, dass hier der Kollege von dem Mandat genommen wurde.

Cansel Kiziltepe (SPD): Und von wem kam diese Information?

Zeuge Dr. Christian Orth: Von wem kam die Information? Das war der CEO von - Moment, darf ich kurz?

(Der Zeuge liest in seinen
Unterlagen)

Hermes, wenn ich das richtig verstanden habe. Ich schaue mal, ob ich einen Namen habe.

Cansel Kiziltepe (SPD): Aus den Unterlagen, die uns vorliegen, geht hervor, dass nach diesem Vorfall im Mai 2016 der Wirecard-Vorstand sich eindringlich darum bemüht hat, dass Herr Loetscher diesen EY-Teamleader austauscht.

(Dem Zeugen werden Unterlagen vorgelegt)

Zeuge Dr. Christian Orth: Der ist auch ausgetauscht worden.

Cansel Kiziltepe (SPD): Ja, genau.

Zeuge Dr. Christian Orth: Es ist das Team ausgetauscht worden, auf beiden Seiten.

Cansel Kiziltepe (SPD): Es suggeriert irgendwie: In Indien passiert irgendetwas. Der EY-Mitarbeiter sieht: „Da gibt es Ungereimtheiten“, meldet das EY Stuttgart. Forensische Prüfungen werden gemacht. Ich weiß aber nicht, inwiefern das gemacht wurde, weil ich gestern Herrn von Erffa gefragt hatte, ob auch seine E-Mails durchgegangen wurden, und er hat das verneint. Und dann wird dieser EY-Mitarbeiter Indien, der Whistleblower, einfach mal ausgetauscht.

Zeuge Dr. Christian Orth: Ja. Also, das Prozedere ist doch, dass hier eine Anschuldigung gegen einen Kollegen vorlag, der geprüft hat. Wir haben ein neues Team auf dieses Mandat geschickt, was eine neuerliche Prüfung durchgeführt hat, um sicherzustellen, dass hier auch die Abschlüsse ordnungsgemäß sind. Das ist die Information - -

Cansel Kiziltepe (SPD): Wie hieß eigentlich dieser EY- -

Zeuge Dr. Christian Orth: Ich habe jetzt hier in dem Dokument weder den Namen des - ich habe jetzt „CEO“ gesagt; es kann auch der CFO gewesen - - noch unseres Kollegen.

Cansel Kiziltepe (SPD): Und wurde nur er ausgetauscht oder das gesamte Team?



Nur zur dienstlichen Verwendung

Zeuge Dr. Christian Orth: Also, mir wurde berichtet: das gesamte Team.

Cansel Kiziltepe (SPD): Okay. Weil es geht dann weiter: Also, erst wird dieser Whistleblower, der gewarnt hat: „Hier läuft irgendwas nicht gut“, ausgetauscht, sein Team wird ersetzt. Und dann will man plötzlich auch EY da abziehen, weil eine indische Prüfungsgesellschaft dann im kommenden Jahr die Prüfung machen soll. Bestätigen Sie auch?

(Der Zeuge berät sich mit seinem Rechtsbeistand)

Und Herr Ron Franke schreibt hier Herrn Ley genau die Argumentationslinie auf, wie man das gegenüber EY auch erklären kann. Das Hauptargument dabei ist: EY India sei nach dem „Project Ring“ nicht mehr neutral genug, um hier eine Prüfung fortsetzen zu können.

(Dem Zeugen werden Unterlagen vorgelegt - Der Zeuge sowie sein Rechtsbeistand nehmen Einsicht)

Zeuge Dr. Christian Orth: Also, der Schriftverkehr ist mir neu. Der Sachverhalt, wie gesagt, ist mir bekannt, dass wir, sage ich mal, ein Prozedere her- - dann auch aus Stuttgart heraus gesagt haben: Es macht hier Sinn, das Prüfungsteam auszutauschen. Also, es war nach meinem Kenntnisstand keine Entscheidung vom Prüfungs- -

Cansel Kiziltepe (SPD): Weil offensichtlich wusste Herr Loetscher nicht von diesem Austausch. Also, diese E-Mail mit der Argumentationslinie ist vom November 2017. Und dann gibt es noch eine E-Mail von Herr Loetscher an Herrn Ley, auch vom November, nach dieser Mail von Herrn Loetscher. Und da ist Herr Loetscher sehr überrascht über diesen Austausch, und man kann hier erkennen - - Möchten Sie das vielleicht haben, diese E-Mail?

(Dem Zeugen werden Unterlagen vorgelegt - Der Zeuge sowie sein Rechtsbeistand nehmen Einsicht)

Zeuge Dr. Christian Orth: Das wäre sehr nett. Also, ich würde dem noch mal nachgehen, Frau Kiziltepe. Es ist hier von Pro und Kontras die Rede in diesem Schreiben. Das heißt, es wird hier diskutiert, was dafürspricht und was dagegen. Und wir müssten dem dann noch mal genau nachgehen, was da jetzt tatsächlich dann - - wer was initiiert hat. Also, Fakt ist, dass das Team ausgetauscht wurde, nach meinem Kenntnisstand.

Cansel Kiziltepe (SPD): Genau. Also, es wurde dann ausgetauscht, und EY wurde auch aufgrund der Nichtneutralität abgezogen von der Prüfung. Und man hat dann dort eine indische Prüfungsgesellschaft beauftragt, die Prüfung zu machen. Also, ich erwähne das auch nur, weil das eben so aussieht, als ob hier alles wieder freigemacht wird, damit nichts entdeckt wird.

Zeuge Dr. Christian Orth: Das würde aber heißen, dass die indische Prüfungsgesellschaft dann nicht richtig prüft oder - -

Cansel Kiziltepe (SPD): Ja, das ist mal nicht ein Vorwurf gegen EY, sondern gegen - -

Zeuge Dr. Christian Orth: Ach so, okay. Ich versuche, das gerade einzuordnen. Danke.

Cansel Kiziltepe (SPD): Ja. Genau, aber sehr interessant auf jeden Fall. - Ich wollte noch mal zurückkommen auf diese Beraterverträge. Da war ich ja stehen geblieben in meiner ersten Runde. Und ich hatte Sie gefragt, ob das üblich ist, ob das die Unabhängigkeit nicht gefährdet, wenn aktive Prüfer im Unternehmen, hier in diesem Fall Herr Fichtelberger, von sich aus an den Vorstand herantreten und Vorschläge oder das Transformationsprojekt vom Prüfer- zum Beratervertrag vorstellen wollen und auch in diesen Gesprächen beteiligt sein werden. Und das passiert am 1. Februar 2018, sprich: kurz vor der Testaterteilung für das vorausgegangene Jahr.

Zeuge Dr. Christian Orth: Das müsste circa zwei Monate vorher gewesen sein.

Cansel Kiziltepe (SPD): Ja.



Nur zur dienstlichen Verwendung

Zeuge Dr. Christian Orth: Gut. Es ist so, dass das Prüfungsteam ja zunächst mal nur während der Prüfung vor Ort ist. Insofern: Ich kann zu dem Prüfungszeitpunkt - - Warum jetzt genau am 1. Februar - war das, glaube ich - diese Ansprache erfolgt ist, kann ich nicht beurteilen. Dazu müsste ich, müssten wir Herrn Fichtelberger fragen. Es ist aber so, wie ich eingangs gesagt habe, dass bei einem Challenge* Shift, das heißt, aufgrund der Rotationsregeln, die meisten Gesellschaften, also die meisten großen Gesellschaften immer auch einen Berater benötigen. Und dann ist es wichtig, dass hier keine Inhabilität entsteht.

Cansel Kiziltepe (SPD): Ja, das mag ja sein. Aber sehen Sie hier keinen klaren Interessenkonflikt? Also, wie soll Herr Fichtelberger prüfen, während er gleichzeitig sich um ein Beratungsmandat bewerben soll oder bewirbt?

Zeuge Dr. Christian Orth: Also, ich glaube nicht, dass Herr Fichtelberger derjenige ist, der hier jetzt bei Wirecard in ein Beratungsprojekt eingebunden worden wäre. Es ging jetzt ja hier, soweit Sie mir das jetzt berichtet haben, um die Ausrichtung auf ein Channel-2-Mandat, was dann möglich ist.

Cansel Kiziltepe (SPD): Genau. Da wäre er ja wahrscheinlich in Zukunft dann auch involviert, denke ich.

Zeuge Dr. Christian Orth: Nein, er ist ja in der Prüfungsabteilung. Und insofern: Wir haben ja auch eine organisatorische Trennung zwischen der Prüfungsabteilung und den Service Lines, heißen die bei uns, der Abteilung für Steuerberatung, der Abteilung für Unternehmensberatung. Das sind andere Abteilungen, die dann das bedienen.

Cansel Kiziltepe (SPD): Die Zeit ist leider wieder - - Sorry. - Danke schön.

Zeuge Dr. Christian Orth: Bitte.

Vorsitzender Kay Gottschalk: Danke. - Dann Dr. Toncar für die FDP-Fraktion.

Dr. Florian Toncar (FDP): Danke schön, Herr Gottschalk. - Herr Orth, Sie haben am 9. Juni 2020 eine E-Mail von Christine Gärtner, cc Thomas Eichelmann erhalten - MAT C 22.01 [sic!].

Zeuge Dr. Christian Orth: Darf ich das Datum ganz kurz noch mal?

Dr. Florian Toncar (FDP): Der 9. Juni 2020.

Zeuge Dr. Christian Orth: Ja, ich kann es einordnen.

Dr. Florian Toncar (FDP): Sie haben sicher damit gerechnet.

Zeuge Dr. Christian Orth: Nein, nein.

Dr. Florian Toncar (FDP): Nein. Es geht um das Thema: Christine Gärtner hat Ihnen geschrieben:

Lieber Herr Dr. Orth ...

- ich sage mal, ich zitiere auszugsweise -

Nach meinem Verständnis stellte Herr Dahmen heute einen Abbruch laufender Prüfungshandlungen der KPMG als Voraussetzung für eine Testatserteilung in den Raum.

Hat Herr Dahmen das gemacht?

Zeuge Dr. Christian Orth: Herr Toncar, ich war nicht bei dem Gespräch zugegen. Ich kann Ihnen nur sagen, dass er sich hilfeschend an Herrn Barth und mich gewandt hat, dass ihm - ich weiß nicht, ob das so ist - nahezu in den Mund gelegt wurde, dass er hier für einen Abbruch plädiert hat. Das war mitnichten so. Mitnichten hat Herr Dahmen - - Also, das, was wir intern besprochen haben, war die Tatsache, dass wir - -

Und Sie zitieren jetzt ja den 9. Juni. Es ging um die Dezemberscheibe, und Sie wissen ja auch, dass ich mit Herrn Sven-Olaf Leitz genau diese Dezemberscheibe um dieses Datum herum besprochen habe, vielleicht sogar am selben Tag. Und es ging darum, dass wir den Bericht der



Nur zur dienstlichen Verwendung

KPMG über die Prüfung, also über diese Untersuchung dieser Dezemberscheibe, benötigen. Es muss auch E-Mails geben, die Ihnen vielleicht auch vorliegen, in denen unter anderem auch genau das aufgeführt ist, dass wir erst testieren können, wenn wir die Berichterstattung der KPMG haben.

Dr. Florian Toncar (FDP): Ja, ich kenne ja auch Ihre Antworten. Mir war auch sozusagen weniger daran gelegen, sondern: Was hat Herr Dahmen gemacht?

Zeuge Dr. Christian Orth: Gut. Herr Toncar, ich war bei dem Gespräch nicht dabei. Ich weiß aber ganz genau, dass er sich hilfesuchend an uns gewandt hat. Er hat gesagt: Könnt ihr das bitte mit Frau Gärtner und Herrn Eichelmann klären?

Dr. Florian Toncar (FDP): Darf ich mal fragen, wie das genau war? Sie sind von Frau Gärtner eingeschaltet worden; also Frau Gärtner hat sich ja auch hilfesuchend an Sie gewandt.

(Der Zeuge lacht)

Haben Sie dann erst Herrn Dahmen kontaktiert, oder hat Herr Dahmen völlig aus eigener Initiative Sie kontaktiert?

Zeuge Dr. Christian Orth: Also, ich kann mich jetzt wirklich nicht mehr an die Reihenfolge erinnern. Wenn Sie mich fragen, würde ich sagen: Es war so, dass Herr Dahmen auf mich und Herrn Barth oder Herrn Barth und mich zugekommen ist, und Herr Barth gesagt hat, ich solle das klären mit Frau Gärtner, und Frau Gärtner mich dann angerufen hat. Das ist jetzt aus meiner Erinnerung heraus.

Dr. Florian Toncar (FDP): Mhm. Ich frage das deshalb, weil es ja auch sein kann, dass Herr Dahmen zurückgerudert ist, nachdem Sie eingeschaltet waren und Sie eben deutlich gemacht haben, dass Sie von der Idee gar nichts halten.

Zeuge Dr. Christian Orth: Nein, nein. Also, das kann ich negieren. Wie gesagt, ich war aber nicht zugegen bei diesem Gespräch. Ich kann nur negieren, dass wir immer gesagt haben - - Und das

war auch eine klare Linie, die wir dem Prüfungsteam mitgegeben haben, im Sinne von „Ihr könnt erst dann testieren, wenn wir diese Prüfungsnachweise erlangt haben“. Und das ist - jetzt ist Herr Güntzler leider raus - ein Prüfungsnachweis. Es geht ja um das TPA-Geschäft - -

Dr. Florian Toncar (FDP): Ich verstehe ja, dass Sie in der Sache recht haben. Mir geht es ja eher um das Verhalten von Herrn Dahmen. Und ich fand das auch deshalb nachfragenswert, Herr Orth, weil Herr Eichelmann gestern uns gegenüber erwähnt hat, dass auch Markus Braun immer mal wieder in diese Richtung spekuliert hat.

Zeuge Dr. Christian Orth: Kann ich wirklich nichts zu sagen, Herr Toncar. Also, in aller Deutlichkeit: Die Diskussion, die wir intern bei uns geführt haben, war ganz klar: Wir brauchen den Bericht, und zwar brauchen wir auch den Bericht. - Man kann sogar sagen: Eigentlich wollten wir wissen, was das Ergebnis ist.

Dr. Florian Toncar (FDP): Sie schon, natürlich. Aber vielleicht hat ja der Prüfer, der schon ein paar Unterschriften geleistet hat, andere Interessen als Sie.

Zeuge Dr. Christian Orth: Also, das sind jetzt Mutmaßungen.

Dr. Florian Toncar (FDP): Ja. Das ist aber nur der Grund, warum ich Sie dazu frage, Herr Orth, wie das genau gelaufen ist.

Zeuge Dr. Christian Orth: Mein subjektives Empfinden ist ein klares Nein. Und das, was, sage ich mal, sich zugetragen hat, deutet auch auf ein klares Nein hin. Alles andere ist unzutreffend aus meiner Wahrnehmung.

Dr. Florian Toncar (FDP): Okay. - Wann ist Ihnen denn der Sachverhalt Geldwäscheaufsicht der Bezirksregierung Niederbayern über die Wirecard AG zu Ohren gekommen?

Zeuge Dr. Christian Orth: Herr Toncar, sehr spät. Denn Geldwäschethemen sind ja, sage ich mal - - Bis 2020 sind das ja vorwiegend Themen mit der Bank. Ich hatte ja heute früher am Tag erwähnt,



Nur zur dienstlichen Verwendung

dass alles, was den Financial-Service-Bereich anbelangt, KWG, § 29 III, Meldung: Da bin ich nicht der Experte. Im Nachgang habe ich erfahren, dass hier ein Kollege war aus Frankfurt, der hinzugeschaltet wurde, der dort auch angerufen hat, der übrigens kein Bayerisch spricht, wie mir gesagt wurde, weil er Hesse ist, ja. Insofern, das war der Kontext, in dem mir das auch erstmals, sage ich mal, zu Ohren gekommen ist.

Dr. Florian Toncar (FDP): Aber eher spät, okay.

Zeuge Dr. Christian Orth: Eher spät, ja.

Dr. Florian Toncar (FDP): Gab es jemals Kontakt zwischen der DPR und EY? Im Zusammenhang natürlich - -

Zeuge Dr. Christian Orth: Zu Wirecard jetzt?

Dr. Florian Toncar (FDP): Ja, natürlich.

Zeuge Dr. Christian Orth: Wir haben ja permanent auch so - -

Dr. Florian Toncar (FDP): Klar.

Zeuge Dr. Christian Orth: Es ist so, dass hier DPR-Verfahren gelaufen sind. Es gibt ja immer DPR-Verfahren, bei denen anlassunabhängig untersucht wird. Und da gab es auch Austausch; das ist richtig.

Dr. Florian Toncar (FDP): Und wann war das?

Zeuge Dr. Christian Orth: Also, zuletzt gab es, glaube ich, jetzt mit der 19er- oder 18er-Prüfung; korrigieren Sie mich bitte. In 19?

Dr. Florian Toncar (FDP): Ich kann Sie nicht korrigieren, weil ich es nicht weiß.

Zeuge Dr. Christian Orth: Okay, Sie wissen es nicht.

Dr. Florian Toncar (FDP): Sonst würde ich Sie jetzt nicht fragen. Es ist kein Staatsexamen.

Zeuge Dr. Christian Orth: Es gab welche in der Vergangenheit, und es gab auch neuere Diskussionen mit der DPR.

Dr. Florian Toncar (FDP): Wann war es denn erstmals? Weil das ist ja vielleicht - -

Zeuge Dr. Christian Orth: Das tut mir leid. Das geht ja ganz weit zurück. Ich müsste es in Erfahrung bringen. Wir haben da auch Kollegen, die diese Verfahren begleiten. Insofern haben wir das sicherlich auch gut dokumentiert.

Dr. Florian Toncar (FDP): Okay. - Wann wurde denn von EY Deutschland - - Oder anlässlich welcher Anlässe, frage ich vielleicht mal, wurde von EY Deutschland an EY Global reportet zum Prüfmandat Wirecard? War das schon vor der Insolvenz? Und wenn ja, in welchen Punkten oder welchen Anlässen des Verfahrens?

Zeuge Dr. Christian Orth: Also, ein Reporting.

Dr. Florian Toncar (FDP): Ja, dass EY Global mal wissen wollte: „Was ist denn in Deutschland mit diesem Unternehmen da los?“ oder dass Sie gesagt haben: „Das ist jetzt so bedeutsam für den EY-Konzern, dass wir bitte auch unsere globale Führung da zumindest informiert halten wollten oder mal Rücksprache nehmen wollten“. Gab es so was?

Zeuge Dr. Christian Orth: Also, ich berichte ja Richtung Herrn Barth und der Geschäftsführung. Das ist meine direkte Berichtslinie. Und ich habe ein Pendant. Das ist ein EMEIA PPD, mit dem ich mich austausche in Bezug auf Unterstützung, Fragestellungen. Das ist so ein Sparringspartner. Mit dem habe ich regelmäßig Austausch. Insofern ist das ein regelmäßiger Kontakt. Ich würde sogar sagen: Immer, wenn was in der Zeitung war, kamen Fragen: Kann ich unterstützen? - Aber das ist einfach Geschäftsalltag - darf ich das so sagen? -, das ist normal.

Dr. Florian Toncar (FDP): Ja, kriegt man ja eine Vorstellung von. Alles klar.

Vorsitzender Kay Gottschalk: Alles klar. - Dann Fabio De Masi für die Fraktion Die Linke.



Nur zur dienstlichen Verwendung

Fabio De Masi (DIE LINKE): Vielen Dank. - Herr Dr. Orth, Sie haben sicher noch Lust auf eine Runde. Ich komme noch mal zurück auf einen Sachverhalt, den Ihnen Herr Toncar vorgehalten hat. Er hat das vorhin nicht zitiert, weil in dem Bestand, den er hatte, er nicht zitieren durfte. Ich habe aber quasi das Gegenstück. Aus den Wirecard-E-Mails darf ich zitieren. Insofern lese ich es einfach vor und gebe vielleicht ein bisschen Kontext.

Der Bayerische Rundfunk hat ja die Tage berichtet über diese Firma RSB, russische Sicherheitsfirma, und die Libyen-Aktivitäten. Aufmerksame Leser meines Twitter-Accounts haben das auch schon im Oktober nachlesen können. Da waren nämlich einige Dokumente zu den Aussagen von Herrn Kilian Kleinschmidt enthalten, einem ehemaligen UN-Mitarbeiter. Und ich lese jetzt mal vor - Bayerischer Rundfunk -:

Demnach hat Wirecard an die RSB Holdings in Dubai Software für Prepaid-Kreditkarten geliefert - für 1,4 Millionen Euro. Das Geschäft fällt 2019 den für Wirecard zuständigen Wirtschaftsprüfern von EY auf. Sie verlangen Aufklärung. Eine Mitarbeiterin von Wirecard fragt daher Marsalek in einem Chat, ob er Bilanzen der russischen RSB-Group beschaffen könne.

Der antwortet: „RSB ist eine russische Sicherheitsfirma. Da gibt es keine Abschlüsse.“

Dann schreibt die Mitarbeiterin, die Wirtschaftsprüfer zweifelten, dass die russische Sicherheitsfirma existiert.

Marsalek fragt zurück: „Ist das ein Scherz? Telefonat mit Putin vielleicht?“

Und jetzt lese ich Ihnen die E-Mail vor. Die ging von Dagmar Schneider, also der Mitarbeiterin von Herrn Marsalek, an Gregor Fichtelberger und an Philipp Nikolas Hein, auch ein Mitarbeiter von EY, und an Alexander Mertens. Und sie schreibt:

Hallo die Herren,

etwas ungewöhnlich, aber bitte finden Sie anbei einen Artikel der Zeit i. S. RSB. Es kann den Handelsregisterauszug nicht ganz ersetzen, aber so ganz von der Hand zu weisen, ist doch die Existenz der Firma dadurch auch nicht, oder?

Also grün?

- ich übersetze es mal: alles im grünen Bereich -

Vielen Dank und schöne Grüße

Dagmar Schneider

Und es wäre sehr nett, wenn Sie, sagen wir, im Nachgang aufklären könnten, was denn zurückgemeldet wurde von EY, ob alles grün war sozusagen.

Zeuge Dr. Christian Orth: Also, ich habe mir das ja notiert. Und ich würde auch die Frage stellen wollen, ob RSB tatsächlich als Firma firmiert oder ob das eine staatliche Stelle ist. Ich gucke jetzt bewusst in Ihre Richtung, ich könnte es noch nicht mal klassifizieren, ob das ein Unternehmen ist, so wie wir es als Sicherheitsfirma kennen würden, oder ob es eventuell eine staatliche oder halbstaatliche Stelle ist. Also insofern: Lassen Sie mich dem nachgehen.

Fabio De Masi (DIE LINKE): Es ist, so geht das aus den Chats hervor - das ist das Verständnis von Frau Schneider und Herrn Marsalek selbst -, eine russische Firma, Sicherheitsfirma.

Zeuge Dr. Christian Orth: Gut.

Fabio De Masi (DIE LINKE): Gut. - Dann würde ich Sie gerne noch mal fragen, um das Ganze abzurunden. Sie haben ja vorhin ausgeführt, dass weder KPMG noch EY Roundtripping nachgewiesen hätten. Allerdings ist ja im Nachhinein jetzt exakt, also auch durch die Kreditvergaben der Wirecard Bank, belegt, dass es Roundtripping gab. Wie würden Sie denn da im Nachhinein vielleicht auch, sage ich mal, die Defizite in den Prüfungshandlungen beschreiben, die dazu führen können, dass das nicht entdeckt wurde?



Nur zur dienstlichen Verwendung

Zeuge Dr. Christian Orth: Also, jetzt kann ich nur für EY und nicht auch für Herrn Geschonneck sprechen, -

Fabio De Masi (DIE LINKE): Klar. Das ist klar.

Zeuge Dr. Christian Orth: - weil, wie gesagt, er hatte da auch keine Hinweise auf Geldwäsche notiert. Ja, es wird wahrscheinlich darauf zurückzuführen sein, dass wir hier entsprechend getäuscht wurden.

Fabio De Masi (DIE LINKE): So einfach.

Zeuge Dr. Christian Orth: Also, ich habe ja die Prüfungshandlungen nicht durchgeführt. Und für mich stellt sich die Frage: Gibt es ein Roundtripping? Ist das - - Gibt es dafür Nachweise? Das ist ja gerade das, Herr De Masi, was wir versuchen rauszufinden, damit wir auch gucken können: Wie wurde geprüft? Und warum, wenn es denn dann - also das ist ja Konjunktiv - so ist, haben wir das nicht gesehen?

Fabio De Masi (DIE LINKE): Der Kollege Hauer hatte ja vorher auch noch mal auf die Bedeutung des Trustees in Singapur hingewiesen, Citadelle. Übrigens hat nach meiner Kenntnis Citadelle ja gegenüber Ihnen ausgeführt, dass sie die Geschäftsverbindungen zu Wirecard 2017 gekappt hätten, also gegenüber EY. Herr von Erffa hat das gestern von sich gewiesen. Wir haben zum Beispiel Zahlungsanweisungen, die noch weit nach diesem Zeitraum über Citadelle liefen. Konnten Sie sich wahrscheinlich, also EY selber, davon einen Überblick verschaffen.

Aber interessant ist ja: In dem Absatz, den auch Herr Hauer zitiert hat von der Monetary Authority of Singapore, die ja im Prinzip sagen: „Die waren hier gar nicht zertifiziert“, würde es da nicht eigentlich eine gewöhnliche Prüfungshandlung sein von EY, dass man bei so einer Finanzaufsicht, bei so einer Monetary Authority, einfach mal anruft und fragt: „Mädels, Jungs, kennt ihr die hier eigentlich?“?

Zeuge Dr. Christian Orth: Also, ob das jetzt eine klassische Prüfungshandlung ist, lasse ich jetzt in der Tat dahingestellt, weil es eine zusätzliche

Prüfungshandlung wäre, weil die Bestätigungen als solche ja schon wieder ausreichen. Aber ich möchte nicht jetzt ausweichen in die Richtung: „Was haben wir, was haben wir nicht?“, sondern das macht natürlich Sinn - und das sind auch Dinge, die wir heute jetzt auch diskutieren -, dass das versucht werden sollte zu erlangen. Die Frage ist: „Kriegen wir immer Auskunft?“, weil wir haben viele Auskunftersuchen, die auch unbeantwortet bleiben. Aber auch das lassen wir jetzt dahingestellt.

Fabio De Masi (DIE LINKE): Das würden Sie aber dem Ausschuss noch mal klar kommunizieren, ob es ein solches Auskunftersuchen gab in diesem Fall?

Zeuge Dr. Christian Orth: Das würden wir noch - - Wie gesagt, das nehme ich mit; -

Fabio De Masi (DIE LINKE): Okay.

Zeuge Dr. Christian Orth: - das habe ich in der Form nicht vorliegen. Was ich aber habe, Herr De Masi, ist - - Weil die Aussage wurde ja uns gegenüber getätigt, dass der Treuhänder überhaupt keine Kontakte seit Datum x - das habe ich jetzt leider nicht auswendig, das müsste in irgendeiner E-Mail stehen, falls Sie die vorliegen haben -

Fabio De Masi (DIE LINKE): Ich glaube, März 2017.

Zeuge Dr. Christian Orth: - ja, danke, vielen Dank -, dass er überhaupt keinen Kontakt mehr mit EY gehabt hätte und dass er auch gar nicht mehr für Wirecard tätig sei. So sinngemäß steht das drin.

Wir haben das überprüft. Vor dem Hintergrund haben wir jemand anderen hier in Deutschland getroffen, weil es gab ja ein In-persona-Meeting. Die Kollegen haben alle gesagt: Das ist der gleiche Mensch gewesen. - Manchmal hilft es ja, Daten auszuwerten, und die IP-Adresse, von der dieses Mail kam, war dieselbe IP-Adresse wie auch alle Jahre zuvor. Das heißt Personenidentität, also zumindest was die IP-Adresse anbelangt, und die Aussage der Prüfer: Das war der gleiche Mensch, den wir damals in Singapur getroffen



Nur zur dienstlichen Verwendung

haben; das war der gleiche Mensch, mit dem sich Wirecard mit uns in Aschheim getroffen hat. - Insofern ist das für uns eine Behauptung, die im Raum steht und die dann von den Behörden zu prüfen ist.

Fabio De Masi (DIE LINKE): Okay. - Ich habe eigentlich nur noch eine Frage. Aber ich kann die - -

Vorsitzender Kay Gottschalk: Nee, nee, dann machen Sie.

Fabio De Masi (DIE LINKE): Ja, soll ich?

Vorsitzender Kay Gottschalk: Ja.

Fabio De Masi (DIE LINKE): Okay. - Sie haben vorhin auch noch mal ausgeführt, dass es Sachverständige und Kanzleien gebe, die die Principal-Stellung geprüft haben und die, sagen wir, nicht der Auffassung der APAS, sondern der Auffassung von EY zuneigen würden. Die APAS sagt ja, sie kann nicht nachvollziehen, wie diese Principal-Stellung bejaht werden kann, weil es eben keine schriftliche Dokumentation, keine Verträge gibt. Können Sie noch mal sagen, welche Kanzleien und Sachverständigen Ihre Auffassung stützen? Und vor allem, was mich interessiert: Wie kommen die denn zu dem Ergebnis, Ihre Auffassung zu stützen, wenn es überhaupt keine schriftlichen Dokumentationen gibt? Das ist doch eine Tautologie; das ist ja ein Widerspruch in sich.

(Der Zeuge berät sich mit seinem Rechtsbeistand)

Zeuge Dr. Christian Orth: Also, es gab zwei gutachterliche Stellungnahmen - ich glaube, so wurden sie genannt - und zwei rechtliche Würdigungen. Bevor ich jetzt hier eine falsche Information in diese Runde schmeiße, lassen Sie mich genau die Namen noch mal zusammentragen und Ihnen die dann zur Verfügung stellen.

Fabio De Masi (DIE LINKE): Das ist okay. Aber können Sie mir sagen, wie die - - Also, ich stelle mir vor: Wie kann ich so ein Gutachten anstellen, wenn es überhaupt nichts gibt, auf dessen Grundlage ich so etwas bejahen kann? Es gibt ja keine

schriftliche Dokumentation, wie gesagt. Wie komme ich dann zu einem solchen Ergebnis?

Zeuge Dr. Christian Orth: Es müsste ja auch in den Dokumenten der Stellungnahme enthalten sein, auf welcher Grundlage die Beurteilung vorgenommen wurde. Und von daher vermute ich, dass auch Verträge oder schriftliche Grundlagen vorhanden waren. Aber bevor ich das jetzt in der Form - -

Fabio De Masi (DIE LINKE): Na, die APAS verneint das ja und - -

Zeuge Dr. Christian Orth: Ja. Deswegen würde ich das jetzt raussuchen, und dann haben wir es ja schwarz auf weiß.

Fabio De Masi (DIE LINKE): Okay. - Aber das heißt, Sie selber können auch gar kein Argument hier liefern, warum die Principal-Stellung besteht. Sie können das hier nicht ausführen.

Zeuge Dr. Christian Orth: Technisch war es so - - Doch, technisch kann ich Ihnen das ausführen, was rechnungslegungstechnisch das Argument ist. Das Risiko für das Adressausfallrisiko in der Konstellation mit den Third Party Acquirern lag schlussendlich bei der Wirecard, weil sie den wirtschaftlichen Schaden abdecken musste im Falle eines Ausfalls eines Händlers oder eines Sub-Merchant. Das heißt, der TPA hat ja auf Provisionsbasis diese Geschäfte abgewickelt und hat die Provision vereinnahmt. Im Falle eines Adressausfallrisikos ist aber der TPA, der Third Party Acquirer, nicht eingesprungen und hat diesen Ausfall bezahlt, sondern das wurde vonseiten Wirecards ausgeglichen. So die Vertragskonste- - also, so die Konstellation.

Fabio De Masi (DIE LINKE): Ich dachte, es gibt keine Verträge.

Zeuge Dr. Christian Orth: Das ist das, was ich gerade gesagt habe: Das müsste ich gucken, dass diese Verträge - - ob die Verträge doch vorhanden sind. Aber bevor ich das jetzt sage, lassen Sie mich das bitte prüfen.



Nur zur dienstlichen Verwendung

Fabio De Masi (DIE LINKE): Okay, ich habe eh keine Zeit mehr. Aber es ist immer so in den Befragungen, dass die wirklich spannenden, harten Fragen - - Die werden immer im Nachhinein beantwortet, weil sich meistens die Zeugen dann immer in den offenen Widerspruch begeben. Das ist einfach so ein Erfahrungswissen von mir. Das heißt, immer wenn eine Frage unbequem wird, wird sie später beantwortet, weil dann sind sie weg, dann sind sie nach Hause gefahren, und dann sitzen wir hier.

Zeuge Dr. Christian Orth: Sie sehen ja: Ich habe etliche Dinge vorbereitet. Dass diese Frage jetzt zu den Verträgen kommt - - Ich habe das leider nicht dabei. Aber ich - - Warten Sie mal!

(Der Zeuge blättert und liest in seinen Unterlagen)

Vorsitzender Kay Gottschalk: Aber wenn Sie es nachreichen, das wäre - - Ich hatte ja auch noch ein, zwei Wünsche. Deswegen - -

Fabio De Masi (DIE LINKE): Das ist der wesentliche Vorwurf der APAS, weswegen es Strafverfahren gibt, zum Beispiel. Also, das sollten Sie beherrschen, wenn Sie hier auftreten.

Zeuge Dr. Christian Orth: Ja, nur, die Verfahren kenne ich ja, sage ich mal. Was da in dem Schreiben war, was wir diskutiert haben, das ist mir ja nicht alles bekannt. Sekunde, ich gucke noch mal, ob ich was hier habe.

Fabio De Masi (DIE LINKE): Okay.

(Der Zeuge blättert und liest in seinen Unterlagen)

Vorsitzender Kay Gottschalk: Gut. - Dann - jetzt geht die Stimme langsam weg - Dr. Bayaz, bitte.

Dr. Danyal Bayaz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ich glaube, der Zeuge guckt gerade noch.

Vorsitzender Kay Gottschalk: Okay, alles klar. - Dann gucken Sie in Ruhe. Gar kein Thema.

Zeuge Dr. Christian Orth: Also, möchten Sie, dass ich schnell gucke?

Vorsitzender Kay Gottschalk: Gucken Sie ruhig langsam. Also, es kommt jetzt auf die Sekunden nicht an. Nehmen Sie sich da die gebotene Zeit.

(Der Zeuge blättert und liest in seinen Unterlagen -
Der Zeuge berät sich mit seinem Rechtsbeistand)

Zeuge Dr. Christian Orth: Pardon. Ich habe - - Manchmal lohnt es sich doch, zu suchen. Es gibt vertragliche Grundlagen mit dem TPA durch Dokumente, Befragungen, eigene Recherche. Es gibt einen Vertrag mit dem TPA in Verbindung mit EY-Hintergrundrecherchen. - Pardon, ich wollte nicht unhöflich sein.

Fabio De Masi (DIE LINKE): Nein, nein.

Zeuge Dr. Christian Orth: Zwei unabhängige Parteien regeln die Zahlungsabwicklung von Merchants. EY-Hintergrundrecherchen bestätigen die Existenz, Unabhängigkeit des TPAs von Wirecard. Wir haben dann Zahlungsabwicklungsnachweise. Also, das sind Dokumente, die kann ich Ihnen gerne zur Verfügung stellen.

Fabio De Masi (DIE LINKE): Sehr gerne.

Zeuge Dr. Christian Orth: Das sind aber Sachen, die Sie alle vorliegen haben.

Fabio De Masi (DIE LINKE): Okay.

Zeuge Dr. Christian Orth: Das ist ja zusammengestellt worden, sage ich mal, aus den Arbeitspapieren, die auch existieren.

Fabio De Masi (DIE LINKE): Okay.

(Der Zeuge berät sich mit seinem Rechtsbeistand)

Zeuge Dr. Christian Orth: Wir geben das dann.

Fabio De Masi (DIE LINKE): Es ist sehr viel. Wir haben ja - -



Nur zur dienstlichen Verwendung

Vorsitzender Kay Gottschalk: Das wäre lieb.

Zeuge Dr. Christian Orth: Pardon. Ich muss - -
Wie gesagt, es ist halt sehr viel.

Fabio De Masi (DIE LINKE): Alles gut.

Vorsitzender Kay Gottschalk: Ist das okay?

Zeuge Dr. Christian Orth: Also, es scheint insofern nach diesem Dokument was zu geben.

Vorsitzender Kay Gottschalk: Okay.

Fabio De Masi (DIE LINKE): Das ist okay. - Ich wollte nur signalisieren - ich habe ja gesagt: eigentlich bin ich dann durch -: Ich würde in einer Runde noch eine Frage hinterher haben.

Vorsitzender Kay Gottschalk: Alles klar. - Ich würde dann noch eine Bitte anschließen, weil ich konnte ja bisher auch nur aus dem hier - - Da ist ja vielleicht, wenn Sie das am Montag, was Sie sagten - - da reingucken, dass Sie mit mir dann d'accord gehen - bisher hat das ja immer in der Kooperation hier geklappt -, dass Sie das dann auch entstufen und uns allen zur Verfügung stellen; das wäre gut. Das geht also um das deutsche Memo, und es ist meine Bitte da an Professor Dr. Gercke. Jetzt ist grad Wunschstunde so zum Ende hin. Das wäre lieb. Weil ich habe ja gesagt: Gucken Sie Montag rein. Mehr kann ich dazu grad nicht sagen. Das andere haben wir ja. Gut. Kommt sonst von Dr. Raue noch, auch wenn noch Wünsche sind. - Und dann habe ich jetzt Dr. Bayaz. Sehen Sie mir nach, dass ich jetzt ein bisschen langsam werde.

Dr. Danyal Bayaz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja, vielen Dank. - Herr Orth, Sie hatten erwähnt, dass es Abstimmungen, dass es Kommunikation mit EY Europe und Global gab. Das Wort „Sparingspartner“ ist gefallen. Können Sie mal das ausführen, was da genau gesprochen wurde mit Blick auf Wirecard, wie oft, wie lange das ging, welche Themen besprochen wurden?

Zeuge Dr. Christian Orth: Herr Bayaz, ich hatte ja gesagt: Wir haben regelmäßige Calls. Der EMEIA

PPD und ich sind wirklich regelmäßig im Austausch. Insofern gibt es eine Vielzahl von - -

Dr. Danyal Bayaz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):
Zu Wirecard jetzt konkret.

Zeuge Dr. Christian Orth: In Summe. Wir haben ja, sage ich mal, in Summe zigtausend Mandate, die wir betreuen. Ich habe ja über Deutschland hinaus auch noch die Schweiz und Österreich in meinem Verantwortungsbereich. Insofern sind das, sage ich mal, auch weitere Länder mit weiteren Diskussionspunkten. Wir haben aber auch, Herr Bayaz, um das auch klar zu artikulieren - Sie hatten ja gefragt mit Blick jetzt auf die ganzen Diskussionen, diesen Follow-up -, wir haben auch - - Ich habe beispielsweise in der Aufarbeitung auch EMEIA gebeten, mir hier Ressourcen zu schicken, dass wir hier entsprechend durch die Arbeitspapiere gehen, und zwar unabhängig, mit unabhängigen Personen durch die Arbeitspapiere. Also insofern: Das ist einfach ein regelmäßiger Austausch.

Dr. Danyal Bayaz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):
Der Hintergrund hat einen rechtlichen Aspekt; denn ich habe gelernt zumindest jetzt in der Vorbereitung zu dieser Befragung, dass es eine Rechtsprechung in UK gibt, die andere EY-Gesellschaften oder auch die globale Ebene quasi in vergleichbaren Fällen in Haftung nimmt, wenn es diese Rücksprachen gegeben haben soll.

Zeuge Dr. Christian Orth: Das würde aber bedingen, dass hier, sage ich mal, Einfluss genommen wird. Was ich jetzt ja beschrieben habe, ist ja, sage ich mal - -

Dr. Danyal Bayaz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):
Also, Sie kennen diese Regel, Sie kennen diese Regulierung?

Zeuge Dr. Christian Orth: Also, es gibt ja diese - -

Dr. Danyal Bayaz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):
Ich stecke da nicht im Detail drin; deswegen frage ich Sie ja.



Nur zur dienstlichen Verwendung

Zeuge Dr. Christian Orth: Nee, nee - Pardon -, ich kenne nicht die UK-Regelung. Aber es ist ja immer so eine Frage dieser Durchgriffshaftung. Juristisch habe ich mir das mal erklären lassen mit meiner laienhaften Juristerei. Aber dass, sage ich mal - - Die Punkte sind die, dass ich halt im regelmäßigen Austausch mit meinem Kollegen da bin, also mit dem EMEIA PPD.

Dr. Danyal Bayaz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Welche Gesellschaften sind das? Oder wie viele sind das?

Zeuge Dr. Christian Orth: Nee, das ist einfach eine Einzelperson, die die Funktion innehat. Er ist jetzt nicht bei einer - - Ich weiß gar nicht: Ist er bei einer Gesellschaft?

Dr. Danyal Bayaz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Also, wir reden nur über eine Person. Nein.

Zeuge Dr. Christian Orth: Ja, das ist mein Pendant, meine Berichtslinie, aber im Sinne von „nicht Handlungsanweisungen gebend“, sondern als Sparringspartner für diverseste Risiko- und Qualitätssicherungsfragen.

Dr. Danyal Bayaz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Können Sie den Namen mal sagen?

Zeuge Dr. Christian Orth: Ja, Bernard Heller.

Dr. Danyal Bayaz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Okay.

Zeuge Dr. Christian Orth: Ja, also in Frankreich, gleich dahinter. Also Bernard Heller.

Dr. Danyal Bayaz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Paris sitzt der, oder?

Zeuge Dr. Christian Orth: Ja.

Dr. Danyal Bayaz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Dann will ich doch noch mal einmal kurz zurückkommen zu einem anderen Thema; das hatten wir vorhin mal angerissen, und dann kam uns, glaube ich, die Uhr dazwischen. Da hatte ich ja aus dieser E-Mail zitiert: Frau Gärtner und Herr Eichelmann. - Sie folgen mir?

Zeuge Dr. Christian Orth: Den 09.06.?

Dr. Danyal Bayaz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Weiß ich jetzt nicht mehr. Aber wenn Sie es genau wissen wollen - - Jawoll, 09.06., 11.44 Uhr.

Zeuge Dr. Christian Orth: Okay, danke.

Dr. Danyal Bayaz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Aber mir ging es jetzt gar nicht mehr um die E-Mail, sondern auch - - Herr Eichelmann hat das übrigens auch gestern gesagt, dass Herr Braun ihn mehrmals in informellen Settings, also nicht formell im Board oder im Aufsichtsrat, sondern informell - - ist ihm irgendwo über den Weg gelaufen oder hat ihn angerufen und hat dann immer das Thema adressiert, so halb im Spaß, halb im Ernst - so hat Herr Eichelmann das uns geschildert -, ob man jetzt diese KPMG-Sonderuntersuchung nicht irgendwie stoppen müsse, weil die ging ihm irgendwie auch zu weit. Das war für ihn unbequem. Klar, da wissen Sie nichts drüber. Aber Herr Eichelmann hat uns gegenüber erklärt, dass es jetzt mehrfach Doppeldeutigkeiten und Anspielungen von Herrn Dahmen eben in dem Sinne gegeben hat. Und das ist natürlich auch ein schwerwiegender Vorwurf, der da im Raum steht. Und deswegen: Können Sie sich dann vor- - Ich meine, Herr Eichelmann erfindet das ja nicht irgendwie, ne? Hat er eine bestimmte Motivation, auf einmal diese Geschichte jetzt uns hier zu präsentieren?

Zeuge Dr. Christian Orth: Also, Herr Bayaz, ich kann wirklich nur wiederholen, dass der Kollege sich an uns gewandt hat, Herrn Barth und mich, mit der Bitte, hier noch mal klarzustellen, was wir eigentlich haben wollen. Ich weiß nicht - - Ich war nicht zugegen, und deswegen kann ich auch - - Das ist Mutmaßen. Aber alles, was wir vorher besprochen haben, alles, was wir auch, sage ich mal, in E-Mails kommuniziert haben, und auch meines Wissens alles, was danach an E-Mails rausging Richtung Herrn Eichelmann, war eher dahin gehend, dass wir gesagt haben: Wir möchten das haben, damit wir zu einem abschließenden Urteil gelangen können. - Es gab wieder diese Open Items.



Nur zur dienstlichen Verwendung

Dr. Danyal Bayaz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Das Schriftliche ist sehr klar von Ihnen. Das - -

Zeuge Dr. Christian Orth: Es gab wieder diese Open Items. Aber ich war bei diesem Gespräch schlichtweg nicht zugegen.

Dr. Danyal Bayaz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ich habe Sie auch nicht gefragt: „Welche Worte sind da gefallen?“, sondern wie Sie sich das erklären, weil das - -

Zeuge Dr. Christian Orth: Nein, aber die Tatsache, dass er dann auf uns zugekommen ist und gesagt hat: „Ich brauche eure Hilfe jetzt, um* hier“, sage ich mal, „das mit - - Könntest du Frau Gärtner anrufen?“, und wenn Sie mir das jetzt sagen -

Dr. Danyal Bayaz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Gut, dann kriegen wir diesen Widerspruch - -

Zeuge Dr. Christian Orth: - Pardon -, dann war das auch - - Nach meiner Erinnerung war das die Reihenfolge: Es kam die Hilfebitte, und ich habe dann angerufen, oder sie hat mich angerufen. Ich weiß es wirklich nicht mehr. Aber wir haben das dann geklärt. Und dann ist das aber auch vom Tisch gewesen.

Dr. Danyal Bayaz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Genau, der Ablauf ist mir auch sehr klar.

Zeuge Dr. Christian Orth: Okay, gut.

Dr. Danyal Bayaz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Nur, ich habe sozusagen Sie jetzt nach - - Und in der Tat: Sie müssten da spekulieren. Oder vielleicht gibt es ja auch eine gewisse Motivation, die wir vielleicht nicht sehen -

Zeuge Dr. Christian Orth: Nein.

Dr. Danyal Bayaz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): - oder nicht kennen, um das aufzulösen. Aber diesen Widerspruch kriegen wir heute, glaube ich, an der Stelle nicht aufgelöst.

Dann habe ich eine letzte Frage. Laufende Ermittlungsverfahren, da war ja in der Presse auch was

zu lesen mit Blick auf Betrug oder Bestechlichkeit. Da hat es zumindest so aus Bayern, sage ich jetzt mal - - verlautbart, und dann hieß es aber, es sei ein Versehen. Also, dann gab es irgendwie auch eine undeutliche Kommunikation. Jetzt wollte ich Sie mal fragen: Können Sie vielleicht noch mal für uns zusammenfassen, welche laufenden Ermittlungen es denn gerade gibt?

Zeuge Dr. Christian Orth: Also, ich habe nicht den Überblick über die laufenden Ermittlungen. Das ist der Arbeitsstrang „Strafrechtliche Verfolgung“. Dafür haben wir eine externe Anwaltskanzlei, die sich darum bemüht. Aber Sie sprechen doch jetzt gerade das Schreiben an, was - - oder damals diesen - - Ich weiß nicht: War das nicht der Zeitungsartikel, der an dem Tag, der am 26. rauskam? War das nicht - -

Dr. Danyal Bayaz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ich glaube, der war es, ja. 26. November.

Zeuge Dr. Christian Orth: Pardon. Da saß ich bei Ihnen hier im Kreise. Insofern habe ich das - - ist das ja an dem Abend komplett an mir vorbeigegangen.

Dr. Danyal Bayaz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Aber das kann man ja nachlesen und dann nachprüfen.

Zeuge Dr. Christian Orth: Ja.

Dr. Danyal Bayaz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ich habe ja jetzt nicht nach Liveberichterstattung - -

Zeuge Dr. Christian Orth: Also, mir stellt sich das also aus der Presse so dar, dass es wohl eine Stellungnahme gab, dass das wohl nicht der Fall sei, die dann aber wohl aus dem Internet wieder zurückgezogen wurde, weil es wohl doch der Fall sei. So, aber das - -

Dr. Danyal Bayaz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Und genau das wollte ich mit Ihnen aufklären, was da jetzt der aktuelle Sachstand ist.



Nur zur dienstlichen Verwendung

Zeuge Dr. Christian Orth: Gut. Es gibt was, weil wir haben ja einen Workstream, sage ich mal, mit den Strafrechtlern.

(Der Zeuge berät sich mit seinem Rechtsbeistand)

Ich höre gerade: Herr Knierim war das.

Dr. Danyal Bayaz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ich habe es akustisch nicht verstanden.

Zeuge Dr. Christian Orth: Rechtsanwalt Knierim ist damit beschäftigt, höre ich gerade.

Dr. Danyal Bayaz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Gut. Also, ich höre bei Ihnen raus, Sie sind da null involviert.

Zeuge Dr. Christian Orth: Noch mal: Ich liefere hier und da natürlich auch Informationen zu. Insofern: Irgendwo gibt es dann immer etwas. Wenn eine Rückfrage ist: „Welches Arbeitspapier? Was haben wir da?“, dann suche ich da auch mit. Aber ich bin nicht in den - - Das ist eine externe Anwaltskanzlei, die das Ganze, sage ich mal, betreut. Ja?

Dr. Danyal Bayaz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Okay. Aber das heißt, Sie können nichts zum Ermittlungsgegenstand oder dergleichen sagen?

Zeuge Dr. Christian Orth: Momentan nicht, momentan nicht. Ich hoffe, wenn ich wieder etwas mehr Zeit habe, dass ich auch die Kollegen unterstützen kann.

Dr. Danyal Bayaz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Und Herr Gercke ist da auch nicht sprechfähig?

(RA Prof. Dr. Rainer Gercke schüttelt den Kopf)

- Okay. Herr Gercke ist ja auch sehr beschäftigt. Ich habe gelesen heute in der „FAZ“: 800 Seiten haben Sie mit Blick auf die Kirche ausgearbeitet.

(RA Prof. Dr. Rainer Gercke: Können Sie alles nachlesen!)

- Gut. Man kann nicht alles machen. Alles klar. - Danke.

Vorsitzender Kay Gottschalk: Gut. Trotzdem: Ich hoffe, dass Sie unseren Bitten nachkommen; das wäre schön. - Jetzt schaue ich noch mal ins Rund. Ich habe in Erinnerung, Herr De Masi hatte noch eine Frage. Ich schaue zunächst aber zu den Kollegen der CDU/CSU. - Keine Fragen mehr. Ich schaue zu den Kollegen der SPD. - Nein. Ich schaue mich an. - Nein. Dann schaue ich zu Dr. Toncar. - Nein. Gut. - Dann habe ich Fabio De Masi. Bitte schön.

Fabio De Masi (DIE LINKE): Vielen Dank. - Es geht auch schnell. Herr Dr. Orth, Sie können sicher was zu dem Namen Henry O'Sullivan - - anfangen.

Zeuge Dr. Christian Orth: Also, inzwischen ist er mir bekannt, also auch aus der Presse. Ich habe ihn weder kenn- - Ich sage das mal gleich dazu: Ich kenne ihn nicht persönlich, habe ihn auch sonst nicht irgendwie - -

Fabio De Masi (DIE LINKE): Na, der war viel in der Welt unterwegs, in Bengueria in Mosambik. Sehr schöne Insel, kann ich übrigens empfehlen. Aber ist Ihnen auch Corinna Müller bekannt?

Zeuge Dr. Christian Orth: Wer ist Corinna Müller?

Fabio De Masi (DIE LINKE): Bitte?

Zeuge Dr. Christian Orth: Wer ist Corinna Müller?

Fabio De Masi (DIE LINKE): Ja, das Lustige ist: Henry O'Sullivan ist Corinna Müller. Und ich kann Ihnen jetzt auch vorlesen, warum Henry O'Sullivan Corinna Müller ist, weil nämlich Frau Dagmar Schneider eine E-Mail geschrieben hat an auch Herrn Fichtelberger wieder unter anderem von EY.

Liebe Frau Gärtner, sehr geehrte Herren

- also unter anderem Herr Fichtelberger -,



Nur zur dienstlichen Verwendung

eir haben von Herrn O'Sullivan folgende ergänzende Nachricht bzw. Erläuterung erhalten: (?)

- das ist eine E-Mail vom 2. März 2020 -

- Not only do I not want the name mentioned in the final report, I want assurances that any written or electronically communicated notes circulated to WDI do not mention my name at all

- As we have seen these notes all have a habit of making their way into the public domain and on that basis I assume that anything written down will eventually be seen by others

Und dann fragt Frau Dagmar Schneider:

Ich bitte um kurze Rückmeldung, ob wir dies im Namen von Wirecard bzw. des Aufsichtsrats EY und KPMG so bestätigen können. (?)

Das heißt, dass sein Klurname nicht verwendet wird. Und dann antwortet Herr Fichtelberger:

Liebe Frau Schneider, vielen Dank. Wir können dies so bestätigen. (?)

Ist das eine übliche Praxis, dass jeder sich so seinen Namen - - Also, ich könnte jetzt sagen: Ich lasse mir jetzt auch einen lustigen, neuen Namen einfallen. Der wird dann hier vorne draufgedruckt oder so. Ist das eine übliche Praxis?

Zeuge Dr. Christian Orth: Also, die Praxis ist mir gar nicht geläufig, Herr De Masi. Insofern nehme ich das mal mit. Also, das ist eine E-Mail unseres Kollegen zurück, sagen Sie?

Fabio De Masi (DIE LINKE): Genau. Also, es wird hier nicht über den Namen Corinna Müller gesprochen, aber das ist mittlerweile aus der Presseberichterstattung bekannt. So hat sich Henry O'Sullivan dann bezeichnen lassen.

Zeuge Dr. Christian Orth: Ach, Pardon. Ich dachte, er hätte bestätigt, dass hier Falschnamen verwandt wurden.

Fabio De Masi (DIE LINKE): Nee, er hat nur bestätigt, dass der Name gar nicht auftaucht.

Zeuge Dr. Christian Orth: Okay, aber das hatte ich anders verstanden. Danke für die Klarstellung. Würde ich dann - -

Fabio De Masi (DIE LINKE): Könnte unter Umständen zu Corinna Müller geführt haben, aber das -

Zeuge Dr. Christian Orth: Corinna Müller.

Fabio De Masi (DIE LINKE): - kann ich auch jetzt nicht klar aus dieser E-Mail-Korrespondenz ableiten. Aber zumindest ließ er sich gerne mit Corinna Müller bezeichnen. Er war ein bisschen behaart insgesamt für Corinna Müller, für die Standards von Corinna Müller, aber gut. - Okay, vielen Dank.

Zeuge Dr. Christian Orth: Gut.

Vorsitzender Kay Gottschalk: Vielen Dank. - Dann schaue ich noch mal zu den Kollegen Bündnis 90/Die Grünen. - Nein. Dann schaue ich noch mal, ob das Bedürfnis besteht, in nicht-öffentlicher Sitzung etwas zu erörtern.

(Abg. Dr. Florian Toncar
(FDP) meldet sich zu Wort)

- Noch mal: Alles gut. Ich hatte ja gefragt.

Dr. Florian Toncar (FDP): Ich hatte kurz gezögert gerade, aber - -

Vorsitzender Kay Gottschalk: Nein, alles gut.

Dr. Florian Toncar (FDP): Hatten Sie, Herr Orth, in Sachen Wirecard-Prüfung jemals Kontakt zu Vertretern von Bundes- oder Landesministerien, Regierungsstellen in Deutschland oder auch in Österreich?



Nur zur dienstlichen Verwendung

Zeuge Dr. Christian Orth: Ich bin das, glaube ich, schon mal gefragt worden.

Dr. Florian Toncar (FDP): Entschuldigung. - Dann ist es gut, wenn wir das noch mal rekapitulieren.

Zeuge Dr. Christian Orth: Also, im Kontext Wirecard ist mir nichts, wirklich nichts erinnerlich. Es gab in meiner Rolle aus dem Kammervorstand einen Kontakt mit einem Ministerium, das aber nicht mit Wirecard zusammenhing, und es war auch in der Rolle mit Vertretern der Kammer. Also insofern: Ich habe Kontakte, aber nicht in dieser Causa.

Dr. Florian Toncar (FDP): Gut.

Zeuge Dr. Christian Orth: Ja.

Vorsitzender Kay Gottschalk: Okay. - Dann schaue ich noch ein letztes Mal in die Runde. - Ich kann nicht feststellen, dass eine Fraktion noch Fragen hat. Jetzt frage ich: Gibt es noch den Wunsch, im nichtöffentlichen Sitzungsmodus Fragen zu stellen? Sofern mein Wunsch erfüllt wird, dann würde ich da auch drauf verzichten. Und da weiß ich -

Zeuge Dr. Christian Orth: Herr Vorsitzender?

Vorsitzender Kay Gottschalk: - ich baue jetzt Druck auf -, da bin ich bei Professor Dr. Gercke in guten Händen.

Zeuge Dr. Christian Orth: Ja.

Vorsitzender Kay Gottschalk: Okay. Ja, und dann stelle ich fest, dass auch in nichtöffentlicher Sitzung kein Fragebedarf mehr besteht.

Zeuge Dr. Christian Orth: Herr Vorsitzender, dürfte ich noch ein Wort - -

Vorsitzender Kay Gottschalk: Ja, bitte.

Zeuge Dr. Christian Orth: Also, ich wollte mich zunächst bedanken. Sie haben gemerkt, dass die Aussage im November mir schwergefallen ist. Und insofern möchte ich mich bedanken für

auch heute die faire Behandlung trotz meiner, sage ich mal, Sperrigkeit im November. Vielen Dank.

Vorsitzender Kay Gottschalk: Wir haben zu danken. Und ich glaube, so wie es gelaufen ist, ist es eine gute Sache. Und das versuchen wir ja als PUA auch: einen vernünftigen Umgang. Und das ist immer Gegenseitigkeit. Ich kann das auch nur an der Stelle unterstreichen, dass ich bisher das Miteinander so begrüße, und ich hoffe, das können wir so die nächsten Wochen und Monate fortsetzen. Ich glaube, dann kommen wir zum Nutzen aller wesentlich weiter. Und das geht in Ihre Richtung zurück. Ich glaube, das kann ich auch im Namen des Ausschusses sagen. Auch am Mittwoch vor einer Woche - das war nicht selbstverständlich, jetzt mit dem, was der Kollege Bayaz gesagt hat, Sie hatten ja noch was anderes zu tun in der Zeit -, dass Sie da die Zeit auch gefunden haben, sich zu uns zuschalten zu lassen - also, das adressiere ich wirklich zurück -: Da auch mein Dankeschön.

Ich stelle damit fest, dass keine Fraktion noch Fragen hat. Dann können wir Ihre Befragung für heute beenden. Im Rechtssinne - ich muss noch ein Schweigegebot - - noch nicht aufspringen - abgeschlossen ist Ihre Vernehmung damit allerdings noch nicht. Vielmehr wird Ihnen noch das Protokoll Ihrer Vernehmung übersandt. Sie haben dann zwei Wochen Zeit, um etwaige Protokollierungsfehler zu monieren, Ihre Aussage gegebenenfalls inhaltlich richtigzustellen oder zu ergänzen. Erst danach beschließt der Ausschuss über den Abschluss Ihrer Vernehmung.

Und nun muss ich noch ein Schweigegebot aussprechen. Herr Dr. Orth, Herr Professor Dr. Gercke, Sie hatten Einblick in - ich glaube, einige waren das sogar und auch eine von Herrn Dr. Zimmermann - Vertraulich, Geheim eingestufte Unterlagen. Sie müssen daher entsprechend § 174 Absatz 3 des Gerichtsverfassungsgesetzes zur Verschwiegenheit verpflichtet werden. Ich stelle ein solches Schweigegebot zur Abstimmung, liebe Kollegen. - Ich höre und sehe keinen Widerspruch. Dann ist das so beschlossen. Und hiermit stelle ich dann fest: Der Ausschuss macht dem Zeugen Dr. Orth und seinem Rechtsbeistand



Nur zur dienstlichen Verwendung

Professor Dr. Gercke die Geheimhaltung der als Geheim oder Vertraulich eingestuften Tatsachen zur Pflicht, die ihnen durch die Vernehmung in dieser Sitzung - auch mein Vorhalt war das zum Beispiel - zur Kenntnis gelangt sind.

Des Weiteren hat mich noch mal die Geheimschutzstelle gebeten: Einige Aufzeichnungen haben Sie da gemacht an dieser Passage, als Dr. Zimmermann Sie fragte. Ich nehme Ihnen das jetzt auf Ehre ab mit dem Schweigegebot, aufgrund des guten Verhältnisses, dass Sie das dann nicht verwenden oder nachher im Zug nach Köln schwärzen. Dann soll das für mich an dieser Stelle auch in Ordnung sein.

Jetzt darf ich mich bei Ihnen beiden noch recht herzlich bedanken. Nochmals: Eine kleine Wunschliste kommt von uns noch am Montag. Und ich wünsche Ihnen jetzt ein schönes Wochenende, und vor allen Dingen bleiben Sie - das wünsche ich allen Zeugen und Ihren Rechtsbeiständen, auch meinen Kollegen - in dieser schwierigen Zeit vor allem gesund. - Vielen Dank.

Zeuge Dr. Christian Orth: Vielen Dank.

Vorsitzender Kay Gottschalk: Gut. - Dann machen wir weiter mit der Zeugenvernehmung von Hubert Barth. Und ich bitte damit unseren zweiten Zeugen Hubert Barth in den Saal.



Nur zur dienstlichen Verwendung

Vernehmung des Zeugen Hubert Barth

Vorsitzender Kay Gottschalk: Ich begrüße dann bei uns im Saal Herrn Barth und heiße Sie recht herzlich willkommen. Neben Ihnen hat Ihr Rechtsbeistand Professor Jan Bockenmühl* Platz genommen.

Herr Professor Bockenmühl*, ich darf auch Sie recht herzlich im Namen des gesamten Ausschusses willkommen heißen. Wie Sie sicherlich wissen, dürfen Sie den Zeugen beraten. Ihnen steht jedoch selbst kein Rede- oder Fragerecht zu. Insbesondere dürfen Sie Ihrem Mandanten während seiner Aussage keine inhaltlichen Hinweise geben. Gegebenenfalls können - und das ist natürlich selbstverständlich - Sie und Ihr Mandant eine kurze Unterbrechung zum Zwecke der Beratung mit Ihnen beantragen.

Und wir sind sehr eifrig. Es kann schon mal passieren, dass wir die drei Stunden gar nicht merken, weil es spannend ist. Dann geben Sie einen Hinweis, wenn Sie eine Pause brauchen oder sich frischmachen möchten. Das ist selbstverständlich. - Haben Sie zu diesen Hinweisen Fragen?

(RA Prof. Dr. Jan Bockenmühl* schüttelt den Kopf)

Zeuge Hubert Barth: Nein.

Vorsitzender Kay Gottschalk: Wunderbar. - Herr Barth, zunächst bin ich gehalten, Sie über Rechte und Pflichten als Zeuge zu informieren und aufzuklären. Als Zeuge vor einem Untersuchungsausschuss sind Sie verpflichtet, die Wahrheit zu sagen. Das heißt, Sie müssen richtige und vollständige Angaben machen. Sie dürfen nichts weglassen, was zur Sache gehört, und nichts hinzufügen, was der Wahrheit widerspricht.

Wer vor einem Untersuchungsausschuss vorsätzlich falsche Angaben macht, kann sich nach § 162 in Verbindung mit § 153 Strafgesetzbuch strafbar machen. Solch eine uneidliche Falsch-

aussage kann eine Geldstrafe oder eine Freiheitsstrafe von drei Monaten bis zu fünf Jahren nach sich ziehen.

Auf bestimmte Fragen dürfen Sie allerdings die Auskunft verweigern. Das gilt zum einen für Fragen, deren Beantwortung Sie oder Ihre Angehörigen der Gefahr zuziehen würde, einer Untersuchung nach einem gesetzlich geordneten Verfahren ausgesetzt zu werden. Das können Verfahren wegen einer Straftat oder Ordnungswidrigkeit sein, aber auch disziplinar- oder berufsgerichtliche Verfahren. Zivilgerichtliche Verfahren gehören nicht dazu.

Darüber hinaus dürfen sogenannte Berufsgeheimnisträger und ihre Gehilfen grundsätzlich die Auskunft in Bezug auf Dinge verweigern, die ihnen in dieser Eigenschaft anvertraut oder bekannt geworden sind. - Haben Sie hierzu noch Fragen?

Zeuge Hubert Barth: Keine weiteren Fragen.

Vorsitzender Kay Gottschalk: Wunderbar. - Werden Ihnen bei Ihrer Vernehmung Vorhalte aus Akten gemacht, wird Ihnen der Fragesteller auf Wunsch die entsprechende Unterlage vorlegen.

Sollten Sie während Ihrer Vernehmung zu der Auffassung gelangen, dass Sie als VS-Vertraulich oder höher eingestufte Informationen oder sonstige Dinge zur Sprache bringen müssen, deren öffentliche Erörterung überwiegende schutzwürdige Interessen verletzen würde, bitte ich an dieser Stelle dann um einen kurzen Hinweis. Der Ausschuss hätte dann die Möglichkeit, über den Ausschluss der Öffentlichkeit sowie den Geheimhaltungsgrad dieser Sitzung zu beschließen. - Haben Sie zu diesen Hinweisen noch Fragen?

Zeuge Hubert Barth: Keine weiteren Fragen, Herr Vorsitzender.

Vorsitzender Kay Gottschalk: Wunderbar. - Dann möchte ich Sie noch bitten - obwohl, das ist Eulen nach Athen tragen -, das Mikrofon immer einzuschalten. Das haben Sie hier auch schon vollkommen autodidaktisch sich beigebracht.



Nur zur dienstlichen Verwendung

Herr Barth, insoweit würde ich Sie zunächst kurz zu Ihrer Person vernehmen. Ich würde Sie daher bitten, kurz Ihren Vornamen, Ihren Nachnamen, Ihren Beruf, Ihr Alter und Ihren Wohn- oder Dienstort mitteilen.

Zeuge Hubert Barth: Mache ich sehr gerne, Herr Vorsitzender. - Mein Name ist Hubert Barth. Ich bin 52 Jahre alt, von Beruf Diplom-Kaufmann, Wirtschaftsprüfer und Steuerberater. Ich wohne mit meiner Familie in [REDACTED].

Vorsitzender Kay Gottschalk: Wunderbar, vielen Dank. - Herr Barth, Sie können, wenn Sie das wünschen, nunmehr im Zusammenhang darlegen, was Ihnen über den Gegenstand der Vernehmung bekannt ist. Herr Barth, Sie haben das Wort.

Zeuge Hubert Barth: Danke sehr. - Sehr geehrter Herr Vorsitzender! Sehr geehrte Damen und Herren Abgeordnete! Es ist wichtig, dass sich der Deutsche Bundestag der Aufgabe gestellt hat, den Wirecard-Skandal aufzuklären. Ich möchte heute selbstverständlich meinen Teil dazu beitragen.

Sie haben mich als Vorsitzenden der Geschäftsführung der Ernst & Young GmbH Wirtschaftsprüfungsgesellschaft hierher geladen. Ich kann Ihnen sagen: Die über 11 000 Kolleginnen und Kollegen bei EY in Deutschland sind sich des Vertrauensverlustes bewusst, der durch den Fall Wirecard entstanden ist. Sie spüren das ganz persönlich, auch wenn sie selbst mit dem Fall Wirecard gar nichts zu tun hatten.

Der Fall Wirecard ist ein Kriminalfall, ein einzigartiger Fall, wie er in meinem Berufsleben bisher noch nie vorgekommen ist. Und erst langsam beginnen wir, zu verstehen, wie einige sehr wenige an der Spitze von Wirecard und Dritte mit unglaublicher Energie alle Beteiligten getäuscht, betrogen haben: Angestellte, Investoren, Banken, Aufsichtsbehörden, den Aufsichtsrat und auch uns, uns Wirtschaftsprüfer. Sogar die auf Forensik spezialisierten Experten und Rechtsanwälte gingen Hinweisen nach, konnten aber den Betrug nicht beweisen. Das bedaure ich zutiefst.

Ihre Fragen hier im Ausschuss sind berechtigt: Wie konnte dieser Betrug so lange unentdeckt bleiben? Warum hat man das nicht früher gemerkt? Glauben Sie mir, diese Fragen haben mich auch in manchen Nächten schlecht schlafen lassen.

Mein tiefer Wunsch ist, dass dieser Fall so oder so ähnlich sich nie wiederholt. Darum unterstützen EY und ich ausdrücklich das geplante Finanzmarktintegritätsstärkungsgesetz. Bei diesem Ziel haben wir mit Ihnen, der Politik, die gleichen Interessen und ziehen an einem Strang. Das Gesetz enthält wichtige Stellschrauben, um Verbesserungen herbeizuführen, gerade wenn wir auf den Fall Wirecard zurückblicken.

Drei Punkte möchte ich zu Beginn klar und deutlich sagen.

Erstens. Für die Wirtschaftsprüfung ist vorsätzlicher und systematischer Betrug, wie er im Fall Wirecard vorgekommen ist, aufgrund der jeder Abschlussprüfung innewohnenden begrenzten Erkenntnismöglichkeiten auch bei gewissenhafter Berufsausübung nicht immer zu erkennen. Auch die staatliche Finanzaufsicht kommt hier an ihre Grenzen.

Zweitens. Selbst wenn ich mir persönlich nichts vorzuwerfen habe, ist zuvorderst vielen Investoren und nicht zuletzt dem Finanzplatz Deutschland durch den Fall Wirecard Schaden entstanden, sogar immenser Schaden. In der Politik gibt es dafür den Begriff der politischen Verantwortung. Was EY angeht, habe ich diese zu tragen. Ich möchte ganz persönlich dazu beitragen, dass ein echter Neustart unter neuer Führung möglich ist, auch schneller als geplant. Daher trete ich bereits mit Wirkung zum 1. April 2021 von meinem Posten als Vorsitzender der Geschäftsführung von EY Deutschland zurück, und meinen Nachfolgern wünsche ich alles erdenklich Gute.

Drittens. EY sieht sich in der Verantwortung, seinen Teil dazu beizutragen, dass die Wirtschaftsprüfung in Zukunft einen Fall Wirecard früher erkennen kann. Deshalb hat EY eine Kommission einberufen, die unter dem Vorsitz von Dr. Theo



Nur zur dienstlichen Verwendung

Weigel und Brigitte Zypries dazu konkrete Vorschläge erarbeitet, Vorschläge, die mit Praktikern gemeinsam entwickelt werden und mit denen Lehren aus dem Fall Wirecard gezogen werden.

Verehrte Damen und Herren, Sie wollen sicher wissen, in welcher Weise ich in das Mandat Wirecard eingebunden war. Ich kann dazu sagen: Kurzzeitig näher beschäftigt war ich ab dem Februar 2019 und insbesondere im April,* Juni 2020. Davor beschränke* sich meine Befassung nach meiner Erinnerung insbesondere auf wenige Tage im Frühjahr 2017 sowie auf sogenannte Evaluationsgespräche mit dem Management von Wirecard, jeweils im Sommer 2017 und 18. In diesem Rahmen habe ich auch die Herren Ley, Dr. Braun und von Knoop kennengelernt.

Ende Januar 2019 erschien der kritische „Financial Times“-Artikel zu den sogenannten Singapur-Allegations. Am 6. Februar 2019 kamen Dokumente eines Whistleblowers, an mich adressiert, bei mir an. Solche Hinweise gibt es in Mandaten immer wieder, und wir gehen diesen nach. Wenn sie glaubwürdig und plausibel sind, war und ist es mein oberstes Interesse, dass umfassende Qualitätssicherungsmaßnahmen ergriffen und unsere Forensiker intensiv in die Prüfung einbezogen werden.

In diesem Fall, bei Wirecard, fand ich die Hinweise so wichtig, dass ich auch persönlich den Vorsitzenden des Aufsichtsrats von Wirecard dazu kontaktiert habe und mich über die Singapur-Allegations auch regelmäßig informieren ließ. Zudem habe ich gemeinsam mit meinen* Kollegen Christian Orth am 13. Februar 2019 bei der APAS angerufen, um die Singapur-Allegations dort zu adressieren.

Was ich betonen möchte: Das Mandat Wirecard wurde von sehr erfahrenen Partnern verantwortet. Der auftragsbezogene Qualitätssicherer kam all die Jahre aus unserem Geschäftsbereich „Finanzdienstleistungen“. Zusätzlich waren viele Experten und Forensiker eingebunden. Kurz gesagt: Hier waren erstklassige, gut ausgebildete Leute im Einsatz.

Meine Kollegen haben das Testat für das Geschäftsjahr 2018 mit einem ergänzenden Hinweis erteilt. Dem lagen bereits umfassende und erheblich erweiterte Prüfungshandlungen zugrunde. Die Prüfungsberichte 2018 sowohl zur Wirecard AG und dem Konzern als auch zur Wirecard Bank enthalten seitenweise Ausführungen zu Unregelmäßigkeiten und Feststellungen.

Sie können fragen: Warum haben Sie von EY dann trotzdem testiert? Die Antwort ist: weil die Unregelmäßigkeiten nicht unmittelbar die Rechnungslegung betrafen bzw. im Konzernabschluss von Wirecard korrigiert worden sind und weil die sogenannten Singapur-Allegations nach unserer damaligen Einschätzung und nach der Einschätzung externer forensischer Untersuchungen insbesondere die Einheit in Singapur betrafen. Insofern war hier eine Berichterstattung im Prüfungsbericht und folgende Konsequenz für den Bestätigungsvermerk angezeigt. Mit dem deutlichen Hinweis im Testat haben wir die Öffentlichkeit auf die Vorgänge in Singapur hingewiesen.

Testatshindernisse aus damaliger Sicht lagen meines Erachtens nicht vor. Auch für die Jahre davor, bei den Abschlüssen 2015, 16 und 17, wurden von den Prüfungsteams nach meinen Informationen umfassende und erhebliche Prüfungshandlungen durchgeführt und wurde* über Unregelmäßigkeiten berichtet. Die kritische Grundhaltung und die sorgfältige Durchführung der Prüfungen waren nach meiner Einschätzung bei allen Abschlüssen gegeben.

Die Frage, die sich daraus ergibt, lautet: Wenn die Wirtschaftsprüfer formal keinen Fehler gemacht haben und der Betrug trotzdem nicht entdeckt wurde, was lief dann möglicherweise falsch? Hätten die Wirtschaftsprüfer tiefer graben können und müssen? Diese Frage ist berechtigt. Hierbei ist aber auch zu berücksichtigen: Kann und muss man annehmen, dass das Management und Dritte Bestätigungen abgeben und eine Reihe von gefälschten Nachweisen vorlegen?

Im Rahmen unserer kritischen Grundhaltung haben die Prüfer die Täuschungen in Betracht gezogen und sind bekannten Anschuldigungen nachgegangen und haben außerdem über das übliche



Nur zur dienstlichen Verwendung

Maß hinaus Hintergrundinformationen über die Geschäftspartner von Wirecard sich verschafft. Für einen Betrug haben sich hieraus jedoch keine Nachweise ergeben.

Viele Parteien müssen nach unserer heutigen Einschätzung und Erkenntnissen in Form kollusiver Art zusammengearbeitet haben, die kaum vorstellbar ist und möglicherweise nur durch kriminalistische Methoden erkennbar gewesen wäre. Aber wir haben es im Juni 2020 doch geschafft, den finalen Nachweis auf den Betrug zu erbringen und das Testat zu versagen.

Zudem möchte ich bemerken: Wirtschaftsprüfer können mit ihren Mitteln zwar vieles aufdecken, aber sie sind nicht die Kriminalpolizei und auch nicht die Staatsanwaltschaft. Wirtschaftsprüfer verfügen nicht über deren Ermittlungsmöglichkeiten. In welchen Fällen die Behörden zu informieren sind, ist gesetzlich geregelt. Hierüber lohnt sich sicherlich eine weitere fachliche Diskussion.

Es steht auch die Frage im Raum: Warum hat EY das Mandat nicht niedergelegt, als 58 Seiten an Erläuterungen über Unregelmäßigkeiten als Anhang dem Prüfungsbericht beigelegt wurden? Wir haben das damals ausführlich diskutiert. Wir haben nach sorgfältiger Abwägung entschieden, dass wir diesen Auftrag nur unter engen Bedingungen weiterführen. Der Vertrag wurde nur für ein weiteres Jahr verlängert und die Prüfungen auch aufgrund neuer Vorwürfe weiter verschärft.

BaFin, Staatsanwaltschaft, der Großteil der Öffentlichkeit sowie die Politik, alle Beteiligten standen damals trotz der Medienberichterstattung positiv zu Wirecard. Wir hatten keinen Beweis, der das Gegenteil belegte.

Wollten wir Wirecard um jeden Preis als Kunden halten? Das haben mich viele gefragt. Meine Antwort ist: Nein. Das Mandat von Wirecard, mit dem wir zum allergrößten Teil nur Prüfungsumsätze erzielten, trug nur rund ein Tausendstel zu unserem Umsatz bei. Davon hing das Schicksal von EY wirklich nicht ab.

Hinzufügen möchte ich, dass unser Qualitätsanspruch bei allen Mandanten, ob groß oder klein, selbstverständlich derselbe ist. Als wir endlich den Beweis in Händen hielten - und dafür danke ich dem leidenschaftlichen Einsatz von Christian Orth und meinen Kolleginnen und Kollegen -, haben wir am 16. Juni 2020 keine Sekunde gezögert, Alarm zu schlagen. Das Team und ich haben zuvor und danach dramatische Tage erlebt.

Sehr geehrte Damen und Herren, die Causa Wirecard hat sich zu einem Fall entwickelt, in dem nicht zuletzt viele Menschen ihr Geld verloren haben und geschädigt worden sind. Die Frage, wer dabei welche Schuld auf sich geladen hat, wird die Gerichte und die öffentlichen Diskussionen noch lange beschäftigen. Aber gerade weil es so ein außergewöhnlicher Einzelfall ist, will ich ganz deutlich noch mal sagen: Ich kann Ihnen versichern: Die gesamte EY-Organisation und ich auch ganz persönlich wünschen uns, dass wir die mutmaßlich betrügerischen Handlungen bei Wirecard früher hätten nachweisen können.

Wir untersuchen intern bei uns seit Monaten sehr hart, woran es gelegen hat, dass dies nicht der Fall war - es gibt Fälle, in denen die Staatsanwaltschaften Jahre aufarbeiten, bis sie zu einem Ergebnis kommen -; denn für EY ist nichts wichtiger als die Qualität unserer Arbeit. Die Qualität der Abschlussprüfung ist entscheidend für den Ruf und den Gesamterfolg von EY. Uns ist bewusst, dass es erheblicher Anstrengungen bedarf, um das Vertrauen unserer Mandanten, anderer Marktteilnehmer und der Öffentlichkeit in die Qualität der Abschlussprüfung dauerhaft sicherzustellen.

Die langfristig angelegte Initiative „Trust in Quality“ hat zum Ziel, das Vertrauen in die Prüfungsarbeit weiter zu stärken. Damit geht EY über die derzeit öffentlich diskutierten Vorgaben der Wirtschaftsprüfungsgesellschaften deutlich hinaus.

Sehr geehrter Herr Vorsitzender, sehr geehrte Damen und Herren Abgeordnete, ich weiß, dass Sie unseren Beitrag zur Aufklärung des Wirecard-Falls sehr kritisch sehen. Ich möchte trotzdem sagen: Wir haben im Rahmen der gesetzlichen Mög-



Nur zur dienstlichen Verwendung

lichkeiten viel getan, um zur Aufklärung beizutragen. Wir haben uns auf die gesetzlichen Grenzen zur Verschwiegenheitspflicht berufen und waren dem Vorwurf ausgesetzt, dass wir mauern.

Nachdem der Bundesgerichtshof die umstrittene Frage geklärt hat, haben wir eine Vielzahl von Computern mit umfangreichen Daten und Akten an Sie hier im Bundestag übergeben. Wir haben Personal abgestellt, um Sie zu unterstützen, damit Sie so gut und so schnell wie möglich Einblick in alle Dokumente bekommen. Zusätzlich haben wir verschiedene Kommunikationskanäle für Fragen eingerichtet. Etwas Vergleichbares hat es nach allem, was ich weiß, noch in keinem Untersuchungsausschuss des Bundestages gegeben.

Gestatten Sie mir noch eine persönliche Bemerkung zum Schluss. Mein Weg zum Vorsitzenden der Geschäftsführung von EY in Deutschland, eines Unternehmens mit über 11 000 Beschäftigten, war nicht vorgezeichnet. Ich komme aus einer Großfamilie und bin in einem Familienbetrieb, einer Dorfbäckerei, aufgewachsen. Zusammenhalt und Werte* wie Vertrauen und Verlässlichkeit sind mir unglaublich wichtig.

Jetzt mache ich den Weg frei für einen Neustart von EY Deutschland. Und damit möchte ich auch für alle Kolleginnen und Kollegen, die sich so sehr mit dem Unternehmen identifizieren wie ich, einen Blick nach vorn ermöglichen. Ich möchte an Sie appellieren, dass wir uns konstruktiv zur Sache austauschen. Wir wollen gemeinsam aufklären. Wir von EY wollen umfassend dazu beitragen, dass die Dinge zukünftig noch besser gemacht werden - im Interesse des gesamten Berufsstandes, des Finanzplatzes Deutschland sowie der Öffentlichkeit und auch EY.

Damit schließe ich und stehe für Ihre Fragen sehr gern zur Verfügung.

Vorsitzender Kay Gottschalk: Vielen Dank, Herr Barth. Und auch an meiner Stelle da Respekt für Ihre Entscheidung. - Herr Barth, wie haben Sie sich auf die heutige Sitzung - das sind so einige allgemeine Fragen; das kennen die Kollegen

schon; da versuche ich, ein bisschen abzuräumen, damit wir dann irgendwann sozusagen auf das Fleisch auch tatsächlich kommen - vorbereitet?

Zeuge Hubert Barth: Danke sehr, Herr Vorsitzender. - Bezüglich der Zeugenvorbereitung: Ich habe meine Ladung erst mal aus der Presse erfahren. Natürlich habe ich mich vorbereitet. Was habe ich getan? Ich habe Prüfungsberichte gelesen, meine E-Mails noch mal durchgeschaut, meinen Kalender noch mal rückwärts angeschaut, weitere Unterlagen durchgesehen und mich vor allem ausführlich mit meinem Anwalt vorbereitet. Ich habe mir auch den parlamentarischen Untersuchungsausschuss erklären lassen. Als Geschäftsführer bin ich auch sowieso verpflichtet, mich über Wirecard informieren zu lassen, insbesondere über die Risiken, aber auch - darauf lege ich immer Wert - Hinweise auf die Verschwiegenheit usw. Ich bin mir voll bewusst über meine Rolle als Zeuge, und was ich hier schildere, ist meine Sichtweise. Und eine Zeugenbeeinflussung schließe ich bei mir auch komplett aus.

Vorsitzender Kay Gottschalk: Wunderbar. Darf ich an der Stelle auch gleich mal einen Wunsch äußern: Wir fangen ja jetzt gerade an, in den frischen Unterlagen zu ermitteln, an der einen oder anderen Stelle dann. Das haben wir auch bei den Behörden - - Da möchte ich mich auch bedanken - - herabzustufen, weil es natürlich schwierig ist, wenn man Dokumente dann nicht im öffentlichen Raum verwenden kann. Also, da würde ich um Mithilfe bitten, aber auch noch mal den Dank an der Stelle aussprechen - ich habe es eben schon getan -, dass Sie uns Rechner und viele Dinge, auch die Räumlichkeiten, für die Sonderermittler zur Verfügung gestellt haben. Das will ich an der Stelle auch nicht verschweigen. Aber es wäre schön, wenn wir auch da weiter und zügig vorankommen, was Entstufung von Dokumenten angeht. - Das so als Wunsch aller Kollegen, glaube ich, hier. Das würde die Sache erleichtern und Ihren Aufklärungswillen unterstreichen.



Nur zur dienstlichen Verwendung

Seit wann - - Das haben wir schon geklärt. Ich glaube, das ist auch bekannt. Das möchte ich Sie jetzt nicht fragen.

War EY als Wirtschaftsunternehmen auch für die - oder wissen Sie das jetzt im Überblick? - Tochtergesellschaften Wirecards zuständig, und wenn ja, für welche? Können Sie das vielleicht nennen?

Zeuge Hubert Barth: Sie meinen, von der Prüfungsseite her?

Vorsitzender Kay Gottschalk: Ja, genau.

Zeuge Hubert Barth: EY hat den Konzern geprüft und auch einige Tochtergesellschaften. Im Prüfungsbericht ist hierzu auch eine Tabelle enthalten, die darstellt, in welchen Ländern EY geprüft hat und in welchen Ländern Drittprüfer im Einsatz waren. Ich möchte verweisen auf die Seite 39 des Prüfungsberichtes aus dem Jahr 2018. Wenn Sie möchten, kann ich es im Einzelnen ausführen, wo EY Prüfer war, -

Vorsitzender Kay Gottschalk: Gerne, okay.

Zeuge Hubert Barth: - und die Drittprüfer auch darstellen.

Vorsitzender Kay Gottschalk: Gut. - In einem Statement haben Sie angegeben - ich zitiere - :

„Wirecard ist ein Einzelfall. Er treibt uns angesichts seiner Größe um. Aber wir haben uns nichts vorzuwerfen. Wir haben den Betrugsfall nachgewiesen und umfassend kommuniziert.“

Zitat Ende. Nachzulesen ist dies beispielsweise in der „FAZ“ vom 26. November 2020. - Können Sie uns berichten, mit welchen Personen und Institutionen Sie in der Sache Wirecard gesprochen haben? Bei Institutionen meine ich durchaus auch Behörden, Geschäftsbereichsbehörden, Ministerien etc.

Zeuge Hubert Barth: Ich würde mit dem zweiten Teil Ihrer Frage beginnen, -

Vorsitzender Kay Gottschalk: Gerne.

Zeuge Hubert Barth: - mit welchen Institutionen ich bezüglich Wirecard gesprochen habe. Da ist zunächst mal zu nennen die APAS - das habe ich ja gerade schon in meinem Eingangsstatement erwähnt -, das Telefonat vom 13. Februar 2019. Darüber hinaus - - Zumindest hat das meine Aktenrecherche hergegeben, dass das Thema Wirecard ganz kurz auch mal ein Thema bei der DPR war. Da gibt es jährliche Gespräche mit der DPR, wenn die die Prüfung letztendlich oder ihr Assessment abgeschlossen haben. Da wurde das Thema auch mal ganz kurz am Rande erwähnt. Ansonsten habe ich mit weiteren Behörden oder Institutionen diesbezüglich nicht gesprochen.

Vorsitzender Kay Gottschalk: Okay. - Sie haben das eben schon angedeutet, dass Sie einen Austausch mit der APAS bezüglich Wirecard hatten. Fand dieser primär schriftlich oder mündlich statt? Also, Sie haben eben das Telefonat, das berühmte, was fast schon legendären Status hat - - Gab es darüber hinaus auch schriftliche - - oder weitere Telefonate, die uns vielleicht jetzt hier nicht gegenwärtig sind?

Zeuge Hubert Barth: Nach meiner Erinnerung gab es dazu keinen schriftlichen Austausch. Bezüglich der Gespräche: Es ist dieses berühmte Gespräch am 13. Februar 2019. Darüber hinaus gab es noch, ich würde mal sagen, einen Zwischen-Tür-und-Angel-Austausch mit Herrn Bose. Den habe ich anlässlich des Wirtschaftsprüferkammertages - ich muss kurz nachschauen, wann das genau war -

(Der Zeuge blättert in seinen Unterlagen)

irgendwann im Mai 2019 gesprochen. Da ging es auch letztendlich noch mal - - bezogen auf Wirecard, weil der Abschluss* wurde* testiert* Ende April*. Da war nur mal kurz der Ausschuss*, ob sich die APAS das anschaut oder nicht.

Vorsitzender Kay Gottschalk: Können Sie aus Ihrer Sicht - wir haben ja jetzt schon so viele Betei-



Nur zur dienstlichen Verwendung

lichte gehört - noch mal den Inhalt dieser Gespräche, natürlich vor allen Dingen auch den vielleicht aus Ihrer Sicht, vom Februar angeben?

Zeuge Hubert Barth: Sehr gerne, Herr Gottschalk. - Bezüglich der Diskussion mit der APAS: Ich leite vielleicht ein: Dem ging eine Diskussion im Team voraus, was wir denn - wie Sie auch wissen, ging bei mir dieses Whistleblower-Paket ein, worauf* ich viele informiert habe - - haben wir im Team diskutiert: Was machen wir damit? Ich wollte mir selber ein Bild davon verschaffen. Deswegen habe ich meine Kollegen gebeten, ob sie mir einen Termin bei Wirecard besorgen könnten. Es stand sowieso ein Jour Fixe an. Das heißt, am 6. Februar kam das Whistleblower-Paket nach meinen Recherchen. Am 8. Juni [sic!] wurde dann eine Terminvereinbarung mit Wirecard ausgemacht für den 12. Februar. An diesem Jour Fixe habe ich dann teilgenommen - das ist ein üblicher Termin, wo man bestimmte Prüfungssachverhalte durchspricht -, um mir ein eigenes Bild zu machen.

An diesem Termin habe ich auch ein paar Fragen an Dr. Braun diesbezüglich gestellt bzw. das Team, und wir haben auch darauf hingewiesen, dass wir aufgrund der Anschuldigungen, die hier aufgegriffen werden, die APAS auf Basis des Artikel 7 am Folgetag kontaktieren werden.

Jetzt zum Anruf bei der APAS selbst: Wir sind proaktiv auf die APAS zugegangen, weil wir diesen Sachverhalt einfach berichtenswert fanden. Die Basis unseres Anrufs, die ist Artikel 7. Wir können nicht einfach so die APAS über irgendwelche Mandanten anrufen, sondern wir brauchen schon eine Basis. Die ist der Artikel 7.

Gesprächsverlauf selbst, vielleicht auch dort einleitend: Es gab, ich glaube, kurz vor zehn einen kurzen Briefing- oder Abstimmungscall zwischen Christian Orth und mir, wo wir letztendlich abgestimmt haben, welche Themen wir anbringen. Um 10 Uhr haben sich dann die Herren von der APAS mit eingewählt in diese Telefonkonferenz. Der erste - wie soll ich sagen? - - Die Belehrung, die hat uns etwas überrascht, zu Beginn. Also, wir wurden belehrt, und dann kam die Frage - - Also, ich habe das Wort „Wirecard“ erwähnt,

und dann kam gleich die Belehrung. Und dann kam die Frage, ob wir weitersprechen möchten. Da sagte ich: Ja, wir möchten weitersprechen. Und dann haben wir diesbezüglich proaktiv die Information gegeben, dass hier signifikante Allegations vorliegen, dass wir erwarten, dass sich die APAS das auch anschauen wird, und dass wir diese sehr, sehr ernst nehmen und wir umfassende Qualitätssicherungs- und Risk-Management-Maßnahmen bereits eingeleitet haben.

Wir haben auch darüber berichtet, dass wir diese Allegations - wir sind sie nicht im Einzelnen durchgegangen - - dass wir hierfür erweiterte Prüfungshandlungen vornehmen und auch Forensiker einbinden werden. Wir haben auch erwähnt, dass wir am Tag davor beim Management waren, und dann haben wir letztendlich gefragt, ob es weitere Rückfragen oder sonstige Themenbereiche gibt. Die APAS hat nach meinem Eindruck das Telefonat begrüßt. Und um es auch abzuschließen: Danach sind wir letztendlich zum Team zurückgegangen und haben dem Team auch darüber berichtet, dass der Call und das Telefonat mit der APAS stattgefunden hat.

Vorsitzender Kay Gottschalk: Können Sie sich noch an die beteiligten Gesprächspartner, aus Ihrer Sicht, dieser TelKo erinnern?

Zeuge Hubert Barth: Nach meiner Erinnerung - also, ich rede aus der damaligen Sicht; -

Vorsitzender Kay Gottschalk: Ja, na klar.

Zeuge Hubert Barth: - auch ich habe ja viel gelesen in der Zwischenzeit - - aber wirklich aus der damaligen Sicht: Herr Kocks, Herr Bose und noch ein, zwei weitere Personen von der APAS.

Vorsitzender Kay Gottschalk: Ich will mal einen Sprung weiter machen: Im Zuge einer Anfrage vom Kollegen Bayaz über die Rolle der Abschlussprüferstelle im Fall Wirecard, nachzulesen auf Bundestagsdrucksache 19/21208, werden ja viele Fragen auch gestellt. Im Zuge dieser wiederum gab Staatssekretär Nußbaum an, die APAS würde auch bei der Wirtschaftsprüfergesellschaft EY anlasslose Inspektionen durchführen. Können



Nur zur dienstlichen Verwendung

Sie diese Aussage von Staatssekretär Nußbaum bestätigen?

Zeuge Hubert Barth: Herr Gottschalk, das Wort „anlasslose“ dürfte sich auf anlassunabhängige Untersuchungen der APAS beziehen. Solche anlassunabhängigen Untersuchungen gibt es bei allen Prüfern von sogenannten Public Interest Entities. Das heißt, die werden routinemäßig jährlich durchgeführt, so auch bei EY, weil wir doch einige Public Interest Entities als Abschlussprüfungsmandate haben. Und diesbezüglich gibt es diese Untersuchungen im jährlichen Rhythmus, und dazu gibt es auch immer Gespräche.

Vorsitzender Kay Gottschalk: Okay. - Gut, dann wäre ich mit meinem allgemeinen Teil zunächst durch, wie versprochen. Und Matthias Hauer für die CDU/CSU-Fraktion.

Matthias Hauer (CDU/CSU): Herr Vorsitzender. - Herr Barth, vielen Dank, dass Sie uns Auskunft geben. - Ich möchte noch mal zu Ihrem Eingangsstatement zurückkommen, das Sie ja sehr pathetisch uns vorgetragen haben, und möchte Sie fragen, wie es denn jetzt für Sie persönlich weitergeht; denn Sie haben ja gesagt, Sie übernehmen die Verantwortung so im Sinne einer politischen Verantwortung; und das seien bei EY dann quasi Sie, die das übernehmen. Können Sie dazu was sagen?

Zeuge Hubert Barth: Herr Hauer, mache ich sehr gerne. - Bei EY gibt es eine organisatorische Umstellung. Bisher ist Deutschland Teil der Region, wir nennen es „GSA“. Das sind Deutschland, Österreich, Schweiz und Liechtenstein drin. Es gibt noch weitere Regionen innerhalb Europas. Das wird es eine Konsolidierung geben, wo mehrere Länder noch weiter zusammengefasst werden. Ich werde in diese Region wechseln, mache damit den Weg frei.

Mein Wechsel auf* europäische Ebene kommt daher: Ich bin seit fünf Jahren Vorsitzender der Geschäftsführung von EY in Deutschland. Ich bin ein neugieriger Mensch, und ich habe früher auch schon sehr, sehr viel international gearbeitet. Und um es vielleicht auch einzuordnen - ich habe immer Chefinnen -: Meine Chefin, die ich

davor hatte, die war früher GSA Regional Managing Partnerin. Die ist dann zur EMEA- oder Europachefin aufgestiegen, und ich folge ihr letztendlich in Europa nach, nicht auf ihre Position, nicht dass Sie das falsch verstehen, sondern ich werde eine Rolle auf europäischer Ebene bekleiden.

Matthias Hauer (CDU/CSU): Ich frage es nur deshalb, weil Sie ja so pathetisch vorgetragen haben, als wäre das jetzt der Rieseneinschnitt für Sie persönlich, weil Sie ja jetzt Verantwortung übernehmen. Und für mich klang das jetzt nicht ganz so wie der Einschnitt, sondern eher wie eine andere Aufgabe irgendwie im Konzern, an einer anderen Stelle. Aber so richtig nach Verantwortung-Übernehmen, fand ich jetzt, klang es nicht; deshalb. Ich wollte es nur noch mal klarstellen, weil Sie ja in Ihrem Eingangsstatement das so anders dargestellt hatten. - Ist das denn mit einer geringeren Vergütung verbunden?

Zeuge Hubert Barth: Ich werde ordnungsgemäß vergütet.

Matthias Hauer (CDU/CSU): Also nein.

Zeuge Hubert Barth: Ich weiß es nicht. Das hängt bei uns immer von der Performance ab.

Matthias Hauer (CDU/CSU): Also an dem variablen Anteil.

Zeuge Hubert Barth: Die Vergütung ist am Performance-Anteil, und sie hängt letztendlich von dem Verantwortungsbereich, den man hat - -

Matthias Hauer (CDU/CSU): Aber es ist jetzt nicht so, dass Sie da jetzt wesentlich schlechter stehen als vorher.

Zeuge Hubert Barth: Das weiß ich noch nicht, sage ich Ihnen ganz offen.

Matthias Hauer (CDU/CSU): Okay, ja, ist ja auch nicht so wichtig. Gut, ich nehme das jetzt erst mal zur Kenntnis, dass Sie das als „politische Verantwortung übernehmen“ verstehen, aber sich sonst zumindest im Portemonnaie zumindest noch nicht absehbar so viel ändert.



Nur zur dienstlichen Verwendung

Können Sie noch mal sagen: Sie hatten vorhin gesagt: „Wenn formal keine Fehler passieren, was läuft dann falsch?“ - so hatte ich Sie verstanden -: Kann ich daraus schließen, dass Sie davon ausgehen, es sind formal keine Fehler gemacht worden durch EY?

Zeuge Hubert Barth: Sie müssen das so einordnen: Ein Fall wie bei Wirecard, da kommt unser Beruf schlicht und einfach an seine Grenze. Und ich will es mal als Beispiel letztendlich herausgreifen: Auch die KPMG-Berichte zeigen, wie unglaublich schwer es ist, mit den Mitteln von Wirtschaftsprüfern, -

Matthias Hauer (CDU/CSU): Da kommen wir gleich noch konkret zu.

Zeuge Hubert Barth: - aber auch mit Mitteln von Forensikern - -

Matthias Hauer (CDU/CSU): Ich sage Ihnen: Die KPMG hat da ja auch eine andere Auffassung teilweise vertreten als Ihre Gesellschaft. Und ich möchte auch noch mal klarstellen: Natürlich ist es hier kein Angriff auf alle EY-Mitarbeiter, und ich bin fest davon überzeugt, dass die ganz, ganz große Anzahl Ihrer Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter da einen sehr guten Job macht. Aber hier geht es eben auch um einen konkreten Fall, wo mehrere Personen involviert waren, und da geht es auch um konkrete Verantwortung; es geht um berufsaufsichtsrechtliche Verfahren, die laufen, gegen Prüfer von EY; und es geht um konkretes Handeln durch EY. Und da, denke ich, kann man schon von Ihnen eine Aussage erwarten, wenn ich Sie konkret frage, ob Sie davon ausgegangen sind, dass Fehler gemacht wurden durch EY, und nicht so eine ausweichende Antwort. Sie können ja sagen: Es ist kein Fehler gemacht worden. - Dann legen wir das zugrunde für die weitere Vernehmung.

Zeuge Hubert Barth: Nach meinem Erkenntnisstand, um konkret darauf zu antworten, haben die Mitarbeiter von EY die Prüfungshandlungen professionell und nach bestem Wissen und Gewissen durchgeführt. Und ich verstehe auch angesichts der Tragweite, die dieser Fall hat, die

Frage: Warum wurde das nicht früher aufgedeckt? Aber wir wissen im Moment noch nicht genau, was passiert ist.

Matthias Hauer (CDU/CSU): Aber Sie wissen schon, dass es professionell war. Das haben Sie ja gerade gesagt.

Zeuge Hubert Barth: Es waren kollusiv mehrere Parteien eingebunden. Das könnte für eine gewisse Professionalität sprechen.

Matthias Hauer (CDU/CSU): Sie haben gesagt: Es gab ein professionelles Verhalten derjenigen, die bei EY dort geprüft haben.

Zeuge Hubert Barth: Ja.

Matthias Hauer (CDU/CSU): Das bedeutet, dass Sie sich an die geltenden Standards gehalten haben seitens EY.

Zeuge Hubert Barth: Ja.

Matthias Hauer (CDU/CSU): Wie würden Sie das denn einschätzen - - Wir kommen jetzt mal direkt zu diesen Treuhandkonten. Da hatten wir ja zunächst einen Treuhänder in Singapur, Citadelle. Wie, würden Sie sagen, müsste man die Seriosität eines solchen Treuhänders prüfen, oder muss man die überhaupt prüfen, wenn man Abschlussprüfer ist?

Zeuge Hubert Barth: Herr Hauer, erlauben Sie mir eine ganz kurze Vorbemerkung, nur von der Einordnung: Ich selbst war natürlich in die Prüfungshandlungen und die Prüfungsdurchführungen nicht einbezogen, habe aber, ich sage mal, aus der Retrospektive - und was ich jetzt alles gelesen habe usw. - - beantworte ich natürlich sehr, sehr gerne Ihre Frage.

Matthias Hauer (CDU/CSU): Das ist klar.

Zeuge Hubert Barth: Man muss diesen Fall oder die Treuhänder differenziert sehen. Wir haben einerseits den Treuhänder in Singapur, und wir haben andererseits den Treuhänder auf den Philippinen.



Nur zur dienstlichen Verwendung

Matthias Hauer (CDU/CSU): Also, ich habe nur nach Singapur jetzt erst mal gefragt.

Zeuge Hubert Barth: Und von dem Treuhänder in Singapur, das ist ja, ich sage mal, wir prüfen Wirecard - - Der erste Dritte in diesem Konstrukt für Drittbestätigung ist der Treuhänder. Das heißt: A), von diesem Treuhänder ist eine Bestätigung einzuholen, und es ist natürlich auch aufgrund der Größe, ich sage mal, des Geschäftes, was hierüber abgewickelt wird, sich auch mit dem Treuhänder zu befassen. Darüber hinaus hat nach meinen Informationen das Prüfungsteam noch eine ganze Reihe von weiteren Prüfungsnachweisen sich eingeholt, nämlich Bestätigungen derjenigen, die dem Treuhänder das Geld gegeben haben. Das heißt, Wirecard prüf* - - Dritter ist der Treuhänder; der Treuhänder bestätigt. Aber der Treuhänder hat das Geld ja von jemandem bekommen, nämlich von mehreren Parteien. Und diese „mehreren Parteien“ haben auch dem Treuhänder dies bestätigt. Darüber hinaus gab es ja auch Geldfluss zwischen dem Treuhänder und Wirecard, und darüber hinaus hat sich nach meinen Informationen das Prüfungsteam auch mit dem Treuhänder befasst und ihn persönlich besucht und mit ihm auch gesprochen und noch weitere Tätigkeiten und Nachweise eingeholt.

Matthias Hauer (CDU/CSU): Also, finde ich erst mal gut, dass wir uns einig sind, dass es wichtig ist, sich mit dem Treuhänder zu befassen. Ist für die Ausübung eines Treuhandgeschäfts in Singapur eine Lizenz notwendig?

Zeuge Hubert Barth: Das entzieht sich meiner Kenntnis.

Matthias Hauer (CDU/CSU): Ja. Ich kann Ihnen nämlich sagen, dass die entsprechende Behörde ein Verfahren eingeleitet hat in 2020, im Juli 2020, und zwar gegen Citadelle und Senjo, und zwar geht es darum: einmal mutmaßliche Fälschung von Konten. Und das Zweite ist: Ausübung eines Treuhandgeschäfts ohne Lizenz nach dem Trust Companies Act. Daraus schließe ich jetzt, dass da wohl eine Lizenz erforderlich ist. Und das war jetzt auch nicht so schwierig, ehrlich gesagt, rauszufinden, dass eine solche Lizenz dort erforderlich ist. Aber das ist Ihnen

nicht bewusst, dass erstens das erforderlich ist und zweitens ob EY das geprüft hat vor Ort.

Zeuge Hubert Barth: Darüber habe ich keine Informationen. Vielleicht zur Einordnung: Es gibt bei, ich sage mal, Treuhandgeschäften bzw. bei Lizenzierungen über verschiedene Länder - - Man muss die Regeln da wahrscheinlich sehr genau anschauen.

Matthias Hauer (CDU/CSU): Da sind wir uns einig. Und das ist hier offenbar nicht passiert, würde ich mal in den Raum stellen. Aber wir sind da sehr gespannt, wenn Sie uns da noch mal darlegen könnten im Nachgang zu dieser Sitzung, inwieweit dort eine Prüfung stattgefunden hat und - wovon ich jetzt ausgehe, dass keine Prüfung stattgefunden hat; denn sonst hätten Sie ja rausgefunden, dass es lizenzpflichtig ist und es keine Lizenz gab - warum dann da keine Konsequenzen gefolgt sind für das Prüfungshandeln. So, da würde ich das einmal an Sie adressieren.

Dann konkret zu diesen Treuhandkonten und der Berücksichtigung in der Bilanz: Da würde ich Sie bitten, mal darzustellen, ob es unterschiedliche Auffassungen zur Prüfung und zu diesen Nachweisen hinsichtlich der Treuhandkonten zwischen EY und KPMG gab, konkret im Februar 2019.

Zeuge Hubert Barth: Wenn ich die Frage einordne: zwischen EY und KPMG im Februar 2019. KPMG war meines Erachtens im Februar 2019 noch nicht beauftragt. Also, mit KPMG wurde nach meiner Erinnerung im Februar 2019 nicht kommuniziert bezüglich Treuhandkonten.

Matthias Hauer (CDU/CSU): Ich erweitere den Zeitraum. Sagen Sie einfach, ob es im gesamten Zeitraum eine Diskrepanz zwischen der Auffassung von KPMG und EY gab, wie man mit Treuhandkonten umgehen soll.

Zeuge Hubert Barth: Bezüglich des Ausweises: Sie kennen ja die Unterlagen letztendlich aus dem KPMG-Sonderuntersuchungsbericht. Da ist ja dies genau aufgeführt, dass KPMG hier eine andere Sichtweise bezüglich des Ausweises der Treuhandkonten bespricht. Ich kann hier nur aus



Nur zur dienstlichen Verwendung

der Retrospektive antworten, und diesbezüglich möchte ich Folgendes als Ausführung darlegen: Zunächst ist ja mal die Gesellschaft selbst für die Bilanzierung zuständig. Die Gesellschaft hat in dieser Art bilanziert, dass wir* die Treuhandkonten, ich sage mal, unter - machen wir es vereinfacht - Cash oder als Zahlungsmittelähnlich ausweisen. Diesbezüglich hat, aus der Retrospektive wieder, nach meiner Erinnerung sowohl das Prüfungsteam sich damit befasst als auch der sogenannte IFRS-Desk von EY. Darüber hinaus gab es, zumindest nach meiner Recherche und Information, eine weitere Stellungnahme einer anderen Wirtschaftsprüfungsgesellschaft dazu. Und nach meiner Erinnerung gab es auch noch ein Schreiben einer Rechtsanwaltskanzlei dazu sowie von einer Beratungsgesellschaft aus dem Hochschul Umfeld auch eine Stellungnahme dazu.

Matthias Hauer (CDU/CSU): Also, man hat sich intensiv mit dieser Fragestellung beschäftigt, könnte man sagen.

Zeuge Hubert Barth: Ich persönlich habe mich nicht intensiv mit dieser Fragestellung beschäftigt; aber es wurde sich intensiv mit dieser Fragestellung beschäftigt.

Matthias Hauer (CDU/CSU): Und wenn man doch erst mal feststellt: „Es geht um eine Menge Geld“ - das ist ja doch ein beträchtlicher Teil der Bilanzsumme, um die es da ging auf diesen Treuhandkonten - und gleichzeitig da, ich sage mal, eine rechtliche Unsicherheit besteht, dass man sogar solche Prüfungen rechtlicher Natur durchführt, dann hat das ganze Thema ja eine gewisse Brisanz. Und dann stellt sich zum Beispiel die Frage, warum man, wenn man später auf die durchaus sinnvolle Idee kommt, dass man da solche Testüberweisungen durchführt, das nicht früher gemacht hat.

Zeuge Hubert Barth: Vielleicht zum ersten Punkt noch des wirtschaftlich Berechtigten, den Sie ansprechen, letztendlich beim Ausweis der Treuhandkonten: Da möchte ich noch anführen: Die Untersuchung von KPMG, sie ging ja noch weiter. Also, es gibt ja den Bericht, der, ich sage mal, öffentlich ist. Der Aufsichtsrat hatte diesbezüglich noch KPMG beauftragt, den Bericht auf das

Jahr 2019 bzw. auf den Dezember 19 weiterzuführen. Diesbezüglich führt auch KPMG zumindest im Entwurf über das Ergebnis der fortgeführten Untersuchungshandlungen aus - erlauben Sie mir, dass ich zitiere -:

Bestätigung der philippinischen Banken BDO und BDI weisen Wirecard-Gesellschaften als wirtschaftliche Berechtigte der Guthaben aus.

Auf Seite 12, zweiter Spiegelstrich, vorletzter Satz ist das zu finden. Bezüglich der Thematik - - Wenn Sie es noch mal wiederholen könnten, Ihren zweiten Teil der Frage, oder nur ein Stichwort.

Matthias Hauer (CDU/CSU): Ich wollte wissen, warum Sie früher, wenn Sie schon keine Bankbestätigung haben, -

Zeuge Hubert Barth: Danke, ich habe es wieder.

Matthias Hauer (CDU/CSU): - dass Sie dann zumindest eine Probeüberweisung machen.

Zeuge Hubert Barth: Das Thema der Abhebungsanforderungen, das ist ein signifikanter Eingriff letztendlich in - wie soll ich sagen? - den normalen Arbeitsablauf. In den Vorjahren war Geldfluss zwischen dem Treuhandkonto und von Wirecard festzustellen. Zumindest nach den mir gegebenen Informationen, natürlich retrospektiv, gab es in den Jahren Geldflüsse zwischen dem Treuhänder und von* Wirecard, die auch die Kollegen und Kolleginnen eingesehen haben.

Matthias Hauer (CDU/CSU): Gut, da kommen wir gleich noch mal - -

Zeuge Hubert Barth: Also, wie zum Beispiel die 50 Millionen, die im Jahr - - oder für die Prüfung des Jahres 2018 flossen.

Matthias Hauer (CDU/CSU): Wir gehen da gleich noch mal im Detail darauf ein. - Ich möchte jetzt aber in der ersten Runde Sie noch mal fragen nach Ihrem Kontakt zu den Herren Ley, von



Nur zur dienstlichen Verwendung

Knoop und Braun. Vielleicht können Sie da jeweils sagen, wie das abgelaufen ist.

Zeuge Hubert Barth: Ja, mache ich sehr gerne. Lassen Sie mich ganz kurz - -

(Der Zeuge blättert in seinen Unterlagen)

Herrn Ley habe ich einmal getroffen, zu einem sogenannten Evaluationsgespräch. Das war im Jahr 2017, gemeinsam mit meinem Kollegen. Herrn von Knoop habe ich auch einmal zu einem Evaluationsgespräch getroffen. Zum Zweiten habe ich nach meiner Erinnerung - -

Matthias Hauer (CDU/CSU): Wann war das?

Zeuge Hubert Barth: Wie bitte?

Matthias Hauer (CDU/CSU): Wann war das mit dem Knoop?

Zeuge Hubert Barth: Das war 2018, am 04.09. Herrn von Knoop habe ich dann noch mal an dem 12. Februar im Vorgespräch APAS getroffen. Darüber hinaus habe ich Herrn von Knoop im - geben Sie mir eine Sekunde -

(Der Zeuge blättert in seinen Unterlagen)

März 2020 getroffen, und ich habe ihn ein-, zweimal ganz kurz am Flughafen getroffen und ihn begrüßt und gefragt, ob es ihm gut geht, wenn man zusammen einen Flieger besteigt. Die dritte Person, die Sie gefragt haben, war Herr Braun?

Matthias Hauer (CDU/CSU): Herr Braun.

Zeuge Hubert Barth: Herr Braun - -

Matthias Hauer (CDU/CSU): Aber wenn Sie noch weitere Verantwortliche getroffen haben, dürfen Sie das gerne auch darlegen - oder sollten Sie.

Zeuge Hubert Barth: Ja, ja. Herrn Dr. Braun habe ich - da muss ich kurz - -

(Der Zeuge blättert in seinen Unterlagen)

Dr. Braun habe ich getroffen in 2017 bei dem Gespräch zur Evaluation mit Herrn Ley. Ich habe Herrn Dr. Braun dann noch mal getroffen im Januar 2019, und ich habe Herrn Braun an dem Februartermin getroffen. Weitere Treffen sind mir jetzt gerade nicht in Erinnerung. Weitere Vorstandsmitglieder - -

Matthias Hauer (CDU/CSU): Februar 2019, zusammen mit Herrn von Knoop, oder - -

Zeuge Hubert Barth: Genau, Februar 2019, zusammen mit Herrn von Knoop.

Matthias Hauer (CDU/CSU): Okay, ja. - Weitere Vorstandsmitglieder?

Zeuge Hubert Barth: Weitere Vorstandsmitglieder habe ich nach meiner Erinnerung nicht getroffen. Herrn - -

Matthias Hauer (CDU/CSU): Mit dem Aufsichtsrat vielleicht?

Zeuge Hubert Barth: Herrn Matthias habe ich persönlich nie getroffen. Herrn Eichelmann habe ich vor seiner Funktionsübernahme bei Wirecard, ich glaube, zweimal persönlich getroffen, einmal, wo er noch in anderer Tätigkeit war, und das zweite Mal saß er bei einer Veranstaltung neben mir. Herrn Marsalek habe ich nach meiner Erinnerung nur einmal gehört, in einem Kontext, wo er von Herrn Eichelmann befragt wurde. Das war dann bei der - wie soll ich sagen? - - Lassen Sie mich gerade mal gucken.

(Der Zeuge blättert in seinen Unterlagen)

Das war am, ich glaube, 16.06., als wir den Aufsichtsrat damit konfrontiert hatten, dass die Konten nicht vorhanden sind. Da hat Herr Marsalek eine Erklärung - - Oder sein erster Satz war diesbezüglich, dass die 1,9 Milliarden nicht bestätigt werden konnten: „Das ist unerfreulich“, war sein Zitat, mit dem er begonnen hat.

Matthias Hauer (CDU/CSU): Ja, da hat er recht. Hat er da erst mal aufgelegt, oder wie war das?



Nur zur dienstlichen Verwendung

Zeuge Hubert Barth: Ja. An das Gespräch kann ich mich noch konkret ganz gut erinnern, weil der Aufsichtsrat, nachdem wir ihn informiert haben, dann zuerst Herrn von Knoop und dann Herrn Marsalek praktisch mit in die Telefonkonferenz genommen hat. Jawohl, Herr Marsalek hat dann erst mal kurz sein Telefon - - irgendwie aufgelegt, und dann hat er wieder zurückgerufen. Und dann machte es „Klack“, und mein Forensiker, der neben mir saß, sagte: Und jetzt ist eine Aufnahme gerade gestartet worden oder sonst irgendetwas.

Matthias Hauer (CDU/CSU): Okay. - Da ich jetzt nur noch eine Minute habe für die erste Runde, muss ich das Thema jetzt leider wechseln, um ein abgrenzbares Thema hier noch anzuschneiden. Und zwar noch mal zu Ihrem Telefonat vom 13. Februar 2019 mit der APAS: Da hatten Sie gesagt, Sie hätten die APAS auf Grundlage von Artikel 7 kontaktiert. Ging es da um eine Artikel-7-Meldung, oder war dieses Telefonat eine Artikel-7-Meldung? Frage ich so konkret.

Zeuge Hubert Barth: Ich leite es mal kurz ein. Erst mal: Mit dem Artikel 7 oder Artikel 12 - - Der wurde mit einer EU-Verordnung umgesetzt. Da war ja erst mal unklar: Wer ist überhaupt zuständig nach den IDW-Regularien, nach dem Schreiben von 2018? Da steht drin: APAS. Deswegen haben wir die APAS diesbezüglich angerufen. Es war keine Meldung nach Artikel 7 vor dem Hintergrund, Sie müssen sich so vorstellen: Ende Januar kommen die Allegations; -

Matthias Hauer (CDU/CSU): Nein, ich möchte es - -

Zeuge Hubert Barth: - 06.02. kommt das Whistleblower-Paket; -

Matthias Hauer (CDU/CSU): Ja, okay, das war keine Meldung. Das war meine Frage.

Zeuge Hubert Barth: - wir rufen am 13. - -

Matthias Hauer (CDU/CSU): Und das ist auch artikuliert worden mit der APAS. Haben Sie gesagt - -

Zeuge Hubert Barth: An die Diskussion kann ich mich nicht erinnern, aber ich leite es mir aus meiner Erinnerung und aus dem Ganzen so her: Das Whistleblower-Paket war ja erst einige Tage im Haus. Eine Meldung kann ich ja erst abgeben, wenn ich das Ganze untersucht habe. Denn nach Artikel 7 - - Der setzt ja voraus, dass ich die Aufsichtsorgane erst mal damit konfrontiere und dass die, ich sage mal, ihre Arbeit machen, um diese Fälle aufzuklären.

Matthias Hauer (CDU/CSU): Nur, ist das nicht erstaunlich, wenn man sagt, man ruft auf Grundlage von Artikel 7 an, aber es ist keine Artikel-7-Meldung? Da sehen Sie keinen Widerspruch.

Zeuge Hubert Barth: Das Thema ist letztendlich die Erfahrung mit dem Artikel 7 und dem Umgang. Die fehlte zu dem Zeitpunkt letztendlich noch.

Matthias Hauer (CDU/CSU): Also hätten Sie auch einfach „Ja“ antworten könnten. Es war ein Anruf auf Grundlage von Artikel 7, aber es war keine Artikel-7-Meldung. Und darin sehen Sie keinen Widerspruch. Teilen Sie diese Schilderung von mir?

Zeuge Hubert Barth: Ich sage mal: Das ist eine rechtliche, juristische, Einordnung. Da bin ich kein Jurist. Ich rufe auf der Basis von Artikel 7 an. Das ist dann eine Sache des Gegenüber, wie er dieses Anruf einwertet.

Matthias Hauer (CDU/CSU): Ja, aber wenn Sie direkt sagen: „Es ist keine Artikel-7-Meldung“, dann hat er ja nicht so viel Wertungsspielraum.

Zeuge Hubert Barth: Moment! Ich habe nie gesagt, dass wir sagen, das sei keine Artikel-7-Meldung. Daran kann ich mich nicht erinnern, ob wir das gesagt haben oder nicht.

Matthias Hauer (CDU/CSU): Herr Kanwan und auch Herr Dr. Orth sind sich einig, dass das Erste, was gesagt worden sei durch Herrn Dr. Orth: Das ist keine Artikel-7-Meldung. - Aber gut, Sie haben gesagt, Sie haben daran keine Erinnerung.



Nur zur dienstlichen Verwendung

Zeuge Hubert Barth: Ich habe die Diskussion, wie gesagt, retrospektiv. Aber aus der damaligen Sicht: Ich habe daran keine Erinnerung, ob das so en détail gesagt wurde oder nicht.

Matthias Hauer (CDU/CSU): Gut, danke.

Vorsitzender Kay Gottschalk: Vielen Dank, Kollege Hauer. - Dann hat als Nächstes das Wort Dr. Florian Toncar für die FDP-Fraktion.

Dr. Florian Toncar (FDP): Vielen Dank. - Herr Barth, Sie waren ja an verschiedenen wichtigen Stellen persönlich beteiligt, haben Sie ja geschildert. Ich fange vielleicht mal von hinten an: April bis Juni 2020 war ja sicherlich die Phase, die dichteste Phase. Da haben Sie doch letztlich versucht, die Treuhandkonten auf den Philippinen zu validieren. Haben Sie denn in der Phase mal nachgefragt, wer eigentlich die Treuhandkonten in Singapur genau - - geprüft und verifiziert worden sind?

Zeuge Hubert Barth: Ich habe nachgefragt letztendlich - - Ich muss es anders einleiten; gestatten Sie mir das. Ich habe von dem Treuhänderwechsel erfahren und von dem Aufbau des Treuhandkontos: 1 Milliarde auf 1,9 Milliarden. Um es auch klar zu sagen: Wir haben niemals 1,9 Milliarden testiert. Und dann - -

Dr. Florian Toncar (FDP): Das hat auch niemand behauptet.

Zeuge Hubert Barth: Und dann lag der Schwerpunkt letztendlich drauf - -

Dr. Florian Toncar (FDP): Ich habe ja gerade nach Singapur gefragt, weil ich weiß, dass Sie das nicht testiert haben. Das wissen wir ja.

Zeuge Hubert Barth: So, bezüglich Singapur: Da war natürlich die Diskussion: Wie wurde das in der Vergangenheit geprüft? Aber ich kann mich nicht mehr erinnern, ob ich es in diesem Zeitraum gefragt haben* oder ob es nach dem 16. Juni* war. Worum ich mich vornehmlich gekümmert habe, ist letztendlich: Moment, hier hat ein Treuhänder gewechselt. Das Geld liegt nicht mehr an einem, ich sage mal,

Finanzdienstleistungsstandort Singapur, sondern das Geld liegt auf den Philippinen. Und welche Nachweise diesbezüglich haben wir denn? Beziehungsweise man muss es immer auch vor dem Hintergrund sehen - auch zur Einordnung -: KPMG mit ihrer Sonderuntersuchung, auch wir mit der Jahresabschlussprüfung 2019, da war eine andere - wie soll ich sagen? - - weitere Allegations aufgrund des Mai- und des Oktober-, ich glaube, Oktober- oder Novemberartikels* der „Financial Times“ zu erkennen. Das heißt, da wurden ja weitere Vorwürfe, die jetzt genau in diese Richtung gingen, laut. Und insofern habe ich mich vornehmlich darum gekümmert oder bzw. mich informieren lassen: Moment, was ist eigentlich - - Welche Prüfungshandlung unternimmt das Team bezüglich dieses Treuhandkontos?

Dr. Florian Toncar (FDP): Was wissen Sie denn über die - - Was hat EY denn rausgeklariert über den Treuhänder Citadelle Corporate Services? Welchen Background-Check haben Sie da gemacht?

Zeuge Hubert Barth: Die Informationen: Also, zur damaligen Zeit lagen mir die gar nicht vor. Ich kann es nur aus der Retrospektive, und das - - Aber das ist unvollständig, was ich Ihnen hier mitteilen würde. Was ich weiß: Man hat sich mit Herrn - nee, den Nachnamen spreche ich lieber nicht aus - - mit dem Treuhänder von Citadelle - - Man hat ihn persönlich getroffen.

Dr. Florian Toncar (FDP): Wer hat den getroffen?

Zeuge Hubert Barth: Soweit ich weiß, auch im Nachgang, mein Kollege Gregor Fichtelberger bzw. im Jahr - ich weiß nicht mehr, welches - 2016 oder 2017 auch noch jemand anders. Aber da habe ich nicht mehr die genaue Erinnerung dran. Das heißt - -

Dr. Florian Toncar (FDP): Der Mann heißt Rajaratnam Shanmugaratnam. Ist Ihnen denn bekannt, dass der Mann auch eine Nachtbar in Singapur betreibt, übrigens relativ aktiv?

Zeuge Hubert Barth: Ich habe retrospektiv darüber in der Presse gelesen.



Nur zur dienstlichen Verwendung

Dr. Florian Toncar (FDP): Kann man auf Facebook auch sehen, also einschließlich Bildern. Ich habe eins da. Das ist aber völlig - - Es muss jetzt auch nicht im Detail - - Aber es ist völlig repräsentativ, muss man nicht lange suchen. Alle paar Tage stellen die da solche Bilder hin.

(Abg. Dr. Florian Toncar
(FDP) zeigt ein Foto auf
seinem Tablet)

Der Mann mit der Glatze ist der, der die 1,9 Milliarden treuhänderisch verwaltet hat, Fritz. - Soll ich es mal rumgehen lassen? - Nein, also, ich meine, das ist keine Raketenwissenschaft, ne? Und das ist aus 2019 übrigens, das Foto. Wie kann man denn erklären, dass, sagen wir mal, bei einem Unternehmen, das so im Gerede war und wo sich die Geschäftsführung von EY Deutschland so intensiv selbst und persönlich gekümmert hat, weil Sie ja wussten - weil Sie ja wirklich wussten! -, dass das hier ein schwieriger Fall ist, Ihre Mitarbeiter nicht, ich sage mal, so naheliegende Dinge mal abgeklärt haben? Ich wundere mich da nur; ich glaube, viele Anleger auch. Okay.

Zeuge Hubert Barth: Ich möchte betonen, ich war zu diesem Zeitpunkt nicht involviert, möchte aber auch anmerken, dass der Vorstandsvorsitzende einer sehr großen Investmentbank, ich glaube, DJ ist.

Dr. Florian Toncar (FDP): Okay, also, ich habe auch nichts pauschal gegen Barbetreiber, aber er hat - - Ja, okay, also - -

(Heiterkeit des Abg.
Dr. Florian Toncar (FDP))

Ist Ihnen denn der Name dieses Mannes, Shanmugaratnam, auch mal im Zusammenhang mit dem EMIF 1A und dem „Project Ring“ untergekommen?

Zeuge Hubert Barth: Daran habe ich aus damaliger Sicht gar keine Erinnerung. Aus heutiger retrospektiver Sicht: Bei „Ring“ habe ich keine Erinnerung dran.

Dr. Florian Toncar (FDP): Sie waren im Frühjahr 2017 beteiligt, haben Sie gesagt, oder befasst mit dem Fall Wirecard. Das war ja die Phase, in der es um das Testat für 2016 ging. Und Sie erinnern sich wahrscheinlich auch, dass es damals ein Schreiben gab von Herrn Loetscher und Herrn Dahmen, das einen relativ ultimativen Charakter hatte - das ist datiert vom 29. März 2017 -, in dem Bedingungen genannt worden sind für einen unbeschränkten Bestätigungsvermerk, und zwar unter Fristsetzung von einer Woche. War das Schreiben mit Ihnen abgestimmt von Herrn Loetscher und Herrn Dahmen?

Zeuge Hubert Barth: Ich habe ja erzählt, dass ich meine E-Mails durchgeschaut habe. Ich habe gesehen, dass ich diese E-Mail auch erhalten habe. Ich kann mich an diesbezügliche Diskussionen nicht erinnern; aber ich sage ganz klar: Ich müsste an diesen Diskussionen beteiligt gewesen sein, denn ich habe auf eines dieser Schreiben geantwortet, auch meinen Kollegen, wo es darum geht, auch einen Zusatz zur Vollständigkeitserklärung zu machen.

Vielleicht auch noch zur Einordnung: Den genauen Inhalt des Schreibens, den habe ich nicht vor mir, auch die, ich sage mal, Diskussionen nicht. Sie sprachen die eine Woche an. Dazu möchte ich noch einen Kommentar machen: In so einer Prüfung arbeiten, zumindest nach meiner Erfahrung und auch nach meiner Einschätzung, ich sage mal, 20, 30, 40 Kollegen. Da kann man in einer Woche schon noch was schaffen.

Dr. Florian Toncar (FDP): Ja, das ist schon richtig. Und dennoch ist es natürlich schon relativ dezidiert, vor allem, weil am Ende ja der Vermerk eben doch uneingeschränkt erteilt worden ist, obwohl die Bedingungen nicht erfüllt waren. Hat denn jemand mit Ihnen nach dem Schreiben noch mal besprochen, ob man das testieren kann, uneingeschränkt, oder ist das Ganze dann wieder alleine im Prüfteam weitergelaufen?

Zeuge Hubert Barth: Nach meiner Erinnerung gab es danach noch eine E-Mail diesbezüglich, in der - zumindest habe ich das in meinen Recherchen gesehen - kommuniziert wird, dass Unterlagen diesbezüglich in größerem Umfang vorliegen.



Nur zur dienstlichen Verwendung

Und ich habe jetzt retrospektiv, auch in Vorbereitung auf den Ausschuss heute, mir das noch mal angeschaut: Gibt es ein ausführliches Memo dazu, wo das - aber das kann ich nur aus, ich sage mal, heutiger Sicht sagen - Prüfungsteam auch die offenen Themen prüferisch abarbeitet und daraus die Schlüsse zieht?

Dr. Florian Toncar (FDP): Wäre denn ein Prüfungsteam bei EY nach den internen Regeln befugt, ein Versagungstestat sozusagen, einen Versagungsvermerk, zu erteilen, oder müsste eine solch schwerwiegende Entscheidung zum Beispiel von Ihnen oder von anderen Führungskräften freigegeben werden?

Zeuge Hubert Barth: Bezüglich der Testatserteilung ist grundsätzlich zu sagen: Der Wirtschaftsprüfer oder die unterzeichnenden Wirtschaftsprüfer sind eigen- und endverantwortlich. Aber - und das ist auch sehr wichtig - in Themenbereichen, wo, ich sage mal, solche - das sind ja signifikanten* - Entscheidungen zu treffen sind, werden diese Entscheidungen unter Einbeziehung - wir nennen das „Konsultation“ - der sogenannten Professional Practice Group getroffen. Das heißt, das Prüfungsteam konsultiert sich diesbezüglich; aber die Endentscheidung trifft das Prüfungsteam oder treffen die verantwortlichen Prüfungspartner.

Dr. Florian Toncar (FDP): Und wer war der Praxisgruppenleiter?

Vorsitzender Kay Gottschalk: Herr Toncar.

Dr. Florian Toncar (FDP): Ja, bin auch fertig. - Wer war denn das, also einfach - -

Zeuge Hubert Barth: Zum damaligen Zeitpunkt war das nach meinen Informationen der Ulrich Skirk -

Dr. Florian Toncar (FDP): Skirk.

Zeuge Hubert Barth: - bzw. die Martina Dombek. Da bin ich mir aber nicht sicher, weil das Mandat wurde zu diesem Zeitpunkt im Geschäftsbereich „Finanzdienstleistungen“ geführt.

Dr. Florian Toncar (FDP): Okay.

Vorsitzender Kay Gottschalk: Vielen Dank. Das andere erledigt? - Okay. - Dann Dr. Zimmermann für die SPD-Fraktion.

Dr. Jens Zimmermann (SPD): Vielen Dank, Herr Vorsitzender. - Herr Barth, ich habe erst mal sozusagen ein bisschen eine abstrakte Frage, weil wir haben da heute ein Dokument bekommen, das ich da selber irgendwie beachtlich finde. Und zwar wäre meine abstrakte Frage: Sie sind ja selbst ein erfahrener Prüfer. Ist Ihnen - - Oder haben Sie es schon mal für notwendig erachtet, dass Sie sich von einem Unternehmen, das Sie prüfen, quasi schriftlich bestätigen lassen, wie deren Geschäftsmodell funktioniert bzw. deren - also, das wäre meine abstrakte Frage erst mal - - wirklich so einmal aufgeschrieben: Herr Toncar, der verkauft Espresso, und die Gelder werden von Herrn De Masi kassiert und werden bei Herrn Bayaz treuhänderisch auf einem Konto verwaltet. Und das Ganze lassen Sie sich von Herrn Toncar schriftlich bestätigen, dass das genau so läuft. - Ist das irgendwie üblich? Ist das Ihnen überhaupt schon mal - - Oder haben Sie das schon mal für notwendig erachtet, so was durchzuführen?

Zeuge Hubert Barth: Herr Dr. Zimmermann, gute, wichtige Frage. Diesbezüglich: Ja, es ist mir schon mal untergekommen.

Dr. Jens Zimmermann (SPD): Okay.

Zeuge Hubert Barth: Hier geht es ja darum, also nach meiner Einschätzung, ob man den Sachverhalt richtig verstanden hat und aufgenommen hat -

Dr. Jens Zimmermann (SPD): Ja.

Zeuge Hubert Barth: - und sich das noch mal, ich sage mal, rückbestätigen zu lassen: Ist das die gesamte Kette? Ich sage mal, vor allem im Fall, an den ich mich jetzt erinnere - ich bin zur Verschwiegenheit verpflichtet; deswegen kann ich da keine genauen Ausführungen machen - - Aber, ich sage mal, wenn es ein sehr komplexer Sachverhalt ist und über bestimmte Ketten geht usw.,



Nur zur dienstlichen Verwendung

ist ja das nichts weiter wie eine, ich sage mal - - Man hat eine Vollständigkeitserklärung. Aber das ist noch mal eine Erklärung, wo dieser Sachverhalt - - „Ist das richtig so einzuordnen?“, damit man die entsprechenden Prüfungsschritte auch darauf aufsetzen kann? Weil da werden ja auch die Kontrollen letztendlich - - Ich kenne den Sachverhalt, den Sie ansprechen, nicht; deswegen - -

Dr. Jens Zimmermann (SPD): Genau, also, wir haben nämlich oder das heißt - - Beziehungsweise Herr Ley und Herr von Erffa haben ein Papier unterzeichnet am 3. März 2016, und das wurde ursprünglich mal von Herrn Broschulat, Herrn Loetscher und Herrn Fichtelberger offenbar erstellt. Wir können Ihnen das auch - - Ich weiß nicht, ob Sie das vorliegen haben; -

Zeuge Hubert Barth: Nee, ich habe das nicht.

Dr. Jens Zimmermann (SPD): - aber es spielt jetzt auch erst mal prinzipiell, glaube ich, gar nicht die entscheidende Rolle sozusagen. Also, es wird darin auf, sage ich mal, zwei Seiten letztendlich dieses Third Party Acquiring Business of Wirecard beschrieben. Und ich habe mich einfach gefragt: Warum macht man so was? Also, was könnte der Anlass sein, dass man - - Ich finde das sozusagen nachvollziehbar, dass man das vielleicht mal irgendwo aufschreibt usw. und sagt: Hier, haben wir das richtig verstanden? Aber das ist ja wirklich - - Das nennt sich hier „Concurrence Memorandum - Support“, und das ist dann ganz formell unterzeichnet.

Zeuge Hubert Barth: Dr. Zimmermann, das ist für mich eine hypothetische Frage. Ich war damals nicht in der Funktion, nicht dabei.

Dr. Jens Zimmermann (SPD): Okay, wir machen es einfach mal konkret. Wir halten mal kurz die Uhr an; dann können Sie sich das mal anschauen. Dann machen wir es ganz konkret.

(Dem Zeugen werden
Unterlagen vorgelegt - Der
Zeuge und sein Rechts-
beistand lesen in diesen
Unterlagen)

Zeuge Hubert Barth: Okay, ich habe es durchgeschaut. Gut, aus der heutigen Sichtweise: Es ist eine Bestätigung erst mal des Managements und des Rechnungswesens über letztendlich einen Sachverhalt, der eine Prozessbeschreibung - - bzw. das dieses Geschäft hier näher beschreibt.

Dr. Jens Zimmermann (SPD): Genau.

Zeuge Hubert Barth: Aber von der Einordnung her oder welcher Prüfungsschritt damit noch verbunden ist usw., aber - -

Dr. Jens Zimmermann (SPD): Na ja, wir sind da - - Oder das ist natürlich ein relevantes Dokument und ein Dokument, das Fragen aufwirft - wir holen es wieder ab, danke schön - dieses Drittpartnergeschäft ist ja der Casus knacksus. Also, wir haben hier ein Geschäft, von dem wir heute wissen, dass das nicht existierte. Sozusagen: Es sind Luftbuchungen gewesen, die - - Na ja, also, wir haben - -

Das Interessante ist ja: Wir hatten gestern den ehemaligen Chief Compliance Officer hier, Herrn Steinhoff, und wir haben auch ein Gespräch mit dem Insolvenzverwalter geführt. Und beide haben von faszinierenden Dingen erzählt, nämlich sozusagen: Sie denken, Sie haben da ein Geschäft mit Tausenden von Kundinnen und Kunden. Dann ziehen Sie plötzlich mal den Stecker und denken da: „Jetzt werden gleich die Telefone hier heißlaufen“, und es passiert nix. Das ist so - - ne? Sie denken, Sie erbringen hier eine superwichtige Dienstleistung, und wenn Sie nicht verfügbar sind, dann gibt es Riesenärger, weil dann Zahlungen nicht mehr abgewickelt werden. Und bei Ihnen werden die Stecker rausgezogen, und niemand kriegt es mit, weil niemand hat wirklich Geschäfte über Sie abgewickelt, so.

Und jetzt, aus irgendeinem Grund, haben Ihre Prüfer schon im März 2016 das Bedürfnis ja offenbar verspürt, da, ich will jetzt nicht sagen, auf Nummer sicher zu gehen, aber sie haben gesagt: Das muss irgendwie mal fixiert werden. Das ist nicht so trivial, als dass man es einfach so hinbekäme. Und dann stellt sich für mich ja die Frage: Gab es vielleicht in 2016 bereits auch



Nur zur dienstlichen Verwendung

Zweifel, Zweifel daran, dass das irgendwie alles überhaupt funktionieren kann?

Zeuge Hubert Barth: Dazu möchte ich ausführen: 2016 war ich in keiner Funktion hier eingebunden. Ich war weder Vorsitzender der Geschäftsführung noch in sonstigen Bereichen involviert. Aber vielleicht noch mal, um auf das Schreiben zurückzukommen: Ein Wirtschaftsprüfer hat ja die Aufgabe, sich mit dem Verständnis des Geschäftsmodells auseinanderzusetzen. Wir nennen das „Understanding the Business“. Bitte entschuldigen Sie die englischen Termini.

Dr. Jens Zimmermann (SPD): Ja, ja, alles gut.

Zeuge Hubert Barth: Ich möchte aber auch Ihren Punkt ausführen, dass es Geschäft gar nicht gab oder überhaupt nicht gab, und auch noch mal darauf hinweisen: Für einen Prüfer ist es unglaublich schwer, das zu erkennen. Und ich möchte auch hier wieder ein Beispiel aus dem Entwurf des fortgeführten Berichts von KPMG zitieren; denn, ich sage mal, ein Prüfer, der Treuhand - - also der TPA, das Third Party Acquirerer - - ist ja der Dritte. Dort wird diesbezüglich ausgeführt, dass

Die erhalten Transaktionsdaten mit den Abrechnungen für den Monat Dezember 19 für die drei TPA-Partner Al Alam, Solution Provider PayEasy und Senjo hat zu nicht wesentlichen Abweichungen geführt ... (?)*

und dass eine Überprüfung der rechnerischen Richtigkeit der Abrechnungen für 72 Prozent der im vierten Quartal über die TPA-Partner erzielten Umsatzerlöse möglich gewesen sein soll.

Dr. Jens Zimmermann (SPD): Okay. Also, jetzt sind wir wieder so ein bisschen im Allgemeinen. - Ein Problem will ich auch ganz klar mal adressieren, das ich habe. Ich habe überhaupt kein Problem oder ich hätte überhaupt kein Problem damit, wenn Sie, andere Verantwortliche von EY sagen: „Wir sind getäuscht worden, weil wir es hier mit einem hochkriminellen Topmanagement höchstwahrscheinlich zu tun hatten“, die mit höchster krimineller Energie Sie

und andere getäuscht haben, weil ich glaube, das ist ein wesentlicher Teil der Erklärung. Womit ich aber ein Problem habe und auch ein Störgefühl habe, ist, dass ich immer wieder von - das kommt jetzt gerade bei Ihnen auch wieder durch und auch von vielen anderen oder den wenigen anderen aus Ihrem Unternehmen, mit denen wir gesprochen haben - - so unter dem Motto: Für uns ist das eigentlich nicht so wirklich relevant, ob dieses Geschäft wirklich existiert hat. Solange es ordentlich verbucht war, sind wir eigentlich zufrieden. Und es ist eigentlich gar nicht so relevant, ob diese 1,9 Milliarden Euro auf den Treuhandkonten wirklich existiert haben, solange unsere Leute dafür gesorgt haben, dass Prüfungsstandard XY verfolgt wurde.

Gleichzeitig sind wir konfrontiert mit sozusagen - - Ich kriege jede Menge Nachrichten - weil ich komme aus dem Rhein-Main-Gebiet - von Leuten, die im Bankingbereich auch sind, und die sagen, sie können sich einfach nicht vorstellen, dass Sie ernsthaft nach Manila gefahren sind in irgendeine kleine Filiale und sich dort haben Bankbestätigungen geben lassen. Das würde sozusagen nicht mal in Deutschland funktionieren. Und Manila ist im Korruptionsranking 100 Plätze hinter Frankfurt. Insofern bin ich da immer noch - -

(Zurufe der Abg. Cansel Kiziltepe (SPD) und Dr. Florian Toncar (FDP))

- Ich habe nicht von Kreuzberg gesprochen. - Insofern verstehe ich dieses - - Vielleicht verstehen Sie ja mein Problem, das ich damit habe, weil wir jetzt auch wieder anfangen - - Sie können mir sagen: Jawohl, es sah in 2019 so aus, als wären diese Hunderttausende Transaktionen echt gewesen. Sie waren aber nicht echt, sie waren alle gefälscht; da ist kein Cent reales Geld geflossen. Und Sie versuchen, mir schon wieder zu erklären, dass es ja alles gut ist, weil es total schwer war, das zu erkennen. Das gestehe ich Ihnen ja zu. Aber das ist doch keine Diskussionsgrundlage.

Zeuge Hubert Barth: Ich kann hier auf mein Eingangsstatement - - * kollusiver, umfassender



Nur zur dienstlichen Verwendung

Betrug des Managements, das führen wir ja aus. Wir haben Manila nie testiert, um das hervorzuheben. Man muss - -

Dr. Jens Zimmermann (SPD): Sie haben es - - Entschuldigung. Sie haben es nicht testiert, aber Ihre Leute haben in Manila in der Filiale gesessen und waren zufrieden mit den Unterlagen, die sie da von den Schauspielern hingelegt bekommen haben. Und es waren die Sonderprüfer von KPMG, die gesagt haben: Nein, es reicht uns nicht, hier aus irgendeiner kleinen Filialklitsche irgendwas hingelegt zu bekommen. Wir möchten von der Bank, von der Hauptfiliale, von der Vorstandsebene, von denen möchten wir eine Saldenbestätigung. Und das ist der Unterschied: dass wir hier zwei Wirtschaftsprüfer haben, und die einen sagen: „Mir reicht es, wenn ich in irgendeiner x-beliebigen Filiale in Manila irgendwas gezeigt bekomme“, und die anderen sagen: „Nein, das reicht eben nicht.“ Am Ende des Tages ist diese Frage nämlich vollkommen unabhängig, was da jetzt real und was gefakt war. Und ich frage mich sozusagen, ob an dieser Stelle, trotz aller kriminellen Energie, Ihr Unternehmen nicht auch sagen muss: „Da haben wir nicht energisch genug nachgefragt“ oder: „Da war unsere Grundhaltung nicht kritisch genug.“

Zeuge Hubert Barth: Sie sprechen einen ganz wichtigen Punkt an. Vielleicht erlauben Sie mir, dass ich einiges sortiere. Nach meiner Information sind die Kollegen von KPMG und EY nach Manila gefahren. Meines Wissens wurden dort keine Bankbestätigungen übergeben, sondern man hat die Banken vor Ort besucht. Diesbezüglich gab es anschließend Bankbestätigungen, sowohl von den Filialen als auch aus der Zentrale, an uns. Die Angelegenheit noch mal auf Vorstandsebene bei den beiden Banken zu verifizieren, hat nach meiner Information ausschließlich EY durchgeführt und diesbezüglich auch den Nachweis für den Betrug erbracht.

Wenn ich wiederum auf den KPMG-Bericht verweisen darf, hat KPMG, Seite 12, der fortgeführte Untersuchungsbericht, erst am 20.

(Der Zeuge blättert in seinen Unterlagen)

Mai 2020 eine Bankbestätigung diesbezüglich angefordert. Wir, EY, wir haben Bankbestätigung erhalten - da haben wir ganz viel erhalten aus den Philippinen -, ich glaube, vier oder fünf in der Art, nur, sie waren eben alle gefälscht, wie wir durch, ich sage mal, eine unglaublich ungewöhnliche Prüfungshandlung dann herausgefunden haben.

Dr. Jens Zimmermann (SPD): Meine Zeit ist leider um. Das müssen wir in der nächsten Runde fortsetzen.

Vorsitzender Kay Gottschalk: Alles klar. Ich nehme denn Ball aber nachher noch mal auf, den Doppelpass. - Dann jetzt Fabio De Masi für die Fraktion Die Linke.

Fabio De Masi (DIE LINKE): Vielen Dank. - Herr Barth, Sie haben eben von einer ungewöhnlichen Prüfungshandlung gesprochen. Ist es nicht eher ungewöhnlich, dass man - ein Drittel der Bilanzsumme, 1,9 Milliarden Euro - sich hier nicht über das Vorhandensein von Treuhandgeldern Gewissheit verschafft? Oder ist es nicht ungewöhnlich, dass man im Fall eines Treuhänders Citaldele sich nicht bei den relevanten Aufsichtsbehörden des Landes darüber erkundigt, ob diese überhaupt befähigt sind, diese Treuhandgeschäfte zu führen?

Zeuge Hubert Barth: Ich würde nur auf den zweiten Teil der Frage eingehen, dass wir gleich nach Singapur zurückgehen, weil Philippinen habe ich hier gerade schon ausgeführt. Bezüglich Citaldele - das habe ich vorher schon ausgeführt - hat sich ja das Team mit dem Treuhänder befasst und diesbezüglich auch Recherchen eingeholt und auch weitere Bestätigungen geben lassen von den Third Party Acquirern, die diese Gelder auf die Treuhandkonten mutmaßlich transferiert haben.

Fabio De Masi (DIE LINKE): Aber wäre es nicht ein sehr einfacher Vorgang, sich mit einer Aufsichtsbehörde ins Benehmen zu setzen in einer Jurisdiktion, die man offenbar nicht so richtig überblickt?



Nur zur dienstlichen Verwendung

Zeuge Hubert Barth: Da bin ich überfragt, ob wir das könnten oder dürften.

Fabio De Masi (DIE LINKE): Ob Sie das dürften? Ich glaube, Sie dürfen das jederzeit. Aber gibt es irgendwelche Gründe, die Sie daran hindern, mit Aufsichtsbehörden in Kontakt zu treten?

Zeuge Hubert Barth: Ich habe darüber nicht die Kenntnis.

Fabio De Masi (DIE LINKE): Okay.

Zeuge Hubert Barth: Das ist im singapurianischen Recht, aber ich kann nur so viel sagen: An die Bank - - denn das haben wir ja - wie soll ich sagen? - - an die OCBC. Wir brauchen immer den Treuhänder.

Fabio De Masi (DIE LINKE): Dann werde ich mich einfach mal an die Aufsichtsbehörde wenden und vielleicht dort nachfragen. Dann kann ich sicherlich diese Information auch öffentlich machen. - Ich würde Sie gerne fragen: Sie haben gesagt, Sie hätten ein Mal im Prinzip nur mit Herrn Marsalek telefoniert. Ist das korrekt?

Zeuge Hubert Barth: Ich persönlich habe nie mit Herrn Marsalek nach meiner Erinnerung telefoniert.

Fabio De Masi (DIE LINKE): Okay.

Zeuge Hubert Barth: Herr Marsalek wurde - -

Fabio De Masi (DIE LINKE): Ist Ihnen bekannt, dass verschiedene Personen kolportieren, Quellen, dass Sie sich mit Herrn Marsalek über seine Libyen-Geschäfte ausgetauscht hätten? Ist Ihnen dieser Vorwurf schon einmal begegnet?

Zeuge Hubert Barth: Dieser Vorwurf ist mir noch nicht begegnet. Mir ist ein anderer Vorwurf über die Presse mal begegnet: mit einer sogenannten „Gruppe Wagner“ und Herrn Marsalek. Wenn ich ehrlich bin, habe ich damals an irgendeine Abteilung bei Wirecard gedacht. Als ich dann erfahren habe, was die „Gruppe Wagner“ ist, habe ich schlecht geschlafen. Ich habe mit Herrn Marsalek nie persönlich gesprochen.

Fabio De Masi (DIE LINKE): Okay.

Zeuge Hubert Barth: Herr Marsalek war nur in diesem Telefonat, als er vom Aufsichtsrat informiert wurde, dass die Gelder auf den Philippinen nicht vorhanden sind - - Das ist mein Einzelkontakt, mir erinnerlich, mit Herrn Marsalek.

Fabio De Masi (DIE LINKE): Hatte EY in diesem Zusammenhang Kontakt mit der Staatsanwaltschaft oder mit Strafverfolgungsbehörden noch an dem Tag oder in den, sage ich mal, nächsten zwei Tagen, zwei bis drei Tagen?

Zeuge Hubert Barth: Wir haben diesbezüglich die BaFin informiert.

Fabio De Masi (DIE LINKE): Am 16. oder am - -

Zeuge Hubert Barth: Wir haben am - - Nach meiner Erinnerung: Wir haben am 15. abends bei der APAS nachgefragt, wer denn jetzt nun zuständig sei, und am 16. haben wir diesbezüglich die BaFin informiert. Die Gespräche hat mein Kollege Christian Orth geführt. Da gab es auch irgendwelche Diskussionen bezüglich - -

Fabio De Masi (DIE LINKE): Wissen Sie, mit wem bei der BaFin dort gesprochen wurde oder was?

Zeuge Hubert Barth: Nach meiner Erinnerung hat Herr Christian Orth mit Herrn Grund bei der BaFin gesprochen.

Fabio De Masi (DIE LINKE): Okay.

Zeuge Hubert Barth: Und diesbezüglich gab es auch Diskussionen über Staatsanwaltschaft. Was genau da war, habe ich aber nicht dabei. Können wir aber gerne nachreichen.

Fabio De Masi (DIE LINKE): Okay. Es wäre immer sinnvoll in Vorbereitung von Auftritten in Untersuchungsausschüssen, sich da ein umfassendes Bild, insbesondere Zusammenarbeit mit Strafverfolgungsbehörden, zu machen. - Ich würde Sie auch gerne noch mal fragen, ob Ihnen bekannt ist, dass EY auch Prüfungshandlungen vollziehen wollte bezüglich einem Unternehmen



Nur zur dienstlichen Verwendung

namens RSB, einer Sicherheitsfirma in Russland. Ist Ihnen das bekannt?

Zeuge Hubert Barth: Nein.

Fabio De Masi (DIE LINKE): Das heißt, Sie haben auch nicht die Berichterstattung zum Beispiel des Bayerischen Rundfunks dazu wahrgenommen in den letzten Tagen.

Zeuge Hubert Barth: RSB?

Fabio De Masi (DIE LINKE): RSB. Wir haben auch E-Mails, die das im Prinzip absichern, dass Herr - wie heißt er? - Fichtelberger, ne? - - dass Belege angefordert wurden für eine Firma RSB, die eine russische Sicherheitsfirma ist, mit der Herr Marsalek im Libyen in Verbindung stand. Und ich fand das zunächst sehr verwirrend, weil ich dachte: Was haben die Libyen-Geschäfte von Herrn Marsalek mit den Prüfungshandlungen bei Wirecard zu tun? Aber offenbar gab es auch bestimmte Transaktionen, die mit Wirecard in Verbindung standen.

Zeuge Hubert Barth: Darüber habe ich keinerlei Informationen nach meiner Erinnerung.

Fabio De Masi (DIE LINKE): War zu keinem Zeitpunkt auch Gesprächsthema bei Ihnen bei EY.

Zeuge Hubert Barth: Wenn ich ehrlich: Als Sie „RSB“ sagten, dachte ich eher an eine andere Wirtschaftsprüfungsgesellschaft, die Aktivitäten gemacht hat.

Fabio De Masi (DIE LINKE): Können Sie denn gewährleisten, dass in der Geschäftsführung, bei den Partnern von EY alle Kommunikation, also Mobilkommunikation, E-Mails etc., sichergestellt wurde -

Zeuge Hubert Barth: Bezüglich Wirecard?

Fabio De Masi (DIE LINKE): - ja - und auch hier dem Untersuchungsausschuss zur Verfügung gestellt wurde? Betrifft zum Beispiel auch Ihre Kommunikation. Ist die vollständig, auch Ihre?

Zeuge Hubert Barth: Ich habe - - Also, machen wir mal kurz. In die interne Aufarbeitung - das betrifft ja auch diesen Fall des Falls Wirecard bei EY - bin ich nicht eingebunden. Die wird unabhängig von mir durchgeführt, aufgrund meiner Rolle als Vorsitzender der Geschäftsführung, die ich hatte. Was alles dem Untersuchungsausschuss en détail zur Verfügung gestellt wurde, habe ich persönlich nicht durchgesehen, weil man sagte mir: Hubert, das sind unglaublich viele Dokumente. - Ich habe meine Kommunikation diesbezüglich dem Untersuchungsteam zur Verfügung gestellt.

Fabio De Masi (DIE LINKE): Gab es außerhalb Deutschlands Beratungsverträge von EY für Wirecard nach Ihrer Kenntnis?

Zeuge Hubert Barth: Darüber habe ich keine Kenntnis; aber, ich sage mal, wenn ich Wirecard anschau, wo sie überall auf der Welt sind, kann ich das nicht ausschließen. Aber ich habe darüber keine Informationen.

Fabio De Masi (DIE LINKE): Okay. Meine Zeit ist um.

Vorsitzender Kay Gottschalk: Vielen Dank. - Dann haben wir jetzt den Kollegen Bayaz für Bündnis 90/Die Grünen.

Dr. Danyal Bayaz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Hallo Herr Barth, grüße Sie! Hier sitze ich; alles gut.

Zeuge Hubert Barth: Habe Sie schon gesehen vorher.

Dr. Danyal Bayaz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ich würde mit einer Frage anfangen, da hatte mich der Kollege Orth sozusagen an Sie oder an die Geschäftsleitung verwiesen, und zwar: Können Sie denn quantifizieren, wie viel Kosten Ihnen als Firma jetzt mit diesem Wirecard-Skandal aufgelaufen sind? Weil Sie beschäftigen ja jede Menge Berater und Anwälte und sicherlich auch Kommunikationsagenturen und dergleichen, haben wahrscheinlich intern auch einiges



Nur zur dienstlichen Verwendung

an Teams draufgesetzt. Können Sie das mal quantifizieren, vielleicht sogar ein Preisschild dranhängen?

Zeuge Hubert Barth: Ich muss erst mal kurz abklären - -

(Der Zeuge berät sich mit seinem Rechtsbeistand)

Ich bin gerade kurz am Abklären wegen der Verschwiegenheitsverpflichtung diesbezüglich. Also, es fallen Kosten an, ja. Ich sage es Ihnen mal, was mir spontan einfällt diesbezüglich: Wir haben eine Insolvenzforderung gegenüber Wirecard; denn wir wurden ja für die Leistungen, die wir im Jahr 2020 erbracht haben, ich sage mal - - Da wurden zwar Rechnungen gestellt, aber da kam die Insolvenz. Also, wirklich, davor - -

Dr. Danyal Bayaz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Können Sie sagen, wie hoch die ist?

Zeuge Hubert Barth: Die ist meines Wissens 1,5 Millionen Euro. - Darüber hinaus haben wir, wie Sie es angesprochen haben, Anwälte insbesondere mit der unabhängigen Untersuchung involviert. Erlauben Sie mir diesen Satz: Anwälte sind teuer. Ich habe die Gesamtsumme nicht präsent diesbezüglich. Und natürlich, ich sage mal, haben wir auch interne Aufwendungen diesbezüglich zu tragen für die Zuarbeit, für die ganze Untersuchung und, ich sage mal - Sie kennen das Stichwort -, Opportunitätskosten. Wenn wir Kollegen wie Herrn Orth für solche Tätigkeiten natürlich umfassend freistellen, haben wir diesbezüglich auch Opportunitätskosten. Also, wir haben signifikante Kosten damit, aber - -

Dr. Danyal Bayaz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Das heißt, Herr Orth macht beispielsweise gar nichts anderes mehr, als jetzt sozusagen sich um Wirecard zu kümmern.

Zeuge Hubert Barth: Herr Orth ist - - Ganz einfach: Wir haben maßgeblich, weil wir einfach für die Untersuchung und für die Aufklärung dieses Falls unseren Beitrag leisten wollen, Teams dafür freigestellt, die sich darum kümmern, weil das*

ist, ich sage mal - Sie wissen selber, wie viele Unterlagen wir dem Untersuchungsausschuss zur Verfügung gestellt haben -, ein administrativer Aufwand.

Dr. Danyal Bayaz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja, klar. Gut. - Kennen Sie eigentlich den Lagebericht von Wirecard?

Zeuge Hubert Barth: Also, ich weiß, dass es einen gibt, und ich habe ihn auch mal gelesen, aber - -

Dr. Danyal Bayaz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ist Ihnen da aufgefallen, dass der, ich sage jetzt mal, auch im Vergleich zu anderen DAX-Konzernen - zumindest wirkt das auf mich so, wenn man das vergleicht - eher dürrtig ausfällt?

Zeuge Hubert Barth: Da kann ich mir kein Urteil im Moment erlauben. Da müsste ich das nebeneinanderliegend sehen. Habe ich kein Bild vor mir.

Dr. Danyal Bayaz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Gut.

Zeuge Hubert Barth: Sehen Sie es mir bitte nach.

Dr. Danyal Bayaz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Können Sie ja im Nachgang machen als kleine Hausaufgabe. - Sie haben in Ihrem Eingangsstatement ja auch gesagt, dass Wirtschaftsprüfer Betrug nicht immer aufklären können. Wir beschäftigen uns ja auch mit dem FISG darüber, die Regeln zu ändern, das sicherlich auch nicht Betrug unmöglich machen wird, aber die Wahrscheinlichkeit der Aufdeckung zumindest erhöht. Da sind wir auch gerade im parlamentarischen Verfahren. Deswegen kann ich Ihre Aussage an der Stelle auch erst mal nachvollziehen. Aber ich glaube, bei Wirecard ist es ja nicht so, dass Sie diesen Betrug hätten aufdecken müssen. Ich finde, das haben ja auch schon andere getan, übrigens auch Zeuginnen und Zeugen, die wir hier gehört haben. Dan McCrum sei da genannt oder Herr Borgwerth, ein deutscher Bilanzanalyst, der im „manager magazin“ 2017 darüber geschrieben hat. Wir hatten Leerverkäuferinnen wie Frau Quadir; wir hatten Matthew Earl hier, den Autor des Zatarra-Reports. Und die haben ja alle sehr



Nur zur dienstlichen Verwendung

ausführlich dargelegt, wo die Zahlen eben nicht stimmen können, und deren Material war ja öffentlich einsehbar und lag sozusagen auch Ihnen vor.

Deswegen ist ja schon auch die Frage, die, glaube ich, Sie sich selbst sicherlich stellen, aber auch Menschen in der Öffentlichkeit: Es ging gar nicht so sehr darum, einen Betrug aufzudecken, sondern diejenigen, die das schon gemacht, erahnt, beschrieben haben - - dem nachzugehen. Und deswegen sehe ich da so ein bisschen Widerspruch zu Ihrer Aussage in dem Eingangsstatement.

Zeuge Hubert Barth: Ich möchte darauf wie folgt antworten: Die Prüfungsteams, die sind ja diesen Hinweisen nachgegangen, haben auch die berufliche Skepsis angewandt, erweiterte Prüfungshandlungen, Forensiker hinzugezogen. Und man muss auch, ich sage mal, zeitlich immer einordnen, welche Allegations Wirecard gemacht wurden. Ich glaube, aus dem Zatarra Report haben sich auch manche als nicht oder mutmaßlich nicht korrekt dargestellt. Ich sage mal, von der Medienberichterstattung usw., da wird mit Indizien gearbeitet, und ein Wirtschaftsprüfer braucht den Nachweis. Und insofern ist hier schon ein gewisser Unterschied zu sehen.

Dr. Danyal Bayaz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Hat sich dadurch Ihr internes Kontrollsystem, gerade was Hinweisgeber, egal ob das jetzt Marktteilnehmer, ob das Journalisten, ob das Shortseller, ob das Whistleblower sind, schon dahin gehend verändert, sensibilisiert, neu kalibriert?

Zeuge Hubert Barth: Whistleblower - und ich habe es in meinem Eingangsstatement auch ausgeführt - nehmen wir sehr ernst. Dann muss man aber auch immer letztendlich - - Inwieweit sind sie glaubwürdig, plausibel? Und dann wird dem Ganzen auch nachgegangen. Dieses System des Whistleblowers ist wichtig, und wir gehen den Dingen auch nach. Ich kann es eigentlich nur ganz allgemein fassen: Es hat über die vergangenen Jahre zugenommen diesbezüglich, die Whistleblower-Berichterstattung, und sie hat auch für uns eine hohe Bedeutung. Und wir ha-

ben auch einen klaren Prozess für die Nachverfolgung, wie wir damit umgehen. Wir informieren auch regelmäßig die Mitarbeiter darüber. Es gibt auch für Externe letztendlich eine Plattform, wo man sich dran wenden kann. Wir nehmen das Thema sehr, sehr ernst, Whistleblower.

Dr. Danyal Bayaz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Meine Zeit ist um. - Vielen Dank.

Vorsitzender Kay Gottschalk: Vielen Dank. - Dann würde ich jetzt weitermachen. Ich nehme den Pass mal auf, weil dieses Dokument, was Sie vorgelegt bekommen haben, das hatte ich ausgegraben, und das ist eigentlich das eine wirkmächtige Dokument. Ein weiteres dahinter - da habe ich Ihrem Kollegen, wenn er das ernst meint - und das glaube ich - gebeten, das auch freizustellen, dass wir das verwenden können - ist nämlich dann dazu das „Concurrence Memorandum“, was einfach nur „Memo“ heißt, weil das ist in deutscher Sprache abgefasst. Und das ist die Grundlage für dieses englische Dokument „Support“.

Ich hatte vorhin, weil ich ja aus dem Dokument nicht so richtig zitieren darf, versucht, mich so, ich habe es gesagt, des Pudels Kern nähern. Ohne dass man diese Dokumente kennt, was Herr Zimmermann sagt, war es der genialste Taschenspielertrick. Und da ist immer noch die Frage: Wer hat es beraten? Wer hat diesen Tipp gegeben? Aus - ich habe es schon gesagt - einer Tapede, wo Forderungen draufstehen, habe ich vorhin auch gesagt, kann ich Ihren Rechtsbeistand nehmen und sagen: „Ich habe ganz viele Forderungen gegen den“, und dann nehme ich Dr. Zimmermann noch rein und sage: Ich habe auch ganz viele Forderungen. Und das glaubt dann erst mal jeder, und irgendwann muss ja eine Forderung entweder wertberichtigt werden - das schreibt übrigens auch Herr Jaffé -, oder sie muss angepasst werden nach einem bestimmten Zeitraum. Dann wiederum nach einem bestimmten Zeitraum sagt man: Wow, jetzt habe ich die Idee. Ich mache aus der Forderung und aus einer befristeten Forderung oder berichtigten Forderung durch diesen Taschenspielertrick, der eigentlich total genial ist, einen Treuhandfonds, da überweise ich das rüber. - Und ohne dass Liquidität



Nur zur dienstlichen Verwendung

gefloßen ist, wird aus einer bloßen Forderung Liquidität, eine Cash-Position in der Bilanz.

Warum sage ich das? Weil ich aus dem Dokument, aus dem ich nicht zitieren darf, was ich aber auch gelesen habe, was in Ihren Prüfungsunterlagen 2016 ist, doch sehr abstrakt formulieren kann: Dort, in diesen Fragen, die sich Ihre Kollegen stellen - noch mal ganz abstrakt formuliert -, ist alles Wesentliche, ohne dass ich auf die Einzelheiten eingehe, aber alles Wesentliche, was wir hier in den letzten fünf Monaten diskutiert haben, was durch die Presse geht, was Sie auch bedauern und „Hätten wir das vorher gewusst!“ - abstrakt, ich darf nicht draus formulieren -, erkannt. Und aus diesem sehr abstrakten Konvolut in dieser Prüfung von 2016 - deswegen habe ich vorhin auch gesagt: 2016 sind Sie falsch abgebogen - - Da ist für mich auch nur die Frage - und das müssen Gerichte klären -: Handelt es sich hier um eine grobe Fahrlässigkeit - das müssen Richter klären oder wer draufguckt - oder das andere böse Wort, was dann diese 4 Millionen auslösen könnte? Das ist eigentlich das Dramatische für mich. Ich darf ja halt nicht darauf eingehen. Ich habe es aber gelesen. Sonst müssten wir in eine eingestufte Sitzung gehen; aber auch da wäre der Erkenntniswert zunächst nicht so groß. Aber ich habe von Herrn De Masi gelernt: Ich kann natürlich, indem ich links und rechts Dinge aufstelle, eine Begrenzung mache, eigentlich damit, ohne dass ich aus dem Dokument zitiere, klarmachen, was drinsteht. Denn, nochmals: Das, was Sie vorgelegt bekommen haben, ist vorher in einer Art Memo sehr deutlich abgeklopft worden. Und das hat mich verärgert, es hat mich verwundet, und es hat mich auch traurig gemacht, weil letztlich tatsächlich die Kollegen - nochmals; ich darf es nicht konkret zitieren - abstrakt alles das, was wir in den letzten fünf Monaten festgestellt haben, dort aufs Papier bringen und daraus dann dieses Schreiben dann - -

Und einmal muss ich Herrn Zimmermann korrigieren, weil ich mich wirklich mit dem Thema richtig auseinandergesetzt habe. Das Lustige ist, wenn Sie alle auf das Dokument gucken: Das ist am 03.03. geschrieben, aber am 05.04. - und wenn Sie dann in der Zwischenzeit sehen, was

da passiert ist, um nämlich den Konzernabschluss auch zu machen - ist es erst unterschrieben worden. Und an diesem 03.03., wenn wir in die Geheimunterlagen gucken, da ist dieses Memo in Deutsch, was ich ja leider nicht zitieren kann - - aber nochmals: fast alles drin. Und da frage ich Sie dann jetzt wirklich: Sie haben ja eben gesagt, Sie haben sich mit dem Konzernabschluss und den Konzernabschlüssen befasst. Wie weit zurück denn? Weil in 2016 - nochmals - die klare Feststellung: Bis dahin Hausaufgaben richtig gemacht und dann falsch abgebogen. Das ist das, was mich umhaut, und deswegen - -

Es gibt da eben noch ein Dokument, das ist noch viel schärfer als das. Aber das ist schon scharf genug, weil es ist sozusagen das wesensgleiche Minus. Und das andere wesentliche Dokument darf ich halt nicht zitieren. Ich hoffe, das erleichtern Sie, damit Sie zur Aufklärung beitragen können - ich werde das auch noch mal als Antrag stellen -, damit wir darüber reden können, weil ich glaube, dann haben wir des Pudels Kern. So hatte ich das vorhin genannt, frei nach Goethe.

Zeuge Hubert Barth: Dürfte ich nachfragen - Entschuldigung -, welches Jahr das betraf, 2016 oder 2017?

Vorsitzender Kay Gottschalk: Es ist das Jahr 2016, und es ist der 03.03.2016. Und das vergesse ich einfach nicht. Es liegt eben ein „Concurrence Memorandum - Support“ vor - das haben Sie eben gelesen und gesehen -, und dem vorausgegangen sind Fragestellungen, die sich Ihre Prüfer alle gestellt haben und an Ihre Fachleute im Unternehmen gestellt haben. Die habe ich vorhin zumindest mal genannt, weil das war wirklich - - ist Ihre Crème de la Crème, die damit befasst wurde. Und mir, ohne aus dem Dokument zu zitieren, nur um es einzugrenzen, ist dann irgendwie klar geworden: Das, was Herr Zimmermann eben vorgetragen hat, ist meiner Ansicht nach sehr abstrakt formuliert das, was sich beide Beteiligte, die am Prüfungsvorgang beteiligt sind, nämlich Wirecard und vielleicht auch EY, gewünscht haben. Und das hat mich umgehauen.



Nur zur dienstlichen Verwendung

Zeuge Hubert Barth: Herr Gottschalk, ich sichere zu: Ich gucke mir das Dokument an. Ich kenne es leider nicht.

Vorsitzender Kay Gottschalk: Ich habe Ihrem Kollegen gesagt, er soll es Montag machen - ich habe es etwas salopp formuliert -, „weil sonst versauen Sie sich das Wochenende“ auf gut Deutsch. Machen Sie es Montag, aber ich würde Ihnen - - weil Sie alle sagen, Sie wollen aufklären. Bisher habe ich auch Ihre Kollegen so wahrgenommen. Dieses Dokument, ich glaube, wenn das - - Dann wissen wir alle, was falsch gelaufen ist, und vor allen Dingen können wir dann eins alle zusammen umsetzen - und das ist mir wichtig -: dass Wirecard nicht wieder passiert, dass wir eine tolle Prüfergilde haben, tolle Wirtschaftsprüfer, dass wir ein bisschen auch aus dem Fehler alle lernen und dann auch sagen - - Nochmals: Es gibt Fehler, die sind gravierend, und den Fehler, den müssen wir alle zusammen aufarbeiten, der da passiert ist. Wie gesagt, ich kann halt nicht, weil topgeheim eingestuft, daraus zitieren; aber ich glaube, ich habe vorhin klargemacht, was da wohl drinstehen wird, weil ich habe links den Pfeiler gesetzt, rechts den Pfeiler gesetzt. Herr Zimmermann hat mir die Aufgabe abgenommen. Und da geht es genau um den Sachverhalt. Da geht es um die Sachverhalte, die ich mir dann auch stelle: Ein guter Kaufmann macht also seit 2016 ein Geschäft, in dem er Riesen-Cash-Positionen aufbaut. Aber es fließt nie ein Gewinn; es fließt nie Liquidität, seit 2016. Und dann explodiert dieses Geschäft, gerade seit 2016. Wenn ich das so abstrakt schildere, würden Sie sagen: „Könnte was dran sein“? Das habe ich vorhin Herrn Orth auch gefragt, und dann sagt er: Hm, wie Sie es so schildern, könnte was dran sein. - Würden Sie sich dem anschließen?

Zeuge Hubert Barth: Ich möchte so antworten: Ich danke für Ihre Ausführungen diesbezüglich und werde mir das anschauen.

Vorsitzender Kay Gottschalk: Okay. Und darf ich Ihnen Ihr Versprechen abnehmen, dass Sie dafür sorgen, dass wir alle das einsehen können? Weil das ist für mich des Pudels Kern. Ich bitte Sie drum, von ganzem Herzen.

(Der Zeuge berät sich mit seinem Rechtsbeistand -
Der Zeuge nickt)

- Das ist ein Wort.

Zeuge Hubert Barth: Ja.

Vorsitzender Kay Gottschalk: Alles klar, danke. Gut. - Dann Fritz Güntzler für die CDU/CSU-Fraktion.

Fritz Güntzler (CDU/CSU): Vielen Dank Herr Vorsitzender. - Herr Barth, ich würde noch mal - -

Vorsitzender Kay Gottschalk: Ganz kurz - es ist auch gestoppt; wir setzen zurück -, wichtiger Hinweis, weil ich glaube, es dauert heute länger: Der Catering-Wagen wird so in circa 10 bis 15 Minuten das Weite suchen. Wir sind dann ganz alleine hier, in den heiligen Hallen. Wer also - - Das gilt auch für Sie: Falls Sie noch was essen möchten oder Ähnliches - -

(RA Prof. Dr. Jan Böcken-
mühl*: Einen Kaffee!)

- Kriegen wir das hin für beide? - Möchten Sie beide einen Kaffee?

(Der Zeuge und sein
Rechtsbeistand nicken)

- Beide möchten einen Kaffee. Dann bitte ich darum, dass wir dafür sorgen, dass der Rechtsbeistand und Herr Barth - -

Zeuge Hubert Barth: Besten Dank!

Vorsitzender Kay Gottschalk: Nee, gar kein Dank; das ist selbstverständlich, dass Sie einen Kaffee bekommen. Und die anderen Kollegen sind auch aufgefordert, sich da noch mal einzudecken. - So, und jetzt, im zweiten Anlauf: Zweiter Anstoß für Fritz Güntzler.

Fritz Güntzler (CDU/CSU): Ich habe mir beim Obmann auch noch einen Kaffee bestellt; also von daher sind wir jetzt gerüstet. - Ich fange noch



Nur zur dienstlichen Verwendung

mal an: Herr Barth, Sie hatten in Ihrem Eingangstatement oder auf die ersten Fragen schon mal ein wenig darauf hingewiesen oder dargestellt, inwiefern Sie eingebunden waren in die ganze Causa Wirecard. Also, wenn ich das richtig verstanden habe, ist das Anfang 2019 gewesen. Ist das so richtig?

Zeuge Hubert Barth: Ja, als die „FT“-Allegations, das Whistleblower-Paket - - Ich sage mal: Das habe ich dann in die Organisation gegeben, ja.

Fritz Güntzler (CDU/CSU): Sie sind in der Geschäftsführung von EY seit 2016. Ist das richtig oder - -

Zeuge Hubert Barth: Ich bin in der Geschäftsführung von EY seit Ende 2015, Vorsitzender der Geschäftsführung seit 01.07.2016.

Fritz Güntzler (CDU/CSU): Okay. - Es gab ja - das entnehmen wir jedenfalls hier den Unterlagen - schon immer Diskussionen, auch in Vorjahren, zum Testat. Also, Aufsichtsratsmitglieder haben hier uns berichtet, dass Testate auf der Kippe standen etc. Also, sind Sie da vor 2019 - - sind solche Fälle nicht hocheskaliert worden auf die Spitze der Geschäftsführung, sodass Sie erst 2019 mit dem Fall beschäftigt waren.

Zeuge Hubert Barth: Man muss diesbezüglich die Organisationsstruktur verstehen. Wenn ich sie kurz erläutern darf.

Fritz Güntzler (CDU/CSU): Sehr gerne.

Zeuge Hubert Barth: Das Mandat wurde - Sie kennen ja auch die Diskussion „Einstufungen, Technologien ... (akustisch unverständlich)* Finanzdienstleistungen“ - bis zum Abschluss 2017, der ja dann in 2018, am 11. April, testiert wurde, im Bereich „Finanzdienstleistungen“ geführt. Und ab dem Abschluss 2018 ist das Mandat dann in den, wir nennen es, sogenannten GSA - - nennen wir es Industriebereich vereinfacht - - wahrgenommen*.

Was Testaterteilung usw. angeht: Das Ganze betrifft ja immer den Geschäftsbereich „Wirtschaftsprüfung“. Und von unserer Organisationsstruktur

her ist der Bereich „Wirtschaftsprüfung“ im Bereich „Finanzdienstleistung“ integriert, bzw. im Industriebereich ist der Bereich „Wirtschaftsprüfung“ gesondert da*. Insofern: Weil ich als Vorsitzender der Geschäftsführung damit involviert war, bin ich sozusagen maßgeblich erst mit dem Geschäftsjahr von Wirecard 2018 diesbezüglich in Berührung gekommen.

Fritz Güntzler (CDU/CSU): Und wir haben in den Unterlagen auch gesehen, die mittlerweile ja alle zur Verfügung gestellt worden sind - - Und auch ein Dankeschön noch mal an Ihr Haus. Ich höre vom Ermittlungsbeauftragten, der zeitweise eben noch hier war, dass das miteinander gut funktioniert. Seitdem die Dinge gerichtlich geklärt sind und wir Rechtsgeschichte, habe ich vorhin schon gesagt, geschrieben haben, funktioniert das ja; das ist auch sehr nett - - habe ich aber den Unterlagen entnommen, dass Sie seit 2019 sozusagen auch eingebunden sind oder irgendwie so; stand im Prüfungsvermerk mal drin. Wie ist das zu interpretieren? Also, haben Sie sich Prüfungsunterlagen angeguckt? Haben Sie sich berichten lassen? Wie sieht die Einbindung des Vorsitzenden der Geschäftsführung in die Prüfung aus?

Zeuge Hubert Barth: Machen wir mal konkret das Jahr 2019: „FT“-Artikel bzw. wenn Presseartikel, die kritisch sind, von Unternehmen - - dann - so ist es meine Art - habe ich, wie viele andere auch, ein Mobiltelefon und*: „Habt ihr das auf dem Schirm? Kümmert ihr euch drum?“ usw. Das gibt es beinahe täglich an irgendwelche Teams. So kann ich das mal formulieren.

Wie habe ich mich eingebunden? „FT“-Artikel bzw. Whistleblower-Paket an mich. Diesbezüglich habe ich dann letztendlich Risk-Management, Qualitätssicherung diesbezüglich informiert und die entsprechenden Stellen eingebunden. Weil die Allegations so umfassend waren, wollte ich mir ein eigenes Bild machen und bin deswegen zu diesem Jour Fixe mitgegangen.

Darüber hinaus habe ich im Jahr 2019 dann noch an einem Gespräch mit dem Aufsichtsratsvorsitzenden zumindest - - Ich kann mich nicht - - Ich bin ganz offen: Ich kann mich an das Gespräch nicht erinnern, aber nach dem Protokoll war ich



Nur zur dienstlichen Verwendung

in diesem Gespräch mit dabei, wo es um den Stand der erweiterten Prüfungshandlungen ging und auch dass das Team weiter aufgestockt wird am 26.02.2019. Beziehungsweise da wurde auch laut Protokoll artikuliert, dass der Aufsichtsrat hier auch noch tätig werden darf.

Dann gab es noch mal einen Call Ende* 2019 diesbezüglich, wo* der Stand ist. Und dann war ich noch mal involviert, weil ich auch mal die verdienten Osterferien genommen habe, am 24. April, am Tag der Testatserteilung, weil da kam ja ein neuerlicher Artikel der „Financial Times“, und das fand ich damals so wichtig, dass ich noch mal - wie soll ich sagen? - den Hörer in die Hand genommen habe und gesagt: „Wie nehmt ihr das auf? Wie geht ihr dem nach?“ usw. Das ist so die Entwicklung 2019. Und ich war noch involviert, nur der guten Ordnung und Vollständigkeit halber, in einen Sachverhalt bei der Wirecard Bank in 2019.

Fritz Güntzler (CDU/CSU): Wie muss ich mir die Vorbereitung für diese Gespräche vorstellen? Es gibt ja die Möglichkeit, dass gesagt wird: Es passt alles. Wir tragen vor. Und mach dir mal keine oder machen Sie sich mal keine Sorgen. Das läuft. - Oder ist detaillierter vorgetragen worden? Also: „Wie sieht die Prüfungsplanung aus?“, „Folgende Wesentlichkeitsüberlegungen hatten wir“, „Folgende Risikobeurteilungen haben wir vorgenommen“, also alles das, was sozusagen zum Prüferhandwerk gehört. Haben Sie sich das vortragen lassen, oder ist das gar nicht so tief gegangen?

Zeuge Hubert Barth: Diesbezüglich: Weil die Allegations relativ, ich sage mal, viele Bereiche umfassten, habe ich das letztendlich meinem Stellvertreter Philipp Turowski und auch Christian Orth und auch dem Risk-Management diesbezüglich gesagt: Kümmert euch drum! Dreht hier jeden Stein um! - So muss man sich das vorstellen. Ich habe mir aber nicht, ich sage mal, die einzelnen Schritte der Prüfungsplanung oder der Prüfungsdurchführung usw. erläutern lassen. Das würde auch, ich sage mal, den zeitlichen Rahmen für mich letztendlich sprengen. Aber ich habe ganz klar letztendlich aufgrund der Involvierung

darum gebeten: Dreht hier jeden Stein um! Verstärkt die Teams! Wenn ihr Hilfe und Unterstützung braucht: Ich stehe als Ansprechpartner zur Verfügung.

Fritz Güntzler (CDU/CSU): Verstehe ich. Also, wir haben uns heute Morgen mit Herrn Dr. Orth über Risikobeurteilung unterhalten und Integrität des Managements und all solche Fragen, die sich mir am Anfang der Prüfung stellen. Ich habe versucht, Ihre Rolle jetzt kurz mal einzunehmen. Ich weiß nicht, ob ich so eine Frage gestellt hätte: Habt ihr euch darüber Gedanken gemacht? In was für ein Prüfungsumfeld begeben sich Sie da?

Zeuge Hubert Barth: Diesbezüglich: Ich nehme einfach zwei Beispiele raus, damit es Ihnen, ich sage mal, bildlich wird. Christian Orth kam zurück und sagte: Moment, wir stufen das Risiko dieses Mandats auf „High Risk“. Das heißt, das wurde nach den „FT“-Allegations vorgenommen.

Ein zweiter Punkt, den ich als Beispiel rausgreifen möchte: Wir brauchen hier noch mehr Leute aus der Forensik. Können wir die einbinden? Und das Prüfungsteam kam auch an mich heran: Wir brauchen noch die und die Spezialisten. Kannst du uns helfen, dass wir die von anderen Teams bekommen? Und das sind so Dinge, wo ich dann eingebunden bin, und auch letztendlich, wie man bestimmte Themenbereiche aufgreift: Wen braucht man noch als, ich sage mal, Kontaktperson auch im Netzwerk?

Fritz Güntzler (CDU/CSU): Gab es denn eine regelmäßige Berichterstattung? Also, jetzt dadurch, dass es „High Risk“ war - - Ich will nur mal verstehen, wie in Ihrem Hause die Prozesse gelaufen sind, ob dann - - Also, ich bin ja nur in einer mittelständischen Kanzlei. Wenn wir so ein High-Risk-Mandat hätten - - Mein alter Senior, der hätte mich schon getrieben. Also, da hätte ich jede Woche antreten müssen und hätte was sagen müssen.

Zeuge Hubert Barth: Es gab eine regelmäßige Berichterstattung diesbezüglich: „Wo steht ihr?“, „Wie kommt ihr voran?“, „Was für Themen sind noch offen?“ usw. Aber an Einzelheiten kann ich mich nicht erinnern. Aber es war letztendlich der



Nur zur dienstlichen Verwendung

klare Auftrag, weil ich dieses Thema so ernst nahm: Kümmert euch drum! Dreht jeden Stein um! Bezieht die ganze Expertise, die wir haben, hier mit ein!

Fritz Güntzler (CDU/CSU): Und es gab jetzt auch - - 2019 waren wir, 2020. Dann gab es, ich sage es jetzt mal, den Knall. Da gab es jetzt keine Sitzung, wo Sie sich mal alles haben vortragen lassen nach dem Motto: „Haben wir richtig geprüft?“ Denn Ihr Global Chairman Di Sibio hat ja am 14. September so ein Rundschreiben gemacht - das habe ich den Medien entnommen -, wo ja - ich sage es mal mit meinen Worten - drinsteht: Wir haben alles richtig gemacht. Macht euch keine Sorgen! - Der muss ja auch irgendwo gebrieft worden sein. Der muss ja irgendwo eine Information bekommen haben.

Zeuge Hubert Barth: Also, die Themenbereiche müssen Sie sich wie folgt vorstellen - ich nehme mal 2020 als Beispiel, als ich erfahren habe, dass der Treuhänder gewechselt hat von Singapur auf die Philippinen, als noch, ich sage mal, die weiteren Allegations mit im* Kontext zu setzen usw. - - Ich will es mal so formulieren: Da habe ich mich dann so hingestellt und gesagt: Okay, was können wir noch machen? So kamen wir ja letztendlich aus der Diskussion heraus auf das Thema Abhebungsanforderungen - das wurde davor schon besprochen -, aber letztendlich auf die - wie soll ich sagen? - Idee, die das Ganze dann letztendlich zu Fall gebracht hat aus der Diskussion heraus: Können wir nicht eine Rückbestätigung einer uns vorliegenden Originalbankbestätigung aus der Zentrale noch mal verifizieren, und wer ist dafür die geeignete vertrauenswürdige Person? Sie müssen es sich so formulieren. Dann habe ich mit Christian Orth diskutiert: Können wir nicht einen hinschicken? - Dann haben wir versucht, unseren Kollegen, der in Singapur saß, in die Philippinen einzufliegen. Das ging nun nicht wegen Corona. Er sagt, er kommt nicht ins Land. Dann haben wir einen anderen Weg gesucht, wie wir diesbezüglich an - - Da haben wir auch diskutiert: „An wen wenden wir uns denn?“, und haben uns dann für die oberste Ebene in den Banken diesbezüglich entschieden, um einen Zugang zu verschaffen.

Wenn wir jetzt noch mal zurückgehen auf 2019: Letztendlich: Es war eine ganze Reihe von Allegations. Da war die Diskussion und die Würdigung: Habt ihr diese Allegations aufgenommen? Seid ihr denen nachgegangen? Habt ihr die Nachweise dafür? Ich sage es auch ganz offen: Die 58 Seiten, die wir in Anlage 8 - - oder die dem Prüfungsbericht beigelegt wurden, die wurden jetzt nicht, jede einzelne Allegation, vorgetragen. Aber die Frage war: Moment! Hier sind eine ganze Reihe von Allegations. Habt ihr einen Issue Tracker? Also, was sind hier für Vorwürfe im Raum? Habt ihr die prüferisch abgearbeitet, und hat das noch mal einer kontrolliert? Das sind die Anforderungen letztendlich. So können Sie sich es vorstellen, wie es miteinander diskutiert wurde.

Fritz Güntzler (CDU/CSU): Ich hatte dann noch mal die Frage gestellt, wer Herrn Di Sibio informiert hat, der ja dann Ihre Mandanten angeschrieben hat, wenn ich das richtig in den Medien gelesen habe. Oder bin ich da falsch informiert?

Zeuge Hubert Barth: Herr Di Sibio ist unser Global Chairman und CEO. Er hat diesen Brief in seiner Funktion geschrieben.

Fritz Güntzler (CDU/CSU): Ohne - -

Zeuge Hubert Barth: Er hat den Brief nicht von mir.

Fritz Güntzler (CDU/CSU): Aber er hat ja hoffentlich Informationen bei Ihnen eingeholt. Also, wenn er sagt: „Es ist eigentlich alles gut, ihr könnt weiter Vertrauen in unsere Organisation haben“, dann wäre er doch klug beraten, sich bei Ihnen mal zu erkundigen, wie es so aussieht gerade.

Zeuge Hubert Barth: Diesbezüglich habe ich keine genaue Erinnerung, wie dieser Brief letztendlich vom Duktus usw. zustande kam. Ich sage mal, da sind die Kommunikationskolleginnen und -kollegen unterwegs.

Fritz Güntzler (CDU/CSU): Okay. Finde ich schon spannend, also wenn sozusagen der



Nur zur dienstlichen Verwendung

Oberste sagt: „Macht euch mal alle keine Sorgen!“ und hat nicht mal bei den Fachleuten nachgefragt, ob man sich vielleicht Sorgen machen sollte. Gut, muss man wissen, wie man solche Briefe schreibt.

Ich habe dann noch mal - - Ich verstehe, dass Sie nicht in alle Punkte eingebunden werden können und sich auch nicht alles vortragen lassen können, die 58 Seiten usw. Aber ich glaube, so ein paar Punkte sind ja dann doch ganz spannend.

Sie sind ja auch Wirtschaftsprüfer, und selbst wenn man nicht unmittelbar eingebunden ist, ist ja dieses Thema „Wie prüfe ich Treuhandverhältnisse?“ dann doch ein spannendes Thema, was den Berufsstand ja auch sehr beschäftigt. Und ich will jetzt gar nicht in der Breite anfangen, aber dieses Thema Saldenbestätigung - ich nenne es, ich adressiere es gleich; Sie wissen ja, worum es geht -: Da haben wir ja unseren Prüfungsstandard, mit der Textziffer 20, die vielleicht zu interpretieren ist, die jetzt auch fast jeder kennt. Und dann gibt es ja die Antwort der IDW-Geschäftsstelle auf eine Anfrage aus dem August 2020, die ja eine Interpretation dieser Textstelle vornimmt und die ziemlich eindeutig ist. Haben Sie sich mit dem Thema beschäftigt und intern auch ausgetauscht? Und haben Sie eine Meinung dazu?

Zeuge Hubert Barth: Ich habe mich mit dem Thema nicht näher beschäftigt. Ich kenne aber selbstverständlich die Textstelle und die Interpretation dazu. Diesbezüglich: Das ist eine Auslegung des IDW, ich sage mal, nach dem Fall Wirecard, soweit ich mich erinnern kann. Ich habe früher mal für eine andere Big-Four-Gesellschaft gearbeitet. Da gab es auch Treuhandkonten, und da war - Sie kennen es auch selber -, ich sage mal, bei relativ vielen Unternehmen, die Pensionsverbindlichkeiten haben - - Da gibt es ja auch sehr oft Vermögen, das auf Treuhandkonten gelagert ist.

Fritz Güntzler (CDU/CSU): Das ist aber meist da. Das ist das Gute dann.

(Heiterkeit)

Zeuge Hubert Barth: Möchte ich jetzt nicht weiter ausführen. - Aber diesbezüglich reichte die Bestätigung sogar des Treuhänders hier. Ich möchte gleich noch mal darauf hinweisen: Es liegt nicht nur eine Bestätigung des Treuhänders vor, sondern auch desjenigen, der das Geld dem Treuhänder vermeintlich gegeben hat. Das heißt, es ist ja ein - - Es wird immer sehr isoliert dargestellt, sondern - - Wir haben ja nicht eine Bestätigung, sondern dem Team liegen ja, ich sage mal, von verschiedensten Drittparteien Bestätigungen vor. Nur um es mal auszuführen: Wenn die alle kollusiv zusammenarbeiten, dann ist es, wie vorher - - Ich glaube, der Herr Dr. Zimmermann hat das Beispiel ausgeführt.

Fritz Güntzler (CDU/CSU): Mir ist schon bewusst: Wir arbeiten mit hinreichender Sicherheit und nicht mit absoluter Sicherheit, aber ich finde die Stellungnahme der Geschäftsstelle - - Und wer die Strukturen des IDW ein bisschen kennt, weiß, dass die sich das auch nicht einfach so ausdenken, auch wenn es dann - - Dann weiß man, dass es im HFA auch keine gemeinsame Linie gab; sonst hätte es eine HFA-Stellungnahme gegeben. Aber die ist ja schon sehr konkret. Und auch wenn Sie die vertraglichen Verhältnisse, die bezüglich Singapur bestanden haben, zur Grundlage nehmen, ist dieser Fall da genau abgebildet, interessanterweise. Da ist das Ergebnis eigentlich ziemlich deutlich mit dem Hinweis: Man hat eine Bankbestätigung einzuführen da, wo das Geld geführt wird, nicht?

Zeuge Hubert Barth: Aber sie trägt das Datum „August 2020“.

Fritz Güntzler (CDU/CSU): Ja, das ist - - Ich habe vorhin gesagt: Das ist wie im BMF-Schreiben. Das legt eine rechtliche Grundlage aus. Das ist ja keine Rechtsfortbildung; würde ich jedenfalls so sehen. Das Spannende ist für uns hier - - Sie wissen ja auch, dass wir den Prüfer der KPMG, Herrn Geschonneck, angehört haben, der eben genau diese Auffassung auch vertritt. Und Herr Kollege Toncar hat eine Anfrage an die Bundesregierung gestellt, und dort hat die Bundesregierung mitgeteilt, dass die APAS genau diese Auffassung des IDWs auch stützt. Also, von daher kommen schon Fragen auf, warum Sie dieses



Nur zur dienstlichen Verwendung

nicht getan haben, und dann ist die Frage natürlich sich zu stellen - das brauchen wir hier nicht weiter zu erörtern -, ob die alternativen Prüfungshandlungen, die Sie vorgenommen haben, ausreichend waren, um die Existenz zu sichern.

Und da kommt dann eben eine andere Frage hoch: Ich weiß nicht, ob Sie sich mit dem KPMG-Sonderbericht beschäftigen konnten, durften, mussten. Und dort ist ja auf Seite 12 für mich einer der entscheidendsten Sätze drin: dass es ein Untersuchungshemmnis gab. Das ist ja so ein Begriff, den wir aus der Prüfung auch kennen als „Prüfungshemmnis“. Mir ist klar, dass die forensische Untersuchung was anderes ist als die Jahresabschlussprüfung; aber Herr Geschonneck hat ausgeführt, dass man auch ohne große forensische Qualitäten darauf hätte kommen können, dass hier ein Hemmnis vorliegt. Und die schreiben eben hier nicht nur die Begrifflichkeit, sondern die sagen eigentlich: Es konnte weder eine Aussage getroffen werden, dass die Umsatzerlöse existieren oder der Höhe nach korrekt sind, noch die Aussage getroffen werden, dass die Umsatzerlöse nicht existent und in der Höhe nicht korrekt sind. - Das heißt umgangssprachlich: Es lag eigentlich gar nix vor, so. Und die haben ja auch Ihre Arbeitsunterlagen zur Verfügung gehabt, und selbst Ihre Arbeitsunterlagen haben nicht dazu geführt, dass die KPMG zu einem anderen Ergebnis kam. Das macht mich alles sehr nachdenklich. Haben Sie sich das erklären lassen, wo dieser Unterschied herkommt?

Zeuge Hubert Barth: Ich versuche, es mal in meinen Worten zu fassen. Erst mal: Sonderuntersuchung KPMG haben wir vonseiten EY begrüßt. Zweiter Punkt: Die Kollegen von KPMG haben ihre Untersuchung völlig unabhängig gemacht. Jetzt möchte ich kurz zur Einordnung - - KPMG hat die Sonderuntersuchung begonnen vor dem Hintergrund neuer, massiver Allegations, und reden wir nur über TPA und Treuhandkonten im Mai und Oktober 2019. Das heißt, da herrschten schon Zweifel. KPMG schreibt, sie haben ein Untersuchungshemmnis. Ich teile diese Auffassung voll und ganz: KPMG hat ein Untersuchungshemmnis. Warum? Sie wollten zum Treuhänder, und sie wollten zu den TPAs. Und beide haben für die - - oder beide Gruppen - machen wir es

mal so - haben für die Jahre 2016 bis 18 den Zugang verweigert. Wir oder meine Prüferkollegen hatten 2016 bis 18 diesen Zugang. Sie haben den Treuhänder gesprochen. Das war KPMG nicht möglich. Insofern hat KPMG ein Untersuchungshemmnis.

Worauf ich hinauswill*, ist aber Folgendes, und zwar: Wenn ich in den fortgeführten Untersuchungsbericht von KPMG gehe, den wir am 12. Juni erhalten haben, da findet sich das Wort „Untersuchungshemmnis“ nicht mehr.

Fritz Güntzler (CDU/CSU): Sie meinen diesen Informationsband dann?

Zeuge Hubert Barth: Nee*, nicht den Informationsband, sondern „Stand der Ergebnisse der fortgeführten Untersuchungshandlungen“. Und, wenn Sie möchten, -

Fritz Güntzler (CDU/CSU): Ja.

Zeuge Hubert Barth: - ich möchte auf eine Stelle hinaus - -

(Der Zeuge berät sich mit seinem Rechtsbeistand)

Ich kann Ihnen das auch kurz geben, worauf ich hinauswill.

Fritz Güntzler (CDU/CSU): Nee, tragen Sie es vor. Wir finden es auch - - Wir haben so viel - -

(Der Zeuge blättert in seinen Unterlagen)

Zeuge Hubert Barth: Und zwar geht es diesbezüglich darum: KPMG hatte ein Untersuchungshemmnis. Wir oder meine Prüferkollegen hatten aber kein Prüfungshemmnis, weil wir, gesetzt den Fall: Treuhänderbestätigung plus das dritte usw. - - Das haben wir gerade diskutiert.

Jetzt sind wir im Jahr 2019. Wir haben beide Zweifel: KPMG hat Zweifel, EY hat Zweifel. KPMG führt eine Untersuchungshandlung weiter und kommt im Entwurf zu folgendem Ergebnis, ich zitiere - und jetzt geht es um die Bestätigung



Nur zur dienstlichen Verwendung

erst mal; und ich zitiere verkürzt aus Seite 12 des Ergebnisses der fortgeführten Untersuchungshandlungen -:

Nach den KPMG vorgelegten, vom Treuhänder Tolentino an den Abschlussprüfer adressierten Saldenbestätigungen zu den Treuhandkonten stimmen die Saldenbestätigungen mit den in der Buchhaltung betreffenden Wirecard-Gesellschaften überein. (?)

Das heißt, KPMG teilt hier mit: Wirecard hat 1,9 Milliarden in der Buchhaltung, und 1,9 Milliarden bestätigt der Treuhänder. Im Satz zwei wird ausgeführt:

Ein Abgleich dieser Salden mit den KPMG vorgelegten Bankbestätigungen der beiden philippinischen Banken BDO und BDI gegenüber dem Abschlussprüfer ergab keine Abweichung zu den vom Treuhänder gegenüber dem Abschlussprüfer bestätigten Salden. (?)

Das heißt, wir hatten zu diesem Zeitpunkt eine Saldenbestätigung im Original von der Bank - - von den beiden Banken vorliegen. Und auch - darauf möchte ich hinaus - ein weiterer Untersuchender sagt: Moment - - „Die Kette WT“ - das haben wir als erstes ja gehabt - „ist in Ordnung“, und mit diesem Satz - ich weiß nicht, wie Sie es interpretieren - kommt ja zum Ausdruck: Moment! Zwischen T. und Bank stimmen die Salden auch überein. Ich weiß nicht, wie Sie das als Nachweis einschätzen. Ein Prüfungshemmnis oder Untersuchungshemmnis kann ich daraus nicht ableiten erst mal.

Es geht auch noch weiter, nämlich dass - - Also, ich zitiere noch mal den ersten Satz:

Ein Abgleich dieser Salden mit den KPMG vorgelegten Bestätigungen der beiden philippinischen Banken ... gegenüber dem Abschlussprüfer ergab keine Abweichung zu den vom Treuhänder

gegenüber dem Abschlussprüfer bestätigten Salden. (?)

Das ist, ich sage mal, eine Saldenbestätigung. Und weiter geht es dann letztendlich, dass die Bestätigung der beiden Banken Wirecard als wirtschaftlich Berechtigten ausweisen.

Vorsitzender Kay Gottschalk: Kollege Güntzler.

Zeuge Hubert Barth: Wenn man keine Zweifel hat, ist man hier relativ weit in der Prüfung; denn - da würden Sie mir, glaube ich, zustimmen - wenn uns das vorliegt als Prüfer und wir haben Bankbestätigungen, dann wären wir eigentlich - - oder könnte man sagen, man wäre fertig, wenn man nicht noch Zweifel hätte. Jetzt kommt ein weiterer Untersuchender, der sagt: „Was dir vorliegt“ - - Also ich interpretiere es zumindest so; ich mag falsch liegen. Der sagt: Das reicht, was du hast.

Fritz Güntzler (CDU/CSU): Wir sind ja noch mal dran. Ich schaue es mir mal parallel an und dann vielleicht noch mal dazu - - Aber vielen Dank für den Hinweis.

Zeuge Hubert Barth: Ich gebe Ihnen gerne eine Kopie da.

Fritz Güntzler (CDU/CSU): Ich glaube, das ist dies hier, was - -

Zeuge Hubert Barth: Ja, genau, Seite 12, erster und zweiter Spiegelstrich.

Fritz Güntzler (CDU/CSU): Okay.

Vorsitzender Kay Gottschalk: Okay. - Also, ich nehme den Ball noch mal auf vom Fritz Güntzler und spiele den Doppelpass hier mal weiter. Wir haben ja IDW, PS 302 - - Ich mache jetzt noch mal einen stillen Vorhalt. Ist für Sie, glaube ich, das erste Mal. Stiller Vorhalt, das heißt: Ich lege Ihnen jetzt etwas vor. Da können Sie nur sagen „Ja“ oder „Nein“. Sie dürfen jetzt leider nicht - weil sonst müssten wir in eine nichtöffentliche Sitzung gehen - sagen: Ja, der und der Name. Ich will aber da auch gleich einhaken, warum ich das sage. Ich komme gleich noch mal auf Parmalat zu



Nur zur dienstlichen Verwendung

sprechen und auf das, was Fritz Güntzler gesagt habe, was ich vorher und auch Herr Dr. Zimmermann zu Treuhandkonten gesagt haben. Und jetzt lege ich Ihnen etwas vor, da geht es um viel, viel Geld, ganz abstrakt.

(Dem Zeugen werden
Unterlagen auf einem Note-
book gezeigt - Der Zeuge
und sein Rechtsbeistand le-
sen in diesen Unterlagen)

Gucken Sie sich diese Bescheinigung, sage ich mal, in der es um viel, viel Geld geht, an, und dann frage ich - -

(RA Prof. Dr. Jan Bocken-
mühl*: Dürfen wir
scrollen? - Gegenruf des
Abg. Dr. Jens Zimmermann
(SPD): Das ist ja Ihr
Computer!)

- Ja, natürlich dürfen Sie scrollen, logisch. - Ja, wir machen Pause, logisch. - So, jetzt gucken Sie sich diese Bestätigung mal ganz in Ruhe an. Und da ist mir, weil ich auch sehr viel im englischsprachigen Raum unterwegs war und auch viel Geschäftskontakt hatte, sofort etwas aufgefallen, und das will ich damit einfach sagen - mal sehen, ob Sie gleich darauf kommen -: Wenn diese ganzen Dinge so sind mit dem, was wir 2016, was Herr Zimmermann, was ich sage - - Da ist noch ein anderes Dokument, was Sie sich Montag hier angucken und dann freigeben wollen. Was fällt Ihnen bei diesem Schreiben, in dem es um viel Geld geht, aus Singapur, auf?

Zeuge Hubert Barth: Ich darf nur „Ja“ oder „Nein“ antworten; das ist jetzt schwierig.

Vorsitzender Kay Gottschalk: Nee, ach so, okay. Ich habe mich vorhin recht- - Ja, stimmt, okay. Ich habe mich vorhin rechtlich rückversichert, stimmt: „Ja“ oder „Nein“. Das ist jetzt unverfänglich: Haben Sie sich mal die Datumsbezeichnung angeguckt, dafür, dass dieses Schriftstück aus Singapur, aus dem englischsprachigen, englisch wirtschaftlichen Raum kommt?

Zeuge Hubert Barth: Ich habe mir die - - Ja. Ich darf ja nur „Ja“ und „Nein“ antworten.

Vorsitzender Kay Gottschalk: So, und die sieht - - und das hat dann Herr Orth gesagt: Haben Sie sich auch mal die Zahlen angeguckt, Herr Gottschalk? - Ich habe gar nicht mehr weitergeguckt, was da draufsteht, weil ich habe nur das Datum und Informationsblock gesehen und mir dann auch mal bei mir Briefe, die ich so aus dem englischsprachigen Raum und Bestätigungen und Sonstiges bekomme - - Das sieht verdammt deutsch aus. Ich habe noch nie einen Brief aus London bekommen, wo dann steht: London, bop, bop, bop. Ich weiß, die Amerikaner sagen 09/11, der Engländer sagt trotzdem 11.09.2001, böses Datum. Aber er käme, glaube ich, nie auf die Idee, beide, weder Amerikaner noch Engländer, Singapur darüberzuschreiben und dann in einem solchen Block einzurücken. Und wenn Sie dann sehen, wie die Zahlen dort aufgeschrieben sind - - Das hat jetzt - Gott sei Dank - Dr. Orth festgestellt. „Ist Ihnen das aufgefallen?“, sagt er, „Das sieht auch ziemlich deutsch aus“, und das kommt aus Singapur. Da geht es um viel Geld. Mehr dürfen wir ja nicht sagen. Würden Sie mir da zustimmen, dass das eigentlich hätte dann Argwohn wecken müssen nach dem Motto: „Kann das, was da drinsteht, richtig sein?“? Und das ist wichtig, der Name ist heute schon gefallen. Mehr darf ich auch nicht sagen, aber - -

(Dr. Florian Toncar (FDP):
Ja, aber Sie gucken schon
den Richtigen an!)

- Das darf ich doch. Ich gucke Sie immer gerne an, Dr. Toncar, weil Sie sagen immer viel Gutes. - Können Sie in meine Verzweiflung verstehen?

Zeuge Hubert Barth: Entschuldigen Sie, wenn ich da spitzfindig bin: Ihre Frage war - - Ihre Frage ist zweigeteilt.

Vorsitzender Kay Gottschalk: Ja.

Zeuge Hubert Barth: Ist das Datum deutsch? Oder das, was darauf dargestellt ist, kann das



Nur zur dienstlichen Verwendung

richtig sein? Welche der beiden Fragen soll ich beantworten?

Vorsitzender Kay Gottschalk: Also erst mal: Würden Sie sagen: „Das Datum ist deutsch“, ja oder nein?

Zeuge Hubert Barth: Ja, das Datum ist deutsch.

Vorsitzender Kay Gottschalk: Gut, so. Und was da dargestellt ist mit den Zahlen, die jetzt auch noch deutsch aussehen, würden Sie dann sagen: „Man müsste Argwohn haben, dass das, was dort dokumentiert werden soll, richtig ist“? Da müsste man doch, weil es um viel, viel Geld geht - das hatte ich ja vorher gesagt -, irgendwie sagen: „Wow“ und mit dem, was wir vorher alles gesagt haben - jetzt komme ich zu Parmalat -, skeptisch werden.

Zeuge Hubert Barth: Ich glaube, ich kann so antworten, mit ein paar Sätzen: -

Vorsitzender Kay Gottschalk: Okay, ja, wir versuchen das einfach mal.

Zeuge Hubert Barth: - Da müsste ich den Hintergrund der Anfrage kennen, -

Vorsitzender Kay Gottschalk: Wir versuchen das beide einfach

Zeuge Hubert Barth: - denn hin und wieder ist es so: Wenn man Saldenbestätigungen auch schickt, dann, ich sage mal, kann man das offen bestätigen lassen oder geschlossen bestätigen lassen.

Vorsitzender Kay Gottschalk: Ja.

Zeuge Hubert Barth: Und je nachdem: Manchmal nehmen die Mandanten auch das, was denen hingeschickt wird, letztendlich und bestätigen diesbezüglich. Also, deswegen: Da müsste ich den Hintergrund kennen.

Vorsitzender Kay Gottschalk: Aber darf ich sagen: Wir beide hätten jetzt gesagt: Das langt uns nicht. Das sieht ein bisschen deutsch aus dafür, dass es aus Singapur kommt.

Zeuge Hubert Barth: Das Datum sieht deutsch aus.

Vorsitzender Kay Gottschalk: Gut. Und warum sage ich das jetzt so? Noch mal: Ich nehme den Ball - Dr. Zimmermann, Fritz Güntzler, meine Wenigkeit -, und ich will wirklich, dass das nicht noch mal passiert; weil - ich sage für viele, die das vielleicht nicht mehr wissen - angesichts des Skandals wie Parmalat, einem der größten europäischen Bilanzskandale, bei dem es um gefälschte Bankbestätigungen über 3,95 Milliarden - also, die waren noch etwas progressiver - auf ein Bankkonto bei der Bank of America auf den Cayman Islands ging, verstehe ich nicht - jetzt darf ich das nicht lesen -, warum man diese Dokumentation eben nicht deutlicher hinterfragt hat. Also, Sie können meine Gedanken da nachvollziehen, oder?

Zeuge Hubert Barth: Ich kann Ihre Gedanken nachvollziehen.

Vorsitzender Kay Gottschalk: Gut. - Dann würde ich noch mal gerne - ich habe es heute bei Ihrem Kollegen auch gemacht; das passt so zum Thema Banksalden - - Wie ist Ihre Haltung dazu? Hatten Sie zu dem Herrn mal Kontakt, Professor Marten? Und der hat ja im Juni etwas geschrieben, was für, ich sage mal auch da ganz hanseatisch-zurückhaltend, ein bisschen Furore gesorgt hat, auch Dissonanzen, glaube ich, innerhalb einer Gilde. Wie stehen Sie zu diesem Artikel - Treuhandkonten und wie man dann entsprechend Bankbestätigungen oder nicht einholt -, und kennen Sie Professor Marten?

Zeuge Hubert Barth: Ich kenne Professor Marten persönlich nicht. Ich habe ihn auch nach meiner Erinnerung und meines Wissens nie getroffen. Ich habe von dem Artikel erfahren; ich habe ich* auch kursorisch gelesen.

Vorsitzender Kay Gottschalk: Wie ist Ihre Haltung zu dem Artikel? Er sagt ja: Eigentlich reicht manchmal das. - Ich habe so gedacht: Der bestätigt so ein bisschen - das war jetzt meine Lesart -, dieser Artikel, was EY so in den letzten Jahren gemacht hat.



Nur zur dienstlichen Verwendung

Zeuge Hubert Barth: Da habe ich ihn nicht genug vor Augen. Es kommt darauf an, welche Prüfungshandlung man insgesamt anwendet. Ich will es mal so formulieren: Nur eine - - das, was Sie mir gerade gezeigt haben, nur dieses Dokument alleine, als einzige Prüfungshandlung würde ich - wie soll ich sagen? - - Da müsste ein bisschen was dazukommen, um es mal vorsichtig auszudrücken. Und nach meiner Information haben die Kolleginnen und Kollegen ja noch eine ganze Reihe dazu an Bestätigungsunterlagen und Prüfungshandlungen und Nachweisen eingeholt diesbezüglich.

Vorsitzender Kay Gottschalk: Gut. - Dann wäre ich - - Ich würde dem Ausschuss jetzt 39 Sekunden schenken. Also, ich bin jetzt so weit durch. - Dann schaue ich zur SPD-Fraktion. Wer möchte denn? - Frau Kiziltepe?

Cansel Kiziltepe (SPD): Ja.

Vorsitzender Kay Gottschalk: Wunderbar. - Frau Kiziltepe, Sie sind an der Reihe.

Cansel Kiziltepe (SPD): Vielen Dank, Herr Vorsitzender. - Herr Barth, ich möchte noch mal fragen, ob Sie uns erzählen können, wie die Vergütungsstruktur bei EY ist, also Fixgehalt, variables Gehalt, Provisionen.

(Der Zeuge berät sich mit seinem Rechtsbeistand)

Zeuge Hubert Barth: Bezüglich der Gesamtfirma oder auf bestimmte - - Entschuldigung, dass ich eine Rückfrage stelle.

Cansel Kiziltepe (SPD): Der Partner.

Zeuge Hubert Barth: Der Partner, okay. Hierzu möchte ich darauf verweisen, dass es dazu Ausführungen im Transparenzbericht gibt. Der ist auch öffentlich zugänglich. Da ist letztendlich die Vergütungsstruktur von Organmitgliedern und Partnern und leitenden Angestellten ausgeführt auf Seite 39.

Cansel Kiziltepe (SPD): Okay, ja.

Zeuge Hubert Barth: Ich kann Ihnen das gerne auch geben. Also, ich kann es aber auch gerne kurz ausführen, wenn Sie möchten.

Cansel Kiziltepe (SPD): Wenn es nicht so lange dauert.

Zeuge Hubert Barth: Ich fasse die Dinge kurz zusammen und werde es kursorisch machen.

Cansel Kiziltepe (SPD): Also, mich interessiert, ob in der variablen Vergütungskomponente die Vermittlung von Beratungsverträgen oder die Einholung von Beratungsverträgen eine Rolle spielen.

Zeuge Hubert Barth: Geben Sie mir eine Sekunde.

(Der Zeuge liest in seinen Unterlagen)

Das ist ein Dokument, was von der Geschäftsführung unterschrieben wird bezüglich - -

Bei Abschlussprüfungen, die unter Beachtung der Anforderungen der EU-Abschlussprüferverordnung durchgeführt werden, ist die Bewertung und Vergütung von PPE-DDs,

- das sind Partner, Direktoren usw. und andere Mitarbeiter -

die in Aufträgen auf der Grundlage prüfungsfremder Dienstleistungen an Prüfungen dann beteiligt sind, diese beeinflussen können, vonseiten EY untersagt. (?)*

Cansel Kiziltepe (SPD): Untersagt.

Zeuge Hubert Barth: Untersagt.

Cansel Kiziltepe (SPD): Also, Cross-Selling ist untersagt.

Zeuge Hubert Barth: Untersagt.



Nur zur dienstlichen Verwendung

Cansel Kiziltepe (SPD): Genau. - Okay, weil wir uns das mal ein bisschen angeguckt haben, und laut den Unterlagen, die uns vorliegen, gab es auch - - Also, ich spreche das Thema auch grundsätzlich an, weil wir im Rahmen des FISG natürlich darüber diskutieren und wollen, dass wir eine Trennung von Prüfung und Beratung haben. Und die Unterlagen in dem konkreten Fall Wirecard zeigen eben auf - - Das ist alles ein bisschen auch bemerkenswert, weil rund um den Teststermin werden so Gespräche geführt, und nach dem Testat werden Beratungsverträge erteilt. Es gibt vorher, vor dem Testat, Pre-Approval-Gespräche, die durchgesprochen werden und dann auf Halde irgendwie gehalten werden, damit man auch diese - - Wie hieß diese Grenze, diese kritische Grenze nach EU-Recht? Die habe ich jetzt wieder verloren.

Zeuge Hubert Barth: Die* sogenannte Fee Cap?

(Dr. Jens Zimmermann
(SPD): Genau!)

Cansel Kiziltepe (SPD): Genau - - nicht überschritten wird, ne? Das wird alles so schön im Auge behalten, dass alles auch richtig ist. Aber nichtsdestotrotz zeigen eben die Unterlagen, dass diese Beratungsverträge sich doch sehr aufsummiert haben in den letzten Jahren. Wissen Sie davon?

Zeuge Hubert Barth: Also, ich habe es mir grob angeschaut, bzw. auch in Vorbereitung heute habe ich mir mal kurz - wie soll ich sagen? - die Verhältnisse diesbezüglich angeschaut. Ich will es mal so formulieren: Erster Punkt. Wenn wir Beratungsdienstleistungen bei Prüfungsmandaten erbringen, gibt es ganz klare Regelungen diesbezüglich, die auch strikt eingehalten werden. Und sämtliche Dienstleistungen, die wir hier erbracht haben - zumindest ist das mein Informationsstand - wurden auch von den jeweiligen Gremien pre-approvt*, denn wir nehmen das Stichwort „Unabhängigkeit“ unglaublich ernst. Man muss aber auch - -

Cansel Kiziltepe (SPD): Also, meinen Sie damit - diese Unabhängigkeit - zum Beispiel: Herr Loet-

scher ist Prüfer mit Herrn Fichtelberger zusammen, und diese beiden Personen dürften eigentlich solche Gespräche nicht führen und auch keine Beratungsverträge annehmen. Meinen Sie das damit, dass das verboten ist?

Zeuge Hubert Barth: Da habe ich keine Information, inwieweit die Gespräche oder sonstwie gelaufen sind.

Cansel Kiziltepe (SPD): Also, weil - -

Zeuge Hubert Barth: Ich will darüber hinaus - - Es gibt auch gewisse Beratungs- - also wie man die Leistung einstuft. Ich mache Ihnen einfach ein Beispiel: Wenn wir zum Beispiel Nachhaltigkeitsberichte würdigen und prüfen, dann fallen die nicht unter die Abschlussprüfungsleistung, sondern die fallen unter die Beratungsleistungen.

Cansel Kiziltepe (SPD): Ja, das mag ja sein, aber mir geht es jetzt konkret um Personen auch, Personen, die involviert sind in der Abschlussprüfung eines Mandanten, die dann von diesem Mandanten auch Beratungsverträge kriegen, ne? Ich möchte es wieder konkret machen, hier zum Beispiel März 2017: Es gibt Absprachen zwischen Ley, Erffa und Loetscher zu Pre-Approvals über 400 000 Euro. Dann wird alles vorbereitet. Dann wird im April ein uneingeschränktes Testat erteilt, und dann wird gratuliert zum Testat,

(Dem Zeugen werden
Unterlagen vorgelegt - Der
Zeuge und sein Rechtsbeistand
lesen in diesen
Unterlagen)

und plötzlich werden Beratungsprojekte von EY wieder freigegeben usw.

Meine erste Frage ist diesbezüglich: Wenn so ein Beratungsvertrag reingeholt wird für EY, Herr Loetscher bekommt jetzt einen, so, wie viel - - Kriegt er eine gewisse Provision? Sagen wir mal: ein Beratungsvertrag mit einem Volumen von 90 Tagen Arbeitsstunden. Kriegt er davon eine gewisse Provision? Wie viel geht an den Partner, wie viel geht an - -



Nur zur dienstlichen Verwendung

Zeuge Hubert Barth: Ich verstehe Ihre Frage. Das ist untersagt. Er kriegt 0,0.

Cansel Kiziltepe (SPD): Er kriegt 0,0.

Zeuge Hubert Barth: Ja.

Cansel Kiziltepe (SPD): Und wer kriegt diese 400 000? Er?

Zeuge Hubert Barth: Wie bitte, noch mal?

Cansel Kiziltepe (SPD): Also, dieser Beratervertrag läuft über 400 000 Euro. So, wer kriegt diese 400 000 Euro?

Zeuge Hubert Barth: Die 400 000 sind ja zunächst mal Umsatz der Ernst & Young GmbH Wirtschaftsprüfungsgesellschaft. Die fallen dann in einem gewissen Geschäftsbereich an, und der jeweilige Partner wird nach seiner Performance in seinem Geschäftsbereich beurteilt. Aber Prüfern, wie ich vorher schon ausführte, ist diese Art, was Sie ansprechen, Cross-Selling untersagt, und die werden auch dafür nicht vergütet.

Cansel Kiziltepe (SPD): Also, das darf eigentlich nicht möglich sein, oder - -

Zeuge Hubert Barth: Herr Loetscher - - Ich kenne den konkreten Fall hier nicht; aber es ist letztendlich untersagt, dass ein Prüfer diesbezüglich irgendwas in seiner Vergütung kriegt. Und kriegt er auch nicht, also nach meiner Information.

Cansel Kiziltepe (SPD): Aber darf er diesen Auftrag, diesen Beratungsauftrag, annehmen -

Zeuge Hubert Barth: Er darf - -

Cansel Kiziltepe (SPD): - und selber darüber - - Ich meine, er ist Prüfer. Er unterschreibt das Testat. Darf er Gespräche über Beraterverträge führen, die er dann auch bekommt und auch machen soll?

Zeuge Hubert Barth: Ich mache Ihnen noch mal das Beispiel: Prüfung von Nachhaltigkeitsberichten wird als Beratungsdienstleistung eingestuft.

Das heißt, er darf auch diese Gespräche führen, und er darf auch diese Aufträge abarbeiten.

Cansel Kiziltepe (SPD): Also, in einem Auftrag geht es zum Beispiel um den Marktzugang in bestimmte Länder in Asien, und das soll Herr Loetscher machen. Darf er das?

Zeuge Hubert Barth: Darüber habe ich keine Kenntnis. Da müsste ich das gesamte Konstrukt sehen, um das einzuordnen.

Cansel Kiziltepe (SPD): Wussten Sie, dass Herr Loetscher solche Beratungsaufträge hat?

Zeuge Hubert Barth: Ich habe davon keine Informationen und keine Kenntnis.

(Dem Zeugen werden
Unterlagen vorgelegt - Der
Zeuge und sein Rechtsbeistand
lesen in diesen
Unterlagen)

Cansel Kiziltepe (SPD): Herr Raue, würden Sie mal die Zeit anhalten? - Danke.

Zeuge Hubert Barth: Ich kann es jetzt nicht einordnen, das Dokument. Also, ich kann Ihnen keine Garantie geben für das, was ich sage. Aber der Requester ist hier nicht Andi Loetscher. Er ist hier aufgeführt als Audit-Partner, diesbezüglich zur Information involviert, damit er letztendlich hier genau diesen Fee Cap, der ja nach EU-Verordnung auch zu kontrollieren ist, kontrollieren kann. Der Requester dieses Auftrags ist ein - -

Cansel Kiziltepe (SPD): Was heißt denn der „Requester dieses Auftrags“?

Zeuge Hubert Barth: Requester ist der, der den Auftrag anfordert letztendlich.

Cansel Kiziltepe (SPD): Und wer ist der in dem Fall aus Ihrer Sicht?

Zeuge Hubert Barth: Ich kenne ihn nicht. Ich weiß auch nicht, wer den Auftrag durchführt. Also, ich kann mir nicht vorstellen, dass Herr



Nur zur dienstlichen Verwendung

Loetscher auch so einen Auftrag - wie soll ich sagen? – durchgef*- -

Cansel Kiziltepe (SPD): Das ist ja ein Wirecard-Mitarbeiter, -

Zeuge Hubert Barth: Okay, das - -

Cansel Kiziltepe (SPD): - der „Requester“, wie Sie sagen, so, und - -

Zeuge Hubert Barth: Ja, aber das ist ja ein normaler Pre-Approval-Prozess letztendlich, wo - - Also, Sie müssen sich so vorstellen - -

Cansel Kiziltepe (SPD): Aber es ist ja schon ein gewisser Interessenkonflikt - finden Sie nicht? -: Herr Loetscher prüft dieses Unternehmen als Wirtschaftsprüfer, soll ein Testat erteilen. Das wird dann auch erteilt, uneingeschränkt. Aber davor werden solche Aufträge vergeben. Sehen Sie da keinen Interessenkonflikt?

Zeuge Hubert Barth: Man muss das - - Der Gesetzgeber hat ja hier Regeln geschaffen, und diese Regeln - zu dem dient ja dieses - halten wir ein und kontrollieren. Herr Loetscher ist ja geradezu verpflichtet, diesbezüglich den sogenannten Fee Cap auch mit zu überprüfen. Das macht einerseits die Gesellschaft; andererseits machen wir das selber auch. Insofern habe ich den Punkt noch nicht ganz verstanden. Aber ich kenne den konkreten Fall hier nicht.

Cansel Kiziltepe (SPD): Genau. Sie sehen hier aber auch, dass knapp 400 000 Euro stehen als Umfang. Und das macht 50 Prozent des Prüfungsmandates aus. Das ist ja auch schon recht viel.

Zeuge Hubert Barth: Gut. Da kann ich Ihrer Rechnung - sehen Sie es mir nach - nicht so schnell folgen.

Cansel Kiziltepe (SPD): Vielleicht überprüfen Sie das Ganze noch mal.

Zeuge Hubert Barth: Ich sehe es - - Wenn ich hier den Abschluss mir anschau, gab es im Jahr, ich glaube, 2017, reden wir hier, Prüfungshonorare

von 1,7 Millionen und Beratungshonorare insgesamt von 0,5 Millionen Euro. Insofern ist der Fee Cap diesbezüglich eingehalten worden. Ich habe keine Kenntnis, ob das je zustande kam, wer den Auftrag abgewickelt hat. Das müssen Sie mir nachsehen.

Cansel Kiziltepe (SPD): Vielleicht sollten Sie mal einen Blick darauf werfen jetzt im Rahmen der Aufarbeitung; -

Zeuge Hubert Barth: Also, ich werde dem nachgehen.

(Der Zeuge berät sich mit seinem Rechtsbeistand)

Cansel Kiziltepe (SPD): - ich habe hier nämlich einen Batzen an Aufträgen. - Dann wollte ich noch mal zurückkommen auf Herrn Fichtelberger. Herr Fichtelberger ist auch im Prüfungsteam und prüft EY seit zehn Jahren schon und ist sehr involviert. Und Herr Fichtelberger hat von sich aus proaktiv eine Strategie von EY an die Unternehmensleitung Wirecard gerichtet, an Herrn Ley, und hier geht es um das EY-Transformationsprojekt, Transformation von Prüfung zur Beratung. Ist das auch ein übliches Vorgehen bei EY, dass man im Rahmen einer Prüfung - - Also, Sie müssten sich das so vorstellen: Herr Fichtelberger ist mitten in der Prüfung im Februar - wann war das? Moment - 2018. Und er richtet im Februar 2018 parallel zu der Wirtschaftsprüfung im Unternehmen ein Anliegen an Herrn Ley, in dem er darüber berichtet, dass EY plant, eben das Prüfungsmandat in ein Beratungsmandat zu transformieren, und darüber ein Gespräch führen möchte. Ist das ein übliches Vorgehen bei EY?

Zeuge Hubert Barth: Gibt es dazu eine Unterlage? Weil ich kenne den Vorgang gar nicht. Sehen Sie es mir bitte nach.

Cansel Kiziltepe (SPD): Ja, gibt es.

Zeuge Hubert Barth: Dann schaue ich oder werfe ich kurz einen Blick drauf, oder ich kann Ihnen anbieten, dass ich es Ihnen nachreiche.

Cansel Kiziltepe (SPD): Die Zeit - - danke.



Nur zur dienstlichen Verwendung

Zeuge Hubert Barth: Herr Vorsitzender, dürfen wir davon ein Foto machen?

(Der Zeuge hält Unterlagen hoch - RA Dr. Jan Bockenmühl*: Für die Hausaufgaben!)

- Für die Hau- -

Vorsitzender Kay Gottschalk: Was steht - - Steht da irgendwas von - -

Cansel Kiziltepe (SPD): Nein.

Vorsitzender Kay Gottschalk: Nein.

Cansel Kiziltepe (SPD): Dürfen Sie.

Vorsitzender Kay Gottschalk: Und wenn Frau Kiziltepe mir jetzt nett rüberlächelt und sagt: „Ja, darf er“, dann - -

Cansel Kiziltepe (SPD): Da steht nichts.

Zeuge Hubert Barth: Also, es steht so quer „Confidential“ drauf, aber - -

Cansel Kiziltepe (SPD): Das ist in den Wirecard-Mails. Die sind hoffentlich alle - -

Zeuge Hubert Barth: Okay, dann nehmen wir die Hausaufgabe mit.

Vorsitzender Kay Gottschalk: Alles klar, das ist nett.

Zeuge Hubert Barth: Und das Zweite, wenn Sie es uns auch geben, -

Vorsitzender Kay Gottschalk: Ja.

Zeuge Hubert Barth: - nehmen wir das auch gleich als Hausaufgabe mit.

Cansel Kiziltepe (SPD): Genau, das kommt gleich.

Vorsitzender Kay Gottschalk: Wir haben ja gestoppt. Wir machen eine für - -

Cansel Kiziltepe (SPD): Ach so, das ist M 18. Ich habe es.

Vorsitzender Kay Gottschalk: Sie kriegen eine von uns, und dann nehmen Sie die mit.

Zeuge Hubert Barth: Okay, wunderbar. Danke sehr, Herr Vorsitzender.

Vorsitzender Kay Gottschalk: Gerne.

Cansel Kiziltepe (SPD): Wir sind hier auch alle ein bisschen müde.

Zeuge Hubert Barth: So sehen Sie aber nicht aus, wenn ich mir das erlauben darf.

(Heiterkeit - Dr. Jens Zimmermann (SPD): Na ja, na ja! - Dem Zeugen werden Unterlagen vorgelegt - Der Zeuge und sein Rechtsbeistand lesen in diesen Unterlagen)

Cansel Kiziltepe (SPD): Das dürfen Sie auch abfotografieren.

Zeuge Hubert Barth: Da würde ich vorschlagen: Wir fotografieren es auch ab und nehmen es als Hausaufgabe mit.

Cansel Kiziltepe (SPD): Genau, Sie lesen es - - Ja.

Vorsitzender Kay Gottschalk: Dann würde ich auch bitten, dass der Kollege das wieder abholt und Herrn Fleischer gibt. Dann kann er gleich zwei Kopien machen, und dann haben Sie es in einer fantastischen Qualität.

Cansel Kiziltepe (SPD): Genau, also bitte dahin überprüfen, ob das übliches Vorgehen ist, dass ein aktiver, essenzieller Prüfer im Unternehmen gleichzeitig Beratungsvorhaben mit der Unternehmensleitung angeht, proaktiv, bespricht, dabei ist usw.

Dann wollte ich von Ihnen wissen, wer der auftragsbezogene Qualitätsprüfer von EY bei Wirecard eigentlich ist, namentlich.



Nur zur dienstlichen Verwendung

Zeuge Hubert Barth: Der Untersuchungszeitraum ist ja 2014 bis, ich glaube, Oktober 2020. Die letzten Jahre war das Herr Dirk Müller-Tronnier.

Cansel Kiziltepe (SPD): Wie wird der Name geschrieben?

Zeuge Hubert Barth: D - I - R - K, Müller wie der Müller, Bindestrich, Tronnier, T - R - O - N - N - I - E - R. Für den Abschluss zum 31.12.15 war es eine Kollegin, Frau Martina Dombek, D - O - M - B - E - K. Wer es zum Abschluss 2014 war, habe ich leider nicht präsent.

Cansel Kiziltepe (SPD): Okay. - Dann eine letzte Frage: Ist es üblich, dass Prüfer die Mandanten auch mal auf ein Konzert einladen, ins Kino einladen, dass man so persönliche Kontakte aufbaut? Oder ist da schon eine gewisse - - angefordert, oder wird erwartet, dass ein gewisser Abstand eingehalten wird?

Zeuge Hubert Barth: Sie sprechen das Thema - wie soll ich sagen? - einerseits berufliche Skepsis an, andererseits, ich sage mal, Geschenke, Vorteilnahme oder sonstige Punkte.

(Abg. Cansel Kiziltepe
(SPD) nickt)

Das möchte ich ganz einfach wie folgt beantworten: Wir nehmen dieses Thema unglaublich ernst. Es gibt dazu Policies. Mir sind auch keine Erkenntnisse bewusst, die diese Unabhängigkeit beeinträchtigen. Ich möchte aber auch betonen - -

Cansel Kiziltepe (SPD): Ich kann Ihnen das ja gerne mal vorlesen. Das können Sie vielleicht auch einfach mitnehmen. 22. Juli 2019 schreibt Herr Dahmen, der Prüfer, an Herrn von Knoop:

Lieber Herr von Knoop, hätten Sie
Lust, zusammen mit Ihrer/meiner
Gattin ...

- also seiner und - - genau -

(Dr. Jens Zimmermann
(SPD): Okay!)

... dass wir uns einmal bei dieser
Veranstaltung des PIN

- das ist eine kulturelle Veranstaltung -

sehen? Kleines Kontingent an Kar-
ten habe ich zur Verfügung. Die
Koordination würde ...

- lalala -

übernehmen.

Vorsitzender Kay Gottschalk: Okay, aber jetzt haben Sie heute meine Großzügigkeit auch ganz schön - -

Cansel Kiziltepe (SPD): Danke.

Vorsitzender Kay Gottschalk: Also, das soll er mitnehmen, ne? Auch noch mal als Hausaufgabe.

Zeuge Hubert Barth: Also Hausaufgabenliste.

Cansel Kiziltepe (SPD): Ja.

Zeuge Hubert Barth: Danke.

Vorsitzender Kay Gottschalk: Gut, das war jetzt aber die letzte Hausaufgabe, Frau Kiziltepe. - Und jetzt ist Dr. Toncar für die FDP-Fraktion an der Reihe.

Dr. Florian Toncar (FDP): Vielen Dank. - Herr Barth, Sie haben ja in Ihrem Eingangsstatement sehr ausführlich dargestellt, dass Sie auch ein großes Interesse haben, zur Aufklärung beizutragen. Das war sicherlich hier an den Bundestag gerichtet, aber auch an die Öffentlichkeit. Und das finden wir ja auch grundsätzlich gut und richtig. Aber konsequent zu Ende gedacht, möchte ich Sie fragen, wann Sie denn dem Insolvenzverwalter der Wirecard AG die Dokumente zur Verfügung stellen, die das Prüfmandat betreffen und die Sie bisher nicht herausgegeben haben? Denn das ist ja dann der nächste Schritt bei der Transparenz.

Zeuge Hubert Barth: Insolvenzverwalter, Unterlagenherausgabe: Das ist zunächst mal eine juristische Frage, zumindest so, wie ich sehe, weil sie



Nur zur dienstlichen Verwendung

auch ein anderes Rechtsgebiet diesbezüglich betrifft. Ich bin ganz offen: Da muss ich hier den Anwälten vertrauen; denn nach meinen Informationen ist das Herausgabeersuchen des Insolvenzverwalters dem Grunde bzw. auch dem Umfang nach von den bestehenden rechtlichen Vorgaben noch nicht gedeckt.

Dr. Florian Toncar (FDP): Also, Sie glauben, dass Sie berechtigt sind, Dokumente, die die Prüfung der Wirecard AG betreffen und die in Ihrem Besitz sind, behalten zu dürfen, obwohl der Vertreter der Wirecard AG sie haben will, mandatsbezogene Dokumente? Also, na ja - - Nehmen Sie das mal mit. Ich finde, dass das Thema Transparenz, das Sie hier ja ganz bewusst als Botschaft gesetzt haben, dann noch etwas glaubwürdiger wäre, wenn Sie der Gläubigerschaft nicht EY-interne Sachen, aber die Dokumente, die mit dem Mandat zu tun haben, auch geben würden; denn das ist in der Tat, glaube ich, etwas, was einfach dann zur Sachverhaltsprüfung beiträgt.

Wurde die Wirecard AG in den letzten Jahren mal als Hochrisikomandat oder so was geführt? Haben Sie solche Klassifizierungen, so ein internes Risikoprofil, und in welcher Risikoklasse haben Sie denn, hat EY denn die Wirecard geführt zuletzt?

Zeuge Hubert Barth: Wie ich vorher schon ausgeführt habe: Nachdem die „FT“-Berichterstattung bzw. dieses Whistleblower-Paket kam, wurde das Mandat nach meinen Informationen auf „High Risk“ hochgestuft. Den genauen Zeitpunkt habe ich nicht, -

Dr. Florian Toncar (FDP): Okay.

Zeuge Hubert Barth: - ob es dazwischen oder kurz danach war, aber auf jeden Fall vor Abschluss der Prüfung im Jahr - - für das Jahr 2018. Und diese Risikoeinstufung ist auch für das Jahr 2019 beibehalten worden. Beziehungsweise aufgrund der neuerlichen Vorwürfe, ich sage mal, hat man noch eine weitere Eskalation und, ich sage mal, eine weitere Verschärfung der ganzen Prüfungsthematik hier in den Raum geführt.

Dr. Florian Toncar (FDP): Haben Sie denn mit anderen europäischen EY-Unternehmen oder EY, ich sage mal, Global, also mit Gesprächspartnern außerhalb EY Deutschland, über die Prüfung bei Wirecard gesprochen, vor der Insolvenz? Danach ist mir egal. Aber vor der Insolvenz, gab es da Kontakt zu der EY Global oder EY Europa oder anderen Schwestergesellschaften?

Zeuge Hubert Barth: Es gab auch Kontakt zu anderen EY-Gesellschaften bzw. eine Einbindung von, ich sage mal, vornehmlich den Qualitätssicherungs- und Risk-Management-Stellen auf höherer Ebene.

Dr. Florian Toncar (FDP): Folgt das gewissen Risikoschwellen auch, oder wann machen Sie so was, dass Sie sagen: „Das können wir nicht allein in Deutschland jetzt, da muss man zumindest die Abstimmung suchen mit anderen“?

Zeuge Hubert Barth: Das folgt gewissen Risikoschwellen. Beziehungsweise hier, im Fall Wirecard, war es so: Aufgrund der „FT“-Berichterstattung ist das natürlich immer auch sehr international aufgestellt, bzw. Wirecard und die Allegations betrafen ja nicht, ich sage mal, Geschäftsaktivitäten von Wirecard in Deutschland. Insofern waren hier, ich sage mal, andere EY-Mitgliedsländer auch mit dabei.

Dr. Florian Toncar (FDP): Okay. - Haben Sie in Erinnerung, dass im Juni 2020 bei Herrn Eichelmann und seiner Rechtsberaterin, der Frau Gärtner von Clifford Chance, der Eindruck entstanden ist, dass Herr Dahmen ins Gespräch gebracht haben soll, dass man KPMG erst mal aussetzt und das Testat vorzieht und KPMG später weitermacht?

Zeuge Hubert Barth: Ich habe die Diskussion mitbekommen. Sie ist mir auch noch erinnerlich. Ich möchte in aller Deutlichkeit und ganz klar ausführen -

(Der Zeuge blättert in seinen Unterlagen)

lassen Sie mich nur kurz die Mail diesbezüglich suchen, bzw. sie ist mir auch erinnerlich -: Das



Nur zur dienstlichen Verwendung

Prüfungsteam hat mehrfach und ich persönlich auch, als wir davon erfahren haben, dass es - - Lassen Sie mich kurz einleiten.

Dr. Florian Toncar (FDP): Ja, bitte.

Zeuge Hubert Barth: Der KPMG-Sonderuntersuchungsbericht wurde veröffentlicht. Gleichzeitig wurde bekanntgegeben seitens des Aufsichtsrats, dass der Auftrag fortgeführt werden soll mit erweiterten Prüfungshandlungen. Herr Güntzler hat ja gerade dieses Papier noch. Diesbezüglich haben wir gegenüber der Gesellschaft auch kommuniziert, auch ich persönlich, dass wir einen Abschluss dieser Arbeiten benötigen.

Dr. Florian Toncar (FDP): Das haben Sie bzw. Herr Orth hat das kommuniziert. Aber die Frage ist halt - -

Zeuge Hubert Barth: Moment, ich komme gleich zu Ihrer Antwort. - Also, ich persönlich habe es auch mal kommuniziert, dass wir einen Abschluss dieser Arbeiten benötigen. Dazu gibt es eine ganze Reihe von Schreiben, dass wir, wie mehrfach gefordert, abschließende Würdigungen, wie mehrfach gefordert, abschließende Würdigungen - - Dann kam am 9. Juni 2020 ein Schreiben diesbezüglich bzw. - - Moment, lassen Sie mich eins zurückgehen, damit ich das auch ganz richtig habe. - Jawohl, am 9. Juni kam ein Schreiben von Herrn Eichelmann an Herrn Dahmen diesbezüglich - und ich schätze Herrn Eichelmann sehr; er ist wirklich ein Experte -, wo dieses Wort „Abbruch“ in einer Mail an Herrn Dahmen auftaucht, das Wort „Abbruch“.

Und ich will es Ihnen ganz einfach fassen: Das Prüfungsteam - - und auch meine Devise war: Wir sind mit dieser Prüfung für das Jahr 2019 fertig, wenn wir fertig sind. Jeder in diesem Prüfungsteam ist mit diesem Satz nachts nach Hause gegangen und morgens wieder zur Arbeit gekommen: Wir sind fertig, wenn wir fertig sind. - Dann kam die Sache in der E-Mail mit dem Abbruch. Daraufhin schrieben mir Herr Dahmen und Herrn Orth am 9. Juni, 22.49 Uhr, ich übersetze: Kollegen, könnt ihr dies bitte klarstellen?

Dr. Florian Toncar (FDP): Schrieb Herr Dahmen.

Zeuge Hubert Barth: Das schrieb Herr Dahmen, weil das Wort „Abbruch“ dort auftaucht. Herr Barth schrieb an Herrn Dahmen und Herrn Orth, cc Herrn Budde, um 22.54 Uhr am 9. Juni: „Das macht Christian morgen in aller Deutlichkeit. Da ich im Call war“ - also, ich habe die Mail geschrieben - „kann ich aber bestätigen: ‚Final‘ fiel als Wort öfters“. (?) Ich zitiere weiter: „Aber das wollte so nicht gehört werden. Gruß H.“ (?) , also Hubert. Und dann gab es noch mal eine Mail dazu.

Aber ich muss auch ganz klar sagen: Herr Eichelmann hat das dann auch am nächsten Morgen mit dem Schreiben wieder richtiggestellt diesbezüglich. Also, insofern - -

Dr. Florian Toncar (FDP): Ja, er hat geschrieben am Morgen - - Ich zitiere es jetzt nicht, weil die Zeit abgelaufen ist, aber es wäre es wert. Machen wir nächste Runde. - Wollen Sie noch? Wollen Sie es hören, Herr Vorsitzender?

Vorsitzender Kay Gottschalk: Ja.

Dr. Florian Toncar (FDP): Also, Herr Thomas Eichelmann, 10. Juni, 12.40 Uhr:

Sehr geehrter Herr Dr. Orth,

- also in der Antwort auf Herrn Orth -

wie schon Herr Dahmen geschrieben hat, haben Frau Gärtner und ich unser Telefonat vom vergangenen Freitag in anderer Erinnerung. Aber in jedem Fall halten wir es für sinnvoll, uns heute Abend auszutauschen. (?)

Also, es gab noch irgendeinen Dissens am Mittwoch um 12.40 Uhr. Das geht aus dem, was Herr Eichelmann geschrieben hat, schon hervor, dass etwas, was Herr Orth vorher ausgeführt hatte, so bei Herrn Eichelmann und Frau Gärtner in anderer Erinnerung geblieben ist. Oder können Sie noch sagen, was vielleicht dann der verbleibende Dissens gewesen ist an dem 10.?

Zeuge Hubert Barth: Also, an dem - - Es gab keinen verbleibenden Dissens, weil das Schreiben,



Nur zur dienstlichen Verwendung

was dem vorausgegangen ist, das hat ja Herr Orth geschickt, und da steht auch mein Name drunter. Und da wird - -

Dr. Florian Toncar (FDP): Ich weiß, ja, ja.

Zeuge Hubert Barth: Das ist am 10. Juni um 11.58 Uhr.

Dr. Florian Toncar (FDP): Genau.

Zeuge Hubert Barth: Und da wird dargelegt, und ich - - Wenn Sie mir erlauben, zitiere ich auch kurz.

Vorsitzender Kay Gottschalk: Bitte.

Zeuge Hubert Barth:

Wie in unserem Gespräch am Freitag festgehalten, liegt es in der Hand des Aufsichtsratsvorsitzenden als Auftraggeber der Sonderuntersuchung, die Zeitschiene für die Berichterstattung vorzugeben. Ein Abbruch der Sonderuntersuchung ist von uns - wie mehrfach im Gespräch dargelegt - weder gefordert noch nahegelegt worden. Wir haben - auch unter Verweis auf zahlreiche Emails der mandatsverantwortlichen Prüfungspartner an den Vorstand sowie den Aufsichtsrat - darauf hingewiesen, dass wir eine abschließende Würdigung des Sonderuntersuchers zu den Themenkomplexen benötigen, die auch Gegenstand der Abschlussprüfung sind.

Dr. Florian Toncar (FDP): Genau, die E-Mail liegt mir vor hier, direkt vor meinen Augen, von Herrn Orth; umso verwunderlicher, wenn das so eindeutig ist, dass die Antwort eine Stunde später heißt: Wir hatten unser Telefonat in anderer Erinnerung. - Aber dafür haben Sie keine Erklärung, dass Herr Eichelmann offenbar auch nach der E-Mail von Herrn Orth noch eine andere Erinnerung Ihnen gegenüber auch dokumentiert hat?

Zeuge Hubert Barth: Ich habe dafür keine Erklärung. Unser Standpunkt, den habe ich dargelegt: Wir sind mit dieser Prüfung fertig, wenn wir fertig sind. Und ich darf ja auch ausführen, dass der Berichtsentwurf der fortgeführten Untersuchungshandlungen von KPMG ja auch zwei Tage später dann kam, nämlich am 12. Juni, mit Datum 10. Juni. Also, insofern ist da auch hier kein Dissens mehr vorhanden, sondern es ist ja in der Sache vorangegangen.

Vorsitzender Kay Gottschalk: Okay. - Dann Fabio De Masi für die Fraktion Die Linke.

Fabio De Masi (DIE LINKE): Vielen Dank. - Herr Barth, die Kollegin Kiziltepe hat Ihnen ja Hausaufgaben mit auf den Weg gegeben. Ich bin eher so der Typ „Hefte raus, Klassenarbeit!“ Deswegen wollte ich mal ein kleines Spiel mit Ihnen machen und Ihnen einen Vorhalt machen. Dafür würde ich gerne mal die Zeit stoppen.

(Zuruf der Abg. Cansel Kiziltepe (SPD))

- Aber die werden gleich hier erledigt, vor Ort.

(Zuruf der Abg. Cansel Kiziltepe (SPD))

Vorsitzender Kay Gottschalk: Dann, wie immer - ich glaube, das Spiel kennen wir jetzt -: Stiller Vorhalt, Sie kennen die Regeln, wie bei mir vorhin. Also, Sie dürfen mit „Ja“, „Nein“, „Kenne ich“, „Sehe ich so“ antworten.

Fabio De Masi (DIE LINKE): Genau. Er muss gar nicht „Ja“, „Nein“ - - sondern Sie sehen hier ein Dokument, das sich auf Treuhandkonten bezieht. Und ich möchte Sie mal fragen - das sind Dokumente, die Herr Bellenhaus eingereicht hat -, ob Ihnen da bei der Unterschrift etwas auffällt.

(Dem Zeugen werden Dokumente auf einem Notebook gezeigt - Der Zeuge und sein Rechtsbeistand lesen in diesen Unterlagen)



Nur zur dienstlichen Verwendung

RA Prof. Dr. Jan Bockenmühl*: Wir haben noch die E-Mail.

Fabio De Masi (DIE LINKE): Ach so, die brauchen Sie gar nicht.

RA Prof. Dr. Jan Bockenmühl*: Wir haben noch die E-Mail und jetzt - -

Fabio De Masi (DIE LINKE): Ach so, gut, wie Sie wollen.

RA Prof. Dr. Jan Bockenmühl*: Entschuldigung.

Fabio De Masi (DIE LINKE): Brauchen Sie gar nicht, Unterschrift reicht.

Vorsitzender Kay Gottschalk: Jetzt haben sie draufgeguckt.

Fabio De Masi (DIE LINKE): Der freundliche Sherlock Holmes hinter Ihnen, der zeigt Ihnen das.

Vorsitzender Kay Gottschalk: Bei einer Klassenarbeit ist das Vorsagen, Herr De Masi.

Fabio De Masi (DIE LINKE): Hilfestellung.

Vorsitzender Kay Gottschalk: Ja.

Zeuge Hubert Barth: Okay.

Fabio De Masi (DIE LINKE): Fällt Ihnen denn etwas auf an der Unterschrift? Ich möchte - -

Zeuge Hubert Barth: Da sind ja vier Unterschriften drauf, -

Fabio De Masi (DIE LINKE): Genau, und gucken Sie sich mal - -

Zeuge Hubert Barth: - und alle vier sind verzerrt.

Fabio De Masi (DIE LINKE): Ja, genau. Und wenn Sie sich mal die unterste angucken, dann sehen Sie - - Ich zeige Ihnen das mal:

(Abg. Fabio De Masi (DIE LINKE) hält Unterlagen hoch)

Wenn das eine Unterschriftenlinie ist, die auf einem Dokument gedruckt ist, und wenn ich meine Unterschrift draufsetze, dann wird in der Regel meine Unterschrift die Linie kreuzen und überdecken. Sie sehen hier aber, dass die Linie die Unterschrift kreuzt.

Zeuge Hubert Barth: Ah.

Fabio De Masi (DIE LINKE): Das heißt, offenbar ist hier etwas nachträglich eingefügt worden. Das ist nur eins von vielen Beispielen, an denen man sehen kann, dass teilweise diese Dokumente, die hier zum Beispiel ein Treuhandkonto bestätigen sollen, relativ stümperhaft gefälscht wurden. Zumindest sah das für mich so aus.

(Der Zeuge berät sich mit seinem Rechtsbeistand)

Zeuge Hubert Barth: Ah, okay.

Fabio De Masi (DIE LINKE): Aber dafür haben Sie ja sicher sehr qualifizierte Mitarbeiter, um das zu bewerten. Ich wollte Ihnen das nur mal zeigen. Wir haben jetzt zwei, drei weitere solcher Beispiele; aber will ich Sie jetzt nicht damit mit langweilen, weil kann man leider nur begrenzt hier dem Publikum erläutern.

(Der Zeuge berät sich mit seinem Rechtsbeistand)

Ich würde Ihnen gerne noch eine Frage stellen. Haben Sie eigentlich bei EY Rückstellungen für etwaige Rechtsrisiken wegen Wirecard-Haftungsansprüchen gebildet und in welcher Höhe?

Zeuge Hubert Barth: Ich bin gerade noch am Überlegen. Ich glaube, das fällt noch unter die Schweigepflicht diesbezüglich. Ich will es mal so beantworten: Es ist eine Rückstellung gebildet, und wir haben auch Versicherungsschutz.

Fabio De Masi (DIE LINKE): Über die Höhe dürfen Sie hier nicht sprechen.



Nur zur dienstlichen Verwendung

Zeuge Hubert Barth: Mir ist sie nicht rememberlich.

Fabio De Masi (DIE LINKE): Okay. - Da wäre meine Frage: Ist Ihnen nicht rememberlich, weil Sie die Summe verdrängt haben oder weil die Summe so gering ist? Aber gut, lassen wir das.

Gab es jemals Austausch - - Es gibt ja ein hohes Volumen an Beratungsaufträgen, das EY für die Bundesregierung erbringt, zum Beispiel für Herrn Spahn. Und gab es da jemals Abfragen seitens der Bundesregierung, ob in den jeweiligen Beratungsteams Personen involviert sind, die unter Umständen auch mit Wirecard befasst waren?

Zeuge Hubert Barth: Dies ist mir nicht rememberlich.

Fabio De Masi (DIE LINKE): Okay.

Zeuge Hubert Barth: Ich habe davon keine Kenntnis.

Fabio De Masi (DIE LINKE): Ich kenne eine solche Abfrage im Verkehrsministerium. Aber es gab keinen Austausch diesbezüglich mit der Bundesregierung?

Zeuge Hubert Barth: Ich habe darüber keine Information.

Fabio De Masi (DIE LINKE): Okay. - Ich möchte Sie noch zu einem Vorgang befragen, wo vielleicht sogar EY ein Stück weit unschuldig dran sein könnte. Es hat ja zu einer gewissen Empörung geführt in der Öffentlichkeit, dass es eben diese Strafverfahren gibt, die anhängig sind bei der Staatsanwaltschaft, die strafrechtlichen Ermittlungen. Und EY - so kam das an in der Öffentlichkeit - hat das zunächst dementiert. Die Staatsanwältin hat dazu ausgeführt, dass - - Ja, sie sei da angerufen worden, sei im Auto gewesen und hätte das nicht auf dem Schirm gehabt. - So gebe ich das jetzt mal in meinen eigenen Worten wieder. War das so, dass Sie quasi mit der Staatsanwaltschaft kommuniziert haben und das wurde Ihnen nicht bestätigt und dass Sie ein Stück weit sozusagen sich - - oder Sie haben die Aussage der Staatsanwältin zur Kenntnis genommen, und die war dann für Sie irreführend?

Zeuge Hubert Barth: Ich habe den Vorgang nicht mehr genau rememberlich, aber Sie beziehen sich auf - - Das war eine Diskussion diesbezüglich eines Pressestatements, -

Fabio De Masi (DIE LINKE): Ja, exakt.

Zeuge Hubert Barth: - was wir hatten. Da ist mir nur insoweit rememberlich, dass die Staatsanwaltschaft mitgeteilt hat, dass sie nach Eingang eines, ich glaube, Ermittlungsschreibens gegen drei Abschlussprüfer ein Ermittlungsverfahren eingeleitet hat. Und ich glaube, das war der Grund, warum wir dann diese Stellungnahme letztendlich aktualisiert haben. Aber das ändert letztendlich nichts daran, dass wir, ich sage mal, in der Diskussion, im Austausch und auch auf die APAS-Schreiben, ich sage mal, immer antworten. Da geht es ja letztendlich - - Die Schwelle für Anfallsverdacht ist ja relativ niedrig diesbezüglich.

Fabio De Masi (DIE LINKE): Aber Sie haben ja zunächst in der Öffentlichkeit - - sind Sie so verstanden worden, dass es solche Ermittlungsverfahren nicht gebe. Woran lag das denn, diese Kommunikation?

Zeuge Hubert Barth: Ich habe das nicht mehr genau in Erinnerung. Das lag letztendlich an Informationen, die uns vorlagen oder nicht vorlagen. Ich habe das aber nicht mehr genau in Erinnerung.

Fabio De Masi (DIE LINKE): Okay. - Und ich würde gern noch mal zurückkommen auf etwas, was Herr Kollege Güntzler gefragt hat: Also als Ihr CEO im Kern den Kunden versichert habe, es habe keine Fehler in dem Sinne bei EY Germany gegeben, hat er sich nicht vorher mit EY Germany ausgetauscht. Also, er hat keine, um mal im Jargon des Bundestages zu bleiben, Ehrenerklärung oder so eingeholt.

(Zuruf)

Zeuge Hubert Barth: Dazu ist mir nichts rememberlich.



Nur zur dienstlichen Verwendung

Fabio De Masi (DIE LINKE): Okay. - Dann würde ich Sie nur noch fragen: Gibt es in Ihrem Unternehmen auch Untersuchungen, ob Prüfer vielleicht Interessenkonflikte hatten oder erpressbar waren, oder haben Sie Hinweise darauf? Prüfer von Wirecard.

Zeuge Hubert Barth: Gut, danke. Diesbezüglich: Ich bin in die interne Untersuchung, wie ich vorher ausgeführt habe, nicht eingebunden, aber ich möchte betonen: Natürlich, selbstverständlich spielt das Thema Unabhängigkeit der Prüfer - davon gehe ich ganz sicher aus - - auch ein Bestandteil in den internen Untersuchungen.

Fabio De Masi (DIE LINKE): Das heißt, Sie können zum jetzigen Zeitpunkt noch nicht ausschließen, dass vielleicht auch die Unabhängigkeit beeinträchtigt war Ihrer Prüfer.

Zeuge Hubert Barth: Ich habe keinerlei Kenntnisse, dass die Unabhängigkeit beeinträchtigt ist.

Fabio De Masi (DIE LINKE): Okay. - Vielen Dank.

Vorsitzender Kay Gottschalk: Vielen Dank, Fabio De Masi. - Und als Nächstes Dr. Bayaz für Bündnis 90/Die Grünen.

Dr. Danyal Bayaz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Vielen Dank. - Herr Barth, zweite Runde oder dritte - weiß ich gar nicht - -

Vorsitzender Kay Gottschalk: Dritte.

Dr. Danyal Bayaz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Dritte?

Vorsitzender Kay Gottschalk: Dritte.

Dr. Danyal Bayaz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Wir sitzen schon so lange hier. - Wissen Sie aus dem Kopf, wie viel DAX-Mandate Sie eigentlich gerade prüfen?

(Der Zeuge blättert in seinen Unterlagen)

Zeuge Hubert Barth: Im Moment sind es - - Per heute?

Dr. Danyal Bayaz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Round about.

Zeuge Hubert Barth: Per heute sechs so. Sechs, meine ich, per heute.

Dr. Danyal Bayaz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Sechs Stück?

Zeuge Hubert Barth: Ja, ich glaube, sechs.

Dr. Danyal Bayaz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Und Sie sind mit allen - - Sind Sie mit allen befasst? Ich meine, das sind ja wichtige Kunden für Sie.

Zeuge Hubert Barth: Ich bin nicht mit allen DAX-Mandaten befasst, aber - - Also, das machen die Prüfungsteams, ja, klar.

Dr. Danyal Bayaz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Und Wirecard, da sind Sie - - Also, wann - - Oder was war sozusagen der Hauptbeweggrund, dass man Sie damit involviert hat? Einfach weil Sie irgendwann gewusst haben: „Hier gibt es ein paar Themen, auch sozusagen unnatürlich gegenüber den anderen Mandaten“?

Zeuge Hubert Barth: Man muss unterscheiden, in welchen Rollen ich die Frage beantworte. Also, ich beantworte mal die Frage aus meiner Rolle als Vorsitzender der Geschäftsführung.

Dr. Danyal Bayaz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja.

Zeuge Hubert Barth: Da bin ich natürlich über signifikante Mandatsentwicklungen informiert. Das heißt auch diesbezüglich, ich sage mal, von allen DAX-Mandaten. Ich kriege, ich sage mal, wie Sie auch Pressemitteilungen, wo steht: Die Prüfungen - - Wenn es wesentliche Themen gibt, wird darüber berichtet, ja. Mein Einbezug bei Wirecard 2019 hat mit meiner Rolle als Assurance Leader in diesem Jahr zu tun, und mein Einbezug, wenn ich es mal so formulieren darf, im Jahr 2020 hatte insbesondere damit zu tun, weil ich mir einfach eine - -



Nur zur dienstlichen Verwendung

Dr. Danyal Bayaz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):
Insurence, für mein Verständnis: Ist das dann - -

Zeuge Hubert Barth: Assurance, Wirtschaftsprüfung.

Dr. Danyal Bayaz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):
Assurance.

Zeuge Hubert Barth: Assurance, Wirtschaftsprüfung.

Dr. Danyal Bayaz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):
Alles klar.

Zeuge Hubert Barth: Und mein Einbezug in 2020 hat letztendlich damit zu tun, weil ich mir einfach noch mal ein eigenes Bild machen wollte, weil* durch den überraschenden Wechsel des Treuhänders - - Das ist ungewöhnlich.

Dr. Danyal Bayaz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):
Das heißt aber, mit dem Wirecard-Mandat seit jetzt 2019 waren Sie verhältnismäßig viel oder aktiver dort involviert und engagiert, als es jetzt bei anderen DAX-Unternehmen beispielsweise der Fall gewesen ist.

Zeuge Hubert Barth: Nee, das möchte ich so nicht beantworten. Sie müssen so formulieren: In meiner Rolle führe ich eine Reihe von Evaluationsgesprächen mit unseren Mandanten - das heißt, die werden ja unabhängig vom Team durchgeführt -, um mir einfach ein Bild zu machen: Wie, ich sage mal, wird die Prüfungsleistung seitens des Mandanten gesehen? Aber natürlich kann ich mich nicht um alle Mandanten kümmern. EY hat über 10 000 Mandanten und Aufträge. Wir haben über 4 000 Prüfungen im Jahr. Ich kann das unmöglich stemmen. Aber ich bin in wesentliche Mandate mit eingebunden. Aber das ist, ich sage mal, unterschiedlich auch.

Dr. Danyal Bayaz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):
Dass Sie die nicht alle stemmen können, ist mir klar. Ich wollte einfach ein Gefühl dafür bekommen. - Sagt Ihnen der Name Ksenia Melnikova was?

Zeuge Hubert Barth: Der Name sagt mir gar nichts.

Dr. Danyal Bayaz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):
Noch nie gehört?

Zeuge Hubert Barth: Noch nie gehört.

Dr. Danyal Bayaz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):
Das war eine EY-Partnerin im Büro in Moskau. Also, die gibt es immer noch. Die Frau Melnikova ist jetzt mittlerweile bei Gazprom, aber war eine Partnerin bei EY und - ich habe das nur mal in der Presse gelesen mit einer Fußnote - soll eben dazu gedrängt haben, dass dieses Testat, was sehr lange umstritten gewesen ist, dann auch gegeben werden soll. Aber zu dem Vorfall können Sie offenbar nichts sagen, weil Ihnen auch der Name der Dame nichts sagt.

Zeuge Hubert Barth: Ich habe den Namen soeben zum ersten Mal gehört.

Dr. Danyal Bayaz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):
Was wissen Sie darüber, dass 2019 das Testat für 2018 eingeschränkt werden sollte? Dazu gab es ja offenbar Diskussionen. Gab es da auch Befürchtungen, dass eine Einschränkung des Testats möglicherweise schadensersatzpflichtige Konsequenzen haben könnte?

Zeuge Hubert Barth: Das Testat 2018, das im April 2019 erteilt wurde, wurde mit einem Hinweis versehen. Über Schadensersatzdiskussionen liegen mir keine Informationen diesbezüglich vor.

Dr. Danyal Bayaz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):
Gut. - Dann will ich noch mal auf einen Aspekt kommen, und zwar den KPMG-Bericht, Seite 16. Da gibt es ja diese eine sehr bekannte Passage, sage ich jetzt mal. Haben wir, glaube ich, auch schon oft hier zitiert. Ich will sie Ihnen auch noch mal vorlesen, und zwar:

Neben diesen nicht hinreichend nachgewiesenen Einzahlungen auf Treuhandkonten im Umfang von rund EUR einer Mrd. sind im Untersuchungszeitraum ausweislich



Nur zur dienstlichen Verwendung

der Buchungsjournale Einzahlungen auf Bankkonten, die für die Wirecard Technologies und die Cardsystems Middle East bei der Wirecard Bank geführt werden, i. H. v. EUR 85 Mio durch die TPA-Partner 1 und ... 3 erfolgt. Diese Einzahlungen wurden anhand der vorgelegten Kontoauszüge der Wirecard Bank nachgewiesen.

(Dem Zeugen werden
Unterlagen vorgelegt - Der
Zeuge und sein Rechts-
beistand lesen in diesen
Unterlagen)

Sie jetzt mit Ihrem Verständnis auch als Prüfer,
wie interpretieren Sie das?

Zeuge Hubert Barth: Also, ich interpretiere das so, aber aus dem Lesen heraus: Es fanden Einzahlungen auf Konten von Wirecard Technologies und Card Systems von 85 Millionen statt, von den TPA-Partnern auf die Konten von Wirecard, das heißt Geldfluss von den TPAs zu Wirecard, der damit bestätigt wird.

Dr. Danyal Bayaz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):
Ja, und die Aussage zu der 1 Milliarde? Soll ich es noch mal vorlesen?

Ich lese es einfach noch mal vor.

Neben die- -

Zeuge Hubert Barth: Gut, das bezieht sich auf das Untersuchungshemmnis.

Dr. Danyal Bayaz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):
Ja, genau.

Zeuge Hubert Barth: „Neben diesen nicht hinreichend nachgewiesenen Einzahlungen“: Soweit ich den KPMG-Bericht verstehe, wollten die ja, ich sage mal, als forensische Untersuchung über den Treuhänder hinaus auch zur Bank. Deswegen haben sie ja das Untersuchungshemmnis gemacht. Deswegen steht dieser Satz so da. So ordne ich das ein.

Dr. Danyal Bayaz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):
Ja, aber ist das für Sie - - Ist das eine gute Nachricht für - - Ich mache es jetzt mal in sehr nicht-technischen Terms: Ist das eine gute Nachricht für Wirecard? Ist die neutral, weil man sagt: „Das Geld kann da sein; es kann aber auch nicht da sein“?

Zeuge Hubert Barth: Der - - Nee, es sind zwei Sätze. Die zwei Sätze haben was - - Der eine Satz hat was Gutes, wenn ich es mal in Ihren Worten greifen darf, -

Dr. Danyal Bayaz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):
Welcher? Welcher Satz?

Zeuge Hubert Barth: - nämlich der zweite Satz, dass von den TPAs -

Dr. Danyal Bayaz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):
Okay, alles klar, ja.

Zeuge Hubert Barth: - Einzahlung auf Wirecard stattfand. Der erste Satz bezieht sich auf das Untersuchungshemmnis. Wie ich vorher ausgeführt habe: Untersuchungshemmnis einerseits, aber kein Prüfungshemmnis andererseits, denn KPMG wollte ja über den Treuhänder hinaus Zugang haben bzw. die haben ja - - Weder der Treuhänder war für KPMG noch zu erreichen noch die sogenannten Third Party Acquirer. Insofern hat KPMG - das habe ich vorher schon ausgeführt - ja auch ein Untersuchungshemmnis hier dargelegt, weil ihnen diese Nachweise nicht vorgelegt wurden - ich komme aber noch mal weiter -, dem Prüfer zum damaligen Zeitpunkt aber entsprechende Prüfungsnachweise vorlagen, insofern ein Untersuchungshemmnis 2020 bestand, aber kein Prüfungshemmnis zum damaligen Zeitpunkt.

Dr. Danyal Bayaz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):
Aber hat es Sie überrascht, dass -

Vorsitzender Kay Gottschalk: Dr. Bayaz.

Dr. Danyal Bayaz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): -
Teile des Kapitalmarktes -

Vorsitzender Kay Gottschalk: Machen Sie die Frage noch.



Nur zur dienstlichen Verwendung

Dr. Danyal Bayaz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): - mit dieser Information, ich sage jetzt mal diplomatisch, nicht zufriedenstellend - - darauf reagiert haben und gesagt haben: „Ui, wir haben hier ein Thema“?

Zeuge Hubert Barth: Das ist ein Bericht der KPMG. Das kann und möchte ich nicht beurteilen. KPMG hat ihn geschrieben. Ich kann es nur so einordnen: Nachdem dieser Bericht erschienen ist, hat der Kapitalmarkt ja auch reagiert. Aber der Kurs war meines Erachtens immer noch über 100 Euro.

Dr. Danyal Bayaz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Genau. Der ging übrigens erst nach oben, weil Wirecard auch Meldungen veröffentlicht hat, die, glaube ich, die Sache ein bisschen anders dargestellt haben. Aber das war eine andere Auseinandersetzung. Ich habe Herrn Geschonneck so verstanden, dass, wenn man ein bisschen was von der Materie versteht und das liest, das eine sehr klare Aussage ist und keine gute Nachricht für Wirecard. - Gut, vielen Dank.

Vorsitzender Kay Gottschalk: Vielen Dank, Dr. Bayaz. - Und jetzt habe ich Fritz Güntzler für die CDU/CSU.

Fritz Güntzler (CDU/CSU): Vielen Dank. - Herr Barth, ich habe mal die Gelegenheit genutzt, mir das auch noch mal anzuschauen. Brauchen wir nicht vertiefen, ich will nur darauf hinweisen, dass die KPMG von einem Untersuchungshemmnis gesprochen hat für die Jahre 2016 bis 2018, und diese Untersuchungsergebnisse, die Sie zitiert haben, betreffen -

Zeuge Hubert Barth: ... 19.

Fritz Güntzler (CDU/CSU): - 19. Also, von daher, waren -

Zeuge Hubert Barth: Ja, richtig, richtig.

Fritz Güntzler (CDU/CSU): - zwei verschiedene Zeiträume. Von daher ist die Interpretation - - passt es nicht ganz. Also, von daher bleibt die Frage offen, warum KPMG bis, also wenn ich es jetzt konkret sage, 31.12.18 ein Abschluss- und

Untersuchungshemmnis gesehen hat und Sie noch keine Prüfung oder, „sie“ kleingeschrieben, kein Prüfungshemmnis - - Also, die Frage bleibt dann ja noch weiter offen. Die kann jedenfalls nicht mit dieser Empfehlung beantwortet werden, oder?

Zeuge Hubert Barth: Darf ich eine Rückfrage stellen?

Fritz Güntzler (CDU/CSU): Natürlich.

Zeuge Hubert Barth: Wie würden Sie - Sie sind ja auch vom Fach - das Untersuchungs- oder Prüfungshemmnis bezüglich 2019 aus dem KPMG-Bericht werten?

Fritz Güntzler (CDU/CSU): Das will ich jetzt gar nicht werten. Also, mein Kollege Zimmermann würde immer sagen: „Ich stelle hier die Fragen“, aber - -

Zeuge Hubert Barth: Deswegen habe ich ja ganz vorsichtig gefragt, ob ich - -

Fritz Güntzler (CDU/CSU): Ja, ja, nein, ich habe das schon verstanden.

Zeuge Hubert Barth: Entschuldigen Sie bitte.

Fritz Güntzler (CDU/CSU): Nein, aber darum geht es mir jetzt in dem Moment gar nicht, Herr Barth, weil 2019 bezüglich des Abschlusses haben Sie ja nachher alles gemacht, -

Zeuge Hubert Barth: Ist das Urteil gefällt worden. Das war klar, ja.

Fritz Güntzler (CDU/CSU): - und haben gemacht - - Das ist ja auch eine Sache, die wir mit Herrn Dr. Orth besprochen haben. Sie haben Dinge gemacht; wenn Sie die gemacht hätten für den Abschluss 2018, wenn Sie sie hätten durchführen - - Also rechtlicher Rahmen der Treuhandverhältnisse - habe ich alles verstanden, sehen Sie Unterschiede zwischen Singapur und den Philippinen. Aber wenn Sie die Prüfungshandlungen hätten durchführen können oder durchgeführt hätten, dann hätten Sie 2018 wahr-



Nur zur dienstlichen Verwendung

scheinlich auch nicht testiert. Es ist eine Mutmaßung; müssen Sie nicht drauf antworten. Aber da spricht meines Erachtens viel für, denn wenn das Geld Ende 19 nicht da war, dann war es wahrscheinlich 18 auch nicht da, und darauf - -

Deshalb noch mal eine andere Frage: Wenn man in unseren schönen Prüfungsstandard 400 guckt vom IDW: Da steht ja auch so was wie Widerruf des Bestätigungsvermerkes. Ist in Ihrem Hause mal darüber diskutiert worden, dass man den Bestätigungsvermerk zumindest für das Jahr - - für den Konzernabschluss 2018 widerruft?

Zeuge Hubert Barth: Wir haben diese Diskussionen - - Also, ja, die Diskussionen wurden geführt. Es gibt auch eine Reihe von Indizien diesbezüglich. Ihnen ist wahrscheinlich bekannt die Diskussion um den - - Wir haben ja noch mal versucht, den Treuhänder zu kontaktieren, also in 2020 den Treuhänder von 18 - - aber er uns dann zumindest - so ist es mir Erinnerung - zurückschrieb: Ich war schon länger nicht mehr der Treuhänder. Aber wir haben ihn - - Also, er schrieb uns zurück: Ich bin seit 17 oder 18 nicht mehr der Treuhänder. Aber wir haben ihn in 18 noch getroffen, und in 20 schreibt er mit der gleichen E-Mail-Adresse zurück wie das andere usw. Das sind aber alles Indizien. Wir wissen heute: Wir haben bis heute noch nicht den Nachweis letztendlich da, wo wir sagen können: Die Belege, die wir hier alle haben, reichen nicht aus. Es sind alles Indizien. Also, das Thema wurde diskutiert und wird auch wahrscheinlich noch weiterdiskutiert werden. Das hängt letztendlich mit den Nachweisen da*, die wir haben und was uns vorliegt - - weil es ist heute ja noch nicht klar, was eigentlich genau passiert ist.

Fritz Güntzler (CDU/CSU): Oder haben Sie Sorge, dass das ein Eingeständnis wäre, dass doch nicht ausreichend Prüfungsnachweise vorgelegen hätten?

Zeuge Hubert Barth: Nein, also, -

Fritz Güntzler (CDU/CSU): Nein.

Zeuge Hubert Barth: - das ist, ich sage mal - - Wir haben es auch vor dem Hintergrund, um es vielleicht auszuführen, diskutiert, inwieweit der Kapitalmarkt ja bereits informiert ist. Und über die Insolvenz ist der Kapitalmarkt schon bzw. auch über die Ad-hoc-Mitteilung, die ja Wirecard, ich glaube, am - - also nach dem 18. Juni rausgegeben hat, da ist ja auch schon - - wird ausgeführt: Es könnte sein, dass die Vorjahreszahlen auch davon betroffen sind. Insofern ist der Kapitalmarkt diesbezüglich ausreichend informiert gewesen. Und wenn uns Nachweise vorliegen würden, dann schauen wir uns das Thema natürlich - - Also, das Thema wird angeschaut.

Fritz Güntzler (CDU/CSU): Wenn die Ihnen aktiv vorgelegt werden, oder sind Sie noch aktiv, selber? Also, müssen Ihnen jetzt noch mal neue Erkenntnisse sozusagen vorgelegt werden und dann würden Sie darüber nachdenken, oder sind Sie intern noch am prüfen, ob 2018 zu widerrufen wäre?

Zeuge Hubert Barth: Da kenne ich den - -

Fritz Güntzler (CDU/CSU): Okay.

Zeuge Hubert Barth: Ich bin in der internen Sachverhaltsaufbereitung nicht involviert; deswegen kann ich Ihnen da den Stand nicht sagen. Aber das ist ein Thema, was ganz zu Anfang schon - - Als wir versagt haben, haben wir sofort auch diesen Sachverhalt aufgegriffen. Nur, wir haben gesagt: „Show me the proof“, wenn ich das mal auf Englisch so etwas flapsig formulieren darf. Entschuldigen Sie das bitte.

Fritz Güntzler (CDU/CSU): Auf Ihrer Homepage steht ja: „Eine erstklassige Wirtschaftsprüfung ist das Herzstück gesunder Kapitalmärkte.“ Zu dem Satz wird EY und werden andere ja heutzutage immer noch stehen, und - wir kommen ja fast ins Wochenende - von daher sehen wir, dass, nachdem der BGH so entschieden hat, Sie Informationen geben, dass Sie versuchen, am Sachverhalt, an der Aufklärung, mitzuwirken. Was wir noch nicht sehen können - das mag vielleicht auch juristische Hintergründe haben - - aber machen Sie vielleicht nicht den gleichen Fehler, den die Politik teilweise macht, dass man einfach zu Fehlern



Nur zur dienstlichen Verwendung

auch mal stehen sollte? Wenn man mal vielleicht nicht das alles ganz richtig gemacht hat, könnte man auch das kommunizieren. Und ich glaube, das schafft auch Vertrauen. Wir sind da nicht gut drin, aber vielleicht könnten Sie das dann zeigen, dass das hilft.

Zeuge Hubert Barth: Ich nehme den Punkt sehr gerne mit.

Vorsitzender Kay Gottschalk: Das waren weise Worte. Jetzt hätte ich fast gesagt: Wir gehen jetzt ins Wochenende. - So, jetzt muss ich nachdenken: Jetzt wäre ich dran. Ich habe gesagt: Nö, ich habe keine Fragen mehr. - Dann gucke ich zur SPD rüber: Bitte schön, Frau - -

(RA Prof. Dr. Jan Bockenmühl*: Herr Vorsitzender?)

- Ja?

RA Dr. Jan Bockenmühl*: Herr Vorsitzender, eine kurze biologische Pause - - Wir haben drei Stunden erreicht.

Cansel Kiziltepe (SPD): Wir sind gleich zu Ende, oder?

Dr. Jens Zimmermann
(SPD): Es sieht gut aus!

RA Prof. Dr. Jan Bockenmühl*: Ich müsste nur dringend auf Toilette.

Cansel Kiziltepe (SPD): Ach so.

Vorsitzender Kay Gottschalk: Okay, wenn - -

(Heiterkeit)

Das machen Sie jetzt bitte. Wir unterbrechen so für fünf bis zehn Minuten, kein Stress. Und Dr. Zimmermann weiß, was er zu tun hat. Dann unterbrechen wir kurz.

(Unterbrechung von
18.53 bis 18.57 Uhr)

Vorsitzender Kay Gottschalk: Gut, dann setzen wir fort.

(Zuruf)

- Nein, wir sind hier ja im Rechtsstaat. Also alles gut. - Frau Kiziltepe für die SPD-Fraktion hat das Wort.

Cansel Kiziltepe (SPD): Ich wollte jetzt auch fürs Wochenende nicht so viele Hausaufgaben aufgeben, deshalb noch mal die Frage: Diese Konzerteinladung von Herrn Dahmen an Herrn von Knoop - und es gibt noch diverse andere Einladungen -, ist das üblich? Gibt es Grenzen? - Danke.

Zeuge Hubert Barth: Wie ich vorher schon ausführte: Wir nehmen solche Themen sehr ernst. Es gibt eine Policy dazu diesbezüglich, und Risikomanagement und Compliance geht solchen Themen, wenn wir welche haben, selbstverständlich nach. Und wenn es Konsequenzen daraus zu ziehen gibt, werden auch diese Konsequenzen gezogen.

(Zuruf)

- Wie bitte noch mal? Ich muss den Sachverhalt erst untersuchen.

Cansel Kiziltepe (SPD): Also, wenn Sie ein bisschen konkreter werden würden - - Ist die Grenze hier überschritten oder nicht? Was sind die Konsequenzen?

Zeuge Hubert Barth: Ich muss mir den Hintergrund der Veranstaltung, das Ganze anschauen, was das ist.

Cansel Kiziltepe (SPD): Beispielhaft.

Dr. Jens Zimmermann (SPD): Was wäre denn da erlaubt? Also, es gab doch zum Beispiel mal hier in Berlin, Fußball-WM 2006 - - Da gab es ganz viele Bundestagsabgeordnete, die sind von Firmen eingeladen worden zu einem Fußballspiel. Damals hat man festgestellt: Geht nicht. So. Einladung zu einer kulturellen Veranstaltung mit einem begrenzten Kartenkontingent, Rheingauer Musikfestspiele zum Beispiel oder - - Das ist doch - -



Nur zur dienstlichen Verwendung

Zeuge Hubert Barth: Also, wie gesagt, dafür gibt es Policies. Und wenn wir Policy-Verstöße diesbezüglich feststellen, dann gehen wir dem auch nach.

Cansel Kiziltepe (SPD): Sie müssen doch aber so was wissen. Sie sind der EY-Chef von Deutschland. Was sind die Konsequenzen konkret, und was sind die Grenzen? Was ist die Regel?

Zeuge Hubert Barth: Die Regel ist, dass die Unabhängigkeitsregelungen eingehalten werden müssen. Die Konsequenzen diesbezüglich, die können bis zu einer Freistellung führen. Also, das ist jetzt nicht so, dass sich nicht* schon ein paar Partnerkollegen oder -kolleginnen freigestellt hätten* wegen Compliance-Themen.

Cansel Kiziltepe (SPD): Aber eine Einladung ins Kino ist normal oder auf ein Konzert ist normal?

Zeuge Hubert Barth: Ich sage mal ganz einfach: Es kommt wirklich darauf an. Wichtig ist, dass die Unabhängigkeit gewahrt wird diesbezüglich.

Dr. Jens Zimmermann (SPD): Wir wissen, dass Wirecard extensiv das Oktoberfest für die Landschaftspflege, würde man wahrscheinlich sagen im politischen Bereich, genutzt hat. Deswegen sind wir da vielleicht auch zu interessiert. -

Aber kommen wir mal noch mal zu den harten Fakten, weil Sie da mehrfach vorhin auch drauf hingewiesen haben, was die Beratungs- oder Prüfungshonorare 2019 - - Auch hier: Herr Fichtelberger, der ist ja sehr umtriebig, hat, Stand: 9. Mai 2020, hat hier mal rumgeschickt - - Sie müssten - -

Zeuge Hubert Barth: Sie haben 9. Mai erwähnt. Ich habe nur Schreiben - - 12. Mai, 4. Mai.

(Dem Zeugen werden
Unterlagen vorgelegt - Der
Zeuge und sein Rechts-
beistand nehmen Einblick)

Dr. Jens Zimmermann (SPD): Also, hier ist eine Excel-Liste.

Zeuge Hubert Barth: Okay.

Dr. Jens Zimmermann (SPD): Die müssten Sie auch haben.

Zeuge Hubert Barth: Ja, danke.

Dr. Jens Zimmermann (SPD): So, diese Excel-Liste - - steht oben rechts: Mai 2020, Stand 09.05. Es ist sehr klein.

(RA Prof. Dr. Jan Bocken-
mühl*: Sie haben gute Au-
gen!)

- Eigentlich gar nicht. - Aber ich kann es Ihnen auch vorlesen. Also, da wird noch mal so unterschieden zwischen dem Ist-Stand und dem ETC, also Estimated - -

Zeuge Hubert Barth: To Complete.

Dr. Jens Zimmermann (SPD): Wie bitte?

Zeuge Hubert Barth: Estimated to Complete.

Dr. Jens Zimmermann (SPD): Estimated to Complete, genau, so.

Zeuge Hubert Barth: So würde ich es interpretieren.

Dr. Jens Zimmermann (SPD): Genau, das steht auch unten unter **. So, da steht: Gesamthonorar: 4 328 000 - weil wir vorhin irgendwas von 1,7 Millionen hatten: Das ist aufgeteilt in Abschlussprüfung: 1,595, und Allegations, KPMG-Support: 2,732 Millionen. Macht eben zusammen 4,3 Millionen, so. Deswegen: Könnten Sie uns das noch mal bitte einordnen, was da was ist und - - Genau.

Zeuge Hubert Barth: Mache ich sehr gerne. Nach meiner Einschätzung - so lese ich das - betrifft alles den kompletten Bereich der Abschlussprüfung, also insbesondere die Allegations. Ich kann mich auch noch erinnern an den - - Wir sind ja im Jahr 2020 bei der Prüfung letztendlich. Das ist der Mehraufwand für, ich sage mal, die gesamten Abarbeitungen der weiteren Allegations aus dem



Nur zur dienstlichen Verwendung

Themenbereich Mai und Oktober bzw. die weiteren Themen, die an Prüfungsleistungen zu erbringen sind aus dem KPMG-Bericht.

Dr. Jens Zimmermann (SPD): Genau. Das heißt aber, wenn ich das richtig interpretiere: Diese ganze Geschichte mit der KPMG-Sonderprüfung und auch Ihre sonstige Unterstützung rund um diese Anschuldigungen hat Ihnen als Unternehmen 2,7 Millionen zusätzliches Honorar eingebracht, ganz - - on top zum normalen Jahresabschlussgeschäft.

Zeuge Hubert Barth: Nee, das sehe ich nicht so, weil eine Insolvenzforderung von 1,5 Millionen - -

Dr. Jens Zimmermann (SPD): Okay, es hätte Ihnen das gebracht, wenn Sie Ihre Forderung hätten durchsetzen können; akzeptiert.

Zeuge Hubert Barth: Hätte - -

Dr. Jens Zimmermann (SPD): Sie haben aus dem Thema „Allegations und KPMG-Support“ 2,7 Millionen an Zahlungen und noch offenen Forderungen quasi erhalten. - Okay, wir brauchen uns da jetzt, glaube ich, nicht drüber - - Aber Sie haben eine Rechnung über 2,7 Millionen dafür geschrieben, gehe ich davon aus, ungefähr. Ja, gut, hat Sie - -

Zeuge Hubert Barth: Als Chef würde ich gern die Rechnungen auch stellen manchmal, weil es dauert manchmal länger.

Dr. Jens Zimmermann (SPD): Okay.

Zeuge Hubert Barth: Aber muss man nachfragen. Also, kann ich auf dem Hausaufgabenzettel gerne mitnehmen, das schnell zu lösen.

Dr. Jens Zimmermann (SPD): Ja, ja, nee, also sozusagen, das ist sowieso so ein Problem gerade mit Corona, überall diese Open-Book-Klausuren und so. Da glaube ich nicht dran, sondern ich will, dass die Leute hier, wenn es zählt, abliefern.

Letzte Frage auch noch mal auf was, wo Sie mit Herrn Güntzler drüber gesprochen haben: Wenn

ein Team von, keine Ahnung, 40 erfahrenen Abschlussprüferinnen und Abschlussprüfern über sechs Monate versucht, zu verifizieren, ob für drei Jahre ein wesentlicher Teil der Konzernumsätze überhaupt existiert, und nach sechs Monaten Prüfung mit so vielen Man- and Womenpower man zu keiner finalen Feststellung kommen kann, weder ob sie existieren noch ob sie nicht existieren, würden Sie mir dann zustimmen, dass das zumindest sehr, sehr merkwürdig ist? Weil das ist ja zumindest sozusagen - - weil Sie sich ja auf 2016 bis 2018 im KPMG-Bericht kapriziert haben. Und KPMG hatte sich ja dazu genötigt gesehen, zu sagen: Wir können weder bestätigen, dass diese Umsätze existieren, noch können wir bestätigen, dass sie nicht existieren. Das ist zwar kein finales Urteil, aber wir hatten auch einen unserer ersten Experten hier, der hat nämlich genau das gesagt: Also, wenn Sie so eine Truppe so lange da dransetzen und nach sechs Monaten können die Ihnen kein - - nicht mit definitiver Sicherheit sagen, dass das existiert, dann ist die Antwort relativ simpel: Dann existiert es nicht.

Zeuge Hubert Barth: Ist eine wichtige Frage, Herr Dr. Zimmermann. Ich will sie wie folgt beantworten - erst mal mit dem Kapitalmarkt -: Der Kapitalmarkt hat nach diesem Bericht Schwankungen ausgelöst, aber der Kurs war noch über 100 Euro. Und Sie sprechen ja KPMG an, wenn Sie sagen mit „sechs Monaten“ usw. Als ich mir den KPMG-Bericht angeschaut habe - - Er umfasst ja vier Teile, nämlich den TPA-Treuhandkontenteil plus den Teil der sogenannten Merchant Cash Advance - ich hoffe, ich bringe es richtig hin -, dann bringt er den Teil „Singapur“ und den Teil „Indien“. Und wenn ich mir den Teil „Singapur“, „Indien“ und „Merchant Cash Advance“ durchlese und auch im Urteil durchlese, dann hat das Team von KPMG - und ich zitiere nur aus dem KPMG-Bericht - bei MCA geurteilt: Die Angemessenheit der Ausgestaltung des MCA-Geschäfts in Türkei und, ich glaube, Brasilien waren rechtlich zulässig. In Singapur wurde geurteilt:

Die von EY durchgeführten Extended Ordered* Procedures zur Prü-



Nur zur dienstlichen Verwendung

fung der Vorwürfe aus den Sachverhalten waren unseres Erachtens sachgerecht. (?)*

Da gibt es noch weitere Bestätigungen. Und bezüglich Indien wird ausgeführt, dass das von großer strategischer Bedeutung war und, wenn ich es verbinde mit dem Infoband, dass kein Roundtripping festzustellen war diesbezüglich und dass

eine Wiederaufnahme der Sonderuntersuchung KPMG nach heutigem Kenntnisstand bezogen auf Indien nicht erforderlich ist. (?)

Also, drei Punkte sind sozusagen abgearbeitet. Das ist auch ein großer Aufwand. Wir sind bei dem ersten Punkt - da sind wir wieder bei dem Thema Untersuchungshemmnis -: Da hat KPMG, so lese ich den Bericht zumindest, keinen Zugang gehabt, weder zum Treuhänder in Singapur, weil der nicht mehr, ich sage mal, greifbar war, noch zu den Third Party Acquirern, weil die angabegemäß nicht bereit waren, hier zu kooperieren. Insofern, ich sage mal, ist in den sechs Monaten ja doch einiges abgearbeitet worden an aktiven Bereichen.

Dr. Jens Zimmermann (SPD): Ja, genau.

Zeuge Hubert Barth: Und der eine Themenbereich ist nach sechs Monaten weder plus noch minus, -

Dr. Jens Zimmermann (SPD): Genau.

Zeuge Hubert Barth: - sondern es steht dadrin*: „Wir haben ein Untersuchungshemmnis“, und das bestätige ich ja auch.

Dr. Jens Zimmermann (SPD): Genau. Und deswegen ist es ein guter Schlusssatz. Zumindest, was mich angeht, sind wir genau an dem, wo ich mich vorhin vielleicht auch ein bisschen echauffiert habe, dass das sozusagen - - Ich kann das intellektuell alles vollkommen nachvollziehen. Aber wenn ich einfach mal einen kleinen Schritt zurück mache und mir das anschau und sage - - Wir reden ja nicht über die komplexe Frage der internationalen Verbuchung von Intellectual Pro-

perty und der Zuordnung zu 38 Ländern, sondern wir reden über die Frage, ob drei Jahre lang Umsätze in erheblichem Ausmaß überhaupt existieren, und das Ganze im Kontext einer Sonderprüfung mit erheblichen Ausmaßen. Und das ist ja wie bei der Frage: Ist es eigentlich kompliziert, Cash in Cash Equivalents zu bestätigen? Muss ich sagen: Das kann doch nicht sein, dass es so kompliziert sein muss, die Existenz von Umsätzen nachzuweisen und - - Aber Sie haben natürlich recht: Also sozusagen, man kann natürlich als Verteidigung anführen: Viele haben vielleicht den Bericht nicht im ersten Augenblick so intensiv gelesen, dass sie das gesehen haben. Aber okay. - Herzlichen Dank. - Von mir keine Fragen mehr.

Vorsitzender Kay Gottschalk: Vielen Dank. - Dann schaue ich zum Kollegen Dr. Toncar.

Dr. Florian Toncar (FDP): Herr Dr. Barth, wir würden Ihnen gerne noch mal einen E-Mail-Verlauf vorlegen, der sich abgespielt hat zwischen Herrn Fichtelberger, Ihrem Mitarbeiter, und Frau Schneider, also der Head of Finance bei Wirecard; hat sich abgespielt im Februar 2020. Ich glaube, es macht am meisten Sinn, wenn man das von hinten liest, chronologisch.

(Dem Zeugen werden
Unterlagen vorgelegt - Der
Zeuge und sein Rechts-
beistand lesen in diesen
Unterlagen)

Und ich kann es auch vorlesen, weil es überhaupt nicht eingestuft ist und gar nichts. Würde ich für die Kollegen und auch für die Zuhörer parallel machen. Sie haben es natürlich schriftlich vor sich und können das so lange und ausführlich sich anschauen, wie Sie wollen. Aber ich trage mal vor für unsere Zuhörer, wie die Korrespondenz läuft. 27. Februar 2020, Dagmar Schneider an Gregor Fichtelberger von EY:

Herr Fichtelberger, ich mag nicht mehr. Aus der aktuellen Anforderungsliste von KPMG: „dem ‚Concurrence Memorandum - Support‘ konnten wir entnehmen, dass Wirecard die Verhandlungen mit



Nur zur dienstlichen Verwendung

den Merchants über Preise und Konditionen führt“. Falls vorhanden, will KPMG sozusagen beispielhafte Belege aus den Jahren 2016 bis 2018 über die Durchführung derartiger Verhandlungen. (?)

Also die zeigen, dass mit den größten Merchants Preisverhandlungen geführt wurden. Frau Schneider schreibt dann an Herrn Fichtelberger noch drunter „Heul, schnief ...“

Und dann kommt noch mal eine E-Mail hinterher und

Und ein neuer Punkt, hatte ich ganz übersehen.

Verlangt KPMG Folgendes: „Dem Business Referent Commissions Agreement mit Aal Alam, 27.03.2016, entnehmen wir, dass die Leistungen von Wirecard sich auf bloße Referral Services beschränken, was zumindest auf dem Papier der Einschätzung widerspricht, dass Wirecard im Verhältnis zu Al Alam als Principal und nicht als Agent anzusehen ist. Deswegen will KPMG, falls vorhanden, weitere Dokumente, die als Ergänzung zu den Verträgen angesehen werden können und die Rolle von Wirecard als Prinzipal begründen, verstärken. (?)“

Darauf antwortet Herr Fichtelberger sofort, innerhalb einer Viertelstunde:

Bezüglich dem Punkt Business Referral and Commissions Agreement mit Al Alam von 2016: Es ist richtig, dass die alten Verträge die gelebte Geschäftspraxis nicht vollumfänglich widerspiegeln. Dies wurde zum Anlass genommen, um in den Verträgen 2018 entsprechende Klarstellungen vorzunehmen. Materiell hat sich die gelebte Geschäftspraxis jedoch nicht geändert, weshalb die Verträge 2018 weitgehend eine Klarstellung und schriftliche Fixierung der bisherigen gelebten Geschäftspraxis sind. Dementsprechend gilt die

Einschätzung von Wirecard als Prinzipal sowohl für 2018 als auch für die Vorjahre. (?)

Und dann kommt noch: „Es ist widersinnig, unter IFRS 15 anders als IAS 18 vorzugehen“. (?) Daraufhin kommt: „Danke, lieber Herr Fichtelberger“ (?) von Frau Schneider zurück.

Ich finde an der Korrespondenz zwei Dinge bemerkenswert: erstens, dass Ihr Mitarbeiter, Herr Barth, gewissermaßen mit Frau Schneider eine derartige Korrespondenz über die Angemessenheit von Dokumentenanforderungen von KPMG führt, ehrlich gesagt, deren Berechtigung ich sehr gut nachvollziehen kann und wo ich mich frage, warum eigentlich EY die von KPMG hier geforderten Dokumente zur Prinzipalstellung und zu den Preisverhandlungen mit Merchants nicht eigentlich längst hatte. War Ihnen das bekannt, oder wie schätzen Sie diese Korrespondenz ein unter dem Gesichtspunkt, wie Ihr Mitarbeiter da mit der Mitarbeiterin des zu prüfenden Unternehmens über ein drittes Prüfunternehmen, nämlich KPMG, kommuniziert?

Zeuge Hubert Barth: Der Schriftverkehr war mir nicht bekannt, auch überhaupt nicht erinnerlich. Bezüglich des Vorgangs: Ich müsste mich mit der Causa auseinandersetzen, weil, wie Sie korrekterweise sagen, es ist ja eine Informationsanforderung seitens KPMG an den Mandanten Wirecard.

Dr. Florian Toncar (FDP): Dann hätte ich noch eine andere Frage, und die ist natürlich materiell sehr bedeutsam. Herr Fichtelberger schreibt am 27. Februar 2020: Die alten Verträge haben die Geschäftspraxis nicht widerspiegelt und wurden 2018 klarstellend geändert. Nach den zwischen 2016 und 2018 geltenden Verträgen in Bezug auf Al Alam, also den wichtigsten Kunden der Wirecard AG, der den größten TPA-Umsatz gemacht hat, war offenbar Wirecard zwischen 2016 und 18 rechtlich nicht Principal, sondern eher Agent. Und das hat man dann unter der Behauptung, es sei eigentlich immer anders gelebt worden, angepasst. Auf der Basis hat dann Herr Fichtelberger die Einschätzung vertreten, dass man das auch rückwirkend so machen kann.



Nur zur dienstlichen Verwendung

Nach meinem Verständnis bedeutet das - aber da können Sie mir gerne auch eine eigene Einschätzung abgeben -, dass die Qualifizierung der Treuhandguthaben in Bezug auf Al Alam zwischen 2016 und 2018 als Cash, der der Wirecard AG zur Verfügung steht, im Grunde nicht der Vertragslage entsprach, die zwischen Wirecard und Al Alam gegolten hat. Oder sehen Sie das anders nach dem, was Herr Fichtelberger da schreibt?

Zeuge Hubert Barth: Sehen Sie es mir bitte nach, da müsste ich den Punkt und den ganzen Sachverhalt auffassen. So tief bin ich in dem Thema nicht drin, weil ich die Verträge zwischen Wirecard und den TPAs usw. auch nicht kenne und ich mich auch mit dem Thema, ich sage mal, Cash-Ausweis nicht explizit befasst habe.

Dr. Florian Toncar (FDP): Alles klar. Also, Sie können das - - Ich verstehe, dass Sie es spontan nicht beantworten können; aber ich halte das für eine sehr relevante Kommunikation. Vielleicht können wir das ja in geeigneter Form auch noch mal weiter hier bearbeiten.

Dann wäre es von meiner Seite alles. Vielen Dank.

Vorsitzender Kay Gottschalk: Vielen Dank, Dr. Toncar. - Dann schaue ich zu Fabio De Masi.

Fabio De Masi (DIE LINKE): Ich habe eigentlich im Kern eine Frage noch: Herr Barth, Sie hatten - - Ich hatte Sie vorher gefragt, ob Sie die Rückstellungen von EY beziffern können, ob dem etwas rechtlich entgegenstehen würde. Und da haben Sie geantwortet: Nein, aber es sei nicht innerlich. Deswegen einfach meine Bitte, ob Sie diese Information dann nachliefern können, wenn dem rechtlich nichts entgegensteht. Sie müssen ja dann quasi nur die Erinnerung auffrischen.

Zeuge Hubert Barth: Ich werde das prüfen, ja.

Fabio De Masi (DIE LINKE): Okay. - Und ansonsten nur vielleicht auch zum Mit-auf-den-Weg-Geben möchte ich Sie darauf hinweisen, dass es hier auch extensive Korrespondenz gibt zwischen

Jan Marsalek und Dagmar Schneider, der Finanzfachfrau, wo es auch um die Kritik geht, die KPMG an der Arbeitsweise von EY hatte, und die machen im Kern darüber Witze. Frau Schneider sagt: „Dahmen und Fichtelberger argumentieren und argumentieren ... Machen sie gut“, und Jan Marsalek sagt: „super“, also nur, dass Sie hier auch noch mal diese Sichtweise mitbekommen, die da auch von Herrn Marsalek, der ja nachweislich eine hohe kriminelle Energie hatte, existiert.

Und ich möchte Sie abschließend fragen: Was ist denn aus Ihrer Sicht, nach Ihrem Verständnis überhaupt der Grund, dass diese Treuhandkonten erforderlich waren bei Wirecard? Haben Sie sich eigentlich mit dieser Frage jemals befasst bei EY?

Zeuge Hubert Barth: Ich persönlich habe mich mit dieser Frage nicht befasst. Meine Kolleginnen und Kollegen, nach meiner Einschätzung, haben sich mit diesem Thema befasst.

Fabio De Masi (DIE LINKE): Okay. Aber das heißt, Sie haben gar kein tieferes Verständnis sich angeeignet des Geschäftsmodells von Wirecard. Ist das korrekt?

Zeuge Hubert Barth: Bezüglich des Geschäftsmodells von Wirecard habe ich mich nicht in extenso damit auseinandergesetzt. Aber natürlich kenne ich das Thema der Treuhandkonten. Aber den genauen Zweck und warum man das so aufgesetzt hat, das habe ich nicht, nein.

Fabio De Masi (DIE LINKE): Wissen Sie: Und das erscheint mir der Kern des Problems. - Vielen Dank.

Vorsitzender Kay Gottschalk: Vielen Dank, Fabio De Masi. - Dann schaue ich mal rüber zu Dr. Bayaz von Bündnis 90/Die Grünen.

Dr. Danyal Bayaz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Keine weiteren Fragen.

Vorsitzender Kay Gottschalk: Vielen Dank. - Dann schaue ich ein letztes Mal in die Runde: Ich sehe Kopfschütteln bei der Union. - SPD auch nicht mehr. Ich schaue mich selbst im Spiegel



Nur zur dienstlichen Verwendung

sozusagen an. - Nein. Dr. Toncar. - Nein. Fabio De Masi. - Nein. Dr. Bayaz hatte es eben verneint.

Dann frage ich ein letztes Mal der guten Ordnung halber: Besteht noch Bedarf, im nichtöffentlichen Sitzungsmodus Fragen zu stellen und weiter zu tagen? - Das ist auch nicht der Fall.

Dann stelle ich fest, dass keine Fraktion noch Fragen hat. Dann können wir Ihre Befragung für heute beenden. Im Rechtssinne abgeschlossen ist Ihre Vernehmung damit allerdings noch nicht. Vielmehr wird Ihnen noch das Protokoll Ihrer Vernehmung übersandt. Sie haben dann zwei Wochen Zeit, um etwaige Protokollierungsfehler zu monieren und Ihre Aussage gegebenenfalls inhaltlich richtigzustellen oder auch zu ergänzen. Erst danach beschließt der Ausschuss über den Abschluss entsprechend Ihrer Vernehmung.

Nun muss ich noch ein Schweigegebot erlassen - aber das tut nicht weh und ist nicht schlimm -, denn Sie haben mehrere Dinge eben, die vertraulich sind oder Geheim eingestuft sind, vorlegt bekommen.

Herr Barth, Rechtsanwalt Professor Dr. Bockenmühl*, Sie hatten Einblick in VS-Vertraulich, - Geheim eingestufte Unterlagen. Sie müssen daher entsprechend § 174 Absatz 3 Gerichtsverfassungsgesetz zur Verschwiegenheit verpflichtet werden. Ich stelle ein solches Schweigegebot zur Abstimmung. - Ich stelle fest und höre auch keinen Widerspruch von den Kollegen. - Dann ist das so beschlossen.

Daher stelle ich fest: Der Ausschuss macht dem Zeugen Barth und seinem Rechtsbeistand Professor Dr. Bockenmühl* die Geheimhaltung der als Geheim oder Vertraulich eingestuften Tatsachen zur Pflicht, die ihnen hier durch die Vernehmung in der Sitzung zur Kenntnis gelangt sind.

Zweitens. Ich stelle fest: Herr Barth und Herr Professor Bockenmühl* werden darauf hingewiesen, dass derjenige, der gegen die auferlegte Schweigepflicht verstößt, sich strafbar machen kann.

Dann an dieser Stelle vielen Dank, recht herzlichen Dank auch für das lange Ausharren. Ich darf

mich ganz herzlich bei Ihnen beiden bedanken, Sie ins wohlverdiente Wochenende entlassen und sage allen unseren Zeugen und Rechtsbeiständen wie den Kollegen: Bleiben Sie in dieser schwierigen Zeit gesund und toi, toi, toi.

Zeuge Hubert Barth: Danke sehr, das wünschen wir Ihnen auch.

Vorsitzender Kay Gottschalk: Danke sehr. - Damit komme ich zum letzten Punkt für heute, nämlich Zeugenvernehmung Sven Hauke, und ich bitte, den Zeugen Sven Hauke zu uns in den Saal zu begleiten. Ich hoffe, das geht zügig. Dann können wir entsprechend vernünftig jetzt fortsetzen.

(Schluss der stenografischen Protokollierung:
19.25 Uhr)

Anlage 1

Korrektur- und Ergänzungsanmerkungen des
Zeugen Dr. Christian Orth

Deutscher Bundestag
3. Untersuchungsausschuss der 19. Wahlperiode
Leiter Sekretariat
z.Hd. Herrn Dr. Frank Raue
Platz der Republik 1
11011 Berlin

Prof. Dr. Björn Gercke*
Fachanwalt für Strafrecht

Dr. Sebastian Wollschläger*
Fachanwalt für Strafrecht
Fachanwalt für Steuerrecht

Dr. Ulrich Leimenstoll*
Fachanwalt für Strafrecht

Dr. Kerstin Stirner*
Fachanwältin für Strafrecht

Franziska Lieb*
Fachanwältin für Strafrecht

Dr. Andreas Grözinger
Fachanwalt für Strafrecht

Dr. Diana Hembach
Fachanwältin für Strafrecht

Dr. Corinna Reckmann
Rechtsanwältin

Max Nosthoff-Horstmann
Rechtsanwalt

Prof. Dr. Mark A. Zöller**
Of Counsel

* Partner i.S.d. PartGG
** Universitätsprofessor
Strafverteidiger gem. § 138 StPO

Orth 7204/2020/BG/FL

Köln, 13. April 2021

3. Parlamentarischer Untersuchungsausschuss („Wirecard“)

Hier: Zeuge Dr. Christian Orth

Sehr geehrter Herr Vorsitzender,
sehr geehrte Damen und Herren Abgeordnete,

wir nehmen Bezug auf die Vernehmung unseres Mandanten, Dr. Christian Orth, am 19.03.2021. Das vorläufige stenographische Protokoll ging uns am 31.03.2021 zu.

Gemäß § 26 Abs. 2 Satz 2 PUAG nehmen wir im Folgenden die Gelegenheit wahr, unter **1.** Protokollierungsfehler aufzuzeigen. Des Weiteren möchten wir der guten Ordnung halber unter **2.** einige wenige offenkundige Versprecher richtigstellen. Ferner erbitten wir unter **3.** eine Änderung des Protokolls in

Bezug auf Angaben zur Person. Unter **4.** sind von den Abgeordneten von Herrn Dr. Orth die erbetenen Auskünfte zusammengetragen worden.

Darüber hinaus gibt es keinen Anlass zu Korrekturen.

Ergänzungen inhaltlicher Art, um die Sie Herrn Dr. Orth gebeten hatten, reichen wir alsbald nach. Aufgrund der Osterferien der Unterzeichner konnte ein diesbezüglicher Schriftsatz noch nicht fertiggestellt werden. Diesbezüglich werden wir zeitnah auf Sie zukommen.

1.

Das Protokoll weist unseres Erachtens keine wesentlichen Protokollierungsfehler auf. Der guten Ordnung halber senden wir Ihnen dennoch ein korrigiertes Protokoll als **Anlage 1** zu.

2.

Darüber hinaus möchte Herr Dr. Orth die folgenden offensichtlichen Versprecher an dieser Stelle wie folgt berichtigen:

a)

Auf Seite 47, rechte Spalte oben muss es heißen:

„Und diese Gruppe wurde dann verkauft an den EMIF 1A, **die dann an Wirecard verkauft wurde**, zu einem deutlich höheren Preis von 340 Millionen Euro ...“

b)

Auf Seite 53, rechte Spalte Mitte ergänzen wir zum besseren Verständnis:

„Das war **die Ausschreibung für 19.** Herr Eichelmann kam ja erst für die **Ausschreibung der 20er-Prüfung.**“

c)

Auf Seite 67, linke Spalte unten muss es richtigerweise heißen:

„Das Telefonat mit Herrn Eichelmann hatte ja gestartet um **17:30 Uhr.**“

d)

Auch auf Seite 73, linke Spalte, Mitte muss es in der Aussage von Herrn Dr. Orth richtigerweise heißen:

„Wie gesagt, vor dem Hintergrund, dass wir das auch noch mal **für 19** geprüft haben, das noch mal bestätigt wurde und auch durch drei andere Parteien bestätigt wurde, glaube ich nicht, dass, sage ich mal, das eindeutig ist, also die Interpretation, ob brutto oder netto.“

e)

Überdies ging es in der Vernehmung durch Herrn Hauer etwas durcheinander mit den beiden Treuhändern und den Betrachtungszeiträumen. Zur Klarstellung sollte es auf Seite 86, linke Spalte oben daher heißen:

„Also, Herr Hauer, wie gesagt: **Ende 19**, da war der Treuhänder schon weg. Das heißt, **nachträglich** beschäftigt haben wir uns mit den Treuhandkonten für das Geschäftsjahr **18**, und da ging es um Herrn Shan.“

Ergänzend möchte Herr Dr. Orth hier noch einmal klarstellen:

Er selbst war in die Prüfung von Treuhandkonten erstmals in 2020 für das Geschäftsjahr 2019, also zum Stichtag 31.12.2019 begleitend involviert. Zu diesem Zeitpunkt sollten die Konten angabegemäß von Herrn Tolentino bei zwei Banken auf den Philippinen gehalten werden. Entsprechende Bankbestätigungen stellten sich Mitte Juni 2020 als original, aber in der Sache unzutreffend heraus.

Erst im Zuge der späteren Aufarbeitung der Causa hat sich unser Mandant mit dem früheren Treuhänder, Herrn Shan, befasst, um dessen Person es Herrn Hauer in seiner Befragung ging.

3.

Schließlich bittet Herr Dr. Orth darum, seinen Wohnort aus dem Protokoll zu entfernen und stattdessen im Rahmen der Angaben zu seiner Person den Dienstort Stuttgart zu erfassen.

4.

Des Weiteren wurden von Herrn Dr. Orth eine Vielzahl von weiteren Informationen und Unterlagen erbeten. Darauf kommen wir hiermit wie folgt zurück:

a) Zweck der Treuhandkonten

Von Herrn Dr. Bayaz wurde die Frage aufgebracht, welches Risiko abzudecken die Treuhandkonten bestimmt waren (Seite 39).

Nach Darstellung der Mandantin, also der Wirecard AG, dienten die Guthaben auf den Treuhandkonten als Rücklage, also der Absicherung von Zahlungsansprüchen des jeweiligen TPA aus seiner Inanspruchnahme für Chargebacks und Fines durch die jeweilige Acquiring Bank. Das Risiko für solche Rückbuchungsansprüche trug vertraglich letztlich Wirecard, weswegen diese rechtlich und faktisch als Prinzipal eingestuft wurde.

b) Untersuchung zur Bandbreite eines angemessenen Kaufpreises der GI Retail/Hermes in Indien

Auf Frage des Abgeordneten Hauer hat Herr Dr. Orth bereits dargelegt, dass die Frage der Angemessenheit des Kaufpreises Anfang 2019 durch EY nochmals hinterfragt und untersucht wurde, vgl. Seite 47 des Protokolls.

Hierzu wurde basierend auf den EBITDA-Multiples für die Payment-Branche (#Payments 2017, Volume 17) ein Faktor von durchschnittlich um die 14 rund um das Verkaufsjahr festgestellt.

Figure 13: M&A market development

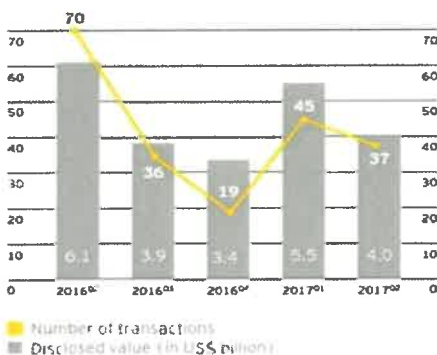
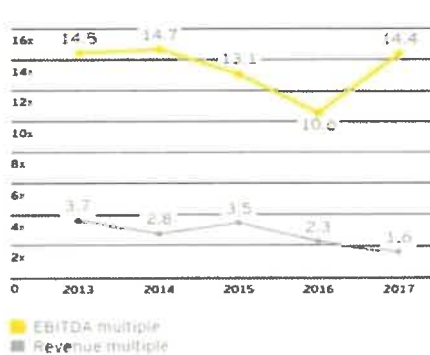


Figure 14: Business valuation multiples



Auch der intern von der Transaktionsberatung (EY Innovalue) zur Verfügung gestellte M&A Tracker für Payment bezogene Transaktionen in Indien zeigte vergleichbar hohe Multiples. Im Durchschnitt über die Jahre 2013 bis 2017 betrug der Faktor 15,4. Im Jahr des Kaufvertragsabschlusses lag der Median sogar bei 18,8:



Auch aus der rückschauenden Betrachtung in 2019 stellte sich der seinerzeit vereinbarte Kaufpreis mithin als wirtschaftlich nachvollziehbar dar. Hingegen stellt sich der erste Verkauf an den EMIF 1A als wenig nachvollziehbar dar. Die Ergebnisse der internen Analyse stützten also abermals die Hypothese, dass die indischen Verkäufer mit diesem Verkauf zunächst die Minderheitsgesellschaften benachteiligt haben (welches vor einem Londoner Gericht auch geltend gemacht wurde) und mit dem anschließenden Verkauf – der auf Basis der obigen Ausführungen marktgerecht erscheint – offenbar steuerfreie Veräußerungsgewinne durch den EMIF 1A auf Mauritius erzielt werden konnten.

c) Aufgliederung der (Beratungs-)Honorare

Von Frau Kiziltepe wurde eine Aufgliederung der Honorare für den Zeitraum 2015 bis 2019 erbeten, vgl. Seite 52 des Protokolls.

Hierzu hat unser Mandat eine Excel-Datei zusammenstellen lassen, in der die Beträge aufgegliedert und die jeweiligen Rechnungen eingebettet sind. Für jede einzelne Zelle in der Gesamtübersicht kann daher die Zusammensetzung des Betrags als auch die Auftragsart abgeleitet werden. Auf diese Tabelle erhalten Sie Zugriff in der Geheimschutzstelle.

Um Ihnen aber unmittelbar die wesentlichen Informationen sofort zur Verfügung zu stellen, hat unser Mandant nachfolgende Informationen hieraus zusammengestellt:

Für das Geschäftsjahr 2017 wurden Nichtprüfungsleistungen in Höhe von 455 TEUR (überschlägig mit 0,5 Mio. Euro ausgewiesen) abgerechnet. Hierbei handelt es sich fast vollumfänglich um bereits in 2016 erteilte Aufträge in Höhe von 446 TEUR, deren zugrundeliegende Leistungen auch größtenteils in 2016 erbracht und abgerechnet wurden. Aufgrund des Zahlungseingangs wurden diese in 2017 ausgewiesen.

Für das Geschäftsjahr 2018 wurden Nichtprüfungsleistungen in Höhe von 232 TEUR (überschlägig mit 0,2 Mio. Euro ausgewiesen). Hierbei handelt es sich um IT-Prüfungen. Der International Standard on Assurance Engagements 3402 (ISAE 3402) ist ein von der International Federation of Accountants (IFAC) veröffentlichter internationaler Prüfungsstandard, in dem die Prüfung eines Internen Kontrollsystems bei einem Dienstleistungsunternehmen inklusive Berichterstattung durch einen Wirtschaftsprüfer geregelt ist. Er ist insbesondere für die Prüfung von Servicegesellschaften, die im Zuge von Outsourcing Aufgaben für andere Unternehmen übernehmen, und die entsprechenden beauftragenden Unternehmen relevant. Gegenstand einer ISAE 3402 Prüfung ist die vom Dienstleister zu erstellende Beschreibung des dienstleistungsbezogenen rechnungslegungsrelevanten Internen Kontrollsystems. Insofern handelt es sich auch bei diesem Projekt eigentlich nicht um einen „Beratungsauftrag“.

d) Prüfungsergebnisse zu einer Treuhänderlizenz des Herrn Shan

Der Abgeordnete Hauer hat die Frage gestellt, ob Herr Shan eine Lizenz zur Ausübung einer Treuhänderstellung innehatte, vgl. Seite 86 des Protokolls.

Wie bereits mehrfach erläutert, war Herr Dr. Orth in die Prüfung bezüglich des TPA-Geschäfts oder bezüglich von Treuhandkonten erst in 2020 und nur in der von ihm beschriebenen Weise eingebunden. Auch im Zuge seiner Einbindung als PPD hat er im Rahmen der Abschlussprüfung für das Geschäftsjahr 2019 Prüfungshandlungen nicht selbst durchgeführt.

Ausweislich der Ihnen auch vorliegenden Arbeitspapiere, die Herr Dr. Orth nachträglich im Zuge seiner Aufarbeitung der Causa Wirecard angesehen hat, weist die OCRA, das singapurianische Äquivalent zum deutschen Bundesanzeiger, Herrn Shan als „Certificate of Good Standing“ aus. Die Singapore Accounting and Corporate Regulatory Authority bestätigte mit Datum vom 8. April 2019 die rechtliche Existenz und ordnungsgemäße Inkorporierung des Treuhänders Citadelle.

Eine Lizenz zum Betreiben von Treuhandkonten ist nach Kenntnisstand des Prüfungsteams nicht notwendiger Weise erforderlich. Eine entsprechende Anfrage des mandatsverantwortlichen Prüfers Herrn Dahmen wurde von Atlas Asia Law Corporation, Singapur, dahingehend beantwortet, dass in Singapur keine gesetzlichen Regelungen zur Treuhandtätigkeit, insbesondere der Verwaltung von Treuhandkonten, existieren.

e) Verweilort der erhaltenen Bankbestätigungen

Der Abgeordnete Hauer hat ferner die Frage gestellt, wo sich die Originalunterlagen befinden, vgl. Seite 86 des Protokolls.

Die Originalunterlagen, d.h. die in Schriftform erhaltenen Bankbestätigungen (jeweils zwei Bestätigungen von den beiden philippinischen Banken BDO und BPI), wurden der Staatsanwaltschaft München I übergeben und müssten sich daher in deren Obhut befinden.

f) Kein Abbruch der Sonderermittlung

Unter Seite 97 wurde von Herrn Dr. Toncar die vermeintliche Aufforderung seitens Herrn Dahmen gegenüber Herrn Eichelmann und Frau Gärtner am 09.06.2020, die Sonderuntersuchung der KPMG abubrechen, aufgegriffen.

Die Ihnen vorliegende E-Mail-Korrespondenz wollen wir gern vervollständigen und die Fragen von Herrn Dr. Toncar wie folgt beantworten:

Das Prüfungsteam hatte wiederholt deutlich gemacht, dass es wegen der Rückwirkung der Untersuchung von KPMG hinsichtlich der Dezemberdaten zum TPA-Geschäft auf die Abschlussprüfung einen finalen Bericht bedürfe, bevor es in der Lage sei, das Testat zu erteilen. Das Unternehmen hatte sich

vorgenommen, die Bilanz am 18.06.2020 zu präsentieren. Bekanntlich wurde dieser Termin seitens des Unternehmens noch einmal verschoben.

Herr Dahmen schrieb am 09.06.2020 22:36 Uhr an Herrn Eichelmann, dass EY nicht eine Zwischenberichterstattung ausreiche, sondern unverändert einen Abschluss der KPMG Untersuchungshandlungen und entsprechend eine inhaltlich finale Berichterstattung bis zum 12.06.2020 erwarte.

Daraufhin antwortete Herr Eichelmann um 22:47 Uhr, dass es geheißen habe, EY werde keinen Abbruch laufender Prüfungshandlungen durch KPMG fordern, sondern eine Statusmitteilung erwarte.

Der Begriff „Abbruch“ fiel mithin erstmals durch den Aufsichtsratsvorsitzenden. Ein Abbruch hätte indessen zur Folge gehabt, dass kein Bericht verfasst worden wäre, während das Prüfungsteam einen finalen Bericht benötigte.

Unmittelbar, nämlich zwei Minuten nach Versenden dieser Mail, wandte sich Martin Dahmen an Dr. Christian Orth und Hubert Barth mit den Worten:

„Gents, Könntet Ihr dies bitte klarstellen?“

Diese Bitte beantwortete Hubert Barth um 22:54 Uhr, also wiederum nach wenigen Minuten, wie folgt:

„das macht Christian morgen in aller Deutlichkeit.

*da ich im Call war, kann ich aber bestätigen „final“ fiel als Wort öf-
ters*

aber das wollte nicht so gehört werden

gruss

h“

Erst später erhielt unser Mandant eine E-Mail von Frau Gärtner, die er im Namen auch von Herrn Barth, nach seiner Erinnerung nach einem entsprechenden Telefonat mit diesem, am Folgetag, also am 10.06.2020 um 11:58

Uhr beantwortete und in aller Deutlichkeit darauf hinwies, dass EY nicht an einem Abbruch der Sonderuntersuchung gelegen sei, sondern EY vielmehr einen abschließenden Bericht von KPMG benötige. Diese E-Mail ist Ihnen bereits bekannt.

Am Nachmittag des 11.06.2020 kam es dann zu einem längeren Telefonat von Herrn Dr. Orth mit Herrn Leitz von KPMG, in welchem dieser die Ergebnisse der ergänzenden Untersuchung präsentierte.

Am Folgetag (12.06.2020) ging der ergänzende KPMG-Berichtsentwurf bei EY mit Stand 10.06.2020 ein.

Da in der Befragung der Eindruck entstanden ist, dass die Abgeordneten diesen weiteren KPMG Bericht nicht kennen, fügen wir diesen als **Anlage 2** bei. Die Ergebnisse sprechen für die Existenz des TPA-Geschäfts und der Treuhandkonten.

In dieses Bild fügt sich nicht zuletzt ein Anruf des Herrn Sven-Olaf Leitz bei Herrn Dr. Orth am 17.06.2020. In diesem Telefonat, das Herr Leitz aus dem Auto heraus führte, beglückwünschte er unseren Mandanten quasi zu der Aufdeckung des Betruges und äußerte, er selbst habe nicht angenommen, dass das Geld weg ist. Vielmehr hätte er vermutete, dass es auf den Philippinen woanders sei. Er bedankte sich zum Schluss für die gute Zusammenarbeit.

Abschließend möchten wir bereits an dieser Stelle **beantragen**, Angaben zur Person, insbesondere den Namen und den Wohnort unseres Mandanten, im Schlussbericht des Ausschusses nicht zu benennen. Unser Mandant ist keine Person des öffentlichen Lebens. Eine namentliche Nennung in dem öffentlichen Bericht stellt einen Eingriff in seine Persönlichkeitsrechte dar, der einer Legitimation entbehrt. Soweit im Bericht Bezug auf seine Zeugenaussage genommen werden sollte, kann Herr Dr. Orth mit seiner beruflichen Funktion beschrieben werden, ohne dass dies den Aussagegehalt des Berichts nachteilig beeinflussen würde.

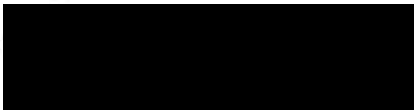
Insofern möchten wir darauf hinweisen, dass bereits die namentliche Nennung unseres Mandanten in den Medien im Zusammenhang mit der voreilig aus dem Ausschuss heraus gegen ihn erhobenen Strafanzeige ein schwerer Angriff auf seine Persönlichkeitsrechte war.

Insbesondere vor diesem Hintergrund gehen wir davon aus, dass der Untersuchungsausschuss den Rechten unseres Mandanten nunmehr sorgsam begegnet und diese schützt, wie es einem Verfassungsorgan zu Gebote steht.

Mit freundlichen Grüßen



Prof. Dr. Björn Gercke
Rechtsanwalt
Fachanwalt für Strafrecht



Franziska Lieb
Rechtsanwältin
Fachanwältin für Strafrecht



Nur zur dienstlichen Verwendung

Director. Es ist aber auch so, dass es bestimmte Konsultationspflichten gibt. Insofern stehe ich als PPD außerhalb des Prüfungsteams, reviewe keine Arbeitspapiere und nehme auch selbst gar keine Prüfungshandlungen vor.

Diese Aufgaben sind typisch für den auftragsbegleitenden Qualitätssicherer, der in unserem Hause EQR heißt, Engagement Quality Reviewer. Dieser begleitet auch das Prüfungsteam. Im Rahmen einer unabhängigen Begleitung überprüft er, unterstützt das Prüfungsteam. Es ist aber so, dass die Prüfer am Ende des Tages agieren nach den beruflichen, berufsständischen und auch fachlichen Standards, und zwar, sage ich mal, eigenverantwortlich. Und das müssen sie auch. Denn sie stehen nachher mit ihrer Unterschrift ~~und unter~~ dem Bestätigungsvermerk dann auch in der Endverantwortung.

Insofern: Der Zeitraum meiner eigenen Wahrnehmung erstreckte sich als PPD im Prinzip vom 1. Februar 2019, als ich angesprochen wurde auf die Singapur-Allegations durch den mandatsverantwortlichen Partner, bis hin, sage ich mal, über die ganzen Allegations, die dann nachher in der Presse erfolgten und auch nachher im Geschäftsjahr bei der Prüfung des Geschäftsjahres 2019, die dann am 29. Juni 2020 mit einem Versagungsvermerk abgeschlossen wurde. Also, das ist der Zeitraum meiner Befassung, über den ich hier auch sehr gerne Ihnen Auskunft erteilen werde.

Kommen wir nun zur Abschlussprüfung 2018. Es ist so, dass der „Financial Times“-Artikel der Auslöser für meine Konsultation war. Das war, wie gesagt, am 1. Februar. Herr Martin Dahmen, der mandatsverantwortliche Prüfungspartner, kam auf mich zu und berichtete mir über, sage ich mal, die Allegations, die hier in der Zeitung standen, über die ersten Maßnahmen, die das Prüfungsteam getroffen hatte. Und dann ging eigentlich alles relativ schnell.

Denn Herr Barth erhielt - meines Wissens war es der 6. Februar - ein Whistleblower-Paket und bat mich dann auch schon am Folgetag zu dessen Sichtung ins Münchner Büro. Es war dann so, dass dieses Whistleblower-Paket die, sage ich

mal, gleichen Inhalte abdeckte, die auch Teil des „Financial Times“-Artikels waren. Es ging nämlich hier konkret um Vorwürfe in Singapur, um Scheingeschäfte im Kontext der Beschaffung von Software. Und insofern, sage ich mal, war dieser gesamte Komplex beschränkt auf den Bereich der Singapur-Allegations.

Es ist dann so gewesen, dass wir sofort überlegt haben, welche Maßnahmen wir einleiten müssen. Das heißt, wir haben diese Allegations sehr ernst genommen; weil teilweise ja auch in der Presse steht, man hätte da gar nicht drauf reagiert. Dem möchte ich insofern wirklich widersprechen. Wir haben das Ganze aufgegriffen, sind dem einzeln nachgegangen und haben detailliert am Ende des Tages hier auch Prüfungshandlungen mit dem Prüfungsteam diskutiert.

Wichtig war, dass im Prinzip hier besonders Zweifel am Management in Singapur bestanden. Interessant war aber - und das war schon ein Knackpunkt an der Geschichte -, dass diese Vorwürfe dem Vorstand von Wirecard meines Wissens ab Mai 2018 bekannt waren. Denn dieser hatte auch schon entsprechende Anwaltskanzleien mit einer Sonderuntersuchung beauftragt. Aber weder der Aufsichtsrat noch das Prüfungsteam waren entsprechend informiert worden. Das führte bei uns intern zur Diskussion, ob wir im Anwendungsbereich von Artikel 7 der EU-Abschlussprüferverordnung sind, also dieser Meldepflicht. Und es war dann auch so, dass wir das relativ umfangreich diskutiert haben, es dann auch zu einem Meeting gekommen ist zwischen dem Prüfungsteam und dem Wirecard-Vorstand am 12. Februar, an dem dann auch Herr Barth teilgenommen hatte, ich selber nicht.

Es kam dann aber auch schon am 13. Februar zu dem bekannten APAS-Anruf. Aber ich bin sicher, darauf gehen wir heute noch gesondert ein.

Nach dem Telefonat hatten wir auf jeden Fall den Eindruck, dass wir im Prinzip das, was wir vortragen hatten, auch der APAS - - dass das der richtige Ansatz war, dass wir hier auch richtig unterwegs waren. Und insofern kann ich nur sagen, dass, wenn Sie diese Bestätigung erhalten, die richtigen Schritte eingeleitet zu haben, man



Nur zur dienstlichen Verwendung

Es war dann aber so, dass im Laufe der weiteren Prüfung - und jetzt kommen wir zu einem ganz, ganz zentralen Datum; ich habe mir das auch noch mal aufgeschrieben; das ist der 29. Januar 2020 - - Dort kam es in einem gemeinsamen Meeting mit KPMG bei Wirecard zu der Erkenntnis, dass bereits im Dezember die Treuhandkonten gewechselt haben sollen, und zwar von Singapur auf die Philippinen. Und als ich hörte, dass die Konten von Singapur auf die Philippinen gewechselt haben sollen und der Treuhänder gewechselt hat, ich kann Ihnen sagen: Da ging bei mir der Feueralarm an. Und für mich persönlich war das auch der Wendepunkt. Warum?

Als erste Reaktion hat natürlich das Prüfungsteam sofort wieder Maßnahmen ergriffen, das heißt die standarderweiterte Prüfungshandlung etc., hat aber auch sofort die neuen Treuhandverträge angefordert und auch Kontakt mit dem Treuhänder aufgenommen. Ebenfalls vor dem Hintergrund des neuen Rechtskreises haben wir die Bankbestätigungen angefordert. Das wurde uns dann auch sogar zugesagt.

Am 4. März kam es dann zu einem Vor-Ort-Termin in Manila, den Herr Dahmen initiiert hatte, und zwar in dem Büro von Herrn Mark Tolentino sowie den beiden Banken BDO und BPI in den Filialen.

(Matthias Hauer
(CDU/CSU): Wann war
das? Welches Datum war
das?)

- 4. März. Pardon, Herr Hauer, Entschuldigung, ich hatte Sie akustisch nicht ganz verstanden. 4. März war das. - Es war so, dass Herr Dahmen in Begleitung war von zwei KPMG-Managern, von Mitarbeitern von Clifford Chance als Rechtsberater des Aufsichtsrates, von Wirecard-Mitarbeitern und Herrn Jan Marsalek höchstpersönlich.

Bei diesem Treffen ging es jetzt darum, die neuen Treuhandverträge zu erörtern, die Treuhandkonten zu besprechen. Und, wie gesagt, es gab halt diese Vor-Ort-Besuche in den Filialen.

Auf dem Rückweg von Manila ist Herr Dahmen dann über Dubai geflogen. Und bei diesem Vor-Ort-Besuch in Dubai wurde dann noch das angesprochen, was wir auch schon im Rahmen der Prüfungsplanung diskutiert hatten: die sogenannte Abhebungsanforderung. Und Herr Güntzler, Pardon, dass ich Sie heute so oft zitiere, aber wir hatten im November über diese Testüberweisung gesprochen, und ich hatte Ihre Frau da als Beispiel genommen. Heute können wir das konkret machen, was da im Einzelnen verlangt wurde.

(Zuruf des Abg. Fritz
Güntzler (CDU/CSU))

- Nein, nicht Ihre Frau, sondern heute geht es ja tatsächlich um die Wirecard. - Es war so, dass die Treuhandkonten, die bei dem Treuhänder waren - - Es ging da bei der Testüberweisung darum, zu einem bestimmten Zeitpunkt einen bestimmten Betrag von den Treuhandkonten von Asien nach Europa zu transferieren. Entscheidend war aber, dass der Zeitpunkt der Transaktion, die Verweildauer der Transaktion und der Zeitpunkt der Rückbuchung der Sicherungsgelder im Ermessen des Prüfers stand, das heißt ohne Einfluss von Wirecard.

Das ist natürlich ein massiver Eingriff in ein operatives Geschäft. Und so eine, sage ich mal, Prüfungshandlung steht in keinem Prüfungsstandard. Der entscheidende Punkt war, dass wir zunächst angedeutet hatten, dass wir eine Transaktion von rund 100 Millionen vornehmen wollen. Wir haben aber dann 440 Millionen abgefordert, und das war rund ein Viertel der Gesamtkontenbestände auf den Treuhandkonten. Und das hat mich daher auch nicht überrascht, dass die TPAs, die Third Party Acquirer, massiv dagegen protestiert haben. Aber gut.

Wie gesagt, es kam zu dieser Testüberweisung, die wir angefordert haben.

Vorsitzender Kay Gottschalk: Darf ich da auch kurz nachfragen?

Zeuge Dr. Christian Orth: Natürlich.



Nur zur dienstlichen Verwendung

Vorsitzender Kay Gottschalk: Wie äußerte sich - und wie viele Third Party Acquirer haben sich da massiv geäußert? Können Sie das erinnern?

Zeuge Dr. Christian Orth: Herr Gottschalk, also, alle drei haben reagiert. Nach meinem Wissen war das alles dann um den 15.06 herum. - Habe ich gerade 15.06. gesagt? Sekunde.

(Der Zeuge liest in seinen Unterlagen)

Ab 15.05. muss es gewesen sein. Ich entschuldige mich, weil wir haben ja die Abhebungsanforderung am 12.05. angefordert. Ich korrigiere mich bitte. Gut.

Wie gesagt, es kam halt dazu. Der Aufsichtsrat, sage ich mal, war hier an dieser Stelle - - Mir gegenüber wurde geäußert, man hätte hier Bedenken, weil dieser massive Eingriff stattgefunden hat. Und ich weiß auch noch, dass zu meinem Erstaunen Herr Dahmen mir berichtete, dass Herr Marsalek das eine gute Idee fand. Insofern: gemischte Reaktionen auf unseren Vorschlag.

Es kam dann leider durch den Ausbruch der Coronapandemie zu Verzögerungen im Prüfungsablauf. Und wir haben auch gesehen, dass die KPMG-Sonderuntersuchung erweitert wurde, nämlich um die Auswertung einer Dezemberscheibe für das Geschäftsjahr 2019. Und es war so, dass wir im Juni, meines Wissens mit Stand 10. Juni, einen Bericht bekommen haben, einen vorläufigen Berichtsentwurf oder einen Berichtsentwurf der KPMG, mit Bezug auf dieses TPA-Geschäft und auch die Treuhandkonten, der den Eindruck erweckte, dass sowohl das TPA-Geschäft real sei als auch die Treuhandkonten existent.

Es war dann auch so, dass, wie gesagt, am Ende des Tages wir Anfang Mai - ich hatte gesagt, 12. Mai war das - die Transaktion, diese Testüberweisung angefordert haben, wie gesagt, viermal 110. Das waren die 440 Millionen, weil wir vier Konten hatten. Und das hat am Ende des Tages halt dazu geführt, dass diese Reaktion, die auch erwartet wurde von den TPAs, dann auch

gekommen ist, weil ja die Sicherungsgelder für eine gewisse Dauer den TPAs entzogen wurden.

Parallel zu dieser Testüberweisung hat das Prüfungsteam sich die Bankbestände auf den Philipinen angeschaut. Warum erzähle ich Ihnen das? Obwohl dem Prüfungsteam im Beisein von KPMG die Existenz der Treuhandkonten bestätigt wurde, sowohl vom Treuhänder als auch von Mitarbeitern der beiden Banken, und obwohl wir in mehrfacher Ausfertigung, sowohl Hard- als auch Softcopy, Bankbestätigungen von beiden Banken erhalten haben und wir insofern eigentlich mit der Prüfungshandlung zumindest nach den Prüfungsstandards fertig gewesen wären, hat das Prüfungsteam trotzdem weitergeprüft.

Es gab nämlich zwei kleine Auffälligkeiten, nämlich einmal in Bezug auf etwas, was im Rücklauf war von den Bankbestätigungen. Das war eine kleine Auffälligkeit, die aber gut begründet werden konnte, die mir aber trotzdem keine Ruhe ließ. Und zum Zweiten hatten wir die Situation, dass inzwischen auch die Geschäftsberichte der beiden Banken veröffentlicht waren und in diesen Geschäftsberichten der Banken auch diese Eurokonten in irgendeiner Weise hätten ausgewiesen werden müssen. Und da war die Auffälligkeit, dass in einem dieser Bankabschlüsse die Fremdwährungsrisiken in der Höhe anscheinend nicht vorhanden sein konnten. Also insofern: Das waren ganz wesentliche Punkte, die auch die Zweifel an der Existenz der Eurokonten dann nachher ausgelöst haben.

Es waren aber am Ende des Tages nicht die Bankbestätigungen, die, sage ich mal, diesen Zweifel weiter erhärtet haben, sondern es waren die ausstehenden, immer wieder angeforderten Testtransaktionen, die mit unterschiedlichsten Begründungen erklärt wurden, warum sie ausblieben. Das war für uns aber eine ganz zentrale Prüfungshandlung. Und insofern verdichtete sich der Verdacht, dass etwas nicht stimmt.

Wir haben dann Kontakt mit der Vorstandsebene der beiden Banken aufgenommen. Und das ist etwas, was völlig unüblich ist. Sie können sich auch vorstellen, dass Bankvorstände nur darauf warten, dass Wirtschaftsprüfer sie anrufen und



Nur zur dienstlichen Verwendung

Vorsitzender Kay Gottschalk: Wunderbar. - Seit wann ist EY nochmals genau mit den Abschlussprüfungen des Wirecard-Konzerns betraut gewesen? Man liest da immer Unterschiedliches. Ich habe jetzt festgestellt, von 2007 auf 2008, weil da ähnliche Sonderermittlungen mal angestellt worden sind. Das war außerhalb des Untersuchungszeitraums. Aber seit wann sind Sie mit den Abschlussprüfungen des Konzerns betraut gewesen?

Zeuge Dr. Christian Orth: Also, aus meinem Kenntnisstand heraus - wie gesagt, ich selber bin ja erst in der Runde seit Mitte 2017 -, auch vor dem Hintergrund der Rotation und der Ausschreibung mit der Zehnjahresfrist, müsste es das Geschäftsjahr 2009 gewesen sein.

Vorsitzender Kay Gottschalk: Mhm. - Wer hat EY als Wirtschaftsprüfungsgesellschaft für die Jahresabschlussberichte der Wirecard AG beauftragt? Konnten Sie das bei der Vorbereitung oder aus den Unterlagen entnehmen?

Zeuge Dr. Christian Orth: Also, zunächst: Das ist ja etwas, was zwischen dem Prüfungsteam abläuft und dem Mandanten - Pardon, wenn ich „Mandant“ sage -, der Wirecard in dem Fall. Insofern: Ich habe diese Information nicht vorliegen. Üblich wäre, dass, sage ich mal, das Auftragsbestätigungsschreiben dann über den Aufsichtsrat läuft, den dieser beauftragt.

Vorsitzender Kay Gottschalk: War EY auch als Wirtschaftsprüfungsunternehmen für die Tochtergesellschaften, und wenn ja, für welche Tochtergesellschaften der Wirecard AG zuständig?

Zeuge Dr. Christian Orth: Auch das ist eine Frage, die ich nicht vollumfänglich beantworten kann, vor dem Hintergrund: Es gab Tochtergesellschaften, die von EY geprüft wurden. Und es müsste möglich sein, aus dem Prüfungsbericht des Konzernabschlusses eine entsprechende Auflistung zu entnehmen. Aber, wie gesagt, ich selber habe da jetzt keine konkreten Kenntnisse.

Vorsitzender Kay Gottschalk: Dann die übliche Frage, die wir allen Zeugen hier stellen: Hatten oder haben Sie - kann ja sein - Wirecard-Aktien noch in Ihrem Depot oder etwaige Derivate - wir

haben gestern gelernt, da gibt es dann auch die Baskets, die ... (akustisch unverständlich) dann auch jemand mit bestimmten Schlaglinien nach oben und nach unten - - Hatten Sie so was in Ihrem Bestand?

Zeuge Dr. Christian Orth: Herr Gottschalk, wir als Wirtschaftsprüfungsgesellschaft haben sehr umfangreiche Systeme, weltweite Systeme. Es ist mir als Partner der EY Deutschland GmbH nicht gestattet, Aktien oder Fondsanteile zu halten von Gesellschaften, die wir prüfen. Insofern ist das, sage ich mal, zunächst mal systemisch ausgeschlossen, weil es auch immer „gemonitored“ und geprüft wird. Aber um ganz konkret Ihre Frage zu beantworten: Ich habe weder jemals Wirecard-Aktien erworben, verkauft noch in einem Basket - - Das ist Fakt. deutsche

Vorsitzender Kay Gottschalk: Okay, ja, alles klar. - Dann würde ich jetzt so ein bisschen auf die spezielleren Fragen schon mal zu sprechen kommen. Sie hatten eben gesagt, Sie sind PPD. Gab es denn innerhalb des Zeitraums, in dem Sie tätig waren, neben dem, was Sie geschildert haben, Hinweise oder auch Fragen Ihrer Prüfungsteams bezüglich der Jahresabschlüsse Wirecard AG? Oder war das dann sozusagen, wie Sie es geschildert haben, aus meiner Wahrnehmung jetzt, auch Singapur, so der erste Hilferuf Ihrer Teams an den PPD?

Zeuge Dr. Christian Orth: Herr Gottschalk, ich habe mich auf eine solche Frage vorbereitet und bin selber noch mal durch, sage ich mal, unsere Konsultationsdatenbanken gegangen und habe auch noch mal meine Unterlagen durchforstet. Es ist so, dass Mitte 2017, kurz nachdem ich das Amt angetreten habe, eine telefonische Konsultation bei uns angekommen ist mit einer Fragestellung zu einer §-29-III-KWG-Meldepflicht. Es hat dann ein erstes Telefonat dazu stattgefunden. Das war im August. Dieses Telefonat führte dann dazu, dass sich herausstellte, dass es eine Frage, sage ich mal, war, die in den Bereich unserer Financial-Services-Organisation gefallen ist. Das ist der Bereich, der Banken und Versicherungen prüft; denn ich selber bin kein Bankenprüfer,



Nur zur dienstlichen Verwendung

und KWG sind sehr spezielle Vorschriften. Insofern habe ich dann auch auf unsere FSO-Abteilung verwiesen.

Es ist auch so, dass der auftragsbegleitende Qualitätssicherer für die Wirecard - den haben wir aus der FSO, weil wir eine Fintech-Gesellschaft haben - - Diese Person wurde mit eingebunden.

Man hat dann auch - das dürfen Sie jetzt Zufall nennen oder nicht - - Ich habe dann meinen Sommerurlaub dieses Jahr angetreten bis Ende August/Anfang September, und in der Zeit hat das Prüfungsteam mit, sage ich mal, auch den Kollegen aus der FSO diesen Sachverhalt erörtert. Und unmittelbar nach meinem Urlaub - das muss der Montag gewesen sein, also, ich meine, der 5. oder 6. September - kam es dann zu einer Telefonkonferenz, in der dann auch noch mal klargestellt wurde, dass der Sachverhalt hier noch bestimmter Abstimmungen bedarf, aber dass man zum Ergebnis gekommen sei, dass keine §-29-III-Meldung erforderlich sei.

Ich habe auch, sage ich mal, ganz bewusst noch mal unseren auftragsbegleitenden Qualitätssicherer jetzt kürzlich dazu angesprochen, ob er diese Einschätzung heute auch noch hätte, und das hat er mir positiv beantwortet, dass eine Meldepflicht nicht bestanden hat.

Vorsitzender Kay Gottschalk: Okay. - Also, ich bin jetzt auch flexibel und gut vorbereitet. Jetzt würde mich eine Frage einfach mal interessieren, wenn ich so sehe, wer den Konzernabschluss, den Jahresabschluss und den Bankabschluss gezeichnet hat, einfach nur eine Verständnisfrage. Da geht es dann los in 2014, Konzernabschluss: Broschulat/Bauer, Broschulat/Bauer, Bauer/Then. In 2015 Broschulat/Loetscher beim Konzern, Jahresabschluss Broschulat/Loetscher und bei der Bank wieder Bauer/Then.

Dann haben wir 2016. Jetzt wird es ja schon interessanter, interessanter von daher, weil wir auch festgestellt haben durch den Herrn Jaffé, dass ab 2016 - das hat er hier in einer erweiterten Oberleuterrunde, so haben wir es genannt - - auch gesagt: Ab 2016, auf meine Frage hin, war negativer Cashflow, wenn man das TPA-Geschäft, was ja

offenbar Ihnen ja dann auch in 2019, 2020 dann mit dem Wechsel irgendwo mulmig wurde - so formuliere ich das mal - - ursächlich war. Und ab 2016 waren es dann Dahmen/Loetscher beim Konzernabschluss, Dahmen/Loetscher beim Jahresabschluss und Loetscher/Then bei der Bank. Und dann geht das so weiter: Dahmen/Loetscher, Dahmen/Loetscher, Loetscher/Treitz. Und einige Namen bleiben immer. Tauschen die sich einfach mal aus? Ich stelle die Frage schon. Ich glaube, das wird heute ja kommen, dass uns, glaube ich, allen deutlich geworden ist, zumindest uns hier, anders vielleicht als der BaFin, dass diese Wirecard Bank doch eine ganz erhebliche Rolle innerhalb des Wirecard-Konzerns gespielt hat. Ich habe die Herz-Lungen-Maschine dieses ganzen Gebildes genannt. Tauschen sich da diejenigen, die links unten, rechts unten unterschreiben, mal aus? Oder ist das innerhalb Ihrer eigenen Firmen-Compliance - das hat sich mir beim Studium Ihrer Unterlagen nicht erschlossen - verboten? Weil da kann man ja wertvolle Hinweise geben, wenn man sich mal austauscht.

Zeuge Dr. Christian Orth: Also, zunächst ist es so, dass, wenn eine - - Vielleicht fange ich an mit Ihrer - - Sie hatten die Frage, ob diese Personen, die Sie aufgezählt haben, jeweils da zuständig waren. Das ist auch mein Kenntnisstand. Insofern: Diese Frage möchte ich positiv beantworten. Es ist so, dass in der Regel es bei uns so gehandhabt wird, dass wir versuchen, dass der Konzernabschluss und der Jahresabschluss von demselben Team geprüft werden. Hängt aber immer von der Größe ab. Da sehen Sie aber eine gewisse Kontinuität in der Auflistung, die Sie jetzt gerade genannt haben.

Für eine Bank - das wäre jetzt in diesem Fall die Wirecard Bank -, hatte ich ja erwähnt, haben wir die Financial-Service-Organisation. Das ist nach meinem Kenntnisstand auch bei anderen Häusern durchaus üblich, dass man hier, sage ich mal, eine Abteilung hat, die spezielle Kenntnisse hat, was ja auch gut ist, für Bankprüfungen. Insofern haben wir hier auch andere Prüfer zum Einsatz. Es gibt auch - -

Vorsitzender Kay Gottschalk: Tauschen die sich aus? Ich sehe ja, einer ist immer sozusagen Link



Beitrag zur öffentlichen Verhandlung

Fritz Güntzler (CDU/CSU): Wenn ich Sie auf den Punkt bringe, sagen Sie, aufgrund der vertraglichen Konstellation konnten Sie die Maßnahmen, die Sie dann in 20 für 19 durchgeführt haben, nicht durchführen. Also, eine Bankbestätigung ist nach Ihrer Auffassung nicht einholbar gewesen, also mal ganz plastisch.

Zeuge Dr. Christian Orth: Das ist, sage ich mal, das, was Ausgangspunkt des Prüfungsteams war. Das ist das, was die Verträge, die ich jetzt gesehen habe, in 15 - - so gestrickt waren. Das ist die Textziffer 1.5 dort in dem Vertrag. Insofern: Es war ein anderer Rechtskreis, ein anderer Treuhänder, und es war auch ein anderer Vertrag.

Fritz Güntzler (CDU/CSU): Und obwohl - - Wenn Sie rechtlich die Möglichkeiten nicht hatten, dieses einzufordern, so wie Sie darstellen, waren Sie dennoch der Auffassung, dass die Prüfungsnachweise ausreichend sind für die Existenz der Treuhandkonten.

Zeuge Dr. Christian Orth: Das Prüfungsteam hat die Nachweise, die es erlangt hat von den TPAs, von den Treuhändern, von den Background Researches, von den Testüberweisungen. Und jetzt reden wir bei Testüberweisung nicht über diese 50 Millionen, sondern es wurden ja auch Testüberweisungen in Bezug auf das TPA-Geschäft durchgeführt - ich beeile mich - - hat man das ja überprüft. Das heißt, das Prüfungsteam ist davon ausgegangen, angemessen ausreichende Prüfungsnachweise vorliegen zu haben. Und die KPMG, was Sie angesprochen hatten, die Sonderuntersuchung stellte ja ab auf angemessene und ausreichende Prüfungsnachweise in Bezug auf Bankbestätigungen von den Treuhandkonten. Die hatten wir ja nicht.

Fritz Güntzler (CDU/CSU): Ja, eben. Und das ist - - Das ist ja die Frage, um die es sich rankt. Aber wir kommen ja noch weiter. Wir haben gestern von Herrn Eichelmann gehört, wie KPMG und EY sich gegenüberstanden und jeder eine andere Meinung hatte. Aber das wollen wir ja heute noch ein bisschen erörtern. - Vielen Dank erst mal, Herr Orth.

Zeuge Dr. Christian Orth: Sehr gerne.

Vorsitzender Kay Gottschalk: Prima. Danke Fritz Güntzler. - Und dann Dr. Toncar für die FDP-Fraktion.

Dr. Florian Toncar (FDP): Vielen Dank. - Herr Orth, Sie haben ja in Ihrem Eingangsstatement auf den Umgang mit den Whistleblower-Hinweisen aus Singapur Bezug genommen und auch noch mal gesagt, das sei aus Ihrer Sicht irgendwie regionaler Sachverhalt gewesen, und die Korrekturbuchung war auch nicht so groß. Ich will Sie aber jetzt mal konfrontieren oder befragen zu dem Rajah & Tann-Bericht, Wirecard AG Draft Investigation Report, 17. August 2018 von Rajah & Tann, der ja letztlich den Komplex erörtern will. Da wird in Ziffer 163 ausgeführt:

Edo

- das ist ein Zeuge -

has named others persons as being potentially involved in the matters described above. He has singled out Mr Jan Marsalek as being the person who gave him the right momentum-WDSG Agreement and the invoices issued by a Right Momentum „as a package“ ... and as also being the person who asked him to deal with the WDSG-Flexi Flex Agreement ...

Und so weiter. Da geht es um die Scheinverträge. Also, Herr Marsalek wird da erwähnt im Zusammenhang mit den Scheinverträgen.

Und dann wird in 164 weiter aufgeführt:

Wirecard may wish to interview Mr. Jan Marsalek ...

- usw. -

to ascertain their level of involvement ... If they have been involved, then criminal liability may potentially arise under German law.

Also auf Deutsch: Die haben kein deutsches Strafrecht geprüft, die haben nur Singapur-Recht geprüft. Herr Marsalek wurde von einem Zeugen



Zur diebstahlrechtlichen Verantwortung

Dr. Florian Toncar (FDP): Ich zitiere den Bestätigungsvermerk, -

Zeuge Dr. Christian Orth: Vielen Dank.

Dr. Florian Toncar (FDP): - der da im Wortlaut abgedruckt ist ab Seite - irgendwo - 200 noch was. Singapur ist Seite 219, 220.

Zeuge Dr. Christian Orth: Zu Ihrer Frage: Es ist so - jetzt schaue ich Richtung Herrn Güntzler -: Wenn die Rechnungslegung korrigiert wurde - nach § 8 wurde es auch im Geschäftsbericht ausgewiesen -, ist nach der Korrektur - und ich meine, es wären, wenn es ganz genau wären, 11 Millionen in die eine und 10 Millionen in die andere Richtung; das waren so rund 1,x Millionen Ergebniseffekt - - Nachdem das korrigiert wurde und in der Konzernrechnungslegung insofern richtig dargestellt wurde, ergaben sich aus der Korrektur dann keinerlei, sage ich mal, Einwendungen mehr gegen die Rechnungslegung. Das ist die Technik, wie wir dann den Bestätigungsvermerk gemacht haben.

Dr. Florian Toncar (FDP): Ja, das stimmt; aber es ist natürlich so, dass dort, wo zufälligerweise damals 1,1 Milliarden noch an Treuhandgeldern lagen, nämlich bei Citadelle in Singapur in dem Fall, das lokale Management im Kontext gefälschte Dokumente, Scheingeschäfte ja erwähnt wurde und die Korrekturbuchung auch stattfinden musste. Hätte das nicht - - Und das war ja auch übrigens der Grund, warum der Markt so reagiert hat nach dem „FT“-Bericht. Das war ein heftiger Vertrauensverlust in Wirecard, obwohl das nur Singapur war, was da erst mal erwähnt wurde. Hätte das nicht indiziert, wenn man das lokale Management belastet vorfindet und dieses lokale Management ja irgendwie auch mit 1,1 Milliarden Euro Treuhandgeldern zu tun hat, da noch mal näher reinzugucken oder zumindest der Bereichsvorstand, der hier erwähnt ist, in Singapur ja auch verantwortlich ist für 1,1 Milliarden Euro Treuhandvermögen? Oder hat das nichts miteinander zu tun aus Ihrer Sicht, Rajah & Tann, all das, Whistleblower-Thema mit dem Treuhandthema und Citadelle?

Zeuge Dr. Christian Orth: Herr Toncar, die Treuhandkonten waren nicht in dem Bereich dieses Managements in Singapur. Das heißt, das TPA-Geschäft war - - Das, was TPA-Geschäft und Treuhandkonten waren, hatte nichts zu tun mit der Legaleinheit und den Wirkenden hier in Singapur bei Wirecard. Und das ist, sage ich mal, dem „Unglück“ - in Anführungsstrichen - geschuldet, dass die Treuhandkonten in Singapur waren und diese Unregelmäßigkeiten vom Management der Einheiten von Wirecard in Singapur begangen wurden. Die Treuhandkonten und das TPA-Geschäft waren aber von dem besagten Edo überhaupt nicht verwaltet oder in irgendeiner Weise - -

Dr. Florian Toncar (FDP): Nee, es ging eher um Geschäftspraktiken; das ist richtig.

Zeuge Dr. Christian Orth: Ja.

Dr. Florian Toncar (FDP): Aber Herr Marsalek war ja nun doch irgendwie über beidem - mindestens.

Zeuge Dr. Christian Orth: Herr Marsalek war für das gesamte Asien-Geschäft der COO. Was wir seinerzeit gemacht haben - und das ist auch entsprechend unser Prüfungsstandard so -: dass wir nachschauen in dem Bereich, in dem der Fraud begangen wurde, ob ähnliche Muster auch anderweitig im Konzern vorliegen oder in anderen Gesellschaften. Und der entscheidende Punkt waren damals Softwareverträge und -lizenzen. Das heißt, wir haben dann auch den gesamten Konzern nach ähnlichen Vertragskonstellationen und Mustern durchsucht, das heißt: Gab es einen Effekt, also ein Pattern sozusagen, also ein typisches kriminelles Handeln, was hier dem Ganzen zugrunde liegen könnte? Aber die Treuhandkonten und das TPA-Geschäft waren nicht Teil dieser Singapur-Allegations in 18. Das ist der entscheidende Punkt.

Dr. Florian Toncar (FDP): Allerdings: Herr Jaffé hat hier ausgesagt, dass auch das Thema Softwareverträge, Scheinverträge oder überhöhte Beschaffungswerte für Software ein signifikanter sozusagen Faktor war beim Thema Mittelabfluss aus dem Konzern. Das hat er dargestellt als einen



zur die

Zeuge Dr. Christian Orth: Zu der Frage des Ausweises der Treuhandkonten gab es eine fachliche Diskussion, die auch geführt wurde; das ist richtig. Das heißt, wir reden jetzt über den Ausweis oder die Prüfung der Existenz?

Matthias Hauer (CDU/CSU): Über die Prüfung.

Zeuge Dr. Christian Orth: Die Prüfung der Existenz - - gab es die Diskussion, dass der Sonderuntersucher gerne unmittelbare Prüfungsnachweise von der Bank erlangen wollte. Das heißt, man hat hier Prüfungsnachweise von Banken haben wollen.

Matthias Hauer (CDU/CSU): Weil uns nämlich der Herr Eichelmann gestern auch davon berichtete, dass es so Januar/Februar Diskussionen gegeben habe zwischen EY und KPMG. Und er hat dann wörtlich gesagt: KPMG ist konsequent geblieben. - Zu EY hat er dann nicht so viel gesagt. Könnte man aber jetzt im Umkehrschluss dann den Schluss ziehen, dass Sie nicht so konsequent geblieben sind? Würden Sie sich dem anschließen?

Zeuge Dr. Christian Orth: Also, ich kann da keine Mutmaßung zu abgeben, weil ich den Kontext dieser Aussage jetzt nicht einordnen kann und ich auch nicht dabei war. Ich versuche, Herr Abgeordneter - - Meine Frage würde in die Richtung gehen: War es eine Diskussion um die Einholung von Bankbestätigungen in 19 für 18 oder in 20 für 19? Vielleicht weil das mir von der zeitlichen Einordnung helfen würde, Ihre Frage zu beantworten.

Matthias Hauer (CDU/CSU): Also, es war Januar/Februar 2019. Nur meine Frage - und es geht ja um meine Frage - war die, ob Sie da nicht konsequent geblieben sind. Ich kann es aber auch konkreter sagen, dass es keine Einschätzung mehr Ihrerseits bedarf: Halten Sie die Position, die EY damals vertreten hat, aus heutiger Sicht immer noch für richtig?

Zeuge Dr. Christian Orth: Herr Hauer, die Position um die Prüfung von Treuhandkonten ist vor dem Hintergrund der Causa Wirecard momentan komplett neu auf dem Tisch, wird diskutiert,

wird auch diskutiert auf internationaler Ebene. Ich glaube, die Causa Wirecard zeigt auch an - und das haben wir auch getan bei EY - - erste Änderungen eingeführt haben in dem Prüfungsvorgehen, die in der Form jetzt nicht im Prüfungsstandard stehen, nicht explizit. Wir gehen aber fest davon aus, dass jetzt seitens des IDWs eine entsprechende Verlautbarung veröffentlicht wird, und dann ist das auch für uns das Maß der Dinge. Also, aus heutiger Sicht, wie gesagt: Mit dem Wissen von heute beurteilen wir das anders.

Matthias Hauer (CDU/CSU): Ja, nur in den Prüfungsstandards des IDW 302, da ist ja bereits jetzt die Rede davon, dass grundsätzlich auch Bankbestätigungen einzuholen sind.

Zeuge Dr. Christian Orth: Das ist richtig, Herr Hauer.

Matthias Hauer (CDU/CSU): Das ist ja bisher schon so.

Zeuge Dr. Christian Orth: Ja. Und die Textziffer 20 stellt expressis verbis explizit darauf ab, dass es eine Geschäftsbeziehung zwischen dem Mandanten und dem Kreditinstitut sein muss. Wenn Sie das vorliegen haben, können Sie das nachvollziehen. Und genau das ist ja der entscheidende Punkt: Wir haben hier keine Beziehung, keine Geschäftsbeziehung zwischen Wirecard und der OCBC gehabt, sondern eine Geschäftsbeziehung bestand zwischen dem Treuhänder, Herrn Chan und der OCBC. Und das ist der entscheidende Punkt an dieser Stelle.

Matthias Hauer (CDU/CSU): Ich habe schon gelernt, dass Sie auf Nachfrage von Kollegen Güntzler und De Masi gesagt haben, dass der Treuhänder der Dritte aus Ihrer Wahrnehmung ist und dass Sie die Bestätigung der Bank aus rechtlichen Gründen jetzt nicht für einholbar hielten. - Habe ich das richtig wiedergegeben?

Zeuge Dr. Christian Orth: Es ist so, dass Sie bei der OCBC - denn das haben wir ja auch noch mal in dem Folgegeschäftsjahr 19 - -

Matthias Hauer (CDU/CSU): Also, es reicht mir eigentlich, wenn Sie mir das jetzt bestätigen oder



zur Verwendung

es abstreiten. Also, Sie hielten die nicht rechtlich für einholbar, die Bestätigung? Ich muss auch ein bisschen auf die Uhr gucken.

Zeuge Dr. Christian Orth: Also, noch mal: Das Prüfungsteam hat es so gewertet und hat die - -

Matthias Hauer (CDU/CSU): Okay, das Prüfungsteam. Aber Sie persönlich, wie bewerten Sie das? Ich meine, Sie sind ja Zeuge, nicht das Team, hier gerade.

Zeuge Dr. Christian Orth: Meine Aussage wollte ich ja dahin gehend lenken, dass wir auch überprüft haben, ob wir es in 19 bekommen könnten. Es gibt nur eine Inbox bei der OCBC; Sie haben keinen direkten Ansprechpartner. Das heißt, das Formular, was wir ausfüllen müssen, können Sie sich ja mal anschauen, ob damit Treuhandkonten abgefragt werden können.

Matthias Hauer (CDU/CSU): Sie müssen ja, wenn Sie jetzt keine Bankbestätigung haben - und die hatten Sie ja jetzt hier nicht in dem Fall - - dann müssen Sie ja das durch andere Prüfungsnachweise in irgendeiner Weise sicherstellen oder kompensieren, nenne ich das jetzt mal. War das denn gleichwertig aus Ihrer Sicht, was Sie da eingeholt haben?

Zeuge Dr. Christian Orth: Der Prüfungsstandard sagt, dass Prüfungsnachweise einzuholen sind von Dritten, dass hier zu prüfen ist, dass Dritte vertrauenswürdig sind. Deswegen auch die Hintergrundrecherche des Prüfungsteams. Das finden Sie jetzt teilweise im PS 302, aber teilweise auch im PS 210. Und der entscheidende Punkt an dieser Stelle ist wieder, dass hier nicht nur die Standardprüfungshandlungen vom Prüfungsteam durchgeführt wurden, sondern bereits vor der Prüfung 2019 erweiterte Prüfungshandlungen durchgeführt wurden, wie unter anderem Testkäufe, Bestätigungen oder Vorlage von Kontoauszügen mit entsprechenden Transaktionen, also Zahlungsflüssen. Und das ist auch dokumentiert, auch im KAM, im Bestätigungsvermerk, dass sich hier entsprechende Zahlungsflüsse angeschaut wurden.

Matthias Hauer (CDU/CSU): Das halten Sie für gleichwertig?

Zeuge Dr. Christian Orth: Die erste Frage ist: Was ist der Prüfungsnachweis, den ich abholen muss?

Matthias Hauer (CDU/CSU): Nein, meine Frage ist - gibt eigentlich nur eine -, ob das gleichwertig ist, diese Prüfungsnachweise.

Zeuge Dr. Christian Orth: Die Bankbestätigung ist - - Der Punkt ist der: Es gibt nicht eine Gleichwertigkeit. Die Einholung einer Bankbestätigung im Rahmen eines Treuhandverhältnisses nach alter Rechtslage - sage ich jetzt bewusst - ist nicht erforderlich. Das heißt, ich bräuchte gar keinen Prüfungsnachweis. Das ist die Auffassung, die das Team vertreten hat und die aus meiner Sicht seinerzeit auch vertretbar war. So, der entscheidende Punkt - -

Matthias Hauer (CDU/CSU): Also heute nicht mehr. Seinerzeit ja, aber heute nicht.

Zeuge Dr. Christian Orth: Vor dem Hintergrund der Diskussion, die wir im Berufsstand führen, wird sich das ändern. Da bin ich fest von überzeugt. Aber, wie gesagt, wir haben momentan noch keine anderen Prüfungsstandards vorliegen.

Matthias Hauer (CDU/CSU): Ich würde gerne noch mal weiter zu dem Treuhänder etwas erfahren. und zwar wie denn EY die Seriosität der Treuhänder geprüft hat.

Zeuge Dr. Christian Orth: Das Prüfungsteam hat dazu die Forensikabteilung eingesetzt und hat sogenannte Hintergrund-, Background Researches gemacht. Unter anderem hatte ich gesehen, dass auch Dokumente des Unternehmensregisters in Singapur eingeholt wurden und Ähnliches. Also, das waren sogenannte Background Researches.

Matthias Hauer (CDU/CSU): Das hört sich ja sehr professionell und toll an. Aber was muss man denn darunter verstehen? Also, wird dann zum Beispiel auch geprüft, ob der Treuhänder überhaupt Treuhandleistungen erbringen darf?



3. Untersuchungsausschuss

zur die

Zeuge Dr. Christian Orth: Der Herr Chan war ein sogenannter Corporate Secretary, der in dem Register mit entsprechenden Tätigkeiten eingetragen war.

Matthias Hauer (CDU/CSU): Also, sowohl der Treuhänder in Singapur als auch in Manila - -

Zeuge Dr. Christian Orth: Pardon, meine Aussagen, Herr Hauer - ich muss das insofern klarstellen -, bezogen sich jetzt auf Herrn Chan, weil Sie von der OCBC her kamen. - In Manila gab es entsprechende Hintergrund-Researches und auch den Vor-Ort-Besuch am 4. März. Da war ja auch die KPMG mit dabei. Man hat hier auch entsprechend Hintergrund-Researches gemacht.

Matthias Hauer (CDU/CSU): Also, Sie sagen, es wurde geprüft Ihrerseits und festgestellt, der durfte Treuhandleistungen erbringen und es war eine seriöse Persönlichkeit in Singapur.

Zeuge Dr. Christian Orth: Ich habe die Prüfungshandlungen nicht durchgeführt; deswegen kann ich die Antwort jetzt nicht mit Ja oder Nein geben. Ich habe gesehen, dass da Unterlagen dazu da sind; aber ich kann jetzt diese Frage - -

Matthias Hauer (CDU/CSU): Sie haben sie aber nicht angeguckt, die Unterlagen.

Zeuge Dr. Christian Orth: Nein, Ihre Frage ist ja: Kann man das daraus rückschließen? Und diese Frage kann ich nicht beantworten.

Matthias Hauer (CDU/CSU): Kann ich jetzt nicht so ganz nachvollziehen, warum Sie das nicht beantwortet haben. Wenn dazu Unterlagen da sind, die Sie sich angeschaut haben, dann können Sie doch sagen: Uns liegt eine Bestätigung vor, dass der Treuhänder in Singapur auch Treuhandleistungen erbringen durfte.

Zeuge Dr. Christian Orth: Das ist das, was das Prüfungsteam in den Unterlagen zusammengetragen hat.

Matthias Hauer (CDU/CSU): Und dafür lag eine Bestätigung vor in den Unterlagen? Oder haben die das auf Zuruf irgendwie festgelegt?

Zeuge Dr. Christian Orth: Nein, es gab nach meinem - - Das war meines Wissens ein Auszug aus dem Register in Singapur.

Matthias Hauer (CDU/CSU): Und daraus ergab sich, dass er zu Treuhandleistungen - -

Zeuge Dr. Christian Orth: Corporate Secretary oder Corporate Law Services erbracht hat und insofern dann auch diese Form von Treuhandkontenführung damit abgedeckt sei.

Matthias Hauer (CDU/CSU): Okay. Ich lasse das jetzt erst mal sacken.

Zeuge Dr. Christian Orth: Aber Herr Hauer - -

Matthias Hauer (CDU/CSU): Ich komme noch mal zu diesen Beträgen, 1,9 Milliarden Euro auf diesem Treuhandkonto am Ende oder eben nicht vorhanden am Ende. Sie haben ja gerade noch mal erklärt, wofür diese Sicherheit benötigt wurde nach dem Geschäftsmodell von Wirecard, haben da von Totalausfall gesprochen. Wenn das die Absicherung ist, diese 1,9 Milliarden, wie groß müsste denn dann das Geschäftsvolumen sein, wenn Totalausfall 1,9 Milliarden ist?

Zeuge Dr. Christian Orth: Die Frage habe ich im Kontext der Nacharbeitung auch gestellt. Gestatten Sie mir, einmal kurz in die Unterlage zu schauen.

Matthias Hauer (CDU/CSU): Gerne. - Können wir die Zeit einmal bitte stoppen?

(Der Zeuge blättert in seinen Unterlagen)

Zeuge Dr. Christian Orth: Also, das zugrunde gelegene Geschäft 2018 betraf 17,7 Milliarden TPA mit den drei TPAs; davon waren aber nur - also wir haben mehr Volumen als risikobehaftetes Volumen - 3,5 Milliarden TPA-risikobehaftet. Das war der Anteil, der die Bemessungsgrundlage für die 1 Milliarde per 31.12.2018 dargestellt hat. Das Jahresvolumen war weit überwiegend begründet aus den Jahresabonnements. Das heißt, sage ich mal, die Merchants hatten hier Dauer-



zur die

bestimmte Tätigkeiten dürfen dann nicht durchgeführt werden.

Andersherum ist es so: Wenn der Mandant möchte, dass bestimmte Projekte durchgeführt werden und in 18 für 19 beauftragt werden, wir dann aber als Abschlussprüfer wiederbestellt würden, was wir jetzt auch in diesem Fall wurden, dann würde hier diese Beratungsleistung - und das hatten Sie ja angesprochen - eventuell unzulässig sein. Das heißt, dieser Prozess muss sauber aufgesetzt sein und ist eigentlich auch in allen Häusern, Wirtschaftsprüferpraxen Teil der Qualitätssicherung, dass da halt nichts passiert.

Cansel Kiziltepe (SPD): Okay. - Aber halten Sie es dann für richtig, dass Herr Fichtelberger, der ja seit 2008 im Prüfungsteam ist, soweit ich weiß, aktiv dieses Transformationsprojekt angeht, anstößt praktisch? Hätte nicht EY Stuttgart jemand anderes schicken können? Er will ja dann auch dabei sein, in diesen Gesprächen, steht in dieser E-Mail dazu.

Zeuge Dr. Christian Orth: Frau Kiziltepe, er ist Teil des Prüfungsteams gewesen, was aber die einzelnen, sage ich mal - - Was die Ausgangslage war für die Bearbeitung als Channel-2-Mandat, bin ich nicht involviert, weil das in den einzelnen Märkten - und ich korrigiere Sie wirklich nur ungern - - Das würde jetzt nicht Stuttgart machen. Weil das Mandat in Aschheim ist, wäre das über Bayern, über München. Pardon.

Cansel Kiziltepe (SPD): Dann wollte noch mal wissen: Haben die Honorare von Wirecard eigentlich ausgereicht, um die Kosten der Prüfung zu decken?

Zeuge Dr. Christian Orth: Die Antwort ist ja. Es waren marktübliche Preise.

Cansel Kiziltepe (SPD): Und bei den steigenden Allegations, also Vorwürfe kommen immer mehr, hat es dann ausgereicht auch für - -

Zeuge Dr. Christian Orth: Da war es sogar so, dass über das Stundenvolumen auch die Abschlussprüfungshonorare deutlich gestiegen sind.

Cansel Kiziltepe (SPD): Das wurde dann auch erhöht. Also, Wirecard hat nicht gesagt: Nein, wir haben nur ein Budget von soundso viel, und das muss alles pauschal - weil Wirecard hat sehr gerne pauschal gearbeitet, auch mit Rechtsanwaltskanzleien zum Beispiel.

Zeuge Dr. Christian Orth: Also, das weiß ich jetzt nicht. Ich kann Ihnen aber sagen, dass alle unsere Verträge Öffnungsklauseln haben. Das ist auch berufsrechtlich erforderlich, damit wir genau dieser Gefahr, dass wir jetzt weniger prüfen, weil das Honorar aufgebraucht ist für die Prüfung - - dass das nicht passiert.

Cansel Kiziltepe (SPD): Also, es war immer so, wenn EY sich gedacht hat: „Hier müssten wir eigentlich stärker reingehen, das würde aber mehr Personal erfordern, mehr Kosten erfordern, und wir fragen jetzt mal die Führung hier, ob sie das auch leisten“ - - Gab es Momente, wo gesagt wurde: „Nee, wir können jetzt nicht mehr Geld dafür aufbringen“ und Sie dann Prüfungen zurückgestellt haben, die notwendig gewesen wären?

Zeuge Dr. Christian Orth: Also, diese Situation ist mir nicht bekannt. Mir ist die gegenteilige Situation bekannt. Auch Herr Eichelmann hat gesagt, es wird geprüft, bis fertig ist. Insofern: Ich habe zur Zeit meiner Befassung weder vom Prüfungsteam noch in irgendwelchen E-Mails noch in irgendwelchen Gesprächen Restriktionen wahrgenommen. Das kann ich, wie gesagt, für den Zeitraum meiner eigenen Wahrnehmung - - Ich kann aber auch sagen, dass mich das überraschen würde, wenn hier solche - - Es gibt - - Unsere Engagement Letters, unsere Auftragsschreiben, sehen diese Öffnungsklausel vor. Also, insofern: Das spricht eigentlich dagegen, Frau Kiziltepe.

Cansel Kiziltepe (SPD): Dann haben Sie in Ihrem Eingangsstatement gesagt, Sie hätten sich auf die Analysten verlassen. Wir hatten gestern hier eine Analystin, die Heike Pauls. Und sie hat gesagt: Wir haben uns auf die uneingeschränkten Testate über zehn Jahre uneingeschränkt - uneingeschränkt - verlassen. Wir hatten auch andere Zeu-



zur dienstlichen Verwendung

Zeuge Dr. Christian Orth: Auch zuletzt war das ja genau die Diskussion. Und, Herr Hauer, Ihre Frage ist ja tatsächlich - - Also, das eine ist ja vertraglich. Und wie es dann, sage ich mal, gelebt wird, ist ja was anderes. Und zuletzt war ja die Frage: Wie sieht es denn tatsächlich aus? Man erzählt uns: Es muss jederzeit frei verfügbar sein, und deswegen ist es ein liquides Mittel. Mit der Testüberweisung wollten wir genau diesem - - Also, es wurde immer behauptet, es wurden Gutachten eingeholt.

Matthias Hauer (CDU/CSU): Ja, aber warum haben Sie das nicht zwei Jahre vorher gemacht?

Zeuge Dr. Christian Orth: Na ja, der Prüfer - - Noch mal: Diese Prüfungshandlung ist absolut ungewöhnlich. Also, das ist keine Prüfungshandlung, auch wenn sie noch so trivial ist, ja? Jetzt im Nachhinein sagt jeder: Ja, das ist ja eine triviale und geniale Lösung. - Der entscheidende Punkt ist, dass diese Sicherungsgelder nicht einfach von den Treuhandkonten genommen wurden oder werden konnten.

Matthias Hauer (CDU/CSU): Ja, weil es keine liquiden Mittel waren.

Zeuge Dr. Christian Orth: Nein, weil die Verträge es vorgesehen haben, dass diese Mittel als Sicherheiten vorrätig gehalten werden.

Matthias Hauer (CDU/CSU): Ja, aber dann hätten Sie doch das anders in der Bilanz ausweisen müssen, oder nicht?

Zeuge Dr. Christian Orth: Nein. Wenn die Mittel vorrätig gehalten werden, sind sie Zahlungsmitteläquivalent, und wenn sie nicht sofort liquide sind, werden es sonstige Vermögensgegenstände. Herr Güntzler guckt schon in meine Richtung. Also, es ist auf jeden Fall auf der Aktivseite der Bilanz.

Die entscheidende Frage für die Kapitalflussrechnung ist aber: Ist es Free-Cashflow, also frei verfügbar, oder ist es restricted, weil ich es nicht sofort kriegen kann oder weil ich, wenn ich es abhebe, bestimmte Vertragsstrafen zahlen muss? Und dann würde es anders auszuweisen sein. So.

Und diese Frage ist auf Basis der vertraglichen Grundlagen vom Prüfer bewertet worden. Zunächst hat die Gesellschaft diese Bilanzierung vorgeschlagen, und das wurde dann von uns überprüft. Das ist das, was wir im Rahmen der Abschlussprüfung stets machen: dass wir die vertraglichen Grundlagen prüfen.

Und jetzt kommt der entscheidende Punkt: Auf Basis der Verträge, auf Basis auch des KPMG-IFRS-Buchs - wir haben uns alle angeschaut, alle Bücher, die im Markt sind - ist auch dieser Bereich wieder ein Bereich, der nicht expressis verbis angesprochen wird. Aber: Wir haben deswegen Rechtsgutachten eingeholt und auch Stellungnahmen. Und die Gesellschaft selbst hat renommierte IFRIC-Vertreter gebeten, dazu Stellung zu nehmen, und die sind auch zu dem Ergebnis gekommen, dass das halt liquide Mittel sind. KPMG hat eine andere Meinung vertreten; das dürfen sie auch. Und deswegen war ja die Testüberweisung, für mich, der Lackmuestest: Ist es frei verfügbar oder ist es nicht frei verfügbar? Aber diese Diskussion, Herr Hauer, haben wir ja erst geführt, als die KPMG-Sonderuntersuchung war.

Matthias Hauer (CDU/CSU): Ja, nur am Ende hat sich ja die KPMG-Position als die zumindest sinnvollere herausgestellt, wenn nicht als die richtige, könnte man auch sagen, oder würde ich jetzt mal bewerten. Und da stellt sich mir halt die Frage: Wenn Sie da schon so umfangreiche Ermittlungen anstellen an dem Punkt, hätte man das nicht im Geschäftsbericht transparenter ausweisen sollen oder sogar müssen? Weil es war ja ein Thema für Sie.

Zeuge Dr. Christian Orth: Also, mit dem Sollen habe ich ja gerade Herrn Bayaz zugestimmt. Mehr Transparenz ist immer positiv für alle Rechnungslegungsergebnisse. *adressaten.*

Matthias Hauer (CDU/CSU): Genau. Und ich frage jetzt nach dem Müssen. Er hat nach dem Sollen gefragt. Wir ergänzen uns sehr gut.

Zeuge Dr. Christian Orth: Ja, gut. Sehr schön. - Aber das Müssen war ja genau der Punkt.



zur die...ichen Verwendung

(Fabio De Masi (DIE LINKE): Da fangen wir erst an! - Dr. Danyal Bayaz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Da ist bei uns Halbzeit!)

- Vielen Dank, Herr Bayaz.

Matthias Hauer (CDU/CSU): Mittagspause.

Zeuge Dr. Christian Orth: Gut. - Das hat dann stattgefunden. Und es war so, dass Herr Dahmen mich in eine Telefonkonferenz dazugenommen hat, weil er hatte nämlich Herrn Braun in der Leitung, und der sagte immer wieder: Es kann nicht sein. Das kann nicht sein. Das muss ein Riesenmissverständnis sein, dass uns zwei Banken sagen, das Geld sei nicht da. - So. Ich kann das nur so aus dieser Wahrnehmung auch so berichten, dass er absolut ungläubig gewirkt hat, im Sinne von: Ihr müsst euch irren. Das kann nicht sein, dass das Geld nicht da ist.

Ich habe mehrfach darauf hingewiesen, dass wir hier mit, sage ich mal, der Bankvorstandsebene telefoniert hatten und dass uns das wirklich auch in schriftlicher Form von autorisierter Stelle bestätigt worden sei, also schriftlich bestätigt worden sei. Wir haben auch den Postlauf und alles. Also, da konnte dann auch nichts mehr sein, was diese Aussage jetzt entkräftet hätte, zumindest die Aussage der Bank von autorisierter Stelle. Also, wenn Sie mir irgendwann erzählen, das Geld ist doch da, ja, dann weiß ich auch nicht mehr.

Matthias Hauer (CDU/CSU): Können Sie denn zu dem Telefonat mit dem Herrn Marsalek - da haben Sie jetzt noch nicht so viel gesagt - auch noch was berichten?

Zeuge Dr. Christian Orth: Ja, sehr gerne. - Es war so: Das Telefonat mit Herrn Eichelmann hatte ja gestartet um 17 Uhr. Dort haben wir dann auch berichtet über die schriftliche Erklärung der Banken und dass das Geld also demnach nicht vorhanden sei auf den Treuhandkonten und dass auch keine Treuhandkonten geführt würden. Es war dann so, dass zunächst Herr Eichelmann Herrn von Knoop mit in die Konferenz reinnahm

und ihm diese Prüfungsfeststellung offenbart wurde und dann als Zweites versucht wurde, Herrn Marsalek damit zu konfrontieren, der zunächst nicht erreichbar war. Man hat ihn dann versucht aufzufinden. Er war dann aber, nach meiner Erinnerung, im Hause. Und es war auch so, dass, als wir ihn dann informiert haben, erst mal das Gespräch abrupt beendet wurde.

Matthias Hauer (CDU/CSU): Was heißt das? Er hat aufgelegt, oder was?

Zeuge Dr. Christian Orth: Er hat aufgelegt.

Matthias Hauer (CDU/CSU): Als der Name Wirecard fiel? Das hatten wir schon mal erlebt. Das war jetzt natürlich unsachlich. Das war schon mal woanders Thema.

Zeuge Dr. Christian Orth: Nein, als wir ihm offenbarten, dass die Gelder halt nach Bestätigung der Banken nicht vorhanden seien.

Matthias Hauer (CDU/CSU): Okay. Dann hat er aufgelegt und war dann erst mal nicht erreichbar?

Zeuge Dr. Christian Orth: Erst mal hat er aufgelegt und ist dann nachher, sage ich mal, anscheinend aus dem Haus irgendwo in das Zimmer von Herrn von Knoop gegangen, und dann wurde das noch mal fortgesetzt. Weil wir hatten - -

Matthias Hauer (CDU/CSU): Wann war das? Eine Stunde später?

Zeuge Dr. Christian Orth: Nein, wenige Minuten später. Er muss dann also, wo immer er vorher war, in das Büro von Herrn von Knoop geeilt sein.

Matthias Hauer (CDU/CSU): Mhm.

Zeuge Dr. Christian Orth: So, und dann haben wir das entsprechend auch wieder dargelegt, und auch da hieß es: Das kann alles nur ein Riesen-/Missverständnis sein.

Matthias Hauer (CDU/CSU): Okay. Ja, das lasse ich für diese Runde erst mal sacken und komme da später noch mal drauf zurück. - Ich würde



Nur zur dienstlichen Verwendung

durchgeführt haben, und mit den weiterhin - - also allen in Summe erlangten Prüfungshandlungen - - angemessene und hinreichende Prüfungssicherheit erlangt haben und angemessene und ausreichende Prüfungsnachweise generiert haben.

Fritz Güntzler (CDU/CSU): Das Problem ist nur: Nachher war es nicht da.

Zeuge Dr. Christian Orth: Ja.

Fritz Güntzler (CDU/CSU): Das ist ja das Dilemma, in dem wir uns befinden. Ihre Prüfer sagen - jetzt sage ich mal: „Sie“ nicht kleingeschrieben -: Es ist alles getan worden, um die Existenz nachzuweisen mit hinreichender Sicherheit. - Und auf einmal waren sie nicht da. Und wir haben ja mehrfach gesprochen hier: Ein Viertel der Bilanzsumme war einfach nicht da.

Zeuge Dr. Christian Orth: Ja.

Fritz Güntzler (CDU/CSU): Und wir haben ja über Vertrauen in Kapitalmärkte vorhin gesprochen, und das ist das erhebliche Dilemma, in dem wir leben. Und Herr Geschonneck hat das etwas anders dargestellt, was das Untersuchungshemmnis angeht, dass das eben nicht so auf absolute Sicherheit gerichtet ist. Und wir haben ja auch gestern - und ich glaube, der Kollege Hauer hat vorhin schon nachgefragt - auch den letzten Aufsichtsratsvorsitzenden gehört, der gesagt hat, dass es da elementare Unterschiede gab zwischen der KPMG und Ihrem Haus in der Vorgehensweise, dass die KPMG auch eigentlich vertreten hatte, dass auch Sie das hätten machen müssen.

Zeuge Dr. Christian Orth: Ja. Ich habe mir erlaubt, Herr Güntzler, den PS 210 mitzubringen, in dem auch noch mal -

Fritz Güntzler (CDU/CSU): Den habe ich auch hier.

Zeuge Dr. Christian Orth: - ja, wunderbar - das ja dargelegt wird, dass die Erlangung von Prüfungsnachweisen durch den Abschlussprüfer und die Erlangung des Eindrucks, man hätte halt entsprechend angemessene und ausreichende

Prüfungssicherheit erlangt, sage ich mal - - durchaus passieren kann, dass man dahin kommt und sich im Nachhinein herausstellt, dass man hier gefälschte Unterlagen etc. vorliegen hat, insbesondere - steht hinten, in den hinteren Textziffern - wenn auch das Topmanagement - - also Vorstands-Fraud vorliegt. Insofern: Da sind wir als Abschlussprüfer leider nicht gefeit.

Fritz Güntzler (CDU/CSU): Und da schließt sich genau der Kreis zu meinen beiden Fragerunden, weil darum habe ich ja genau am Anfang Sie gefragt, wie Sie das Management im Rahmen der Risikobeurteilung eingeschätzt haben.

Zeuge Dr. Christian Orth: Ja.

Fritz Güntzler (CDU/CSU): Und wenn Sie hier diejenigen mit dem Wissen von heute fragen würden, die das - - sann hätten Sie eine klare Meinung, wie Sie das Management einzuschätzen hätten. Und darum habe ich Sie ja vorhin so konkret gefragt, weil ich verstehe oder habe eine gewisse Sympathie dafür, dass man nicht weitergräbt, wenn man keine anderen Hinweise hat. Aber Sie sind ja in einem Umfeld hier tätig, wo es erhebliche Zweifel an der Integrität des Managements gab, und trotzdem haben Sie es dort nicht ausgeweitet.

Zeuge Dr. Christian Orth: Also, es wurde ja ausgeweitet in Bezug auf genau diese Allegations, in Bezug auf genau diese Vorstände, das heißt in persona Jan Marsalek, der ja hier der zuständige COO für Asien war. In diese Richtung wurde ja, ich nenne es jetzt mal, ermittelt sogar. Das heißt, wir haben auch hier forensische Prüfungshandlungen durchgeführt, erweiterte Prüfungshandlungen.

Es gab Anwaltskanzleien, die sich das alle angeguckt haben, und auch nachher, sage ich mal, KPMG. Bei allem Respekt: Auch KPMG wurde eine Dezemberscheibe vorgegaukelt. Wenn Sie in den Bericht gucken, in den Berichtsentwurf, datierend vom 12. Juni mit Stand 10. Juni: Das spricht für die Existenz der Treuhandkonten und auch für die Existenz des TPA-Geschäftes. Ich sage mal: Wir wurden hier vorgeführt.



Nur zur dienstlichen Verwendung

Fritz Güntzler (CDU/CSU): Würden Sie denn -- Ich muss da mal ein bisschen auf die Uhr gucken.

(Der Vorsitzende schüttelt den Kopf)

Eine Minute, ne? Er muss ja auch noch antworten. Also, ich antizipiere die Antwort immer, Herr Vorsitzender.

Vorsitzender Kay Gottschalk: Das war jetzt einfach so ein resignatives Kopfschütteln.

Fritz Güntzler (CDU/CSU): Was ich mich frage, Herr Orth: Sie haben ja auch dargestellt, was jetzt in Ihrem Hause passiert. Es geht ja nicht nur darum, Vertrauen sozusagen -- Doch, es geht darum, Vertrauen zurückzugewinnen; aber das macht man ja auch damit, indem man sagt: Wir haben auch Fehler gemacht.

Also, ich nehme Ihren Aufklärungswillen tatsächlich wahr -- ich hoffe, die Kollegen auch, oder das muss jeder für sich selbst subjektiv beurteilen --, aber was mir so fehlt -- das fehlt mir aber hier so oft in diesem Untersuchungsausschuss --: Entweder waren alle nicht zuständig, und alle haben alles so richtig gemacht. Und dann wundert einen, warum das Ergebnis dann so ist, wie es jetzt ist.

Darum die Frage -- jetzt ist die Frage: jetzt können Sie sich nicht selber belasten; das ist natürlich auch wieder ein Dilemma, aber ich stelle sie trotzdem, diese Frage --: Haben Sie alles richtig gemacht?

Zeuge Dr. Christian Orth: Also, um dem Dilemma zu entgehen, Herr Güntzler: Wir versuchen wirklich, den Ursachen auf den Grund zu gehen. Und wenn es tatsächlich Dinge sind, die, sage ich mal, hier, jetzt neutral formuliert, Verbesserungsbedarf aufzeigen, dann werden wir das auch umsetzen, denn sonst -- Ich formuliere es andersrum. Ein zweites Wirecard wollen wir nicht und können wir uns auch nicht leisten. Insofern haben wir schon ein Eigeninteresse, dass das nicht noch mal vorkommt. Können wir es mit absoluter Sicherheit ausschließen, Herr Güntzler?

Ich glaube, wir alle können das nicht, kein Prüfer kann das.

Fritz Güntzler (CDU/CSU): Ja, also, darum prüfen wir ja mit hinreichender Sicherheit und nicht mit absoluter, aber trotzdem wollen wir das Risiko minimieren. Die Frage, die sich alle hier immer wieder stellen lassen müssen: Ist die Risikolage richtig eingeschätzt worden? Sind die Dinge zusammengetragen worden, die über die Jahre vorgebracht worden sind und teilweise auch durch Verwaltungshandeln negiert worden sind, leider?

Zeuge Dr. Christian Orth: Sie sehen mich hier so ein bisschen zerknirscht, weil die Frage stelle ich mir ja auch. Vieles ist natürlich -- Als Prüfer sehen Sie was. Dann gehen Sie dem nach. Dann kriegen Sie was vorgelegt, dann sagen Sie: Hm, dann passt es doch. So, und dann passiert das über mehrere Jahre. Dann hat man schon eine kritische Grundhaltung, die sich, sage ich mal, verschärft, und man guckt dann auch noch mal. Und wenn dann wieder --

Dann kommt der Forensiker mit an Bord, und immer wieder wird erweitert, erweitert, erweitert, was ja auch das Stundenvolumen auf diesem Auftrag deutlich macht. Die Kollegen haben wirklich -- sind den Vorwürfen nachgegangen und haben auch alles noch mal versucht, doppelt und dreifach abzusichern.

Wo der Fehler, den Sie „Fehler“ nennen, wo jetzt hier die Knackstelle ist: Jeder sieht das anders. Wir wissen aber bis heute leider nicht -- Und ich glaube, das wäre hilfreich für uns alle, auch für die Aufklärung, wenn wir jetzt wüssten: Ist das hier alles Fake gewesen, oder gab es das Geld wirklich auf den Treuhandkonten, und war das ein ~~Riesen~~ Bankraub? 11

Fritz Güntzler (CDU/CSU): Aber Sie denken da nicht drüber nach, dass man vielleicht 2017 den konsequenten Weg, den Sie ja eingegangen sind -- wenn Sie den konsequent durchgegangen wären.

Vorsitzender Kay Gottschalk: Kollege Güntzler?



3. Untersuchungsausschuss

zu di

Zeuge Dr. Christian Orth: Gut. Es ist so, dass das Prüfungsteam ja zunächst mal nur während der Prüfung vor Ort ist. Insofern: Ich kann zu dem Prüfungszeitpunkt -- Warum jetzt genau am 1. Februar -- war das, glaube ich -- diese Ansprache erfolgt ist, kann ich nicht beurteilen. Dazu müsste ich, müssten wir Herrn Fichtelberger fragen. Es ist aber so, wie ich eingangs gesagt habe, dass bei einem ~~Challenge~~ Shift, das heißt, aufgrund der Rotationsregel, die meisten Gesellschaften, also die meisten großen Gesellschaften immer auch einen Berater benötigen. Und dann ist es wichtig, dass hier keine Inhabilität entsteht.

Cansel Kiziltepe (SPD): Ja, das mag ja sein. Aber sehen Sie hier keinen klaren Interessenkonflikt? Also, wie soll Herr Fichtelberger prüfen, während er gleichzeitig sich um ein Beratungsmandat bewerben soll oder bewirbt?

Zeuge Dr. Christian Orth: Also, ich glaube nicht, dass Herr Fichtelberger derjenige ist, der hier jetzt bei Wirecard in ein Beratungsprojekt eingebunden worden wäre. Es ging jetzt ja hier, soweit Sie mir das jetzt berichtet haben, um die Ausrichtung auf ein Channel-2-Mandat, was dann möglich ist.

Cansel Kiziltepe (SPD): Genau. Da wäre er ja wahrscheinlich in Zukunft dann auch involviert, denke ich.

Zeuge Dr. Christian Orth: Nein, er ist ja in der Prüfungsabteilung. Und insofern: Wir haben ja auch eine organisatorische Trennung zwischen der Prüfungsabteilung und den Service Lines, heißen die bei uns, der Abteilung für Steuerberatung, der Abteilung für Unternehmensberatung. Das sind andere Abteilungen, die dann das bedienen.

Cansel Kiziltepe (SPD): Die Zeit ist leider wieder -- Sorry. -- Danke schön.

Zeuge Dr. Christian Orth: Bitte.

Vorsitzender Kay Gottschalk: Danko. -- Dann Dr. Toncar für die FDP-Fraktion.

Dr. Florian Toncar (FDP): Danke schön, Herr Gottschalk. -- Herr Orth, Sie haben am 9. Juni 2020 eine E-Mail von Christine Gärtner, cc Thomas Eichelmann erhalten -- MAT C 22.01 [sic!].

Zeuge Dr. Christian Orth: Darf ich das Datum ganz kurz noch mal?

Dr. Florian Toncar (FDP): Der 9. Juni 2020.

Zeuge Dr. Christian Orth: Ja, ich kann es einordnen.

Dr. Florian Toncar (FDP): Sie haben sicher damit gerechnet.

Zeuge Dr. Christian Orth: Nein, nein.

Dr. Florian Toncar (FDP): Nein. Es geht um das Thema: Christine Gärtner hat Ihnen geschrieben:

Lieber Herr Dr. Orth ...

-- ich sage mal, ich zitiere auszugsweise --

Nach meinem Verständnis stellte Herr Dahmen heute einen Abbruch laufender Prüfungshandlungen der KPMG als Voraussetzung für eine Testatserteilung in den Raum.

Hat Herr Dahmen das gemacht?

Zeuge Dr. Christian Orth: Herr Toncar, ich war nicht bei dem Gespräch zugegen. Ich kann Ihnen nur sagen, dass er sich hilfesuchend an Herrn Barth und mich gewandt hat, dass ihm -- ich weiß nicht, ob das so ist -- nahezu in den Mund gelegt wurde, dass er hier für einen Abbruch plädiert hat. Das war mitnichten so. Mitnichten hat Herr Dahmen -- Also, das, was wir intern besprochen haben, war die Tatsache, dass wir --

Und Sie zitieren jetzt ja den 9. Juni. Es ging um die Dezemberscheibe, und Sie wissen ja auch, dass ich mit Herrn Sven-Olaf Leitz genau diese Dezemberscheibe um dieses Datum herum besprochen habe, vielleicht sogar am selben Tag. Und es ging darum, dass wir den Bericht der



512 41

Dr. Danyal Bayaz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):
Das Schriftliche ist sehr klar von Ihnen. Das - -

Zeuge Dr. Christian Orth: Es gab wieder diese Open Items. Aber ich war bei diesem Gespräch schlichtweg nicht zugegen.

Dr. Danyal Bayaz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):
Ich habe Sie auch nicht gefragt: „Welche Worte sind da gefallen?“, sondern wie Sie sich das erklären, weil das - -

Zeuge Dr. Christian Orth: Nein, aber die Tatsache, dass er dann auf uns zugekommen ist und gesagt hat: „Ich brauche eure Hilfe jetzt, und hier“, sage ich mal, „das mit - - Könntest du Frau Gärtner anrufen?“, und wenn Sie mir das jetzt sagen -

Dr. Danyal Bayaz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):
Gut, dann kriegen wir diesen Widerspruch - -

Zeuge Dr. Christian Orth: - Pardon -, dann war das auch - - Nach meiner Erinnerung war das die Reihenfolge: Es kam die Hilfebitt, und ich habe dann angerufen, oder sie hat mich angerufen. Ich weiß es wirklich nicht mehr. Aber wir haben das dann geklärt. Und dann ist das aber auch vom Tisch gewesen.

Dr. Danyal Bayaz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):
Genau, der Ablauf ist mir auch sehr klar.

Zeuge Dr. Christian Orth: Okay, gut.

Dr. Danyal Bayaz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):
Nur, ich habe sozusagen Sie jetzt nach - - Und in der Tat: Sie müssten da spekulieren. Oder vielleicht gibt es ja auch eine gewisse Motivation, die wir vielleicht nicht sehen -

Zeuge Dr. Christian Orth: Nein.

Dr. Danyal Bayaz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): -
oder nicht kennen, um das aufzulösen. Aber diesen Widerspruch kriegen wir heute, glaube ich, an der Stelle nicht aufgelöst.

Dann habe ich eine letzte Frage. Laufende Ermittlungsverfahren, da war ja in der Presse auch was

zu lesen mit Blick auf Betrug oder Bestechlichkeit. Da hat es zumindest so aus Bayern, sage ich jetzt mal - - verlautbart, und dann hieß es aber, es sei ein Versehen. Also, dann gab es irgendwie auch eine undeutliche Kommunikation. Jetzt wollte ich Sie mal fragen: Können Sie vielleicht noch mal für uns zusammenfassen, welche laufenden Ermittlungen es denn gerade gibt?

Zeuge Dr. Christian Orth: Also, ich habe nicht den Überblick über die laufenden Ermittlungen. Das ist der Arbeitsstrang „Strafrechtliche Verfolgung“. Dafür haben wir eine externe Anwaltskanzlei, die sich darum bemüht. Aber Sie sprechen doch jetzt gerade das Schreiben an, was - - oder damals diesen - - Ich weiß nicht: War das nicht der Zeitungsartikel, der an dem Tag, der am 26. rauskam? War das nicht - -

Dr. Danyal Bayaz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):
Ich glaube, der war es, ja. 26. November.

Zeuge Dr. Christian Orth: Pardon. Da saß ich bei Ihnen hier im Kreise. Insofern habe ich das - - ist das ja an dem Abend komplett an mir vorbeigegangen.

Dr. Danyal Bayaz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):
Aber das kann man ja nachlesen und dann nachprüfen.

Zeuge Dr. Christian Orth: Ja.

Dr. Danyal Bayaz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):
Ich habe ja jetzt nicht nach Liveberichterstattung - -

Zeuge Dr. Christian Orth: Also, mir stellt sich das also aus der Presse so dar, dass es wohl eine Stellungnahme gab, dass das wohl nicht der Fall sei, die dann aber wohl aus dem Internet wieder zurückgezogen wurde, weil es wohl doch der Fall sei. So, aber das - -

Dr. Danyal Bayaz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):
Und genau das wollte ich mit Ihnen aufklären, was da jetzt der aktuelle Sachstand ist.

Anlage zum Bericht vom 27. April 2020: Stand der Ergebnisse der fortgeführten Untersuchungshandlungen zum 10. Juni 2020

München, 12. Juni 2020

ENTWURF

Inhalt des Berichts über die fortgeführten Untersuchungshandlungen mit dem Stand zum 10. Juni 2020

Inhalt	
1	Unser Auftrag
2	Untersuchung der Existenz der Umsatzerlöse für den Monat Dezember 2019
3	Untersuchung der Abrechnungen der TPA-Partner für das vierte Quartal 2019
4	Untersuchung der Erfassung der Abrechnungen für den Monat Dezember 2019 in der Rechnungslegung des Wirecard-Konzerns
5	Untersuchung der Einzahlungen und Bestände auf sog. Escrow-Accounts für den Monat Dezember 2019
6	Fortführung der Datenanalysen für den Monat Dezember 2019
7	Disclaimer / Allgemeine Auftragsbedingungen

Unser Auftrag

Gegenstand des Auftrags

Unabhängige Untersuchung verschiedener in Presse und Internet veröffentlichter Vorwürfe gegen Wirecard für den Untersuchungszeitraum 2016 bis 2018 mit folgenden Themenbereichen:

- Third Party Acquiring-Geschäft (TPA), u.a. in Zusammenhang mit Al Alam
- Digital Lending-Geschäft (insbesondere Merchant Cash Advance-Geschäft)
- Nachvollzug bereits durchgeführter Untersuchungen zu Vorwürfen in Singapur
- Untersuchung veröffentlichter Vorwürfe zu einer Unternehmenstransaktion in Indien

Die durchgeführte Untersuchung des TPA-Geschäfts wurde in Teilbereichen um den Monat Dezember 2019 erweitert. Ziel der erweiterten Untersuchungshandlungen ist es, die Höhe und Existenz der Umsatzerlöse im TPA-Geschäft für den Monat Dezember 2019 nachzuvollziehen.

Darüber hinaus wurden wir vor dem Hintergrund der festgestellten wesentlichen Mängel in der internen Dokumentation insbesondere im Kontrollsystem– in Erweiterung des bisherigen Leistungsumfangs der Sonderuntersuchung – um eine Stellungnahme gebeten, wie eine Verbesserung dieser Prozesse, unter Berücksichtigung der in dieser Hinsicht eingeleiteten Maßnahmen der Gesellschaft aussehen könnte.

Hinweise

- Der vorliegende Bericht wurde auf der Grundlage der zwischen dem Aufsichtsrat von Wirecard und KPMG geschlossenen Auftragsvereinbarung vom 31. Oktober 2019 und des ergänzenden Auftrags zur Erweiterung der Untersuchungshandlungen in Bezug auf das TPA-Geschäft mit Bestätigung vom 21. April 2020 erstellt. Der Aufsichtsrat hatte am 03. März 2020 beschlossen, den Aufsichtsratsvorsitzenden mit der Erweiterung des Auftrags zu beauftragen.
- Dieser Berichterstattung liegen die Bedingungen unseres Untersuchungsauftrages zu Grunde. Die dargestellten Informationen basieren auf Ergebnissen der im Rahmen dieses Untersuchungsauftrages durchgeführten Untersuchungshandlungen.

Unser Auftrag

Berichterstattung

- Regelmäßige mündliche Berichterstattung über den Stand der Untersuchung und den Untersuchungsfortschritt an den Aufsichtsrat als Auftraggeber im Rahmen von Jour Fixes
- Berichterstattung über die Ergebnisse der Sonderuntersuchung mit Bericht vom 27. April 2020 erfolgt

Mit der vorliegenden Unterlage berichten wir über den aktuellen Stand der Ergebnisse der im Rahmen der erweiterten Untersuchung des TPA-Geschäfts vorgenommenen Untersuchungen zum 10. Juni 2020.

Hintergrund für die vorliegende Berichterstattung

Nach den uns erteilten Auskünften hat der Abschlussprüfer der Gesellschaft am 10. Juni 2020 um eine Berichterstattung über die Ergebnisse unserer Untersuchungen zum 12. Juni 2020 gebeten. Vor diesem Hintergrund hat uns der Aufsichtsrat um die vorliegende Berichterstattung mit dem Stand zum 10. Juni 2020 gebeten.

Die vorliegende zusätzliche Berichterstattung wurde daher abweichend von dem mit dem Aufsichtsrat abgestimmten zeitlichen Plan für unsere Berichterstattung – auf einen deutlich vorgezogenen Zeitpunkt - erstellt. Insoweit bestand weniger Zeit für die Durchführung der jeweiligen Untersuchungen. Sofern mehr Zeit für die jeweiligen Untersuchungen bestanden hätte, hätten diese möglicherweise zu wesentlich anderen Erkenntnissen geführt.

Durchführung der Untersuchung

- KPMG hat die in diesem Bericht dargestellten erweiterten Untersuchungshandlungen in der Zeit vom 24. April 2020 bis zum 10. Juni 2020 durchgeführt. Die nachstehenden Untersuchungsergebnisse basieren auf den bis einschließlich zum 10. Juni 2020 erhaltenen Dokumenten, Nachweisen und erteilten Auskünften.
- Den Umfang und die Art der diesbezüglichen Untersuchungshandlungen hat KPMG auftragsgemäß unabhängig und nach unserem eigenen Ermessen bestimmt.
- Während der Untersuchung haben wir dem Aufsichtsrat regelmäßig mündlich über den Stand der Untersuchung und den Untersuchungsfortschritt berichtet.
- Darüber hinaus haben wir regelmäßig Gespräche mit der Gesellschaft über den Stand der Unterlagenzulieferung und die Aktivitäten zur Unterlagenbeschaffung geführt.
- KPMG weist darauf hin, dass die Untersuchungshandlungen nicht abgeschlossen werden konnten, da wesentliche Unterlagen, Drittbestätigungen und Untersuchungsnachweise bis zum Zeitpunkt dieser Berichterstattung nicht bereitgestellt wurden.
- Insbesondere wurde der wesentliche Teil der geplanten Drittbestätigungsanfragen von der Gesellschaft bisher nicht zur Versendung bereitgestellt. Insoweit konnten die geplanten Untersuchungshandlungen weder entsprechend dem zeitlichen Plan noch inhaltlich durchgeführt werden. Ursache ist nach den uns erteilten Auskünften, dass die Kapazitäten der Gesellschaft priorisiert für die Anfragen des Abschlussprüfers eingesetzt wurden.

Untersuchung der Existenz der Umsatzerlöse für den Monat Dezember 2019

Untersuchungsziel

- Nachweis der Existenz der Umsatzerlöse aus dem TPA-Geschäft mit Hilfe von Nachweisen über das tatsächliche Settlement der den Umsatzerlösen zu Grunde liegenden Transaktionen
- Fortsetzung der Untersuchung der vertraglichen Grundlagen zwischen Wirecard-Unternehmen und deren TPA-Partnern sowie (Master) Merchants

Überblick Untersuchungsverfahren

- Einholung von Transaktionsbestätigungen (Settlementbestätigungen) von (Master) Merchants für eine bewusste Auswahl und eine Zufallsauswahl von Transaktionen für den Monat Dezember 2019
- Durchsicht der jeweiligen Merchant-Verträge und der Liability Notices für diejenigen (Master) Merchants, die für die Einholung von Transaktionsbestätigungen ausgewählt wurden, als eine Grundlage für die Untersuchung der Existenz entsprechender Kundenbeziehungen
- Durchführung von Hintergrundrecherchen zur Existenz der Transaktionsbestätigungen ausgewählten (Master) Merchants

Erhaltene Unterlagen

- Transaktionsdaten der über die TPA-Partner abgewickelten Kreditkartenzahlungen für den Monat Dezember 2019
- Übersicht der (Master) Merchants je TPA-Partner
- Transaktionsbestigungsanfragen (von Wirecard erstellt) für die vier (Master) Merchants unserer Auswahl, die über Senjo Payments Asia abgewickelt wurden
- Transaktionsbestätigung von einem kontaktierten (Master) Merchant

Untersuchung der Existenz der Umsatzerlöse für den Monat Dezember 2019

Untersuchungsergebnisse

- Für die Einholung von Transaktionsbestätigungen wurden auf Basis einer bewussten Auswahl und einer Zufallsauswahl für den Monat Dezember 2019 insgesamt 866 Transaktionen ausgewählt, die ausweislich der Transaktionsdatensätze von insgesamt 146 (Master) Merchants über die TPA-Partner Al Alam Solution Provider, Senjo Payments Asia und PayEasy Solutions abwickelt worden sein sollen. Die Grundgesamtheit für die Auswahl bildete der im Rahmen unserer Berichterstattung vom 27. April 2020 im Abschnitt 1.3.1.1.6 beschriebene Transaktionsdatenbestand für den Monat Dezember 2019.
- An vier (Master) Merchants, deren Transaktionen über Senjo Payments Asia abgewickelt worden sein sollen, wurden von KPMG Transaktionsbestätigungsanfragen versandt und den jeweiligen (Master) Merchants nachweislich zugestellt. Eine Beantwortung der Anfrage erfolgte bisher durch einen der vier (Master) Merchants, der in seiner Antwort sämtliche zu bestätigenden Transaktionen als „not processed“ gekennzeichnet hat.
- Bei Wirecard angefragte Transaktionsbestätigungsanfragen für die weiteren verbleibenden 142 (Master) Merchants, welche über die TPA-Partner Al Alam Solutions Provider und PayEasy Solutions abgewickelt worden sein sollen, wurden uns von Wirecard nicht zur Versendung bereitgestellt und dementsprechend auch von uns nicht versendet. Insoweit konnten wir diese Untersuchungsanfrage nicht durchführen. Nach den uns erteilten Auskünften wurden Drittbestätigungsanfragen des Abschlussprüfers für die entsprechenden (Master) Merchants priorisiert von Wirecard vorbereitet.
- Angefragte Verträge zwischen den TPA-Partnern und den (Master) Merchants sowie Liability Notices wurden uns nicht vorgelegt. Auskunftsgeheimnis liegt diesbezüglich keine Kooperationsbereitschaft der TPA-Partner vor.

Untersuchung der Abrechnungen der TPA-Partner für das vierte Quartal 2019

Untersuchungsziel

- Untersuchung der rechnerischen Richtigkeit der Abrechnungen der TPA-Partner
- Untersuchung der Vertragskonformität der Abrechnungen der TPA-Partner

Überblick Untersuchungshandlungen

- Abgleich der Abrechnungen der TPA-Partner für das vierte Quartal 2019 mit den für das Geschäftsjahr 2019 gültigen Verträgen zwischen Wirecard-Unternehmen und TPA-Partnern, insbesondere
 - Nachvollzug der in den Abrechnungen ausgewiesenen Provisionssätze
 - Nachrechnung der Umsatzerlöse auf der Grundlage der Provisionssätze und den jeweils angegebenen Transaktionsvolumina sowie der Materialaufwendungen
- Abgleich der von Wirecard aus den Abrechnungen generierten Buchungsgrundlagen mit den jeweiligen Abrechnungen
- Abgleich der Abrechnungen mit den relevanten Inhalten der Protokolle der Quartalsmeetings mit den TPA-Partnern
- Abgleich der aus den Abrechnungen der TPA-Partner ersichtlichen Transaktionsvolumina mit den im Rahmen der von KPMG durchgeführten Datenanalyse auf Basis der gelieferten Transaktionsdaten ermittelten Volumina

Erhaltene Unterlagen

- Abrechnungen der TPA-Partner Al Alam Solution Provider, PayEasy Solutions und Senjo Payment Asia für das vierte Quartal 2019
- Buchungsgrundlagen für das vierte Quartal 2019, welche von Wirecard aus den Abrechnungen der TPA-Partner erzeugt wurden
- Vertragliche Grundlagen inkl. Konditionsvereinbarungen zwischen den Wirecard-Gesellschaften Cardsystems Middle East, Wirecard UK & Ireland und Wirecard Technologies und den TPA-Partnern Al Alam Solution Provider, PayEasy Solutions und Senjo Payment Asia mit Gültigkeit im Jahr 2019
- Protokolle der Quartalsmeetings mit den TPA-Partnern Al Alam Solution Provider, Senjo Payments Asia und PayEasy Solutions für das vierte Quartal 2019
- Transaktionsdaten für die im Monat Dezember 2019 über die TPA-Partner abgewickelten Kreditkartenzahlungen (siehe Seite 14 f.)

Untersuchung der Abrechnungen der TPA-Partner für das vierte Quartal 2019

Untersuchungsergebnisse

- Der Abgleich der erhaltenen Transaktionsdaten mit den Abrechnungen für den Monat „Dezember 2019“ für die drei TPA-Partner Al Alam Solution Provider, PayEasy Solutions und Senjo Payment Asia hat zu nicht wesentlichen Abweichungen geführt. Diese betrug bei den Transaktionsvolumina und der Anzahl der Transaktionen zwischen 0 % und 0,017 %. Die Abrechnungen für den Monat Dezember 2019 konnte KPMG zu den Buchungssätzen in der Rechnungslegung abstimmen. (vgl. auch Untersuchungsbericht vom 27. April 2020 Abschnitt 1.3.1.1.6).
- Eine Überprüfung der **Vertragskonformität** der Abrechnungen der TPA-Partner im vierten Quartal 2019 war in folgendem Umfang möglich:
 - Für ca. 38 % der Umsatzerlöse und Materialaufwendungen war eine vollständige Überprüfung möglich.
 - Für ca. 34 % der Umsatzerlöse und Materialaufwendungen war wegen teilweise nicht eindeutiger Zuordenbarkeit von Konditionen zu Accounts nur eine teilweise Überprüfung möglich.
 - Für ca. 28 % der Umsatzerlöse und Materialaufwendungen war eine Plausibilisierung möglich, da keine Aufgliederung der Transaktionsanzahlen und Volumina auf Account-Name-Bezeichnungen vorlag.
 - Im Rahmen der Untersuchung der prüfbaren Abrechnungsinhalte ergaben sich mit Bezug zu den Umsatzerlösen Abweichungen von insgesamt ca. 4 Mio. EUR und mit Bezug zu den Materialaufwendungen von insgesamt ca. 8 Mio EUR. Insoweit stimmen die Abrechnungen bzw. die den Abrechnungen zu Grunde liegenden Parameter nicht mit den vertraglichen Vereinbarungen überein. Insgesamt wurde insoweit ein Betrag von ca. 12 Mio. EUR im Rahmen der Abrechnungen nicht entsprechend den vertraglichen Vereinbarungen zu Gunsten von Wirecard abgerechnet. Nach den KPMG von Wirecard erteilten Auskünften weisen die Verträge den Charakter von Rahmenvereinbarungen auf, von denen aus operativen Gründen teilweise abgewichen worden sei (vgl. auch Untersuchungsbericht vom 27. April 2020 Abschnitt 1.3.1.1.5).
- Eine Überprüfung der **rechnerischen Richtigkeit** der Abrechnungen war für ca. 72% der im vierten Quartal 2019 über die TPA-Partner erzielten Umsatzerlöse möglich. Die Abrechnung des TPA-Partners PayEasy Solutions enthielt keine Aufgliederung der Transaktionsanzahlen und -volumina, weshalb diesbezüglich keine Überprüfung (restliche 28 %) möglich war. Im Rahmen der Untersuchung der Abrechnungen der TPA-Partner Al Alam Solution Provider und Senjo Payment Asia wurden lediglich Rundungsdifferenzen festgestellt.
- Die in den Abrechnungen der TPA-Partner ausgewiesenen Transaktionsvolumina und -anzahlen stimmen mit den aus den Screenshots der Zahlungssysteme ersichtlichen Daten überein, die den uns vorgelegten Protokollen der Quartalsmeetings der TPA-Partner beigelegt waren.

Untersuchung der Erfassung der Abrechnungen für den Monat Dezember 2019 in der Rechnungslegung des Wirecard-Konzerns

Untersuchungsziel

- Untersuchung der zutreffenden buchhalterischen Erfassung der Umsatzerlöse und Materialaufwendungen aus den Abrechnungen der TPA-Partner für den Monat Dezember 2019

Überblick Untersuchungshandlungen

- Abgleich der aus den Abrechnungen der TPA-Partner resultierenden Umsatzerlöse und Materialaufwendungen mit den entsprechenden Buchungen
- Abgleich der Forderungsbestände der betreffenden Wirecard-Gesellschaften zum 31. Dezember 2020 mit den von den TPA-Partnern gegenüber dem Abschlussprüfer für diesen Stichtag abgegebenen Saldenbestätigungen der TPA-Partner

Erhaltene Unterlagen

- Scans / Kopien der an den Abschlussprüfer gerichteten Saldenbestätigungen der TPA-Partner Al Alam Solution Provider, Senjo Payments Asia und PayEasy Solutions zum 31. Dezember 2019
- Abrechnungen der TPA-Partner Al Alam Solution Provider, Senjo Payments Asia und PayEasy Solutions für das vierte Quartal 2019
- Buchungsjournale aus den Hauptbüchern der Wirecard-Gesellschaften Cardsystems Middle East, Wirecard UK & Ireland und Wirecard Technologies für das Jahr 2019
- Summen- und Saldenlisten der Wirecard-Gesellschaften Cardsystems Middle East, Wirecard UK & Ireland und Wirecard Technologies für das Jahr 2019

Untersuchung der Erfassung der Abrechnungen für den Monat Dezember 2019 in der Rechnungslegung des Wirecard-Konzerns

Untersuchungsergebnisse

- Die vorgenommenen Abgleiche der von den TPA-Partnern für das vierte Quartal 2019 erstellten Abrechnungen mit den Buchungen für die Gesellschaften Cardsystems Middle East, Wirecard UK & Ireland und Wirecard Technologies ergaben keine Abweichungen.
- Der Abgleich der zum 31. Dezember 2019 gebuchten Forderungsbestände mit den gegenüber dem Abschlussprüfer von den TPA-Partnern abgegebenen Saldenbestätigungen der TPA-Partner ergab keine wesentlichen Abweichungen.

Untersuchung der Einzahlungen und Bestände auf sog. Escrow Accounts für den Monat Dezember 2019

Untersuchungsziel

- Untersuchung der Existenz der Bestände auf den Escrow Accounts für den Monat Dezember 2019

Erhaltene Unterlagen

- Scans der Übersichten über Kontobewegungen für die bei der philippinischen Bank BDO geführten Treuhandkonten für den Zeitraum vom 06. Dezember 2019 bis zum 30. April 2020
- Scans der Kontoauszüge für die von der philippinischen Bank BPI geführten Treuhandkonten für den Zeitraum vom 09. Dezember 2019 bis zum 09. Mai 2020
- Scans der Bestätigungen („Certificates of Deposits“) der Banken BDO und BPI gegenüber dem Abschlussprüfer für die Treuhandkonten zum 31. Dezember 2019
- Schreiben an die philippinischen Banken BDO und BPI zur Anforderung von Bankbestätigungen zum 31. Dezember 2019
- Protokolle der Quartalsmeetings mit den TPA-Partnern Al Alam Solution Provider, Senjo Payments Asia und PayEasy Solutions für das vierte Quartal 2019
- Saldenbestätigungen des Treuhänders M.K. Tolentino über die Salden auf den Treuhandkonten

Überblick Untersuchungshandlungen

- Einholung von Bankbestätigungen für die Treuhandkonten („Escrow Accounts“) zum 31. Dezember 2019
- Abgleich der in den Kontoauszügen für die Treuhandkonten ausgewiesenen Einzahlungen mit den relevanten Inhalten der Protokolle der Quartalsmeetings mit den TPA-Partnern Al Alam Solution Provider, Senjo Payments Asia und PayEasy Solutions (hier: zu besichernde Volumina)

Untersuchung der Einzahlungen und Bestände auf sog. Escrow Accounts für den Monat Dezember 2019

Untersuchungsergebnisse (1/2)

- Nach den KPMG vorgelegten von dem Treuhänder M.K. Tolentino an den Abschlussprüfer adressierten Scans der Saldenbestätigungen zu den Treuhandkonten stimmen die in den Saldenbestätigungen ausgewiesenen Salden mit den in der Buchhaltung der betreffenden Wirecard-Gesellschaften für den 31. Dezember 2019 ausgewiesenen Beständen überein.
- Ein Abgleich dieser Salden mit den KPMG vorgelegten Scans der Bestätigungen der beiden philippinischen Banken BDO und BDI gegenüber dem Abschlussprüfer („Certificates of Deposits“) ergab keine Abweichungen zu den vom Treuhänder gegenüber dem Abschlussprüfer bestätigten Salden. Die Scans der Bestätigungen der philippinischen Banken BDO und BDI weisen Wirecard-Gesellschaften als wirtschaftlich Berechtigte der Guthaben aus (siehe dazu Untersuchungsbericht vom 27. April 2020 Abschnitt 1.3.1.1.5.) Hinsichtlich der Abweichungen zwischen den Scans der Bankbestätigungen und den Kontoauszügen verweisen wir auf unseren Untersuchungsbericht vom 27. April 2020 in Abschnitt 1.3.1.1.5.)
- Nach den uns von dem Abschlussprüfer am 10. Juni 2020 im Rahmen einer Videokonferenz erteilten Auskünfte wurden dem Abschlussprüfer die vorstehend beschriebenen Scans der Bankbestätigungen der beiden philippinischen Banken vorgelegt, die nunmehr um zusätzliche Unterschriften und Prüfungsvermerke (Stempel) ergänzt wurden. Die Stempel (Prüfvermerke) lauteten „True and Correct“ (BDO) bzw. „CERTIFIED TRUE AND CORRECT“ (BPI). Bei den zusätzlichen Unterschriften handelte es sich nach den uns von dem Abschlussprüfer erteilten Auskünften um Unterschriften eines Mitarbeiters der Revision (BDO) bzw. eines Mitarbeiters des Bereichs Compliance (BPI).
- Bankbestätigungen mit weiteren Informationsanforderungen wurden durch KPMG von beiden Banken angefordert und nachweislich zugestellt. Infolge von erheblichen Verzögerungen bei der Bereitstellung der Bestätigungsanfragen durch Wirecard konnten die Bestätigungsanfragen erst am 20. Mai 2020 versendet werden. Rückantworten haben wir bis zum Zeitpunkt dieser Berichterstattung nicht erhalten.
- Ausweislich der von Wirecard vorgelegten Scans der Kontoauszüge bzw. der Übersichten über Kontobewegungen der philippinischen Banken BDO und der BPI gab es im ersten Quartal 2020 Einzahlungen auf die Treuhandkonten. Eine Identifikation der Einzahlenden anhand der aus den Kontoauszügen der Treuhandkonten ersichtlichen Informationen war nur für die von der BPI geführten Treuhandkonten möglich – demnach wurden die Einzahlungen auf dem Konto bei der BPI von den betreffenden drei TPA-Partnern vorgenommen. Die KPMG vorgelegten Kontoauszüge enthalten jedoch im Gegensatz zu den Bestätigungen der Banken BDO und BPI („Certificates of Deposits“) keine Hinweise auf Wirecard-Gesellschaften als wirtschaftlich Berechtigte der Gelder.

Untersuchung der Einzahlungen und Bestände auf sog. Escrow Accounts für den Monat Dezember 2019

Untersuchungsergebnisse (2/2)

- Die Summe der Umsatzerlöse betrug nach den Abrechnungen der TPA-Partner im vierten Quartal EUR 545,3 Mio. und die Summe der damit im Zusammenhang stehenden Cost of Sales (Materialaufwendungen) betrug nach den vorgelegten Unterlagen im vierten Quartal 2019 EUR 260,3 (Saldo Umsatzerlöse abzüglich Cost of Sales von insgesamt EUR 285,0 Mio.). Die Summe der Zahlungseingänge auf den getrennt nach einzelnen TPA-Partnern geführten Escrow-Accounts bei den philippinischen Banken BPI und BDO betrug nach den vorgelegten Kontoauszügen (BPI) bzw. Übersichten über Kontobewegungen (BDO) im ersten Quartal 2020 EUR 212,5 Mio. Wir weisen darauf hin, dass wir die Herkunft der Zahlungseingänge insbesondere auf den Konten bei der BDO, die im vorstehenden Saldo enthalten sind, nicht nachvollziehen konnten. Zahlungen auf direkt von Wirecard-Gesellschaften gehaltenen Konten sind nach den uns erteilten Auskünften nicht erfolgt.
- Einen sachlichen Zusammenhang zwischen den aus den Kontoauszügen der Treuhandkonten ersichtlichen Einzahlungen im ersten Quartal 2020 und den Abrechnungen der TPA-Partner Al Alam Solutions Provider, Senjo Payments Asia und PayEasy Solutions für das vierte Quartal 2019 konnte KPMG auf der Basis der vorgelegten Unterlagen (einschließlich der Protokolle der mit den TPA-Partnern durchgeführten Unterlagens Quartalsmeetings) nicht nachvollziehen. Hinsichtlich der Saldenbestätigungen der TPA-Partner über die jeweiligen Forderungsbestände der Wirecard-Gesellschaften zum 31. Dezember 2019 gegenüber dem Abschlussprüfer verweisen wir auf Seite 10 dieser Berichterstattung.

Fortführung der Datenanalysen für den Monat Dezember 2019

Untersuchungsziel

- Untersuchung des Datenextraktionsprozesses
- Untersuchung der Authentizität der von Wirecard bereitgestellten Transaktionsdaten für den Monat Dezember 2019

Erhaltene Unterlagen

- Transaktionsdaten für im Monat Dezember 2019 über die TPA-Partner abgewinkelte Kreditkartenzahlungen
- Aktennotiz mit einer Beschreibung der Datenextraktion

Überblick Untersuchungshandlungen

- Nachvollzug des Datenextraktionsprozesses und Nachvollzug der im Rahmen der Datenextraktion von Wirecard durchgeführten Abstimmungs- und Kontrollhandlungen zur Untersuchung der Authentizität der Daten
- Abgleich der bereitgestellten Transaktionsdaten für eine Stichprobe mit den für die jeweiligen Transaktion in dem Datenbestand der „Elastic Engine“ enthaltenen Transaktionsdaten u.a. um die Authentizität der Daten bewerten zu können
- Durchführung von Zeitreihenanalysen auf Basis der bereitgestellten Transaktionsdaten

Fortführung der Datenanalysen für den Monat Dezember 2019

Untersuchungsergebnisse

- Die geplanten Untersuchungshandlungen zur Authentizität der Daten und zum Datenextraktionsprozess konnten nicht durchgeführt werden, da uns
 - die Nachweise zu den von Wirecard in der vorgelegten Aktennotiz zur Datenextraktion beschriebenen Kontrollen und Abstimmungen während des Datenextraktionsprozess nicht zur Verfügung gestellt wurden und
 - ein Termin zur Durchführung von weiteren Untersuchungshandlungen insbesondere zum Abgleich der bereitgestellten Transaktionsdaten für eine Stichprobe mit den für die jeweiligen Transaktion in dem Datenbestand der „Elastic Engine“ enthaltenen Transaktionsdaten auch nach mehrfachen Anfragen bisher nicht ermöglicht wurde.
- Die Zeitreihenanalyse der bereitgestellten Transaktionsdaten ergab keine Auffälligkeiten. Weitere Analysen konnten mit dem gelieferten Datenbestand aufgrund der eingeschränkten Anzahl der bereitgestellten Datenfelder und der teilweise anonymisierten Kreditkartennummern nicht durchgeführt werden.

Disclaimer

- KPMG weist darauf hin, dass KPMG aufgrund des begrenzten Betrachtungszeitraums „Dezember 2019“ für Zwecke der Untersuchung keine Rückschlüsse auf die Grundgesamtheit der Umsatzerlöse des gesamten Jahres 2019 ziehen wird. Darüber hinaus weist KPMG darauf hin, dass die Untersuchung möglicherweise zu wesentlich anderen Erkenntnissen geführt hätte, sofern mehr Zeit bzw. die ursprünglich geplante Zeit für die Durchführung der jeweiligen Untersuchungshandlungen bestanden hätte.
- Die Art unserer Tätigkeit unterscheidet sich sowohl in ihrem Umfang als auch in ihren Zielen wesentlich von einer Jahresabschlussprüfung oder ähnlichen Tätigkeiten. Demzufolge erteilen wir kein Testat und geben keine andere Form der Bescheinigung oder Zusicherung hinsichtlich der von uns für unsere Arbeit gegebenenfalls herangezogenen Jahresabschlüsse oder des internen Kontrollsystems von Wirecard.
- Gemäß Auftragschreiben vom 31. Oktober 2019 ist die rechtliche Beurteilung der untersuchten Sachverhalte nicht Auftragsgegenstand. Die Aufdeckung und Untersuchung möglicher anderer unzulässiger Handlungen sowie eine rechtliche Beurteilung der untersuchten Aspekte war nicht Gegenstand unseres Auftrages.
- Wir erstatten diesen Bericht mit dem Hinweis, dass er ausschliesslich den Informationszwecken unseres Auftraggebers dient. Der Bericht kann daher nicht für dritte Personen oder andere Zwecke als geeignet angesehen werden. Sollten dritte Personen die Bericht zu verwenden oder verwerfen, geschieht dies auf ihre eigene Verantwortung. KPMG wird dementsprechend keine Verantwortung und Haftung gegenüber diesen dritten Personen übernehmen.
- Grundlage unserer Untersuchung und Auswertung waren die erhaltenen Unterlagen, empfangenen Dokumentationen und erteilten Auskünfte, ohne dass es uns möglich gewesen wäre, die Vollständigkeit und Echtheit der uns überlassenen Unterlagen und Dokumentationen zu überprüfen. Demzufolge können wir auch keine abschließende Aussage darüber treffen, ob diese Unterlagen und Informationen vollständig, richtig und widerspruchsfrei sind. Wir können ebenfalls nicht abschliessend beurteilen, ob uns alle beurteilungsrelevanten Informationen und Nachweise zugänglich gemacht wurden. Insofern können wir auch nicht ausschließen, dass wir bei Kenntnis weiterer Informationen und Dokumente zu einem anderen Ergebnis gekommen wären.
- Die dargestellten erhaltenen Unterlagen hat KPMG, bis auf wenige Ausnahmen, von Wirecard erhalten. Zahlreiche Unterlagen liegen KPMG nur in Form einer Kopie oder als Scan vor. KPMG kann nicht beurteilen, ob diese Versionen den Originalen entsprechen. Wir haben für unsere Arbeiten unterstellt, dass die vorgelegten Kopien den Originalen entsprechen. KPMG weist darauf hin, dass KPMG für die gelieferten Unterlagen keine Untersuchung der Authentizität vorgenommen hat.
- KPMG weist darauf hin, dass, soweit öffentliche Informationsquellen zur Recherche genutzt wurden, eine Überprüfung der Richtigkeit der erhaltenen Informationen nicht durchgeführt werden konnte. Es besteht somit das Risiko, dass Informationen aus diesen Quellen falsch, unvollständig oder nicht mehr aktuell waren.
- Grundlage unseres Auftrages sind die beigefügten Allgemeinen Auftragsbedingungen für Wirtschaftsprüfer und Wirtschaftsprüfungsgesellschaften in der Fassung vom 1. Januar 2017 sowie ergänzende schriftliche Vereinbarungen. Eine Weitergabe des Berichtes an Dritte bedarf unserer ausdrücklichen schriftlichen Zustimmung. Jede Haftung gegenüber Dritten schliessen wir ausdrücklich aus.

Anlage 2

Korrektur- und Ergänzungsanmerkungen des
Zeugen Hubert Barth



Deutscher Bundestag

3. Untersuchungsausschuss
nach Artikel 44 des Grundgesetzes

Nur zur dienstlichen Verwendung

Stenografisches Protokoll der 31. Sitzung - vorläufige Fassung* -

3. Untersuchungsausschuss

Berlin, den 19. März 2021, 9.00 Uhr
10557 Berlin, Konrad-Adenauer-Str. 1
Paul-Löbe-Haus, Europasaal (4.900)

Vorsitz: Kay Gottschalk, MdB

Tagesordnung - Beweisaufnahme

Einziger Punkt der Tagesordnung

Seite

Öffentliche Zeugenvernehmung

Dr. Christian Orth
(Beweisbeschluss Z-37)

9

Hubert Barth
(Beweisbeschluss Z-67)

111

Sven Hauke
(Beweisbeschluss Z-107)

siehe separates Protokoll

* Hinweis:

Die Stenografischen Protokolle über die Vernehmung von Zeugen und Sachverständigen werden grundsätzlich weder vom Ausschuss noch von den jeweiligen Zeugen oder Sachverständigen redigiert bzw. korrigiert. Zeugen und Sachverständigen wird das Stenografische Protokoll über ihre Vernehmung regelmäßig mit der Bemerkung zugesandt, dass sie Gelegenheit haben, binnen zwei Wochen dem Ausschusssekretariat Korrekturen und Ergänzungen mitzuteilen. Etwaige Korrekturen und Ergänzungen werden sodann dem endgültigen Protokoll beigelegt.



Nur zur dienstlichen Verwendung

Vernehmung des Zeugen Hubert Barth

Vorsitzender Kay Gottschalk: Ich begrüße dann bei uns im Saal Herrn Barth und heiße Sie recht herzlich willkommen. Neben Ihnen hat Ihr Rechtsbeistand Professor Jan Bocke¹ Mühl Platz genommen.

Herr Professor Bocke² Mühl, ich darf auch Sie recht herzlich im Namen des gesamten Ausschusses willkommen heißen. Wie Sie sicherlich wissen, dürfen Sie den Zeugen beraten. Ihnen steht jedoch selbst kein Rede- oder Fragerecht zu. Insbesondere dürfen Sie Ihrem Mandanten während seiner Aussage keine inhaltlichen Hinweise geben. Gegebenenfalls können - und das ist natürlich selbstverständlich - Sie und Ihr Mandant eine kurze Unterbrechung zum Zwecke der Beratung mit Ihnen beantragen.

Und wir sind sehr eifrig. Es kann schon mal passieren, dass wir die drei Stunden gar nicht merken, weil es spannend ist. Dann geben Sie einen Hinweis, wenn Sie eine Pause brauchen oder sich frischmachen möchten. Das ist selbstverständlich. - Haben Sie zu diesen Hinweisen Fragen?

(RA Prof. Dr. Jan Bocke³ Mühl schüttelt den Kopf)

Zeuge Hubert Barth: Nein.

Vorsitzender Kay Gottschalk: Wunderbar. - Herr Barth, zunächst bin ich gehalten, Sie über Rechte und Pflichten als Zeuge zu informieren und aufzuklären. Als Zeuge vor einem Untersuchungsausschuss sind Sie verpflichtet, die Wahrheit zu sagen. Das heißt, Sie müssen richtige und vollständige Angaben machen. Sie dürfen nichts weglassen, was zur Sache gehört, und nichts hinzufügen, was der Wahrheit widerspricht.

Wer vor einem Untersuchungsausschuss vorsätzlich falsche Angaben macht, kann sich nach § 162 in Verbindung mit § 153 Strafgesetzbuch strafbar machen. Solch eine uneidliche Falsch-

aussage kann eine Geldstrafe oder eine Freiheitsstrafe von drei Monaten bis zu fünf Jahren nach sich ziehen.

Auf bestimmte Fragen dürfen Sie allerdings die Auskunft verweigern. Das gilt zum einen für Fragen, deren Beantwortung Sie oder Ihre Angehörigen der Gefahr zuziehen würde, einer Untersuchung nach einem gesetzlich geordneten Verfahren ausgesetzt zu werden. Das können Verfahren wegen einer Straftat oder Ordnungswidrigkeit sein, aber auch disziplinar- oder berufsgerichtliche Verfahren. Zivilgerichtliche Verfahren gehören nicht dazu.

Darüber hinaus dürfen sogenannte Berufsgeheimnisträger und ihre Gehilfen grundsätzlich die Auskunft in Bezug auf Dinge verweigern, die ihnen in dieser Eigenschaft anvertraut oder bekannt geworden sind. - Haben Sie hierzu noch Fragen?

Zeuge Hubert Barth: Keine weiteren Fragen.

Vorsitzender Kay Gottschalk: Wunderbar. - Werden Ihnen bei Ihrer Vernehmung Vorhalte aus Akten gemacht, wird Ihnen der Fragesteller auf Wunsch die entsprechende Unterlage vorlegen.

Sollten Sie während Ihrer Vernehmung zu der Auffassung gelangen, dass Sie als VS-Vertraulich oder höher eingestufte Informationen oder sonstige Dinge zur Sprache bringen müssen, deren öffentliche Erörterung überwiegende schutzwürdige Interessen verletzen würde, bitte ich an dieser Stelle dann um einen kurzen Hinweis. Der Ausschuss hätte dann die Möglichkeit, über den Ausschluss der Öffentlichkeit sowie den Geheimhaltungsgrad dieser Sitzung zu beschließen. - Haben Sie zu diesen Hinweisen noch Fragen?

Zeuge Hubert Barth: Keine weiteren Fragen, Herr Vorsitzender.

Vorsitzender Kay Gottschalk: Wunderbar. - Dann möchte ich Sie noch bitten - obwohl, das ist Eulen nach Athen tragen -, das Mikrofon immer einzuschalten. Das haben Sie hier auch schon vollkommen autodidaktisch sich beigebracht.

Kommentarzusammenfassung für Microsoft Word - E_3UA_31_2021-19-03.docx

Seite: 2

¶	Nummer: 1	Verfasser: Jan Bockemuehl	Thema: Durchstreichen	Datum: 07.04.2021 16:23:14

¶	Nummer: 2	Verfasser: Jan Bockemuehl	Thema: Durchstreichen	Datum: 07.04.2021 16:23:20

¶	Nummer: 3	Verfasser: Jan Bockemuehl	Thema: Durchstreichen	Datum: 07.04.2021 16:23:39



Nur zur dienstlichen Verwendung

Herr Barth, insoweit würde ich Sie zunächst kurz zu Ihrer Person vernehmen. Ich würde Sie daher bitten, kurz Ihren Vornamen, Ihren Nachnamen, Ihren Beruf, Ihr Alter und Ihren Wohn- oder Dienstort mitteilen.

Zeuge Hubert Barth: Machen Sie sehr gerne, Herr Vorsitzender. - Mein Name ist Hubert Barth. Ich bin 52 Jahre alt, von Beruf Diplom-Kaufmann, Wirtschaftsprüfer und Steuerberater. Ich wohne mit meiner Familie in [REDACTED].

Vorsitzender Kay Gottschalk: Wunderbar, vielen Dank. - Herr Barth, Sie können, wenn Sie das wünschen, nunmehr im Zusammenhang darlegen, was Ihnen über den Gegenstand der Vernehmung bekannt ist. Herr Barth, Sie haben das Wort.

Zeuge Hubert Barth: Danke sehr. - Sehr geehrter Herr Vorsitzender! Sehr geehrte Damen und Herren Abgeordnete! Es ist wichtig, dass sich der Deutsche Bundestag der Aufgabe gestellt hat, den Wirecard-Skandal aufzuklären. Ich möchte heute selbstverständlich meinen Teil dazu beitragen.

Sie haben mich als Vorsitzenden der Geschäftsführung der Ernst & Young GmbH Wirtschaftsprüfungsgesellschaft hierher geladen. Ich kann Ihnen sagen: Die über 11 000 Kolleginnen und Kollegen bei EY in Deutschland sind sich des Vertrauensverlustes bewusst, der durch den Fall Wirecard entstanden ist. Sie spüren das ganz persönlich, auch wenn sie selbst mit dem Fall Wirecard gar nichts zu tun hatten.

Der Fall Wirecard ist ein Kriminalfall, ein einzigartiger Fall, wie er in meinem Berufsleben bisher noch nie vorgekommen ist. Und erst langsam beginnen wir, zu verstehen, wie einige sehr wenige an der Spitze von Wirecard und Dritte mit unglaublicher Energie alle Beteiligten getäuscht, betrogen haben: Angestellte, Investoren, Banken, Aufsichtsbehörden, den Aufsichtsrat und auch uns, uns Wirtschaftsprüfer. Sogar die auf Forensik spezialisierten Experten und Rechtsanwälte gingen Hinweisen nach, konnten aber den Betrug nicht beweisen. Das bedaure ich zutiefst.

Ihre Fragen hier im Ausschuss sind berechtigt: Wie konnte dieser Betrug so lange unentdeckt bleiben? Warum hat man das nicht früher gemerkt? Glauben Sie mir, diese Fragen haben mich auch in manchen Nächten schlecht schlafen lassen.

Mein tiefer Wunsch ist, dass dieser Fall so oder so ähnlich sich nie wiederholt. Darum unterstützen EY und ich ausdrücklich das geplante Finanzmarktintegritätsstärkungsgesetz. Bei diesem Ziel haben wir mit Ihnen, der Politik, die gleichen Interessen und ziehen an einem Strang. Das Gesetz enthält wichtige Stellschrauben, um Verbesserungen herbeizuführen, gerade wenn wir auf den Fall Wirecard zurückblicken.

Drei Punkte möchte ich zu Beginn klar und deutlich sagen.

Erstens. Für die Wirtschaftsprüfung ist vorsätzlicher und systematischer Betrug, wie er im Fall Wirecard vorgekommen ist, aufgrund der jeder Abschlussprüfung innewohnenden begrenzten Erkenntnismöglichkeiten auch bei gewissenhafter Berufsausübung nicht immer zu erkennen. Auch die staatliche Finanzaufsicht kommt hier an ihre Grenzen.

Zweitens. Selbst wenn ich mir persönlich nichts vorzuwerfen habe, ist zuvorderst vielen Investoren und nicht zuletzt dem Finanzplatz Deutschland durch den Fall Wirecard Schaden entstanden, sogar immenser Schaden. In der Politik gibt es dafür den Begriff der politischen Verantwortung. Was EY angeht, habe ich diese zu tragen. Ich möchte ganz persönlich dazu beitragen, dass ein echter Neustart unter neuer Führung möglich ist, auch schneller als geplant. Daher trete ich bereits mit Wirkung zum 1. April 2021 von meinem Posten als Vorsitzender der Geschäftsführung von EY Deutschland zurück, und meinen Nachfolgern wünsche ich alles erdenklich Gute.

Drittens. EY sieht sich in der Verantwortung, seinen Teil dazu beizutragen, dass die Wirtschaftsprüfung in Zukunft einen Fall Wirecard früher erkennen kann. Deshalb hat EY eine Kommission einberufen, die unter dem Vorsitz von Dr. Theo



Nur zur dienstlichen Verwendung

Weigel und Brigitte Zypries dazu konkrete Vorschläge erarbeitet, Vorschläge, die mit Praktikern gemeinsam entwickelt werden und mit denen Lehren aus dem Fall Wirecard gezogen werden.

Verehrte Damen und Herren, Sie wollen sicher wissen, in welcher Weise ich in das Mandat Wirecard eingebunden war. Ich kann dazu sagen: Kurzzeitig näher beschäftigt war ich ab dem Februar 2019 und insbesondere im April, Juni 2020. Davor beschränkte sich meine Befassung nach meiner Erinnerung insbesondere auf wenige Tage im Frühjahr 2017 sowie auf sogenannte Evaluationsgespräche mit dem Management von Wirecard, jeweils im Sommer 2017 und 18. In diesem Rahmen habe ich auch die Herren Ley, Dr. Braun und von Knoop kennengelernt.

Ende Januar 2019 erschien der kritische „Financial Times“-Artikel zu den sogenannten Singapur-Allegations. Am 6. Februar 2019 kamen Dokumente eines Whistleblowers, an mich adressiert, bei mir an. Solche Hinweise gibt es in Mandaten immer wieder, und wir gehen diesen nach. Wenn sie glaubwürdig und plausibel sind, war und ist es mein oberstes Interesse, dass umfassende Qualitätssicherungsmaßnahmen ergriffen und unsere Forensiker intensiv in die Prüfung einbezogen werden.

In diesem Fall, bei Wirecard, fand ich die Hinweise so wichtig, dass ich auch persönlich den Vorsitzenden des Aufsichtsrats von Wirecard dazu kontaktiert habe und mich über die Singapur-Allegations auch regelmäßig informieren ließ. Zudem habe ich gemeinsam mit meinen Kollegen Christian Orth am 13. Februar 2019 bei der APAS angerufen, um die Singapur-Allegations dort zu adressieren.

Was ich betonen möchte: Das Mandat Wirecard wurde von sehr erfahrenen Partnern verantwortet. Der auftragsbezogene Qualitätssicherer kam all die Jahre aus unserem Geschäftsbereich „Finanzdienstleistungen“. Zusätzlich waren viele Experten und Forensiker eingebunden. Kurz gesagt: Hier waren erstklassige, gut ausgebildete Leute im Einsatz.

Meine Kollegen haben das Testat für das Geschäftsjahr 2018 mit einem ergänzenden Hinweis erteilt. Dem lagen bereits umfassende und erheblich erweiterte Prüfungshandlungen zugrunde. Die Prüfungsberichte 2018 sowohl zur Wirecard AG und dem Konzern als auch zur Wirecard Bank enthalten seitenweise Ausführungen zu Unregelmäßigkeiten und Feststellungen.

Sie können fragen: Warum haben Sie von EY dann trotzdem testiert? Die Antwort ist: weil die Unregelmäßigkeiten nicht unmittelbar die Rechnungslegung betrafen bzw. im Konzernabschluss von Wirecard korrigiert worden sind und weil die sogenannten Singapur-Allegations nach unserer damaligen Einschätzung und nach der Einschätzung externer forensischer Untersuchungen insbesondere die Einheit in Singapur betrafen. Insofern war hier eine Berichterstattung im Prüfungsbericht und folgende Konsequenz für den Bestätigungsvermerk angezeigt. Mit dem deutlichen Hinweis im Testat haben wir die Öffentlichkeit auf die Vorgänge in Singapur hingewiesen.

Testatshindernisse aus damaliger Sicht lagen meines Erachtens nicht vor. Auch für die Jahre davor, bei den Abschlüssen 2015, 16 und 17, wurden von den Prüfungsteams nach meinen Informationen umfassende und erhebliche Prüfungshandlungen durchgeführt und wurde über Unregelmäßigkeiten berichtet. Die kritische Grundhaltung und die sorgfältige Durchführung der Prüfungen waren nach meiner Einschätzung bei allen Abschlüssen gegeben.

Die Frage, die sich daraus ergibt, lautet: Wenn die Wirtschaftsprüfer formal keinen Fehler gemacht haben und der Betrug trotzdem nicht entdeckt wurde, was lief dann möglicherweise falsch? Hätten die Wirtschaftsprüfer tiefer graben können und müssen? Diese Frage ist berechtigt. Hierbei ist aber auch zu berücksichtigen: Kann und muss man annehmen, dass das Management und Dritte Bestätigungen abgeben und eine Reihe von gefälschten Nachweisen vorlegen?

Im Rahmen unserer kritischen Grundhaltung haben die Prüfer die Täuschungen in Betracht gezogen und sind bekannten Anschuldigungen nachgegangen und haben außerdem über das übliche

Seite: 4

 Nummer: 1 bis	Verfasser: Jan Bockemuehl	Thema: Text ersetzen	Datum: 08.04.2021 09:34:35
 Nummer: 2 t	Verfasser: Jan Bockemuehl	Thema: Text einfügen	Datum: 08.04.2021 09:34:39
 Nummer: 3	Verfasser: Jan Bockemuehl	Thema: Durchstreichen	Datum: 08.04.2021 09:35:52
 Nummer: 4 m	Verfasser: Jan Bockemuehl	Thema: Text ersetzen	Datum: 08.04.2021 09:35:18



Nur zur dienstlichen Verwendung

Maß hinaus Hintergrundinformationen über die Geschäftspartner von Wirecard sich verschafft. Für einen Betrug haben sich hieraus jedoch keine Nachweise ergeben.

Viele Parteien müssen nach unserer heutigen Einschätzung und Erkenntnissen in Form kollusiver Art zusammengearbeitet haben, die kaum vorstellbar ist und möglicherweise nur durch kriminalistische Methoden erkennbar gewesen wäre. Aber wir haben es im Juni 2020 doch geschafft, den finalen Nachweis auf den Betrug zu erbringen und das Testat zu versagen.

Zudem möchte ich bemerken: Wirtschaftsprüfer können mit ihren Mitteln zwar vieles aufdecken, aber sie sind nicht die Kriminalpolizei und auch nicht die Staatsanwaltschaft. Wirtschaftsprüfer verfügen nicht über deren Ermittlungsmöglichkeiten. In welchen Fällen die Behörden zu informieren sind, ist gesetzlich geregelt. Hierüber lohnt sich sicherlich eine weitere fachliche Diskussion.

Es steht auch die Frage im Raum: Warum hat EY das Mandat nicht niedergelegt, als 58 Seiten an Erläuterungen über Unregelmäßigkeiten als Anhang dem Prüfungsbericht beigelegt wurden? Wir haben das damals ausführlich diskutiert. Wir haben nach sorgfältiger Abwägung entschieden, dass wir diesen Auftrag nur unter engen Bedingungen weiterführen. Der Vertrag wurde nur für ein weiteres Jahr verlängert und die Prüfungen auch aufgrund neuer Vorwürfe weiter verschärft.

BaFin, Staatsanwaltschaft, der Großteil der Öffentlichkeit sowie die Politik, alle Beteiligten standen damals trotz der Medienberichterstattung positiv zu Wirecard. Wir hatten keinen Beweis, der das Gegenteil belegte.

Wollten wir Wirecard um jeden Preis als Kunden halten? Das haben mich viele gefragt. Meine Antwort ist: Nein. Das Mandat von Wirecard, mit dem wir zum allergrößten Teil nur Prüfungsumsätze erzielten, trug nur rund ein Tausendstel zu unserem Umsatz bei. Davon hing das Schicksal von EY wirklich nicht ab.

Hinzufügen möchte ich, dass unser Qualitätsanspruch bei allen Mandanten, ob groß oder klein, selbstverständlich derselbe ist. Als wir endlich den Beweis in Händen hielten - und dafür danke ich dem leidenschaftlichen Einsatz von Christian Orth und meinen Kolleginnen und Kollegen -, haben wir am 16. Juni 2020 keine Sekunde gezögert, Alarm zu schlagen. Das Team und ich haben zuvor und danach dramatische Tage erlebt.

Sehr geehrte Damen und Herren, die Causa Wirecard hat sich zu einem Fall entwickelt, in dem nicht zuletzt viele Menschen ihr Geld verloren haben und geschädigt worden sind. Die Frage, wer dabei welche Schuld auf sich geladen hat, wird die Gerichte und die öffentlichen Diskussionen noch lange beschäftigen. Aber gerade weil es so ein außergewöhnlicher Einzelfall ist, will ich ganz deutlich noch mal sagen: Ich kann Ihnen versichern: Die gesamte EY-Organisation und ich auch ganz persönlich wünschen uns, dass wir die mutmaßlich betrügerischen Handlungen bei Wirecard früher hätten nachweisen können.

Wir untersuchen intern bei uns seit Monaten sehr hart, woran es gelegen hat, dass dies nicht der Fall war - es gibt Fälle, in denen die Staatsanwaltschaften Jahre aufarbeiten, bis sie zu einem Ergebnis kommen -; denn für EY ist nichts wichtiger als die Qualität unserer Arbeit. Die Qualität der Abschlussprüfung ist entscheidend für den Ruf und den Gesamterfolg von EY. Uns ist bewusst, dass es erheblicher Anstrengungen bedarf, um das Vertrauen unserer Mandanten, anderer Marktteilnehmer und der Öffentlichkeit in die Qualität der Abschlussprüfung dauerhaft sicherzustellen.

Die langfristig angelegte Initiative „Trust in Quality“ hat zum Ziel, das Vertrauen in die Prüfungsarbeit weiter zu stärken. Damit geht EY über die derzeit öffentlich diskutierten Vorgaben der Wirtschaftsprüfungsgesellschaften deutlich hinaus.

Sehr geehrter Herr Vorsitzender, sehr geehrte Damen und Herren Abgeordnete, ich weiß, dass Sie unseren Beitrag zur Aufklärung des Wirecard-Falls sehr kritisch sehen. Ich möchte trotzdem sagen: Wir haben im Rahmen der gesetzlichen Mög-



Nur zur dienstlichen Verwendung

lichkeiten viel getan, um zur Aufklärung beizutragen. Wir haben uns auf die gesetzlichen Grenzen zur Verschwiegenheitspflicht berufen und waren dem Vorwurf ausgesetzt, dass wir mauern.

Nachdem der Bundesgerichtshof die umstrittene Frage geklärt hat, haben wir eine Vielzahl von Computern mit umfangreichen Daten und Akten an Sie hier im Bundestag übergeben. Wir haben Personal abgestellt, um Sie zu unterstützen, damit Sie so gut und so schnell wie möglich Einblick in alle Dokumente bekommen. Zusätzlich haben wir verschiedene Kommunikationskanäle für Fragen eingerichtet. Etwas Vergleichbares hat es nach allem, was ich weiß, noch in keinem Untersuchungsausschuss des Bundestages gegeben.

Gestatten Sie mir noch eine persönliche Bemerkung zum Schluss. Mein Weg zum Vorsitzenden der Geschäftsführung von EY in Deutschland, eines Unternehmens mit über 11 000 Beschäftigten, war nicht vorgezeichnet. Ich komme aus einer Großfamilie und bin in einem Familienbetrieb, einer Dorfbäckerei, aufgewachsen. Zusammenhalt und Werte, die Vertrauen und Verlässlichkeit sind mir unglaublich wichtig.

Jetzt mache ich den Weg frei für einen Neustart von EY Deutschland. Und damit möchte ich auch für alle Kolleginnen und Kollegen, die sich so sehr mit dem Unternehmen identifizieren wie ich, einen Blick nach vorn ermöglichen. Ich möchte an Sie appellieren, dass wir uns konstruktiv zur Sache austauschen. Wir wollen gemeinsam aufklären. Wir von EY wollen umfassend dazu beitragen, dass die Dinge zukünftig noch besser gemacht werden - im Interesse des gesamten Berufsstandes, des Finanzplatzes Deutschland sowie der Öffentlichkeit und auch EY.

Damit schließe ich und stehe für Ihre Fragen sehr gern zur Verfügung.

Vorsitzender Kay Gottschalk: Vielen Dank, Herr Barth. Und auch an meiner Stelle da Respekt für Ihre Entscheidung. - Herr Barth, wie haben Sie sich auf die heutige Sitzung - das sind so einige allgemeine Fragen; das kennen die Kollegen

schon; da versuche ich, ein bisschen abzuräumen, damit wir dann irgendwann sozusagen auf das Fleisch auch tatsächlich kommen - vorbereitet?

Zeuge Hubert Barth: Danke sehr, Herr Vorsitzender. - Bezüglich der Zeugenvorbereitung: Ich habe meine Ladung erst mal aus der Presse erfahren. Natürlich habe ich mich vorbereitet. Was habe ich getan? Ich habe Prüfungsberichte gelesen, meine E-Mails noch mal durchgeschaut, meinen Kalender noch mal rückwärts angeschaut, weitere Unterlagen durchgesehen und mich vor allem ausführlich mit meinem Anwalt vorbereitet. Ich habe mir auch den parlamentarischen Untersuchungsausschuss erklären lassen. Als Geschäftsführer bin ich auch sowieso verpflichtet, mich über Wirecard informieren zu lassen, insbesondere über die Risiken, aber auch - darauf lege ich immer Wert - Hinweise auf die Verschwiegenheit usw. Ich bin mir voll bewusst über meine Rolle als Zeuge, und was ich hier schildere, ist meine Sichtweise. Und eine Zeugenbeeinflussung schließe ich bei mir auch komplett aus.

Vorsitzender Kay Gottschalk: Wunderbar. Darf ich an der Stelle auch gleich mal einen Wunsch äußern: Wir fangen ja jetzt gerade an, in den frischen Unterlagen zu ermitteln, an der einen oder anderen Stelle dann. Das haben wir auch bei den Behörden - - Da möchte ich mich auch bedanken - - herabzustufen, weil es natürlich schwierig ist, wenn man Dokumente dann nicht im öffentlichen Raum verwenden kann. Also, da würde ich um Mithilfe bitten, aber auch noch mal den Dank an der Stelle aussprechen - ich habe es eben schon getan -, dass Sie uns Rechner und viele Dinge, auch die Räumlichkeiten, für die Sonderermittler zur Verfügung gestellt haben. Das will ich an der Stelle auch nicht verschweigen. Aber es wäre schön, wenn wir auch da weiter und zügig vorankommen, was Entstufung von Dokumenten angeht. - Das so als Wunsch aller Kollegen, glaube ich, hier. Das würde die Sache erleichtern und Ihren Aufklärungswillen unterstreichen.



Nur zur dienstlichen Verwendung

Seit wann - - Das haben wir schon geklärt. Ich glaube, das ist auch bekannt. Das möchte ich Sie jetzt nicht fragen.

War EY als Wirtschaftsunternehmen auch für die - oder wissen Sie das jetzt im Überblick? - Tochtergesellschaften Wirecards zuständig, und wenn ja, für welche? Können Sie das vielleicht nennen?

Zeuge Hubert Barth: Sie meinen, von der Prüfungsseite her?

Vorsitzender Kay Gottschalk: Ja, genau.

Zeuge Hubert Barth: EY hat den Konzern geprüft und auch einige Tochtergesellschaften. Im Prüfungsbericht ist hierzu auch eine Tabelle enthalten, die darstellt, in welchen Ländern EY geprüft hat und in welchen Ländern Drittprüfer im Einsatz waren. Ich möchte verweisen auf die Seite 39 des Prüfungsberichtes aus dem Jahr 2018. Wenn Sie möchten, kann ich es im Einzelnen ausführen, wo EY Prüfer war, -

Vorsitzender Kay Gottschalk: Gerne, okay.

Zeuge Hubert Barth: - und die Drittprüfer auch darstellen.

Vorsitzender Kay Gottschalk: Gut. - In einem Statement haben Sie angegeben - ich zitiere - :

„Wirecard ist ein Einzelfall. Er treibt uns angesichts seiner Größe um. Aber wir haben uns nichts vorzuwerfen. Wir haben den Betrugsfall nachgewiesen und umfassend kommuniziert.“

Zitat Ende. Nachzulesen ist dies beispielsweise in der „FAZ“ vom 26. November 2020. - Können Sie uns berichten, mit welchen Personen und Institutionen Sie in der Sache Wirecard gesprochen haben? Bei Institutionen meine ich durchaus auch Behörden, Geschäftsbereichsbehörden, Ministerien etc.

Zeuge Hubert Barth: Ich würde mit dem zweiten Teil Ihrer Frage beginnen, -

Vorsitzender Kay Gottschalk: Gerne.

Zeuge Hubert Barth: - mit welchen Institutionen ich bezüglich Wirecard gesprochen habe. Da ist zunächst mal zu nennen die APAS - das habe ich ja gerade schon in meinem Eingangsstatement erwähnt -, das Telefonat vom 13. Februar 2019. Darüber hinaus - - Zumindest hat das meine Aktenrecherche hergegeben, dass das Thema Wirecard ganz kurz auch mal ein Thema bei der DPR war. Da gibt es jährliche Gespräche mit der DPR, wenn die die Prüfung letztendlich oder ihr Assessment abgeschlossen haben. Da wurde das Thema auch mal ganz kurz am Rande erwähnt. Ansonsten habe ich mit weiteren Behörden oder Institutionen diesbezüglich nicht gesprochen.

Vorsitzender Kay Gottschalk: Okay. - Sie haben das eben schon angedeutet, dass Sie einen Austausch mit der APAS bezüglich Wirecard hatten. Fand dieser primär schriftlich oder mündlich statt? Also, Sie haben eben das Telefonat, das berühmte, was fast schon legendären Status hat - - Gab es darüber hinaus auch schriftliche - - oder weitere Telefonate, die uns vielleicht jetzt hier nicht gegenwärtig sind?

Zeuge Hubert Barth: Nach meiner Erinnerung gab es dazu keinen schriftlichen Austausch. Bezüglich der Gespräche: Es ist dieses berühmte Gespräch am 13. Februar 2019. Darüber hinaus gab es noch, ich würde mal sagen, einen Zwischen-Tür-und-Angel-Austausch mit Herrn Bose. Den habe ich anlässlich des Wirtschaftsprüferkammertages - ich muss kurz nachschauen, wann das genau war -

(Der Zeuge blättert in seinen Unterlagen)

irgendwann im Mai 2019 gesprochen. Da ging es auch letztendlich noch mal - - bezogen auf Wirecard, weil der Abschluss ¹³ wurde testiert ¹⁴ Ende April. Da war nur mal kurz der Ausschuss ¹⁵ ob sich die APAS das anschaut oder nicht.

Vorsitzender Kay Gottschalk: Können Sie aus Ihrer Sicht - wir haben ja jetzt schon so viele Betei-

Seite: 7

 Nummer: 1	Verfasser: Jan Bockemuehl	Thema: Durchstreichen	Datum: 08.04.2021 09:38:48
 Nummer: 2	Verfasser: Jan Bockemuehl	Thema: Durchstreichen	Datum: 08.04.2021 09:38:39
 Nummer: 3 Ende April	Verfasser: Jan Bockemuehl	Thema: Text einfügen	Datum: 08.04.2021 09:38:36
 Nummer: 4 wurde	Verfasser: Jan Bockemuehl	Thema: Text einfügen	Datum: 08.04.2021 09:39:16
 Nummer: 5 Austausch	Verfasser: Jan Bockemuehl	Thema: Text ersetzen	Datum: 08.04.2021 09:38:24



Nur zur dienstlichen Verwendung

ligte gehört - noch mal den Inhalt dieser Gespräche, natürlich vor allen Dingen auch den vielleicht aus Ihrer Sicht, vom Februar angeben?

Zeuge Hubert Barth: Sehr gerne, Herr Gottschalk. - Bezüglich der Diskussion mit der APAS: Ich leite vielleicht ein: Dem ging eine Diskussion im Team voraus, was wir denn - wie Sie auch wissen, ging bei mir dieses Whistleblower-Paket ein, worauf ich viele informiert habe - - haben wir im Team diskutiert: Was machen wir damit? Ich wollte mir selber ein Bild davon verschaffen. Deswegen habe ich meine Kollegen gebeten, ob sie mir einen Termin bei Wirecard besorgen könnten. Es stand sowieso ein Jour Fixe an. Das heißt, am 6. Februar kam das Whistleblower-Paket nach meinen Recherchen. Am 8. Juni [sic!] wurde dann eine Terminvereinbarung mit Wirecard ausgemacht für den 12. Februar. An diesem Jour Fixe habe ich dann teilgenommen - das ist ein üblicher Termin, wo man bestimmte Prüfungssachverhalte durchspricht -, um mir ein eigenes Bild zu machen.

An diesem Termin habe ich auch ein paar Fragen an Dr. Braun diesbezüglich gestellt bzw. das Team, und wir haben auch darauf hingewiesen, dass wir aufgrund der Anschuldigungen, die hier aufgegriffen werden, die APAS auf Basis des Artikel 7 am Folgetag kontaktieren werden.

Jetzt zum Anruf bei der APAS selbst: Wir sind proaktiv auf die APAS zugegangen, weil wir diesen Sachverhalt einfach berichtenswert fanden. Die Basis unseres Anrufs, die ist Artikel 7. Wir können nicht einfach so die APAS über irgendwelche Mandanten anrufen, sondern wir brauchen schon eine Basis. Die ist der Artikel 7.

Gesprächsverlauf selbst, vielleicht auch dort einleitend: Es gab, ich glaube, kurz vor zehn einen kurzen Briefing- oder Abstimmungscall zwischen Christian Orth und mir, wo wir letztendlich abgestimmt haben, welche Themen wir anbringen. Um 10 Uhr haben sich dann die Herren von der APAS mit eingewählt in diese Telefonkonferenz. Der erste - wie soll ich sagen? - - Die Belehrung, die hat uns etwas überrascht, zu Beginn. Also, wir wurden belehrt, und dann kam die Frage - - Also, ich habe das Wort „Wirecard“ erwähnt,

und dann kam gleich die Belehrung. Und dann kam die Frage, ob wir weitersprechen möchten. Da sagte ich: Ja, wir möchten weitersprechen. Und dann haben wir diesbezüglich proaktiv die Information gegeben, dass hier signifikante Allegations vorliegen, dass wir erwarten, dass sich die APAS das auch anschauen wird, und dass wir diese sehr, sehr ernst nehmen und wir umfassende Qualitätssicherungs- und Risk-Management-Maßnahmen bereits eingeleitet haben.

Wir haben auch darüber berichtet, dass wir diese Allegations - wir sind sie nicht im Einzelnen durchgegangen - - dass wir hierfür erweiterte Prüfungshandlungen vornehmen und auch Forensiker einbinden werden. Wir haben auch erwähnt, dass wir am Tag davor beim Management waren, und dann haben wir letztendlich gefragt, ob es weitere Rückfragen oder sonstige Themenbereiche gibt. Die APAS hat nach meinem Eindruck das Telefonat begrüßt. Und um es auch abzuschließen: Danach sind wir letztendlich zum Team zurückgegangen und haben dem Team auch darüber berichtet, dass der Call und das Telefonat mit der APAS stattgefunden hat.

Vorsitzender Kay Gottschalk: Können Sie sich noch an die beteiligten Gesprächspartner, aus Ihrer Sicht, dieser TelKo erinnern?

Zeuge Hubert Barth: Nach meiner Erinnerung - also, ich rede aus der damaligen Sicht; -

Vorsitzender Kay Gottschalk: Ja, na klar.

Zeuge Hubert Barth: - auch ich habe ja viel gelesen in der Zwischenzeit - - aber wirklich aus der damaligen Sicht: Herr Kocks, Herr Bose und noch ein, zwei weitere Personen von der APAS.

Vorsitzender Kay Gottschalk: Ich will mal einen Sprung weiter machen: Im Zuge einer Anfrage vom Kollegen Bayaz über die Rolle der Abschlussprüferstelle im Fall Wirecard, nachzulesen auf Bundestagsdrucksache 19/21208, werden ja viele Fragen auch gestellt. Im Zuge dieser wiederum gab Staatssekretär Nußbaum an, die APAS würde auch bei der Wirtschaftsprüfungsgesellschaft EY anlasslose Inspektionen durchführen. Können



Nur zur dienstlichen Verwendung

Sie diese Aussage von Staatssekretär Nußbaum bestätigen?

Zeuge Hubert Barth: Herr Gottschalk, das Wort „anlasslose“ dürfte sich auf anlassunabhängige Untersuchungen der APAS beziehen. Solche anlassunabhängigen Untersuchungen gibt es bei allen Prüfern von sogenannten Public Interest Entities. Das heißt, die werden routinemäßig jährlich durchgeführt, so auch bei EY, weil wir doch einige Public Interest Entities als Abschlussprüfungsmandate haben. Und diesbezüglich gibt es diese Untersuchungen im jährlichen Rhythmus, und dazu gibt es auch immer Gespräche.

Vorsitzender Kay Gottschalk: Okay. - Gut, dann wäre ich mit meinem allgemeinen Teil zunächst durch, wie versprochen. Und Matthias Hauer für die CDU/CSU-Fraktion.

Matthias Hauer (CDU/CSU): Herr Vorsitzender. - Herr Barth, vielen Dank, dass Sie uns Auskunft geben. - Ich möchte noch mal zu Ihrem Eingangsstatement zurückkommen, das Sie ja sehr pathetisch uns vorgetragen haben, und möchte Sie fragen, wie es denn jetzt für Sie persönlich weitergeht; denn Sie haben ja gesagt, Sie übernehmen die Verantwortung so im Sinne einer politischen Verantwortung; und das seien bei EY dann quasi Sie, die das übernehmen. Können Sie dazu was sagen?

Zeuge Hubert Barth: Herr Hauer, mache ich sehr gerne. - Bei EY gibt es eine organisatorische Umstellung. Bisher ist Deutschland Teil der Region, wir nennen es „GSA“. Das sind Deutschland, Österreich, Schweiz und Liechtenstein drin. Es gibt noch weitere Regionen innerhalb Europas. Das wird es eine Konsolidierung geben, wo mehrere Länder noch weiter zusammengefasst werden. Ich werde in diese Region wechseln, mache damit den Weg frei.

Mein Wechsel auf europäische Ebene kommt daher: Ich bin seit fünf Jahren Vorsitzender der Geschäftsführung von EY in Deutschland. Ich bin ein neugieriger Mensch, und ich habe früher auch schon sehr, sehr viel international gearbeitet. Und um es vielleicht auch einzuordnen - ich habe immer Chefinnen -: Meine Chefin, die ich

davor hatte, die war früher GSA Regional Managing Partnerin. Die ist dann zur EMEA- oder Europachefin aufgestiegen, und ich folge ihr letztendlich in Europa nach, nicht auf ihre Position, nicht dass Sie das falsch verstehen, sondern ich werde eine Rolle auf europäischer Ebene bekleiden.

Matthias Hauer (CDU/CSU): Ich frage es nur deshalb, weil Sie ja so pathetisch vorgetragen haben, als wäre das jetzt der Rieseneinschnitt für Sie persönlich, weil Sie ja jetzt Verantwortung übernehmen. Und für mich klang das jetzt nicht ganz so wie der Einschnitt, sondern eher wie eine andere Aufgabe irgendwie im Konzern, an einer anderen Stelle. Aber so richtig nach Verantwortungsübernehmen, fand ich jetzt, klang es nicht; deshalb. Ich wollte es nur noch mal klarstellen, weil Sie ja in Ihrem Eingangsstatement das so anders dargestellt hatten. - Ist das denn mit einer geringeren Vergütung verbunden?

Zeuge Hubert Barth: Ich werde ordnungsgemäß vergütet.

Matthias Hauer (CDU/CSU): Also nein.

Zeuge Hubert Barth: Ich weiß es nicht. Das hängt bei uns immer von der Performance ab.

Matthias Hauer (CDU/CSU): Also an dem variablen Anteil.

Zeuge Hubert Barth: Die Vergütung ist am Performance-Anteil, und sie hängt letztendlich von dem Verantwortungsbereich, den man hat - -

Matthias Hauer (CDU/CSU): Aber es ist jetzt nicht so, dass Sie da jetzt wesentlich schlechter stehen als vorher.

Zeuge Hubert Barth: Das weiß ich noch nicht, sage ich Ihnen ganz offen.

Matthias Hauer (CDU/CSU): Okay, ja, ist ja auch nicht so wichtig. Gut, ich nehme das jetzt erst mal zur Kenntnis, dass Sie das als „politische Verantwortung übernehmen“ verstehen, aber sich sonst zumindest im Portemonnaie zumindest noch nicht absehbar so viel ändert.

die



Nur zur dienstlichen Verwendung

Können Sie noch mal sagen: Sie hatten vorhin gesagt: „Wenn formal keine Fehler passieren, was läuft dann falsch?“ - so hatte ich Sie verstanden -: Kann ich daraus schließen, dass Sie davon ausgehen, es sind formal keine Fehler gemacht worden durch EY?

Zeuge Hubert Barth: Sie müssen das so einordnen: Ein Fall wie bei Wirecard, da kommt unser Beruf schlicht und einfach an seine Grenze. Und ich will es mal als Beispiel letztendlich herausgreifen: Auch die KPMG-Berichte zeigen, wie unglaublich schwer es ist, mit den Mitteln von Wirtschaftsprüfern, -

Matthias Hauer (CDU/CSU): Da kommen wir gleich noch konkret zu.

Zeuge Hubert Barth: - aber auch mit Mitteln von Forensikern - -

Matthias Hauer (CDU/CSU): Ich sage Ihnen: Die KPMG hat da ja auch eine andere Auffassung teilweise vertreten als Ihre Gesellschaft. Und ich möchte auch noch mal klarstellen: Natürlich ist es hier kein Angriff auf alle EY-Mitarbeiter, und ich bin fest davon überzeugt, dass die ganz, ganz große Anzahl Ihrer Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter da einen sehr guten Job macht. Aber hier geht es eben auch um einen konkreten Fall, wo mehrere Personen involviert waren, und da geht es auch um konkrete Verantwortung; es geht um berufsaufsichtsrechtliche Verfahren, die laufen, gegen Prüfer von EY; und es geht um konkretes Handeln durch EY. Und da, denke ich, kann man schon von Ihnen eine Aussage erwarten, wenn ich Sie konkret frage, ob Sie davon ausgegangen sind, dass Fehler gemacht wurden durch EY, und nicht so eine ausweichende Antwort. Sie können ja sagen: Es ist kein Fehler gemacht worden. - Dann legen wir das zugrunde für die weitere Vernehmung.

Zeuge Hubert Barth: Nach meinem Erkenntnisstand, um konkret darauf zu antworten, haben die Mitarbeiter von EY die Prüfungshandlungen professionell und nach bestem Wissen und Gewissen durchgeführt. Und ich verstehe auch angesichts der Tragweite, die dieser Fall hat, die

Frage: Warum wurde das nicht früher aufgedeckt? Aber wir wissen im Moment noch nicht genau, was passiert ist.

Matthias Hauer (CDU/CSU): Aber Sie wissen schon, dass es professionell war. Das haben Sie ja gerade gesagt.

Zeuge Hubert Barth: Es waren kollusiv mehrere Parteien eingebunden. Das könnte für eine gewisse Professionalität sprechen.

Matthias Hauer (CDU/CSU): Sie haben gesagt: Es gab ein professionelles Verhalten derjenigen, die bei EY dort geprüft haben.

Zeuge Hubert Barth: Ja.

Matthias Hauer (CDU/CSU): Das bedeutet, dass Sie sich an die geltenden Standards gehalten haben seitens EY.

Zeuge Hubert Barth: Ja.

Matthias Hauer (CDU/CSU): Wie würden Sie das denn einschätzen - - Wir kommen jetzt mal direkt zu diesen Treuhandkonten. Da hatten wir ja zunächst einen Treuhänder in Singapur, Citadelle. Wie, würden Sie sagen, müsste man die Seriosität eines solchen Treuhänders prüfen, oder muss man die überhaupt prüfen, wenn man Abschlussprüfer ist?

Zeuge Hubert Barth: Herr Hauer, erlauben Sie mir eine ganz kurze Vorbemerkung, nur von der Einordnung: Ich selbst war natürlich in die Prüfungshandlungen und die Prüfungsdurchführungen nicht einbezogen, habe aber, ich sage mal, aus der Retrospektive - und was ich jetzt alles gelesen habe usw. - - beantworte ich natürlich sehr, sehr gerne Ihre Frage.

Matthias Hauer (CDU/CSU): Das ist klar.

Zeuge Hubert Barth: Man muss diesen Fall oder die Treuhänder differenziert sehen. Wir haben einerseits den Treuhänder in Singapur, und wir haben andererseits den Treuhänder auf den Philippinen.



Nur zur dienstlichen Verwendung

Matthias Hauer (CDU/CSU): Also, ich habe nur nach Singapur jetzt erst mal gefragt.

Zeuge Hubert Barth: Und von dem Treuhänder in Singapur, das ist ja, ich sage mal, wir prüfen Wirecard - - Der erste Dritte in diesem Konstrukt für Drittbestätigung ist der Treuhänder. Das heißt: A), von diesem Treuhänder ist eine Bestätigung einzuholen, und es ist natürlich auch aufgrund der Größe, ich sage mal, des Geschäftes, was hierüber abgewickelt wird, sich auch mit dem Treuhänder zu befassen. Darüber hinaus hat nach meinen Informationen das Prüfungsteam noch eine ganze Reihe von weiteren Prüfungsnachweisen sich eingeholt, nämlich Bestätigungen derjenigen, die dem Treuhänder das Geld gegeben haben. Das heißt, Wirecard ~~hat~~ - Dritter ist der Treuhänder; der Treuhänder bestätigt. Aber der Treuhänder hat das Geld ja von jemandem bekommen, nämlich von mehreren Parteien. Und diese „mehreren Parteien“ haben auch dem Treuhänder dies bestätigt. Darüber hinaus gab es ja auch Geldfluss zwischen dem Treuhänder und Wirecard, und darüber hinaus hat sich nach meinen Informationen das Prüfungsteam auch mit dem Treuhänder befasst und ihn persönlich besucht und mit ihm auch gesprochen und noch weitere Tätigkeiten und Nachweise eingeholt.

Matthias Hauer (CDU/CSU): Also, finde ich erst mal gut, dass wir uns einig sind, dass es wichtig ist, sich mit dem Treuhänder zu befassen. Ist für die Ausübung eines Treuhandgeschäfts in Singapur eine Lizenz notwendig?

Zeuge Hubert Barth: Das entzieht sich meiner Kenntnis.

Matthias Hauer (CDU/CSU): Ja. Ich kann Ihnen nämlich sagen, dass die entsprechende Behörde ein Verfahren eingeleitet hat in 2020, im Juli 2020, und zwar gegen Citadelle und Senjo, und zwar geht es darum: einmal mutmaßliche Fälschung von Konten. Und das Zweite ist: Ausübung eines Treuhandgeschäfts ohne Lizenz nach dem Trust Companies Act. Daraus schließe ich jetzt, dass da wohl eine Lizenz erforderlich ist. Und das war jetzt auch nicht so schwierig, ehrlich gesagt, rauszufinden, dass eine solche Lizenz dort erforderlich ist. Aber das ist Ihnen

nicht bewusst, dass erstens das erforderlich ist und zweitens ob EY das geprüft hat vor Ort.

Zeuge Hubert Barth: Darüber habe ich keine Informationen. Vielleicht zur Einordnung: Es gibt bei, ich sage mal, Treuhandgeschäften bzw. bei Lizenzierungen über verschiedene Länder - - Man muss die Regeln da wahrscheinlich sehr genau anschauen.

Matthias Hauer (CDU/CSU): Da sind wir uns einig. Und das ist hier offenbar nicht passiert, würde ich mal in den Raum stellen. Aber wir sind da sehr gespannt, wenn Sie uns da noch mal darlegen könnten im Nachgang zu dieser Sitzung, inwieweit dort eine Prüfung stattgefunden hat und - wovon ich jetzt ausgehe, dass keine Prüfung stattgefunden hat; denn sonst hätten Sie ja rausgefunden, dass es lizenzpflichtig ist und es keine Lizenz gab - warum dann da keine Konsequenzen gefolgt sind für das Prüfungshandeln. So, da würde ich das einmal an Sie adressieren.

Dann konkret zu diesen Treuhandkonten und der Berücksichtigung in der Bilanz: Da würde ich Sie bitten, mal darzustellen, ob es unterschiedliche Auffassungen zur Prüfung und zu diesen Nachweisen hinsichtlich der Treuhandkonten zwischen EY und KPMG gab, konkret im Februar 2019.

Zeuge Hubert Barth: Wenn ich die Frage einordne: zwischen EY und KPMG im Februar 2019. KPMG war meines Erachtens im Februar 2019 noch nicht beauftragt. Also, mit KPMG wurde nach meiner Erinnerung im Februar 2019 nicht kommuniziert bezüglich Treuhandkonten.

Matthias Hauer (CDU/CSU): Ich erweitere den Zeitraum. Sagen Sie einfach, ob es im gesamten Zeitraum eine Diskrepanz zwischen der Auffassung von KPMG und EY gab, wie man mit Treuhandkonten umgehen soll.

Zeuge Hubert Barth: Bezüglich des Ausweises: Sie kennen ja die Unterlagen letztendlich aus dem KPMG-Sonderuntersuchungsbericht. Da ist ja dies genau aufgeführt, dass KPMG hier eine andere Sichtweise bezüglich des Ausweises der Treuhandkonten bespricht. Ich kann hier nur aus



Nur zur dienstlichen Verwendung

der Retrospektive antworten, und diesbezüglich möchte ich Folgendes als Ausführung darlegen: Zunächst ist ja mal die Gesellschaft selbst für die Bilanzierung zuständig. Die Gesellschaft hat in dieser Art bilanziert, dass wir die Treuhandkonten, ich sage mal, unter - machen wir es vereinfacht - Cash oder als Zahlungsmittelähnlich ausweisen. Diesbezüglich hat, aus der Retrospektive wieder, nach meiner Erinnerung sowohl das Prüfungsteam sich damit befasst als auch der sogenannte IFRS-Desk von EY. Darüber hinaus gab es, zumindest nach meiner Recherche und Information, eine weitere Stellungnahme einer anderen Wirtschaftsprüfungsgesellschaft dazu. Und nach meiner Erinnerung gab es auch noch ein Schreiben einer Rechtsanwaltskanzlei dazu sowie von einer Beratungsgesellschaft aus dem Hochschul Umfeld auch eine Stellungnahme dazu.

Matthias Hauer (CDU/CSU): Also, man hat sich intensiv mit dieser Fragestellung beschäftigt, könnte man sagen.

Zeuge Hubert Barth: Ich persönlich habe mich nicht intensiv mit dieser Fragestellung beschäftigt; aber es wurde sich intensiv mit dieser Fragestellung beschäftigt.

Matthias Hauer (CDU/CSU): Und wenn man doch erst mal feststellt: „Es geht um eine Menge Geld“ - das ist ja doch ein beträchtlicher Teil der Bilanzsumme, um die es da ging auf diesen Treuhandkonten - und gleichzeitig da, ich sage mal, eine rechtliche Unsicherheit besteht, dass man sogar solche Prüfungen rechtlicher Natur durchführt, dann hat das ganze Thema ja eine gewisse Brisanz. Und dann stellt sich zum Beispiel die Frage, warum man, wenn man später auf die durchaus sinnvolle Idee kommt, dass man da solche Testüberweisungen durchführt, das nicht früher gemacht hat.

Zeuge Hubert Barth: Vielleicht zum ersten Punkt noch des wirtschaftlich Berechtigten, den Sie ansprechen, letztendlich beim Ausweis der Treuhandkonten: Da möchte ich noch anführen: Die Untersuchung von KPMG, sie ging ja noch weiter. Also, es gibt ja den Bericht, der, ich sage mal, öffentlich ist. Der Aufsichtsrat hatte diesbezüglich noch KPMG beauftragt, den Bericht auf das

Jahr 2019 bzw. auf den Dezember 19 weiterzuführen. Diesbezüglich führt auch KPMG zumindest im Entwurf über das Ergebnis der fortgeführten Untersuchungshandlungen aus - erlauben Sie mir, dass ich zitiere -:

Bestätigung der philippinischen Banken BDO und BDI weisen Wirecard-Gesellschaften als wirtschaftliche Berechtigte der Guthaben aus.

Auf Seite 12, zweiter Spiegelstrich, vorletzter Satz ist das zu finden. Bezüglich der Thematik - - Wenn Sie es noch mal wiederholen könnten, Ihren zweiten Teil der Frage, oder nur ein Stichwort.

Matthias Hauer (CDU/CSU): Ich wollte wissen, warum Sie früher, wenn Sie schon keine Bankbestätigung haben, -

Zeuge Hubert Barth: Danke, ich habe es wieder.

Matthias Hauer (CDU/CSU): - dass Sie dann zumindest eine Probeüberweisung machen.

Zeuge Hubert Barth: Das Thema der Abhebungsanforderungen, das ist ein signifikanter Eingriff letztendlich in - wie soll ich sagen? - den normalen Arbeitsablauf. In den Vorjahren war Geldfluss zwischen dem Treuhandkonto und von Wirecard festzustellen. Zumindest nach den mir gegebenen Informationen, natürlich retrospektiv, gab es in den Jahren Geldflüsse zwischen dem Treuhänder und Wirecard, die auch die Kollegen und Kolleginnen eingesehen haben.

Matthias Hauer (CDU/CSU): Gut, da kommen wir gleich noch mal - -

Zeuge Hubert Barth: Also, wie zum Beispiel die 50 Millionen, die im Jahr - - oder für die Prüfung des Jahres 2018 flossen.

Matthias Hauer (CDU/CSU): Wir gehen da gleich noch mal im Detail darauf ein. - Ich möchte jetzt aber in der ersten Runde Sie noch mal fragen nach Ihrem Kontakt zu den Herren Ley, von

Seite: 12

 Nummer: 1 sie	Verfasser: Jan Bockemuehl	Thema: Text ersetzen	Datum: 08.04.2021 09:42:01

 Nummer: 2	Verfasser: Jan Bockemuehl	Thema: Durchstreichen	Datum: 08.04.2021 09:42:02



Nur zur dienstlichen Verwendung

Knoop und Braun. Vielleicht können Sie da jeweils sagen, wie das abgelaufen ist.

Zeuge Hubert Barth: Ja, mache ich sehr gerne. Lassen Sie mich ganz kurz - -

(Der Zeuge blättert in seinen Unterlagen)

Herrn Ley habe ich einmal getroffen, zu einem sogenannten Evaluationsgespräch. Das war im Jahr 2017, gemeinsam mit meinem Kollegen. Herrn von Knoop habe ich auch einmal zu einem Evaluationsgespräch getroffen. Zum Zweiten habe ich nach meiner Erinnerung - -

Matthias Hauer (CDU/CSU): Wann war das?

Zeuge Hubert Barth: Wie bitte?

Matthias Hauer (CDU/CSU): Wann war das mit dem Knoop?

Zeuge Hubert Barth: Das war 2018, am 04.09. Herrn von Knoop habe ich dann noch mal an dem 12. Februar im Vorgespräch APAS getroffen. Darüber hinaus habe ich Herrn von Knoop im - geben Sie mir eine Sekunde -

(Der Zeuge blättert in seinen Unterlagen)

März 2020 getroffen, und ich habe ihn ein-, zweimal ganz kurz am Flughafen getroffen und ihn begrüßt und gefragt, ob es ihm gut geht, wenn man zusammen einen Flieger besteigt. Die dritte Person, die Sie gefragt haben, war Herr Braun?

Matthias Hauer (CDU/CSU): Herr Braun.

Zeuge Hubert Barth: Herr Braun - -

Matthias Hauer (CDU/CSU): Aber wenn Sie noch weitere Verantwortliche getroffen haben, dürfen Sie das gerne auch darlegen - oder sollten Sie.

Zeuge Hubert Barth: Ja, ja. Herrn Dr. Braun habe ich - da muss ich kurz - -

(Der Zeuge blättert in seinen Unterlagen)

Dr. Braun habe ich getroffen in 2017 bei dem Gespräch zur Evaluation mit Herrn Ley. Ich habe Herrn Dr. Braun dann noch mal getroffen im Januar 2019, und ich habe Herrn Braun an dem Februartermin getroffen. Weitere Treffen sind mir jetzt gerade nicht in Erinnerung. Weitere Vorstandsmitglieder - -

Matthias Hauer (CDU/CSU): Februar 2019, zusammen mit Herrn von Knoop, oder - -

Zeuge Hubert Barth: Genau, Februar 2019, zusammen mit Herrn von Knoop.

Matthias Hauer (CDU/CSU): Okay, ja. - Weitere Vorstandsmitglieder?

Zeuge Hubert Barth: Weitere Vorstandsmitglieder habe ich nach meiner Erinnerung nicht getroffen. Herrn - -

Matthias Hauer (CDU/CSU): Mit dem Aufsichtsrat vielleicht?

Zeuge Hubert Barth: Herrn Matthias habe ich persönlich nie getroffen. Herrn Eichelmann habe ich vor seiner Funktionsübernahme bei Wirecard, ich glaube, zweimal persönlich getroffen, einmal, wo er noch in anderer Tätigkeit war, und das zweite Mal saß er bei einer Veranstaltung neben mir. Herrn Marsalek habe ich nach meiner Erinnerung nur einmal gehört, in einem Kontext, wo er von Herrn Eichelmann befragt wurde. Das war dann bei der - wie soll ich sagen? - - Lassen Sie mich gerade mal gucken.

(Der Zeuge blättert in seinen Unterlagen)

Das war am, ich glaube, 16.06., als wir den Aufsichtsrat damit konfrontiert hatten, dass die Konten nicht vorhanden sind. Da hat Herr Marsalek eine Erklärung - - Oder sein erster Satz war diesbezüglich, dass die 1,9 Milliarden nicht bestätigt werden konnten: „Das ist unerfreulich“, war sein Zitat, mit dem er begonnen hat.

Matthias Hauer (CDU/CSU): Ja, da hat er recht. Hat er da erst mal aufgelegt, oder wie war das?



Nur zur dienstlichen Verwendung

Zeuge Hubert Barth: Ja. An das Gespräch kann ich mich noch konkret ganz gut erinnern, weil der Aufsichtsrat, nachdem wir ihn informiert haben, dann zuerst Herrn von Knoop und dann Herrn Marsalek praktisch mit in die Telefonkonferenz genommen hat. Jawohl, Herr Marsalek hat dann erst mal kurz sein Telefon - - irgendwie aufgelegt, und dann hat er wieder zurückgerufen. Und dann machte es „Klack“, und mein Forensiker, der neben mir saß, sagte: Und jetzt ist eine Aufnahme gerade gestartet worden oder sonst irgendetwas.

Matthias Hauer (CDU/CSU): Okay. - Da ich jetzt nur noch eine Minute habe für die erste Runde, muss ich das Thema jetzt leider wechseln, um ein abgrenzbares Thema hier noch anzuschneiden, Und zwar noch mal zu Ihrem Telefonat vom 13. Februar 2019 mit der APAS: Da hatten Sie gesagt, Sie hätten die APAS auf Grundlage von Artikel 7 kontaktiert. Ging es da um eine Artikel-7-Meldung, oder war dieses Telefonat eine Artikel-7-Meldung? Frage ich so konkret.

Zeuge Hubert Barth: Ich leite es mal kurz ein. Erst mal: Mit dem Artikel 7 oder Artikel 12 - - Der wurde mit einer EU-Verordnung umgesetzt. Da war ja erst mal unklar: Wer ist überhaupt zuständig nach den IDW-Regularien, nach dem Schreiben von 2018? Da steht drin: APAS. Deswegen haben wir die APAS diesbezüglich angerufen. Es war keine Meldung nach Artikel 7 vor dem Hintergrund, Sie müssen sich so vorstellen: Ende Januar kommen die Allegations; -

Matthias Hauer (CDU/CSU): Nein, ich möchte es - -

Zeuge Hubert Barth: - 06.02. kommt das Whistleblower-Paket; -

Matthias Hauer (CDU/CSU): Ja, okay, das war keine Meldung. Das war meine Frage.

Zeuge Hubert Barth: - wir rufen am 13. - -

Matthias Hauer (CDU/CSU): Und das ist auch artikuliert worden mit der APAS. Haben Sie gesagt - -

Zeuge Hubert Barth: An die Diskussion kann ich mich nicht erinnern, aber ich leite es mir aus meiner Erinnerung und aus dem Ganzen so her: Das Whistleblower-Paket war ja erst einige Tage im Haus. Eine Meldung kann ich ja erst abgeben, wenn ich das Ganze untersucht habe. Denn nach Artikel 7 - - Der setzt ja voraus, dass ich die Aufsichtsorgane erst mal damit konfrontiere und dass die, ich sage mal, ihre Arbeit machen, um diese Fälle aufzuklären.

Matthias Hauer (CDU/CSU): Nur, ist das nicht erstaunlich, wenn man sagt, man ruft auf Grundlage von Artikel 7 an, aber es ist keine Artikel-7-Meldung? Da sehen Sie keinen Widerspruch.

Zeuge Hubert Barth: Das Thema ist letztendlich die Erfahrung mit dem Artikel 7 und dem Umgang. Die fehlte zu dem Zeitpunkt letztendlich noch.

Matthias Hauer (CDU/CSU): Also hätten Sie auch einfach „Ja“ antworten könnten. Es war ein Anruf auf Grundlage von Artikel 7, aber es war keine Artikel-7-Meldung. Und darin sehen Sie keinen Widerspruch. Teilen Sie diese Schilderung von mir?

Zeuge Hubert Barth: Ich sage mal: Das ist eine rechtliche, juristische, Einordnung. Da bin ich kein Jurist. Ich rufe auf der Basis von Artikel 7 an. Das ist dann eine Sache des Gegenüber, wie er dieses Anruf einwertet.

Matthias Hauer (CDU/CSU): Ja, aber wenn Sie direkt sagen: „Es ist keine Artikel-7-Meldung“, dann hat er ja nicht so viel Wertungsspielraum.

Zeuge Hubert Barth: Moment! Ich habe nie gesagt, dass wir sagen, das sei keine Artikel-7-Meldung. Daran kann ich mich nicht erinnern, ob wir das gesagt haben oder nicht.

Matthias Hauer (CDU/CSU): Herr Kanwan und auch Herr Dr. Orth sind sich einig, dass das Erste, was gesagt worden sei durch Herrn Dr. Orth: Das ist keine Artikel-7-Meldung. - Aber gut, Sie haben gesagt, Sie haben daran keine Erinnerung.



Nur zur dienstlichen Verwendung

Zeuge Hubert Barth: Ich habe die Diskussion, wie gesagt, retrospektiv. Aber aus der damaligen Sicht: Ich habe daran keine Erinnerung, ob das so en détail gesagt wurde oder nicht.

Matthias Hauer (CDU/CSU): Gut, danke.

Vorsitzender Kay Gottschalk: Vielen Dank, Kollege Hauer. - Dann hat als Nächstes das Wort Dr. Florian Toncar für die FDP-Fraktion.

Dr. Florian Toncar (FDP): Vielen Dank. - Herr Barth, Sie waren ja an verschiedenen wichtigen Stellen persönlich beteiligt, haben Sie ja geschildert. Ich fange vielleicht mal von hinten an: April bis Juni 2020 war ja sicherlich die Phase, die dichteste Phase. Da haben Sie doch letztlich versucht, die Treuhandkonten auf den Philippinen zu validieren. Haben Sie denn in der Phase mal nachgefragt, wer eigentlich die Treuhandkonten in Singapur genau - - geprüft und verifiziert worden sind?

Zeuge Hubert Barth: Ich habe nachgefragt letztendlich - - Ich muss es anders einleiten; gestatten Sie mir das. Ich habe von dem Treuhänderwechsel erfahren und von dem Aufbau des Treuhandkontos: 1 Milliarde auf 1,9 Milliarden. Um es auch klar zu sagen: Wir haben niemals 1,9 Milliarden testiert. Und dann - -

Dr. Florian Toncar (FDP): Das hat auch niemand behauptet.

Zeuge Hubert Barth: Und dann lag der Schwerpunkt letztendlich drauf - -

Dr. Florian Toncar (FDP): Ich habe ja gerade nach Singapur gefragt, weil ich weiß, dass Sie das nicht testiert haben. Das wissen wir ja.

Zeuge Hubert Barth: So, bezüglich Singapur: Da war natürlich die Diskussion: Wie wurde das in der Vergangenheit geprüft? Aber ich kann mich nicht mehr erinnern, ob ich es in diesem Zeitraum gefragt habe² oder ob es nach dem 16. Juni³ war. Worum ich mich vornehmlich gekümmert habe, ist letztendlich: Moment, hier hat ein Treuhänder gewechselt. Das Geld liegt nicht mehr an

einem, ich sage mal, Finanzdienstleistungsstandort Singapur, sondern das Geld liegt auf den Philippinen. Und welche Nachweise diesbezüglich haben wir denn? Beziehungsweise man muss es immer auch vor dem Hintergrund sehen - auch zur Einordnung -: KPMG mit ihrer Sonderuntersuchung, auch wir mit der Jahresabschlussprüfung 2019, da war eine andere - wie soll ich sagen? - - weitere Allegations aufgrund des Mai- und des Oktober-, ich glaube, Oktober- oder Novemberartikels der „Financial Times“ zu erkennen. Das heißt, da wurden ja weitere Vorwürfe, die jetzt genau in diese Richtung gingen, laut. Und insofern habe ich mich vornehmlich darum gekümmert oder bzw. mich informieren lassen: Moment, was ist eigentlich - - Welche Prüfungshandlung unternimmt das Team bezüglich dieses Treuhandkontos?

Dr. Florian Toncar (FDP): Was wissen Sie denn über die - - Was hat EY denn rausgekratzt über den Treuhänder Citadelle Corporate Services? Welchen Background-Check haben Sie da gemacht?

Zeuge Hubert Barth: Die Informationen: Also, zur damaligen Zeit lagen mir die gar nicht vor. Ich kann es nur aus der Retrospektive, und das - - Aber das ist unvollständig, was ich Ihnen hier mitteilen würde. Was ich weiß: Man hat sich mit Herrn - nee, den Nachnamen spreche ich lieber nicht aus - - mit dem Treuhänder von Citadelle - - Man hat ihn persönlich getroffen.

Dr. Florian Toncar (FDP): Wer hat den getroffen?

Zeuge Hubert Barth: Soweit ich weiß, auch im Nachgang, mein Kollege Gregor Fichtelberger bzw. im Jahr - ich weiß nicht mehr, welches - 2016 oder 2017 auch noch jemand anders. Aber da habe ich nicht mehr die genaue Erinnerung dran. Das heißt - -

Dr. Florian Toncar (FDP): Der Mann heißt Rajaratnam Shanmugaratnam. Ist Ihnen denn bekannt, dass der Mann auch eine Nachtbar in Singapur betreibt, übrigens relativ aktiv?

Zeuge Hubert Barth: Ich habe retrospektiv darüber in der Presse gelesen.

Seite: 15

 Nummer: 1 2019	Verfasser: Jan Bockemuehl	Thema: Text einfügen	Datum: 08.04.2021 09:44:26

 Nummer: 2	Verfasser: Jan Bockemuehl	Thema: Durchstreichen	Datum: 08.04.2021 09:44:28

 Nummer: 3 2020	Verfasser: Jan Bockemuehl	Thema: Text einfügen	Datum: 08.04.2021 09:45:05



Nur zur dienstlichen Verwendung

Dr. Florian Toncar (FDP): Kann man auf Facebook auch sehen, also einschließlich Bildern. Ich habe eins da. Das ist aber völlig - - Es muss jetzt auch nicht im Detail - - Aber es ist völlig repräsentativ, muss man nicht lange suchen. Alle paar Tage stellen die da solche Bilder hin.

(Abg. Dr. Florian Toncar
(FDP) zeigt ein Foto auf
seinem Tablet)

Der Mann mit der Glatze ist der, der die 1,9 Milliarden treuhänderisch verwaltet hat, Fritz. - Soll ich es mal rumgehen lassen? - Nein, also, ich meine, das ist keine Raketenwissenschaft, ne? Und das ist aus 2019 übrigens, das Foto. Wie kann man denn erklären, dass, sagen wir mal, bei einem Unternehmen, das so im Gerede war und wo sich die Geschäftsführung von EY Deutschland so intensiv selbst und persönlich gekümmert hat, weil Sie ja wussten - weil Sie ja wirklich wussten! -, dass das hier ein schwieriger Fall ist, Ihre Mitarbeiter nicht, ich sage mal, so naheliegende Dinge mal abgeklärt haben? Ich wundere mich da nur; ich glaube, viele Anleger auch. Okay.

Zeuge Hubert Barth: Ich möchte betonen, ich war zu diesem Zeitpunkt nicht involviert, möchte aber auch anmerken, dass der Vorstandsvorsitzende einer sehr großen Investmentbank, ich glaube, DJ ist.

Dr. Florian Toncar (FDP): Okay, also, ich habe auch nichts pauschal gegen Barbetreiber, aber er hat - - Ja, okay, also - -

(Heiterkeit des Abg.
Dr. Florian Toncar (FDP))

Ist Ihnen denn der Name dieses Mannes, Shanmugaratnam, auch mal im Zusammenhang mit dem EMIF 1A und dem „Project Ring“ untergekommen?

Zeuge Hubert Barth: Daran habe ich aus damaliger Sicht gar keine Erinnerung. Aus heutiger retrospektiver Sicht: Bei „Ring“ habe ich keine Erinnerung dran.

Dr. Florian Toncar (FDP): Sie waren im Frühjahr 2017 beteiligt, haben Sie gesagt, oder befasst mit dem Fall Wirecard. Das war ja die Phase, in der es um das Testat für 2016 ging. Und Sie erinnern sich wahrscheinlich auch, dass es damals ein Schreiben gab von Herrn Loetscher und Herrn Dahmen, das einen relativ ultimativen Charakter hatte - das ist datiert vom 29. März 2017 -, in dem Bedingungen genannt worden sind für einen unbeschränkten Bestätigungsvermerk, und zwar unter Fristsetzung von einer Woche. War das Schreiben mit Ihnen abgestimmt von Herrn Loetscher und Herrn Dahmen?

Zeuge Hubert Barth: Ich habe ja erzählt, dass ich meine E-Mails durchgeschaut habe. Ich habe gesehen, dass ich diese E-Mail auch erhalten habe. Ich kann mich an diesbezügliche Diskussionen nicht erinnern; aber ich sage ganz klar: Ich müsste an diesen Diskussionen beteiligt gewesen sein, denn ich habe auf eines dieser Schreiben geantwortet, auch meinen Kollegen, wo es darum geht, auch einen Zusatz zur Vollständigkeitserklärung zu machen.

Vielleicht auch noch zur Einordnung: Den genauen Inhalt des Schreibens, den habe ich nicht vor mir, auch die, ich sage mal, Diskussionen nicht. Sie sprachen die eine Woche an. Dazu möchte ich noch einen Kommentar machen: In so einer Prüfung arbeiten, zumindest nach meiner Erfahrung und auch nach meiner Einschätzung, ich sage mal, 20, 30, 40 Kollegen. Da kann man in einer Woche schon noch was schaffen.

Dr. Florian Toncar (FDP): Ja, das ist schon richtig. Und dennoch ist es natürlich schon relativ dezidiert, vor allem, weil am Ende ja der Vermerk eben doch uneingeschränkt erteilt worden ist, obwohl die Bedingungen nicht erfüllt waren. Hat denn jemand mit Ihnen nach dem Schreiben noch mal besprochen, ob man das testieren kann, uneingeschränkt, oder ist das Ganze dann wieder alleine im Prüfteam weitergelaufen?

Zeuge Hubert Barth: Nach meiner Erinnerung gab es danach noch eine E-Mail diesbezüglich, in der - zumindest habe ich das in meinen Recherchen gesehen - kommuniziert wird, dass Unterlagen diesbezüglich in größerem Umfang vorliegen.



Nur zur dienstlichen Verwendung

Und ich habe jetzt retrospektiv, auch in Vorbereitung auf den Ausschuss heute, mir das noch mal angeschaut: Gibt es ein ausführliches Memo dazu, wo das - aber das kann ich nur aus, ich sage mal, heutiger Sicht sagen - Prüfungsteam auch die offenen Themen prüferisch abarbeitet und daraus die Schlüsse zieht?

Dr. Florian Toncar (FDP): Wäre denn ein Prüfungsteam bei EY nach den internen Regeln befugt, ein Versagungstestat sozusagen, einen Versagungsvermerk, zu erteilen, oder müsste eine solch schwerwiegende Entscheidung zum Beispiel von Ihnen oder von anderen Führungskräften freigegeben werden?

Zeuge Hubert Barth: Bezüglich der Testatserteilung ist grundsätzlich zu sagen: Der Wirtschaftsprüfer oder die unterzeichnenden Wirtschaftsprüfer sind eigen- und endverantwortlich. Aber - und das ist auch sehr wichtig - in Themenbereichen, wo, ich sage mal, solche - das sind ja signifikante¹⁾ - Entscheidungen zu treffen sind, werden diese Entscheidungen unter Einbeziehung - wir nennen das „Konsultation“ - der sogenannten Professional Practice Group getroffen. Das heißt, das Prüfungsteam konsultiert sich diesbezüglich; aber die Endentscheidung trifft das Prüfungsteam oder treffen die verantwortlichen Prüfungspartner.

Dr. Florian Toncar (FDP): Und wer war der Praxisgruppenleiter?

Vorsitzender Kay Gottschalk: Herr Toncar.

Dr. Florian Toncar (FDP): Ja, bin auch fertig. - Wer war denn das, also einfach - -

Zeuge Hubert Barth: Zum damaligen Zeitpunkt war das nach meinen Informationen der Ulrich Skirk -

Dr. Florian Toncar (FDP): Skirk.

Zeuge Hubert Barth: - bzw. die Martina Dombek. Da bin ich mir aber nicht sicher, weil das Mandat wurde zu diesem Zeitpunkt im Geschäftsbereich „Finanzdienstleistungen“ geführt.

Dr. Florian Toncar (FDP): Okay.

Vorsitzender Kay Gottschalk: Vielen Dank. Das andere erledigt? - Okay. - Dann Dr. Zimmermann für die SPD-Fraktion.

Dr. Jens Zimmermann (SPD): Vielen Dank, Herr Vorsitzender. - Herr Barth, ich habe erst mal sozusagen ein bisschen eine abstrakte Frage, weil wir haben da heute ein Dokument bekommen, das ich da selber irgendwie beachtlich finde. Und zwar wäre meine abstrakte Frage: Sie sind ja selbst ein erfahrener Prüfer. Ist Ihnen - - Oder haben Sie es schon mal für notwendig erachtet, dass Sie sich von einem Unternehmen, das Sie prüfen, quasi schriftlich bestätigen lassen, wie deren Geschäftsmodell funktioniert bzw. deren - also, das wäre meine abstrakte Frage erst mal - - wirklich so einmal aufgeschrieben: Herr Toncar, der verkauft Espresso, und die Gelder werden von Herrn De Masi kassiert und werden bei Herrn Bayaz treuhänderisch auf einem Konto verwaltet. Und das Ganze lassen Sie sich von Herrn Toncar schriftlich bestätigen, dass das genau so läuft. - Ist das irgendwie üblich? Ist das Ihnen überhaupt schon mal - - Oder haben Sie das schon mal für notwendig erachtet, so was durchzuführen?

Zeuge Hubert Barth: Herr Dr. Zimmermann, gute, wichtige Frage. Diesbezüglich: Ja, es ist mir schon mal untergekommen.

Dr. Jens Zimmermann (SPD): Okay.

Zeuge Hubert Barth: Hier geht es ja darum, also nach meiner Einschätzung, ob man den Sachverhalt richtig verstanden hat und aufgenommen hat -

Dr. Jens Zimmermann (SPD): Ja.

Zeuge Hubert Barth: - und sich das noch mal, ich sage mal, rückbestätigen zu lassen: Ist das die gesamte Kette? Ich sage mal, vor allem im Fall, an den ich mich jetzt erinnere - ich bin zur Verschwiegenheit verpflichtet; deswegen kann ich da keine genauen Ausführungen machen - - Aber, ich sage mal, wenn es ein sehr komplexer Sachverhalt ist und über bestimmte Ketten geht usw.,



Nur zur dienstlichen Verwendung

ist ja das nichts weiter wie eine, ich sage mal -- Man hat eine Vollständigkeitserklärung. Aber das ist noch mal eine Erklärung, wo dieser Sachverhalt -- „Ist das richtig so einzuordnen?“, damit man die entsprechenden Prüfungsschritte auch darauf aufsetzen kann? Weil da werden ja auch die Kontrollen letztendlich -- Ich kenne den Sachverhalt, den Sie ansprechen, nicht; deswegen --

Dr. Jens Zimmermann (SPD): Genau, also, wir haben nämlich oder das heißt -- Beziehungsweise Herr Ley und Herr von Erffa haben ein Papier unterzeichnet am 3. März 2016, und das wurde ursprünglich mal von Herrn Broschulat, Herrn Loetscher und Herrn Fichtelberger offenbar erstellt. Wir können Ihnen das auch -- Ich weiß nicht, ob Sie das vorliegen haben; -

Zeuge Hubert Barth: Nee, ich habe das nicht.

Dr. Jens Zimmermann (SPD): - aber es spielt jetzt auch erst mal prinzipiell, glaube ich, gar nicht die entscheidende Rolle sozusagen. Also, es wird darin auf, sage ich mal, zwei Seiten letztendlich dieses Third Party Acquiring Business of Wirecard beschrieben. Und ich habe mich einfach gefragt: Warum macht man so was? Also, was könnte der Anlass sein, dass man -- Ich finde das sozusagen nachvollziehbar, dass man das vielleicht mal irgendwo aufschreibt usw. und sagt: Hier, haben wir das richtig verstanden? Aber das ist ja wirklich -- Das nennt sich hier „Concurrence Memorandum - Support“, und das ist dann ganz formell unterzeichnet.

Zeuge Hubert Barth: Dr. Zimmermann, das ist für mich eine hypothetische Frage. Ich war damals nicht in der Funktion, nicht dabei.

Dr. Jens Zimmermann (SPD): Okay, wir machen es einfach mal konkret. Wir halten mal kurz die Uhr an; dann können Sie sich das mal anschauen. Dann machen wir es ganz konkret.

(Dem Zeugen werden
Unterlagen vorgelegt - Der
Zeuge und sein Rechts-
beistand lesen in diesen
Unterlagen)

Zeuge Hubert Barth: Okay, ich habe es durchgeschaut. Gut, aus der heutigen Sichtweise: Es ist eine Bestätigung erst mal des Managements und des Rechnungswesens über letztendlich einen Sachverhalt, der eine Prozessbeschreibung -- bzw. das dieses Geschäft hier näher beschreibt.

Dr. Jens Zimmermann (SPD): Genau.

Zeuge Hubert Barth: Aber von der Einordnung her oder welcher Prüfungsschritt damit noch verbunden ist usw., aber --

Dr. Jens Zimmermann (SPD): Na ja, wir sind da -- Oder das ist natürlich ein relevantes Dokument und ein Dokument, das Fragen aufwirft -- wir holen es wieder ab, danke schön -- dieses Drittpartnergeschäft ist ja der Casus knacksus. Also, wir haben hier ein Geschäft, von dem wir heute wissen, dass das nicht existierte. Sozusagen: Es sind Luftbuchungen gewesen, die -- Na ja, also, wir haben --

Das Interessante ist ja: Wir hatten gestern den ehemaligen Chief Compliance Officer hier, Herrn Steinhoff, und wir haben auch ein Gespräch mit dem Insolvenzverwalter geführt. Und beide haben von faszinierenden Dingen erzählt, nämlich sozusagen: Sie denken, Sie haben da ein Geschäft mit Tausenden von Kundinnen und Kunden. Dann ziehen Sie plötzlich mal den Stecker und denken da: „Jetzt werden gleich die Telefone hier heißlaufen“, und es passiert nix. Das ist so -- ne? Sie denken, Sie erbringen hier eine superwichtige Dienstleistung, und wenn Sie nicht verfügbar sind, dann gibt es Riesenärger, weil dann Zahlungen nicht mehr abgewickelt werden. Und bei Ihnen werden die Stecker rausgezogen, und niemand kriegt es mit, weil niemand hat wirklich Geschäfte über Sie abgewickelt, so.

Und jetzt, aus irgendeinem Grund, haben Ihre Prüfer schon im März 2016 das Bedürfnis ja offenbar verspürt, da, ich will jetzt nicht sagen, auf Nummer sicher zu gehen, aber sie haben gesagt: Das muss irgendwie mal fixiert werden. Das ist nicht so trivial, als dass man es einfach so hinkäme. Und dann stellt sich für mich ja die Frage: Gab es vielleicht in 2016 bereits auch



Nur zur dienstlichen Verwendung

Zweifel, Zweifel daran, dass das irgendwie alles überhaupt funktionieren kann?

Zeuge Hubert Barth: Dazu möchte ich ausführen: 2016 war ich in keiner Funktion hier eingebunden. Ich war weder Vorsitzender der Geschäftsführung noch in sonstigen Bereichen involviert. Aber vielleicht noch mal, um auf das Schreiben zurückzukommen: Ein Wirtschaftsprüfer hat ja die Aufgabe, sich mit dem Verständnis des Geschäftsmodells auseinanderzusetzen. Wir nennen das „Understanding the Business“. Bitte entschuldigen Sie die englischen Termini.

Dr. Jens Zimmermann (SPD): Ja, ja, alles gut.

Zeuge Hubert Barth: Ich möchte aber auch Ihren Punkt ausführen, dass es Geschäft gar nicht gab oder überhaupt nicht gab, und auch noch mal darauf hinweisen: Für einen Prüfer ist es unglaublich schwer, das zu erkennen. Und ich möchte auch hier wieder ein Beispiel aus dem Entwurf des fortgeführten Berichts von KPMG zitieren; denn, ich sage mal, ein Prüfer, der Treuhand - - also der TPA, das Third Party Acquirerer - - ist ja der Dritte. Dort wird diesbezüglich ausgeführt, dass

Die erhalten Transaktionsdaten mit den Abrechnungen für den Monat Dezember 19 für die drei TPA-Partner Al Alam, Solution Provider PayEasy und Senjo hat zu nicht wesentlichen Abweichungen geführt ...^[1]

und dass eine Überprüfung der rechnerischen Richtigkeit der Abrechnungen für 72 Prozent der im vierten Quartal über die TPA-Partner erzielten Umsatzerlöse möglich gewesen sein soll.

Dr. Jens Zimmermann (SPD): Okay. Also, jetzt sind wir wieder so ein bisschen im Allgemeinen. - Ein Problem will ich auch ganz klar mal adressieren, das ich habe. Ich habe überhaupt kein Problem oder ich hätte überhaupt kein Problem damit, wenn Sie, andere Verantwortliche von EY sagen: „Wir sind getäuscht worden, weil wir es hier mit einem hochkriminellen Topmanagement höchstwahrscheinlich zu tun hatten“, die mit höchster krimineller Energie Sie

und andere getäuscht haben, weil ich glaube, das ist ein wesentlicher Teil der Erklärung. Womit ich aber ein Problem habe und auch ein Störfühl habe, ist, dass ich immer wieder von - das kommt jetzt gerade bei Ihnen auch wieder durch und auch von vielen anderen oder den wenigen anderen aus Ihrem Unternehmen, mit denen wir gesprochen haben - - so unter dem Motto: Für uns ist das eigentlich nicht so wirklich relevant, ob dieses Geschäft wirklich existiert hat. Solange es ordentlich verbucht war, sind wir eigentlich zufrieden. Und es ist eigentlich gar nicht so relevant, ob diese 1,9 Milliarden Euro auf den Treuhandkonten wirklich existiert haben, solange unsere Leute dafür gesorgt haben, dass Prüfungsstandard XY verfolgt wurde.

Gleichzeitig sind wir konfrontiert mit sozusagen - - Ich kriege jede Menge Nachrichten - weil ich komme aus dem Rhein-Main-Gebiet - von Leuten, die im Bankingbereich auch sind, und die sagen, sie können sich einfach nicht vorstellen, dass Sie ernsthaft nach Manila gefahren sind in irgendeine kleine Filiale und sich dort haben Bankbestätigungen geben lassen. Das würde sozusagen nicht mal in Deutschland funktionieren. Und Manila ist im Korruptionsranking 100 Plätze hinter Frankfurt. Insofern bin ich da immer noch - -

(Zurufe der Abg. Cansel Kiziltepe (SPD) und Dr. Florian Toncar (FDP))

- Ich habe nicht von Kreuzberg gesprochen. - Insofern verstehe ich dieses - - Vielleicht verstehen Sie ja mein Problem, das ich damit habe, weil wir jetzt auch wieder anfangen - - Sie können mir sagen: Jawohl, es sah in 2019 so aus, als wären diese Hunderttausende Transaktionen echt gewesen. Sie waren aber nicht echt, sie waren alle gefälscht; da ist kein Cent reales Geld geflossen. Und Sie versuchen, mir schon wieder zu erklären, dass es ja alles gut ist, weil es total schwer war, das zu erkennen. Das gestehe ich Ihnen ja zu. Aber das ist doch keine Diskussionsgrundlage.

Zeuge Hubert Barth: Ich kann hier auf mein Eingangsstatement ^[2]kollusiver, umfassender Betrug

 Nummer: 1	Verfasser: Jan Bockemuehl	Thema: Durchstreichen	Datum: 08.04.2021 09:45:56

 Nummer: 2	Verfasser: Jan Bockemuehl	Thema: Text ersetzen	Datum: 08.04.2021 09:47:04

verweisen



Nur zur dienstlichen Verwendung

des Managements, das führen wir ja aus. Wir haben Manila nie testiert, um das hervorzuheben. Man muss - -

Dr. Jens Zimmermann (SPD): Sie haben es - - Entschuldigung. Sie haben es nicht testiert, aber Ihre Leute haben in Manila in der Filiale gesessen und waren zufrieden mit den Unterlagen, die sie da von den Schauspielern hingelegt bekommen haben. Und es waren die Sonderprüfer von KPMG, die gesagt haben: Nein, es reicht uns nicht, hier aus irgendeiner kleinen Filialklitsche irgendwas hingelegt zu bekommen. Wir möchten von der Bank, von der Hauptfiliale, von der Vorstandsebene, von denen möchten wir eine Saldenbestätigung. Und das ist der Unterschied: dass wir hier zwei Wirtschaftsprüfer haben, und die einen sagen: „Mir reicht es, wenn ich in irgendeiner x-beliebigen Filiale in Manila irgendwas gezeigt bekomme“, und die anderen sagen: „Nein, das reicht eben nicht.“ Am Ende des Tages ist diese Frage nämlich vollkommen unabhängig, was da jetzt real und was gefakt war. Und ich frage mich sozusagen, ob an dieser Stelle, trotz aller kriminellen Energie, Ihr Unternehmen nicht auch sagen muss: „Da haben wir nicht energisch genug nachgefragt“ oder: „Da war unsere Grundhaltung nicht kritisch genug.“

Zeuge Hubert Barth: Sie sprechen einen ganz wichtigen Punkt an. Vielleicht erlauben Sie mir, dass ich einiges sortiere. Nach meiner Information sind die Kollegen von KPMG und EY nach Manila gefahren. Meines Wissens wurden dort keine Bankbestätigungen übergeben, sondern man hat die Banken vor Ort besucht. Diesbezüglich gab es anschließend Bankbestätigungen, sowohl von den Filialen als auch aus der Zentrale, an uns. Die Angelegenheit noch mal auf Vorstandsebene bei den beiden Banken zu verifizieren, hat nach meiner Information ausschließlich EY durchgeführt und diesbezüglich den Nachweis für den Betrug erbracht.

Wenn ich wiederum auf den KPMG-Bericht verweisen darf, hat KPMG, Seite 12, der fortgeführte Untersuchungsbericht, erst am 20.

(Der Zeuge blättert in seinen Unterlagen)

Mai 2020 eine Bankbestätigung diesbezüglich angefordert. Wir, EY, wir haben Bankbestätigung erhalten - da haben wir ganz viel erhalten aus den Philippinen -, ich glaube, vier oder fünf in der Art, nur, sie waren eben alle gefälscht, wie wir durch, ich sage mal, eine unglaublich ungewöhnliche Prüfungshandlung dann herausgefunden haben.

Dr. Jens Zimmermann (SPD): Meine Zeit ist leider um. Das müssen wir in der nächsten Runde fortsetzen.

Vorsitzender Kay Gottschalk: Alles klar. Ich nehme denn Ball aber nachher noch mal auf, den Doppelpass. - Dann jetzt Fabio De Masi für die Fraktion Die Linke.

Fabio De Masi (DIE LINKE): Vielen Dank. - Herr Barth, Sie haben eben von einer ungewöhnlichen Prüfungshandlung gesprochen. Ist es nicht eher ungewöhnlich, dass man - ein Drittel der Bilanzsumme, 1,9 Milliarden Euro - sich hier nicht über das Vorhandensein von Treuhandgeldern Gewissheit verschafft? Oder ist es nicht ungewöhnlich, dass man im Fall eines Treuhänders Cita-delle sich nicht bei den relevanten Aufsichts-behörden des Landes darüber erkundigt, ob diese überhaupt befähigt sind, diese Treuhand-geschäfte zu führen?

Zeuge Hubert Barth: Ich würde nur auf den zweiten Teil der Frage eingehen, dass wir gleich nach Singapur zurückgehen, weil Philippinen habe ich hier gerade schon ausgeführt. Bezüglich Cita-delle - das habe ich vorher schon ausgeführt - hat sich ja das Team mit dem Treuhänder befasst und diesbezüglich auch Recherchen eingeholt und auch weitere Bestätigungen geben lassen von den Third Party Acquirern, die diese Gelder auf die Treuhandkonten mutmaßlich transferiert haben.

Fabio De Masi (DIE LINKE): Aber wäre es nicht ein sehr einfacher Vorgang, sich mit einer Aufsichtsbehörde ins Benehmen zu setzen in einer Jurisdiktion, die man offenbar nicht so richtig überblickt?



Nur zur dienstlichen Verwendung

Zeuge Hubert Barth: Da bin ich überfragt, ob wir das könnten oder dürften.

Fabio De Masi (DIE LINKE): Ob Sie das dürften? Ich glaube, Sie dürfen das jederzeit. Aber gibt es irgendwelche Gründe, die Sie daran hindern, mit Aufsichtsbehörden in Kontakt zu treten?

Zeuge Hubert Barth: Ich habe darüber nicht die Kenntnis.

Fabio De Masi (DIE LINKE): Okay.

Zeuge Hubert Barth: Das ist im singapurianischen Recht, aber ich kann nur so viel sagen: An die Bank - - denn das haben wir ja - wie soll ich sagen? - - an die OCBC. Wir brauchen immer den Treuhänder.

Fabio De Masi (DIE LINKE): Dann werde ich mich einfach mal an die Aufsichtsbehörde wenden und vielleicht dort nachfragen. Dann kann ich sicherlich diese Information auch öffentlich machen. - Ich würde Sie gerne fragen: Sie haben gesagt, Sie hätten ein Mal im Prinzip nur mit Herrn Marsalek telefoniert. Ist das korrekt?

Zeuge Hubert Barth: Ich persönlich habe nie mit Herrn Marsalek nach meiner Erinnerung telefoniert.

Fabio De Masi (DIE LINKE): Okay.

Zeuge Hubert Barth: Herr Marsalek wurde - -

Fabio De Masi (DIE LINKE): Ist Ihnen bekannt, dass verschiedene Personen kolportieren, Quellen, dass Sie sich mit Herrn Marsalek über seine Libyen-Geschäfte ausgetauscht hätten? Ist Ihnen dieser Vorwurf schon einmal begegnet?

Zeuge Hubert Barth: Dieser Vorwurf ist mir noch nicht begegnet. Mir ist ein anderer Vorwurf über die Presse mal begegnet: mit einer sogenannten „Gruppe Wagner“ und Herrn Marsalek. Wenn ich ehrlich bin, habe ich damals an irgendeine Abteilung bei Wirecard gedacht. Als ich dann erfahren habe, was die „Gruppe Wagner“ ist, habe ich schlecht geschlafen. Ich habe mit Herrn Marsalek nie persönlich gesprochen.

Fabio De Masi (DIE LINKE): Okay.

Zeuge Hubert Barth: Herr Marsalek war nur in diesem Telefonat, als er vom Aufsichtsrat informiert wurde, dass die Gelder auf den Philippinen nicht vorhanden sind - - Das ist mein Einzelkontakt, mir erinnerlich, mit Herrn Marsalek.

Fabio De Masi (DIE LINKE): Hatte EY in diesem Zusammenhang Kontakt mit der Staatsanwaltschaft oder mit Strafverfolgungsbehörden noch an dem Tag oder in den, sage ich mal, nächsten zwei Tagen, zwei bis drei Tagen?

Zeuge Hubert Barth: Wir haben diesbezüglich die BaFin informiert.

Fabio De Masi (DIE LINKE): Am 16. oder am - -

Zeuge Hubert Barth: Wir haben am - - Nach meiner Erinnerung: Wir haben am 15. abends bei der APAS nachgefragt, wer denn jetzt nun zuständig sei, und am 16. haben wir diesbezüglich die BaFin informiert. Die Gespräche hat mein Kollege Christian Orth geführt. Da gab es auch irgendwelche Diskussionen bezüglich - -

Fabio De Masi (DIE LINKE): Wissen Sie, mit wem bei der BaFin dort gesprochen wurde oder was?

Zeuge Hubert Barth: Nach meiner Erinnerung hat Herr Christian Orth mit Herrn Grund bei der BaFin gesprochen.

Fabio De Masi (DIE LINKE): Okay.

Zeuge Hubert Barth: Und diesbezüglich gab es auch Diskussionen über Staatsanwaltschaft. Was genau da war, habe ich aber nicht dabei. Können wir aber gerne nachreichen.

Fabio De Masi (DIE LINKE): Okay. Es wäre immer sinnvoll in Vorbereitung von Auftritten in Untersuchungsausschüssen, sich da ein umfassendes Bild, insbesondere Zusammenarbeit mit Strafverfolgungsbehörden, zu machen. - Ich würde Sie auch gerne noch mal fragen, ob Ihnen bekannt ist, dass EY auch Prüfungshandlungen vollziehen wollte bezüglich einem Unternehmen



Nur zur dienstlichen Verwendung

namens RSB, einer Sicherheitsfirma in Russland. Ist Ihnen das bekannt?

Zeuge Hubert Barth: Nein.

Fabio De Masi (DIE LINKE): Das heißt, Sie haben auch nicht die Berichterstattung zum Beispiel des Bayerischen Rundfunks dazu wahrgenommen in den letzten Tagen.

Zeuge Hubert Barth: RSB?

Fabio De Masi (DIE LINKE): RSB. Wir haben auch E-Mails, die das im Prinzip absichern, dass Herr - wie heißt er? - Fichtelberger, ne? - dass Belege angefordert wurden für eine Firma RSB, die eine russische Sicherheitsfirma ist, mit der Herr Marsalek im Libyen in Verbindung stand. Und ich fand das zunächst sehr verwirrend, weil ich dachte: Was haben die Libyen-Geschäfte von Herrn Marsalek mit den Prüfungshandlungen bei Wirecard zu tun? Aber offenbar gab es auch bestimmte Transaktionen, die mit Wirecard in Verbindung standen.

Zeuge Hubert Barth: Darüber habe ich keinerlei Informationen nach meiner Erinnerung.

Fabio De Masi (DIE LINKE): War zu keinem Zeitpunkt auch Gesprächsthema bei Ihnen bei EY.

Zeuge Hubert Barth: Wenn ich ehrlich: Als Sie „RSB“ sagten, dachte ich eher an eine andere Wirtschaftsprüfungsgesellschaft, die Aktivitäten gemacht hat.

Fabio De Masi (DIE LINKE): Können Sie denn gewährleisten, dass in der Geschäftsführung, bei den Partnern von EY alle Kommunikation, also Mobilkommunikation, E-Mails etc., sichergestellt wurde -

Zeuge Hubert Barth: Bezüglich Wirecard?

Fabio De Masi (DIE LINKE): - ja - und auch hier dem Untersuchungsausschuss zur Verfügung gestellt wurde? Betrifft zum Beispiel auch Ihre Kommunikation. Ist die vollständig, auch Ihre?

Zeuge Hubert Barth: Ich habe - - Also, machen wir mal kurz. In die interne Aufarbeitung - das betrifft ja auch diesen Fall des Falls Wirecard bei EY - bin ich nicht eingebunden. Die wird unabhängig von mir durchgeführt, aufgrund meiner Rolle als Vorsitzender der Geschäftsführung, die ich hatte. Was alles dem Untersuchungsausschuss en détail zur Verfügung gestellt wurde, habe ich persönlich nicht durchgesehen, weil man sagte mir: Hubert, das sind unglaublich viele Dokumente. - Ich habe meine Kommunikation diesbezüglich dem Untersuchungsteam zur Verfügung gestellt.

Fabio De Masi (DIE LINKE): Gab es außerhalb Deutschlands Beratungsverträge von EY für Wirecard nach Ihrer Kenntnis?

Zeuge Hubert Barth: Darüber habe ich keine Kenntnis; aber, ich sage mal, wenn ich Wirecard anschau, wo sie überall auf der Welt sind, kann ich das nicht ausschließen. Aber ich habe darüber keine Informationen.

Fabio De Masi (DIE LINKE): Okay. Meine Zeit ist um.

Vorsitzender Kay Gottschalk: Vielen Dank. - Dann haben wir jetzt den Kollegen Bayaz für Bündnis 90/Die Grünen.

Dr. Danyal Bayaz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Hallo Herr Barth, grüße Sie! Hier sitze ich; alles gut.

Zeuge Hubert Barth: Habe Sie schon gesehen vorher.

Dr. Danyal Bayaz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ich würde mit einer Frage anfangen, da hatte mich der Kollege Orth sozusagen an Sie oder an die Geschäftsleitung verwiesen, und zwar: Können Sie denn quantifizieren, wie viel Kosten Ihnen als Firma jetzt mit diesem Wirecard-Skandal aufgelaufen sind? Weil Sie beschäftigen ja jede Menge Berater und Anwälte und sicherlich auch Kommunikationsagenturen und dergleichen, haben wahrscheinlich intern auch einiges



Nur zur dienstlichen Verwendung

an Teams draufgesetzt. Können Sie das mal quantifizieren, vielleicht sogar ein Preisschild dranhängen?

Zeuge Hubert Barth: Ich muss erst mal kurz abklären - -

(Der Zeuge berät sich mit seinem Rechtsbeistand)

Ich bin gerade kurz am Abklären wegen der Verschwiegenheitsverpflichtung diesbezüglich. Also, es fallen Kosten an, ja. Ich sage es Ihnen mal, was mir spontan einfällt diesbezüglich: Wir haben eine Insolvenzforderung gegenüber Wirecard; denn wir wurden ja für die Leistungen, die wir im Jahr 2020 erbracht haben, ich sage mal - - Da wurden zwar Rechnungen gestellt, aber da kam die Insolvenz. Also, wirklich, davor - -

Dr. Danyal Bayaz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Können Sie sagen, wie hoch die ist?

Zeuge Hubert Barth: Die ist meines Wissens 1,5 Millionen Euro. - Darüber hinaus haben wir, wie Sie es angesprochen haben, Anwälte insbesondere mit der unabhängigen Untersuchung involviert. Erlauben Sie mir diesen Satz: Anwälte sind teuer. Ich habe die Gesamtsumme nicht präsent diesbezüglich. Und natürlich, ich sage mal, haben wir auch interne Aufwendungen diesbezüglich zu tragen für die Zuarbeit, für die ganze Untersuchung und, ich sage mal - Sie kennen das Stichwort -, Opportunitätskosten. Wenn wir Kollegen wie Herrn Orth für solche Tätigkeiten natürlich umfassend freistellen, haben wir diesbezüglich auch Opportunitätskosten. Also, wir haben signifikante Kosten damit, aber - -

Dr. Danyal Bayaz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Das heißt, Herr Orth macht beispielsweise gar nichts anderes mehr, als jetzt sozusagen sich um Wirecard zu kümmern.

Zeuge Hubert Barth: Herr Orth ist - - Ganz einfach: Wir haben maßgeblich, weil wir einfach für die Untersuchung und für die Aufklärung dieses Falls unseren Beitrag leisten wollen, Teams dafür freigestellt, die sich darum kümmern, weil das ¹

ist, ich sage mal - Sie wissen selber, wie viele Unterlagen wir dem Untersuchungsausschuss zur Verfügung gestellt haben -, ein administrativer Aufwand.

Dr. Danyal Bayaz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja, klar. Gut. - Kennen Sie eigentlich den Lagebericht von Wirecard?

Zeuge Hubert Barth: Also, ich weiß, dass es einen gibt, und ich habe ihn auch mal gelesen, aber - -

Dr. Danyal Bayaz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ist Ihnen da aufgefallen, dass der, ich sage jetzt mal, auch im Vergleich zu anderen DAX-Konzernen - zumindest wirkt das auf mich so, wenn man das vergleicht - eher dürftig ausfällt?

Zeuge Hubert Barth: Da kann ich mir kein Urteil im Moment erlauben. Da müsste ich das nebeneinanderliegend sehen. Habe ich kein Bild vor mir.

Dr. Danyal Bayaz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Gut.

Zeuge Hubert Barth: Sehen Sie es mir bitte nach.

Dr. Danyal Bayaz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Können Sie ja im Nachgang machen als kleine Hausaufgabe. - Sie haben in Ihrem Eingangsstatement ja auch gesagt, dass Wirtschaftsprüfer Betrug nicht immer aufklären können. Wir beschäftigen uns ja auch mit dem FISG darüber, die Regeln zu ändern, das sicherlich auch nicht Betrug unmöglich machen wird, aber die Wahrscheinlichkeit der Aufdeckung zumindest erhöht. Da sind wir auch gerade im parlamentarischen Verfahren. Deswegen kann ich Ihre Aussage an der Stelle auch erst mal nachvollziehen. Aber ich glaube, bei Wirecard ist es ja nicht so, dass Sie diesen Betrug hätten aufdecken müssen. Ich finde, das haben ja auch schon andere getan, übrigens auch Zeuginnen und Zeugen, die wir hier gehört haben. Dan McCrum sei da genannt oder Herr Borgwerth, ein deutscher Bilanzanalyst, der im „manager magazin“ 2017 darüber geschrieben hat. Wir hatten Leerverkäuferinnen wie Frau Quadir; wir hatten Matthew Earl hier, den Autor des Zatarra-Reports. Und die haben ja alle sehr



Nummer: 1
wichtig

Verfasser: Jan Bockemuehl

Thema: Text einfügen

Datum: 08.04.2021 09:48:38



Nur zur dienstlichen Verwendung

ausführlich dargelegt, wo die Zahlen eben nicht stimmen können, und deren Material war ja öffentlich einsehbar und lag sozusagen auch Ihnen vor.

Deswegen ist ja schon auch die Frage, die, glaube ich, Sie sich selbst sicherlich stellen, aber auch Menschen in der Öffentlichkeit: Es ging gar nicht so sehr darum, einen Betrug aufzudecken, sondern diejenigen, die das schon gemacht, erahnt, beschrieben haben - dem nachzugehen. Und deswegen sehe ich da so ein bisschen Widerspruch zu Ihrer Aussage in dem Eingangsstatement.

Zeuge Hubert Barth: Ich möchte darauf wie folgt antworten: Die Prüfungsteams, die sind ja diesen Hinweisen nachgegangen, haben auch die berufliche Skepsis angewandt, erweiterte Prüfungshandlungen, Forensiker hinzugezogen. Und man muss auch, ich sage mal, zeitlich immer einordnen, welche Allegations Wirecard gemacht wurden. Ich glaube, aus dem Zatarra Report haben sich auch manche als nicht oder mutmaßlich nicht korrekt dargestellt. Ich sage mal, von der Medienberichterstattung usw., da wird mit Indizien gearbeitet, und ein Wirtschaftsprüfer braucht den Nachweis. Und insofern ist hier schon ein gewisser Unterschied zu sehen.

Dr. Danyal Bayaz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Hat sich dadurch Ihr internes Kontrollsystem, gerade was Hinweisgeber, egal ob das jetzt Marktteilnehmer, ob das Journalisten, ob das Shortseller, ob das Whistleblower sind, schon dahin gehend verändert, sensibilisiert, neu kalibriert?

Zeuge Hubert Barth: Whistleblower - und ich habe es in meinem Eingangsstatement auch ausgeführt - nehmen wir sehr ernst. Dann muss man aber auch immer letztendlich - Inwieweit sind sie glaubwürdig, plausibel? Und dann wird dem Ganzen auch nachgegangen. Dieses System des Whistleblowers ist wichtig, und wir gehen den Dingen auch nach. Ich kann es eigentlich nur ganz allgemein fassen: Es hat über die vergangenen Jahre zugenommen diesbezüglich, die Whistleblower-Berichterstattung, und sie hat auch für uns eine hohe Bedeutung. Und wir ha-

ben auch einen klaren Prozess für die Nachverfolgung, wie wir damit umgehen. Wir informieren auch regelmäßig die Mitarbeiter darüber. Es gibt auch für Externe letztendlich eine Plattform, wo man sich dran wenden kann. Wir nehmen das Thema sehr, sehr ernst, Whistleblower.

Dr. Danyal Bayaz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Meine Zeit ist um. - Vielen Dank.

Vorsitzender Kay Gottschalk: Vielen Dank. - Dann würde ich jetzt weitermachen. Ich nehme den Pass mal auf, weil dieses Dokument, was Sie vorgelegt bekommen haben, das hatte ich ausgegraben, und das ist eigentlich das eine wirkmächtige Dokument. Ein weiteres dahinter - da habe ich Ihrem Kollegen, wenn er das ernst meint - und das glaube ich - gebeten, das auch freizustellen, dass wir das verwenden können - ist nämlich dann dazu das „Concurrence Memorandum“, was einfach nur „Memo“ heißt, weil das ist in deutscher Sprache abgefasst. Und das ist die Grundlage für dieses englische Dokument „Support“.

Ich hatte vorhin, weil ich ja aus dem Dokument nicht so richtig zitieren darf, versucht, mich so, ich habe es gesagt, des Pudels Kern nähern. Ohne dass man diese Dokumente kennt, was Herr Zimmermann sagt, war es der genialste Taschenspielertrick. Und da ist immer noch die Frage: Wer hat es beraten? Wer hat diesen Tipp gegeben? Aus - ich habe es schon gesagt - einer Tapete, wo Forderungen draufstehen, habe ich vorhin auch gesagt, kann ich Ihren Rechtsbeistand nehmen und sagen: „Ich habe ganz viele Forderungen gegen den“, und dann nehme ich Dr. Zimmermann noch rein und sage: Ich habe auch ganz viele Forderungen. Und das glaubt dann erst mal jeder, und irgendwann muss ja eine Forderung entweder wertberichtet werden - das schreibt übrigens auch Herr Jaffé -, oder sie muss angepasst werden nach einem bestimmten Zeitraum. Dann wiederum nach einem bestimmten Zeitraum sagt man: Wow, jetzt habe ich die Idee. Ich mache aus der Forderung und aus einer befristeten Forderung oder berichtigten Forderung durch diesen Taschenspielertrick, der eigentlich total genial ist, einen Treuhandfonds, da überweise ich das rüber. - Und ohne dass Liquidität



Nur zur dienstlichen Verwendung

geflossen ist, wird aus einer bloßen Forderung Liquidität, eine Cash-Position in der Bilanz.

Warum sage ich das? Weil ich aus dem Dokument, aus dem ich nicht zitieren darf, was ich aber auch gelesen habe, was in Ihren Prüfungsunterlagen 2016 ist, doch sehr abstrakt formulieren kann: Dort, in diesen Fragen, die sich Ihre Kollegen stellen - noch mal ganz abstrakt formuliert -, ist alles Wesentliche, ohne dass ich auf die Einzelheiten eingehe, aber alles Wesentliche, was wir hier in den letzten fünf Monaten diskutiert haben, was durch die Presse geht, was Sie auch bedauern und „Hätten wir das vorher gewusst!“ - abstrakt, ich darf nicht draus formulieren -, erkannt. Und aus diesem sehr abstrakten Konvolut in dieser Prüfung von 2016 - deswegen habe ich vorhin auch gesagt: 2016 sind Sie falsch abgebo-gen - - Da ist für mich auch nur die Frage - und das müssen Gerichte klären -: Handelt es sich hier um eine grobe Fahrlässigkeit - das müssen Richter klären oder wer draufguckt - oder das andere böse Wort, was dann diese 4 Millionen auslösen könnte? Das ist eigentlich das Dramatische für mich. Ich darf ja halt nicht darauf eingehen. Ich habe es aber gelesen. Sonst müssten wir in eine eingestufte Sitzung gehen; aber auch da wäre der Erkenntniswert zunächst nicht so groß. Aber ich habe von Herrn De Masi gelernt: Ich kann natürlich, indem ich links und rechts Dinge aufstelle, eine Begrenzung mache, eigentlich damit, ohne dass ich aus dem Dokument zitiere, klarmachen, was drinsteht. Denn, nochmals: Das, was Sie vorgelegt bekommen haben, ist vorher in einer At Memo sehr deutlich abgeklopft worden. Und das hat mich verärgert, es hat mich verwundet, und es hat mich auch traurig gemacht, weil letztlich tatsächlich die Kollegen - nochmals; ich darf es nicht konkret zitieren - abstrakt alles das, was wir in den letzten fünf Monaten festgestellt haben, dort aufs Papier bringen und daraus dann dieses schreiben dann - -

Und einmal muss ich Herrn Zimmermann korrigieren, weil ich mich wirklich mit dem Thema richtig auseinandergesetzt habe. Das Lustige ist, wenn Sie alle auf das Dokument gucken: Das ist am 03.0. geschrieben, aber am 05.04. - und wenn Sie dann in der Zwischenzeit sehen, was

da passiert ist, um nämlich den Konzernabschluss auch zu machen - ist es erst unterschrieben worden. Und an diesem 03.03., wenn wir in die Geheimunterlagen gucken, da ist dieses Memo in Deutsch, was ich ja leider nicht zitieren kann - - aber nochmals: fast alles drin. Und da frage ich Sie dann jetzt wirklich: Sie haben ja eben gesagt, Sie haben sich mit dem Konzernabschluss und den Konzernabschlüssen befasst. Wie weit zurück denn? Weil in 2016 - nochmals - die klare Feststellung: Bis dahin Hausaufgaben richtig gemacht und dann falsch abgebogen. Das ist das, was mich umhaut, und deswegen - -

Es gibt da eben noch ein Dokument, das ist noch viel schärfer als das. Aber das ist schon scharf genug, weil es ist sozusagen das wesensgleiche Minus. Und das andere wesentliche Dokument darf ich halt nicht zitieren. Ich hoffe, das erleichtern Sie, damit Sie zur Aufklärung beitragen können - ich werde das auch noch mal als Antrag stellen -, damit wir darüber reden können, weil ich glaube, dann haben wir des Pudels Kern. So hatte ich das vorhin genannt, frei nach Goethe.

Zeuge Hubert Barth: Dürfte ich nachfragen - Entschuldigung -, welches Jahr das betraf, 2016 oder 2017?

Vorsitzender Kay Gottschalk: Es ist das Jahr 2016, und es ist der 03.03.2016. Und das vergesse ich einfach nicht. Es liegt eben ein „Concurrence Memorandum - Support“ vor - das haben Sie eben gelesen und gesehen -, und dem vorausgegangen sind Fragestellungen, die sich Ihre Prüfer alle gestellt haben und an Ihre Fachleute im Unternehmen gestellt haben. Die habe ich vorhin zumindest mal genannt, weil das war wirklich - - ist Ihre Crème de la Crème, die damit befasst wurde. Und mir, ohne aus dem Dokument zu zitieren, nur um es einzugrenzen, ist dann irgendwie klar geworden: Das, was Herr Zimmermann eben vorgetragen hat, ist meiner Ansicht nach sehr abstrakt formuliert das, was sich beide Beteiligte, die am Prüfungsvorgang beteiligt sind, nämlich Wirecard und vielleicht auch EY, gewünscht haben. Und das hat mich umgehauen.



Nur zur dienstlichen Verwendung

Zeuge Hubert Barth: Herr Gottschalk, ich sichere zu: Ich gucke mir das Dokument an. Ich kenne es leider nicht.

Vorsitzender Kay Gottschalk: Ich habe Ihrem Kollegen gesagt, er soll es Montag machen - ich habe es etwas salopp formuliert -, „weil sonst versauen Sie sich das Wochenende“ auf gut Deutsch. Machen Sie es Montag, aber ich würde Ihnen - - weil Sie alle sagen, Sie wollen aufklären. Bisher habe ich auch Ihre Kollegen so wahrgenommen. Dieses Dokument, ich glaube, wenn das - - Dann wissen wir alle, was falsch gelaufen ist, und vor allen Dingen können wir dann eins alle zusammen umsetzen - und das ist mir wichtig -: dass Wirecard nicht wieder passiert, dass wir eine tolle Prüfergilde haben, tolle Wirtschaftsprüfer, dass wir ein bisschen auch aus dem Fehler alle lernen und dann auch sagen - - Nochmals: Es gibt Fehler, die sind gravierend, und den Fehler, den müssen wir alle zusammen aufarbeiten, der da passiert ist. Wie gesagt, ich kann halt nicht, weil topgeheim eingestuft, daraus zitieren; aber ich glaube, ich habe vorhin klargemacht, was da wohl drinstehen wird, weil ich habe links den Pfeiler gesetzt, rechts den Pfeiler gesetzt. Herr Zimmermann hat mir die Aufgabe abgenommen. Und da geht es genau um den Sachverhalt. Da geht es um die Sachverhalte, die ich mir dann auch stelle: Ein guter Kaufmann macht also seit 2016 ein Geschäft, in dem er Riesen-Cash-Positionen aufbaut. Aber es fließt nie ein Gewinn; es fließt nie Liquidität, seit 2016. Und dann explodiert dieses Geschäft, gerade seit 2016. Wenn ich das so abstrakt schildere, würden Sie sagen: „Könnte was dran sein“? Das habe ich vorhin Herrn Orth auch gefragt, und dann sagt er: Hm, wie Sie es so schildern, könnte was dran sein. - Würden Sie sich dem anschließen?

Zeuge Hubert Barth: Ich möchte so antworten: Ich danke für Ihre Ausführungen diesbezüglich und werde mir das anschauen.

Vorsitzender Kay Gottschalk: Okay. Und darf ich Ihnen Ihr Versprechen abnehmen, dass Sie dafür sorgen, dass wir alle das einsehen können? Weil das ist für mich des Pudels Kern. Ich bitte Sie drum, von ganzem Herzen.

(Der Zeuge berät sich mit
seinem Rechtsbeistand -
Der Zeuge nickt)

- Das ist ein Wort.

Zeuge Hubert Barth: Ja.

Vorsitzender Kay Gottschalk: Alles klar, danke. Gut. - Dann Fritz Güntzler für die CDU/CSU-Fraktion.

Fritz Güntzler (CDU/CSU): Vielen Dank Herr Vorsitzender. - Herr Barth, ich würde noch mal - -

Vorsitzender Kay Gottschalk: Ganz kurz - es ist auch gestoppt; wir setzen zurück -, wichtiger Hinweis, weil ich glaube, es dauert heute länger: Der Catering-Wagen wird so in circa 10 bis 15 Minuten das Weite suchen. Wir sind dann ganz alleine hier, in den heiligen Hallen. Wer also - - Das gilt auch für Sie: Falls Sie noch was essen möchten oder Ähnliches - -

(RA Prof. Dr. Jan Böck
müht: Einen Kaffee?)

- Kriegen wir das hin für beide? - Möchten Sie beide einen Kaffee?

(Der Zeuge und sein
Rechtsbeistand nicken)

- Beide möchten einen Kaffee. Dann bitte ich darum, dass wir dafür sorgen, dass der Rechtsbeistand und Herr Barth - -

Zeuge Hubert Barth: Besten Dank!

Vorsitzender Kay Gottschalk: Nee, gar kein Dank; das ist selbstverständlich, dass Sie einen Kaffee bekommen. Und die anderen Kollegen sind auch aufgefordert, sich da noch mal einzudecken. - So, und jetzt, im zweiten Anlauf: Zweiter Anstoß für Fritz Güntzler.

Fritz Güntzler (CDU/CSU): Ich habe mir beim Obmann auch noch einen Kaffee bestellt; also von daher sind wir jetzt gerüstet. - Ich fange noch

Seite: 26

 Nummer: 1	Verfasser: Jan Bockemuehl	Thema: Durchstreichen	Datum: 07.04.2021 16:51:27

 Nummer: 2	Verfasser: Jan Bockemuehl	Thema: Text ersetzen	Datum: 07.04.2021 16:51:20

O



Nur zur dienstlichen Verwendung

mal an: Herr Barth, Sie hatten in Ihrem Eingangstatement oder auf die ersten Fragen schon mal ein wenig darauf hingewiesen oder dargestellt, inwiefern Sie eingebunden waren in die ganze Causa Wirecard. Also, wenn ich das richtig verstanden habe, ist das Anfang 2019 gewesen. Ist das so richtig?

Zeuge Hubert Barth: Ja, als die „FT“-Allegations, das Whistleblower-Paket - Ich sage mal: Das habe ich dann in die Organisation gegeben, ja.

Fritz Güntzler (CDU/CSU): Sie sind in der Geschäftsführung von EY seit 2016. Ist das richtig oder -

Zeuge Hubert Barth: Ich bin in der Geschäftsführung von EY seit Ende 2015, Vorsitzender der Geschäftsführung seit 01.07.2016.

Fritz Güntzler (CDU/CSU): Okay. - Es gab ja - das entnehmen wir jedenfalls hier den Unterlagen - schon immer Diskussionen, auch in Vorjahren, zum Testat. Also, Aufsichtsratsmitglieder haben hier uns berichtet, dass Testate auf der Kippe standen etc. Also, sind Sie da vor 2019 - sind solche Fälle nicht hocheskaliert worden auf die Spitze der Geschäftsführung, sodass Sie erst 2019 mit dem Fall beschäftigt waren.

Zeuge Hubert Barth: Man muss diesbezüglich die Organisationsstruktur verstehen. Wenn ich sie kurz erläutern darf.

Fritz Güntzler (CDU/CSU): Sehr gerne.

Zeuge Hubert Barth: Das Mandat wurde - Sie kennen ja auch die Diskussion „Einstufungen, Technologien ... (akustisch unverständlich) Finanzdienstleistungen“ - bis zum Abschluss 2017, der ja dann in 2018, am 11. April, testiert wurde, im Bereich „Finanzdienstleistungen“ geführt. Und ab dem Abschluss 2018 ist das Mandat dann in den, wir nennen es, sogenannten GSA - nennen wir es Industriebereich vereinfacht - ~~wahr~~ genommen.⁴

Was Testaterteilung usw. angeht: Das Ganze betrifft ja immer den Geschäftsbereich „Wirtschaftsprüfung“. Und von unserer Organisationsstruktur

her ist der Bereich „Wirtschaftsprüfung“ im Bereich „Finanzdienstleistung“ integriert, bzw. im Industriebereich ist der Bereich „Wirtschaftsprüfung“ gesondert^{1a}. Insofern: Weil ich als Vorsitzender der Geschäftsführung damit involviert war, bin ich sozusagen maßgeblich erst mit dem Geschäftsjahr von Wirecard 2018 diesbezüglich in Berührung gekommen.

Fritz Güntzler (CDU/CSU): Und wir haben in den Unterlagen auch gesehen, die mittlerweile ja alle zur Verfügung gestellt worden sind - Und auch ein Dankeschön noch mal an Ihr Haus. Ich höre vom Ermittlungsbeauftragten, der zeitweise eben noch hier war, dass das miteinander gut funktioniert. Seitdem die Dinge gerichtlich geklärt sind und wir Rechtsgeschichte, habe ich vorhin schon gesagt, geschrieben haben, funktioniert das ja; das ist auch sehr nett - habe ich aber den Unterlagen entnommen, dass Sie seit 2019 sozusagen auch eingebunden sind oder irgendwie so; stand im Prüfungsvermerk mal drin. Wie ist das zu interpretieren? Also, haben Sie sich Prüfungsunterlagen angeguckt? Haben Sie sich berichten lassen? Wie sieht die Einbindung des Vorsitzenden der Geschäftsführung in die Prüfung aus?

Zeuge Hubert Barth: Machen wir mal konkret das Jahr 2019: „FT“-Artikel bzw. wenn Presseartikel, die kritisch sind, von Unternehmen - dann - so ist es meine Art - habe ich, wie viele andere auch, ein Mobiltelefon und² Habt ihr das auf dem Schirm? Kümmert ihr euch drum?“ usw. Das gibt es beinahe täglich an irgendwelche Teams. So kann ich das mal formulieren.

Wie habe ich mich eingebunden? „FT“-Artikel bzw. Whistleblower-Paket an mich. Diesbezüglich habe ich dann letztendlich Risk-Management, Qualitätssicherung diesbezüglich informiert und die entsprechenden Stellen eingebunden. Weil die Allegations so umfassend waren, wollte ich mir ein eigenes Bild machen und bin deswegen zu diesem Jour Fixe mitgegangen.

Darüber hinaus habe ich im Jahr 2019 dann noch an einem Gespräch mit dem Aufsichtsratsvorsitzenden zumindest - Ich kann mich nicht - Ich bin ganz offen: Ich kann mich an das Gespräch nicht erinnern, aber nach dem Protokoll war ich

Seite: 27

 Nummer: 1	Verfasser: Jan Bockemuehl	Thema: Durchstreichen	Datum: 08.04.2021 09:49:18
 Nummer: 2 frage	Verfasser: Jan Bockemuehl	Thema: Text einfügen	Datum: 08.04.2021 09:51:18
 Nummer: 3 Technologiekonzern versus	Verfasser: Jan Bockemuehl	Thema: Text ersetzen	Datum: 08.04.2021 09:50:43
 Nummer: 4 übernommen	Verfasser: Jan Bockemuehl	Thema: Text ersetzen	Datum: 08.04.2021 09:51:47



Nur zur dienstlichen Verwendung

in diesem Gespräch mit dabei, wo es um den Stand der erweiterten Prüfungshandlungen ging und auch dass das Team weiter aufgestockt wird am 26.02.2019. Beziehungsweise da wurde auch laut Protokoll artikuliert, dass der Aufsichtsrat hier auch noch tätig werden darf.

Dann gab es noch mal einen Call Ende 2019 diesbezüglich, wo der Stand ist. Und dann war ich noch mal involviert, weil ich auch mal die verdienten Osterferien genommen habe, am 24. April, am Tag der Testatserteilung, weil da kam ja ein neuerlicher Artikel der „Financial Times“, und das fand ich damals so wichtig, dass ich noch mal - wie soll ich sagen? - den Hörer in die Hand genommen habe und gesagt: „Wie nehmt ihr das auf? Wie geht ihr dem nach?“ usw. Das ist so die Entwicklung 2019. Und ich war noch involviert, nur der guten Ordnung und vollständigkeit halber, in einen Sachverhalt bei der Wirecard Bank in 2019.

Fritz Güntzler (CDU/CSU): Wie muss ich mir die Vorbereitung für diese Gespräche vorstellen? Es gibt ja die Möglichkeit, dass gesagt wird: Es passt alles. Wir tragen vor. Und mach dir mal keine oder machen Sie sich mal keine Sorgen. Das läuft. - Oder ist detaillierter vorgetragen worden? Also: „Wie sieht die Prüfungsplanung aus?“, „Folgende Wesentlichkeitsüberlegungen hatten wir“, „Folgende Risikobeurteilungen haben wir vorgenommen“, also alles das, was sozusagen zum Prüferhandwerk gehört. Haben Sie sich das vortragen lassen, oder ist das gar nicht so tief gegangen?

Zeuge Hubert Barth: Diesbezüglich: Weil die Allegations relativ, ich sage mal, viele Bereiche umfassten, habe ich das letztendlich meinem Stellvertreter Philipp Turowski und auch Christian Orth und auch dem Risk-Management diesbezüglich gesagt: Kümmert euch drum! Dreht hier jeden Stein um! - So muss man sich das vorstellen. Ich habe mir aber nicht, ich sage mal, die einzelnen Schritte der Prüfungsplanung oder der Prüfungsdurchführung usw. erläutern lassen. Das würde auch, ich sage mal, den zeitlichen Rahmen für mich letztendlich sprengen. Aber ich habe ganz klar letztendlich aufgrund der Involvierung

darum gebeten: Dreht hier jeden Stein um! Verstärkt die Teams! Wenn ihr Hilfe und Unterstützung braucht: Ich stehe als Ansprechpartner zur Verfügung.

Fritz Güntzler (CDU/CSU): Verstehe ich. Also, wir haben uns heute Morgen mit Herrn Dr. Orth über Risikobeurteilung unterhalten und Integrität des Managements und all solche Fragen, die sich mir am Anfang der Prüfung stellen. Ich habe versucht, Ihre Rolle jetzt kurz mal einzunehmen. Ich weiß nicht, ob ich so eine Frage gestellt hätte: Habt ihr euch darüber Gedanken gemacht? In was für ein Prüfungsumfeld begeben sich da?

Zeuge Hubert Barth: Diesbezüglich: Ich nehme einfach zwei Beispiele raus, damit es Ihnen, ich sage mal, bildlich wird. Christian Orth kam zurück und sagte: Moment, wir stufen das Risiko dieses Mandats auf „High Risk“. Das heißt, das wurde nach den „FT“-Allegations vorgenommen.

Ein zweiter Punkt, den ich als Beispiel rausgreifen möchte: Wir brauchen hier noch mehr Leute aus der Forensik. Können wir die einbinden? Und das Prüfungsteam kam auch an mich heran: Wir brauchen noch die und die Spezialisten. Kannst du uns helfen, dass wir die von anderen Teams bekommen? Und das sind so Dinge, wo ich dann eingebunden bin, und auch letztendlich, wie man bestimmte Themenbereiche aufgreift: Wen braucht man noch als, ich sage mal, Kontaktperson auch im Netzwerk?

Fritz Güntzler (CDU/CSU): Gab es denn eine regelmäßige Berichterstattung? Also, jetzt dadurch, dass es „High Risk“ war - Ich will nur mal verstehen, wie in Ihrem Hause die Prozesse gelaufen sind, ob dann - Also, ich bin ja nur in einer mittelständischen Kanzlei. Wenn wir so ein High-Risk-Mandat hätten - Mein alter Senior, der hätte mich schon getrieben. Also, da hätte ich jede Woche antreten müssen und hätte was sagen müssen.

Zeuge Hubert Barth: Es gab eine regelmäßige Berichterstattung diesbezüglich: „Wo steht ihr?“, „Wie kommt ihr voran?“, „Was für Themen sind noch offen?“ usw. Aber an Einzelheiten kann ich mich nicht erinnern. Aber es war letztendlich der

Seite: 28

 Nummer: 1	Verfasser: Jan Bockemuehl	Thema: Text einfügen	Datum: 08.04.2021 09:52:06

 Nummer: 2	Verfasser: Jan Bockemuehl	Thema: Text ersetzen	Datum: 08.04.2021 09:52:24

wie



Nur zur dienstlichen Verwendung

klare Auftrag, weil ich dieses Thema so ernst nahm: Kümmert euch drum! Dreht jeden Stein um! Bezieht die ganze Expertise, die wir haben, hier mit ein!

Fritz Güntzler (CDU/CSU): Und es gab jetzt auch - - 2019 waren wir, 2020. Dann gab es, ich sage es jetzt mal, den Knall. Da gab es jetzt keine Sitzung, wo Sie sich mal alles haben vortragen lassen nach dem Motto: „Haben wir richtig geprüft?“ Denn Ihr Global Chairman Di Sibio hat ja am 14. September so ein Rundschreiben gemacht - das habe ich den Medien entnommen -, wo ja - ich sage es mal mit meinen Worten - drinsteht: Wir haben alles richtig gemacht. Macht euch keine Sorgen! - Der muss ja auch irgendwo gebrieft worden sein. Der muss ja irgendeine Information bekommen haben.

Zeuge Hubert Barth: Also, die Themenbereiche müssen Sie sich wie folgt vorstellen - ich nehme mal 2020 als Beispiel, als ich erfahren habe, dass der Treuhänder gewechselt hat von Singapur auf die Philippinen, als noch, ich sage mal, die weiteren Allegations mit im Kontext zu setzen usw. - - Ich will es mal so formulieren: Da habe ich mich dann so hingestellt und gesagt: Okay, was können wir noch machen? So kamen wir ja letztendlich aus der Diskussion heraus auf das Thema Abhebungsanforderungen - das wurde davor schon besprochen -, aber letztendlich auf die - wie soll ich sagen? - Idee, die das Ganze dann letztendlich zu Fall gebracht hat aus der Diskussion heraus: Können wir nicht eine Rückbestätigung einer uns vorliegenden Originalbankbestätigung aus der Zentrale noch mal verifizieren, und wer ist dafür die geeignete vertrauenswürdige Person? Sie müssen es sich so formulieren. Dann habe ich mit Christian Orth diskutiert: Können wir nicht einen hinschicken? - Dann haben wir versucht, unseren Kollegen, der in Singapur saß, in die Philippinen einzufliegen. Das ging nun nicht wegen Corona. Er sagt, er kommt nicht ins Land. Dann haben wir einen anderen Weg gesucht, wie wir diesbezüglich an - - Da haben wir auch diskutiert: „An wen wenden wir uns denn?“, und haben uns dann für die oberste Ebene in den Banken diesbezüglich entschieden, um einen Zugang zu verschaffen.

Wenn wir jetzt noch mal zurückgehen auf 2019: Letztendlich: Es war eine ganze Reihe von Allegations. Da war die Diskussion und die Würdigung: Habt ihr diese Allegations aufgenommen? Seid ihr denen nachgegangen? Habt ihr die Nachweise dafür? Ich sage es auch ganz offen: Die 58 Seiten, die wir in Anlage 8 - - oder die dem Prüfungsbericht beigelegt wurden, die wurden jetzt nicht, jede einzelne Allegation, vorgetragen. Aber die Frage war: Moment! Hier sind eine ganze Reihe von Allegations. Habt ihr einen Issue Tracker? Also, was sind hier für Vorwürfe im Raum? Habt ihr die prüferisch abgearbeitet, und hat das noch mal einer kontrolliert? Das sind die Anforderungen letztendlich. So können Sie sich es vorstellen, wie es miteinander diskutiert wurde.

Fritz Güntzler (CDU/CSU): Ich hatte dann noch mal die Frage gestellt, wer Herrn Di Sibio informiert hat, der ja dann Ihre Mandanten angeschrieben hat, wenn ich das richtig in den Medien gelesen habe. Oder bin ich da falsch informiert?

Zeuge Hubert Barth: Herr Di Sibio ist unser Global Chairman und CEO. Er hat diesen Brief in seiner Funktion geschrieben.

Fritz Güntzler (CDU/CSU): Ohne - -

Zeuge Hubert Barth: Er hat den Brief nicht von mir.

Fritz Güntzler (CDU/CSU): Aber er hat ja hoffentlich Informationen bei Ihnen eingeholt. Also, wenn er sagt: „Es ist eigentlich alles gut, ihr könnt weiter Vertrauen in unsere Organisation haben“, dann wäre er doch klug beraten, sich bei Ihnen mal zu erkundigen, wie es so aussieht gerade.

Zeuge Hubert Barth: Diesbezüglich habe ich keine genaue Erinnerung, wie dieser Brief letztendlich vom Duktus usw. zustande kam. Ich sage mal, da sind die Kommunikationskolleginnen und -kollegen unterwegs.

Fritz Güntzler (CDU/CSU): Okay. Finde ich schon spannend, also wenn sozusagen der



Nummer: 1
in

Verfasser: Jan Bockemuehl

Thema: Text ersetzen

Datum: 08.04.2021 09:53:17



Nur zur dienstlichen Verwendung

Oberste sagt: „Macht euch mal alle keine Sorgen!“ und hat nicht mal bei den Fachleuten nachgefragt, ob man sich vielleicht Sorgen machen sollte. Gut, muss man wissen, wie man solche Briefe schreibt.

Ich habe dann noch mal - - Ich verstehe, dass Sie nicht in alle Punkte eingebunden werden können und sich auch nicht alles vortragen lassen können, die 58 Seiten usw. Aber ich glaube, so ein paar Punkte sind ja dann doch ganz spannend.

Sie sind ja auch Wirtschaftsprüfer, und selbst wenn man nicht unmittelbar eingebunden ist, ist ja dieses Thema „Wie prüfe ich Treuhandverhältnisse?“ dann doch ein spannendes Thema, was den Berufsstand ja auch sehr beschäftigt. Und ich will jetzt gar nicht in der Breite anfangen, aber dieses Thema Saldenbestätigung - ich nenne es, ich adressiere es gleich; Sie wissen ja, worum es geht -: Da haben wir ja unseren Prüfungsstandard, mit der Textziffer 20, die vielleicht zu interpretieren ist, die jetzt auch fast jeder kennt. Und dann gibt es ja die Antwort der IDW-Geschäftsstelle auf eine Anfrage aus dem August 2020, die ja eine Interpretation dieser Textstelle vornimmt und die ziemlich eindeutig ist. Haben Sie sich mit dem Thema beschäftigt und intern auch ausgetauscht? Und haben Sie eine Meinung dazu?

Zeuge Hubert Barth: Ich habe mich mit dem Thema nicht näher beschäftigt. Ich kenne aber selbstverständlich die Textstelle und die Interpretation dazu. Diesbezüglich: Das ist eine Auslegung des IDW, ich sage mal, nach dem Fall Wirecard, soweit ich mich erinnern kann. Ich habe früher mal für eine andere Big-Four-Gesellschaft gearbeitet. Da gab es auch Treuhandkonten, und da war - Sie kennen es auch selber -, ich sage mal, bei relativ vielen Unternehmen, die Pensionsverbindlichkeiten haben - - Da gibt es ja auch sehr oft Vermögen, das auf Treuhandkonten gelagert ist.

Fritz Güntzler (CDU/CSU): Das ist aber meist da. Das ist das Gute dann.

(Heiterkeit)

Zeuge Hubert Barth: Möchte ich jetzt nicht weiter ausführen. - Aber diesbezüglich reichete die Bestätigung sogar des Treuhänders hier. Ich möchte gleich noch mal darauf hinweisen: Es liegt nicht nur eine Bestätigung des Treuhänders vor, sondern auch desjenigen, der das Geld dem Treuhänder vermeintlich gegeben hat. Das heißt, es ist ja ein - - Es wird immer sehr isoliert dargestellt, sondern - - Wir haben ja nicht eine Bestätigung, sondern dem Team liegen ja, ich sage mal, von verschiedensten Drittparteien Bestätigungen vor. Nur um es mal auszuführen: Wenn die alle kollusiv zusammenarbeiten, dann ist es, wie vorher - - Ich glaube, der Herr Dr. Zimmermann hat das Beispiel ausgeführt.

Fritz Güntzler (CDU/CSU): Mir ist schon bewusst: Wir arbeiten mit hinreichender Sicherheit und nicht mit absoluter Sicherheit, aber ich finde die Stellungnahme der Geschäftsstelle - - Und wer die Strukturen des IDW ein bisschen kennt, weiß, dass die sich das auch nicht einfach so ausdenken, auch wenn es dann - - Dann weiß man, dass es im HFA auch keine gemeinsame Linie gab; sonst hätte es eine HFA-Stellungnahme gegeben. Aber die ist ja schon sehr konkret. Und auch wenn Sie die vertraglichen Verhältnisse, die bezüglich Singapur bestanden haben, zur Grundlage nehmen, ist dieser Fall da genau abgebildet, interessanterweise. Da ist das Ergebnis eigentlich ziemlich deutlich mit dem Hinweis: Man hat eine Bankbestätigung einzuführen da, wo das Geld geführt wird, nicht?

Zeuge Hubert Barth: Aber sie trägt das Datum „August 2020“.

Fritz Güntzler (CDU/CSU): Ja, das ist - - Ich habe vorhin gesagt: Das ist wie im BMF-Schreiben. Das legt eine rechtliche Grundlage aus. Das ist ja keine Rechtsfortbildung; würde ich jedenfalls so sehen. Das Spannende ist für uns hier - - Sie wissen ja auch, dass wir den Prüfer der KPMG, Herrn Geschonneck, angehört haben, der eben genau diese Auffassung auch vertritt. Und Herr Kollege Toncar hat eine Anfrage an die Bundesregierung gestellt, und dort hat die Bundesregierung mitgeteilt, dass die APAS genau diese Auffassung des IDWs auch stützt. Also, von daher kommen schon Fragen auf, warum Sie dieses



Nur zur dienstlichen Verwendung

nicht getan haben, und dann ist die Frage natürlich sich zu stellen - das brauchen wir hier nicht weiter zu erörtern -, ob die alternativen Prüfungshandlungen, die Sie vorgenommen haben, ausreichend waren, um die Existenz zu sichern.

Und da kommt dann eben eine andere Frage hoch: Ich weiß nicht, ob Sie sich mit dem KPMG-Sonderbericht beschäftigen konnten, durften, mussten. Und dort ist ja auf Seite 12 für mich einer der entscheidendsten Sätze drin: dass es ein Untersuchungshemmnis gab. Das ist ja so ein Begriff, den wir aus der Prüfung auch kennen als „Prüfungshemmnis“. Mir ist klar, dass die forensische Untersuchung was anderes ist als die Jahresabschlussprüfung; aber Herr Geschonneck hat ausgeführt, dass man auch ohne große forensische Qualitäten darauf hätte kommen können, dass hier ein Hemmnis vorliegt. Und die schreiben eben hier nicht nur die Begrifflichkeit, sondern die sagen eigentlich: Es konnte weder eine Aussage getroffen werden, dass die Umsatzerlöse existieren oder der Höhe nach korrekt sind, noch die Aussage getroffen werden, dass die Umsatzerlöse nicht existent und in der Höhe nicht korrekt sind. - Das heißt umgangssprachlich: Es lag eigentlich gar nix vor, so. Und die haben ja auch Ihre Arbeitsunterlagen zur Verfügung gehabt, und selbst Ihre Arbeitsunterlagen haben nicht dazu geführt, dass die KPMG zu einem anderen Ergebnis kam. Das macht mich alles sehr nachdenklich. Haben Sie sich das erklären lassen, wo dieser Unterschied herkommt?

Zeuge Hubert Barth: Ich versuche, es mal in meinen Worten zu fassen. Erst mal: Sonderuntersuchung KPMG haben wir vonseiten EY begrüßt. Zweiter Punkt: Die Kollegen von KPMG haben ihre Untersuchung völlig unabhängig gemacht. Jetzt möchte ich kurz zur Einordnung - KPMG hat die Sonderuntersuchung begonnen vor dem Hintergrund neuer, massiver Allegations, und reden wir nur über TPA und Treuhandkonten im Mai und Oktober 2019. Das heißt, da herrschten schon Zweifel. KPMG schreibt, sie haben ein Untersuchungshemmnis. Ich teile diese Auffassung voll und ganz: KPMG hat ein Untersuchungshemmnis. Warum? Sie wollten zum Treuhänder, und sie wollten zu den TPAs. Und beide haben für die - - oder beide Gruppen - machen wir es

mal so - haben für die Jahre 2016 bis 18 den Zugang verweigert. Wir oder meine Prüferkollegen hatten 2016 bis 18 diesen Zugang. Sie haben den Treuhänder gesprochen. Das war KPMG nicht möglich. Insofern hat KPMG ein Untersuchungshemmnis.

Worauf ich ~~hinauswill~~ ist aber Folgendes, und zwar: Wenn ich in den fortgeführten Untersuchungsbericht von KPMG gehe, den wir am 12. Juni erhalten haben, da findet sich das Wort „Untersuchungshemmnis“ nicht mehr.

Fritz Güntzler (CDU/CSU): Sie meinen diesen Informationsband dann?

Zeuge Hubert Barth: Nee, nicht den Informationsband, sondern „Stand der Ergebnisse der fortgeführten Untersuchungshandlungen“. Und, wenn Sie möchten, -

Fritz Güntzler (CDU/CSU): Ja.

Zeuge Hubert Barth: - ich möchte auf eine Stelle hinaus - -

(Der Zeuge berät sich mit seinem Rechtsbeistand)

Ich kann Ihnen das auch kurz geben, worauf ich hinauswill.

Fritz Güntzler (CDU/CSU): Nee, tragen Sie es vor. Wir finden es auch - - Wir haben so viel - -

(Der Zeuge blättert in seinen Unterlagen)

Zeuge Hubert Barth: Und zwar geht es diesbezüglich darum: KPMG hatte ein Untersuchungshemmnis. Wir oder meine Prüferkollegen hatten aber kein Prüfungshemmnis, weil wir, gesetzt den Fall: Treuhänderbestätigung plus das dritte usw. - - Das haben wir gerade diskutiert.

Jetzt sind wir im Jahr 2019. Wir haben beide Zweifel: KPMG hat Zweifel, EY hat Zweifel. KPMG führt eine Untersuchungshandlung weiter und kommt im Entwurf zu folgendem Ergebnis, ich zitiere - und jetzt geht es um die Bestätigung

 Nummer: 1	Verfasser: Jan Bockemuehl	Thema: Text ersetzen	Datum: 08.04.2021 09:54:37

hinaus will

 Nummer: 2	Verfasser: Jan Bockemuehl	Thema: Text ersetzen	Datum: 08.04.2021 09:55:25

Nein



Nur zur dienstlichen Verwendung

erst mal; und ich zitiere verkürzt aus Seite 12 des Ergebnisses der fortgeführten Untersuchungshandlungen -:

Nach den KPMG vorgelegten, vom Treuhänder Tolentino an den Abschlussprüfer adressierten Saldenbestätigungen zu den Treuhandkonten stimmen die Saldenbestätigungen mit den in der Buchhaltung betreffenden Wirecard-Gesellschaften überein. (?)

Das heißt, KPMG teilt hier mit: Wirecard hat 1,9 Milliarden in der Buchhaltung, und 1,9 Milliarden bestätigt der Treuhänder. Im Satz zwei wird ausgeführt:

Ein Abgleich dieser Salden mit den KPMG vorgelegten Bankbestätigungen der beiden philippinischen Banken BDO und BDI gegenüber dem Abschlussprüfer ergab keine Abweichung zu den vom Treuhänder gegenüber dem Abschlussprüfer bestätigten Salden. (?)

Das heißt, wir hatten zu diesem Zeitpunkt eine Saldenbestätigung im Original von der Bank - von den beiden Banken vorliegen. Und auch - darauf möchte ich hinaus - ein weiterer Untersuchender sagt: Moment - - „Die Kette WT“ - das haben wir als erstes ja gehabt - „ist in Ordnung“, und mit diesem Satz - ich weiß nicht, wie Sie es interpretieren - kommt ja zum Ausdruck: Moment! Zwischen T. und Bank stimmen die Salden auch überein. Ich weiß nicht, wie Sie das als Nachweis einschätzen. Ein Prüfungshemmnis oder Untersuchungshemmnis kann ich daraus nicht ableiten erst mal.

Es geht auch noch weiter, nämlich dass - - Also, ich zitiere noch mal den ersten Satz:

Ein Abgleich dieser Salden mit den KPMG vorgelegten Bestätigungen der beiden philippinischen Banken ... gegenüber dem Abschlussprüfer ergab keine Abweichung zu den vom Treuhänder

gegenüber dem Abschlussprüfer bestätigten Salden. (?)

Das ist, ich sage mal, eine Saldenbestätigung. Und weiter geht es dann letztendlich, dass die Bestätigung der beiden Banken Wirecard als wirtschaftlich Berechtigten ausweisen.

Vorsitzender Kay Gottschalk: Kollege Güntzler.

Zeuge Hubert Barth: Wenn man keine Zweifel hat, ist man hier relativ weit in der Prüfung; denn - da würden Sie mir, glaube ich, zustimmen - wenn uns das vorliegt als Prüfer und wir haben Bankbestätigungen, dann wären wir eigentlich - - oder könnte man sagen, man wäre fertig, wenn man nicht noch Zweifel hätte. Jetzt kommt ein weiterer Untersuchender, der sagt: „Was dir vorliegt“ - - Also ich interpretiere es zumindest so; ich mag falsch liegen. Der sagt: Das reicht, was du hast.

Fritz Güntzler (CDU/CSU): Wir sind ja noch mal dran. Ich schaue es mir mal parallel an und dann vielleicht noch mal dazu - - Aber vielen Dank für den Hinweis.

Zeuge Hubert Barth: Ich gebe Ihnen gerne eine Kopie da.

Fritz Güntzler (CDU/CSU): Ich glaube, das ist dies hier, was - -

Zeuge Hubert Barth: Ja, genau, Seite 12, erster und zweiter Spiegelstrich.

Fritz Güntzler (CDU/CSU): Okay.

Vorsitzender Kay Gottschalk: Okay. - Also, ich nehme den Ball noch mal auf vom Fritz Güntzler und spiele den Doppelpass hier mal weiter. Wir haben ja IDW, PS 302 - - Ich mache jetzt noch mal einen stillen Vorhalt. Ist für Sie, glaube ich, das erste Mal. Stiller Vorhalt, das heißt: Ich lege Ihnen jetzt etwas vor. Da können Sie nur sagen „Ja“ oder „Nein“. Sie dürfen jetzt leider nicht - weil sonst müssten wir in eine nichtöffentliche Sitzung gehen - sagen: Ja, der und der Name. Ich will aber da auch gleich einhaken, warum ich das sage. Ich komme gleich noch mal auf Parmalat zu



Nur zur dienstlichen Verwendung

sprechen und auf das, was Fritz Güntzler gesagt habe, was ich vorher und auch Herr Dr. Zimmermann zu Treuhandkonten gesagt haben. Und jetzt lege ich Ihnen etwas vor, da geht es um viel, viel Geld, ganz abstrakt.

(Dem Zeugen werden
Unterlagen auf einem Note-
book gezeigt - Der Zeuge
und sein Rechtsbeistand le-
sen in diesen Unterlagen)

Gucken Sie sich diese Bescheinigung, sage ich mal, in der es um viel, viel Geld geht, an, und dann frage ich - -

(RA Prof. Dr. Jan Bockel¹)
mühl: Dürfen wir scrollen?
- Gegenruf des Abg. Dr.
Jens Zimmermann (SPD):
Das ist ja Ihr Computer!)

- Ja, natürlich dürfen Sie scrollen, logisch. - Ja, wir machen Pause, logisch. - So, jetzt gucken Sie sich diese Bestätigung mal ganz in Ruhe an. Und da ist mir, weil ich auch sehr viel im englischsprachigen Raum unterwegs war und auch viel Geschäftskontakt hatte, sofort etwas aufgefallen, und das will ich damit einfach sagen - mal sehen, ob Sie gleich darauf kommen -: Wenn diese ganzen Dinge so sind mit dem, was wir 2016, was Herr Zimmermann, was ich sage - - Da ist noch ein anderes Dokument, was Sie sich Montag hier angucken und dann freigeben wollen. Was fällt Ihnen bei diesem Schreiben, in dem es um viel Geld geht, aus Singapur, auf?

Zeuge Hubert Barth: Ich darf nur „Ja“ oder „Nein“ antworten; das ist jetzt schwierig.

Vorsitzender Kay Gottschalk: Nee, ach so, okay. Ich habe mich vorhin recht - - Ja, stimmt, okay. Ich habe mich vorhin rechtlich rückversichert; stimmt: „Ja“ oder „Nein“. Das ist jetzt unverfänglich: Haben Sie sich mal die Datumsbezeichnung angeguckt, dafür, dass dieses Schriftstück aus Singapur, aus dem englischsprachigen, englisch wirtschaftlichen Raum kommt?

Zeuge Hubert Barth: Ich habe mir die - - Ja. Ich darf ja nur „Ja“ und „Nein“ antworten.

Vorsitzender Kay Gottschalk: So, und die sieht - - und das hat dann Herr Orth gesagt: Haben Sie sich auch mal die Zahlen angeguckt, Herr Gottschalk? - Ich habe gar nicht mehr weitergeguckt, was da draufsteht, weil ich habe nur das Datum und Informationsblock gesehen und mir dann auch mal bei mir Briefe, die ich so aus dem englischsprachigen Raum und Bestätigungen und Sonstiges bekomme - - Das sieht verdammt deutsch aus. Ich habe noch nie einen Brief aus London bekommen, wo dann steht: London, bop, bop, bop. Ich weiß, die Amerikaner sagen 09/11, der Engländer sagt trotzdem 11.09.2001, böses Datum. Aber er käme, glaube ich, nie auf die Idee, beide, weder Amerikaner noch Engländer, Singapur darüberzuschreiben und dann in einem solchen Block einzurücken. Und wenn Sie dann sehen, wie die Zahlen dort aufgeschrieben sind - - Das hat jetzt - Gott sei Dank - Dr. Orth festgestellt. „Ist Ihnen das aufgefallen?“, sagt er, „Das sieht auch ziemlich deutsch aus“, und das kommt aus Singapur. Da geht es um viel Geld. Mehr dürfen wir ja nicht sagen. Würden Sie mir da zustimmen, dass das eigentlich hätte dann Argwohn wecken müssen nach dem Motto: „Kann das, was da drinsteht, richtig sein?“? Und das ist wichtig, der Name ist heute schon gefallen. Mehr darf ich auch nicht sagen, aber - -

(Dr. Florian Toncar (FDP):
Ja, aber Sie gucken schon
den Richtigen an!)

- Das darf ich doch. Ich gucke Sie immer gerne an, Dr. Toncar, weil Sie sagen immer viel Gutes. - Können Sie in meine Verzweiflung versteinen?

Zeuge Hubert Barth: Entschuldigen Sie, wenn ich da spitzfindig bin: Ihre Frage war - - Ihre Frage ist zweigeteilt.

Vorsitzender Kay Gottschalk: Ja.

Zeuge Hubert Barth: Ist das Datum deutsch? Oder das, was darauf dargestellt ist, kann das richtig sein? Welche der beiden Fragen soll ich beantworten?





Nur zur dienstlichen Verwendung

Vorsitzender Kay Gottschalk: Also erst mal: Würden Sie sagen: „Das Datum ist deutsch“, ja oder nein?

Zeuge Hubert Barth: Ja, das Datum ist deutsch.

Vorsitzender Kay Gottschalk: Gut, so. Und was da dargestellt ist mit den Zahlen, die jetzt auch noch deutsch aussehen, würden Sie dann sagen: „Man müsste Argwohn haben, dass das, was dort dokumentiert werden soll, richtig ist“? Da müsste man doch, weil es um viel, viel Geld geht - das hatte ich ja vorher gesagt -, irgendwie sagen: „Wow“ und mit dem, was wir vorher alles gesagt haben - jetzt komme ich zu Parmalat -, skeptisch werden.

Zeuge Hubert Barth: Ich glaube, ich kann so antworten, mit ein paar Sätzen: -

Vorsitzender Kay Gottschalk: Okay, ja, wir versuchen das einfach mal.

Zeuge Hubert Barth: - Da müsste ich den Hintergrund der Anfrage kennen, -

Vorsitzender Kay Gottschalk: Wir versuchen das beide einfach

Zeuge Hubert Barth: - denn hin und wieder ist es so: Wenn man Saldenbestätigungen auch schickt, dann, ich sage mal, kann man das offen bestätigen lassen oder geschlossen bestätigen lassen.

Vorsitzender Kay Gottschalk: Ja.

Zeuge Hubert Barth: Und je nachdem: Manchmal nehmen die Mandanten auch das, was denen hingeschickt wird, letztendlich und bestätigen diesbezüglich. Also, deswegen: Da müsste ich den Hintergrund kennen.

Vorsitzender Kay Gottschalk: Aber darf ich sagen: Wir beide hätten jetzt gesagt: Das langt uns nicht. Das sieht ein bisschen deutsch aus dafür, dass es aus Singapur kommt.

Zeuge Hubert Barth: Das Datum sieht deutsch aus.

Vorsitzender Kay Gottschalk: Gut. Und warum sage ich das jetzt so? Noch mal: Ich nehme den Ball - Dr. Zimmermann, Fritz Güntzler, meine Wenigkeit -, und ich will wirklich, dass das nicht noch mal passiert; weil - ich sage für viele, die das vielleicht nicht mehr wissen - angesichts des Skandals wie Parmalat, einem der größten europäischen Bilanzskandale, bei dem es um gefälschte Bankbestätigungen über 3,95 Milliarden - also, die waren noch etwas progressiver - auf ein Bankkonto bei der Bank of America auf den Cayman Islands ging, verstehe ich nicht - jetzt darf ich das nicht lesen -, warum man diese Dokumentation eben nicht deutlicher hinterfragt hat. Also, Sie können meine Gedanken da nachvollziehen, oder?

Zeuge Hubert Barth: Ich kann Ihre Gedanken nachvollziehen.

Vorsitzender Kay Gottschalk: Gut. - Dann würde ich noch mal gerne - ich habe es heute bei Ihrem Kollegen auch gemacht; das passt so zum Thema Banksalden - - Wie ist Ihre Haltung dazu? Hatten Sie zu dem Herrn mal Kontakt, Professor Marten? Und der hat ja im Juni etwas geschrieben, was für, ich sage mal auch da ganz hanseatisch-zurückhaltend, ein bisschen Furore gesorgt hat, auch Dissonanzen, glaube ich, innerhalb einer Gilde. Wie stehen Sie zu diesem Artikel - Treuhandkonten und wie man dann entsprechend Bankbestätigungen oder nicht einholt -, und kennen Sie Professor Marten?

Zeuge Hubert Barth: Ich kenne Professor Marten persönlich nicht. Ich habe ihn auch nach meiner Erinnerung und meines Wissens nie getroffen. Ich habe von dem Artikel erfahren; ich habe ich ¹ auch kursorisch gelesen.

Vorsitzender Kay Gottschalk: Wie ist Ihre Haltung zu dem Artikel? Er sagt ja: Eigentlich reicht manchmal das. - Ich habe so gedacht: Der bestätigt so ein bisschen - das war jetzt meine Lesart -, dieser Artikel, was EY so in den letzten Jahren gemacht hat.

Zeuge Hubert Barth: Da habe ich ihn nicht genug vor Augen. Es kommt darauf an, welche Prüfungshandlung man insgesamt anwendet. Ich





Nur zur dienstlichen Verwendung

will es mal so formulieren: Nur eine - - das, was Sie mir gerade gezeigt haben, nur dieses Dokument alleine, als einzige Prüfungshandlung würde ich - wie soll ich sagen? - - Da müsste ein bisschen was dazukommen, um es mal vorsichtig auszudrücken. Und nach meiner Information haben die Kolleginnen und Kollegen ja noch eine ganze Reihe dazu an Bestätigungsunterlagen und Prüfungshandlungen und Nachweisen eingeholt diesbezüglich.

Vorsitzender Kay Gottschalk: Gut. - Dann wäre ich - - Ich würde dem Ausschuss jetzt 39 Sekunden schenken. Also, ich bin jetzt so weit durch. - Dann schaue ich zur SPD-Fraktion. Wer möchte denn? - Frau Kiziltepe?

Cansel Kiziltepe (SPD): Ja.

Vorsitzender Kay Gottschalk: Wunderbar. - Frau Kiziltepe, Sie sind an der Reihe.

Cansel Kiziltepe (SPD): Vielen Dank, Herr Vorsitzender. - Herr Barth, ich möchte noch mal fragen, ob Sie uns erzählen können, wie die Vergütungsstruktur bei EY ist, also Fixgehalt, variables Gehalt, Provisionen.

(Der Zeuge berät sich mit seinem Rechtsbeistand)

Zeuge Hubert Barth: Bezüglich der Gesamtfirma oder auf bestimmte - - Entschuldigung, dass ich eine Rückfrage stelle.

Cansel Kiziltepe (SPD): Der Partner.

Zeuge Hubert Barth: Der Partner, okay. Hierzu möchte ich darauf verweisen, dass es dazu Ausführungen im Transparenzbericht gibt. Der ist auch öffentlich zugänglich. Da ist letztendlich die Vergütungsstruktur von Organmitgliedern und Partnern und leitenden Angestellten ausgeführt auf Seite 39.

Cansel Kiziltepe (SPD): Okay, ja.

Zeuge Hubert Barth: Ich kann Ihnen das gerne auch geben. Also, ich kann es aber auch gerne kurz ausführen, wenn Sie möchten.

Cansel Kiziltepe (SPD): Wenn es nicht so lange dauert.

Zeuge Hubert Barth: Ich fasse die Dinge kurz zusammen und werde es kursorisch machen.

Cansel Kiziltepe (SPD): Also, mich interessiert, ob in der variablen Vergütungskomponente die Vermittlung von Beratungsverträgen oder die Einholung von Beratungsverträgen eine Rolle spielen.

Zeuge Hubert Barth: Geben Sie mir eine Sekunde.

(Der Zeuge liest in seinen Unterlagen)

Das ist ein Dokument, was von der Geschäftsführung unterschrieben wird bezüglich - -

Bei Abschlussprüfungen, die unter Beachtung der Anforderungen der EU-Abschlussprüferverordnung durchgeführt werden, ist die Bewertung und Vergütung von PPE-DDs,

- das sind Partner, Direktoren usw. und andere Mitarbeiter -

die in Aufträgen auf der Grundlage prüfungsfremder Dienstleistungen an Prüfungen dann beteiligt sind, diese beeinflussen können, vonseiten EY untersagt [1p]

Cansel Kiziltepe (SPD): Untersagt.

Zeuge Hubert Barth: Untersagt.

Cansel Kiziltepe (SPD): Also, Cross-Selling ist untersagt.

Zeuge Hubert Barth: Untersagt.

Cansel Kiziltepe (SPD): Genau. - Okay, weil wir uns das mal ein bisschen angeguckt haben, und laut den Unterlagen, die uns vorliegen, gab es auch - - Also, ich spreche das Thema auch grund-





Nur zur dienstlichen Verwendung

sätzlich an, weil wir im Rahmen des FISG natürlich darüber diskutieren und wollen, dass wir eine Trennung von Prüfung und Beratung haben. Und die Unterlagen in dem konkreten Fall Wirecard zeigen eben auf - - Das ist alles ein bisschen auch bemerkenswert, weil rund um den Teststermin werden so Gespräche geführt, und nach dem Testat werden Beratungsverträge erteilt. Es gibt vorher, vor dem Testat, Pre-Approval-Gespräche, die durchgesprochen werden und dann auf Halde irgendwie gehalten werden, damit man auch diese - - Wie hieß diese Grenze, diese kritische Grenze nach EU-Recht? Die habe ich jetzt wieder verloren.

Zeuge Hubert Barth: Die sogenannte Fee Cap?

(Dr. Jens Zimmermann
(SPD): Genau!)

Cansel Kiziltepe (SPD): Genau - - nicht überschritten wird, ne? Das wird alles so schön im Auge behalten, dass alles auch richtig ist. Aber nichtsdestotrotz zeigen eben die Unterlagen, dass diese Beratungsverträge sich doch sehr aufsummiert haben in den letzten Jahren. Wissen Sie davon?

Zeuge Hubert Barth: Also, ich habe es mir grob angeschaut, bzw. auch in Vorbereitung heute habe ich mir mal kurz - wie soll ich sagen? - die Verhältnisse diesbezüglich angeschaut. Ich will es mal so formulieren: Erster Punkt. Wenn wir Beratungsdienstleistungen bei Prüfungsmandaten erbringen, gibt es ganz klare Regelungen diesbezüglich, die auch strikt eingehalten werden. Und sämtliche Dienstleistungen, die wir hier erbracht haben - zumindest ist das mein Informationsstand - wurden auch von den jeweiligen Gremien pre-approved. Wenn wir nehmen das Stichwort „Unabhängigkeit“ unglaublich ernst. Man muss aber auch - -

Cansel Kiziltepe (SPD): Also, meinen Sie damit, diese Unabhängigkeit - zum Beispiel: Herr Loetscher ist Prüfer mit Herrn Fichtelberger zusammen, und diese beiden Personen dürften eigentlich solche Gespräche nicht führen und auch keine Beratungsverträge annehmen. Meinen Sie das damit, dass das verboten ist?

Zeuge Hubert Barth: Da habe ich keine Information, inwieweit die Gespräche oder sonstwie gelaufen sind.

Cansel Kiziltepe (SPD): Also, weil - -

Zeuge Hubert Barth: Ich will darüber hinaus - - Es gibt auch gewisse Beratungs- - also wie man die Leistung einstuft. Ich mache Ihnen einfach ein Beispiel: Wenn wir zum Beispiel Nachhaltigkeitsberichte würdigen und prüfen, dann fallen die nicht unter die Abschlussprüfungsleistung, sondern die fallen unter die Beratungsleistungen.

Cansel Kiziltepe (SPD): Ja, das mag ja sein, aber mir geht es jetzt konkret um Personen auch, Personen, die involviert sind in der Abschlussprüfung eines Mandanten, die dann von diesem Mandanten auch Beratungsverträge kriegen, ne? Ich möchte es wieder konkret machen, hier zum Beispiel März 2017: Es gibt Absprachen zwischen Ley, Erffa und Loetscher zu Pre-Approvals über 400 000 Euro. Dann wird alles vorbereitet. Dann wird im April ein uneingeschränktes Testat erteilt, und dann wird gratuliert zum Testat,

(Dem Zeugen werden
Unterlagen vorgelegt - Der
Zeuge und sein Rechtsbeistand lesen in diesen
Unterlagen)

und plötzlich werden Beratungsprojekte von EY wieder freigegeben usw.

Meine erste Frage ist diesbezüglich: Wenn so ein Beratungsvertrag reingeholt wird für EY, Herr Loetscher bekommt jetzt einen, so, wie viel - - Kriegt er eine gewisse Provision? Sagen wir mal: ein Beratungsvertrag mit einem Volumen von 90 Tagen Arbeitsstunden. Kriegt er davon eine gewisse Provision? Wie viel geht an den Partner, wie viel geht an - -

Zeuge Hubert Barth: Ich verstehe Ihre Frage. Das ist untersagt. Er kriegt 0,0.

Cansel Kiziltepe (SPD): Er kriegt 0,0.

Zeuge Hubert Barth: Ja.

Seite: 36

 Nummer: 1	Verfasser: Jan Bockemuehl	Thema: Text ersetzen	Datum: 08.04.2021 09:56:56

Der

 Nummer: 2	Verfasser: Jan Bockemuehl	Thema: Text ersetzen	Datum: 08.04.2021 09:57:24

approved



Nur zur dienstlichen Verwendung

Cansel Kiziltepe (SPD): Und wer kriegt diese 400 000? Er?

Zeuge Hubert Barth: Wie bitte, noch mal?

Cansel Kiziltepe (SPD): Also, dieser Beratervertrag läuft über 400 000 Euro. So, wer kriegt diese 400 000 Euro?

Zeuge Hubert Barth: Die 400 000 sind ja zunächst mal Umsatz der Ernst & Young GmbH Wirtschaftsprüfungsgesellschaft. Die fallen dann in einem gewissen Geschäftsbereich an, und der jeweilige Partner wird nach seiner Performance in seinem Geschäftsbereich beurteilt. Aber Prüfern, wie ich vorher schon ausführte, ist diese Art, was Sie ansprechen, Cross-Selling untersagt, und die werden auch dafür nicht vergütet.

Cansel Kiziltepe (SPD): Also, das darf eigentlich nicht möglich sein, oder - -

Zeuge Hubert Barth: Herr Loetscher - - Ich kenne den konkreten Fall hier nicht; aber es ist letztendlich untersagt, dass ein Prüfer diesbezüglich irgendwas in seiner Vergütung kriegt. Und kriegt er auch nicht, also nach meiner Information.

Cansel Kiziltepe (SPD): Aber darf er diesen Auftrag, diesen Beratungsauftrag, annehmen -

Zeuge Hubert Barth: Er darf - -

Cansel Kiziltepe (SPD): - und selber darüber - - Ich meine, er ist Prüfer. Er unterschreibt das Testat. Darf er Gespräche über Beraterverträge führen, die er dann auch bekommt und auch machen soll?

Zeuge Hubert Barth: Ich mache Ihnen noch mal das Beispiel: Prüfung von Nachhaltigkeitsberichten wird als Beratungsdienstleistung eingestuft. Das heißt, er darf auch diese Gespräche führen, und er darf auch diese Aufträge abarbeiten.

Cansel Kiziltepe (SPD): Also, in einem Auftrag geht es zum Beispiel um den Marktzugang in bestimmte Länder in Asien, und das soll Herr Loetscher machen. Darf er das?

Zeuge Hubert Barth: Darüber habe ich keine Kenntnis. Da müsste ich das gesamte Konstrukt sehen, um das einzuordnen.

Cansel Kiziltepe (SPD): Wussten Sie, dass Herr Loetscher solche Beratungsaufträge hat?

Zeuge Hubert Barth: Ich habe davon keine Informationen und keine Kenntnis.

(Dem Zeugen werden
Unterlagen vorgelegt - Der
Zeuge und sein Rechtsbeistand lesen in diesen
Unterlagen)

Cansel Kiziltepe (SPD): Herr Raue, würden Sie mal die Zeit anhalten? - Danke.

Zeuge Hubert Barth: Ich kann es jetzt nicht einordnen, das Dokument. Also, ich kann Ihnen keine Garantie geben für das, was ich sage. Aber der Requester ist hier nicht Andi Loetscher. Er ist hier aufgeführt als Audit-Partner, diesbezüglich zur Information involviert, damit er letztendlich hier genau diesen Fee Cap, der ja nach EU-Verordnung auch zu kontrollieren ist, kontrollieren kann. Der Requester dieses Auftrags ist ein - -

Cansel Kiziltepe (SPD): Was heißt denn der „Requester dieses Auftrags“?

Zeuge Hubert Barth: Requester ist der, der den Auftrag anfordert letztendlich.

Cansel Kiziltepe (SPD): Und wer ist der in dem Fall aus Ihrer Sicht?

Zeuge Hubert Barth: Ich kenne ihn nicht. Ich weiß auch nicht, wer den Auftrag durchführt. Also, ich kann mir nicht vorstellen, dass Herr Loetscher auch so einen Auftrag - wie soll ich sagen? - durchgef[1]

Cansel Kiziltepe (SPD): Das ist ja ein Wirecard-Mitarbeiter, -

Zeuge Hubert Barth: Okay, das - -





Nur zur dienstlichen Verwendung

Cansel Kiziltepe (SPD): - der „Requester“, wie Sie sagen, so, und - -

Zeuge Hubert Barth: Ja, aber das ist ja ein normaler Pre-Approval-Prozess letztendlich, wo - - Also, Sie müssen sich so vorstellen - -

Cansel Kiziltepe (SPD): Aber es ist ja schon ein gewisser Interessenkonflikt - finden Sie nicht? -: Herr Loetscher prüft dieses Unternehmen als Wirtschaftsprüfer, soll ein Testat erteilen. Das wird dann auch erteilt, uneingeschränkt. Aber davor werden solche Aufträge vergeben. Sehen Sie da keinen Interessenkonflikt?

Zeuge Hubert Barth: Man muss das - - Der Gesetzgeber hat ja hier Regeln geschaffen, und diese Regeln - zu dem dient ja dieses - halten wir ein und kontrollieren. Herr Loetscher ist ja geradezu verpflichtet, diesbezüglich den sogenannten Fee Cap auch mit zu überprüfen. Das macht einerseits die Gesellschaft; andererseits machen wir das selber auch. Insofern habe ich den Punkt noch nicht ganz verstanden. Aber ich kenne den konkreten Fall hier nicht.

Cansel Kiziltepe (SPD): Genau. Sie sehen hier aber auch, dass knapp 400 000 Euro stehen als Umfang. Und das macht 50 Prozent des Prüfungsmandates aus. Das ist ja auch schon recht viel.

Zeuge Hubert Barth: Gut. Da kann ich Ihrer Rechnung - sehen Sie es mir nach - nicht so schnell folgen.

Cansel Kiziltepe (SPD): Vielleicht überprüfen Sie das Ganze noch mal.

Zeuge Hubert Barth: Ich sehe es - - Wenn ich hier den Abschluss mir anschau, gab es im Jahr, ich glaube, 2017, reden wir hier, Prüfungshonorare von 1,7 Millionen und Beratungshonorare insgesamt von 0,5 Millionen Euro. Insofern ist der Fee Cap diesbezüglich eingehalten worden. Ich habe keine Kenntnis, ob das je zustande kam, wer den Auftrag abgewickelt hat. Das müssen Sie mir nachsehen.

Cansel Kiziltepe (SPD): Vielleicht sollten Sie mal einen Blick darauf werfen jetzt im Rahmen der Aufarbeitung; -

Zeuge Hubert Barth: Also, ich werde dem nachgehen.

(Der Zeuge berät sich mit seinem Rechtsbeistand)

Cansel Kiziltepe (SPD): - ich habe hier nämlich einen Batzen an Aufträgen. - Dann wollte ich noch mal zurückkommen auf Herrn Fichtelberger. Herr Fichtelberger ist auch im Prüfungsteam und prüft EY seit zehn Jahren schon und ist sehr involviert. Und Herr Fichtelberger hat von sich aus proaktiv eine Strategie von EY an die Unternehmensleitung Wirecard gerichtet, an Herrn Ley, und hier geht es um das EY-Transformationsprojekt, Transformation von Prüfung zur Beratung. Ist das auch ein übliches Vorgehen bei EY, dass man im Rahmen einer Prüfung - - Also, Sie müssten sich das so vorstellen: Herr Fichtelberger ist mitten in der Prüfung im Februar - wann war das? Moment - 2018. Und er richtet im Februar 2018 parallel zu der Wirtschaftsprüfung im Unternehmen ein Anliegen an Herrn Ley, in dem er darüber berichtet, dass EY plant, eben das Prüfungsmandat in ein Beratungsmandat zu transformieren, und darüber ein Gespräch führen möchte. Ist das ein übliches Vorgehen bei EY?

Zeuge Hubert Barth: Gibt es dazu eine Unterlage? Weil ich kenne den Vorgang gar nicht. Sehen Sie es mir bitte nach.

Cansel Kiziltepe (SPD): Ja, gibt es.

Zeuge Hubert Barth: Dann schaue ich oder werfe ich kurz einen Blick drauf, oder ich kann Ihnen anbieten, dass ich es Ihnen nachreiche.

Cansel Kiziltepe (SPD): Die Zeit - - danke.

Zeuge Hubert Barth: Herr Vorsitzender, dürften wir davon ein Foto machen?

(Der Zeuge hält Unterlagen hoch - RA Dr. Jan Bockdahl: Für die Hausaufgaben!)





Nur zur dienstlichen Verwendung

- Für die Hau- -

Vorsitzender Kay Gottschalk: Was steht - - Steht da irgendwas von - -

Cansel Kiziltepe (SPD): Nein.

Vorsitzender Kay Gottschalk: Nein.

Cansel Kiziltepe (SPD): Dürfen Sie.

Vorsitzender Kay Gottschalk: Und wenn Frau Kiziltepe mir jetzt nett rüberlächelt und sagt: „Ja, darf er“, dann - -

Cansel Kiziltepe (SPD): Da steht nichts.

Zeuge Hubert Barth: Also, es steht so quer „Confidential“ drauf, aber - -

Cansel Kiziltepe (SPD): Das ist in den Wirecard-Mails. Die sind hoffentlich alle - -

Zeuge Hubert Barth: Okay, dann nehmen wir die Hausaufgabe mit.

Vorsitzender Kay Gottschalk: Alles klar, das ist nett.

Zeuge Hubert Barth: Und das Zweite, wenn Sie es uns auch geben, -

Vorsitzender Kay Gottschalk: Ja.

Zeuge Hubert Barth: - nehmen wir das auch gleich als Hausaufgabe mit.

Cansel Kiziltepe (SPD): Genau, das kommt gleich.

Vorsitzender Kay Gottschalk: Wir haben ja gestoppt. Wir machen eine für - -

Cansel Kiziltepe (SPD): Ach so, das ist M 18. Ich habe es.

Vorsitzender Kay Gottschalk: Sie kriegen eine von uns, und dann nehmen Sie die mit.

Zeuge Hubert Barth: Okay, wunderbar. Danke sehr, Herr Vorsitzender.

Vorsitzender Kay Gottschalk: Gerne.

Cansel Kiziltepe (SPD): Wir sind hier auch alle ein bisschen müde.

Zeuge Hubert Barth: So sehen Sie aber nicht aus, wenn ich mir das erlauben darf.

(Heiterkeit - Dr. Jens Zimmermann (SPD): Na ja, na ja! - Dem Zeugen werden Unterlagen vorgelegt - Der Zeuge und sein Rechtsbeistand lesen in diesen Unterlagen)

Cansel Kiziltepe (SPD): Das dürfen Sie auch abfotografieren.

Zeuge Hubert Barth: Da würde ich vorschlagen: Wir fotografieren es auch ab und nehmen es als Hausaufgabe mit.

Cansel Kiziltepe (SPD): Genau, Sie lesen es - - Ja.

Vorsitzender Kay Gottschalk: Dann würde ich auch bitten, dass der Kollege das wieder abholt und Herrn Fleischer gibt. Dann kann er gleich zwei Kopien machen, und dann haben Sie es in einer fantastischen Qualität.

Cansel Kiziltepe (SPD): Genau, also bitte dahin überprüfen, ob das übliches Vorgehen ist, dass ein aktiver, essenzieller Prüfer im Unternehmen gleichzeitig Beratungsvorhaben mit der Unternehmensleitung angeht, proaktiv, bespricht, dabei ist usw.

Dann wollte ich von Ihnen wissen, wer der auftragsbezogene Qualitätsprüfer von EY bei Wirecard eigentlich ist, namentlich.

Zeuge Hubert Barth: Der Untersuchungszeitraum ist ja 2014 bis, ich glaube, Oktober 2020. Die letzten Jahre war das Herr Dirk Müller-Tronnier.

Cansel Kiziltepe (SPD): Wie wird der Name geschrieben?



Nur zur dienstlichen Verwendung

Zeuge Hubert Barth: D - I - R - K, Müller wie der Müller, Bindestrich, Tronnier, T - R - O - N - N - I - E - R. Für den Abschluss zum 31.12.15 war es eine Kollegin, Frau Martina Dombek, D - O - M - B - E - K. Wer es zum Abschluss 2014 war, habe ich leider nicht präsent.

Cansel Kiziltepe (SPD): Okay. - Dann eine letzte Frage: Ist es üblich, dass Prüfer die Mandanten auch mal auf ein Konzert einladen, ins Kino einladen, dass man so persönliche Kontakte aufbaut? Oder ist da schon eine gewisse - - angefordert, oder wird erwartet, dass ein gewisser Abstand eingehalten wird?

Zeuge Hubert Barth: Sie sprechen das Thema - wie soll ich sagen? - einerseits berufliche Skepsis an, andererseits, ich sage mal, Geschenke, Vorteilnahme oder sonstige Punkte.

(Abg. Cansel Kiziltepe
(SPD) nicht)

Das möchte ich ganz einfach wie folgt beantworten: Wir nehmen dieses Thema unglaublich ernst. Es gibt dazu Policies. Mir sind auch keine Erkenntnisse bewusst, die diese Unabhängigkeit beeinträchtigen. Ich möchte aber auch betonen - -

Cansel Kiziltepe (SPD): Ich kann Ihnen das ja gerne mal vorlesen. Das können Sie vielleicht auch einfach mitnehmen. 22. Juli 2019 schreibt Herr Dahmen, der Prüfer, an Herrn von Knoop:

Lieber Herr von Knoop, hätten Sie Lust, zusammen mit Ihrer/meiner Gattin ...

- also seiner und - - genau -

(Dr. Jens Zimmermann
(SPD): Okay!)

... dass wir uns einmal bei dieser Veranstaltung des PIN

- das ist eine kulturelle Veranstaltung -

sehen? Kleines Kontingent an Karten habe ich zur Verfügung. Die Koordination würde ...

- lalala -

übernehmen.

Vorsitzender Kay Gottschalk: Okay, aber jetzt haben Sie heute meine Großzügigkeit auch ganz schön - -

Cansel Kiziltepe (SPD): Danke.

Vorsitzender Kay Gottschalk: Also, das soll er mitnehmen, ne? Auch noch mal als Hausaufgabe.

Zeuge Hubert Barth: Also Hausaufgabenliste.

Cansel Kiziltepe (SPD): Ja.

Zeuge Hubert Barth: Danke.

Vorsitzender Kay Gottschalk: Gut, das war jetzt aber die letzte Hausaufgabe, Frau Kiziltepe. - Und jetzt ist Dr. Toncar für die FDP-Fraktion an der Reihe.

Dr. Florian Toncar (FDP): Vielen Dank. - Herr Barth, Sie haben ja in Ihrem Eingangsstatement sehr ausführlich dargestellt, dass Sie auch ein großes Interesse haben, zur Aufklärung beizutragen. Das war sicherlich hier an den Bundestag gerichtet, aber auch an die Öffentlichkeit. Und das finden wir ja auch grundsätzlich gut und richtig. Aber konsequent zu Ende gedacht, möchte ich Sie fragen, wann Sie denn dem Insolvenzverwalter der Wirecard AG die Dokumente zur Verfügung stellen, die das Prüfmandat betreffen und die Sie bisher nicht herausgegeben haben? Denn das ist ja dann der nächste Schritt bei der Transparenz.

Zeuge Hubert Barth: Insolvenzverwalter, Unterlagenherausgabe: Das ist zunächst mal eine juristische Frage, zumindest so, wie ich sehe, weil sie auch ein anderes Rechtsgebiet diesbezüglich betrifft. Ich bin ganz offen: Da muss ich hier den Anwälten vertrauen; denn nach meinen Informationen ist das Herausgabeersuchen des Insolvenzverwalters dem Grunde bzw. auch dem Umfang nach von den bestehenden rechtlichen Vorgaben noch nicht gedeckt.



Nur zur dienstlichen Verwendung

Dr. Florian Toncar (FDP): Also, Sie glauben, dass Sie berechtigt sind, Dokumente, die die Prüfung der Wirecard AG betreffen und die in Ihrem Besitz sind, behalten zu dürfen, obwohl der Vertreter der Wirecard AG sie haben will, mandatsbezogene Dokumente? Also, na ja - - Nehmen Sie das mal mit. Ich finde, dass das Thema Transparenz, das Sie hier ja ganz bewusst als Botschaft gesetzt haben, dann noch etwas glaubwürdiger wäre, wenn Sie der Gläubigerschaft nicht EY-interne Sachen, aber die Dokumente, die mit dem Mandat zu tun haben, auch geben würden; denn das ist in der Tat, glaube ich, etwas, was einfach dann zur Sachverhaltsprüfung beiträgt.

Wurde die Wirecard AG in den letzten Jahren mal als Hochrisikomandat oder so was geführt? Haben Sie solche Klassifizierungen, so ein internes Risikoprofil, und in welcher Risikoklasse haben Sie denn, hat EY denn die Wirecard geführt zuletzt?

Zeuge Hubert Barth: Wie ich vorher schon ausgeführt habe: Nachdem die „FT“-Berichterstattung bzw. dieses Whistleblower-Paket kam, wurde das Mandat nach meinen Informationen auf „High Risk“ hochgestuft. Den genauen Zeitpunkt habe ich nicht, -

Dr. Florian Toncar (FDP): Okay.

Zeuge Hubert Barth: - ob es dazwischen oder kurz danach war, aber auf jeden Fall vor Abschluss der Prüfung im Jahr - - für das Jahr 2018. Und diese Risikoeinstufung ist auch für das Jahr 2019 beibehalten worden. Beziehungsweise aufgrund der neuerlichen Vorwürfe, ich sage mal, hat man noch eine weitere Eskalation und, ich sage mal, eine weitere Verschärfung der ganzen Prüfungsthematik hier in den Raum geführt.

Dr. Florian Toncar (FDP): Haben Sie denn mit anderen europäischen EY-Unternehmen oder EY, ich sage mal, Global, also mit Gesprächspartnern außerhalb EY Deutschland, über die Prüfung bei Wirecard gesprochen, vor der Insolvenz? Danach ist mir egal. Aber vor der Insolvenz, gab es da Kontakt zu der EY Global oder EY Europa oder anderen Schwestergesellschaften?

Zeuge Hubert Barth: Es gab auch Kontakt zu anderen EY-Gesellschaften bzw. eine Einbindung von, ich sage mal, vornehmlich den Qualitätssicherungs- und Risk-Management-Stellen auf höherer Ebene.

Dr. Florian Toncar (FDP): Folgt das gewissen Risikoschwellen auch, oder wann machen Sie so was, dass Sie sagen: „Das können wir nicht allein in Deutschland jetzt, da muss man zumindest die Abstimmung suchen mit anderen“?

Zeuge Hubert Barth: Das folgt gewissen Risikoschwellen. Beziehungsweise hier, im Fall Wirecard, war es so: Aufgrund der „FT“-Berichterstattung ist das natürlich immer auch sehr international aufgestellt, bzw. Wirecard und die Allegations betrafen ja nicht, ich sage mal, Geschäftsaktivitäten von Wirecard in Deutschland. Insofern waren hier, ich sage mal, andere EY-Mitgliedsländer auch mit dabei.

Dr. Florian Toncar (FDP): Okay. - Haben Sie in Erinnerung, dass im Juni 2020 bei Herrn Eichelmann und seiner Rechtsberaterin, der Frau Gärtner von Clifford Chance, der Eindruck entstanden ist, dass Herr Dahmen ins Gespräch gebracht haben soll, dass man KPMG erst mal aussetzt und das Testat vorzieht und KPMG später weitermacht?

Zeuge Hubert Barth: Ich habe die Diskussion mitbekommen. Sie ist mir auch noch erinnerlich. Ich möchte in aller Deutlichkeit und ganz klar ausführen -

(Der Zeuge blättert in seinen Unterlagen)

lassen Sie mich nur kurz die Mail diesbezüglich suchen, bzw. sie ist mir auch erinnerlich -: Das Prüfungsteam hat mehrfach und ich persönlich auch, als wir davon erfahren haben, dass es - - Lassen Sie mich kurz einleiten.

Dr. Florian Toncar (FDP): Ja, bitte.

Zeuge Hubert Barth: Der KPMG-Sonderuntersuchungsbericht wurde veröffentlicht. Gleichzeitig wurde bekanntgegeben seitens des Aufsichtsrats,



Nur zur dienstlichen Verwendung

dass der Auftrag fortgeführt werden soll mit erweiterten Prüfungshandlungen. Herr Güntzler hat ja gerade dieses Papier noch. Diesbezüglich haben wir gegenüber der Gesellschaft auch kommuniziert, auch ich persönlich, dass wir einen Abschluss dieser Arbeiten benötigen.

Dr. Florian Toncar (FDP): Das haben Sie bzw. Herr Orth hat das kommuniziert. Aber die Frage ist halt - -

Zeuge Hubert Barth: Moment, ich komme gleich zu Ihrer Antwort. - Also, ich persönlich habe es auch mal kommuniziert, dass wir einen Abschluss dieser Arbeiten benötigen. Dazu gibt es eine ganze Reihe von Schreiben, dass wir, wie mehrfach gefordert, abschließende Würdigungen - - Dann kam am 9. Juni 2020 ein Schreiben diesbezüglich bzw. - - Moment, lassen Sie mich eins zurückgehen, damit ich das auch ganz richtig habe. - Jawohl, am 9. Juni kam ein Schreiben von Herrn Eichelmann an Herrn Dahmen diesbezüglich - und ich schätze Herrn Eichelmann sehr; er ist wirklich ein Experte -, wo dieses Wort „Abbruch“ in einer Mail an Herrn Dahmen auftaucht, das Wort „Abbruch“.

Und ich will es Ihnen ganz einfach fassen: Das Prüfungsteam - - und auch meine Devise war: Wir sind mit dieser Prüfung für das Jahr 2019 fertig, wenn wir fertig sind. Jeder in diesem Prüfungsteam ist mit diesem Satz nachts nach Hause gegangen und morgens wieder zur Arbeit gekommen: Wir sind fertig, wenn wir fertig sind. - Dann kam die Sache in der E-Mail mit dem Abbruch. Daraufhin schrieben mir Herr Dahmen und Herrn Orth am 9. Juni, 22.49 Uhr, ich übersetze: Kollegen, könnt ihr dies bitte klarstellen?

Dr. Florian Toncar (FDP): Schrieb Herr Dahmen.

Zeuge Hubert Barth: Das schrieb Herr Dahmen, weil das Wort „Abbruch“ dort auftaucht. Herr Barth schrieb an Herrn Dahmen und Herrn Orth, cc Herrn Budde, um 22.54 Uhr am 9. Juni: „Das macht Christian morgen in aller Deutlichkeit. Da ich im Call war“ - also, ich habe die Mail geschrieben - „kann ich aber bestätigen: ‚Final‘ fiel als Wort öfters“. (?) Ich zitiere weiter: „Aber das

wollte so nicht gehört werden. Gruß H.“ (?) , also Hubert. Und dann gab es noch mal eine Mail dazu.

Aber ich muss auch ganz klar sagen: Herr Eichelmann hat das dann auch am nächsten Morgen mit dem Schreiben wieder richtiggestellt diesbezüglich. Also, insofern - -

Dr. Florian Toncar (FDP): Ja, er hat geschrieben am Morgen - - Ich zitiere es jetzt nicht, weil die Zeit abgelaufen ist, aber es wäre es wert. Machen wir nächste Runde. - Wollen Sie noch? Wollen Sie es hören, Herr Vorsitzender?

Vorsitzender Kay Gottschalk: Ja.

Dr. Florian Toncar (FDP): Also, Herr Thomas Eichelmann, 10. Juni, 12.40 Uhr:

Sehr geehrter Herr Dr. Orth,

- also in der Antwort auf Herrn Orth -

wie schon Herr Dahmen geschrieben hat, haben Frau Gärtner und ich unser Telefonat vom vergangenen Freitag in anderer Erinnerung. Aber in jedem Fall halten wir es für sinnvoll, uns heute Abend auszutauschen. (?)

Also, es gab noch irgendeinen Dissens am Mittwoch um 12.40 Uhr. Das geht aus dem, was Herr Eichelmann geschrieben hat, schon hervor, dass etwas, was Herr Orth vorher ausgeführt hatte, so bei Herrn Eichelmann und Frau Gärtner in anderer Erinnerung geblieben ist. Oder können Sie noch sagen, was vielleicht dann der verbleibende Dissens gewesen ist an dem 10.?

Zeuge Hubert Barth: Also, an dem - - Es gab keinen verbleibenden Dissens, weil das Schreiben, was dem vorausgegangen ist, das hat ja Herr Orth geschickt, und da steht auch mein Name drunter. Und da wird - -

Dr. Florian Toncar (FDP): Ich weiß, ja, ja.

Zeuge Hubert Barth: Das ist am 10. Juni um 11.58 Uhr.



Nur zur dienstlichen Verwendung

Dr. Florian Toncar (FDP): Genau.

Zeuge Hubert Barth: Und da wird dargelegt, und ich - - Wenn Sie mir erlauben, zitiere ich auch kurz.

Vorsitzender Kay Gottschalk: Bitte.

Zeuge Hubert Barth:

Wie in unserem Gespräch am Freitag festgehalten, liegt es in der Hand des Aufsichtsratsvorsitzenden als Auftraggeber der Sonderuntersuchung, die Zeitschiene für die Berichterstattung vorzugeben. Ein Abbruch der Sonderuntersuchung ist von uns - wie mehrfach im Gespräch dargelegt - weder gefordert noch nahegelegt worden. Wir haben - auch unter Verweis auf zahlreiche Emails der mandatsverantwortlichen Prüfungspartner an den Vorstand sowie den Aufsichtsrat - darauf hingewiesen, dass wir eine abschließende Würdigung des Sonderuntersuchers zu den Themenkomplexen benötigen, die auch Gegenstand der Abschlussprüfung sind.

Dr. Florian Toncar (FDP): Genau, die E-Mail liegt mir vor hier, direkt vor meinen Augen, von Herrn Orth; umso verwunderlicher, wenn das so eindeutig ist, dass die Antwort eine Stunde später heißt: Wir hatten unser Telefonat in anderer Erinnerung. - Aber dafür haben Sie keine Erklärung, dass Herr Eichelmann offenbar auch nach der E-Mail von Herrn Orth noch eine andere Erinnerung Ihnen gegenüber auch dokumentiert hat?

Zeuge Hubert Barth: Ich habe dafür keine Erklärung. Unser Standpunkt, den habe ich dargelegt: Wir sind mit dieser Prüfung fertig, wenn wir fertig sind. Und ich darf ja auch ausführen, dass der Berichtsentwurf der fortgeführten Untersuchungshandlungen von KPMG ja auch zwei Tage später dann kam, nämlich am 12. Juni, mit Datum 10. Juni. Also, insofern ist da auch hier kein Dissens mehr vorhanden, sondern es ist ja in der Sache vorangegangen.

Vorsitzender Kay Gottschalk: Okay. - Dann Fabio De Masi für die Fraktion Die Linke.

Fabio De Masi (DIE LINKE): Vielen Dank. - Herr Barth, die Kollegin Kiziltepe hat Ihnen ja Hausaufgaben mit auf den Weg gegeben. Ich bin eher so der Typ „Hefte raus, Klassenarbeit!“ Deswegen wollte ich mal ein kleines Spiel mit Ihnen machen und Ihnen einen Vorhalt machen. Dafür würde ich gerne mal die Zeit stoppen.

(Zuruf der Abg. Cansel
Kiziltepe (SPD))

- Aber die werden gleich hier erledigt, vor Ort.

(Zuruf der Abg. Cansel
Kiziltepe (SPD))

Vorsitzender Kay Gottschalk: Dann, wie immer - ich glaube, das Spiel kennen wir jetzt -: Stiller Vorhalt, Sie kennen die Regeln, wie bei mir vorhin. Also, Sie dürfen mit „Ja“, „Nein“, „Kenne ich“, „Sehe ich so“ antworten.

Fabio De Masi (DIE LINKE): Genau. Er muss gar nicht „Ja“, „Nein“ - - sondern Sie sehen hier ein Dokument, das sich auf Treuhandkonten bezieht. Und ich möchte Sie mal fragen - das sind Dokumente, die Herr Bellenhaus eingereicht hat -, ob Ihnen da bei der Unterschrift etwas auffällt.

(Dem Zeugen werden
Dokumente auf einem
Notebook gezeigt - Der
Zeuge und sein Rechts-
beistand lesen in diesen
Unterlagen)

RA Prof. Dr. Jan Bockemühl: Wir haben noch die E-Mail.

Fabio De Masi (DIE LINKE): Ach so, die brauchen Sie gar nicht.

RA Prof. Dr. Jan Bockemühl: Wir haben noch die E-Mail und jetzt - -

Fabio De Masi (DIE LINKE): Ach so, gut, wie Sie wollen.

 Nummer: 1	Verfasser: Jan Bockemuehl	Thema: Durchstreichen	Datum: 07.04.2021 16:53:34

 Nummer: 2	Verfasser: Jan Bockemuehl	Thema: Durchstreichen	Datum: 07.04.2021 16:53:40



Nur zur dienstlichen Verwendung

RA Prof. Dr. Jan Bockel ¹ **mühl:** Entschuldigung.

Fabio De Masi (DIE LINKE): Brauchen Sie gar nicht, Unterschrift reicht.

Vorsitzender Kay Gottschalk: Jetzt haben sie draufgeguckt.

Fabio De Masi (DIE LINKE): Der freundliche Sherlock Holmes hinter Ihnen, der zeigt Ihnen das.

Vorsitzender Kay Gottschalk: Bei einer Klassenarbeit ist das Vorsagen, Herr De Masi.

Fabio De Masi (DIE LINKE): Hilfestellung.

Vorsitzender Kay Gottschalk: Ja.

Zeuge Hubert Barth: Okay.

Fabio De Masi (DIE LINKE): Fällt Ihnen denn etwas auf an der Unterschrift? Ich möchte - -

Zeuge Hubert Barth: Da sind ja vier Unterschriften drauf, -

Fabio De Masi (DIE LINKE): Genau, und gucken Sie sich mal - -

Zeuge Hubert Barth: - und alle vier sind verzerrt.

Fabio De Masi (DIE LINKE): Ja, genau. Und wenn Sie sich mal die unterste angucken, dann sehen Sie - - Ich zeige Ihnen das mal:

(Abg. Fabio De Masi (DIE LINKE) hält Unterlagen hoch)

Wenn das eine Unterschriftenlinie ist, die auf einem Dokument gedruckt ist, und wenn ich meine Unterschrift draufsetze, dann wird in der Regel meine Unterschrift die Linie kreuzen und überdecken. Sie sehen hier aber, dass die Linie die Unterschrift kreuzt.

Zeuge Hubert Barth: Ah.

Fabio De Masi (DIE LINKE): Das heißt, offenbar ist hier etwas nachträglich eingefügt worden. Das ist nur eins von vielen Beispielen, an denen man sehen kann, dass teilweise diese Dokumente, die hier zum Beispiel ein Treuhandkonto bestätigen sollen, relativ stümperhaft gefälscht wurden. Zumindest sah das für mich so aus.

(Der Zeuge berät sich mit seinem Rechtsbeistand)

Zeuge Hubert Barth: Ah, okay.

Fabio De Masi (DIE LINKE): Aber dafür haben Sie ja sicher sehr qualifizierte Mitarbeiter, um das zu bewerten. Ich wollte Ihnen das nur mal zeigen. Wir haben jetzt zwei, drei weitere solcher Beispiele; aber will ich Sie jetzt nicht damit mit langweilen, weil kann man leider nur begrenzt hier dem Publikum erläutern.

(Der Zeuge berät sich mit seinem Rechtsbeistand)

Ich würde Ihnen gerne noch eine Frage stellen. Haben Sie eigentlich bei EY Rückstellungen für etwaige Rechtsrisiken wegen Wirecard-Haftungsansprüchen gebildet und in welcher Höhe?

Zeuge Hubert Barth: Ich bin gerade noch am Überlegen. Ich glaube, das fällt noch unter die Schweigepflicht diesbezüglich. Ich will es mal so beantworten: Es ist eine Rückstellung gebildet, und wir haben auch Versicherungsschutz.

Fabio De Masi (DIE LINKE): Über die Höhe dürfen Sie hier nicht sprechen.

Zeuge Hubert Barth: Mir ist sie nicht Erinnerunglich.

Fabio De Masi (DIE LINKE): Okay. - Da wäre meine Frage: Ist Ihnen nicht Erinnerunglich, weil Sie die Summe verdrängt haben oder weil die Summe so gering ist? Aber gut, lassen wir das.

Gab es jemals Austausch - - Es gibt ja ein hohes Volumen an Beratungsaufträgen, das EY für die Bundesregierung erbringt, zum Beispiel für Herrn Spahn. Und gab es da jemals Abfragen seitens der





Nur zur dienstlichen Verwendung

Bundesregierung, ob in den jeweiligen Beratungsteams Personen involviert sind, die unter Umständen auch mit Wirecard befasst waren?

Zeuge Hubert Barth: Dies ist mir nicht Erinnerung.

Fabio De Masi (DIE LINKE): Okay.

Zeuge Hubert Barth: Ich habe davon keine Kenntnis.

Fabio De Masi (DIE LINKE): Ich kenne eine solche Abfrage im Verkehrsministerium. Aber es gab keinen Austausch diesbezüglich mit der Bundesregierung?

Zeuge Hubert Barth: Ich habe darüber keine Information.

Fabio De Masi (DIE LINKE): Okay. - Ich möchte Sie noch zu einem Vorgang befragen, wo vielleicht sogar EY ein Stück weit unschuldig dran sein könnte. Es hat ja zu einer gewissen Empörung geführt in der Öffentlichkeit, dass es eben diese Strafverfahren gibt, die anhängig sind bei der Staatsanwaltschaft, die strafrechtlichen Ermittlungen. Und EY - so kam das an in der Öffentlichkeit - hat das zunächst dementiert. Die Staatsanwältin hat dazu ausgeführt, dass - - Ja, sie sei da angerufen worden, sei im Auto gewesen und hätte das nicht auf dem Schirm gehabt. - So gebe ich das jetzt mal in meinen eigenen Worten wieder. War das so, dass Sie quasi mit der Staatsanwaltschaft kommuniziert haben und das wurde Ihnen nicht bestätigt und dass Sie ein Stück weit sozusagen sich - - oder Sie haben die Aussage der Staatsanwältin zur Kenntnis genommen, und die war dann für Sie irreführend?

Zeuge Hubert Barth: Ich habe den Vorgang nicht mehr genau Erinnerung, aber Sie beziehen sich auf - - Das war eine Diskussion diesbezüglich eines Pressestatements, -

Fabio De Masi (DIE LINKE): Ja, exakt.

Zeuge Hubert Barth: - was wir hatten. Da ist mir nur insoweit Erinnerung, dass die Staatsanwaltschaft mitgeteilt hat, dass sie nach Eingang eines,

ich glaube, Ermittlungsschreibens gegen drei Abschlussprüfer ein Ermittlungsverfahren eingeleitet hat. Und ich glaube, das war der Grund, warum wir dann diese Stellungnahme letztendlich aktualisiert haben. Aber das ändert letztendlich nix daran, dass wir, ich sage mal, in der Diskussion, im Austausch und auch auf die APAS-Schreiben, ich sage mal, immer antworten. Da geht es ja letztendlich - - Die Schwelle für Anfangsverdacht ist ja relativ niedrig diesbezüglich.

Fabio De Masi (DIE LINKE): Aber Sie haben ja zunächst in der Öffentlichkeit - - sind Sie so verstanden worden, dass es solche Ermittlungsverfahren nicht gebe. Woran lag das denn, diese Kommunikation?

Zeuge Hubert Barth: Ich habe das nicht mehr genau in Erinnerung. Das lag letztendlich an Informationen, die uns vorlagen oder nicht vorlagen. Ich habe das aber nicht mehr genau in Erinnerung.

Fabio De Masi (DIE LINKE): Okay. - Und ich würde gern noch mal zurückkommen auf etwas, was Herr Kollege Güntzler gefragt hat: Also als Ihr CEO im Kern den Kunden versichert habe, es habe keine Fehler in dem Sinne bei EY Germany gegeben, hat er sich nicht vorher mit EY Germany ausgetauscht. Also, er hat keine, um mal im Jargon des Bundestages zu bleiben, Ehrenerklärung oder so eingeholt.

(Zuruf)

Zeuge Hubert Barth: Dazu ist mir nichts Erinnerung.

Fabio De Masi (DIE LINKE): Okay. - Dann würde ich Sie nur noch fragen: Gibt es in Ihrem Unternehmen auch Untersuchungen, ob Prüfer vielleicht Interessenkonflikte hatten oder erpressbar waren, oder haben Sie Hinweise darauf? Prüfer von Wirecard.

Zeuge Hubert Barth: Gut, danke. Diesbezüglich: Ich bin in die interne Untersuchung, wie ich vorher ausgeführt habe, nicht eingebunden, aber ich möchte betonen: Natürlich, selbstverständlich



Nur zur dienstlichen Verwendung

spielt das Thema Unabhängigkeit der Prüfer - davon gehe ich ganz sicher aus - - auch ein Bestandteil in den internen Untersuchungen.

Fabio De Masi (DIE LINKE): Das heißt, Sie können zum jetzigen Zeitpunkt noch nicht ausschließen, dass vielleicht auch die Unabhängigkeit beeinträchtigt war Ihrer Prüfer.

Zeuge Hubert Barth: Ich habe keinerlei Kenntnisse, dass die Unabhängigkeit beeinträchtigt ist.

Fabio De Masi (DIE LINKE): Okay. - Vielen Dank.

Vorsitzender Kay Gottschalk: Vielen Dank, Fabio De Masi. - Und als Nächstes Dr. Bayaz für Bündnis 90/Die Grünen.

Dr. Danyal Bayaz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Vielen Dank. - Herr Barth, zweite Runde oder dritte - weiß ich gar nicht - -

Vorsitzender Kay Gottschalk: Dritte.

Dr. Danyal Bayaz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Dritte?

Vorsitzender Kay Gottschalk: Dritte.

Dr. Danyal Bayaz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Wir sitzen schon so lange hier. - Wissen Sie aus dem Kopf, wie viel DAX-Mandate Sie eigentlich gerade prüfen?

(Der Zeuge blättert in seinen Unterlagen)

Zeuge Hubert Barth: Im Moment sind es - - Per heute?

Dr. Danyal Bayaz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Round about.

Zeuge Hubert Barth: Per heute sechs so. Sechs, meine ich, per heute.

Dr. Danyal Bayaz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Sechs Stück?

Zeuge Hubert Barth: Ja, ich glaube, sechs.

Dr. Danyal Bayaz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Und Sie sind mit allen - - Sind Sie mit allen befasst? Ich meine, das sind ja wichtige Kunden für Sie.

Zeuge Hubert Barth: Ich bin nicht mit allen DAX-Mandaten befasst, aber - - Also, das machen die Prüfungsteams, ja, klar.

Dr. Danyal Bayaz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Und Wirecard, da sind Sie - - Also, wann - - Oder was war sozusagen der Hauptbeweggrund, dass man Sie damit involviert hat? Einfach weil Sie irgendwann gewusst haben: „Hier gibt es ein paar Themen, auch sozusagen unnatürlich gegenüber den anderen Mandaten“?

Zeuge Hubert Barth: Man muss unterscheiden, in welchen Rollen ich die Frage beantworte. Also, ich beantworte mal die Frage aus meiner Rolle als Vorsitzender der Geschäftsführung.

Dr. Danyal Bayaz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja.

Zeuge Hubert Barth: Da bin ich natürlich über signifikante Mandatsentwicklungen informiert. Das heißt auch diesbezüglich, ich sage mal, von allen DAX-Mandaten. Ich kriege, ich sage mal, wie Sie auch Pressemitteilungen, wo steht: Die Prüfungen - - Wenn es wesentliche Themen gibt, wird darüber berichtet, ja. Mein Einbezug bei Wirecard 2019 hat mit meiner Rolle als Assurance Leader in diesem Jahr zu tun, und mein Einbezug, wenn ich es mal so formulieren darf, im Jahr 2020 hatte insbesondere damit zu tun, weil ich mir einfach eine - -

Dr. Danyal Bayaz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Insurance, für mein Verständnis: Ist das dann - -

Zeuge Hubert Barth: Assurance, Wirtschaftsprüfung.

Dr. Danyal Bayaz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Assurance.

Zeuge Hubert Barth: Assurance, Wirtschaftsprüfung.



Nur zur dienstlichen Verwendung

Dr. Danyal Bayaz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):
Alles klar.

Zeuge Hubert Barth: Und mein Einbezug in 2020 hat letztendlich damit zu tun, weil ich mir einfach noch mal ein eigenes Bild machen wollte, weil durch den überraschenden Wechsel des Treuhänders - - Das ist ungewöhnlich.

Dr. Danyal Bayaz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):
Das heißt aber, mit dem Wirecard-Mandat seit jetzt 2019 waren Sie verhältnismäßig viel oder aktiver dort involviert und engagiert, als es jetzt bei anderen DAX-Unternehmen beispielsweise der Fall gewesen ist.

Zeuge Hubert Barth: Nee, das möchte ich so nicht beantworten. Sie müssen so formulieren: In meiner Rolle führe ich eine Reihe von Evaluationsgesprächen mit unseren Mandanten - das heißt, die werden ja unabhängig vom Team durchgeführt -, um mir einfach ein Bild zu machen: Wie, ich sage mal, wird die Prüfungsleistung seitens des Mandanten gesehen? Aber natürlich kann ich mich nicht um alle Mandanten kümmern. EY hat über 10 000 Mandanten und Aufträge. Wir haben über 4 000 Prüfungen im Jahr. Ich kann das unmöglich stemmen. Aber ich bin in wesentliche Mandate mit eingebunden. Aber das ist, ich sage mal, unterschiedlich auch.

Dr. Danyal Bayaz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):
Dass Sie die nicht alle stemmen können, ist mir klar. Ich wollte einfach ein Gefühl dafür bekommen. - Sagt Ihnen der Name Ksenia Melnikova was?

Zeuge Hubert Barth: Der Name sagt mir gar nichts.

Dr. Danyal Bayaz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):
Noch nie gehört?

Zeuge Hubert Barth: Noch nie gehört.

Dr. Danyal Bayaz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):
Das war eine EY-Partnerin im Büro in Moskau. Also, die gibt es immer noch. Die Frau Melnikova ist jetzt mittlerweile bei Gazprom, aber war eine Partnerin bei EY und - ich habe das nur mal in

der Presse gelesen mit einer Fußnote - soll eben dazu gedrängt haben, dass dieses Testat, was sehr lange umstritten gewesen ist, dann auch gegeben werden soll. Aber zu dem Vorfall können Sie offenbar nichts sagen, weil Ihnen auch der Name der Dame nichts sagt.

Zeuge Hubert Barth: Ich habe den Namen soeben zum ersten Mal gehört.

Dr. Danyal Bayaz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):
Was wissen Sie darüber, dass 2019 das Testat für 2018 eingeschränkt werden sollte? Dazu gab es ja offenbar Diskussionen. Gab es da auch Befürchtungen, dass eine Einschränkung des Testats möglicherweise schadensersatzpflichtige Konsequenzen haben könnte?

Zeuge Hubert Barth: Das Testat 2018, das im April 2019 erteilt wurde, wurde mit einem Hinweis versehen. Über Schadensersatzdiskussionen liegen mir keine Informationen diesbezüglich vor.

Dr. Danyal Bayaz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):
Gut. - Dann will ich noch mal auf einen Aspekt kommen, und zwar den KPMG-Bericht, Seite 16. Da gibt es ja diese eine sehr bekannte Passage, sage ich jetzt mal. Haben wir, glaube ich, auch schon oft hier zitiert. Ich will sie Ihnen auch noch mal vorlesen, und zwar:

Neben diesen nicht hinreichend nachgewiesenen Einzahlungen auf Treuhandkonten im Umfang von rund EUR einer Mrd. sind im Untersuchungszeitraum ausweislich der Buchungsjournale Einzahlungen auf Bankkonten, die für die Wirecard Technologies und die Cardsystems Middle East bei der Wirecard Bank geführt werden, i. H. v. EUR 85 Mio durch die TPA-Partner 1 und ... 3 erfolgt. Diese Einzahlungen wurden anhand der vorgelegten Kontoauszüge der Wirecard Bank nachgewiesen.

(Dem Zeugen werden
Unterlagen vorgelegt - Der



Nur zur dienstlichen Verwendung

Zeuge und sein Rechts-
beistand lesen in diesen
Unterlagen)

Sie jetzt mit Ihrem Verständnis auch als Prüfer,
wie interpretieren Sie das?

Zeuge Hubert Barth: Also, ich interpretiere das
so, aber aus dem Lesen heraus: Es fanden Einzahl-
ungen auf Konten von Wirecard Technologies
und Card Systems von 85 Millionen statt, von
den TPA-Partnern auf die Konten von Wirecard,
das heißt Geldfluss von den TPAs zu Wirecard,
der damit bestätigt wird.

Dr. Danyal Bayaz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):
Ja, und die Aussage zu der 1 Milliarde? Soll ich
es noch mal vorlesen?

Ich lese es einfach noch mal vor.

Neben die-

Zeuge Hubert Barth: Gut, das bezieht sich auf das
Untersuchungshemmnis.

Dr. Danyal Bayaz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):
Ja, genau.

Zeuge Hubert Barth: „Neben diesen nicht hinrei-
chend nachgewiesenen Einzahlungen“: Soweit
ich den KPMG-Bericht verstehe, wollten die ja,
ich sage mal, als forensische Untersuchung über
den Treuhänder hinaus auch zur Bank. Deswegen
haben sie ja das Untersuchungshemmnis ge-
macht. Deswegen steht dieser Satz so da. So
ordne ich das ein.

Dr. Danyal Bayaz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):
Ja, aber ist das für Sie - - Ist das eine gute Nach-
richt für - - Ich mache es jetzt mal in sehr nicht-
technischen Terms: Ist das eine gute Nachricht
für Wirecard? Ist die neutral, weil man sagt: „Das
Geld kann da sein; es kann aber auch nicht da
sein“?

Zeuge Hubert Barth: Der - - Nee, es sind zwei
Sätze. Die zwei Sätze haben was - - Der eine Satz
hat was Gutes, wenn ich es mal in Ihren Worten
greifen darf, -

Dr. Danyal Bayaz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):
Welcher? Welcher Satz?

Zeuge Hubert Barth: - nämlich der zweite Satz,
dass von den TPAs -

Dr. Danyal Bayaz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):
Okay, alles klar, ja.

Zeuge Hubert Barth: - Einzahlung auf Wirecard
stattfand. Der erste Satz bezieht sich auf das Un-
tersuchungshemmnis. Wie ich vorher ausgeführt
habe: Untersuchungshemmnis einerseits, aber
kein Prüfungshemmnis andererseits, denn KPMG
wollte ja über den Treuhänder hinaus Zugang ha-
ben bzw. die haben ja - - Weder der Treuhänder
war für KPMG noch zu erreichen noch die soge-
nannten Third Party Acquirer. Insofern hat
KPMG - das habe ich vorher schon ausgeführt - ja
auch ein Untersuchungshemmnis hier dargelegt,
weil ihnen diese Nachweise nicht vorgelegt wur-
den - ich komme aber noch mal weiter -, dem
Prüfer zum damaligen Zeitpunkt aber entspre-
chende Prüfungsnachweise vorlagen, insofern ein
Untersuchungshemmnis 2020 bestand, aber kein
Prüfungshemmnis zum damaligen Zeitpunkt.

Dr. Danyal Bayaz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):
Aber hat es Sie überrascht, dass -

Vorsitzender Kay Gottschalk: Dr. Bayaz.

Dr. Danyal Bayaz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): -
Teile des Kapitalmarktes -

Vorsitzender Kay Gottschalk: Machen Sie die
Frage noch.

Dr. Danyal Bayaz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): -
mit dieser Information, ich sage jetzt mal diplo-
matisch, nicht zufriedenstellend - - darauf re-
agiert haben und gesagt haben: „Ui, wir haben
hier ein Thema“?

Zeuge Hubert Barth: Das ist ein Bericht der
KPMG. Das kann und möchte ich nicht beurtei-
len. KPMG hat ihn geschrieben. Ich kann es nur
so einordnen: Nachdem dieser Bericht erschie-
nen ist, hat der Kapitalmarkt ja auch reagiert.



Nur zur dienstlichen Verwendung

Aber der Kurs war meines Erachtens immer noch über 100 Euro.

Dr. Danyal Bayaz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Genau. Der ging übrigens erst nach oben, weil Wirecard auch Meldungen veröffentlicht hat, die, glaube ich, die Sache ein bisschen anders darstellt haben. Aber das war eine andere Auseinandersetzung. Ich habe Herrn Geschonneck so verstanden, dass, wenn man ein bisschen was von der Materie versteht und das liest, das eine sehr klare Aussage ist und keine gute Nachricht für Wirecard. - Gut, vielen Dank.

Vorsitzender Kay Gottschalk: Vielen Dank, Dr. Bayaz. - Und jetzt habe ich Fritz Güntzler für die CDU/CSU.

Fritz Güntzler (CDU/CSU): Vielen Dank. - Herr Barth, ich habe mal die Gelegenheit genutzt, mir das auch noch mal anzuschauen. Brauchen wir nicht vertiefen, ich will nur darauf hinweisen, dass die KPMG von einem Untersuchungshemmnis gesprochen hat für die Jahre 2016 bis 2018, und diese Untersuchungsergebnisse, die Sie zitiert haben, betreffen -

Zeuge Hubert Barth: ... 19.

Fritz Güntzler (CDU/CSU): - 19. Also, von daher, waren -

Zeuge Hubert Barth: Ja, richtig, richtig.

Fritz Güntzler (CDU/CSU): - zwei verschiedene Zeiträume. Von daher ist die Interpretation - passt es nicht ganz. Also, von daher bleibt die Frage offen, warum KPMG bis, also wenn ich es jetzt konkret sage, 31.12.18 ein Abschluss- und Untersuchungshemmnis gesehen hat und Sie noch keine Prüfung oder, „sie“ kleingeschrieben, kein Prüfungshemmnis - - Also, die Frage bleibt dann ja noch weiter offen. Die kann jedenfalls nicht mit dieser Empfehlung beantwortet werden, oder?

Zeuge Hubert Barth: Darf ich eine Rückfrage stellen?

Fritz Güntzler (CDU/CSU): Natürlich.

Zeuge Hubert Barth: Wie würden Sie - Sie sind ja auch vom Fach - das Untersuchungs- oder Prüfungshemmnis bezüglich 2019 aus dem KPMG-Bericht werten?

Fritz Güntzler (CDU/CSU): Das will ich jetzt gar nicht werten. Also, mein Kollege Zimmermann würde immer sagen: „Ich stelle hier die Fragen“, aber - -

Zeuge Hubert Barth: Deswegen habe ich ja ganz vorsichtig gefragt, ob ich - -

Fritz Güntzler (CDU/CSU): Ja, ja, nein, ich habe das schon verstanden.

Zeuge Hubert Barth: Entschuldigen Sie bitte.

Fritz Güntzler (CDU/CSU): Nein, aber darum geht es mir jetzt in dem Moment gar nicht, Herr Barth, weil 2019 bezüglich des Abschlusses haben Sie ja nachher alles gemacht, -

Zeuge Hubert Barth: Ist das Urteil gefällt worden. Das war klar, ja.

Fritz Güntzler (CDU/CSU): - und haben gemacht - - Das ist ja auch eine Sache, die wir mit Herrn Dr. Orth besprochen haben. Sie haben Dinge gemacht; wenn Sie die gemacht hätten für den Abschluss 2018, wenn Sie sie hätten durchführen - - Also rechtlicher Rahmen der Treuhandverhältnisse - habe ich alles verstanden, sehen Sie Unterschiede zwischen Singapur und den Philippinen. Aber wenn Sie die Prüfungshandlungen hätten durchführen können oder durchgeführt hätten, dann hätten Sie 2018 wahrscheinlich auch nicht testiert. Es ist eine Mutmaßung; müssen Sie nicht drauf antworten. Aber da spricht meines Erachtens viel für, denn wenn das Geld Ende 19 nicht da war, dann war es wahrscheinlich 18 auch nicht da, und darauf - -

Deshalb noch mal eine andere Frage: Wenn man in unseren schönen Prüfungsstandard 400 guckt vom IDW: Da steht ja auch so was wie Widerruf des Bestätigungsvermerkes. Ist in Ihrem Hause mal darüber diskutiert worden, dass man den Bestätigungsvermerk zumindest für das Jahr - - für den Konzernabschluss 2018 widerruft?



Nur zur dienstlichen Verwendung

Zeuge Hubert Barth: Wir haben diese Diskussionen - - Also, ja, die Diskussionen wurden geführt. Es gibt auch eine Reihe von Indizien diesbezüglich. Ihnen ist wahrscheinlich bekannt die Diskussion um den - - Wir haben ja noch mal versucht, den Treuhänder zu kontaktieren, also in 2020 den Treuhänder von 18 - - aber er uns dann zumindest - so ist es mir erinnerlich - zurückschrieb: Ich war schon länger nicht mehr der Treuhänder. Aber wir haben ihn - - Also, er schrieb uns zurück: Ich bin seit 17 oder 18 nicht mehr der Treuhänder. Aber wir haben ihn in 18 noch getroffen, und in 20 schreibt er mit der gleichen E-Mail-Adresse zurück wie das andere usw. Das sind aber alles Indizien. Wir wissen heute: Wir haben bis heute noch nicht den Nachweis letztendlich da, wo wir sagen können: Die Belege, die wir hier alle haben, reichen nicht aus. Es sind alles Indizien. Also, das Thema wurde diskutiert und wird auch wahrscheinlich noch weiterdiskutiert werden. Das hängt letztendlich mit den Nachweisen da, die wir haben und was uns vorliegt - - weil es ist heute ja noch nicht klar, was eigentlich genau passiert ist.

Fritz Güntzler (CDU/CSU): Oder haben Sie Sorge, dass das ein Eingeständnis wäre, dass doch nicht ausreichend Prüfungsnachweise vorgelegen hätten?

Zeuge Hubert Barth: Nein, also, -

Fritz Güntzler (CDU/CSU): Nein..

Zeuge Hubert Barth: - das ist, ich sage mal - - Wir haben es auch vor dem Hintergrund, um es vielleicht auszuführen, diskutiert, inwieweit der Kapitalmarkt ja bereits informiert ist. Und über die Insolvenz ist der Kapitalmarkt schon bzw. auch über die Ad-hoc-Mitteilung, die ja Wirecard, ich glaube, am - - also nach dem 18. Juni rausgegeben hat, da ist ja auch schon - - wird ausgeführt: Es könnte sein, dass die Vorjahreszahlen auch davon betroffen sind. Insofern ist der Kapitalmarkt diesbezüglich ausreichend informiert gewesen. Und wenn uns Nachweise vorliegen würden, dann schauen wir uns das Thema natürlich - - Also, das Thema wird angeschaut.

Fritz Güntzler (CDU/CSU): Wenn die Ihnen aktiv vorgelegt werden, oder sind Sie noch aktiv, selber? Also, müssen Ihnen jetzt noch mal neue Erkenntnisse sozusagen vorgelegt werden und dann würden Sie darüber nachdenken, oder sind Sie intern noch am prüfen, ob 2018 zu widerrufen wäre?

Zeuge Hubert Barth: Da kenne ich den - -

Fritz Güntzler (CDU/CSU): Okay.

Zeuge Hubert Barth: Ich bin in der internen Sachverhaltsaufbereitung nicht involviert; deswegen kann ich Ihnen da den Stand nicht sagen. Aber das ist ein Thema, was ganz zu Anfang schon - - Als wir versagt haben, haben wir sofort auch diesen Sachverhalt aufgegriffen. Nur, wir haben gesagt: „Show me the proof“, wenn ich das mal auf Englisch so etwas flapsig formulieren darf. Entschuldigen Sie das bitte.

Fritz Güntzler (CDU/CSU): Auf Ihrer Homepage steht ja: „Eine erstklassige Wirtschaftsprüfung ist das Herzstück gesunder Kapitalmärkte.“ Zu dem Satz wird EY und werden andere ja heutzutage immer noch stehen, und - wir kommen ja fast ins Wochenende - von daher sehen wir, dass, nachdem der BGH so entschieden hat, Sie Informationen geben, dass Sie versuchen, am Sachverhalt, an der Aufklärung, mitzuwirken. Was wir noch nicht sehen können - das mag vielleicht auch juristische Hintergründe haben - - aber machen Sie vielleicht nicht den gleichen Fehler, den die Politik teilweise macht, dass man einfach zu Fehlern auch mal stehen sollte? Wenn man mal vielleicht nicht das alles ganz richtig gemacht hat, könnte man auch das kommunizieren. Und ich glaube, das schafft auch Vertrauen. Wir sind da nicht gut drin, aber vielleicht könnten Sie das dann zeigen, dass das hilft.

Zeuge Hubert Barth: Ich nehme den Punkt sehr gerne mit.

Vorsitzender Kay Gottschalk: Das waren weise Worte. Jetzt hätte ich fast gesagt: Wir gehen jetzt ins Wochenende. - So, jetzt muss ich nachdenken: Jetzt wäre ich dran. Ich habe gesagt: Nö, ich





Nur zur dienstlichen Verwendung

habe keine Fragen mehr. - Dann gucke ich zur SPD rüber: Bitte schön, Frau - -

(RA Prof. Dr. Jan Bocke¹
mühl: Herr Vorsitzender?)

- Ja?

RA Dr. Jan Bocke²mühl: Herr Vorsitzender, eine kurze biologische Pause - - Wir haben drei Stunden erreicht.

Cansel Kiziltepe (SPD): Wir sind gleich zu Ende, oder?

Dr. Jens Zimmermann
(SPD): Es sieht gut aus!)

RA Prof. Dr. Jan Bocke³mühl: Ich müsste nur dringend auf Toilette.

Cansel Kiziltepe (SPD): Ach so.

Vorsitzender Kay Gottschalk: Okay, wenn - -

(Heiterkeit)

Das machen Sie jetzt bitte. Wir unterbrechen so für fünf bis zehn Minuten, kein Stress. Und Dr. Zimmermann weiß, was er zu tun hat. Dann unterbrechen wir kurz.

(Unterbrechung von
18.53 bis 18.57 Uhr)

Vorsitzender Kay Gottschalk: Gut, dann setzen wir fort.

(Zuruf)

- Nein, wir sind hier ja im Rechtsstaat. Also alles gut. - Frau Kiziltepe für die SPD-Fraktion hat das Wort.

Cansel Kiziltepe (SPD): Ich wollte jetzt auch fürs Wochenende nicht so viele Hausaufgaben aufgeben, deshalb noch mal die Frage: Diese Konzerteinladung von Herrn Dahmen an Herrn von Knoop - und es gibt noch diverse andere Einladungen -, ist das üblich? Gibt es Grenzen? - Danke.

Zeuge Hubert Barth: Wie ich vorher schon ausführte: Wir nehmen solche Themen sehr ernst. Es gibt eine Policy dazu diesbezüglich, und Risikomanagement und Compliance geht solchen Themen, wenn wir welche haben, selbstverständlich nach. Und wenn es Konsequenzen daraus zu ziehen gibt, werden auch diese Konsequenzen gezogen.

(Zuruf)

- Wie bitte noch mal? Ich muss den Sachverhalt erst untersuchen.

Cansel Kiziltepe (SPD): Also, wenn Sie ein bisschen konkreter werden würden - - Ist die Grenze hier überschritten oder nicht? Was sind die Konsequenzen?

Zeuge Hubert Barth: Ich muss mir den Hintergrund der Veranstaltung, das Ganze anschauen, was das ist.

Cansel Kiziltepe (SPD): Beispielhaft.

Dr. Jens Zimmermann (SPD): Was wäre denn da erlaubt? Also, es gab doch zum Beispiel mal hier in Berlin, Fußball-WM 2006 - - Da gab es ganz viele Bundestagsabgeordnete, die sind von Firmen eingeladen worden zu einem Fußballspiel. Damals hat man festgestellt: Geht nicht. So. Einladung zu einer kulturellen Veranstaltung mit einem begrenzten Kartenkontingent, Rheingauer Musikfestspiele zum Beispiel oder - - Das ist doch - -

Zeuge Hubert Barth: Also, wie gesagt, dafür gibt es Policies. Und wenn wir Policy-Verstöße diesbezüglich feststellen, dann gehen wir dem auch nach.

Cansel Kiziltepe (SPD): Sie müssen doch aber so was wissen. Sie sind der EY-Chef von Deutschland. Was sind die Konsequenzen konkret, und was sind die Grenzen? Was ist die Regel?

Zeuge Hubert Barth: Die Regel ist, dass die Unabhängigkeitsregelungen eingehalten werden müssen. Die Konsequenzen diesbezüglich, die können bis zu einer Freistellung führen. Also, das ist

Seite: 51

Nummer: 1	Verfasser: Jan Bockemuehl	Thema: Durchstreichen	Datum: 07.04.2021 16:55:01

Nummer: 2	Verfasser: Jan Bockemuehl	Thema: Durchstreichen	Datum: 07.04.2021 16:55:08

Nummer: 3	Verfasser: Jan Bockemuehl	Thema: Durchstreichen	Datum: 07.04.2021 16:55:18



Nur zur dienstlichen Verwendung

jetzt nicht so, dass ~~sich nicht~~ schon ein paar Partnerkollegen oder -kolleginnen freigestellt hätte wegen Compliance-Themen.

Cansel Kiziltepe (SPD): Aber eine Einladung ins Kino ist normal oder auf ein Konzert ist normal?

Zeuge Hubert Barth: Ich sage mal ganz einfach: Es kommt wirklich darauf an. Wichtig ist, dass die Unabhängigkeit gewahrt wird diesbezüglich.

Dr. Jens Zimmermann (SPD): Wir wissen, dass Wirecard extensiv das Oktoberfest für die Landschaftspflege, würde man wahrscheinlich sagen im politischen Bereich, genutzt hat. Deswegen sind wir da vielleicht auch zu interessiert. -

Aber kommen wir mal noch mal zu den harten Fakten, weil Sie da mehrfach vorhin auch drauf hingewiesen haben, was die Beratungs- oder Prüfungshonorare 2019 - - Auch hier: Herr Fichtelberger, der ist ja sehr umtriebig, hat, Stand: 9. Mai 2020, hat hier mal rumgeschickt - - Sie müssten - -

Zeuge Hubert Barth: Sie haben 9. Mai erwähnt. Ich habe nur Schreiben - - 12. Mai, 4. Mai.

(Dem Zeugen werden
Unterlagen vorgelegt - Der
Zeuge und sein Rechts-
beistand nehmen Einblick)

Dr. Jens Zimmermann (SPD): Also, hier ist eine Excel-Liste.

Zeuge Hubert Barth: Okay.

Dr. Jens Zimmermann (SPD): Die müssten Sie auch haben.

Zeuge Hubert Barth: Ja, danke.

Dr. Jens Zimmermann (SPD): So, diese Excel-Liste - - steht oben rechts: Mai 2020, Stand 09.05. Es ist sehr klein.

(RA Prof. Dr. Jan Bockemühl: Sie haben gute Augen!)

- Eigentlich gar nicht. - Aber ich kann es Ihnen auch vorlesen. Also, da wird noch mal so unterschieden zwischen dem Ist-Stand und dem ETC, also Estimated - -

Zeuge Hubert Barth: To Complete.

Dr. Jens Zimmermann (SPD): Wie bitte?

Zeuge Hubert Barth: Estimated to Complete.

Dr. Jens Zimmermann (SPD): Estimated to Complete, genau, so.

Zeuge Hubert Barth: So würde ich es interpretieren.

Dr. Jens Zimmermann (SPD): Genau, das steht auch unten unter **. So, da steht: Gesamthonorar: 4 328 000 - weil wir vorhin irgendwas von 1,7 Millionen hatten: Das ist aufgeteilt in Abschlussprüfung: 1,595, und Allegations, KPMG-Support: 2,732 Millionen. Macht eben zusammen 4,3 Millionen, so. Deswegen: Könnten Sie uns das noch mal bitte einordnen, was da was ist und - - Genau.

Zeuge Hubert Barth: Mache ich sehr gerne. Nach meiner Einschätzung - so lese ich das - betrifft alles den kompletten Bereich der Abschlussprüfung, also insbesondere die Allegations. Ich kann mich auch noch erinnern an den - - Wir sind ja im Jahr 2020 bei der Prüfung letztendlich. Das ist der Mehraufwand für, ich sage mal, die gesamten Abarbeitungen der weiteren Allegations aus dem Themenbereich Mai und Oktober bzw. die weiteren Themen, die an Prüfungsleistungen zu erbringen sind aus dem KPMG-Bericht.

Dr. Jens Zimmermann (SPD): Genau. Das heißt aber, wenn ich das richtig interpretiere: Diese ganze Geschichte mit der KPMG-Sonderprüfung und auch Ihre sonstige Unterstützung rund um diese Anschuldigungen hat Ihnen als Unternehmen 2,7 Millionen zusätzliches Honorar eingebracht, ganz - - on top zum normalen Jahresabschlussgeschäft.

Seite: 52

 Nummer: 1	Verfasser: Jan Bockemuehl	Thema: Text ersetzen	Datum: 08.04.2021 10:04:10
ich			
 Nummer: 2	Verfasser: Jan Bockemuehl	Thema: Durchstreichen	Datum: 08.04.2021 10:03:29
 Nummer: 3	Verfasser: Jan Bockemuehl	Thema: Durchstreichen	Datum: 07.04.2021 16:54:34



Nur zur dienstlichen Verwendung

Zeuge Hubert Barth: Nee, das sehe ich nicht so, weil eine Insolvenzforderung von 1,5 Millionen - -

Dr. Jens Zimmermann (SPD): Okay, es hätte Ihnen das gebracht, wenn Sie Ihre Forderung hätten durchsetzen können; akzeptiert.

Zeuge Hubert Barth: Hätte - -

Dr. Jens Zimmermann (SPD): Sie haben aus dem Thema „Allegations und KPMG-Support“ 2,7 Millionen an Zahlungen und noch offenen Forderungen quasi erhalten. - Okay, wir brauchen uns da jetzt, glaube ich, nicht drüber - - Aber Sie haben eine Rechnung über 2,7 Millionen dafür geschrieben, gehe ich davon aus, ungefähr. Ja, gut, hat Sie - -

Zeuge Hubert Barth: Als Chef würde ich gern die Rechnungen auch stellen manchmal, weil es dauert manchmal länger.

Dr. Jens Zimmermann (SPD): Okay.

Zeuge Hubert Barth: Aber muss man nachfragen. Also, kann ich auf dem Hausaufgabenzettel gerne mitnehmen, das schnell zu lösen.

Dr. Jens Zimmermann (SPD): Ja, ja, nee, also sozusagen, das ist sowieso so ein Problem gerade mit Corona, überall diese Open-Book-Klausuren und so. Da glaube ich nicht dran, sondern ich will, dass die Leute hier, wenn es zählt, abliefern.

Letzte Frage auch noch mal auf was, wo Sie mit Herrn Güntzler drüber gesprochen haben: Wenn ein Team von, keine Ahnung, 40 erfahrenen Abschlussprüferinnen und Abschlussprüfern über sechs Monate versucht, zu verifizieren, ob für drei Jahre ein wesentlicher Teil der Konzernumsätze überhaupt existiert, und nach sechs Monaten Prüfung mit so vielen Man- und Womenpower man zu keiner finalen Feststellung kommen kann, weder ob sie existieren noch ob sie nicht existieren, würden Sie mir dann zustimmen, dass das zumindest sehr, sehr merkwürdig ist? Weil das ist ja zumindest sozusagen - - weil Sie sich ja auf 2016 bis 2018 im KPMG-Bericht kapriziert haben. Und KPMG hatte sich ja dazu

genötigt gesehen, zu sagen: Wir können weder bestätigen, dass diese Umsätze existieren, noch können wir bestätigen, dass sie nicht existieren. Das ist zwar kein finales Urteil, aber wir hatten auch einen unserer ersten Experten hier, der hat nämlich genau das gesagt: Also, wenn Sie so eine Truppe so lange da dransetzen und nach sechs Monaten können die Ihnen kein - - nicht mit definitiver Sicherheit sagen, dass das existiert, dann ist die Antwort relativ simpel: Dann existiert es nicht.

Zeuge Hubert Barth: Ist eine wichtige Frage, Herr Dr. Zimmermann. Ich will sie wie folgt beantworten - erst mal mit dem Kapitalmarkt -: Der Kapitalmarkt hat nach diesem Bericht Schwankungen ausgelöst, aber der Kurs war noch über 100 Euro. Und Sie sprechen ja KPMG an, wenn Sie sagen mit „sechs Monaten“ usw. Als ich mir den KPMG-Bericht angeschaut habe - - Er umfasst ja vier Teile, nämlich den TPA-Treuhandkontenteil plus den Teil der sogenannten Merchant Cash Advance - ich hoffe, ich bringe es richtig hin -, dann bringt er den Teil „Singapur“ und den Teil „Indien“. Und wenn ich mir den Teil „Singapur“, „Indien“ und „Merchant Cash Advance“ durchlese und auch im Urteil durchlese, dann hat das Team von KPMG - und ich zitiere nur aus dem KPMG-Bericht - bei MCA geurteilt: Die Angemessenheit der Ausgestaltung des MCA-Geschäfts in Türkei und, ich glaube, Brasilien waren rechtlich zulässig. In Singapur wurde geurteilt:

Die von EY durchgeführten Extended Order Procedures zur Prüfung der Vorwürfe aus den Sachverhalten waren unseres Erachtens sachgerecht. (?)

Da gibt es noch weitere Bestätigungen. Und bezüglich Indien wird ausgeführt, dass das von großer strategischer Bedeutung war und, wenn ich es verbinde mit dem Infoband, dass kein Roundtripping festzustellen war diesbezüglich und dass

eine Wiederaufnahme der Sonderuntersuchung KPMG nach heutigem Kenntnisstand bezogen auf Indien nicht erforderlich ist. (2)

 Nummer: 1 Audit	Verfasser: Jan Bockemuehl	Thema: Text ersetzen	Datum: 08.04.2021 10:04:29
 Nummer: 2	Verfasser: Jan Bockemuehl	Thema: Durchstreichen	Datum: 08.04.2021 10:04:31



Nur zur dienstlichen Verwendung

Also, drei Punkte sind sozusagen abgearbeitet. Das ist auch ein großer Aufwand. Wir sind bei dem ersten Punkt - da sind wir wieder bei dem Thema Untersuchungshemmnis -: Da hat KPMG, so lese ich den Bericht zumindest, keinen Zugang gehabt, weder zum Treuhänder in Singapur, weil der nicht mehr, ich sage mal, greifbar war, noch zu den Third Party Acquirern, weil die angabemäßig nicht bereit waren, hier zu kooperieren. Insofern, ich sage mal, ist in den sechs Monaten ja doch einiges abgearbeitet worden an aktiven Bereichen.

Dr. Jens Zimmermann (SPD): Ja, genau.

Zeuge Hubert Barth: Und der eine Themenbereich ist nach sechs Monaten weder plus noch minus, -

Dr. Jens Zimmermann (SPD): Genau.

Zeuge Hubert Barth: - sondern es steht ~~dadrin~~¹ „Wir haben ein Untersuchungshemmnis“, und das bestätige ich ja auch.

Dr. Jens Zimmermann (SPD): Genau. Und deswegen ist es ein guter Schlusssatz. Zumindest, was mich angeht, sind wir genau an dem, wo ich mich vorhin vielleicht auch ein bisschen echauffiert habe, dass das sozusagen - - Ich kann das intellektuell alles vollkommen nachvollziehen. Aber wenn ich einfach mal einen kleinen Schritt zurück mache und mir das anschau und sage - - Wir reden ja nicht über die komplexe Frage der internationalen Verbuchung von Intellectual Property und der Zuordnung zu 38 Ländern, sondern wir reden über die Frage, ob drei Jahre lang Umsätze in erheblichem Ausmaß überhaupt existieren, und das Ganze im Kontext einer Sonderprüfung mit erheblichen Ausmaßen. Und das ist ja wie bei der Frage: Ist es eigentlich kompliziert, Cash in Cash Equivalents zu bestätigen? Muss ich sagen: Das kann doch nicht sein, dass es so kompliziert sein muss, die Existenz von Umsätzen nachzuweisen und - - Aber Sie haben natürlich recht: Also sozusagen, man kann natürlich als Verteidigung anführen: Viele haben vielleicht den Bericht nicht im ersten Augenblick so intensiv gelesen, dass sie das gesehen haben. Aber

okay. - Herzlichen Dank. - Von mir keine Fragen mehr.

Vorsitzender Kay Gottschalk: Vielen Dank. - Dann schaue ich zum Kollegen Dr. Toncar.

Dr. Florian Toncar (FDP): Herr Dr. Barth, wir würden Ihnen gerne noch mal einen E-Mail-Verlauf vorlegen, der sich abgespielt hat zwischen Herrn Fichtelberger, Ihrem Mitarbeiter, und Frau Schneider, also der Head of Finance bei Wirecard; hat sich abgespielt im Februar 2020. Ich glaube, es macht am meisten Sinn, wenn man das von hinten liest, chronologisch.

(Dem Zeugen werden
Unterlagen vorgelegt - Der
Zeuge und sein Rechts-
beistand lesen in diesen
Unterlagen)

Und ich kann es auch vorlesen, weil es überhaupt nicht eingestuft ist und gar nichts. Würde ich für die Kollegen und auch für die Zuhörer parallel machen. Sie haben es natürlich schriftlich vor sich und können das so lange und ausführlich sich anschauen, wie Sie wollen. Aber ich trage mal vor für unsere Zuhörer, wie die Korrespondenz läuft. 27. Februar 2020, Dagmar Schneider an Gregor Fichtelberger von EY:

Herr Fichtelberger, ich mag nicht mehr. Aus der aktuellen Anforderungsliste von KPMG: „dem ‚Concurrence Memorandum - Support‘ konnten wir entnehmen, dass Wirecard die Verhandlungen mit den Merchants über Preise und Konditionen führt“. Falls vorhanden, will KPMG sozusagen beispielhafte Belege aus den Jahren 2016 bis 2018 über die Durchführung derartiger Verhandlungen. (?)

Also die zeigen, dass mit den größten Merchants Preisverhandlungen geführt wurden. Frau Schneider schreibt dann an Herrn Fichtelberger noch drunter „Heul, schnief ...“

Und dann kommt noch mal eine E-Mail hinterher und



Nur zur dienstlichen Verwendung

Und ein neuer Punkt, hatte ich ganz übersehen.

Verlangt KPMG Folgendes: „Dem Business Referent Commissions Agreement mit Aal Alam, 27.03.2016, entnehmen wir, dass die Leistungen von Wirecard sich auf bloße Referral Services beschränken, was zumindest auf dem Papier der Einschätzung widerspricht, dass Wirecard im Verhältnis zu Al Alam als Principal und nicht als Agent anzusehen ist. Deswegen will KPMG, falls vorhanden, weitere Dokumente, die als Ergänzung zu den Verträgen angesehen werden können und die Rolle von Wirecard als Prinzipal begründen, verstärken. (?)“

Darauf antwortet Herr Fichtelberger sofort, innerhalb einer Viertelstunde:

Bezüglich dem Punkt Business Referral und Commissions Agreement mit Al Alam von 2016: Es ist richtig, dass die alten Verträge die gelebte Geschäftspraxis nicht vollumfänglich widerspiegeln. Dies wurde zum Anlass genommen, um in den Verträgen 2018 entsprechende Klarstellungen vorzunehmen. Materiell hat sich die gelebte Geschäftspraxis jedoch nicht geändert, weshalb die Verträge 2018 weitgehend eine Klarstellung und schriftliche Fixierung der bisherigen gelebten Geschäftspraxis sind. Dementsprechend gilt die Einschätzung von Wirecard als Prinzipal sowohl für 2018 als auch für die Vorjahre. (?)

Und dann kommt noch: „Es ist widersinnig, unter IFRS 15 anders als IAS 18 vorzugehen“. (?) Daraufhin kommt: „Danke, lieber Herr Fichtelberger“ (?) von Frau Schneider zurück.

Ich finde an der Korrespondenz zwei Dinge bemerkenswert: erstens, dass Ihr Mitarbeiter, Herr Barth, gewissermaßen mit Frau Schneider eine derartige Korrespondenz über die Angemessenheit von Dokumentenanforderungen von KPMG

führt, ehrlich gesagt, deren Berechtigung ich sehr gut nachvollziehen kann und wo ich mich frage, warum eigentlich EY die von KPMG hier geforderten Dokumente zur Prinzipalstellung und zu den Preisverhandlungen mit Merchants nicht eigentlich längst hatte. War Ihnen das bekannt, oder wie schätzen Sie diese Korrespondenz ein unter dem Gesichtspunkt, wie Ihr Mitarbeiter da mit der Mitarbeiterin des zu prüfenden Unternehmens über ein drittes Prüfunternehmen, nämlich KPMG, kommuniziert?

Zeuge Hubert Barth: Der Schriftverkehr war mir nicht bekannt, auch überhaupt nicht erinnerlich. Bezüglich des Vorgangs: Ich müsste mich mit der Causa auseinandersetzen, weil, wie Sie korrekterweise sagen, es ist ja eine Informationsanforderung seitens KPMG an den Mandanten Wirecard.

Dr. Florian Toncar (FDP): Dann hätte ich noch eine andere Frage, und die ist natürlich materiell sehr bedeutsam. Herr Fichtelberger schreibt am 27. Februar 2020: Die alten Verträge haben die Geschäftspraxis nicht widergespiegelt und wurden 2018 klarstellend geändert. Nach den zwischen 2016 und 2018 geltenden Verträgen in Bezug auf Al Alam, also den wichtigsten Kunden der Wirecard AG, der den größten TPA-Umsatz gemacht hat, war offenbar Wirecard zwischen 2016 und 18 rechtlich nicht Principal, sondern eher Agent. Und das hat man dann unter der Behauptung, es sei eigentlich immer anders gelebt worden, angepasst. Auf der Basis hat dann Herr Fichtelberger die Einschätzung vertreten, dass man das auch rückwirkend so machen kann.

Nach meinem Verständnis bedeutet das - aber da können Sie mir gerne auch eine eigene Einschätzung abgeben -, dass die Qualifizierung der Treuhandguthaben in Bezug auf Al Alam zwischen 2016 und 2018 als Cash, der der Wirecard AG zur Verfügung steht, im Grunde nicht der Vertragslage entsprach, die zwischen Wirecard und Al Alam gegolten hat. Oder sehen Sie das anders nach dem, was Herr Fichtelberger da schreibt?

Zeuge Hubert Barth: Sehen Sie es mir bitte nach, da müsste ich den Punkt und den ganzen Sachverhalt auffassen. So tief bin ich in dem Thema



Nur zur dienstlichen Verwendung

nicht drin, weil ich die Verträge zwischen Wirecard und den TPAs usw. auch nicht kenne und ich mich auch mit dem Thema, ich sage mal, Cash-Ausweis nicht explizit befasst habe.

Dr. Florian Toncar (FDP): Alles klar. Also, Sie können das - Ich verstehe, dass Sie es spontan nicht beantworten können; aber ich halte das für eine sehr relevante Kommunikation. Vielleicht können wir das ja in geeigneter Form auch noch mal weiter hier bearbeiten.

Dann wäre es von meiner Seite alles. Vielen Dank.

Vorsitzender Kay Gottschalk: Vielen Dank, Dr. Toncar. - Dann schaue ich zu Fabio De Masi.

Fabio De Masi (DIE LINKE): Ich habe eigentlich im Kern eine Frage noch: Herr Barth, Sie hatten - Ich hatte Sie vorher gefragt, ob Sie die Rückstellungen von EY beziffern können, ob dem etwas rechtlich entgegenstehen würde. Und da haben Sie geantwortet: Nein, aber es sei nicht innerlich. Deswegen einfach meine Bitte, ob Sie diese Information dann nachliefern können, wenn dem rechtlich nichts entgegensteht. Sie müssen ja dann quasi nur die Erinnerung auffrischen.

Zeuge Hubert Barth: Ich werde das prüfen, ja.

Fabio De Masi (DIE LINKE): Okay. - Und ansonsten nur vielleicht auch zum Mit-auf-den-Weg-Geben möchte ich Sie darauf hinweisen, dass es hier auch extensive Korrespondenz gibt zwischen Jan Marsalek und Dagmar Schneider, der Finanzfachfrau, wo es auch um die Kritik geht, die KPMG an der Arbeitsweise von EY hatte, und die machen im Kern darüber Witze. Frau Schneider sagt: „Dahmen und Fichtelberger argumentieren und argumentieren ... Machen sie gut“, und Jan Marsalek sagt: „super“, also nur, dass Sie hier auch noch mal diese Sichtweise mitbekommen, die da auch von Herrn Marsalek, der ja nachweislich eine hohe kriminelle Energie hatte, existiert.

Und ich möchte Sie abschließend fragen: Was ist denn aus Ihrer Sicht, nach Ihrem Verständnis

überhaupt der Grund, dass diese Treuhandkonten erforderlich waren bei Wirecard? Haben Sie sich eigentlich mit dieser Frage jemals befasst bei EY?

Zeuge Hubert Barth: Ich persönlich habe mich mit dieser Frage nicht befasst. Meine Kolleginnen und Kollegen, nach meiner Einschätzung, haben sich mit diesem Thema befasst.

Fabio De Masi (DIE LINKE): Okay. Aber das heißt, Sie haben gar kein tieferes Verständnis sich angeeignet des Geschäftsmodells von Wirecard. Ist das korrekt?

Zeuge Hubert Barth: Bezüglich des Geschäftsmodells von Wirecard habe ich mich nicht in extenso damit auseinandergesetzt. Aber natürlich kenne ich das Thema der Treuhandkonten. Aber den genauen Zweck und warum man das so aufgesetzt hat, das habe ich nicht, nein.

Fabio De Masi (DIE LINKE): Wissen Sie: Und das erscheint mir der Kern des Problems. - Vielen Dank.

Vorsitzender Kay Gottschalk: Vielen Dank, Fabio De Masi. - Dann schaue ich mal rüber zu Dr. Bayaz von Bündnis 90/Die Grünen.

Dr. Danyal Bayaz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Keine weiteren Fragen.

Vorsitzender Kay Gottschalk: Vielen Dank. - Dann schaue ich ein letztes Mal in die Runde: Ich sehe Kopfschütteln bei der Union. - SPD auch nicht mehr. Ich schaue mich selbst im Spiegel sozusagen an. - Nein. Dr. Toncar. - Nein. Fabio De Masi. - Nein. Dr. Bayaz hatte es eben verneint.

Dann frage ich ein letztes Mal der guten Ordnung halber: Besteht noch Bedarf, im nichtöffentlichen Sitzungsmodus Fragen zu stellen und weiter zu tagen? - Das ist auch nicht der Fall.

Dann stelle ich fest, dass keine Fraktion noch Fragen hat. Dann können wir Ihre Befragung für heute beenden. Im Rechtssinne abgeschlossen ist Ihre Vernehmung damit allerdings noch nicht. Vielmehr wird Ihnen noch das Protokoll Ihrer



Nur zur dienstlichen Verwendung

Vernehmung übersandt. Sie haben dann zwei Wochen Zeit, um etwaige Protokollierungsfehler zu monieren und Ihre Aussage gegebenenfalls inhaltlich richtigzustellen oder auch zu ergänzen. Erst danach beschließt der Ausschuss über den Abschluss entsprechend Ihrer Vernehmung.

Nun muss ich noch ein Schweigegebot erlassen - aber das tut nicht weh und ist nicht schlimm -, denn Sie haben mehrere Dinge eben, die vertraulich sind oder Geheim eingestuft sind, vorlegt bekommen.

Herr Barth, Rechtsanwalt Professor Dr. Bockel¹mühl, Sie hatten Einblick in VS-Vertraulich, - Geheim eingestufte Unterlagen. Sie müssen daher entsprechend § 174 Absatz 3 Gerichtsverfassungsgesetz zur Verschwiegenheit verpflichtet werden. Ich stelle ein solches Schweigegebot zur Abstimmung. - Ich stelle fest und höre auch keinen Widerspruch von den Kollegen. - Dann ist das so beschlossen.

Daher stelle ich fest: Der Ausschuss macht dem Zeugen Barth und seinem Rechtsbeistand Professor Dr. Bockel²mühl die Geheimhaltung der als Geheim oder Vertraulich eingestuften Tatsachen zur Pflicht, die ihnen hier durch die Vernehmung in der Sitzung zur Kenntnis gelangt sind.

Zweitens. Ich stelle fest: Herr Barth und Herr Professor Bockel³mühl werden darauf hingewiesen, dass derjenige, der gegen die auferlegte Schweigepflicht verstößt, sich strafbar machen kann.

Dann an dieser Stelle vielen Dank, recht herzlichen Dank auch für das lange Ausharren. Ich darf mich ganz herzlich bei Ihnen beiden bedanken, Sie ins wohlverdiente Wochenende entlassen und sage allen unseren Zeugen und Rechtsbeiständen wie den Kollegen: Bleiben Sie in dieser schwierigen Zeit gesund und toi, toi, toi.

Zeuge Hubert Barth: Danke sehr, das wünschen wir Ihnen auch.

Vorsitzender Kay Gottschalk: Danke sehr. - Damit komme ich zum letzten Punkt für heute, nämlich Zeugenvernehmung Sven Hauke, und ich bitte, den Zeugen Sven Hauke zu uns in den

Saal zu begleiten. Ich hoffe, das geht zügig. Dann können wir entsprechend vernünftig jetzt fortsetzen.

(Schluss der stenografischen Protokollierung:
19.25 Uhr)

Seite: 57

 Nummer: 1	Verfasser: Jan Bockemuehl	Thema: Durchstreichen	Datum: 07.04.2021 16:56:10
 Nummer: 2	Verfasser: Jan Bockemuehl	Thema: Durchstreichen	Datum: 07.04.2021 16:56:17
 Nummer: 3	Verfasser: Jan Bockemuehl	Thema: Durchstreichen	Datum: 07.04.2021 16:56:22